

SILVIO GESELL

**GESAMMELTE
WERKE**

Band 17 · 1927 – 1930

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland
Telefax: [49]0431-6793651 | www.gauke.net | eMail: mail@gauke.net

Internet: www.silvio-gesell.de
www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",
Hamburg [www.stiftung-geld-boden.de]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

Übersicht

- 9_ Zum Geleit
- 30_ Silvio Gesell, Foto aus dem Winter 1929/1930
- 31_ Erklärungsversuche für den amerikanischen Acht-Dollar-Lohn
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 1/1927
- 37_ Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1927
- 43_ Rezension Hermann Heinrich Gossen „Entwicklung der
Gesetze des menschlichen Verkehrs“
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1927
- 45_ Ein neuer wissenschaftlicher Kritiker der Freigeldlehre
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 3/1927
- 48_ Mathematische Formeln der Wirtschaft
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 4/1927
- 49_ Die Westdeutsche Arbeiterzeitung und das Freigeld
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld
Nr. 11–12 und 14–16 1927
- 56_ Das Recht auf Arbeit
Letzte Politik Nr. 1/1927
- 60_ Wer sein Vermögen mehren und schützen will,
der studiere die Währungsfrage
Letzte Politik Nr. 1/1927
- 62_ Die Kirche und der Zins
Letzte Politik Nr. 2/1927
- 66_ Eine kapitalistische Räteregierung
Letzte Politik Nr. 3/1927
- 70_ Der Gebärstreik im Lichte der Physiokratie
Letzte Politik Nr. 6/1927
- 74_ Das Finanzprogramm der Münchener Räteregierung
und die achtjährige Finanzpfuscherei
Letzte Politik Nr. 7/1927
- 79_ Das Ende eines Salonlöwen
Letzte Politik Nr. 7/1927
- 80_ Laßt uns noch beten ein Vaterunser für die
Verstorbenen der Familie Pang
Letzte Politik Nr. 8/1927
- 83_ Wir Physiokraten
Letzte Politik Nr. 8/1927

- 84_ Damaschke ironisiert sich selbst
Letzte Politik Nr. 10/1927
- 88_ Nochmals der Gebärstreik
Letzte Politik Nr. 12/1927
- 91_ Physiokraten sind keine Philister
Letzte Politik Nr. 13/1927
- 95_ Die Sicherung des Menschengeschlechts
Letzte Politik Nr. 20/1927
- 97_ Die herrschaftslose Gesellschaft
Letzte Politik Nr. 22/1927
- 101_ Die Sache der Menschheit
Letzte Politik Nr. 24/1927
- 106_ Eine gefährliche Bande
Letzte Politik Nr. 26/1927
- 108_ Bemerkungen zu Ackermanns Schrift
„Der Zahlungsmittelumlauf in der Schweiz“
Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) Nr. 40/1927
- 113_ Die Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet unseres Münzwesens
Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) Nr. 44/1927
- 116_ Briefe an das deutsche Volk aus dem Jahr 1916
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 5–6/1928
- 133_ Die Besteuerung des baren Geldes – Prospektentwurf aus dem Jahr 1906
Freiwirtschaftliche Zeitung (Halle S.) Nr. 22/1928
- 136_ Wer oder was ist schuld an der neuen Arbeitslosigkeit in Amerika?
Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) Nr. 9/1928
- 139_ Zielstrebigkeit in der Freiwirtschaftsbewegung
Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) Nr. 45/1928
- 142_ Stabilisierung des Bürger- und Völkerfriedens
Tau – Monatsblätter für Verinnerlichung und Selbstgestaltung Nr. 55/1928
- 147_ Am Grabe Georg Blumenthals
Die Freiwirtschaft Juli 1929
- 151_ Über Strafe oder Schutz
Letzte Politik Nr. 35/1929
- 154_ Die Reparationslasten im Lichte der Lohntheorie
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 1/1929
- 161_ Der Tragkörper der Reparationslasten
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 2/1929
- 168_ Dokumente des Fortschritts
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 2/1929

- 174_ Der Wertgedanke
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 3/1929
- 180_ Die Illusion des Geldes
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 3/1929
- 184_ Dokumente des Fortschritts
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 6/1929
- 188_ Wichtige Aussagen, die man sich für Debatten merken sollte
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 6/1929
- 192_ Das dynamische Ei des Kolumbus
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 7/1929
- 193_ Georg Blumenthal
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 8/1929
- 195_ Reparationsbank und IVA-Note
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 9/1929
- 197_ Kapitalistische Kritik an der Reichsbank
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 10/1929
- 205_ Die Wallstreet im August 1907 und im Oktober 1929
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 11/1929
- 216_ Wird nach Einführung von Freiland/Freigeld
die Grundrente wirklich verschwinden?
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 12/1929
- 223_ Der Zinsfuß in Deutschland und in der Welt
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 1/1930 und Nr. 2/1930
- 242_ Landinflation als Ursache der Not der Landwirtschaft
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 2/1930
- 244_ Ford als Volkswirtschaftler
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 2/1930
- 251_ Die Rerentabilitierung der Landwirtschaft Deutschlands
Letzte Politik Nr. 8/1930

Anhang

- 257_ Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)
- 258_ Vortrag des Genossen Gesell über seine Arbeit als Finanzminister in der
ehemaligen Räterepublik Bayerns und über die heutige wirtschaftliche Lage
Ohne Ort: unveröffentlichtes Manuskript, 1920
- 269_ Der Preisabbau 1920 – zuerst veröffentlicht von Hans Timm, in:
Letzte Politik Nr. 33/1930
- 274_ Nach dem Sturz der Räteregierung
Ohne Ort: unveröffentlichtes Fragment, ca. 1923/24

- 275_ Die Grenzen einer Erkenntnis
*1925/26 – zuerst veröffentlicht von Bruno Schliephacke, in:
Das Ziel – Wissen, Kultur, Lebensgestaltung Nr. 10/1930*
- 278_ Osteuropäischer IVA-Bund
Ohne Ort: unveröffentlichtes Manuskript, ca. 1926/27
- 283_ Paul Lobe zur „Krise des Parlamentarismus“
Ohne Ort: unveröffentlichtes Fragment, ca. 1926/27
- 287_ Ein nützliches Denkmal
Ohne Ort: unveröffentlichtes Manuskript, ca. 1928
- 288_ Programmentwurf für den Freiwirtschaftsbund
Ohne Ort: unveröffentlichtes Fragment, ca. 1928
- 292_ Eine aufschlußreiche Reklame
*1928 – zuerst veröffentlicht von Otto Maaß, in:
Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 9/1933*
- 294_ Die Zukunft Deutschlands liegt in Necropolis
Ohne Ort: unveröffentlichtes Manuskript, ca. 1928
- 304_ Verzeichnis der Lücken

Zum Geleit

Die zentrale Rolle des Kaplans Gasten im ersten Teil des "Abgebauten Staates" war ein Zeichen dafür, daß Silvio Gesell in seinen letzten Lebensjahren auch die Haltung der christlichen Kirchen zur sozialen Frage wieder genauer beobachtete. Zu ihnen hatte er lange Zeit ein äußerst distanzierendes Verhältnis, seitdem Bischof Korum von Trier seinen Wunsch, ihm seine Sozialreformvorschläge vorzutragen zu dürfen, schroff zurückgewiesen hatte. Diese schmerzliche Erfahrung hatte Gesell des öfteren zu harten Worten über den Mißbrauch der Religion zu Machtzwecken und über das Versagen der Geistlichkeit während des ersten Weltkriegs veranlaßt. [Vgl. Werner Schmid, Silvio Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 360. Schmid zufolge trug sich dies nach Gesells Rückkehr aus Argentinien zu, also vermutlich in der Zeit zwischen 1900 und 1904, denn 1904 ist in dem Buch "Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag" die Forderung nach einer Entstaatlichung der Kirche enthalten; vgl. dazu den Band 4 der Gesammelten Werke, S. 288.] Diese "Herabwürdigung der Kirche zum Staatsinstitut" müsse im Rahmen einer allgemeinen Entstaatlichung aufhören. [Silvio Gesell, Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft, in: SGW Band 10, S. 225, sowie ders., Der abgebaute Staat, in: SGW Band 16, S. 336.]

Ein Prüfstein für die Wahrhaftigkeit der Kirchen war für Gesell ihre Einstellung zum biblisch fundierten Zinsverbot der Patristik und der mittelalterlichen Scholastik, mit dem er sich verschiedentlich beschäftigt hatte. [Silvio Gesell, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, in: SGW Band 4, S. 281-282; ders., Das päpstliche Zinsverbot, in: SGW Band 14, S. 158-159.] So mußte es seinen vehementen Widerspruch hervorrufen, daß Pater Oswald von Nell-Breuning S.J. Vorträge hielt, in denen er das kanonische Zinsverbot historisch relativierte und als "modernen Finanztransaktionen" gegenüber unpassend erklärte. Seine Gedankenführung schloß Nell-Breuning mit der geradezu demagogisch anmutenden Frage, "ob das 'arbeitslose Einkommen' wirklich so verabscheuungswürdig ist, wie man uns glauben machen will." Zwar habe Paulus gesagt, wer nicht arbeite, solle auch nicht essen; aber nicht arbeitende Kinder, Alte und Kranke würden doch auch zu essen bekommen. Wohl sei es "... ein Übelstand, wenn die großen Einkommen überwiegend arbeitslos bezogen werden und der Mann der schaffenden Arbeit ein Einkommen hat, das hart an der Grenze des Existenzminimums oder noch darunter liegt." Dagegen müsse etwas unternommen werden, jedoch nicht mit dem Mittel des Zinsverbots. "Ein allgemeines Verbot des arbeitslosen Einkommens führt zu den größten Ungeheuerlichkeiten und bedeutet letzthin die Abschaffung des Privateigentums, die Abschaffung des Erbrechts, die Auflösung der Familien, mit einem Wort: den sozialistischen Zuchthausstaat und Schlimmeres als diesen." Es sei ein "wahres Meisterstück des Satans", wenn selbst gläubige Katholiken am kanonischen Zinsverbot als Stütze ihrer Sozialkritik festhielten: "Statt unklarer Schwärmerei für ein versunkenes katholisches Ideal demütiger Anschluß an die Kirche von heute." [Oswald von Nell-Breuning, Das 'arbeitslose Einkommen' - Zins oder Zinsverbot?, in: Zeitfragen - Religiöswissenschaftliche Vorträge der Düsseldorfer Jesuitenpatres Nr. 45/1925.] Über diese Art, in der ein katholischer Theologe den Kapitalismus verteidigte und ihn allenfalls sozial ummanteln wollte, war Gesell zutiefst empört. Zornig, aber dennoch sach-

lich legte er dar, daß zwischen Darlehensgeschäften in der Antike und "modernen Finanztransaktionen" kein so fundamentaler Unterschied besteht, wie Nell-Breuning behauptete, und daß es ihm gar nicht um ein Verbot des Zinsnehmens gehe, sondern um eine Änderung des Geldes, die ein selbsttätiges Absinken des Zinsniveaus ermögliche. [Silvio Gesell, Die Verteidigung des Kapitalzinses durch den Pater von Nell-Breuning SJ., in: SGW Band 15, S. 351-361. – Fraglich bleibt, ob Gesell den Satz "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist" zutreffend interpretiert hat. Vgl. dazu Hugo Godschalk, Geld oder Gott?, in: Bankhistorisches Archiv 15. Jg. (1989), Nr. 2, S. 65-82.] 1927 veröffentlichte Oswald von Nell-Breuning eine Artikelserie, in der er Gesells Freigeldvorschlag mit dem Zweifel in Frage stellte, ob eine so kleine Ursache wie die Geldumlaufgebühr tatsächlich so große ordnende und stabilisierende Wirkungen auf die Wirtschaft ausüben und Kapitalangebot und -nachfrage zum Ausgleich bringen könne. [Oswald von Nell-Breuning, Freigeld, in: Westdeutsche Arbeiterzeitung Nr. 16-20/1927.– Silvio Gesells Reaktion "Die Westdeutsche Arbeiterzeitung und das Freigeld", in: SGW Band 17, S. 49-55. – In einem Brief an Dieter Schad vom 28.3.1988 erinnerte sich Nell-Breuning: "Bereits in den 20er Jahren habe ich mich mit den Vorschlägen von Silvio Gesell befaßt; in meiner 1926 abgelieferten Dissertation ist unter dem Schrifttum eine von Gesell gegen mich geschriebene Arbeit aufgezählt. Von Seiten seiner Anhänger war es mir schwer verübelt worden, daß ich mir erlaubt hatte, darauf hinzuweisen, daß man Buchgeld nicht abstempeln könne, woran der Vorschlag, eine Geldreform durch Abstempeln der Geldscheine durchzuführen, scheitern müsse. Die Inflationsmacher haben den Weg gefunden, den Umlauf allen Geldes zu beschleunigen." (Der vollständige Brief von Nell-Breuning an Schad befindet sich im Archiv der Freiwirtschaftlichen Bibliothek.) In seiner o. g. Replik erwähnte Gesell, daß Nell-Breuning sich für Adolf Damaschkes Bodenreformbestrebungen eingesetzt habe. Zur Einstellung, die Papst Leo XIII. in der Enzyklika "Über die Arbeiterfrage" zu Fragen des Bodenrechts formuliert hatte, vgl. Henry George, Zur Erlösung aus sozialer Not – Offener Brief an Seine Heiligkeit Papst Leo XIII., Berlin 1893.] Die Erfahrungen mit den Theologen seiner Zeit waren für Gesell so ernüchternd, daß er von den "mit Sündengeld finanzierten Kirchen" keinerlei Unterstützung seiner Bestrebungen erwartete und auch seinen Mitarbeitern ausdrücklich davon abriet, "... im Theologenteich zu fischen". [Silvio Gesell, Die Kirche und der Zins, in: SGW Band 17, S. 62 und 64.] Gleichwohl entstand um Benedikt Uhlemayr in Deutschland, um Eduard Burri und Fritz Schwarz in der Schweiz und um Johannes Ude in Österreich eine starke Strömung innerhalb der NWO-Bewegung, die die Kirchen an die Unvereinbarkeit des christlichen Liebesgebots mit dem Zinsnehmen erinnern und die Geld- und Bodenreform auf ein von Machtinteressen gereinigtes religiöses Fundament stellen wollten. [Eduard Burri, Christentum und Zins – Eingabe an die theologischen Fakultäten der schweizerischen Hochschulen und die Antworten der Fakultäten, Bern 2. Auflage 1926. – Eduard Burri und Fritz Schwarz, Der Zins vom Standpunkt der christlichen Ethik, der Moral und der Volkswirtschaft, Bern o. J. (1935). – Johannes Ude, Nieder mit dem Kapitalismus, Graz o. J. (1925). – Ders., Die Lösung der sozialen Frage durch Christus, Graz o. J. (1926). – Ders., Christentum oder Zinswirtschaft, Bern 1938. – Benedikt Uhlemayr, Dokumente der katholischen Wirtschaftsreformbewegung, in: Freiwirtschaftliches Archiv 5. Jg. 1929, Nr. 9, S. 262-277 (Teil 1) und Nr. 11, S. 331-343 (Teil 2a), Nr. 12, S. 353-365 (Teil 2b). Teil 3 in: Die neue Welt – Freiwirtschaftliches Archiv 7. Jg., S. 73-93. – Ders., Christliche Wirtschaftsordnung, Lauf 1933. Über Johannes Ude vgl. Peter Hodina, Zwischen Selbstreform und Weltreform – Zum 20. Todestag von Johannes Ude, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 65. Folge (1985), S. 3-8. – Gerhard Senft, Chronik einer Legende – Freiwirtschaftsbewegung in Österreich, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 91. Folge

(1991), S. 25. – Auf Ude, Anton Orel und Karl von Vogelsang basierte Johannes Kleinhappl, dessen Werke von Ernst van Loen herausgegeben wurden: *Christliche Wirtschaftsethik*, Freiburg und Wien 1991; *Christentum und Kapitalismus*, Innsbruck und Wien 1992; *Kirchliche Kapitalismuskritik*, Innsbruck und Wien 1993. – Vgl. auch Roland Geitmann, *Bibel – Kirchen-Zinswirtschaft*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 80. Folge (1989), S. 17-24. Ders., *Natürliche Wirtschaftsordnung und Islam*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 85. Folge (1990), S. 7-12. – Zur Katholischen Soziallehre vgl. Oswald von Nell-Breuning, *Gerechtigkeit und Freiheit – Grundzüge katholischer Soziallehre*, Wien 1980. – Rudolf Weiler, *Einführung in die katholische Soziallehre*, Graz und Köln 1991. – Zum Dialog zwischen NWO-Bewegung und katholischer Soziallehre vgl. Roland Geitmann, *Moraltheologische Orientierung zur Wirtschaftsordnung*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 94. Folge (1992), S. 17-28. – Zur Auseinandersetzung mit evangelischer und jüdischer Sozialethik und der Wirtschaftsethik der alten Chinesen vgl. die Beiträge von Christoph Körner, Johannes Hoffmann, Dieter Fauth, Roland Geitmann, Bernhard Vogt und Hans Günter Wagner in der 102./103. Folge (1994) der *Zeitschrift für Sozialökonomie*. – Werner Onken, *Der Zins als Angelpunkt von Wirtschaft und Moral – Gedanken zu Otmar Issings Einwänden gegen eine zinslose' Wirtschaft*, in: *Fragen der Freiheit* 226. Folge (1994), S. 42-51.]

Auf fruchtbaren Boden fielen diese Bestrebungen bei der vom linken Rand des Zentrums abgespaltenen "Christlich-Sozialen Reichspartei" (CSRP), die die Geld- und Bodenreformvorschläge in ihrer Zeitschrift "Das neue Volk" diskutierte und sie in ihr Programm aufnahm. Mitte Mai 1928 kam es im Anschluß an eine Wahlkundgebung der CSRP in Essen, auf der Vitus Heller und Nikolaus Ehlen sprachen, zu einem Treffen, an dem Hans van de Sandt und Josef Beckmann vom CSRP-Vorstand sowie Bertha Heimberg, Ewald Wimber, Otto Lautenbach und Fritz Hamel vom Vorstand des Freiwirtschaftsbundes teilnahmen. Bei den Wahlen zum deutschen Reichstag erhielt die CSRP 110 000 Stimmen (0,4 %), die für ein Mandat nicht ausreichten. Nach den Wahlen bestanden die Kontakte zwischen CSRP und FWB weiter, obwohl Gesell an der Möglichkeit zweifelte, "die katholischen Massen für FFF zu organisieren". [Freiwirtschaftliche Zeitung 5. Jg. (1928), Nr. 19, 21 und 22, jeweils auf der ersten Seite, sowie Gesells Brief an Bertha Heimberg vom 11.7.1929. – Über Vitus Heller und die CSRP vgl. D. Riesenberger, *Art. Vitus Heller*, in: Helmut Donat und Karl Holl (Hg.), *Die Friedensbewegung – Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*, Düsseldorf 1983, S. 180-181. – Werner Fritsch, *Art. CSRP*, in: Dieter Fricke u. a. (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte Band 1*, Leipzig 1983, S. 455-463. – Über Nikolaus Ehlen vgl. Barbara und Gerd Wolandt, *Nikolaus Ehlen – ein Leben für den Nächsten*, in: Bergischer Geschichtsverein Velbert-Hardenberg (Hg.), *Historische Beiträge Nr. 7/1986*, S. 42-50 mit Hinweisen auf Ehlen's Aufsätze zum Bodenrecht, zu Siedlungsfragen und zum Zins. – Wolfgang Löhr, *Vitus Heller*, in: Jürgen Aretz (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern Band 4*, Mainz 1980, S. 186-196.] Während der katholische Theologe Johannes Ude wegen seines Engagements für die Geld- und Bodenreform gemäßregelt wurde und seine Professur an der Universität Graz verlor, fand der reformierte Theologe Eduard Burri in der Schweiz hierfür das Verständnis des religiösen Sozialisten Leonhard Ragaz. [Leonhard Ragaz, *Die Bibel – eine Deutung*, Band 2, Zürich 1947, S. 133-134. Ders., *Ein sozialistisches Programm*, Olten o. J. (ca. 1919/20).]

Einer Abwehrhaltung gegenüber Kirche und Staat entsprangen auch Gesells Auffassungen über die Ehe und Familie. Aus der Absicht, die Mütter durch ein Erziehungsgeld aus der Bodenrente von den Vätern wirtschaftlich unabhängig zu

machen, hatte sich für ihn schon 1913 ein neues Bild der Ehe jenseits von materiellen Interessen, Prestige und zwanghaften Konventionen ergeben: Ohne Trauschein "... soll die Ehe fester denn je sein, aber nur durch die Bande gegenseitiger freier Liebe geschlossen werden. Der Zwang aber fällt weg." [Silvio Gesell, Die Auslese durch das Christentum, den Krieg und den physiokratischen Frieden, in: SGW Band 7, S. 225.] Zehn Jahre später hob Gesell im "Aufstieg des Abendlandes" die große Bedeutung hervor, die einer von der Einmischung kirchlicher Moral und staatlicher Gesetze freien Liebe zwischen Mann und Frau zukommt für die Regeneration der Menschheit von körperlichen, seelischen und geistigen Schäden, welche ihr nach Millionen Jahren der Evolution durch eine "6000-jährige kapitalistische Unzucht" zugefügt worden waren. [Silvio Gesell, Der Aufstieg des Abendlandes, in: SGW Band 14, S. 203.] Er verurteilte es, daß die Gesetze des Machtstaates über den Gesetzen Gottes und der Natur standen und daß der Staat sich anmaßte, zum Beispiel durch eine Zwangssterilisation von Müttern mit zwei nichtehelichen Kindern "Rassenhygiene" betreiben zu wollen. [Silvio Gesell, Susannas unbefleckte Empfängnis, in: SGW Band 15, S. 328. Ders., Im Rachen des Staates, in: SGW Band 15, S. 346.] Die Wahl und gegebenenfalls auch der Wechsel von Partnern sowie die Entscheidung über Empfängnisverhütung und Abtreibung waren für Gesell einzig und allein private Angelegenheiten der betroffenen Frauen, in die sich weder die Kirche noch der Staat einmischen dürften. Gleichwohl bezweifelte er, ob die Frauen durch eine Verweigerung von Schwangerschaft, Geburt und Kindererziehung glücklicher würden. Und er hielt "die heute so viel geübte Abtreiberei für das größte Leid, das über eine Frau kommen kann." [Brief Silvio Gesells an Lotte Spörry-Blumenthal, undatiert (ca. 1926/27). – Vgl. auch "Die Zukunft Deutschlands liegt in Necropolis" im Anhang zu SGW Band 17.] Statt die Frauen dem Leid abgekühlter Ehen und ungewollter Schwangerschaften zu überlassen, sollten "... solche wirtschaftlichen und sozialen Zustände (geschaffen werden), daß den Frauen die Aufzucht einer Kinderschar nicht mehr zur Qual, sondern das Liebes- und Familienleben zur ewig sprudelnden Quelle echterster Freuden werde." [Silvio Gesell, Der Gebärstreik im Lichte der Fysiokratie, in: SGW Band 17, S. 73.] An diese Äußerung, die sich auf eine zu jener Zeit neu entwickelte Methode der Empfängnisverhütung bezog, schloß sich noch eine Diskussion über die Geburtenregelung in der Wochenzeitung des Fysiokratischen Kampfbundes (FKB) an; sie verlief jedoch bald im Sande. [Diese Diskussion fand im Frühjahr 1927 in der "Letzten Politik" statt. Gesell beteiligte sich daran mit weiteren Beiträgen: "Nochmals der Gebärstreik" (Nr. 12), "Physiokraten sind keine Philister" (Nr. 13), "Die Sicherung des Menschengeschlechts" (Nr. 20) und "Die Sache der Menschheit" (Nr. 24).]

Obwohl auch Männer wie Werner Zimmermann versuchten, den Gedanken der freien Liebe zu popularisieren [Werner Zimmermann, Die Befreiung der Frau 1922. Ders., Liebe – von ihrem dreifachen Sinn, Berlin 1925. Ders., Lichtwärts – Ein Buch erlösender Erziehung, 6. Auflage 1926. – Alfred Bader, Die Befreiung der Frau, Hamburg 1921. – Theophil Christen, Die politische Frauenbibel, Bern 1932.], rückte die Frauenfrage innerhalb der NWO-Bewegung in den Hintergrund. Im FKB blieben die Frauen um Hanna Blumenthal, Maria Wagemuth und Luise Dornemann eine kleine Minderheit. Und im Freiwirtschaftsbund (FWB) stand Bertha Heimberg noch mehr allein mit ihren Versuchen, die Frauenrechtlerinnen für Gesells Vorschlag einer 'Mütterrente' zu interessieren. Lediglich Friedrich Landmann beschäftigte sich noch intensiv mit Frauenfragen und der her-

kömmlichen Sexualmoral; jedoch verklärte er ebenso wie Zimmermann die Rolle der Frau als Mutter. [Über Frauenfragen vgl. folgende Aufsätze in der Zeitschrift "Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld": Bertha Heimberg, Das Eheproblem, in: Nr. 7/1924, S. 206-210.- Hanna Blumenthal, Eine Verteidigung der Mutterrente, in: Nr. 20/1924, S. 533-541, und Nr. 21, S. 563-570. – Maria Wagemuth, Noch einmal: Mutterrente oder Kinderrente?, in: Nr. 13/1924, S. 352-361. Dies., Die Lösung der Frauenfrage, in: Nr. 15/1924, S. 405-411. Dies., Aufstieg des Abendlandes – Ein Wort an denkende Frauen, in: Der neue Kurs Nr. 11/1924, S. 5. Arbeiterinnenschutz, in: Letzte Politik Nr. 84/1926. Unveröffentlicht blieb eine Auseinandersetzung von Maria Wagemuth mit August Bebels "Die Frau und der Sozialismus" (Letzte Politik Nr. 11/1927). – Eine Studie von Günter Bartsch über das Verhältnis von NWO- und Frauenbewegung wird in einem weiteren Band der "Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung" veröffentlicht.]

Auch wenn es schon während des ersten Weltkriegs Verbindungen von Paulus Klüpfel und Silvio Gesell mit den Frauenrechtlerinnen Lily Braun und Helene Stöcker gab und obwohl seit Anfang der 20er Jahre Kontakte zur Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit bestanden [Zu Lily Braun vgl. den Brief von Paulus Klüpfel an Johanna Gesell vom 3.12.1914. Am 13.9.1916 schrieb Helene Stöcker an Gesell: "Mit dem großen Teil Ihrer Argumente bin ich ganz einverstanden." Über die Kontakte zur "Internationalen Frauenliga ..." vgl. "Die neue Zeitung der Arbeit" Nr. 39 /1925.], kam es zu keiner weiteren gegenseitigen Beeinflussung von Frauen- und NWO-Bewegung. Mit den Veröffentlichungen der Frauenrechtlerinnen setzte sich Gesell nicht detaillierter auseinander. Dabei hätte es gerade bei Helene Stöcker Anknüpfungspunkte für einen Gedankenaustausch gegeben, da sie ebenfalls für eine Erleichterung der Ehescheidung sowie für eine bessere Stellung alleinstehender Mütter und eine Gleichberechtigung ehelicher und nichtehelicher Kinder kämpfte. Im bürgerlichen Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) gab es eine Diskussion über eine "Mutterchaftsrente" als Mittel, die Hausfrauenarbeit aufzuwerten und sie wie die außerhäusliche Erwerbsarbeit der Männer zu entlohnen. Wegen knapper Staatsfinanzen – die Bodenrente wurde im BDF nicht als Finanzierungsquelle in Erwägung gezogen – galt ein solches Vorhaben jedoch als unrealisierbar. [Herrad Schenk, Die feministische Herausforderung – 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, 3. Auflage München 1983, S. 35 über Helene Stöcker und S. 61 über die Diskussion im BDF. Ähnliche Gedanken über die Bezahlung der Hausfrauenarbeit vertrat bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts der deutsche Pädagoge Julius Fröbel in seinem "System der sozialen Politik", Mannheim 1848.]

Im großen und ganzen hatten die bürgerliche und mehr noch die proletarische Frauenbewegung in ihrem Kampf für das politische Wahlrecht der Frauen und für ihren Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit andere Schwerpunkte als die eher intraditionellen Rollenmustern denkende NWO-Bewegung. Eine Verständigung war dadurch erschwert. Anstatt den Kampf der Frauen um ihren Zugang zu Bildung und Beruf als Ergänzung seiner eigenen Ziele zu unterstützen, stand Gesell ihm eher reserviert gegenüber. Umgekehrt überhörte die Frauenbewegung warnende Worte wie die von Bertha Heimberg, daß die Frauen durch das politische Wahlrecht und den Einstieg in Erwerbstätigkeiten "... lediglich in die Rolle der versklavten und hart geplagten Männer aufgerückt" und nunmehr durch Beruf und Haushalt doppelt belastet seien. Die "geschlechtliche Versklavung durch die wirt-

schaftliche Abhängigkeit vom Mann" bestehe fort. Im System der kapitalistischen Ausbeutung durch Bodenrente und Zins werde die Frau trotz ihrer politischen Mitbestimmung nun sogar doppelt ausgebeutet. Ihre wirtschaftlichen Ketten ließen sich nur im Zuge einer Bodenrechtsreform zerbrechen, wenn jede Mutter – verheiratet oder nicht – für jedes eheliche wie nichteheliche Kind ein monatliches Erziehungsgeld erhalte. [Bertha Heimberg, Freiland die eherne Forderung der Frauen, in: *Freiwirtschaftliche Zeitung* Nr. 3/1928, S. 5. – Siehe auch Theophil Christen, Mann, Frau und der Kapitalismus, sowie Friedrich Landmann, Die Frau und das Bodenrecht, in: *Freiwirtschaftliche Zeitung* Nr. 3/1928, S. 5-6. – In seinen Frühschriften hatte Gesell das politische Wahlrecht der Frauen sogar noch abgelehnt. Vgl. *SGW* Band 1, S. 139-140.]

Trotz seines traditionellen und zudem noch darwinistisch geprägten Bildes von der Rolle der Frauen in der Gesellschaft trat Gesell alles in allem den Frauen respektvoller gegenüber als patriarchalische Theologen und Philosophen wie der Apostel Paulus, Hegel, Marx oder Nietzsche. Auch innerhalb der modernen Ökonomie und ihrer Kritiker gehörte er neben Charles Fourier und John Stuart Mill zu den wenigen Ausnahmen, die die Frauen nicht aus ihren Theorien ausblendeten und die nicht wie die Theoretiker von Adam Smith bis John Maynard Keynes scheinbar geschlechtsneutrale, aber de facto frauendiskriminierende Modelle entwarfen. [Uwe Gerber, *Die feministische Eroberung der Theologie*, München 1987, S. 83 ff. – Elisabeth Moltmann-Wendel, *Das Land wo Milch und Honig fließt – Perspektiven einer feministischen Theologie*, 2. Auflage Gütersloh 1987, S. 83 ff. – Hegel meinte, Frauen seien für höhere Wissenschaften, für die Philosophie und gewisse Künste nicht geschaffen. Vgl. *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Stuttgart 1981, S. 312-313. – Über die Einstellung von Marx und anderen Theoretikern der Arbeiterbewegung zu den Frauen vgl. Marielouise Janssen-Jurreit, *Sexismus – Über die Abtreibung der Frauenfrage*, Frankfurt 1979, S. 191-253. – Charles Fourier, *Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen – Über Liebe und Ehe*, in: Thilo Ramm (Hg.), *Der Frühsozialismus – Quellentexte*, 2. Auflage Stuttgart 1968, S. 156. – John Stuart Mill, *Über die Hörigkeit der Frau*, Frankfurt 1991. – Mascha Madörin, *Männliche Ökonomie – Ökonomie der Männlichkeit*, in: *emanzipation* Nr. 1/1991. – Maria Mies, *Patriarchat und Kapital*, Zürich 1992.] Hieraus ergibt sich die Aufgabe, Gesells Vorschläge für einen Ausgleich des 'kleinen Unterschieds' zwischen Mann und Frau im Kontext der älteren und neueren Frauenbewegung kritisch zu sichten, sie zu einer frauenfreundlichen Ökonomie weiterzuentwickeln [Erste Ansätze hierzu bei Margit Kennedy, *Frauen tragen die größte Last*, in: Rüdiger Lutz (Hg.), *Frauen Zukünfte - Öko-Log-Buch 3*, Weinheim 1984, S. 64-71. - Hans Weitkamp, *Entlohnung der Mütterleistung - eine bleibende Utopie oder eine mögliche Realität?*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 67. Folge (1985), S. 31-38. - Helmut Creutz, *Leistungslose Einkünfte aus Bodenbesitz und ihre Verwendung als Lohn für Erziehungsarbeit*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 69. Folge (1986), S. 30-33. - Wera Wendnagel, *Mütter arbeiten für uns alle*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 72. Folge (1987), S. 8-15. - *Wie die Begegnung mit der Frauenrechtlerin Hannelore Schröder zeigte*, brachten diese Ansätze noch keine engere Verbindung mit dem Feminismus; *Zeitschrift für Sozialökonomie* 70. und 71. Folge (1986). - Werner Onken, *Umriss einer weiblichen und männlichen Ökonomie*, Lütjenburg 1998. - Vgl. auch Dieter Suhr, *Transferrechtliche Ausbeutung und verfassungsrechtlicher Schutz von Familien, Müttern und Kindern*, in: *Der Staat - Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte*, Band 29 (1990), S. 69-86.] und daraus auch Folgerungen für ein familienfreundlicheres Steuer- und Sozialversicherungsrecht abzuleiten. Auf die

Dauer trägt es zum Niedergang der Familien bei, wenn der heutige Staat private Milliarden Gewinne aus der Bodenspekulation zulässt und jährlich mehr als 100 Milliarden Mark für die Verzinsung seiner Schulden ausgibt, während im Jahr 1993 für Kindergeld nur 22 Mrd. DM und für Erziehungsgeld nur etwas mehr als 7 Mrd. DM bereitstanden.

Enttäuschend war für die NWO-Bewegung in den späten 20er Jahren nicht nur die geringe Resonanz aus der Frauen-, Friedens- und Arbeiterbewegung, sondern auch das Ausbleiben einer revolutionären Situation. Infolgedessen korrigierte sie ihre revolutionäre Strategie und Taktik und verlegte sich auf direkte Aktionen. Auf ihrem linken Flügel gründeten die Fysiokraten um Hans Timm eine Wära-Tauschgesellschaft, die die "Wära" als ein eigenes, nach dem Vorbild des Freigeldes gestaltetes Zahlungsmittel herausgab. Und auf dem rechten Flügel bildete Ernst Hunkel eine Selbsthilfe der Arbeit (SdA) mit einer Indexbank und einer Bausparkasse. Die SdA sollte zu einer Nische innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft werden, in der kaufkraftbeständiges Sparen und zinsloses Bauen modellhaft praktiziert werden könnten. [Werner Onken, Ein vergessenes Kapital der Wirtschaftsgeschichte – Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 57./58. Folge (1983), S. 3-20.– Ernst Hunkel hatte in der Nachfolge von Gustav Simons Gesells Theorien mit völkischen Ideologien vermischt; er war Mitte der 20er Jahre zu einer Randfigur der NWO-Bewegung geworden, weil diese sich auf den Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität festgelegt hatte. Mit der SdA gründete er 1927 als deren Organ die Zeitschrift "Freies Volk auf freiem Grund", die 1930 wieder eingestellt wurde, als die SdA wegen Korruption Konkurs anmelden mußte. Auf dem rechten Flügel der NWO-Bewegung gab es danach auch noch ein Geldexperiment ähnlich der "Wära", und zwar den "Geraer Tauscher"; vgl. dazu Heinz Fengler, Silvio Gesell und das Tauschgeld, in: Der Geldscheinsammler – Zeitschrift für Papiergeld Nr. 4/1993, S. 18-24. – Zur neueren Diskussion über alternative Geldsysteme vgl. die Beiträge von Thomas Estermann, Christian Schneider, Helmut Creutz und Thomas Klein in der 101. und 102./103. Folge der Zeitschrift für Sozialökonomie.]

Dem Versuch der SdA, den FWB für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, trat besonders Bertha Heimberg als dessen Bundesgeschäftsführerin entgegen. Sie zweifelte an der Möglichkeit, inmitten falscher Strukturen der 'Wüste des Kapitalismus' kleine 'Oasen' einer gerechteren Welt zu schaffen. Aus Furcht vor unseriösen Geschäftspraktiken verwahrte sie sich entschieden gegen eine Verquickung des FWB mit den Interessen eines einzelnen Unternehmens und betonte den Charakter des Bundes als eine reine Aufklärungsorganisation. Ebenso erfolgreich konnte Bertha Heimberg jene Kräfte zurückdrängen, die den FWB in eine politische Partei umwandeln wollten. Für ihren Zweifrontenkampf gegen die SdA und die Verfechter der Parteipolitik fand sie die Unterstützung von Silvio Gesell, der sich auch von der Wära-Aktion der Fysiokraten fernhielt. Nachdem er sich von Hans Timm weitgehend zurückgezogen hatte, entwickelte sich nunmehr eine sehr enge Zusammenarbeit mit Bertha Heimberg. [Bertha Heimberg war während des ersten Weltkriegs Sekretärin im "Gewerkschaftsbund der Angestellten" gewesen und zusammen mit dem GdA-Vorsitzenden Wilhelm Beckmann bald nach dem Ende des Krieges in den FWB eingetreten. Zu Unrecht hat Werner Schmid ihre Rolle in der Umgebung Gesells heruntergespielt (Silvio

Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 303). Obwohl sie als Jüdin ab 1933 ständig gefährdet war, organisierte Bertha Heimberg noch illegale Untergrundversammlungen (Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells, Lütjenburg 1994, S. 123). Erst die Reichskristallnacht war für sie das Signal zur Emigration nach England, von wo sie 1948 zurückkehrte.] Sie führte auch dazu, daß Gesell gegen Ende seines Lebens fast nur noch in den Organen des FWB veröffentlichte. Gemäß dem Selbstverständnis des Bundes konzentrierte Gesell sich dabei auf Kommentare zum wirtschaftspolitischen Zeitgeschehen und auf die Beschäftigung mit der herrschenden Ökonomie. Er reagierte auf Einwendungen von Franz Haber gegen seine Theorie [Silvio Gesell, Ein neuer wissenschaftlicher Kritiker der Freigeldlehre, in: SGW Band 17, S. 45. – Vgl. weitere Dissertationen von Walter Künkel, Der monetäre Ursprung des Zinses, Freiburg 1923. – Willi Bethge, Die Freigeldlehre Silvio Gesells, Köthen in Anhalt 1927.], wiederholte seine Kritik an der damaligen Werttheorie [Silvio Gesell, Der Wertgedanke – Das verhüllte Dogma der Nationalökonomie in neuer Gestalt, in: SGW Band 17, S. 174. Vgl. auch die Natürliche Wirtschaftsordnung, SGW Band 11, S. 121 ff. – Ansätze einer kritischen Revision von Gesells Haltung zur Werttheorie bei Karl Walker, Das Weltwährungssystem, Hann.-Münden 1979, S. 12 ff., und ders. Ausgewählte Werke, Lütjenburg 1995, S. 292-304.] und machte darauf aufmerksam, daß die Ökonomie Hermann Heinrich Gossen und Leon Walras zwar als Begründer der Theorie vom subjektiven Nutzwert der Güter achtete, aber beider Eintreten für einen Rückkauf des Bodens durch den Staat und seine Verpachtung an private Nutzer ignorierte. Während die Gossenschen Gesetze zum Lehrbuchwissen der Ökonomie wurden, galt Gossen wegen seiner Vorschläge zur Entmonopolisierung von Boden und Kapital als Phantast. [Silvio Gesell, Gossen?, in: SGW Band 16, S. 78, sowie ders., Rezension der von Friedrich August von Hayek herausgegebenen 3. Auflage von Gossens Werk "Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln", Berlin 1927. – Vgl. den Art. "H.H. Gossen" von Georges Henri Bousquet, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Band 4, Göttingen 1965, S. 618-620.] Und während Walras' Gleichgewichtstheorie zum Fundament der neoklassischen Standardökonomie wurde, taten die Ökonomen es als eine "Verirrung" ab, daß Walras den Boden sozialisieren wollte, damit der Markt eine gerechtere Verteilung bewirken und der Staat sich nur noch aus den Bodenpachten finanzieren könne. [Torsten Oltmanns, Die Weisheit des Auktionators, in: ZEIT-Punkte Nr. 3/1993, S. 26 (in der Reihe "Zeit der Ökonomen – Eine kritische Bilanz des volkswirtschaftlichen Denkens").]

Innerhalb seiner Anhängerschaft geriet Gesell mehr und mehr in eine Isolation, seitdem sich seine Beziehungen sowohl zu den deutschen Fysiokraten als auch zum Schweizer Freiwirtschaftsbund stark abgekühlt hatten. Und nach außen saß er gleichsam zwischen allen Stühlen der Bodenreformer um Adolf Damaschke und der Anarchisten, der Sozialdemokraten und Gewerkschaften, der Frauen und Pazifisten, der Christen und der Wirtschaftswissenschaftler. Fast vierzig Jahre lang hatte sich Gesell unermüdlich an diese Kreise gewandt – ohne sichtbaren Erfolg. So wich sein kühner und manchmal auch naiver Optimismus früherer Jahre der bitteren Einsicht, daß "... man die Widerstände unterschätzt, die von den bestehenden kommunistischen, sozialdemokratischen, syndikalistischen, anarchistischen und christlichen Organisationen ausgehen. Es ist doch bedeutsam, daß wir in Deutschland bei den Führern dieser Organisationen so gut wie keinen Erfolg

gehabt haben und in dieser Hinsicht auch schon (etwas spät) jede Hoffnung aufgegeben haben.” [Brief Gesells vom 13.6.1928 an einen ungenannten Empfänger (möglicherweise Hugo Fack oder Ludwig Vogt).]

In einer Studie über die Vorgeschichte des Nationalsozialismus erweckte Udo Kissenkoetter den Eindruck, Silvio Gesell gehöre neben Gottfried Feder zu den wirtschaftspolitischen Vordenkern der NSDAP und er habe sich um einen näheren Kontakt mit den Gebrüdern Otto und Gregor Straßer bemüht. In der bodenreformerischen Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg, wo Gesell schon vor dem ersten Weltkrieg gelebt hatte und wo er seit Anfang 1927 wieder wohnte, habe um 1928/29 eine persönliche Aussprache zwischen ihm und den Gebrüdern Straßer stattgefunden. [Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 87-101, hier: 97. Kissenkoetter beruft sich auf eine mündliche Auskunft von Otto Straßer vom 10.4.1971. – Über die Geschichte der Eden-Genossenschaft vgl. Werner Onken, Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld, Lütjenburg 1997.] Otto Straßers “Kampfverlag” befand sich zu jener Zeit in Oranienburg, so daß ein solches Treffen leicht zu arrangieren war. Jedoch ist zweifelhaft, ob die Initiative hierzu von Gesell ausging, denn es gibt keine Anzeichen dafür, daß er jemals Sympathien für ein Denken in ständischen Ordnungen und für die Romantiker des 19. Jahrhunderts gehabt oder Annäherungsversuche an den deutschen Konservatismus und Rechtsextremismus in der Weimarer Zeit unternommen hätte. [Über die in den Feudalismus zurückreichende Entstehungsgeschichte des Konservatismus und seine Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert vgl. Klaus Fritzsche, Konservatismus, in: Franz Neumann (Hg.), Politische Theorien und Ideologien, Baden-Baden 1975, S. 45-80. – Von Anfang an hatte Gesell die Hoffnung, daß die Sozialisten und Gewerkschaften ihn verstehen würden (vgl. Nervus rerum, in: SGW Band 1, S. 152, und die Denkschriften an die deutschen Gewerkschaften, in: SGW Band 13, S. 193 ff. – Vgl. auch Hanna Blumenthal, Unsere Arbeit in den Gewerkschaften, in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld 7. Jg. (1925), Nr. 19, S. 387-399, und Nr. 24, S. 501-514. – Werner Onken, Silvio Gesells kritische Distanz zum Rechtsextremismus in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 106. Folge (1995), S. 2-17.] Dieses Treffen dürfte genauso ergebnislos verlaufen sein wie eine zufällige Begegnung Gesells mit Gottfried Feder im April 1919 in München. [Vgl. das Geleitwort zum Band 10, S. 16.] Sein gesamter Habitus widersprach der Ökonomie des deutschen Sonderwegs mit Fichtes “Geschlossenem Handelsstaat”, mit des Gutsbesitzers Johann Heinrich von Thünens Modell eines “Isolierten Staates” oder mit dem “Nationalen System der politischen Ökonomie”, das Friedrich List dem englischen Liberalismus entgegenstellte, um die deutsche Industrie mit Zöllen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. In Übereinstimmung mit dem nordamerikanischen Bodenreformer Henry George verwarf Gesell jegliches Streben nach Protektionismus und Autarkie, besonders auch die landwirtschaftliche Zollpolitik, mit der ostelbische Junker ihre Sonderinteressen durchsetzten: “Großgrundbesitz durch Zölle schützen, heißt praktisch die Reaktion auf Kosten der Republik schützen.” [Silvio Gesell, Die Landwirtschaft – ein Luxus des Deutschen Reiches, in: SGW Band 16, S. 170. – Über Thünen und List vgl. Anton Tautscher, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Wien 1950, S. 92-111, sowie Günter Schmolders, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Reinbek bei Hamburg 1962 / 1977, S. 31-45.]

Daß Silvio Gesell sich mehr zur angelsächsischen Liberalität und Weltoffenheit hingezogen fühlte als zu den Traditionen des geistig und politisch hinterherhinkenden Deutschland, zeigt auch seine Äußerung, seine “Natürliche Wirt-

schaftsordnung" sei ein "ausgesprochen amerikanisches Ziel, mehr noch als ein englisches". [Brief Silvio Gesells an Hugo Fack vom 20.10.1928.] Dementsprechend hoffte er, im angelsächsischen Sprachraum mehr Verständnis für seine Erkenntnisse zu finden, zumal "der Marxismus in Amerika noch keine politische Macht darstellt ... Was uns hier in Deutschland in dreißig Jahren nicht möglich wurde infolge der hermetischen Abschließung der Arbeitermassen durch die Marxisten, nämlich der Anschluß an die Arbeiter, das dürfte in Amerika erheblich einfacher sein." [Brief Silvio Gesells an Ludwig Vogt vom 18.7.1928.] Ermutigend war für Gesell außerdem das Interesse des führenden amerikanischen Geldtheoretikers Irving Fisher an seinen Theorien. Statt sich von der sich verstärkenden Wendung des deutschen politischen Klimas nach rechts erfassen zu lassen, verwandte Gesell während seiner letzten Lebensjahre große Mühen darauf, die von seinem irischen Mitarbeiter Philip Pye verfaßte englische Übersetzung seiner "Natürlichen Wirtschaftsordnung" für den Druck zu überarbeiten und dafür einen amerikanischen Verleger zu suchen. Nachdem sich die Aussichten auf eine Veröffentlichung in dem renommierten sozialkritischen Verlag Vanguard Press zerschlagen hatten, erschien die "Natural Economic Order" schließlich im Herbst 1929 im Selbstverlag in Berlin. Das erste Exemplar war Gesells in British Columbien/Kanada lebendem Bruder gewidmet: "My dear Hermann: es sind 40 Jahre her, daß Du mich in Buenos Aires, Calle Paraguay 3033 ermuntertest, meine Ideen über das Geldwesen niederzuschreiben. It's a long way to Tipperary." [Brief des kanadischen Bodenreformers und Stadtverordneten von Victoria B.C.E. Woodward an Gesells jüngste Schwester Laura vom 9.1.1958. – Die NEO enthält Änderungen gegenüber der 4.-6. deutschen Auflage, die in den weiteren deutschen Ausgaben der NWO bislang nicht berücksichtigt sind. Vgl. das Vorwort zum Band 11. Die Kontakte zu amerikanischen Verlagen liefen übrigens über eine "Freiwirtschaftlich-fysio-kratistische Arbeitsgemeinschaft in New York". (Letzte Politik Nr. 11/1926, S. 5)] Der Versand des Buches an Wissenschaftler und Politiker in England und Amerika war mühsam und zeitraubend. Es beeindruckte Irving Fisher und den berühmten englischen Ökonomen John Maynard Keynes. Und es löste auch eine Diskussion innerhalb der Labour-Party aus, an der sich namhafte Politiker wie George Lansbury und Stafford Cripps beteiligten. [Vgl. Philip Pye, Gesells Monetary and Social Reform – Free Economy, in: The Nineteenth Century and After, London 1920. – Irving Fisher, Schwundgeld?, in: Leopold Schwarzschild (Hg.), Das Tage-Buch 13. Jg. (1932), Nr. 52, S. 2053-2057. – John Henry Büchi, Free Money – A Way out of Money Maze (mit einem Vorwort von George Landsbury), London 1933. – John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 298 ff. – Leonard Wise, Great Money Reformers: Silvio Gesell, Arthur Kitson, Frederic Soddy, London 1949. – A. Brodbeck, Die 'Neu-Ökonomen' in England, in: Die neue Welt – Freiwirtschaftliches Archiv Nr. 3-4/1931, S. 105-112.]

Unterdessen begann sich zu rächen, daß die deutsche Politik es in "achtjähriger Finanzpfuscherei" [Silvio Gesell, Das Finanzprogramm der Münchener Räteregierung und die achtjährige Finanzpfuscherei, in: SGW Band 17, S. 74.] versäumt hatte, das Reparationsproblem zu lösen und die Wirtschaft auf eine auf rechtem Interessenausgleich beruhende und vom Ausland unabhängige Basis zu stellen. Gesell teilte den sich rechts wie links und auch in weiten Teilen des Bürgertums immer mehr ausbreitenden Zweifel, ob der Parlamentarismus hierzu überhaupt in der

Lage sei. Seine Hoffnungen setzte er indessen nicht auf autoritäre Regierungsformen, sondern er trauerte der Chance zum politischen Handeln nach, die die Münchener Räteregierung 1919 nicht hatte nutzen können. [Ebenda. Zum weit verbreiteten Zweifel am Parlamentarismus vgl. Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1985, S. 220. – Reinhard Kühnl, Die Weimarer Republik, Heilbronn 1993, S. 202. – Schon 1924 wandte sich Gesell gegen ein "Weiterwursteln bis zum nächsten Ermächtigungsgesetz" (Zurück auf den Ausgangspunkt, in: SGW Band 15, S. 188). 1927 schien er eine "Restauration der Monarchie" zu befürchten (Das Finanzprogramm der Münchener Räteregierung ..., in: SGW Band 17, S. 78). Andererseits erwog er in einem Brief an seinen jugoslawischen Mitarbeiter Paul Stanisic vom 11.7.1929, ob die "Diktatur in Jugoslawien Möglichkeiten bietet, die es anderswo nicht geben kann".]

Auch wenn das Ergebnis der Reichstagswahlen vom Mai 1928 zunächst noch den Eindruck einer funktionsfähigen Demokratie erweckte, bahnte sich doch bereits eine Destabilisierung der Weimarer Republik an. Nach dem Zerfall des "Bürgerblocks" aus der Deutschen Volkspartei (DVP), dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei (BVP) und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) führten Stimmengewinne von SPD und KPD und Stimmenverluste von DVP, Zentrum und vor allem der DNVP zur Bildung einer großen Koalition aus SPD, Zentrum, DVP und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Angeführt wurde sie vom sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller; mit Rudolf Hilferding stellte die SPD auch den Finanzminister und Gustav Stresemann (DVP) blieb weiterhin Außenminister. Diese große Koalition war eine in sich widersprüchliche Mischung aus Interessen von Großkapital, Mittelstand und gemäßigter Arbeiterschaft. Auch unter sozialdemokratischer Leitung konnte sie die Lage der Arbeitenden nicht so grundlegend verbessern, wie es für eine Festigung der Republik notwendig gewesen wäre. Mit der Arbeitslosenversicherung und dem Arbeitsschutz für Mütter und Schwangere konnte sie lediglich den schon erreichten sozialen Standard halten. Außerdem blieb ihr Handlungsspielraum durch die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischem Kapital eng begrenzt. Und "... die Vermittler zwischen dem deutschen Volk und den amerikanischen Geldleuten waren leider nicht die freien Gewerkschaften, sondern die Großbanken in Berlin, der Reichsbankpräsident Schacht und vielleicht Stresemann." [Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1984, S. 192.]

Die eigentliche Klammer, welche die große Koalition der Regierung Hermann Müller zusammenhielt, war die außenpolitische Aufgabe, eine endgültige Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen. Nach dem Abschluß der Locarno-Verträge mit den Entente-Staaten und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (1925/26) wollte Stresemann die provisorische Regelung der Reparationen im Dawes-Vertrag durch eine Dauerregelung ersetzen, die einerseits die staatliche Souveränität Deutschlands wiederherstellen und die andererseits die Höhe der jährlichen Reparationslasten genau festlegen sollte. In diesem Zusammenhang wiederholte Silvio Gesell seine Forderung, "... den Arbeitslohn bei der Verteilung der Reparationslasten ganz aus dem Spiel zu lassen" und sie allein den Grundrentnern und Sachwertbesitzern aufzubürden. [Silvio Gesell, Die Reparationslasten im Lichte der Lohntheorie, in: SGW Band 17, S. 158. Vgl. auch den weiterführenden Vorschlag, die zur

Abwicklung der Reparationszahlungen einzurichtende Bank für internationale Zahlungen mit seinem Konzept einer IVA zu verbinden, im Aufsatz "Reparationsbank und IVA-Note", in: SGW Band 17, S. 195-197.] Sie war jedoch 1929 genauso wenig realisierbar wie 1919. Stattdessen verpflichtete sich die deutsche Regierung im Herbst 1929, fast 60 Jahre lang jährlich zwischen 1,5 und 2,5 Milliarden Reichsmark an die Siegermächte zu zahlen – aus dem Staatshaushalt, was bei der angespannten Finanzlage bedeutete, daß die Reparationen nur durch Aufnahme weiterer ausländischer Kredite bezahlt werden konnten.

Obwohl Großgrundbesitz und Großkapital in Wirklichkeit ungeschoren blieben, erhoben ihre politischen Protagonisten in der unter dem Pressezaren Alfred Hugenberg noch weiter nach rechts geschwenkten DNVP und in der langsam anwachsenden NSDAP Adolf Hitlers ein lärmendes Geschrei gegen den Young-Plan, gegen die sogenannte "Kriegsschuldlüge" und das "System der Novemberverbrecher". Es hatte jedoch Ende der 20er Jahre noch keinen Rückhalt in breiteren Bevölkerungsschichten, was auch das klägliche Ergebnis des von Deutschnationalen, Alldutschen und Nationalsozialisten sowie vom Stahlhelm lancierte Volksbegehren gegen den Young-Plan deutlich machte. Erst die Ende 1929 mit dem großen Krach an der New Yorker Börse einsetzende Weltwirtschaftskrise trieb die unter Arbeitslosigkeit und Hunger leidenden deutschen Massen in die Arme des Nationalsozialismus. [Helmut Heiber, Die Republik von Weimar (wie Anm. 40), S. 206-207. – Arthur Rosenberg, Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik (wie Anm. 41), S. 194. – Reinhard Kühnl, Die Weimarer Republik (wie Anm. 40), S. 207 ff.] Auf den legendären "schwarzen Freitag" im Oktober 1929 folgte ein Abzug kurzfristiger amerikanischer Kredite aus dem nach wie vor von ausländischem Kapital abhängigen Deutschland. Das wiederum zog einen Rückgang der Investitionen, sinkende Aktienkurse, vermehrte Bankrotte und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf drei Millionen nach sich. In einem seiner letzten Aufsätze "Die Wallstreet im August 1907 und im Oktober 1929" erinnerte Gesell noch an die 1907 von Morgans Spekulationen ausgelöste Börsenpanik und begründete seine "Annahme, daß es sich wieder nur um die Wirkung einer künstlich mit privaten Mitteln geschaffenen allgemeinen Geldklemme handeln kann." Damit wollte er jedoch keineswegs bestimmte Personenkreise wie etwa jüdische Bankiers als Sündenböcke angreifen. "Wer die handelnden Personen gewesen sind, interessiert uns nicht weiter." [S. 212 in SGW Band 17. Schon Anfang 1926 hatte Gesell geschrieben: "Morgan weiß, wie er den Dollar manipulieren wird; er weiß den Tag genau, wo die Inflation in Deflation umkippen wird. Die anderen Börsenleute aber, die spekulieren nicht, die spielen wie die Glücksspieler in Monte Carlo. Die haben auf die Entwicklung der Kurse keinen Einfluß." (Wird Schacht den Dollarkurs halten können?, in: SGW Band 16, S. 69.)] Für Gesell ging es allein um die Korrektur derjenigen wirtschaftlichen Strukturen, die Personen jedweder Nationalität und Religion den Mißbrauch des Geldes zu Machtzwecken ermöglichen. Zum weiteren Fortgang der Weltwirtschaftskrise und ihren katastrophalen Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik in Deutschland äußerte er sich aber nicht mehr. Nach vier Jahrzehnten des unermüdlichen Kampfes gegen die Interessenpolitik der Mächtigen und den wirtschaftlichen Unverstand der Ohnmächtigen schwanden allmählich seine Kräfte, weiterhin der 'einsame Rufer in der Wüste'

zu sein. Und so trat genau das ein, was Gesell befürchtet hatte: Weil niemand sich die Mühe machte, "... die Währungsfrage (die wichtigste öffentliche Angelegenheit) und das Zinsproblem zu durchdenken, wird man zur Bekämpfung der Erscheinungen – wie damals, als man die Inflation durch eine Deflation wieder 'gut machen' wollte – Maßnahmen ergreifen, die das Gegenteil des Erstrebten herbeiführen müssen." [Silvio Gesell, Der Zinsfuß in Deutschland und in der Welt, in: SGW Band 17, S. 241; ders., Das Finanzprogramm der Münchener Räteregierung und die achtjährige Finanzpfuscherei, in: SGW Band 17, S. 74.] Mit der dramatisch abnehmenden Massenkauftkraft ging ein Rückgang der Steuereinnahmen des Staates einher. Im Finanzministerium wurde Hilferding (SPD) durch den DVP-Politiker Moldenhauer ersetzt, damit im Zuge einer Sparpolitik der Sozialabbau leichter gegen die Arbeiterschaft durchzusetzen war. Noch blieb der SPD-Kanzler Hermann Müller im Amt; aber seine große Koalition geriet mehr und mehr in eine Abhängigkeit von der durch Hjalmar Schacht repräsentierten "Diktatur des Bankkapitals", bis sie schließlich "... im März 1930 an dem alten Streitobjekt, der Arbeitslosenversicherung, auseinanderbrach und der Zentrumsabgeordnete Brüning eine neue Diktatur des Bürgerblocks bildete." [Arthur Rosenberg, Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik (wie Anm. 41), S. 197.]

Unter Historikern gelten Stresemanns Tod im Oktober 1929 als eine "symbolhafte Vorwegnahme des Tods der Republik" und der Übergang von Müllers großer Koalition zu Brünings gegenrevolutionärer Diktaturregierung als das "Ende der deutschen Demokratie von Weimar". [Helmut Heiber, Die Republik von Weimar (wie Anm. 40), S. 206 und 219.] Die von Stresemann maßgeblich mitgestaltete politische Architektur Deutschlands stürzte unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise schnell in sich zusammen, weil sie auf keinem tragfähigen wirtschaftlichen Fundament errichtet war. Eine dem Tod Stresemanns vergleichbare symbolische Bedeutung hatte es, daß gerade in der Todesstunde der Weimarer Demokratie im März 1930 mit Silvio Gesell auch jener Mann starb, der ihr 1919 in seiner Denkschrift an die Nationalversammlung ein besseres Fundament geben wollte und der darin frühzeitig gewarnt hatte: "Wer an der Währung rüttelt, der rüttelt an den Grundfesten der Volkswirtschaft und des Staates ... Auf der Währung ist die Volkswirtschaft aufgebaut. Wer ein ganzes Volk zerrütten und entsittlichen will, der braucht nur die Währung anzutasten." [Silvio Gesell, Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung – Denkschrift zu einer Eingabe an die Nationalversammlung, in: SGW Band 10, S. 247.]

Ungetrückt von ökonomischem Sachverstand und als ein "Gefangener von Schwerindustrie, Bankiers und Großgrundbesitzern" brach Heinrich Brüning sogleich die Weimarer Verfassung, indem er im Einvernehmen mit Reichspräsident Hindenburg den Artikel 48 mißbrauchte, um eine falsche, die Deflationskrise noch verschärfende Sparpolitik im Wege der Notverordnung in Kraft zu setzen. [Arthur Rosenberg, Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik (wie Anm. 41), S. 207. – Vgl. auch Helmut Heiber (wie Anm. 40), S. 213 ff und 225 ff, sowie Reinhard Kühnl, (wie Anm. 40), S. 213.] Infolgedessen stieg die Zahl der Arbeitslosen im Laufe des Jahres 1930 auf rund drei Millionen. Nunmehr wandten sich die notleidenden, verzweifelten Massen

Hugenberg und Hitler zu, die bei den Wahlen im März 1930 noch kein allzu großes Gewicht gehabt hatten. Als ein Konflikt um die Aufhebung der Brüning-schen Notverordnung zur Auflösung des Reichstags führte, brachten die Neuwahlen im September 1930 schließlich einen großen Durchbruch der NSDAP, die ihre Stimmen binnen eines halben Jahres von 800 000 auf 6,5 Millionen steigern konnte. Vier Wochen später unterließ eine Reichstagsmehrheit aus Anhängern Brünings und Sozialdemokraten eine Revision der Notverordnung, so daß die sich noch verschärfende Deflationskrise die Demokratie endgültig zerstören konnte. „Historisch betrachtet, ist Brünings Regime der Brutkasten gewesen, in dem der Nationalsozialismus zum Riesen heranwuchs.“ Was dann mit den autoritären Regierungen von Papen und Schleicher bis zu Hitlers Machtergreifung noch folgte, „... war lediglich das Auszählen der bewußtlos daliegenden Demokratie.“ [Helmut Heiber, *Die Republik von Weimar* (wie Anm. 40), S. 231 und 215. – Harold James, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936*, Stuttgart 1988.]

Später ist oft überlegt worden, ob eine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten diesen Absturz Deutschlands in die braune Barbarei hätte verhindern können. Die ideologischen Gegensätze zwischen den beiden Arbeiterparteien waren jedoch unüberbrückbar. Die Agitation der KPD war mehr von Augenblicksinteressen der notleidenden Proletarier als von klaren Zukunftsvorstellungen bestimmt. Und die reformistische SPD war Ende der 20er Jahre ganz im Sinne der von Hilferding formulierten Theorie des „organisierten Kapitalismus“ darauf eingestellt, die sozialpolitischen Erfolge der Vorjahre zu festigen und innerhalb der parlamentarischen Demokratie die Weichen für ein weiteres ‚Hinüberwachsen‘ des Kapitalismus in den Sozialismus zu stellen (ähnlich wie die Gewerkschaften mit ihrem Ziel einer „Wirtschaftsdemokratie“). In tragischer Verblendung hielt sie die zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft für ein Anzeichen eines allmählichen Systemwechsels zu mehr Planmäßigkeit. Statt die damit verbundenen Gefahren der nicht demokratisch kontrollierbaren Machtballung zu sehen, „wurde das Zusammenwirken von Staatsorganen und Konzernleitungen als ein Schritt zur Gemeinwirtschaft und zum Sozialismus mißverstanden.“ [Reinhard Kühnl, *Die Weimarer Republik* (wie Anm. 40), S. 199 und 227.] Die Tendenz zur stärkeren Planung der Wirtschaft verführte die Sozialdemokratie außerdem zu dem Glauben, daß der „organisierte Kapitalismus“ sehr viel krisenfester sei als der frühere Laissez-faire-Kapitalismus. Und da sie schließlich auch die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von ausländischem Kapital akzeptiert und keine Einsicht in die Gefährlichkeit der Goldwährung entwickelt hatte, traf die Weltwirtschaftskrise die SPD ganz unvorbereitet. Mangels angemessener Gegenstrategien suchte sie in der geradezu tragisch verwickelten Tagespolitik Zuflucht zu einem Pragmatismus, der stets das kleinere Übel suchte und gerade damit das größere Übel nicht verhindern konnte. [Reinhard Kühnl, *Die Weimarer Republik* (wie Anm. 40), S. 226-231. – Vgl. auch Susanne Miller und Heinrich Potthoff, *Kleine Geschichte der SPD – Darstellung und Dokumentation 1848-1980*, 4. Auflage Bonn 1981, S. 132-141.]

Die Hoffnungen auf einen demokratischen Übergang vom „organisierten Kapitalismus“ zum Sozialismus hatten auf Seiten der Sozialdemokratie jegliches

Verständnis für Gesells Vorschläge zur Wirtschaftsstabilisierung blockiert. Bereits 1924 hatte der ihr nahestehende Ökonom Conrad Schmidt die den Kapitalinteressen dienende Goldwährung als "feste Grundlage unseres Geldsystems" verteidigt und Gesells "Schwundgeld-Zauberei" als eine "Übersteigerung des heutigen Papiergeldelends" verhöhnt. [Conrad Schmidt, Geld und Schwundgeld-Zauberei – Silvio Gesells Erlösungsbotschaft, Berlin 1924, S. 32-33. – Ähnliche Kritik übte Emil Lederer; vgl. dazu SGW Band 11, S. 398-400. -In seinem Artikel über den "Freiwirtschaftsbund FFF 1919-1933" erwähnt Kurt Rüss, daß es Ende 1923 in Württemberg eine "Proletarische Arbeitsgemeinschaft für Freiwirtschaftslehre" gab und daß auch Kurt Schumacher Kurse darüber veranstaltete (in: Dieter Fricke Hg., Die bürgerlichen Parteien in Deutschland Band 1, Berlin 1968, S. 91). Zu Gesells Hoffnungen auf die Sozialdemokratie vgl. seinen Brief an Ernst Nobs vom 11.7.1917. Zu seiner Ansicht über die politische Strategie der Sozialdemokratie vgl. den Aufsatz "Die parlamentarische Majorität der Sozialisten – ein Traum", in: SGW Band 15, S. 119-123.] Dennoch versuchte Hans Schumann als Vorsitzender des SPD-Bezirks Schmölln/Altenburg mit Unterstützung des thüringischen SPD-Landtagsabgeordneten Erich Mäder während der großen Weltwirtschaftskrise bis zum Ende der Ära Brüning im Mai 1932, die wirtschaftspolitische Meinungsbildung innerhalb der SPD im Gesellschen Sinne zu beeinflussen. Nach der von der SPD verlorenen Reichstagswahl im September 1930 ließen Schumann und Mäder ein Buch "Arbeiterklasse und Geldpolitik" erscheinen, worin sie ihre bisherigen Bemühungen dokumentierten, die SPD von Goldwährung und Deflationkurs abzubringen und sie zu einer politischen Kraft umzuformen, die die Wirtschaftskrise mit einer anhand eines Warenpreisindex stabilisierten Papierwährung beenden und die Gefahren von Faschismus und Kommunismus bannen könne. Das Buch enthielt auch ein ausführliches Gutachten einer Forschungsstelle des Berliner SPD-Vorstandes, mit dem eine von Schumann angeregte Einsetzung einer Studienkommission zur Untersuchung des Währungsproblems abgelehnt worden war. [Hans Schumann, Arbeiterklasse und Geldpolitik, Altenburg/Thür. 1930. Das Gutachten ist auf den Seiten 38-77 wiedergegeben. Zuvor hatte sich Schumann im Herbst 1928 vergeblich bemüht, ein Manuskript in der sozialdemokratischen Zeitschrift "Gesellschaft" zur Diskussion zu stellen. Hilferding ließ ihm am 19.1.1929 durch Alfred Salomon mitteilen, daß es "... aus politischen Gründen nicht zur Veröffentlichung geeignet" sei. (Max Leuchtenberg, d. i. Hans Schumann, Woran Weimar scheiterte, Hamburg o. J. (ca. 1971), S. 18-19, sowie Hans Schumann, Gegen den Strom, Hann.-Münden 1986, S. 31-42.) 1931 und 1932 gaben Schumann und Mäder außerdem eine Schriftenreihe "Arbeiterklasse und Geldpolitik" heraus, in deren Editorial es hieß: "Die Wirtschaftskrise führt zum Faschismus, wenn ihr nicht Einhalt geboten wird." [Erich Mäder und Hans Schumann (Hg.), Arbeiterklasse und Geldpolitik Nr. 1/ 1931, S. 2.] Ein von den Bezirken Kaiserslautern, Sylbach-Lippe und Hamburg-Barmbeck unterstützter Antrag des Bezirks Schmölln/Thür., die Währungsfrage eingehender zu behandeln, wurde Anfang Juni 1931 auf dem Reichsparteitag der SPD in Leipzig von der Geschäftsordnung an den Rand gedrängt. Fritz Tarnow wiegelte mit den Worten ab: "Ich habe vor diesen Währungsgeschichten einen heiligen Respekt. Man soll damit nicht unsere Parteiorganisationen und Mitgliederversammlungen belästigen." [Vgl. den Bericht über den Leipziger SPD-Parteitag von Schumann, Rückblick und Ausblick, in: Arbeiterklasse und Geldpolitik Nr. 4 /1931, S. 97-114. – Zur Äußerung von Fritz Tarnow a. a. O., S. 108 und 155.] Dennoch gab Schumann nicht auf. Immer wieder wandte er sich an die verschiedensten Parteiinstanzen und

wollte die SPD auch noch zu einem "Volksentscheid gegen das Krisenverbrechen" veranlassen. Als er gegen Ende der Ära Brüning glaubte, die Sozialdemokratie könnte vielleicht doch noch wieder zu politischem Einfluß gelangen, wiederholte er seine Vorschläge zur Überwindung der Deflationskatastrophe durch eine Stabilisierung des Preisniveaus. Und als wenig später auch diese Hoffnung durch Papen zunichte gemacht war, richtete Schumann einen "Letzten Appell" an den SPD-Vorsitzenden Otto Wels, "... um wenigstens vor der Geschichte den Nachweis zu erbringen, daß es nicht am Wissen, sondern am Willen gelegen hat, wenn die Partei und die Arbeiterschaft in die Katastrophe geführt werden." [Zum Volksentscheid vgl. Arbeit und Geldpolitik Nr. 6/1931, S. 161-168. – Nach einer kritischen Auseinandersetzung Erich Mädgers mit den Nationalsozialisten (Nr. 3/1932, S. 1-23) folgte die Resolution des Unterbezirksparteitages an den SPD-Vorstand "Krieg der Krise! – Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung" (Nr. 4/1932, S. 1-28). "Letzter Appell!" in: Arbeit und Geldpolitik Nr. 6/1932, S. 3-7.] Im Herbst 1932 entledigte sich die Partei schließlich dieses "Quertreibers aus der Provinz" [Franz Walter, Tobias Dürr und Klaus Schmittke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993, S. 333-338 und S. 388-395, hier: S. 392. – "Brüning an wirtschaftspolitischer Orthodoxie noch übertreffend ...", hatten sich die Sozialdemokraten als Kraft, die einen Ausweg aus der Krise zu weisen vermochte, selbst ausgeschaltet." (Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe – Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Berlin und Bonn 1987, S. 583) – Vgl. Max Leuchtenberg, Woran Weimar scheiterte, S. 32-42. – Johannes Schumann, Gegen den Strom (wie Anm. 54), S. 47-52. – Paul Heinrich Diehl, Wohin führt uns der Nationalsozialismus?, Lauf bei Nürnberg 1931. – Über die Einstellung der SPD zu Gesell nach 1945 vgl. Erik Nölting, Die Wirtschaftspolitik und das Geldproblem – Eine Auseinandersetzung mit den Schwundgeldaposteln, Hannover 1948.] durch einen Parteiausschluß, nachdem sie ihn zuvor schon seiner Ämter enthoben hatte. –

Ohne überzeugende Programmatik und tief zerstritten, verlor die traditionelle Arbeiterbewegung die durch die Deflationskrise radikalisierten Volksmassen mehr und mehr an die NSDAP als die "einzige unverbrauchte Kraft im völkischen und gegen-revolutionären Lager ..., der die breiten Volksmassen eine antikapitalistische Gesinnung glaubten." [Arthur Rosenberg, Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik (wie Anm. 41), S. 203.] In ihrem Programm versprach die NSDAP den notleidenden Menschen die "Abschaffung des arbeitslosen Einkommens" und die "Brechung der Zinsknechtschaft". Dadurch "... strömten ihr viele Tausende von ehrlichen Sozialisten zu, die da hofften, Hitler würde das verwirklichen, woran die marxistischen Parteien gescheitert waren." [Arthur Rosenberg (wie Anm. 41), S. 204. Vgl. auch Reinhard Kühnl, Die Weimarer Republik (wie Anm. 40), S. 228.] Auch weite Teile der Anhängerschaft Silvio Gesells verdrängten nunmehr ihre frühere Abneigung gegen die Nationalsozialisten und folgten deren Verheißungen. [Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells – Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93, Lütjenburg 1994, S. 93-128. – Hans-Joachim Werner, Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung – 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Münster und New York 1989, S. 77 ff. – Zur kritischen Auseinandersetzung mit diesen Verirrungen vgl. die 106. Folge (1995) der Zeitschrift für Sozialökonomie mit Beiträgen von Gerhard Senft, Antikapitalismus von rechts? – Eine Abrechnung mit Gottfried Feders 'Brechung der Zinsknechtschaft'; Roland Geitmann, Natürliche Wirtschaftsordnung, Judentum und Antisemitismus; Werner Onken, (wie Anm. 32); ders., Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem

Hakenkreuz – Anpassung und Widerstand, Lütjenburg 1997. Versäumt hat die NWO-Bewegung eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und eine Beschäftigung mit den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Widerstands gegen das NS-Regime. Vielfältige Anregungen, Versäumtes nachzuholen, gibt folgende Literatur: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975. – Werner Conze, Der Nationalsozialismus, Stuttgart 1972. – Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur – Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1976. – Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945 – Eine Bilanz, Düsseldorf 1983. – Martin Broszart u. Norbert Frei (Hg.), Das Dritte Reich im Überblick, 3. Auflage München 1992. – Willi Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930-1945, Düsseldorf 1983. – Helmut Woll, Die Wirtschaftslehre des deutschen Faschismus, 2. Auflage München 1994. – Peter Steinbach und Johannes Tuchel, Lexikon des Widerstandes 1933-1945, München 1994. – Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994. – Helga Grebing und Christl Wickert (Hg.), Das 'andere' Deutschland im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen 1994. – Hermann Graml, Widerstand im Dritten Reich, Frankfurt 1984.] Dabei war trotz des antikapitalistisch klingenden Vokabulars der NSDAP spätestens seit der Bildung der "Harzburger Front" im Oktober 1931 erkennbar gewesen, worum es den Nationalsozialisten in Wirklichkeit ging: nämlich gemeinsam mit Deutschnationalen, dem Stahlhelm sowie Vertretern der Finanzwelt und der Großindustrie, der Großgrundbesitzer, Aristokraten und Generäle die durch den verlorenen Krieg erlittenen Verluste von Gebieten, Kolonien und Arbeitskräften rückgängig zu machen und durch die Unterjochung von angeblich 'minderwertigen' Juden und Slawen eine innereuropäische Kolonialisierung zu betreiben. -

Nachdem sowohl die nationalsozialistische als auch die kommunistische Diktatur der Vergangenheit angehören, läßt sich im historischen Rückblick fragen, ob sich aus Silvio Gesells Denken bei rechtzeitiger öffentlicher Beachtung ausreichend starke Abwehrkräfte gegen das im 20. Jahrhundert heraufgezogene "totalitäre Zeitalter" (Klaus Hornung [Klaus Hornung, Das totalitäre Zeitalter – Bilanz des 20. Jahrhunderts, Berlin 1993.]) hätten entwickeln können. Und könnte es – mit Blick auf die Zukunft gefragt – mithelfen, einem nochmaligen Abgleiten der nach 1945 kapitalistisch restaurierten Zivilisation von einer schweren Krise in eine totalitäre Barbarei vorzubeugen? Würde eine Bodenrechts- und Geldreform tatsächlich die Verwirklichung dessen bringen, was den Kern sowohl der Religion als auch des Humanismus und der Aufklärung ausmacht: die Hoffnung auf eine Befreiung der menschlichen Individuen von jeglicher geistlichen und weltlichen Herrschaft? Oder würden Gesells Denkanstöße für eine Erneuerung der Welt in einer Natürlichen Wirtschaftsordnung auch nur zu nochmaliger Bestialität und Massenvernichtung führen? Gewiß enthalten sie keinen Automatismus, der vor Irrtümern und vor einem Mißbrauch der Bodenrechts – und Geldreform zu totalitären Zwecken schützen könnte. Aber in ihrem freiheitlichen Kern sind positive Entwicklungsmöglichkeiten angelegt, da Gesell nicht wie die Vordenker totalitärer Regime eine technokratische Neuschöpfung der Welt und eine Umerziehung der Menschen anstrebte. Sein Ziel war es vielmehr, im Vertrauen auf die Harmonie des Universums eine wirtschaftliche Rahmenordnung für die Selbstentfaltung der menschlichen Natur und die Selbstorganisation freier, gleichberechtigter Individuen zu einem gleichgewichtigstabilen Sozialgefüge zu schaffen. [Vgl.

das Vorwort von Paulus Klüpfel zur 2. Auflage der NWO und den Anfang von Gesells Vorwort zur 3. Auflage im Band 11 der Gesammelten Werke, S. 392 ff und S. XV. Aus dieser Haltung sprechen einerseits eine religiöse Achtung vor einer höheren Vernunft und andererseits das aufgeklärte Vertrauen in die menschliche Vernunft und an die Naturwissenschaften als Schlüssel zum menschlichen Fortschritt, an die Fähigkeit des Menschen zur Anpassung an geänderte Umstände sowie an seine Vervollkommnung im diesseitigen Leben. Vgl. Roy Porter, Kleine Geschichte der Aufklärung, Berlin 1991. – Mit Gesells Neigung zur Evolutionslehre korrespondieren seine Vorliebe für Naturstudien (vgl. seinen Brief an Georg Blumenthal vom 22.7.1907) und seine kosmopolitische Einstellung.] In einer solchen Rahmenordnung erblickte er auch gleichsam eine geistige Gleichgewichtslage im Widerstreit der ökonomischen Theorien, in der "alle Theoretiker versöhnt" würden. [Silvio Gesell, Warum die Quantitätstheorie dem Geld gegenüber versagt, in: SGW Band 3, S. 114.] In einer ebenso von Klassen- wie von Rassen- gegensätzen freien bürgerlichen Gesellschaft ohne Herren und ohne Knechte sollten die Spaltungen der menschlichen Gesellschaft in politische Parteien überwunden und vor allem auch jene Gruppen integriert werden, die sich aufgrund der kapitalistischen Deformation der bürgerlichen Gesellschaft entweder in konservativer oder in revolutionärer Richtung von ihr entfernt hatten. [Silvio Gesell, Die Diktatur der Not, in: SGW Band 14, S. 61 und 91.] In diesem Zusammenhang ließe sich noch ergänzend die Frage stellen, ob eine solche Wiederverbindung der Menschen auch den Weg zur Überwindung religiöser Schismen ebnen könnte.

Unablässig warnte Silvio Gesell vor einer Versklavung der Menschen durch den Kommunismus wie in der früheren Sowjetunion und vor den Folgen einer sozialen Zerrüttung durch ein fehlerhaftes Geldwesen wie in Deutschland. Während der großen Inflation der frühen 20er Jahre hatte er bereits einen weiteren Untergang vor Augen, der über "Hunger, Elend, Selbstmord, Revolver, Hungerrevolten, Standgerichte, Zuchthäuser, Massengräber und Kannibalismus" schließlich über die nationalistische Verhetzung anderer Völker zum nächsten Krieg führe – zum "fürchterlichsten Krieg" zwischen menschlichen Rassen. [Silvio Gesell, Die papierene Einheitsfront des Proletariats, in: Gesammelte Werke Band 14, S. 189, sowie ders., Der Aufstieg des Abendlandes, in: SGW Band 14, S. 205-206. Gesell dachte dabei noch nicht an die Massenvernichtung sogenannter jüdischer und slawischer 'Untermenschen' durch selbsternannte arische 'Herrenmenschen', sondern an einen Zusammenprall der weißen und gelben Rassen, den er als Folge der nordamerikanischen Einwanderungsbeschränkungen befürchtete. Vgl. dazu die Aufsätze "Ist das Erbe des Kolumbus noch sicher in den Händen der Monroeaner?", in: SGW Band 15, S. 198-202, sowie "Die Monroe-Doktrin und mein Recht", in: SGW Band 14, S. 334-336. Gegen jedwede Fremdenfeindlichkeit richtete sich Gesells Forderung, "... jede Einwanderungskontrolle zu beseitigen ... Die Gelben, die Weißen, die Schwarzen – alle sollen das gleiche Recht auf die Erde, auf den amerikanischen Kontinent haben, genau wie wir jedem Amerikaner Europa und die Mongolei zu Nutz und Freude zur Verfügung stellen wollen." (SGW Band 15, S. 201)] Gerade wegen solch tiefer Einsichten in den Charakter totalitärer Herrschaftssysteme und die Voraussetzung ihres Entstehens ist es verwunderlich, daß Gesell neben anderen politischen Strategien zeitweise auch Ambitionen auf eine Realisierung seiner Reformvorschläge durch Lenin hatte und daß Teile seiner Anhängerschaft im Proletarischen Block und im Roland-Bund nach fehlgeschlagenen Annäherungsversuchen an einige Weimarer Parteien wie die SPD, DDP, das Zentrum und die CSRP allen

Ernstes glaubten, die erklärtermaßen antiliberalen und demokratiefeindlichen russischen Kommunisten oder die deutschen Nationalsozialisten könnten eine Bodenrechts- und Geldreform durchführen. [Brief Silvio Gesells an Wladimir Iljitsch Lenin vom 23.7.1918. Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells (wie Anm. 61), S. 54 ff und S. 105 ff.] Dieser eklatante Widerspruch zwischen dem hohen Ziel einer allseitigen Befreiung des Menschen und einer Reihe von inadäquaten Mitteln verweist auf die Notwendigkeit, anhand der nunmehr erstmals vollständig vorliegenden Werke Silvio Gesells einen Gesamteindruck von seiner Größe und von möglichen Bruchstellen in seinem Werk zu bekommen. Dadurch sollte sich sowohl die zuweilen unkritische Glorifizierung seitens mancher Anhänger als auch die überhebliche Geringschätzung von seiten vieler Wissenschaftler überwinden lassen. Den besten Schlüssel zum Verständnis seines Werkes hat Gesell selbst geliefert, indem er es als ein "Programm des Zukunftsstaates" charakterisierte, "... wenn unter diesem Ausdruck das verstanden wird, was zu allen Zeiten als Ideal vorgeschwebt hat den besten Vertretern des Christentums, der Anarchie, der Utopie, des Sozialismus, des bürgerlichen Freiheitsdrangs. Der Geist Moses, Solons, Laotses, Stirners, Ibsens, Proudhons, des Bauernkriegs lebt in diesem Programm." In seinem Hauptwerk bekannte sich Gesell außerdem zu dem "Ideal Schillers, Nietzsches und Landauers". [Silvio Gesell, Die Reparation als direkte Aktion des deutschen Proletariats, in: SGW Band 14, S. 398, sowie das Vorwort zur 4. Auflage der NWO, in: SGW Band 11, S. XXVI.] Sein Denken wurzelt sowohl in der Religion als auch in der Philosophie der Aufklärung (wie seine Sympathien für Giordano Bruno und Galileo Galilei sowie sein starkes Interesse an den Naturwissenschaften und sein Fortschrittsglaube zeigen) und den von der Aufklärung vorgeformten Ökonomien des angelsächsischen Liberalismus und der französischen Physiokratie. Es setzte den Protest der Aufklärung gegen die Machtpolitik von Kirche und Staat im Feudalzeitalter fort – und zwar genau an der Stelle, wo die Aufklärung es nicht mehr vermocht hatte, "... dem zukünftigen Entstehen neuer Knechtschaft vorzubeugen." [Roy Porter, Kleine Geschichte der Aufklärung, Berlin 1993, S. 94 und 35.] Gesell wehrte sich dagegen, daß im modernen Kapitalismus der Mißbrauch des Glaubens zu Machtzwecken fortgesetzt und um einen Mißbrauch des Wissens zu Machtzwecken ergänzt wurde. Mit der Erkenntnis der strukturellen Macht des Bodenprivateigentums und des zinstragenden Geldes schuf er eine Voraussetzung dafür, daß sich die jeweilige Dialektik der Religion und der Aufklärung auflösen läßt, so daß Glaube und Wissen ihrer Instrumentalisierung durch Herrschaftsinteressen entwachsen und sich polar ergänzen können. In diese Richtung lassen sich Freiland und Freigeld weiterdenken, wenn man sie nicht nur als ökonomische Kategorien ansieht – als solche wären sie weiterhin zur Sterilität verurteilt -, sondern wenn auch die in ihnen angelegten weltanschaulichen, historischen und politischen Möglichkeiten entfaltet werden. Ihre kritische Rezeption sollte mithin auch ihre Einbettung in die europäische Geistesgeschichte berücksichtigen und an neuere Entwicklungen anknüpfen, wie zum Beispiel an die nach der Wende in Mittel- und Osteuropa erneut einsetzende Liberalismus-Diskussion. [Ansätze bei Werner Onken, Silvio Gesells Leben und Werk in der europäischen Geistesgeschichte, in: Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (Hg.), Gerechtes Geld – Gerechte Welt, Lütjensburg 1992, S. 33-51, sowie ders., Natürliche Wirtschaftsordnung unter kommunistischer Herrschaft

und nach der Wende von 1989, S. 38-40. – Vgl. außerdem Christoph Körner, Vom Tauschmittel zum Geldvermehrungsinstrument – Zur metaphysischen Rolle des Geldes in der Wirtschaft der Neuzeit, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 102./103. Folge (1994), S. 3-14. – Zur neueren Liberalismus-Diskussion vgl. Krzysztof Michalski (Hg.), Die liberale Gesellschaft, Stuttgart 1993. – Bert von den Brink, Gerechtigkeit und Solidarität – Die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte, in: Transit-Europäische Revue Nr. 5/1993. – Ira Katznelson, Jenseits von Sozialismus und Liberalismus, in: Transit – Europäische Revue Nr. 6/1993. – Cornelia Klinger, Ein Streit, der keiner ist? – Zur Debatte zwischen Liberalen und Kommunitaristen in den USA, in: Transit – Europäische Revue Nr. 7/1994, S. 122-139. – Zu traditionell religiösen und modern aufgeklärten Zukunftserwartungen vgl. Gottfried Küenzlen, Der 'Neue Mensch' – Eine Untersuchung zur säkularen Religionsgeschichte der Moderne, München 1993.]

Bislang ist der "Freiland-Freigeld-Dom" [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 20.] also noch nicht fertig, sondern erst eine Gedankenbaustelle. Das von Gesell hinterlassene Baumaterial ist gleichsam ein roher Edelstein, der von (Wirtschafts-)Historikern ausgegraben und dann geschliffen werden muß – von Ökonomen und auch von Theologen und Philosophen, Politologen, Psychologen und Juristen. Besonders der wuchtige Zusammenprall des stirnerschen Egoismus mit dem tradierten Kirchenglauben in Gesells Rede am Grab seines ersten Freundes und Mitarbeiters Georg Blumenthal macht abermals deutlich, daß die verschiedenen, teilweise gegensätzlichen religiösen und philosophischen Einflüsse auf sein Denken gesichtet werden müssen, wenn die Entwicklung eines in sich stimmigeren weltanschaulichen Fundaments gelingen soll. [Silvio Gesell, Am Grabe Georg Blumenthals, in: SGW Band 17, S. 147. Zum Stirnerschen Egoismus vgl. die Aufsätze von Rolf Engert und Hans Timm in der Zeitschrift "Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld" Nr. 12/1926, S. 227-233.] Auch die ökonomischen Theorien bedürfen einer aktualisierenden Weiterentwicklung im kritischen Dialog mit der Schulökonomie. Der zunehmende Druck wirtschaftlicher Problemlagen und vereinzelt positive Stellungnahmen namhafter Ökonomen wie Irving Fisher, John Maynard Keynes, Dudley Dillard oder Lawrence Klein könnten eine Gesprächsbereitschaft aufseiten der Fachwissenschaft begünstigen. [Irving Fisher, Stamp Scrip, New York 1933; ders., Feste Währung, Weimar 1937. – John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 359. – Dudley Dillard, Gesells Monetary Theory of Social Reform, in: American Economic Review Vol. 32/1942, S. 348. – Roy Harrod, Dynamische Wirtschaft, Wien 1949, S. 177 ff. – Lawrence Klein, The Keynesian Revolution, London 1980, S. 149 und 152.] Und nicht zuletzt muß bei der Revision der verschiedenen Wege, auf denen die Verwirklichung einer Natürlichen Wirtschaftsordnung angestrebt wurde, Gesells Irrtum überwunden werden, daß es "ziemlich gleichgültig (sei), in welchen äußeren Formen diese Tat sich vollziehen wird." Dazu könnte seine Ansicht beigetragen haben, daß sich die Evolution "... immer nach denselben Gesetzen (vollzogen habe): bei Naturvölkern, in Monarchien ebenso wie in Republiken" und daß der Ur-zins über die Jahrtausende hinweg unabhängig von wechselnden Staatsformen eine konstante Größe gewesen sei. [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 19. – Ders., Die Auslese durch das Christentum, den Krieg und den physiokratischen Frieden, in: Gesammelte Werke Band 7, S. 220, sowie Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: Gesammelte Werke Band 11, S. 373 ff.] Die Bodenrechts- und Geldreform ist jedoch

keine weltanschaulich und politisch neutrale Sozialtechnik, die in jeder beliebigen politischen Form unabhängig von der Geistesverfassung der Menschen anwendbar wäre. Das freiheitliche Ziel wird sich nur auf dazu passenden Wegen erreichen lassen. Gesells Unentschiedenheit in der Frage nach den politischen Formen der Bodenrechts- und Geldreform war möglicherweise ein Ausdruck des Schwankens zwischen angelsächsischer Liberalität und der kontinental-europäischen Neigung zu 'aufgeklärten' Absolutismen; sie ist jedoch unhistorisch und birgt die Gefahr, daß Verfechter seiner Ziele nochmals von falschen Propheten verführt werden.

Von den Nachfolgern Gesells bemühte sich vor allem Karl Walker darum, Gesells Lebenswerk in seiner ganzen weltanschaulich-ökonomisch-politischen Breite kritisch zu sichten und weiterzuentwickeln. Sein literarisches Schaffen reichte vom Ende der Weimarer Zeit über die Jahrzehnte des Nationalsozialismus, der Restauration und des Wirtschaftswunders bis hin zur Zeit der 1968er Studentenbewegung. Eine Auswahl aus Walkers Werken liegt im Band 2 der "Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung" vor und sollte in Forschungen über Gesells Werke einbezogen werden. –

Von den in den einzelnen Bänden der Gesammelten Werke benannten Lücken konnte während dieser Edition leider keine einzige geschlossen werden. Dafür kamen in Nachlaßmaterialien, welche Gesells Nachkommen in Argentinien dankenswerterweise zur Verfügung stellten, unveröffentlichte Manuskripte und Fragmente zum Vorschein, die zusammen mit einigen posthum erschienenen Aufsätzen in den Anhang von Band 17 aufgenommen wurden. Darin erscheint auch nochmals der "Offene Brief an die Berliner Zeitung am Mittag" (1918), und zwar in der von Werner Schmid überlieferten Fassung. Willy Hess hat darauf aufmerksam gemacht, daß sie ausführlicher ist als die im Anhang zu Band 10 von Friedrich Salzmann übernommene Fassung. [Werner Schmid, Silvio Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 284, sowie SGW Band 10, S. 17 und 349.] Nicht auffindbar ist ein Manuskript "In 3000 Tagen zum sozialistischen Ziel", das Gesell 1919 in München verfaßte und das ihm nach Angaben der im Bayerischen Staatsarchiv befindlichen Prozeßunterlagen nach seinem Freispruch von den Justizbehörden wieder ausgehändigt wurde. Dafür enthielten die in Argentinien wiedergefundenen Nachlaßmaterialien das Manuskript eines Vortrags von Gesell über seine Mitwirkung an der Münchener Räteregierung, von dessen Existenz bislang nichts bekannt war. Das Manuskript trägt das Datum vom 24. April 1920; jedoch läßt sich nicht sagen, wo und vor welchem Publikum dieser Vortrag gehalten wurde. Ebenso unbekannt war bislang Gesells Überlegung, einen "Osteuropäischen IVA-Bund" zu bilden; sie entstand möglicherweise während oder nach Gesells Reise nach Rumänien (1926) im Gedankenaustausch mit Paul Klemm und Paul Stanisc.



Silvio Gesell
im Winter 1929/30

Erklärungsversuche für den amerikanischen Acht-Dollar-Lohn.

Die amerikanischen Unternehmer müssen, wenn sie sich die nötigen Arbeiter sichern wollen, acht und mehr Dollar für den Tag von acht Stunden anbieten. Mit diesem Lohn belastet, geht die amerikanische Ware in alle Welt, und überall steht sie im Wettbewerb mit den Produkten der europäischen Ware, die nur mit zwei Dollar Lohn und weniger belastet ist. Und wie oft geht der amerikanische Kaufmann siegreich aus solchem Wettkampf hervor! Wie kann man das erklären? Viele Erklärungen kann man geben, aber nur, wenn man sie allesamt gelten läßt, kann ihre Summe das Phänomen begreiflich machen. Es genügt doch nicht, daß man sagt, der amerikanische Arbeiter werde schärfer angestrengt. Er mag wirklich intensiver arbeiten, aber sicher nicht viermal so viel wie der deutsche, der englische Arbeiter. Es genügt auch nicht, daß man sagt, die amerikanische Kohle sei so viel billiger ans Tageslicht zu bringen, denn die Kohle spielt zwar im allgemeinen Produktionsprozeß eine wichtige Rolle, aber gewiß keine so ausschlaggebende, daß durch diesen glücklichen Umstand sämtliche Löhne im ganzen Land von zwei auf acht Dollar gehoben werden könnten. Auch müssen diese Kohlen auf Eisenbahnen weit, weit ins Land befördert werden, und diese langen Transporte machen die Vorteile der billigen Kohlenförderung für viele amerikanische Industrien wieder zunichte. Die Kohle, z. B. die von Pennsylvania auf Achsen in die Felsengebirge für die Minenindustrien, für den Eisenbahnbetrieb geschickt wird, die möge an Ort und Stelle sich teurer stellen als an sich teurere Kohle, die per Schiff von Cardiff und Hull nach Hamburg und Berlin geliefert wird. Auch haben wir in Deutschland die Braunkohle, die in Bezug auf Förderkosten sicher mit der amerikanischen konkurriert. Und überdies ziehen die meisten europäischen Länder infolge ihrer günstigen Seewege aus der billigen amerikanischen Kohle mehr Vorteile als die meisten nur mit der Bahn erreichbaren amerikanischen Industrien. Es ist gewiß billiger, die pensylvanische Kohle nach Hamburg, nach Konstantinopel, nach Stockholm, nach Paris, Barcelona, Leningrad, Neapel usw. zu schaffen als nach Alaska, Dakota, Colorado, überhaupt nach allen Weststaaten. Wären die hohen Löhne mit der billigen Kohle zu erklären, dann müßten an all den genannten europäischen Plätzen die Löhne mindestens so hoch stehen wie in Amerika.

Die hohen Löhne in Amerika sucht man auch mit dem *Fordismus*, mit der Fließarbeit zu erklären. Gewiß, Amerika hat in dieser Beziehung auf manchem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft einen Vorsprung. Aber auch hier wieder muß man zugeben, daß dieser Vorsprung nicht so allgemein ist, um allgemein Tagelöhne von acht Dollar zu ermöglichen. Wir kennen die Fordsche Fabrik. Aber Ford ist Ford und nicht Amerika. Wenn hoch gegriffen, dann beschäftigt Ford ein Tausendstel der

amerikanischen Arbeiter. So sehr rückständig sind die europäischen Unternehmer doch auch nicht. Unmöglich kann uns Ford und sein Bandwurm den Tagelohn von acht Dollar erklären.

Eine viel weiter reichende Erklärung des Acht-Dollar-Lohnes als die bisher genannten liefert uns die Tatsache, daß die Amerikaner in weitestem Umfang noch Raubbau und extensive Kultur (Handsparkultur) betreiben können, dank der noch so dünnen Bevölkerung. Die Handsparkultur liefert allgemein viel höhere Erträge als die in Europa allein mögliche Landsparkultur (intensive Kultur) vor allem im Getreidebau und in der Viehzucht. Bei der Viehzucht genügt z. B. in Argentinien ein (1) Mann, ein einziger für eine Strecke von rund 1000 Morgen, von der jährlich 350 fette dreijährige Ochsen abgetrieben werden können. In der Schweiz, in Bayern würde man für die gleiche Produktion die Arbeit von rund 100 Mann benötigen. Der mit modernem Geschirr arbeitende Farmer bewirtschaftet eine Strecke von 500 ha allein mit seiner Familie, und nur für die Ernte braucht er die Hilfe weiterer Maschinen und Arbeiter. Die extensive Kultur im Verein mit Raubbau liefert ein Produkt, das trotz schlechteren Bodens und schlechterer klimatischer Verhältnisse dasjenige der kleinen europäischen Bauern 50mal, vielleicht auch 100mal überwiegen mag. (Ich spreche hier vom Arbeitsprodukt, nicht vom Arbeitsertrag.) Ähnlich verhalten sich die Dinge bei der Forstwirtschaft, bei der Fischerei, bei der Obstkultur usw. Dieser Aktivposten der amerikanischen Wirtschaft hat für die Erklärung des uns beschäftigenden Problems natürlich eine viel größere Bedeutung als alle bisher angeführten Erklärungsgründe. Wenn man in Deutschland 60% des Volkes allein für die Aufbringung der Nahrungsmittel benötigt, während in Amerika dazu vielleicht nur 10% genügen (Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln sind in diesen Schätzungen berücksichtigt), so ist es klar, daß dem amerikanischen Volk für andere Lebensbedürfnisse ganz andere Mittel zur Verfügung stehen müssen als den mit ihm konkurrierenden Völkern Europas. Diese Mittel sind es dann, die im Acht-Dollar-Lohn in Erscheinung treten. Bedenkt man aber, daß die Lebensmittel, die die amerikanische extensive Kultur liefert (Brot und Fleisch), im Haushalt des Arbeiters doch nur eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen – hoch bemessen werden sie nicht 10% des amerikanischen und 20% des europäischen Lohnes beanspruchen –, so sieht man gleich, daß hier nicht die gesuchte Ursache des großen Lohnunterschiedes sein kann.

Um den Acht-Dollar-Lohn zu erklären (der uns übrigens nur darum so hoch erscheint, weil man in Europa mit einem Zwei-Dollar-Lohn rechnet), müssen weitere Dinge herangezogen werden. Wir müssen die Frage umwerfen und sagen: Warum können wir in Europa nicht auch Acht-Dollar-Löhne zahlen? Wo sind die Passivposten der europäischen Wirtschaft, die den Lohn von acht auf zwei Dollar herabdrücken? Sind sie in der Natur, im Menschen, in der Technik, in der Politik, im Krieg, in der allgemeinen Verschuldung zu suchen?

Kein Land der Welt ist für die Industrie, die Landwirtschaft und den Handel von der Natur so bevorzugt wie gerade Europa. Das Klima in Europa ist angenehm und gesund wie in keinem anderen Land der Welt. Der Golfstrom überschüttet das Land zu allen Jahreszeiten mit warmem Regen und läßt noch dort paradiesische Gärten unter Breitengraden blühen, wo in anderen Weltteilen ewiges Eis die Fluren bedeckt. Überall greift das Meer tief in den Kontinent ein und liefert der Industrie die so billigen und überall geschätzten Wasserstraßen. Und von den zahllosen trefflichen und sicheren Seehäfen gehen große, weitverzweigte und schiffbare Ströme bis in die Gebirge. Alle Gewächse der gemäßigten Zone gedeihen hier in meistens unübertrefflicher Güte. Kohle findet man dicht an Seehäfen und an schiffbaren Flüssen, von wo sie überallhin billig verfrachtet werden kann. Bau- und Nutzholz wächst auch fast überall an den Orten des Verbrauches, sehr oft in genügender Menge. Die gewaltige Eisenindustrie findet den Rohstoff in den über ganz Europa sich ausdehnenden Gebirgszügen. Die Wege zu den afrikanischen und asiatischen Märkten sind bedeutend kürzer als von den amerikanischen Produktionsstätten. Alles das liefert beim Vergleich mit Amerika keine Passivposten, sondern im Gegenteil Aktivposten. Auch der Menschenschlag kann den Vergleich mit Amerika im allgemeinen vertragen. Vielleicht ist der Amerikaner etwas kräftiger. Er hat eben acht Dollar Lohn täglich. Aber so lebens- und arbeitsfreudig wie der Amerikaner ist sicher auch der Europäer. Ein Unterschied ist allerdings hier wahrzunehmen, der sich zu einem nicht unwichtigen Aktivposten für die amerikanische Wirtschaft auswirkt: Der Amerikaner überläßt es gerne den Europäern, ihm seine Kinder zu zeugen, aufzuziehen, heranzubilden. Er bezieht dieses teure Produkt fix und fertig aus Europa und braucht dabei nichts dafür zu zahlen. Die Europäer liefern uns die Menschen umsonst, so wie wir sie brauchen, warum sollen wir uns noch mit solch unprofitabler Produktion abmühen? So sagen sehr, sehr viele Amerikaner. Und alle die, die so reden, können natürlich ausgezeichnet mit dem Europäer konkurrieren, der Menschen statt Schweine züchtet. Eine Million erwachsene Menschen im Durchschnittsalter von 20 Jahren, die Europa Jahr für Jahr an Amerika kostenlos, gratis abliefern, liefern für die europäische Wirtschaft einen Passivposten von zehn Milliarden Goldmark jährlich, wenn wir die Aufzucht eines 20-jährigen Menschen, Schulung einbegriffen, mit nur 10 000 Goldmark rechnen. (Zinsen und Zinseszinsen sind hier mitzurechnen.) Um diese zehn Milliarden Goldmark kann die amerikanische Wirtschaft natürlich höhere Löhne zahlen. Wenn es umgekehrt wäre? Wenn wir Europäer den Amerikanern die Aufzucht der Menschen überließen, wenn wir sie fix und fertig *und umsonst, frachtfrei und mit einem gehörigen Taschengeld* vom Ausland beziehen könnten, ob wir nicht auch höhere Löhne würden bezahlen können? Wir brauchen dann keine Schulen, keine Kirchen, die Frauen werden durch Schwangerschaften nicht von der Fabrikarbeit abgehalten, neben-

bei ersparen wir noch die Begräbniskosten von alljährlich 300 000 Säuglingen (eine Nebenerscheinung der Menschenproduktion). Auch Kasernen brauchen wir nicht, denn die Einwanderer kommen auch in dieser Beziehung bereits geschult an. Das und vieles andere muß sich selbstverständlich irgendwo in der Wirtschaft bemerkbar machen, irgendwo im Einkommen, in der Grundrente, in den Ersparnissen des Volkes, in verminderten Staatsausgaben und Steuern, zuletzt auch in höheren Löhnen.

Jedoch auch das genügt natürlich nicht, um eine so gewaltige Erscheinung wie den allgemeinen Acht-Dollar-Lohn dort und den Zwei-Dollar-Lohn hier zu erklären, namentlich wenn man die oben erwähnten *Aktivposten* der europäischen Wirtschaft, zu denen noch der höchst bedeutsame, für die Arbeitsteilung und daher für die Produktivität der Arbeit so überaus wichtige Faktor der dichten Bevölkerung zuzurechnen ist, in Betracht zieht. Andere Dinge müssen es sein, die die europäische Wirtschaft sterilisieren.

Ob es die Grundrente ist, die heute in Europa eine größere Rolle spielt als in Amerika, wenigstens in bezug auf die Grundrente des landwirtschaftlich genutzten Bodens? Der amerikanische Farmer braucht keine so hohen Beträge für die Kosten des Bodens in Anrechnung zu bringen. Er ist in der Lage, einen größeren Teil des Arbeitsproduktes für Löhne zu bestimmen, und der relative Mangel an Arbeitern zwingt ihn, die höheren Löhne auch zu bezahlen. Die Billigkeit des landwirtschaftlichen Bodens erleichtert es den Arbeitern, sich selbständig zu machen, und wenn sie auf die Selbständigkeit verzichten, dann zumeist nur darum, weil die Höhe des Lohnes sie dazu bestimmt. So muß der Ertrag der Arbeit des Siedlers das Maß abgeben für das, was der Farmer seinen Leuten an Löhnen zahlen muß. In Europa, wo der gesamte Boden bereits in festen Händen ist, wo bei jedem Landverkauf, jeder Landverpachtung die Konkurrenz der Interessenten groß ist, da muß der Siedler einen bedeutenden Teil seines Arbeitsproduktes für Zinsen oder für das Pachtgeld seines Ackers in Rechnung stellen, und um den Betrag dieser Zinsen und Pachtgelder kürzt er seine Ansprüche an den Lohn, wenn er die Frage entscheidet, ob er als Knecht weiter arbeiten, oder ob er siedeln soll. Je größer der Abzug ist, den sein Arbeitsertrag als Siedler durch die Grundrente erleidet, umso bescheidener ist er als Knecht bei den Lohnforderungen. (Den Einfluß der Auswanderungsmöglichkeit auf die Lohnforderungen des Arbeiters wollen wir hier nicht weiter betrachten. Ausführlich habe ich diese Frage in meinem Buch „Die natürliche Wirtschafts-Ordnung“ behandelt.)

Nun aber laufen alle Berechnungen, die man über die Höhe der landwirtschaftlichen Grundrente macht, zu der Behauptung zusammen, daß sie den Lohn ungefähr um ein Drittel heben würde, wenn man sie restlos in den Lohnfonds ausschütten

würde. Der Lohn von zwei Dollar würde also in Europa auf 2,60 steigen, während der Lohn des amerikanischen Arbeiters durch Konfiskation der landwirtschaftlichen Grundrente nach obigen Betrachtungen weniger steigen würde, vielleicht nur um ein Sechstel also von acht Dollar auf 9,30. Der Unterschied in der Lohnhöhe würde nur etwas kleiner sein. Womit gezeigt wird, daß noch andere, mächtigere Gründe den Acht-Dollar-Lohn, bzw. den Zwei-Dollar-Lohn bestimmen müssen als Unterschiede in den Abzügen, die der Arbeitslohn durch die Grundrente erfährt.

Augenblicklich wird in Europa für Kapitalzins etwas mehr gefordert als in Amerika, und dieses Mehr geht natürlich vom Lohn ab. Da es sich aber hier nur um relativ geringfügige Beträge handelt, um die Beträge, die die Unternehmer für Reparaturen oder Betriebserweiterungen sich borgen müssen, Beträge, die vielleicht nicht 1% des werbenden, in den Produktionsmitteln angelegten Kapitals ausmachen, so können wir diesen besonderen Passivposten der deutschen Wirtschaft als unerheblich für die Lohnhöhe unberücksichtigt lassen. Gemessen an den Dividenden, werden die für das Kapital am Arbeitsprodukt gemachten Abzüge zur Zeit in Amerika wahrscheinlich höher sein als in Europa, als in Deutschland.

Alle die bisher genannten Aktiv- und Passivposten der europäischen und amerikanischen Wirtschaft genügen also nicht, um die Tatsache zu erklären, daß die amerikanischen Unternehmer, die mit Acht-Dollar-Löhnen rechnen, auf dem Weltmarkt mit Erfolg der Konkurrenz der europäischen Unternehmer die Spitze zu bieten vermögen. In den Menschen, in der Natur, in der Technik, in den wirtschaftlichen Zuständen liegt die Ursache der Lohndifferenz von zwei zu acht Dollar ganz gewiß nicht. Eine genauere Abschätzung dieser Dinge, in erster Reihe der Vorteile, die die europäische Wirtschaft aus der so viel dichteren Bevölkerung ziehen könnte, würde am Ende sogar zum Vorteil Europas ausfallen.

Wo also ist der Grund zu suchen, warum in Amerika Tagelöhne von acht Dollar bezahlt werden können und in Europa nur zwei Dollar? Wir haben in diesen Blättern den Grund dieser Erscheinung oft genug gezeigt. Die Zerschlagung Europas durch die Zollgrenzen in kleine und kleinste Wirtschaftseinheiten, die es nirgendwo ermöglichen, die gewaltigen, unberechenbar großen Vorteile der Arbeitsteilung (der Fordismus ist nur ein Beispiel hierfür) auszunutzen. Das ist der Hauptgrund der hier beleuchteten Erscheinung. Er überragt alle anderen Gründe, setzt sie alle in tiefsten Schatten. Es lohnt sich beinahe nicht, von ihnen neben diesem Hauptgrund noch zu sprechen. Beseitigt man diese Zollgrenzen durch Übergang zum vollkommenen Freihandel, dann ist überall in Europa vom Balkan bis nach Portugal die Bahn frei gegeben für die volle Entfaltung aller, jedem Lande eigenen natürlichen Kräfte. Dann kann sich jedes Land und jede Industrie auf einen Markt stützen von 350 Millionen wohl-

habenden Menschen, der nicht weit ab in Afrika, in Tibet liegt, sondern vor der eigenen Tür und der mit der Bahn und auf Schiffen von allen Seiten leicht zu erreichen ist. Ein Markt von schier „unbegrenzten Möglichkeiten“, der denjenigen Amerikas noch um das 3^{1/2}-fache übertrifft!! Und der darum, wenn er einmal richtig ausgenutzt wird, es den europäischen Unternehmern ermöglichen wird, nicht auch acht Dollar Lohn zu zahlen, sondern 3^{1/2} mal acht Dollar täglich für die achtstündige Arbeit. (Diese Berechnung muß cum grano salis eingeschätzt werden.)

Die Einheit des Wirtschaftsgebietes führt ganz von selbst zur Forderung einer einheitlichen Währung, einheitlicher Maße, einheitlicher Tarife für die Post, Eisenbahn usw. Die Einheit des Wirtschaftsgebietes führt auch ganz von selbst zur Forderung voller Freizügigkeit für alle Bewohner dieses Wirtschaftsgebietes. Sie führt zwangsläufig zur Einführung eines allgemeinen Verständigungsmittels, einer Universalsprache. Die Einheit des Wirtschaftsgebietes schafft auch den homo europäus, wie sie in Amerika aus dem Sammelsurium der europäischen Einwanderung den Typus des Amerikaners geschaffen hat. Und last not least schafft diese durch den Freihandel geschaffene Wirtschaftseinheit alle psychologischen Voraussetzungen für die allgemeine Abrüstung, für den Völkerfrieden, der solange halten wird, bis daß der auch solchem Freihandel und Völkerfrieden anhaftende Kapitalismus den allgemeinen Bürgerkrieg herausfordert, der dann alles wieder kurz und klein haut und uns wieder in die Barbarei zurückstößt, wo wir froh sein werden, wenn wir uns mit den ungegerbten Häuten der mit der Steinaxt erschlagenen Raubtiere bekleiden können.

Zum Schluß und als weitere Erklärungsmöglichkeit für den Acht-Dollar-Lohn und auch zum Beweis, daß ich selbst mit meinen Erklärungen nicht ganz zufriedengestellt bin, möchte ich hier einen Zweifel darüber ausdrücken, ob es den Amerikanern möglich sein wird, den Acht-Dollar-Lohn (bei festbleibendem Index) noch lange beizubehalten, und diesen Zweifel damit begründen, daß wenigstens ein Teil dieser acht Dollar aus einem kapitalistischen Raubbau, aus einem Angriff auf die Substanz des amerikanischen Kapitals herrührt, *den die Inflation des amerikanischen Dollars ermöglicht und finanziert*. Der amerikanische Index steht gegenüber dem Friedensindex um rund 50% höher, was soviel heißt, daß alle aus der Friedenszeit her noch verschuldeten Unternehmer, mit Einschluß der Farmer, einen Schuldennachlaß von 33% erfahren haben. Die diesem Schuldennachlaß entsprechende Zinsentlastung können die Unternehmer zu höheren Löhnen verwenden. Schätzt man den Betrag dieses Schuldennachlasses mit nur 100 Milliarden Dollar und fügt dieser Summe die um 50% höhere Bewertung des gesamten Kapitals der Unternehmer hinzu, so kann man sich vorstellen, wie solche Inflation die amerikanischen Unternehmer über die wahre Rentabilität der Betriebe hinwegtäuschen kann. Es mag ihnen ergehen wie den europäischen Unternehmern, die nach den Berechnungen der Buch-

halter glänzend dastanden, während sie in Wirklichkeit schon längst zu Bettlern geworden waren.

Wenn der amerikanische Unternehmer nur Soll und Haben miteinander vergleicht, steht er sich glänzend, trotz der Acht-Dollar-Löhne, die er nun schon seit vier bis fünf Jahren bezahlt. Betrachtet er aber das Haben an sich, dann mag es in unzähligen Fällen schon jetzt so sein, daß dieses Haben um den vollen Betrag der Inflation kleiner geworden ist, daß er z. B. statt neun Kühen nur mehr sechs hat. Die übrigen drei sind auf dem Wege der Acht-Dollar-Löhne hops gegangen. Die Bücher aber beweisen dem Farmer, daß er glänzend gewirtschaftet hat. Das dauert dann solange, bis daß die Diskrepanz zwischen Lohn und Produkt irgendwie offenbar wird, der Unternehmer auf die Erhaltung der Substanz sein Augenmerk richtet und der Buchhalter ihm vorrechnet, daß die Erhaltung der Substanz die Aufrechterhaltung der Acht-Dollar-Löhne nicht gestattet. Dann werden sich die amerikanischen Löhne den europäischen Löhnen wieder nähern, und für die dann noch verbleibenden Unterschiede genügen vielleicht die oben untersuchten vielfachen Erklärungsmöglichkeiten.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Man muß die Löhne senken!
Professor Gustav Cassel.

Man muß die Löhne heben!
Fritz Tarnow, Vors. d. Holzarbeiter-Verb.

Wer die sozialen Probleme von der Geldseite anpackt und den Egoismus aller Menschen zum Leitstern nimmt, der findet immer den Ausweg. Wer dagegen von irgendwelchen anderen Gesichtspunkten ausgeht, seien es theoretische, praktische, religiöse, politische Gesichtspunkte, der hält statt des Fadens der Ariadne den gordischen Knoten in der Hand.

Für das Gesagte liefern uns wieder die obigen Zitate einen köstlichen Beweis und zeigen uns auch wieder, wie richtig unsere *akratische Einstellung* ist, wie hoffnungslos es ist, irgendeine brauchbare Staatsform für ein so kompliziertes Staatswesen wie das heutige zu suchen. Cassel entwirft in der „Sozialen Praxis“ (21. 10. 1926) von der Arbeitslosigkeit ein Vexierbild, von dem man sagen kann, daß es von 99% der Wählermassen niemals erfaßt werden wird, und Tarnow, dem Vertreter des Proletariats, will es trotz guten Willens und beachtenswerten Könnens nicht gelingen Cassels Bild der Arbeitslosigkeit zu entvexieren. Beide aber wollen mit entgegengesetzt wirkenden, staatlichen Maßnahmen die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Wie aber soll die Staatsgewalt jemals vom Volke ausgehen, wenn demselben Volk so relativ einfache Probleme wie die Arbeitslosigkeit bereits zu *Vexierbildern* werden? Das Volk kann nur soweit die Gewalt in den Händen behalten, als es die Staatsangelegenheiten klar durchschaut. Die Gewalt geht sofort auf die Demagogen und Schwindler über, wo zur Erfassung des Kernes der Dinge mehr als wieder aufgewärmtes Sauerkraut nötig ist. Demokratie werden wir erst dann haben, wenn der Staat so weit abgebaut sein wird, daß ihn jedes Mehrheits- und Massenschaf durchschauen kann, wenn er sich also bereits von der von uns erstrebten *Akratie* kaum unterscheiden läßt.

Cassel vertritt in mehreren Punkten die gleichen Ansichten, die ich in meinem Artikel (Nr. 23 der „Freiwirtschaft“ 1926) entwickelte, und ich bedauerte, daß mir *Cassel's* Artikel unbekannt war, als ich den meinen niederschrieb, weil ich sonst gleich seinen Wert und seine Schwächen hätte aufdecken und Stellung zu seinen Forderungen hätte nehmen können. Jedoch die Arbeitslosigkeit ist wie die Arbeit kein Hase: Sie läuft nicht fort. Wir werden noch oft genug uns mit dieser Frage beschäftigen müssen. Leider!

Cassel stellt mehrere Behauptungen auf, die sich mehr widersprechen als ergänzen. So sagt er: „Es ist klar, daß die Arbeitslosigkeit *stets* auf einer mangelhaften Anpassung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte an die vorhandenen Bedürfnisse beruhen muß. Wenn die Arbeitskraft mit vollkommener Beweglichkeit sofort nach der jeweiligen Marktlage eingestellt werden könnte, so würde immer volle Beschäftigung vorhanden sein.“ Dieser Satz stimmt ganz gewiß nicht. Der Mangel an Beweglichkeit der Arbeitskräfte ist nach *Assel* auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik zurückzuführen. Daraus muß dann jeder folgern: Würden die Arbeiter sich mit den Löhnen begnügen wollen, die ihnen der Unternehmer aus den für das Arbeitsprodukt erzielbaren Preisen zahlen kann, so würde es niemals an Arbeit fehlen *können*.

Nun hat es aber Arbeitslose gegeben, als es noch keine Gewerkschaften, Arbeitslosenunterstützungen und Lohntarife gab, als die „Lohnkämpfe“ nur aus Einzelkämpfen wie beim Feilschen um den Preis auf dem Markt bestanden. Es gibt Länder, wo heute die Gewerkschaften unentwickelt und machtlos sind. Die Arbeitslosigkeit aber ist eine uralte Erscheinung. Folglich behauptet *Cassel* mit seiner These zu viel. Gewiß, es ist nicht zu bestreiten, daß die Lohntarife manche Produktion finanziell unmöglich machen, die bei niedrigeren Löhnen noch möglich wäre. Gäbe es keine Lohntarife und die dazugehörige *Arbeitslosenunterstützung*, dann würde der Lohn so weit sinken, daß sämtliche Betriebe die Voraussetzung der kapitalistischen

Produktion, die *Rentabilität*, erfüllen würden, vorausgesetzt, daß nicht andere Gründe solche Entwicklung hemmten.

Wie *Tarnow Cassels* Behauptung beantwortet, kann jeder in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 44/36 nachlesen. *Tarnow* sagt, die Lohnsenkung würde nichts nützen, weil mit ihr die Kaufkraft der Lohnarbeiter, auf Deutsch also die Nachfrage, sinken würde, womit den Produkten der Arbeiter der Absatz genommen würde! Ich verstehe hier nicht recht, wie ein *Arbeitervertreter* solche von den Kapitalisten zur Verschleierung des Verteilungsprozesses erfundene Phrase so gedankenlos nachreden kann. Ich denke, daß nach Ansicht der Marxisten und auch nach deren Phraseologie sich „die Arbeitgeber vom Blut und Schweiß der Arbeiter“ mästen, und wenn sie das Produkt der Proletarier zu niedrigeren Löhnen kaufen können, so bleibt für sie ein Extragewinn, der zu Extrahochzeiten verwendet wird. Die Gesamtnachfrage bleibt dann dieselbe. Das, was die Arbeiter weniger verzehren, verzehren die Kapitalisten eben mehr, und wenn sie das nicht immer in Form von Speck und Kartoffeln tun sollten, sondern den Extragewinn für die Erweiterung der Betriebe benutzen, so brauchen sie dazu wieder mehr Arbeiter und treiben damit die Nachfrage nach Arbeitern und die Löhne hoch.

Das hier Gesagte gilt für den Fall, daß die Unternehmer trotz niedrigerer Löhne die Produkte zu den alten Preisen verkaufen können. Sollten aber die Unternehmer durch die Konkurrenz sich bewogen sehen, die Preise zu senken, so gewinnt der Arbeiter beim Einkauf der Waren das zurück, was er durch die Lohnsenkung glaubte verloren zu haben. Der Absatz der Waren bleibt derselbe. Aus solcher Lohnsenkung und aus den von *Tarnow* genannten Gründen kann daher keine neue Arbeitslosigkeit entstehen. Wenn aber trotzdem Krisen und Arbeitslosigkeit die Lohnsenkung zu begleiten pflegen, wenn die Lohnsenkung sich nicht als Heilmittel der Krise erweist, so ist der Grund anderswo zu suchen, und zwar dort, wo ihn die Bimetallisten bereits vor fünfzig Jahren lokalisiert hatten. Die Deflationpolitik, die in den letzten Jahren überall zur Sicherung der Goldwährung betrieben worden ist, hat die bimetallistische Erkenntnis endlich zum Allgemeingut gemacht, daß bei niedergehenden Preisen der Umsatz von Waren rechnerisch unmöglich ist, und daß mit dem kaufmännischen Umsatz der Waren auch die Produktion stillstehen muß. Wenn dann zur Erzwingung des Absatzes die Kaufleute die Preise heruntersetzen, und die Unternehmer zur Erzwingung einer Fortführung der Betriebe die Löhne und damit die Verkaufspreise der Produkte ebenfalls heruntersetzen, dann verschlimmert sich die Lage, und die als Medizin gedachte Preissenkung wirkt sich, wenn sie von allen Kaufleuten und Unternehmern geschluckt wird, als Gift aus.

Ich glaube nicht, daß *Cassel* der Ansicht ist, daß die ungenügende Anpassungsfähigkeit der durch die Gewerkschaften vertraglich festgelegten Löhne der einzige Grund der Arbeitslosigkeit sei, obschon er es sagt. Er sagt übrigens auch gleich darauf, daß der Mangel an Kapital Ursache (also *auch* Ursache) der Arbeitslosigkeit sein könne, womit er selbst seiner These die Härte nimmt. Und auch *Tarnow* scheint in seiner Abwehr keinen sicheren Boden unter den Füßen zu haben. Um die Arbeitslosigkeit erschöpfend in den Einzelercheinungen zu erklären, müßte man heute sehr, sehr viele Gründe angeben, wirtschaftliche und politische. So z. B. bemängelt *Tarnow* schon an *Cassels* Darstellung den Umstand, daß *Cassel* nur von den Löhnen redet, die zu hoch seien, daß er aber sonderbarerweise vergißt, daß die Trust- und Monopolwirtschaft der Kapitalisten genau wie die vielleicht überschraubten Lohnsätze der Arbeiter wirken müssen. Oder hat *Cassel* das nicht vergessen? Sucht er etwa den Arbeitern die *Schuld* an der Arbeitslosigkeit aufzubürden? Wir kennen *Cassels* Schwäche für die Interessen der Kapitalisten. Sie kommen in all seinen Arbeiten zum Vorschein, in seinem Buch über den Kapitalzins, in seiner politischen Behandlung der Goldwährung und jetzt wieder in sehr krasser Weise in seinem hier behandelten Artikel.

Innerhalb der Schranken, die die Indexwährungspolitik der Notenbanken den Warenpreisen zieht, müssen, wenn der Produktionsprozeß (der ja auch ein Tauschprozeß ist) reibungslos vonstatten gehen soll, alle mitwirkenden Faktoren ihr Genüge finden. Wie im Anfang jeder Produktion das Kapital steht, so muß selbstverständlich bei der Verteilung des Produktes das Kapital in erster Linie berücksichtigt werden. Wer die Rentabilitätsgrenze antastet, der beißt auf Granit. Eine allgemeine Kreditsperre trifft solche Industrie. *Erst nachdem das Kapital seinen Teil sichergestellt hat,* können die Arbeiter berücksichtigt werden. Das vergessen die Arbeiter, die Gewerkschaftsbeamten nur zu oft. Und dann erleiden sie entweder direkt eine Niederlage bei den Lohnverhandlungen oder indirekt bei der sich einstellenden Arbeitslosigkeit in den von der Kreditsperre betroffenen Industrien. Letzteres immer dann, wenn die Unternehmer zu feige gewesen sind, den Forderungen der Arbeiter zu widerstehen, oder wenn sie in Unsicherheit über die Entwicklung der Währungspolitik von der Notenbank gehalten wurden. Dann mag mancher Unternehmer um des lieben Friedens willen Lohnsätze bewilligen, von denen er weiß, daß er sie in den jetzigen Verkaufspreisen der Produkte nicht herausholen kann, die er aber in den durch die Lohnerhöhung zu erwartenden Preissteigerungen wieder zu ge-

winnen hofft, indem er sich sagt, daß, wenn alle seine Konkurrenten die gleichen erhöhten Löhne zahlen müssen, auch alle erhöhte Verkaufspreise fordern müssen. So weit rechnet er ja richtig. Doch vergißt er, daß bei einer Indexwährung das, was er erhofft, nicht eintreten darf, indem die Notenbank dem Markt und den Konsumenten die Mittel für die Zahlung erhöhter Preise aus den Händen schlägt. (Selbstverständlich wird hier vorausgesetzt, daß es sich nicht um eine partielle, sondern um eine allgemeine Lohnerhöhung handelt.) Dann haben die Unternehmer zwar mit den Gewerkschaftssekretären die Löhne festgesetzt, haben aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Welch ein Jammern, welch ein Stöhnen steigt dann herauf zu den Höhen der Notenbank! Gibt dann die Notenbank nach, dann geht die Währung in die Brüche, der Index steigt. Verweigert sie standhaft jede Hilfe, dann kracht es in der Wirtschaft an allen Ecken, dann bleibt nichts anderes zu tun übrig, als die Komponenten der Preise, darunter natürlich auch in erster Linie den widerstandsschwächsten derselben, den Arbeitslohn, soweit rückwärts zu revidieren, daß sie innerhalb des Indexes bequem Platz finden. Bei solcher Rückwärtsbewegung ist wieder das zu berücksichtigen, was oben von der Rentabilität des Kapitals als eherner Forderung gesagt worden ist. Würden sich die Arbeiter unter Androhung des Generalstreikes keine Lohnkürzung gefallen lassen wollen, dann werden sie durch Stilllegung und Aussperrung bald erfahren, wer für solchen Lohnkampf die am besten bewehrte Partei ist.

Ich erwähnte bereits, daß Prof. *Cassel* auch den Mangel an Kapital als Ursache der Arbeitslosigkeit angibt. Um Arbeiter zu beschäftigen, muß man Arbeitsmittel haben und zwar solche, die auf der Höhe der Technik und des Wettbewerbs stehen. Gewiß, der Kapitalmangel mag für heute und für Deutschland ein besonderer Grund für die Arbeitslosigkeit sein. Solange die Lasten des *Versailler Vertrages* nicht restlos auf die Sachwerte abgebürdet werden, geht in Deutschland die Kapitalflucht weiter, und aus ihr entsteht dann der Kapitalmangel, dem die Arbeitslosigkeit zuzuschreiben ist. Merkwürdig ist nun, wie *Cassel* diesen Kapitalmangel zu beseitigen gedenkt. Man soll die Kapitalisten mit den Steuern schonen, die einen Eingriff in das Betriebskapital bedeuten. Es gibt aber nun außer den Kapitalisten nur noch einen Lastträger, der für die Steuern in Frage kommt das ist der Arbeiter. *Entlastet* man den Kapitalisten, so muß der Arbeiter belastet werden. Und umgekehrt. Die Arbeiter aber, namentlich die unter ihnen, die sich durch besondere Befähigung auszeichnen und auf die die Industrie durchaus angewiesen ist, die können sich in weitgehendem Maße durch Auswanderung solchem Steuerdruck entziehen. Folglich bleibt

nichts anderes übrig, als die Arbeiter ungeschoren zu lassen. Wie sie schon heute die Lohnsteuer von sich durch erhöhte Lohnforderungen abzuwälzen suchen, so würden sie es mit jeder Steuer tun, die ihren Arbeitsertrag unter das internationale Niveau zu drücken droht. Ähnlich aber verhält es sich wieder mit den Kapitalisten, die für ihre Mitwirkung am Produktionsprozeß eherne Forderungen stellen, wenigstens soweit es sich um die Mobilkapitalisten, um diejenigen, die ihr Kapital flüssig haben, handelt, also gerade um diejenigen, auf die die Unternehmer für die Erneuerung und Erweiterung der Betriebe angewiesen sind. Diese würden durch erhöhte Zinsforderungen lachend jede steuerliche Belastung von sich abwälzen. Somit kommt man immer wieder zu der gleichen Forderung: Die Kapitalisten, die ihr Kapital in deutschen Sachwerten immobilisiert haben, die allein können sich der Steuer nicht entziehen, die sind gefangen, die müssen zahlen. Es ist sonst niemand da, *der zahlen muß*, niemand, von dem man unabwälbare Steuern erheben könnte. Und abwälbare Steuern verteuern die Produktionskosten, erschweren den Wettbewerb und mehren die Arbeitslosigkeit.

Es sieht so aus, als ob *Cassel* – seiner psychologischen Einstellung treu – die Kapitalbildung durch Senkung der Löhne fördern möchte. Je weniger der Unternehmer an Löhnen zu zahlen braucht, um so mehr Geld bleibt dem Unternehmer für die Erweiterung der Betriebe übrig, um so mehr Arbeiter kann er anstellen und um so gründlicher beseitigt er die Arbeitslosigkeit.

Leider geht *Tarnow* nicht auf dieses Thema bei seiner Kritik ein. Hatte er vom Standpunkt des Proletariats wirklich nichts zu solcher Betrachtungsweise einzuwenden? Und doch liegt die Frage nahe genug: Was dem Kapitalisten durch Senkung der Löhne möglich wird, das Sparen, die Kapitalbildung, das wird dem Arbeiter durch Aufrechterhaltung und mehr noch durch Erhöhung der Löhne möglich. Und ob das Geld, das der Unternehmer für die Erweiterung der Betriebe braucht, eigenes oder fremdes Geld ist, das ist dann für die Lage des Arbeitsmarktes gleichgültig. Für den Arbeiter und die gesellschaftliche Entwicklung kann es aber nicht gleichgültig sein, ob durch Lohnsenkung die Betriebsmittel und ihre Dividenden im Besitz der Rentner bleiben, oder ob durch Erhöhung der Löhne die Betriebsmittel, die Aktien, der Grundbesitz nach und nach in die Hände der Arbeiter gelangen. (Daß solche Entwicklung mit der Natur der Goldwährung kollidiert und also heute unmöglich ist, wissen die Leser d. Z. Das hat aber mit der prinzipiellen Einstellung zu dieser Frage nichts zu tun.)

Nachfrage und Angebot bestimmen die Preise. Das ist das Grundgesetz unserer Gesellschaftsordnung. Überläßt man die Entwicklung der Preise (innerhalb der Indexwährung) und der

Löhne der Beherrschung durch dieses Grundgesetz und schafft man die für den freien Wettbewerb unumgänglichen Voraussetzungen (*Freiland und Freigeld*), dann tritt das ein, was Prof. Cassel von der „*Beweglichkeit*“ der Arbeitskräfte erwartet, die Unmöglichkeit der Arbeitslosigkeit als allgemeine Erscheinung. Schafft man die genannten Voraussetzungen nicht, so nützt die Beweglichkeit der Löhne (auf Deutsch also die Lohnkürzung) auch nichts. Dann aber auch ist es unmöglich, die Lage der Arbeiter anders als durch Produktionsmehrung zu bessern (Rationalisierung und, wenn das nicht genügt, Mehrung der Arbeitsstunden). Und zur Rationalisierung der Wirtschaft gehört vor allen Dingen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Ist einmal dem Gesetz der *ehernen Rentabilität* des Kapitals (aus diesem Begriff wäre hier der Boden auszuschließen) genügt, so muß auf dem Wege der Konkurrenz des Kapitals alles Mehr an Produkten, das durch Überstunden und Rationalisierung gewonnen wird, dem Arbeitslohn und der Grundrente zufallen. Wer mehr fordert, dem bleibt nur ein Weg übrig, er muß uns in unseren Bestrebungen unterstützen.

Mit der Erfüllung unserer Forderungen (*Freiland – Freigeld*) tritt vieles automatisch ein, was man auf komplizierteste Weise auf Umwegen zu erlangen sich bemüht. Manches kommt aber nur ins Wanken und braucht noch einen Stoß, damit es stürze. Aber auch die Kräfte zu solchen Stößen entwickeln sich mit *Freiland – Freigeld* automatisch. Bettler, Arbeitslose, Kriegskrüppel, verhungerte Proletarier haben keine revolutionäre Kraft. Diese Kraft aber gewinnen sie alle wieder, wenn, wie es mit *Freiland – Freigeld* geschieht, die Wirtschaft wieder in Vollbetrieb gesetzt wird.

Buchbesprechung.

Hermann Heinrich Gossen: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln. 3. Auflage mit einem Vorwort von Dr. A. Hayek. Verlag L. R. Prager, Berlin NW 7. 1927. 277 Seiten. Preis M. 14,-.

Mir wird ein Rezensionsexemplar dieses Werkes zugeschickt mit der freundlichen Aufforderung, es für unsere Zeitschrift zu besprechen. Ich muß aber gestehen, daß für solche Arbeit wohl kaum jemand ungeeigneter ist als ich. Es handelt sich bei *Gossens* Werk um eine Ausgrabung, und um es richtig würdigen zu können, müßte man es in Beziehung bringen können zu den Leistungen seiner Zeitgenossen. Das kann ich nicht, denn ich kenne die Werke von *Gossens* Zeitgenossen und Vorgängern nicht oder zu wenig, um sagen zu können, wo *Gossen* als Bahnbrecher zu bewerten ist.

Doch genügt es vielleicht für den Zweck der Berichterstattung, wenn ich hier das Urteil von zwei Wissenschaftlern von Weltruf,

Jevons und *Walras* wiedergebe. *Jevons* schließt seinen Bericht über *Gossens* Leistung mit den Worten: „Aus dieser Darstellung zeigt sich klar, daß *Gossen* mich vollständig vorweg genommen hat, was die allgemeinen Grundsätze und die Methode der Volkswirtschaftslehre angeht. Soweit mir ein Einblick möglich ist, ist seine Behandlung der grundsätzlichen Lehren sogar allgemeiner und vollkommener als das, was ich skizzieren konnte.“

Und *Walras*? In einem Aufsatz über „Die mathematische Theorie des Bodenpreises und die Bodenablösung durch den Staat“ („études d'économie sociale“, Lausanne 1896) preist er *Gossens* Werk als eines der schönsten Bücher der politischen Ökonomie, die je geschrieben wurden. Dies in bezug auf die *Gossen*'schen Theorien. In Bezug auf die praktischen Nutzanwendungen sagt dieser berühmte Zeitgenosse und Franzose: „Aussi, à la Gloire de Copernic, qu'il réclame et qui lui est due pour sa conception de l'équilibre mathématique du monde économique, *Gossen* joint-il, selon moi quelque chose de celle de Newton pour sa solution de la question sociale. Cela dit, je n'ai pas un mot à ajouter pour exprimer mon opinion sur son mérite.“

Kann man mehr zum Ruhme eines Werkes sagen? Und können wir Physiokraten zu diesem Ruhm noch mehr hinzufügen, als daß wir ihn als Wissenschaftler wie als Politiker ganz für uns reklamieren? *Gossen* ist unser Mann, unser *Copernikus*. Die Gründe, die die deutsche staatlich unterstützte Wissenschaft hatte, *Gossen* totzuschweigen, die dauern an. *Gossen* ist *Anarchist*. Darf ein deutscher Staatsbeamter *Anarchist* sein, darf er als diplomierter Wissenschaftler *Anarchisten* gerecht werden? *Gossen* verlangt die Rückführung des Bodens in den Allgemeinbesitz. Darf ein vom Staate besoldeter deutscher Wissenschaftler im Interesse des Proletariats die Expropriation der Fürsten und der Agrarier fordern?

Gossen war wie alle seine Zeitgenossen im Wertgedanken befangen. Er widmet der Durchforschung dieser Fiktion fast die ganze erste Hälfte seines Werkes und bedient sich dabei in ausgiebigster Weise der mathematischen Figuren. Wie wenig zuverlässig diese Forschungsmethode für volkswirtschaftliche Fragen ist, zeigt der Umstand, daß die Mathematik ihm die Wesenlosigkeit seiner ungeprüften Voraussetzung (die der Wert ist!) nicht offenbart hat. Und wie gefährlich die Mathematik sich erweist, zeigt uns wieder das Resultat, zu dem *Gossen* in der Währungsfrage gelangt. Statisch in diesen Fragen orientiert, kann er das Wesen des Papiergeldes nicht erfassen und gelangt zur Forderung des Verbotes des Papiergeldes. Metallgeld sans phrase! Das ist das Ergebnis seiner Forschung und seiner mathematischen Methoden auf dem Gebiete der Währung und des Geldes. Diese mathematische Methode erscheint uns hier um so verdächtiger, als *Gossen* die Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes klar erkannte. Es fehlt dieser Methode, wie mir scheint, die ständige Selbstkontrolle, die automatische Sperrvorrichtung, die dort in Funktion tritt, wo lebendige Bilder die toten Zeichen der Mathematiker vertreten. Der Mathematiker sagt: Der Wert ist. Fragezeichen haben hier keinen Platz. Der Lebendige sagt dagegen: Ist der Wert? (*Gott/s* kritische Wertfrage.) Und diese Fragezeichen begleiten ihn auf allen seinen Wegen. Unbewußt arbeitet er als Relativist. Überall tritt die automatische Sperrvorrichtung in Tätigkeit.

Nicht immer bleibt *Gossen* seiner akkratischen Grundeinstellung treu. Er verlangt ein Sittengesetz, allerdings nur für den Pöbel. Er stellt es aber jedem frei, sich selbst als Pöbel einzuschätzen, denn jeder, der glaubt, an den Sittengesetzen etwas bessern zu können, der

darf und soll das Sittengesetz übertreten. *Gossen* ist also auch Aristokrat, wie es alle Anarchisten und Physiokraten im Grunde sind.

Ich habe das Buch nur durchgeblättert. Ein gründliches Studium desselben wird uns wohl noch vielfach Gelegenheit geben, den Ruhm *Gossens* in alle Welt zu tragen. Aber eine Freude bereiten wir *Gossen* damit nicht mehr. Il est trop tard. Wir erben den Schmerz, den *Gossen* durch die Nichtbeachtung seines Werkes erduldet.

Ein neuer wissenschaftlicher Kritiker der Freigeldlehre.

„Ick for meine Persönlichkeit stehe auf dem Standpunkt, daß die Kakademiker in ihrer großen Mariotät uns unehrlich behandeln.“

Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer, von Fritz Haber, Jena. Verlag, Gustav Fischer. 1926. 143 Seiten, M. 6,—.

Diese Untersuchungen heben sich vorteilhaft von allen bisherigen sogenannten wissenschaftlichen Kritiken der Freigeldlehre dadurch ab, daß hier wenigstens richtig zitiert wird. Weiter auch dadurch, daß der Kritiker seine eigene theoretische Anschauung über die Natur des Geldes seiner Arbeit voranschickt, was die Kontrolle der Kritik ja außerordentlich erleichtert. Das sind die hauptsächlichsten Vorzüge des Buches. Es handelt sich um eine Doktorarbeit, an die man gerechterweise keine zu hohen Ansprüche zu stellen pflegt. Eitelkeitsmotiven verdanken solche Arbeiten ihre Entstehung. Die Verfasser wollen mit der Arbeit den Dokortitel erwerben, mit dem sie dann vor der Öffentlichkeit als gebildete Menschen auftreten können, was in all den Fällen sehr nützlich ist und das Fischen in trüben Gewässern erleichtert, wo die Bildung nicht immer gleich aus den Reden und der Haltung hervorgeht. Die tägliche Erfahrung zeigt, wie leicht es ist mit Hilfe von Titeln, wie Geheimrat, Professor, Doktor von ... oder dreifacher Doktor h. c. beim Proletarier Minderwertigkeitsgefühle zu erwecken, zu nähren und bis zur Selbstverzweiflung zu entwickeln, womit die Beherrschung der Massen so außerordentlich erleichtert wird. Hindenburg braucht den Titel Ehrendoktor der Kaserne in Buxtehude nicht. Jeder sieht es ihm ohne weiteres an, daß er ein braver Soldat ist. Urbin braucht die goldene Medaille der Weltausstellung für Stiefelwixse in Philadelphia auch nicht. Jedermann weiß, daß Urbin unüber- trefflich ist. Und auch der Rose sind alle Etiquetten der Parfümeriefabriken ent- behrlich. So dürfte es auch wahrhaft gebildeten Menschen leicht sein durch Rede, Haltung und Handlung gleich jedem den Wert ihrer Persönlichkeit zu offenbaren. Wozu also noch den Titel. Es ist klar: Die Dokortitelfabrik betreibt Bauernfängerei, direkte, wenn sie den Titel gegen bar verkauft, indirekte, wenn sie den Titel

h. c. verleiht. Und wie fein die Fakultäten da sich gegenseitig vor jeder wissenschaftlichen Verantwortung zu sichern wissen! Niemand macht einer theologischen, medizinischen, juristischen Fakultät einen Vorwurf daraus, wenn sie einem Manne den Titel Dr. h. c. verleihen, der sich auf ganz anderen Gebieten hervortut und jeden Tag beweist, daß er nichts von Theologie, Juristerei und Medizin versteht. Es ist nur eine Ehrung allgemeiner Natur, sagen die Doktorfabriken. Aber sie unterlassen es beizufügen, daß der Titel praktische, politische Wirkungen hat *und daß es bei solcher „Ehrung“ auf diese Wirkung abgesehen war.* Im Falle *Damaschke* z. B. wäre, wenn *Damaschke* auf seinem Gebiete die Wissenschaft gefördert hätte, doch gewiß nicht die theologische Fakultät die berufene gewesen, diese Leistungen öffentlich zu ehren. Hätte dagegen die philosophische Fakultät den Ehrentitel erteilt, dann wäre sie in Verlegenheit gewesen, den Nachweis zu erbringen, daß *Damaschke* wirklich ihre Wissenschaft gefördert hat. Mit dem Titel will man, das ist klar, der Wirksamkeit der Rede der unbetitelten Proletarier Abbruch tun, ihnen das Vertrauen ihrer Genossen rauben, sie einschüchtern, so daß sie den Mut zur Widerrede verlieren, und dann ihre Kräfte wegen Mangel an Übung unentwickelt bleiben. So ersetzt dann schließlich solch ein Doktorhut auf hohlem Schädel in der Zwingburg der Kapitalisten ein Bataillon Landsknechte. Das Reden ist wie das Tabakrauchen eine Kunst, die man durch Übung erwirbt. Wie kann aber der junge Proletarier zu solcher Übung kommen, wenn bei jedem Versuch ein würdiger alter Herr mit schönem Bart ihm mit den Worten die Rede abschneidet, daß er als dreifacher Dr. h. c. es doch besser wissen muß, und wenn dann noch die ganze Versammlung solche Vergewaltigung mit Händeklatschen beantwortet, mit Hilfe hohler Titel den jungen Proletarier verhöhnt?

Eine Doktorarbeit, wie die in der Überschrift erwähnte, verdankt ihr Entstehen jedoch nicht immer nur Eitelkeitsmotiven. Manchmal mögen diese nur eine Nebenrolle spielen. Der Dokortitel soll dem jungen Mann den Broterwerb erleichtern, was nichts anderes heißen kann, als daß der junge Doktor erwartet, daß *bei völlig gleichen Leistungen* ihm, dem Betitelten, der Vorzug vor dem Unbetitelten gegeben werden wird. Zwar kein schönes, ehrenhaftes, delikates Motiv, aber doch ein ganz vernünftiges. Dieser Umstand muß uns helfen, Dinge zu erklären, die uns beim Durchblättern der Doktorarbeit auffallen und uns sonst unerklärlich wären. Den Motiven wird auch die Haltung entsprechen. Undelikates Motiv erzeugt undelikate Haltung. So etwa wie in dem Worte: „Des Brot ich eß, des Lied ich sing.“ Und ißt nicht der Doktor das Brot der Universität, die ihm durch den Titel den Broterwerb erleichtern will? Die Universität aber, als Staatsinstitut, singt ihrerseits das Lied der Kapitalisten, die den Staat fest in der Hand halten. So muß notwendigerweise aus der Doktorarbeit ein Loblied des Kapitals werden. Und um so echter wird dieses Loblied ausfallen, je unbewußter

sich der Doktorkandidat der Triebfeder seiner Haltung ist, d. h. also, je ehrlicher er ist. *Haber* sogar singt das *Hohelied* des Kapitals. Er schließt seine Arbeit mit den hier folgenden Worten, die allein schon genügen, um ihm den Weg zu den höchsten Posten im Staat zu ebnen: „Wir müssen das System unserer Wirtschaft nehmen, wie es ist, auch mit den sozialen Mängeln, die unser Mißfallen erregen mögen. Wollten wir, um diese zu beheben, am System selbst etwas ändern, so kämen wir nur vom Regen in die Traufe. Aber unser Bedürfnis, zu bessern, ist ja gar nicht zur Untätigkeit verdammt; es gilt nur, den Hebel richtig anzusetzen. Drei Mittel sind da zu nennen, die das in Erscheinungtreten von grundsätzlich möglichen Mißständen am ehesten verhindern werden; sie heißen: Arbeiten, Sparen und keine wirtschaftliche Unvernunft begehen.“ Punkt, Schluß, Ende der Untersuchungen über die Vorschläge moderner Geldverbesserer.

Über die Ergebnisse der „Untersuchungen“ im einzelnen zu berichten, lohnt sich nicht, wenigstens soweit sie sich auf das *Freigeld* beziehen, und die allein wir durchblättern haben. Doch wollen wir wenigstens eine Probe geben über die Art, wie *Haber* urteilt: Auf Seite 22 heißt es: „Gleichbleibendes Preisniveau ist das Ideal aller Währungspolitik, und es ist Aufgabe des Währungsamtes, Schwankungen und Krisen möglichst entgegenzuwirken.“ Dieses Zitat ist nicht der Freigeldliteratur entnommen. Der Satz gehört zu der „Positiven Theorie“, zu der sich *Haber* bekennt. Er hat also grundsätzliche Bedeutung. Auf Seite 126 aber verwirft *Haber* wieder sein eigenes Ideal, denn er sagt: „Auch gegen die Absicht, den Geldwert unter allen Umständen konstant zu halten, müssen Bedenken geltend gemacht werden.“

Das genügte schon, um *Haber* als Wissenschaftler abzulehnen, jedoch wollen wir uns auch die Bedenken ansehen. „Gesell wird aus Furcht (!) vor dem Rückschlag jede Konjunkturbewegung, soweit das durch Geldpolitik möglich ist, in ihren Anfängen ersticken. Das würde aber ein Fesselnwollen des freien Pendelschlags (!) der Wirtschaft bedeuten. Konjunkturen wachsen organisch aus dem Ablauf des Wirtschaftsprozesses heraus: Gestaute Ansammlung von Sparkapital ist ihre Voraussetzung. Der Geldbedarf, der in der Wirtschaft auftritt, ist ein legitimer. Die Geldpolitik kann diese Bewegung, auch wenn sie diesen – legitimen – Bedarf befriedigt, von vornherein abbremsen, aber das hieße, die lebendigen Kräfte des Wirtschaftsrhythmus lahmlegen, es wäre Kirchhofsruhe, die mit der Konstanz der Preise hier sich breit machte. Man wird so weit gehen dürfen, zu sagen, daß die Geldpolitik genug Mittel in Umlauf geben muß, um eine gewisse allgemeine Preissteigerung auszulösen und alle produktiven Kräfte zu entfesseln, die sich in der Anlage der gesparten Mittel entfalten können. Freilich muß sie auch zeitig zurückhalten können, um zu verhindern, daß der Abstieg, der notwendig jedem Aufstieg folgt, allzu jäh werde.“

Diese Begründung wird jeder Börsenmann mit Jubelgeschrei begrüßen. Die Börsenleute werden *Haber* ohne weiteres als

einen der ihnen betrachten, und wenn einmal wieder der Posten eines Reichsbankpräsidenten frei wird, dann wird *Haber* Morgenluft wittern dürfen. Aber auch die Kapitalisten werden ihn in ihr Herz schließen. Der „gestauten Ansammlung von Kapital“, die sonst auf den Kapitalzins drücken würde und der Wirtschaft (im Freigeldsystem) durch Entlastung von Zinsdruck unerschöpfliche Gebiete für neue Betätigung eröffnen würde (Kirchhofsruhe!), die sucht *Haber* auf dem Wege einer Inflation mit nachfolgender Deflation in Innenreibungen aufzulösen und so für den Zins ungefährlich zu machen – nach einem seit *Babylon* bewährten Rezept.

Aber sehen wir uns zum Schluß dieser Betrachtung auch noch das obige Zitat auf Seite 22 vom Standpunkt der auch bereits zitierten Schlußworte *Habers* an. Wenn die *Besseren* nichts weiter zu tun haben sollen, als zu beten, zu arbeiten und zu sparen, so können wir das Rezept ja auch um einige Jahre zurückverlegen, z. B. in die Zeit, wo Rom an der Geldschwindsucht dahinschwand, in die Zeit, wo die Bimetallisten der Not der Grundbesitzer und Bauern durch Hebung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte mittels der Doppelwährung entgegenwirken wollten, in die Zeit, wo man noch nicht von der *manipulated* Goldwährung sprach, und *Morgan* und Genossen es überließ, die Währungsfragen auf ihre Weise zu lösen. Die Forderung eines durch Geldpolitik zu erreichenden stabilen Indexes ist eine Forderung der Geldverbesserer, die nach *Habers* Ansicht nichts besseres tun könnten, als zuzusehen, wie sich alles von selbst entwickelt, bis hinab zu den Ruinen der antiken Staaten, die doch nur darum zu Ruinen wurden, weil es an Geldverbesserern fehlte. Staat, stinkendes Ungeheuer, gehe mir aus dem Wege auch dort, wo du in Gestalt einer Dokortitelfabrik auftrittst.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Mathematische Formeln der Wirtschaft.

Das Kapital von Karl *Marx* ist auf der als Axiom behandelten Behauptung aufgebaut, daß X Seide gleich Y Stiefelwiche seien. Das dreibändige Werk kracht zusammen, wenn diese Behauptung falsch ist. Und sie ist falsch. Die Gleichung setzt irgend eine den beiden Gegenständen gemeinsame *Eigenschaft* voraus. Diese fehlt aber, wenn vom Gewicht abgesehen wird, von dem aber hier abgesehen werden kann, denn daß 1 kg Seide auf der Wage gleich einem Kilogramm Stiefelwiche, einem Kilogramm Wasser, einem Kilogramm Steine ist, interessiert uns nicht. *Marx* behauptet ja gerade, daß Y kg Seide *nicht* gleich sei Y kg Stiefelwiche, sondern gleich X kg Stiefelwiche. Weil 1 kg Seide nicht 1 kg Stiefelwiche gleichgestellt wird, liegt ein Problem vor, das *Marx* zu lösen verspricht. Um die Gleichung X gleich Y zu erklären, braucht *Marx* eine beiden Gegenständen gemeinsame *Eigenschaft*, die nicht das Gewicht ist. Und da diese gemeinsame Eigenschaft fehlt, so erfindet sie *Marx*, oder nimmt die Erfindung von Vorgängern ungeprüft auf, und

benutzt auch den dieser Erfindung gegebenen Namen „Wert“. Mit dem Nachweis, daß diese Entdeckung eine Täuschung war, geht das Werk von Karl Marx als Ganzes in die Brüche. Es bleiben wertvolle Scherben übrig, doch sind es nur Scherben.

Der Gefahr, solche Hirngespinnste zu produzieren, sind alle Mathematiker ausgesetzt, die mit der von ihnen oft gebrauchten Formel $G : W \text{ gleich } P$ operieren und dabei sagen, der Preis sei nur die Auflösung eines Bruches, wie etwa $4 : 2 \text{ gleich } 2$ ist. In diesem Vergleich liegt eine Fehlerquelle. 2 und 4 sind vollkommen abstrakte Zahlen, und nur darum kann man die Einheiten von 2 und 4 vollkommen gleichstellen, wie es in der Gleichung geschieht, $4 : 2 \text{ gleich } 2$. Um auch das bei Seide und Wichse tun zu können, sieht Marx auch ausdrücklich ab von allen Eigenschaften der Waren Seide und Wichse. Weil ihm aber dann die bei den Zahlen übrig bleibende abstrakte Einheit auch noch verlorengeht, muß etwas bleiben, was weder abstrakte Zahleneinheit, noch abstrakte Ware ist, denn aus einem absoluten Nichts kann er keinen Vergleich ziehen, es muß eine Abstraktion übrig bleiben, die doch wenigstens *eine* Eigenschaft hat. Denn wie könnte sonst X Seide gleich Y Wichse sein? Diesem aus seiner Gleichung hervorgehenden Zwang, irgend etwas zu erfinden, gab Marx nach, statt die Gleichung nachzuprüfen. Vielleicht wurde Marx hier ein Opfer der, übrigens von ihm selber hervorgehobenen, Zweideutigkeit des Ausdruckes „Wert“. Diese Zweideutigkeit verleitete ihn, wir nehmen es an, alle Bedenken, die sich gegen seine Formel auftürmten, niederzuschlagen.

Marx übersah, daß X Seide nur durch eine willkürliche Handlung, die in der Gleichung gar nicht zum Ausdruck kommt und beachtet wird, Y Stiefelwichse gleichgestellt wird, nämlich durch den der Gleichung vorangehenden Handel, den kaufmännischen Vertrag, *der der Gleichung den mathematischen Charakter nimmt. Die Gleichung X Seide gleich Y Wachse ist keine mathematische Gleichung. Ebenso wenig wie die Formel $G : W \text{ gleich } P$, in der die die Gleichung zustande bringende Handlung auch nicht zum Ausdruck kommt.* So entsteht aus der Annahme, daß es sich um eine mathematische Formel handelt, der neue Ausdruck „Kaufkraft“, der ebenso leer und darum gefährlich ist wie der Ausdruck „Wert“, den Fr. Gottls Schrift erledigt hat.

Auf die hier liegende Gefahr nochmals hinzuweisen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Die Westdeutsche Arbeiterzeitung und das Freigeld.

Dieses Blatt erscheint in M.-Gladbach in einer Auflage von 165 000, ist für katholische Arbeiter bestimmt und ist recht sorgfältig redigiert. Es hat sich wiederholt mit unseren Bestrebungen beschäftigt, doch scheint in der Redaktion niemand zu sitzen, der sich stark genug fühlt, um selbständig ein Urteil über unsere

Forderungen abgeben zu können. Solches kommt auf anderen Redaktionen auch vor (siehe das Berliner Tageblatt, die Frankfurter Zeitung usw.). Für ein leichtsinniges Urteil erscheint ihnen allen wohl die Sache zu wichtig und für ein gründliches Urteil, da fehlt halt die Zeit. (Wenn sonst keine Hemmungen vorliegen.) Der Westdeutschen Arbeiterzeitung ließen aber die Leser, wie es scheint, keine Ruhe, sie drängten auf klare Stellungnahme, und in dieser Verlegenheit wandten sich die Redakteure an den Pater Oswald von Nell-Breuning S. J., der sich schon einmal mit unserer Forderung *Freiland* befaßt hatte und der *Damaschkes* „Bodenreform“ fördert [Es ist doch erstaunlich, daß eine Arbeiterzeitung, die es auf eine Auflage von 165 000 gebracht hat, heute noch keinen Mann bezahlen kann, der die Währungsfrage behandelt. 19 Milliarden Goldmark, also 19 000 Millionen Goldmark, haben die deutschen Arbeiter durch die Inflation allein an Sparkassengeldern verloren, neben all dem anderen Unheil, und noch immer glauben sie, daß es nicht nötig ist, sich intensiv mit dieser wichtigsten *Arbeiterfrage* zu beschäftigen. . Verf.]

Pater von Nell-Breuning ist der Aufforderung gefolgt und hat in den Nummern 16 bis 20 dieses Jahres das *Freigeld* einer, wie er sagt, eingehenden Kritik gewürdigt. Die Person des Kritikers wie auch die Bedeutung der Zeitung lassen es ratsam erscheinen, von dieser Kritik hier Notiz zu nehmen und ihre Stärken wie Schwächen aufzuzeigen.

Pater von Nell-Breuning beginnt mit der Anerkennung der Tatsache, daß das Volk in den letzten Jahren mit dem Geld recht schmerzliche Erfahrungen gemacht hat. In dieser heute so selbstverständlich scheinenden Anerkennung liegt bereits ein gewaltiger Fortschritt. Wie schwer war es uns Physiokraten vor dem Krieg, für das Geldwesen Interesse zu erwecken: „Das Geld erschien uns allen als eine Selbstverständlichkeit“, heißt es in den bekannten Briefen eines Bankdirektors an seinen Sohn. Und jetzt steht unser Pater nicht an, die Erklärung abzugeben: „Etwas ganz Großes wäre es, eine allererste Großtat in der Wirtschaftsgeschichte, wenn es gelänge, diese vom Gelde ausgehenden Störungen der Wirtschaft zu beseitigen.“! Noch vor ganz wenig Jahren lachten uns die Arbeiter aller Organisationen einfach aus, wenn wir ihnen mit ernsthafter Mine klar zu machen suchten, wie groß die Kräfte aufbauender wie zerstörender Art sind, die im Gelde liegen. Daß man durch die Notenpresse den ganzen kapitalistischen Betrieb von Grund aus zerstören kann, wie das in Rußland die Bolschewisten mit Bedacht getan haben, das konnte man damals nicht begreifen. Jetzt, da die Arbeiter 19 000 Millionen an Spargeldern durch die Notenpresse und die Unachtsamkeit ihrer Vertreter verloren haben, jetzt fangen sie an, aufzuhorchen, wenn wir ihnen etwas zu sagen haben. 19 000 Millionen an Spargeldern! Es ist ja begreiflich, daß man sich gegen die Anerkennung sträubt, im Gelde könnten so gewaltige Kräfte liegen, namentlich, wenn man die elenden

Stückchen Metallblech oder die übelriechenden Papierfetzen, die dort auf dem Tisch liegen, betrachtet. Darum verstehen wir es auch, daß unser Pater, nachdem er obige Sätze niedergeschrieben hat, nicht bei der Erkenntnis bleiben konnte, die ihm die Erfahrung abgerungen hatte. So stellt er am Schluß seiner Betrachtungen (Nr. 20) die gewiß naheliegende Frage: „Wie kann eine so kümmerlich kleine Ursache wie der Schwundverlust einer Geldsumme von sechs oder gar nur vier Milliarden Mark den Zins eines Kapitals von 400 oder gar 600 Milliarden Mark zum Verschwinden bringen?“ Und er stellt diese Frage auch noch dann, nachdem er als Kritiker der Freigeldlehre das dicke Buch, worin diese Frage eingehend beantwortet wird, gewiß und gewissenhaft, wie es die Bedeutung der Zinsfrage von einem katholischen Geistlichen fordert, studiert hat und nichts gegen die dort mit verschwenderischem Luxus gehäuften Beweise zu sagen findet. So stark erscheint ihm die Diskrepanz zwischen Ursache und Wirkung. Dabei müssen ihm als Wissenschaftler die tausend und abertausend Fälle bekannt sein, wo in der Natur und im Gesellschaftsleben des Menschen die gewaltigsten Wirkungen von oft nur mit dem Mikroskop erkennbaren Ursachen ausgehen. Wir denken z. B. an den Fall von James Watt, der bei seinen Träumereien durch das Klappern des Deckels auf dem Wasserkessel gestört wurde. Ursache. – Und die Wirkung? Tausend Millionen Pferdekräfte, die die Dampfmaschine in den Dienst der Menschen gestellt hat. Da ist ein Gebirgsstrom, der die Äcker und Städte talabwärts stetsfort bedroht. Ein kleiner Damm verwandelt diese zerstörenden Kräfte in Kraft und Licht. Da ist eine Notenpresse. Einer gräbt statt „Hundert“ Mark das Wort „Billion“ in den Kalkstein. Ursache. – Und die Wirkung? Mein und Dein im ganzen Reich wird durcheinander geworfen. 200 Milliarden Goldmark gehen aus dem Besitz der einen Partei in den Besitz der anderen über, das Produkt von 50 Milliarden (50 000 000 000) Arbeitstagen. Tausende von Greisen, Witwen und Kranken müssen sich aus Not das Leben nehmen. Da ist ein Ofen. Und in den Ofen werden die mit der Deflationspolitik eingezogenen Noten geworfen. Ursache. – Und die Wirkung? Zehntausend Unternehmer und Kaufleute werden durch den Niedergang des Indexes ruiniert und müssen ihre Betriebe schließen, was zur weiteren Folge hat, daß zweieinhalb Millionen Arbeiter betteln, d. h. stempeln, gehen müssen. Da steht ein Elefant, groß und mächtig. Ein Stich eines unsichtbaren Insektes streckt ihn nieder. Blutvergiftung. Da steht die auf Arbeitsteilung aufgebaute Weltwirtschaft, deren Blut das Geld ist.

Warum nun sollte es von vornherein unmöglich sein, daß durch die Vergiftung ihres Blutes solche Weltwirtschaft zur Strecke gebracht werde? Alle Tage mehrten sich die Stimmen der Forscher, die behaupten, daß das gewaltige Römerreich an solcher Blutvergiftung oder Blutarmut zugrunde ging. Kennt der Pater die Schrift von *Fritz Schwarz* nicht: „Segen und Fluch des Geldes“? Da sind die Korallenriffe, die Atolle, die aus 1000 Meter

Tiefe aus dem Ozean einsam emporragen. Produkte winziger Tiere. Gewiß, es gehört zu diesen Tieren eine Portion Jahrmillionen. Aber sagen wir nicht auch, daß unser Geldwesen so alt ist wie die Kultur, die durch es ermöglicht wurde, so alt wie Babylon und Ägypten? Die Mängel, die wir am Geldwesen der Babylonier nachgewiesen haben und die heute noch nicht beseitigt sind, die haben also Zeit gehabt, ihre Wirkung zu häufen, d. h. also den Mangel an Kapital, dem ganz allein der Zins sein Dasein schuldet, zu schaffen. Seit 6000 Jahren versucht der arbeitsame, sparende, sorgende Mensch, diesen Mangel an Kapital zu beseitigen, mit dem einzigen Erfolge, daß, sobald es ihm gelingt, das Angebot von Kapital durch seine Spartätigkeit zu mehren und dadurch einen Druck auf den Zins auszuüben, das Geld auch schon sperrend dazwischen tritt und sagt: „Solchen unheimlichen Fleiß und solche Sparsamkeit kann ich nicht dulden, denn dadurch wird das Kapital an Fabriken, Wohnungen, Schiffen, Obstgärten usw. vermehrt, und diese Vermehrung drückt auf den Zins. *Dazu gebe ich mich nicht her.* Der Zins ist die Bedingung für meine Tätigkeit als Tauschvermittler. Geht alle nach Haus, geht stempeln. Sobald der Zins des Kapitals wieder auf die altgewohnte Höhe gestiegen sein wird, werde ich euch wieder zur Arbeit rufen.“

Wenn man so den Werdegang des Kapitalmangels, dem der Zins allein sein Dasein verdankt, betrachtet, historisch betrachtet, ihn mit der chronischen Arbeitslosigkeit vergleicht, mit den unzähligen, sich jagenden Wirtschaftskrisen und sich fragt: Wenn alle diese Millionen Menschen, die seit jeher durch die Macht des Geldes zum Müßiggang verurteilt wurden, hätten arbeiten können, wie es ihr Hunger nach Brot, Geld und Eigentum verlangt, ob es da auch noch solchen Mangel an Kapital geben könnte, wie ihn die Erhebung des Zinses fordert? Wir haben niemals gesagt, daß wir den Zins mit dem Freigeld beseitigen, abschaffen. Nein, niemals haben wir das gesagt. Aber wir sagen, *daß wir mit dem Freigeld den Geldbesitzern die Macht nehmen, den Arbeitern das Arbeiten zu verbieten.* Mehr haben wir nicht gesagt und grob und ohne Rücksicht auf die Werbekraft unserer Bestrebungen, wie es sich für ernsthafte Politiker geziemt, haben wir den Arbeitern ins Gesicht gesagt, was noch niemals jemand zu sagen gewagt hat, der in Arbeiterkreisen wirbt: „Nur tiefend von Blut und Schweiß werden die Arbeiter den zinsfreien Zukunftsstaat betreten.“ *Marx* und *Rosa Luxemburg* versprechen den Arbeitern, daß sie sie durch eine Wüste zum gelobten Land führen würden, eine Wüste, in der sie alle verdursten würden und auch verdursten sollten [„Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Es hat nicht nur eine neue Welt (neue Welt in politischem Sinne. D. V.) zu erobern, es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind.“ Karl Marx: „Die Klassenkämpfe in Frankreich“. Von Rosa Luxemburg zustimmend zitiert. „Juniusbroschüre“. D. Verf.]. Das ist ehrliche Politik. Immerhin, hier wird dem Proletariat, dem vom Kapital gezüchteten Proletariat nichts weiter als der Tod vor dem Ziel versprochen. Von schwerer Arbeit ist da keine Rede. Auch nicht vom Kapitalmangel, an dem die russische Revolution möglicherweise noch verenden wird. Sie, die Proletarier, brauchen nur zu sterben, zu verschwinden,

mehr wird bei *Marx* und Rosa Luxemburg von den Proletariern nicht gefordert. Wir aber führen die Arbeiter durch dieselbe Wüste, den Mangel an Kapital, und lassen sie dort blut- und schweißtriefend dem Kapital das Grab graben, freilich nicht hoffnungslos wie bei *Marx*, aber immerhin, wir verlangen vom Arbeiter eine Aktion, schwere Arbeit und Sparsamkeit, wenn auch im eigenen unmittelbaren Interesse, aber doch eine Aktion, während *Marx*, der den Mangel an Kapital übersieht, solche Arbeit durch Expropriationen ersetzen zu können glaubt und verspricht.

Von all diesen Dingen sagt unser Pater kein Wörtchen und erreicht so, ich will nicht sagen, daß das seine Absicht war, daß der Leser sich kopfschüttelnd sagt: „Wie kann ein vernünftiger Mensch hoffen, mit Hilfe einer „*Geldreform*“ eine solche gewaltige Erscheinung wie den im Zins sich offenbarenden Weltkapitalmangel beseitigen zu können. Nur Utopisten, unklare Köpfe können solche Hoffnungen hegen!“

In Nummer 11/12 dieser Zeitschrift, Jahrgang 1927, besprach ich bereits einiges aus der Artikelserie, die Pater Oswald von *Nell-Breuning* S. J., Düsseldorf, in der *W. D. A. Z.* über das Freigeld veröffentlichte, und versprach eine Fortsetzung. Denn die *W. D. A. Z.* erscheint in einer Auflage von 165 000 Exemplaren, wird somit wohl von doppelt oder dreimal so vielen Menschen gelesen, die als Reichstagswähler letzten Endes darüber mit zu bestimmen haben, was aus unserer deutschen Währung werden soll. Es lohnt sich also, daß wir hier alles richtigstellen, was der Pater in der Begründung seines ablehnenden Urteils schief oder auch direkt falsch darstellt. Mögen sich darüber die 165 000 Abonnenten der *W. D. A. Z.* bei der Redaktion beklagen, die in einer solchen Masse von Lesern, wie es scheint, niemanden habe aufreiben können, der über Währungsfragen und Freigeld besser orientiert war, als es der Pater von *Nell-Breuning* offenbar ist.

Der Pater schreibt:

„Liest man, was heute nicht phantasiebegabte Projektmacher (damit werden die Freigeldleute gemeint), sondern ernste Wirtschaftswissenschaftler (damit werden offenbar die Wissenschaftler gemeint, die während der neunjährigen Inflationszeit das Maul gehalten haben) zur Währungsfrage schreiben, so sieht man, wie alle ihre Untersuchungen um einen Punkt kreisen: die Regelung des Goldwertes als des Währungsstandards der führenden Wirtschaftsländer. Diese

Tatsachen passen zwar nicht in Gesells Theorie, der lehrt, der Wert des Goldes und in Folge dessen des Goldwährungsgeldes hänge nur davon ab, wieviel Gold gefunden werde, und da das Feinden des Goldes Zufallssache sei, worauf der Mensch keinen Einfluß habe, so sei eine planvolle Regelung des Goldwertes, und damit auch der Kaufkraft der Goldwährungen nicht möglich. Was nach Gesell unmöglich sein soll, geschieht längst, und zwar nicht nur im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.“

Vergleichen wir mit diesem Satz das, was *Gesell* 1909 in seiner Schrift „*Aktive Währungspolitik*“ schrieb: „Mit Hilfe der (in genannter Schrift) vorgeschlagenen Reformen würde sich der Handel für eine Weile ganz normal weiterentwickeln können. Unter Beibehaltung der Goldwährung und voller Ausbildung des der *Goldwährung* zugrunde liegenden Gedankens vertragsmäßiger Internationalität der Währung kann man tatsächlich die Schäden der Goldwährung, die durch die ziellose Banknotenpolitik und durch die ungenügende Berücksichtigung des internationalen Charakters der Goldwährung überall zutage treten, beseitigen, und zwar für eine Reihe von Jahren. Man kann den Handel vor Baisse und Hausse schützen, freilich nicht durch passives Gehenlassen, sondern durch eine ununterbrochene Kette aktiver Handlungen.“

Also, was man heute in Amerika macht (manipulated gold-standard), ist nichts anderes, als was *Gesell* und *Frankfurth* in der oben genannten Schrift denen zu tun empfehlen, die sich von der metallenen Basis des Geldes nicht emanzipieren können, und zwar vertrat *Gesell* diese Ideen zu einer Zeit, als noch niemand in der Welt von *aktiver Währungspolitik* oder einer Manipulation des Goldstandards redete und auch nicht reden konnte, ohne die damals alleinherrschende Goldwährungstheorie abzulehnen. *Gesell* nannte seine Rezepte *aktive Währungspolitik*, der er als Ziel die heute oft genannte *Indexwährung* vorschrieb, und die Amerikaner handeln heute nach *Gesells* Rezept und nennen das „manipulierte Goldwährung“ und erreichen damit glatt die als Folge solcher Politik von *Gesell* prophezeiten Wirkungen. Wenn sich *Gesell* damals seine Rezepte hätte patentieren lassen, so könnten die Amerikaner die heutige Währungspolitik ohne *Gesells* Erlaubnis nicht betreiben.

Was sagt nun unser lieber Pater, der Vertrauensmann und Sachverständige von 165 000 Arbeitern, zu dieser Feststellung? Wie kann er den Widerspruch, der in obigen beiden Zitaten liegt, erklären? Er wird vielleicht sagen, daß ihm die genannte Schrift (die inzwischen in mehreren Auflagen weiteste Verbreitung fand) unbekannt war. Gut, lassen wir das gelten. Aber dann fragen wir, worauf sich Pater von *Nell-Breuning* bei seiner Kritik der Freigeldtheorie schließlich bezieht? Das Hauptwerk von *Gesell*, „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“, hat unser Kritikus ganz bestimmt niemals durchblättert, denn sonst

könnte er einen Satz wie den folgenden niemals geschrieben haben: „*Gesells Theorie lehrt, der Wert des Goldgeldes hänge nur davon ab, wieviel Gold gefunden werde.*“ Nein, Pater, es ist unmöglich, daß Du Dich in der Freigeldtheorie zu orientieren versucht hast, ehe Du daran gingst, den Auftrag Deiner Schutzbefohlenen zu erledigen. Läuft doch die ganze Freigeldtheorie darauf hinaus, den Nachweis zu erbringen, daß für die Goldwährung die Quantitätstheorie falsch ist, daß sie nur für das Freigeld zutrifft. Auf jeder Seite der NWO wird der Behauptung widersprochen, die von *Nell-Breuning Gesell* in den Mund legt. *Der Pater kennt von der Freigeldtheorie ganz bestimmt nicht mehr, als was er darüber in irgendeinem Anti-Freigeld-Pamphlet gelesen hat.* Wenn unser Pater es ernst nimmt mit seinem Renommee als sachverständiger Arbeiterführer in Wirtschaftsfragen, dann muß er sich herbeilassen, die Freigeldfrage zu studieren und durch einen neuen Artikel den 165 000 Lesern der W. D. A. Z. ein wahres Bild vom Freigeld zu geben. Sobald das geschehen ist, werden auch wir in der Kritik weiter fortfahren. Liegt nun der Redaktion der W. D. A. Z. daran, daß den 165 000 Lesern klarer Wein in der Währungsfrage eingeschenkt werde, so fordern wir sie hiermit auf, ihrem Gewährsmanne keine Ruhe zu lassen, bis daß er die Berichtigungen einsendet, die auf Grund der heutigen und der vorigen Darstellungen zu machen sind.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Das Recht auf Arbeit

Die ganze volkswirtschaftliche Wissenschaft gründet auf der Annahme, daß jeder möglichst wenig zu arbeiten trachtet. Die soziale Frage wäre auf den Kopf gestellt, wenn die Erzeugung der Güter ebenso genußreich wäre wie ihr Verbrauch.

Wie soll man demnach den Ausdruck „*Recht auf Arbeit*“ deuten? Von „*Rechten*“ spricht man überall dort, wo Begehrenswertes verteilt wird, wo man sich melden muß, wenn man nicht zu kurz kommen will. Sonst aber, wo jeder sich am liebsten drückt, da spricht man von *Pflichten*. Und für eine Pflicht, sogar für eine vom Bibelgott direkt verfluchte Pflicht hält jeder die Arbeit. „*Im Schweiß Deines Angesichts sollst Du Dein Brot essen!*“

Wer also vom Recht auf Arbeit spricht, der wird auch vom Recht auf Steuerzahlen, vom Recht auf den Feuer- und Landwehrdienst reden können.

Darum kann man auch ohne weiteres annehmen, daß im Ausdruck „Recht auf Arbeit“ irgend ein *Recht* verdreht worden ist. Und tatsächlich ergibt sich auch bei näherer Betrachtung, daß das Recht, was hier beansprucht wird, sich auf etwas von der Arbeit völlig Verschiedenes bezieht.

Zunächst kann man wohl als selbstverständlich annehmen, daß das Recht auf Arbeit sich auf *bezahlte* Arbeit, also eigentlich auf den *Lohn* bezieht. Die Arbeit oder mehr das Arbeitsprodukt soll das *Mittel* sein, um den Lohn einzutauschen. Es handelt sich also hier um ein Tauschgeschäft, und Recht auf Arbeit bedeutet somit soviel wie *Recht auf den Tausch oder Absatz der Arbeitsprodukte*.

Zum Tausch wiederum gehören zwei Parteien, zwei Besitzer oder Verfertiger verschiedener Waren, und das „Recht auf den Tausch“ der *einen* Partei würde eine leere Phrase bleiben, wenn diesem Rechte nicht ein *Tauschzwang* für die *andere* Partei gegenüberstände. Dabei müssen in einem Rechtsstaat alle Bürger dem Gesetz und Recht gegenüber gleichgestellt sein, und wenn dem einen ein Tauschrecht dem anderen gegenüber eingeräumt wird, so müssen auch alle übrigen Bürger mit dem gleichen Recht beglückt werden.

Dies führt dann mit Notwendigkeit dahin, daß mit der Verwirklichung des *Rechtes auf Arbeit* ein *allgemeiner gegenseitiger Tauschzwang für die Arbeitspro-*

dukte eingeführt werden muß. Etwas anderes läßt sich schlechterdings unter „*Recht auf Arbeit*“ nicht denken.

Gibt es aber auf der Welt etwas Überflüssigeres als einen solchen gesetzlichen Tauschzwang? Ist es denn nötig, daß man die Produzenten durch Gesetz daran erinnert, die Waren wären für den Markt bestimmt? Bedarf es künstlicher Nachhilfe, um das Wasser bergab zu treiben? Muß man wirklich den Waren durch die Polizei den Weg zum Markte zeigen? Der *Tauschzwang* ist ja das charakteristische Merkmal der Ware. Die Ware trägt den Tauschzwang als *natürliche Eigenschaft* schon in sich und mit sich herum. Von diesen Zwänge wird die Ware erst im Augenblick befreit, wo sie den Konsumenten erreicht hat.

Warum beruft sich denn der Arbeiter auf das „*Recht auf Arbeit*“? Er will *sein* Arbeitsprodukt gegen *andere* Arbeitsprodukte tauschen. Die Natur seines Arbeitsproduktes *zwingt* ihn, dasselbe zu veräußern und zwar gegen die Produkte anderer Arbeiter. Folglich ist der Tauschzwang schon von Natur aus ein *allgemeiner* und *gegenseitiger*. Dabei ist es völlig gleich, ob es sich um Arbeiter mit *eigenen* oder *fremden* Produktionsmitteln handelt. Wie der Grubenarbeiter zwangsweise das geförderte Quantum abliefern, um den Lohn dafür einzuheimsen, so auch wieder muß die Grubenverwaltung für *Absatz* sorgen. Auch den Zimmermann brauchen wir nicht zu zwingen, die Särge, die er für seine Nachbarn bereitgestellt hat, zu verkaufen. Der Apotheker ist Tag und Nacht bereit, seine Pillen abzusetzen und den rücksichtslosesten aller Polizisten hat der Kaufmann bereits im eigenen Hause in Form des Gestankes, der den meisten seiner Waren entströmt. Ach wie gerne würden sich alle gegenseitig ihrer Sachen durch den Tausch entledigen? Alle Waren ohne Ausnahme schlagen von selbst den Weg zum Markte ein, da bedarf es *keines Zwanges*, keiner Polizei. Der künstliche, gesetzliche Tauschzwang, alias „*Recht auf Arbeit*“, soweit es sich um Arbeitsprodukte handelt, ist wirklich das Überflüssigste auf der Welt. [Man unterscheidet gewöhnlich zwischen Arbeit und Arbeitsprodukt, aber nur um beides nachher konsequent zu verwechseln. Die Arbeit ist immer eine persönliche Sache, die zur Volkswirtschaft nur durch das Arbeitsprodukt in Beziehung treten kann. Arbeit ist keine Ware. Arbeit wird nicht gekauft, verhandelt, bezahlt. Nicht einmal die Sklavenarbeit. Wer einen Sklaven kauft, einen Arbeiter anstellt, berechnet im voraus die Produkte, die er vom Sklaven erwartet, und danach richtet sich der Kaufpreis bzw. der Lohn. Es hat daher gar keinen Sinn, in volkswirtschaftlichen Schriften von der Arbeit, von der Arbeitszeit zu sprechen. Die Volkswirtschaft befaßt sich mit dem Tausche der Produkte, mit dem Tauschverhältnis. Die Produktion an sich aber gehört zur Technik. Auf dem Markte fragt niemand danach, wie eine Sache gemacht wurde, wieviel Arbeit sie gekostet. Wohin diese Verwechslung von Arbeit und Produkt der Arbeit führt, zeigen der verdrehte Ausdruck „*Recht auf Arbeit*“ und die sinnlosen Forderungen, zu denen der Ausdruck führte.]

Wenn es nur auf die Arbeitsprodukte ankäme, an Bereitwilligkeit und Zuvorkommenheit für die Verwirklichung des Tausches, d. h. des „*Rechtes auf Arbeit*“, würde es niemals fehlen. Der Tauschzwang ist hier so groß, daß keine etwaige Meinungsverschiedenheit über das Tauschverhältnis den Tausch verhindern kann. Ein Bauer, der

für seine Kartoffeln, den Käse, die Eier, den erwarteten Preis nicht erzielt, bringt darum doch seine Habe nicht nach Hause zurück. Die Natur seiner Produkte zwingt ihn zur Nachgiebigkeit. Ein Arbeiter, der den gewohnten Lohnsatz nicht durchsetzen kann, nimmt mit weniger fürlieb, ehe die Not ihn zwingt, Frau und Kinder auf den Bettel auszuschicken.

Aber auf die Bereitwilligkeit der *Waren* kommt es gar nicht an. Die Waren tauschen sich nicht, sondern *werden* getauscht und zwar *mit Hilfe des Geldes*. Die Rolle der Waren ist eine passive; die Handlung verrichtet das *Geld*. Und den Tausch verrichtet das Geld nur bedingungsweise, und zwar solange ein *Gewinn* damit verknüpft ist. Kein Zins, kein Tausch, ob auch die Waren dadurch zugrunde gehen (Arbeitslosigkeit, Absatzstockung, Krisis, Lagerhüter). Die Kartoffeln, der Guano, die Schwefelsäure drängen zum Verkaufe, auch wenn damit Verluste verknüpft sind, das Geld aber tut *keinen* Schritt, wenn der Zins nicht gesichert ist.

Die Marktverhältnisse müssen also dem Gelde für die Tauschvermittlung einen Gewinn sichern. Wäre dieser Gewinn immer unmittelbar gesichert, so könnte der Absatz der Waren *niemals* stocken, an Arbeit würde es niemals fehlen. Aber das ist heute durchaus nicht immer der Fall. Sobald der Kaufmann im Zweifel ist, ob beim Verkauf sich der Einstandspreis *verzinsen* wird, unterläßt er den Kauf, und die Arbeiter feiern. Es hat ja keinen Zweck, Waren zu verfertigen, deren Absatz nicht gesichert ist.

Während nun der Kaufmann, auf seine Sicherheit bedacht, das Geld vom Markte zurückzieht, nichts kauft, nichts bestellt und womöglich vom Himmel die Rückkehr besserer Zeiten erlehnt, liegt die Arbeit darnieder, und die Arbeiter feiern.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist also nicht bei der Ware, beim Tausch, sondern bei der *Tauschvermittlung* zu suchen. *Nicht die Waren versagen den Tausch, sondern das Geld versagt die Tauschvermittlung.*

Folglich dürfen wir uns mit dem „Rechte auf Arbeit“ nicht an die Ware und ihre Besitzer wenden, sondern an das *Geld*.

„*Recht auf Arbeit*“ heißt also hier nicht mehr „*Recht auf den Tausch*“ oder „*Allgemeiner Tauschzwang*“ (denn wir sehen, daß ein künstlicher oder gesetzlicher Tauschzwang überflüssig ist), sondern

„Recht auf Tauschvermittlung“ oder „Recht auf das Geld“.

Wie bei der Ware bliebe aber das Recht auf die Tauschvermittlung eine leere Phrase, wenn dieses Recht nicht durch einen *Tauschvermittlungszwang* ergänzt würde. Soll also das „Recht auf Arbeit“ verwirklicht werden, so muß die Tauschvermittlung *obligatorisch erklärt werden*. Eine obligatorische Tauschvermittlung ist aber nichts anderes als der *Umlaufzwang des Geldes*, der nicht anders als durch das *Freigeld* geschaffen werden kann.

Können wir uns mit dem fürchterlichen Gedanken eines Umlaufzwanges für das Geld, einer obligatorischen Tauschvermittlung versöhnen (viele werden lieber die Welt zugrunde gehen lassen, ehe sie diesen Gedanken überhaupt einer Erwägung würdigen), so ist der Tausch der Güter zu einem Kreise geschlossen und der Absatz der Waren gesichert, das „Recht auf Arbeit“ verwirklicht. Der den Waren inhärente Tauschzwang wird selbst dafür sorgen, daß die Waren zu allen Zeiten, im Krieg wie im Frieden, zu Markte pilgern werden, willig den Tausch zu machen, opferwillig etwaige aus dem Tauschverhältnis entspringende Schwierigkeiten auf dem Wege gegenseitiger Zugeständnisse zu beseitigen. Sowie die Tauschvermittlung gesichert ist, ist auch der Tausch selbst, die Arbeit, der Absatz gesichert.

Wer sein Vermögen mehren und schützen will, der studiere die Währungsfrage

Wie man es machen soll, um sein Leben lang ein Narr zu bleiben, das hat uns Luther gesagt. Aber wie man Narr werden kann, das sagt er uns nicht. Das Rezept hierzu glaubt *Lord Baconsfeld* gefunden zu haben. „Die Liebe und die Währungsfrage“, sagt er, „haben die meisten Narren hervorgebracht.“ Ist das wahr? Luther macht aus der Liebe ein Heilserum *gegen* die Narretei. Baconsfeld dagegen erreicht mit dem gleichen Mittel das *Umgekehrte*.

Wer hat nun Recht? Das mögen andere untersuchen. Verdächtig ist, daß wir alle der Liebe entstammen, daß aber doch nicht alle Narren sind. So mag Luther Recht, Baconsfeld Unrecht haben. Und wenn er in dem einen Punkt Unrecht hat, so vielleicht auch in dem anderen. Die, die nichts von Liebe und Währungsfrage wissen wollten, die sind *Narren* geworden. Es sind die Dummen, die nie alle werden und die von denen, die die Währungsfrage studieren und die gewonnenen Erkenntnisse an der Börse ummünzen, ausgebeutet werden. Diese Wissenden benutzen dann den Ausspruch Baconsfelds als Abschreckung, um sich möglichst viele Mitwissende und Konkurrenten vom Halse zu schaffen.

Sie befolgen hier mit den gleichen Mitteln das gleiche Ziel wie unsere *Akademiker*, die sich auch dadurch ein Monopol zu sichern trachten, daß sie sich gegenseitig hochtönende Titel verleihen, die auf alle die, die diese Titel nicht haben, abschreckend wirken. Wie dumm müssen wir sein, wenn jene sich ungestraft in voller Öffentlichkeit mit solchen Titeln brüsten können? Uns werden wissenschaftliche Erkenntnisse ewig verschlossen bleiben. Und wenn wir es versuchen sollten, dann winkt uns das Narrenhaus, wie Baconsfeld es warnend behauptet. Laßt ab von der *Liebe*, überlaßt *uns* die Frauen! Laßt ab von der *Währungsfrage*, überlaßt *uns* die Banken, die Börse und die Spekulation! Stellt eure geistigen Fähigkeiten nicht auf eine für euch immer gefährliche Probe! Es handelt sich um einen furchtbaren Wirrwarr. Wir selbst beherrschen dieses Gebiet kaum. Es ist auch keine Schande, wenn der Mensch seine Unkenntnis auf dem Gebiete der Währungsfrage bekennt. Bismarck (der wie kein anderer in die Währungsfrage eingriff) pflegte mit Stolz von sich zu sagen, er verstünde *nichts* von diesem Börsenkram. Heimlich aber beteiligte er sich an Börsenspekulationen (ähnlich wie Herr von Holstein), wobei er seinen Einfluß auf die Gestaltung der orientalischen Frage trefflich auszunutzen verstand, wie die Mehrung seines Vermögens beweist.

Wie wirkungsvoll Baconsfelds Satz gewesen ist, sagt uns der schweizerische Bundesrat in seinem Bericht über die von ihm betriebene Währungspolitik:

Zu wenig vertraut mit der Behandlung des Papiergeldes, haben wir verhängnisvolle Fehler begangen. (Dabei

gehörte die Schweiz über ein halbes Jahrhundert der lateinischen Münzunion an, deren Silbergeld als Scheidemünze genau wie Papiergeld betrachtet und behandelt werden muß. Man kann sich vorstellen, wie mit diesem Silbergeld gepfuscht worden ist, welches *Dorado* das Volk der Hirten hier den Wissenden bereitet hat!)

Das war in der *Schweiz*. Wie es in *Deutschland* zuging, ist bekannt. Unzählige haben hier mit ihrem Vermögen auch ihren Verstand verloren und sind zu Troddeln (Trolls) geworden, weil sie die durch den Papiergeldschwindel geschaffenen Verhältnisse nicht durchschauten. Wenn sie die Währungsfrage studiert hätten, dann hätten *sie* jetzt, nicht die anderen, den Schlüssel zum Narrenhaus in der Tasche.

Wie vollkommen vernachlässigt das Studium der Währungsfrage war und ist, geht am besten daraus hervor, daß die Nationalversammlung in Weimar mit der vom Freiland-Freigeldbund eingereichten Denkschrift über die Währungsfrage nichts zu machen wußte und sie unbeantwortet ließ, und daß die Schieber, Spitzbuben und Wucherer es erreichten, daß die *Währung*, die weitaus wichtigste Einrichtung aller menschlichen Ordnung, *in der Verfassung vollkommen vergessen wurde*. Mit dem Erfolg, daß ein Vermögen von 200 Milliarden Goldmark, darunter das gesamte Vermögen der Mündel, das Spargeld der Greise, die Notgroschen der Kranken, der Rettungsanker der Arbeitsunfähigen, in die Hände der Sachwertbesitzer gespielt wurde. 200 000 Millionen Goldmark. Und da wird noch behauptet, daß die *Liebe* und die *Währungsfrage* die meisten Menschen verrückt gemacht haben! Eins ist an diesem Satz ganz sicher falsch. Die, die die Währungsfrage studieren und die gewonnenen Erkenntnisse an der Börse verwerten, die sind es von jeher gewesen, die das Geld der anderen an sich zu reißen wußten und die die Welt beherrschten... Seit 6000 Jahren!

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Die Kirche und der Zins

Der Schweizer Freiwirtschaftsbund hat sich vorgenommen, den Himmel in die Luft zu sprengen und als Sprengstoff die Freude zu benutzen, die Freude, die im Himmel dann entsteht, wenn ein Sünder Buße tut; denn ein einziger Sünder gilt dort mehr als 1000 Gerechte, die so gesund und rund von Tugenden strotzen, daß mit wirklicher Überzeugung ausgerufen werden kann: Herr, Gott, wie danke ich Dir, daß ich nicht bin wie jene Sünder dort!

Wie groß nun würde die Freude im Himmel sein, wenn statt eines *gewöhnlichen* Sünders, von denen zwölf aufs Dutzend gehen, einmal ein wirklich schwerer Junge, wenn, sagen wir, einmal so ein Protestant, gar noch ein Professor an der theologischen Fakultät der Universität (welch hochtrabende Titel sich diese Leutchen doch gegenseitig geben?) an die Brust schlagen und ausrufen würde:

Pater pecavi. Ganz sicher würde dort ein zum Indianergeheul entarteter Freudenausbruch den Professor empfangen, der Himmel würde aus den Fugen gehen. Und um sich dieses Schauspiel zu verschaffen, wandte sich der SFB mit der Frage an die theologischen Fakultäten, was sie vom Standpunkt *Christi* zum Zins in all seinen Erscheinungsformen zu sagen haben, gewiß in der stillen Hoffnung, daß die gelehrten Herren durch die Frage neuerdings zu einer Revision des kirchlichen Standpunktes in der Zinsfrage veranlaßt werden würden und daß dann der eine oder der andere ausrufen würde: jawohl, das Zinsnehmen ist *unchristlich*, *verflucht* seien alle Heuchler und Schwindler, die unter christlichem Deckmantel von ihren Brüdern Zinsen erpressen, die also als Rentner vom arbeitslosen Einkommen leben und mit dem *Ertrag* von solchen heidnischen Erpressungen, mit *Sündengeld* die *Kirche* finanzieren.

Die Freude im Himmel über die Bekehrung eines wirklichen Sünders ist nur deshalb so groß, weil sie so *selten*, vielleicht sogar, weil sie *niemals* vorgekommen ist. Über täglich sich wiederholende Ereignisse können sich auch die Engel im Himmel nicht mehr zu ausgelassener Freude erheben. Wie konnte nun aber der SFB hoffen, etwas zu erreichen, was in Jahrtausenden nicht *einmal* vorgekommen ist? Glaubt er am Ende an Wunder? Oder war etwa die Triebfeder zu seinem Vorgehen in einem perversen, sadistischen Kitzel zu suchen, in der Freude über die *Verlegenheit*, die sie den theo-

logischen Sündern bereiten würde? Ich bin der Ansicht, daß man *niemanden* nutzlos quälen soll. Beunruhigen wir die Professoren der Theologie nicht im Vollgenuß ihrer Sünden! Was nützt uns, was nützt der Menschheit solche Beunruhigung? Die Unterhaltung der theologischen Fakultät geht auf Konto Geschäftsspesen des Kapitalismus. Der Zinsfuß wäre nicht um ein Sonnenstäubchen kleiner, wenn die Fakultät den Zins mißbilligte.

Es gibt wirklich wichtigere Kreise im Volk, an die wir uns wenden sollen, als ausgerechnet *die Leute*, die dafür bezahlt werden, daß sie die Gewissen der Zinssünder mit allerhand Sophismen beschwichtigen. Und gelänge es auch, den einen oder den anderen aufzurütteln, sofort fliegt er, und dann ist er als Ketzer in den Kreisen, wo er bisher eine Rolle spielte, erledigt, und für unsere Ziele gilt er dann nicht *mehr* als irgend ein Proletarier, den wir wirtschaftlich nicht zu ruinieren brauchen, um ihn für uns zu gewinnen, und der uns darum auch nicht wirtschaftlich mit Weib und Kindern als Märtyrer zur Last fällt. Kann der SFB etwa den Basler Professor *Wendland* vor Hunger und äußerstem Elend schützen für den Fall, daß die Beantwortung seiner Frage dem Professor der Theologie die Professur kosten würde? Ja, wenn er das könnte! Dann wäre die Frage schnell beantwortet, dann würde man nicht die Zitate dunklen Inhalts aus der Bibel heranzuziehen brauchen, dann würde man sich des *obersten* Grundsatzes des Christentums erinnern und fragen: *Kann man einen Menschen zugleich lieben und mit Zinsrechnungen ausbeuten?* Kann man den Menschen, der uns mit Zinsen belastet, noch als *Bruder* ansehen? Wenn nicht, dann ist die Frage ja erledigt, und es erübrigt sich, weiter davon zu reden. Wer Zinsen nimmt, der kann die Menschen unmöglich im christlichen Sinne lieben?

Wie Professor *Wendland* den Zins zu schützen sucht, mögen uns die folgenden Zitate aus der Schweizer „Freiwirtschaftlichen Zeitung“ Nr. 50, 1926 zeigen:

„Alle Jesusworte wenden sich an das *Gewissen* und ethische Urteilsvermögen der Menschen und verlangen die ernsteste Erwägung, auf welche Weise die von Jesus geforderte Gesinnung in die Tat umgesetzt werden muß. So erläutert Luk. 6, 35 die Grundforderung der Nächstenliebe an einem konkreten Beispiel. In welcher Weise jeder Liebe auszuüben hat, muß er in immer erneuten Urteilen des Gewissens feststellen.“ [Man beachte hier die echt theologischen, hartherzigen Ausdrücke. Du *hast* zu lieben, *Du mußt* lieben, *Du mußt* Deine Liebesbetätigung immer neuem Urteil unterwerfen und durch Dein Gewissen feststellen lassen, wo die Grenzen Deiner Liebe liegen sollen. Man vergleiche mit diesen hartherzigen, kalten theologischen Worten den einfachen Satz des heiligen Ambrosius: Deine Linke soll nicht wissen, wie tief deine Rechte in die Tasche griff, um deinem Nächsten zu helfen.]

Mit diesem Satz begründet dann *Wendland* sein Urteil:

„Wir können aber nicht finden, daß eine auf wirtschaftlichem Gebiet durch gesetzgeberische Maßnahmen durchgeführte Abschaffung des Zinses eine Konsequenz des christlichen Liebesgebotes sei.“

Dieser Satz klingt ja ganz sympathisch. Und ist auch sicher gut begründet. Wir sind auch der Meinung, daß wir dem Greuel *Staat* keine ethischen Aufgaben zu lösen geben sollen. Was der Staat auf Kulturgebieten zustande bringt, wo er seine blutbefleckten Verbrecherhände spielen läßt, das zeigt uns ja gerade das in der Hut der Staatskirche stehende Christentum. Aber *Wendland* liegt es gar nicht daran, den Staat als Kulturträger abzulehnen. Auch liegt ihm nichts an seinen eigenen Grundsätzen, sonst würde er nicht im Widerspruch mit obigem Satz in demselben Artikel schreiben:

„Ich würde sie (die Freigeldlehre) als sozialen Fortschritt anerkennen, *wie ich die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit, friedliche Verständigung der Völker, als unumgängliche Forderungen betrachte, die sich aus dem Geist des Evangeliums und aus der Erkenntnis der Schäden der Gegenwart ergeben.*“

Also dort, wo es sich um ausgesprochene Puscherei, die den Kapitalisten nichts kostet, handelt, *befürwortet Wendland* den Eingriff des Staates. Da will er das „Gewissen“ der Kapitalisten nicht *allein* die Verantwortung tragen lassen. Aber dort, wo es sich um Eingriffe des Staates handeln soll, die die Ausbeutung, den Zins *unmöglich* machen sollen, *da lehnt er den Staat ab*. Und beide mal beruft er sich auf die Lehre Christi!

In klaren Gewässern kann man nicht fischen. Hoffentlich klärt dieser hier aufgezeigte Widerspruch in der Kritik des Professors *Wendland* die Situation genügend, damit der SFB keine Zeit mehr damit verliert, im Theologenteich zu fischen. Die theologischen Verteidiger der kapitalistischen Interessen sehen zu deutlich durch die christlichen Köder den freiwirtschaftlichen Angelhaken durchschwimmern. Die Mächte der Finsternis haben scharfe Augen. Ein an die Dunkelheit gewöhntes Auge sieht z. B. (nach Prof. Helmholz) ein gewöhnliches Talglicht noch in einer Entfernung von 15 Kilometern!!

Übrigens! Wollen die Freiwirte denn eigentlich durch den Staat, durch Gesetzeskraft den Zins abschaffen, wie Professor *Wendland* behauptet? Ich denke, der Zins soll verschwinden als Folge davon, daß mit dem Freigeld den Kapitalisten die Macht genommen wird, die Arbeiter an der Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit zu hindern. Durch Beteiligung der von den Kapitalisten zum Schutze des Zinses geschaffenen Arbeitslosigkeit soll der Zins nach und nach in einem Meer neuen Kapitals, ohne das Christentum zu berühren, ohne vom Staat irgend etwas zu fordern, ersäuft, erdrosselt, vergiftet, vernichtet, ausgerottet werden. Vom Staat erwarten wir nur das Eine: Er soll sich neutral verhalten. Der Staat erteilte dem Metallgeld dadurch gesetzlichen Schutz, daß er dieses Geld zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhob und damit erst die Vorbedingung für das Auftreten der Zinswirtschaft schuf. Wir wollen und erwarten also weiter nichts vom *Staat*, als daß er seine *Parteinahme für den Zins aufgebe* und sich der Einführung eines der Natur des Warenaustausches besser angepaßten Geldes *nicht widersetze*. Diese unsere Forderung ist in unserer Literatur so eingehend und liebevoll behandelt, daß ein Kritiker, der unsere Lehre öffentlich angreift und uns dann noch vorwirft *wir wollten den Zins durch den Staat abschaffen lassen*, sich den Vorwurf gefallen lassen muß, daß er *unehrliche* Kritik übt.

Eine kapitalistische Räteregierung

Wer etwas von Politik verstand, der wußte, daß ein Parteiparlament niemals das Finanzproblem des Deutschen Reiches nach sachlich gerichteten Gesichtspunkten würde lösen können. Er wußte, daß man pfuschen würde und daß die Pfuschiereien der Regierung von den Steuerzahlern mit Fälschungen, Spitzbübereien, Schmuggeleien, Bestechungen würden beantwortet werden. Und wer etwas rechnen konnte, der mußte sich sagen, daß die Innenreibungen, die solche Finanzpraxis erzeugen muß, die Steuerlasten wirtschaftlich verdoppeln und verdreifachen und schließlich untragbar machen würden. Solche Erkenntnis war es in der Hauptsache, die der Münchener Räteregierung Männer zuführten, die *keine* Kommunisten waren, die das System der Räteregierung benutzen wollten, um auf dem Wege der Generalvollmacht sachlich orientierte Finanzpolitik zu betreiben und so das Proletariat vor Steuerdruck, Inflation und Zusammenbruch zu schützen.

Jetzt, nach achtjähriger parlamentarischer Finanzpolitik, nachdem ein Vermögen von *100 und mehr Milliarden Goldmark vertan* worden ist, da dämmert es auch bereits in den Köpfen der Parlamentarier, da beginnen sie einzusehen, daß man den politischen Parteien (die doch immer die Aufgabe haben, die Lasten des Budgets von den Parteigängern möglichst auf die *anderen* abzuwälzen) nicht die Verteilung eines Budgets von 11 1/2 Milliarden Goldmark zumuten kann, und auf dem Wege der Erfahrung und der Schmerzen kommen sie dorthin, wo die Männer der Münchener Räteregierung durch direkte, unerschrockene Betrachtung der Dinge gelangt waren, nämlich zur Forderung einer *Räteregierung*. Denn eine Räteregierung und nichts anderes ist es, was jetztig, wie der Reichskanzlerkandidat *Stegerwald* in seiner Zeitung „Der Deutsche“ mitteilt, unter der Bezeichnung „*Staatspolitische Vereinigung*“ verlangt wird. Es handelt sich zwar nicht wie in *München* um eine *proletarische* Räteregierung, aber der *Gedanke*, der zu dieser Forderung führt, ist derselbe, es ist die Erkenntnis, daß ein Parlament, ein Parteiparlament gegenüber der zu lösenden Aufgabe ewig versagen *muß*.

Ob die Befürworter solcher kapitalistischer Räteregierung imstande sein werden, dem Problem eine kapitalistische Lösung zu geben, das ist eine *Nebenfrage*, die eine besondere Betrachtung fordert. Hier handelt es sich nur um eine nochmalige Feststellung, daß das parlamentarische System schwierigen Aufgaben nicht gewachsen ist, und nur etwa *dort* am Platz ist, wo, wie in England und Amerika, die *politischen* Machthaber auch zugleich die *Wirtschaft* fest in der Hand haben, wobei dann die Frage offenbleibt, wie sich solches Parlament in Zeiten von Wirtschaftskrisen und von Arbeitslosigkeit bewähren wird, wenn die Widersprüche des kapitalistischen Systems in gefährliche Erscheinung treten.

Die „*Staatspolitische Vereinigung*“ wird, wie die Namen Geheimrat *Duisberg*, Kommerzienrat *Frowein*, Dr. *Silverberg*, Geheimrat *Kastl*, Staatssekretär a. D. Graf *Roedern* und Reichskanzler Dr. *Luther* zeigen, sicher versuchen, den Finanzausgleich mit sachlichen Mitteln zu erstreben, d. h., sie werden die Stricke, mit denen die Pfuscher bisher die Wirtschaft gedrosselt haben, zu durchschneiden suchen, um diese in Vollbetrieb zu setzen. Wie weit ihnen das gelingen wird, das wird von der Einsicht abhängen, die diese Diktatoren in die wirtschaftlichen Zusammenhänge haben. Jedenfalls werden sie *nicht*, wie die Sozialisten, das Pferd beim Schwanz aufzäumen, d. h., von den Sorgen der Proletarier abgehen, sondern, wie es das *kapitalistische* System erfordert, vor allen Dingen die *conditio sine qua non*, die Rentabilität aller neuen kapitalistischen Investitionen sicherstellen in der Erkenntnis, daß *nicht außerhalb, sondern innerhalb dieser ehernen Grenzen des Kapitalismus* das Proletariat seine Genüge zu suchen hat (solange es, vom Marxismus geführt, nichts anderes zu tun weiß, als das Kapital anzustaunen).

Freilich, die Rentabilitätsgrenze braucht nur für die *neuen* Kapitalinvestitionen berücksichtigt zu werden, die Rentabilität der bereits in Häusern, Fabriken und sonstigen Unternehmungen vermauerten, *immobilisierten* Kapitals stellt *keine* Bedingungen, wie auch Kriegsgefangene keine Bedingungen stellen können. Das immobilisierte Kapital muß sich *die* Behandlung gefallen lassen, die ihm zuteil wird.

Besteuert man die Fabrik, das Mietshaus (Hauszinssteuer), das Rittergut, so laufen die Besitzer *nicht* fort. Im Gegenteil, durch erhöhten Fleiß und verstärkte

Sparsamkeit suchen sie, allerdings fluchend, den Schaden wieder gutzumachen. Solche Steuer wirkt eher anregend als produktionshemmend, namentlich, wenn der Steuerzahler die Überzeugung gewinnt, daß mit ihr der Zweck, die Sanierung der Finanzen des Reiches, des Staates und der *Gemeinde* erreicht wird. Sagt man aber demselben Besitzer, daß die Lage der Finanzen das Reich zwingen wird, das in Betriebserweiterungen und Betriebserneuerungen *anzulegende* Kapital zu besteuern, dann *unterbleibt* jede neue Kapitalinvestierung. Die Unternehmer legen dann die für solche Zwecke bestimmten Gelder in die Bank und die Hände in den Schoß. Dann zerfällt das Ganze in kurzer Zeit, weil der Betrieb nicht mehr auf der Höhe der Technik steht und auf dem Weltmarkt nicht mehr dem Wettbewerb gewachsen ist. Es geht dann in Deutschland zu wie in der Türkei der Sultane, wo die Steuerbeamten die Anpflanzung von neuen Dattelpalmengärten dadurch finanziell unmöglich machten, daß sie von den jungen Palmen, die 30 Jahre bis zu ihrer vollen Entwicklung brauchen, die *gleichen* Steuern erhoben wie von den *alten* Bäumen. Natürlich wurde dann jeder junge Palmenschößling umgehauen. Wo ist der Narr zu finden, der 30 Jahre lang für ein unfruchtbares Gewächs Steuern bezahlt, wo der Narr, der in Deutschland eine Fabrik baut, um die Erträge an den Staat abzuliefern? *Lumpen* gibt es genug in Deutschland, aber so viele *Narren* nicht. Das beweist die zunehmende Arbeitslosigkeit, die zum guten Teil darauf zurückzuführen ist, daß die ungelöste Finanz- und Reparationsfrage die Unternehmer davon abhält, Kapital in Deutschland anzulegen *aus Furcht vor künftigen Steuern*.

Wir nehmen an, daß die Männer der *Staatspolitischen Vereinigung* diese Dinge genügend klar durchschauen und daß sie auch weiter erkannt haben, daß man auf die Dauer auch den Lohn der Arbeiter *nicht* durch Steuern unter das internationale *Niveau* drücken kann, wenn man nicht will, daß die tüchtigsten Arbeiter *auswandern* und zuletzt nur mehr *Kriegskrüppel* in Deutschland übrig bleiben. Wenn Amerika die intellektuelle und physische Auslese des deutschen Volkes anzieht (heute ist die Grenze *noch* gesperrt) und nur das Minderwertige in Deutschland verbleibt, wie will dann die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt dem Wettbewerb standhalten?

Die Männer der Staatspolitischen Vereinigung stehen also vor der Frage:

Wie schaffen wir den Finanzausgleich, ohne die Kapitalinvestitionen abzuschrecken und ohne die Arbeiter zur Auswanderung zu treiben?

Sie stehen heute vor demselben Problem, auf das vor acht Jahren das *Finanzprogramm der Münchener Räteregierung* die Antwort gab, und wie die Dinge liegen, werden sie nichts anderes tun können als dieses Programm wörtlich abzuschreiben. Wenn aber die Intelligenz und die Tatkraft der Männer von der Staatspolitischen Vereinigung, wenn ihr Einblick in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten ausreicht, um solches Programm als unumgänglich anzuerkennen (man vergesse nicht, daß Deutschlands Reparationsverpflichtungen immer noch 133 Milliarden Goldmark betragen), so fragt man, *wer* diesen Männern die zur Durchführung eines solchen Finanzprogrammes nötige politische Autorität verleihen soll? Das Parlament gewiß nicht. Ein Ermächtigungsgesetz für die Durchführung einer Sachwertbesteuerung – wie sie nicht zu umgehen ist – kann und darf der Parlamentarier, der Wert auf seine *Wiederwahl* legt, nicht gutheißen.

Natürlich haben auch die Männer der Staatspolitischen Vereinigung an diese Schwierigkeiten gedacht, und sie haben eine Lösung gefunden, der jeder begeistert zustimmen muß, der die deutsche, von der Kirche und dem Staat ausgebildete *Volksseele* studiert hat. Ein Volk, das nichts dagegen einzuwenden weiß, daß den Interessen der Machthaber der Sparschatz der Greise, der Witwen und Waisen geopfert wird, das den Fürsten, den abgesetzten Fürsten das Geld der Sparkassen opfert, ein solches Volk verdient nicht, daß man seine parlamentarischen Vertreter durch Appell an ihren *Verstand* für eine vernünftige Finanzpolitik zu gewinnen sucht. Verlorene Liebesmühe. Ein solches Volk *kauft* man, wie man eine Herde Hammel auf dem Viehmarkt kauft. Und so sagen die Männer der Staatspolitischen Vereinigung es offen: Sammelt *Geld*, viel *Geld*, um die Volksvertreter im Parlament zu *kaufen!* Bisher kaufte man sich solche Leute mit dem Angebot von *Ministersesseln*, wobei man damit zu rechnen hatte, daß solche Minister manchmal mitzureden wünschten. Schluß mit solcher Politik, die das Reich ins Chaos treibt, die jede sachliche Orientierung der Steuerpolitik unmöglich macht. An die Stelle der Ministerportefeuilles tritt jetzt der *Scheck*, der, so nimmt man offenbar an, sich in

Berlin ebenso gut bewähren wird wie damals in Paris zur Zeit der Dreyfuß- und Panama-Skandale.

Per aspera ad astra. Wir haben es erfahren. Die Inflation hat es uns bewiesen. In allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung muß das Parteiparlament versagen. Wer aber die Notwendigkeit einsieht, daß etwas grundsätzlich Neues geschieht, der steht vor der Frage: Überrumpele ich das Parlament mit Gewaltmitteln, oder kaufe ich es mit schnödem Geld? Das Münchener Proletariat war für die *Gewalt* und versagte. Hoffentlich werden die Männer der Staatspolitischen Vereinigung mit den sanften Mitteln der „*demokratischen Politik*“ mehr Erfolg haben.

Der Gebärstreik im Lichte der Fysiokratie

Die Fysiokraten lehnen, bewußter, als es die Anarchisten zu tun pflegen, den Staatsgedanken ab. Die Akratie ist die Grundeinstellung, von der aus wir alle auftauchenden gesellschaftlichen Probleme zu betrachten und zu durchdringen suchen. Nicht immer, aber in der Regel ist es uns bisher gelungen, zu zeigen, daß es auch ohne Staat geht und zwar besser geht. Und wir gehen sogar soweit, daß wir oft auch dann noch den Staat ablehnen, wenn wir nichts besseres, wenigster nichts sichtbar besseres an die Stelle zu setzen verstehen. Wir würden den Himmel ablehnen, wenn er von Beamten regiert würde, und sogar die Hölle würden wir zu betreten uns weigern, wenn sie eine staatliche Institution wäre.

Ohne *Muß* und ohne *Soll*, ohne Gesetze, ohne den Druck der öffentlichen Sitte und Moral, genau wie bei den Tieren der Wildnis, spielt sich das menschliche Leben ab in der Gesellschaft, die wir erstreben. Und solche Gesellschaft soll nicht etwa eine Gesellschaft von Hottentotten und Anachoreten sein. Optimale Arbeitsteilung mit dem aus ihr zu erwartenden allgemeinen, glitzernden Reichtum, weltumspannender Handel, brausendes Leben werden unsere Gesellschaft tragen und erfüllen. Nichts als der von unersättlicher Sucht nach Lebensfreude angespornte „*Selbstbeglückungstrieb*“ (Timm) soll diese Gesellschaft krassester Egoisten ziellos und

reibungslos über alle in der Natur der Dinge liegenden Hindernisse hinwegführen und zwar nicht etwa mit dem Leben der Eintagsfliege, um nach kurzem Tanz einem Abgrund zuzutreiben. Ewig und ewig, wie das Wasser des Rheins, wie das Spiel der Planeten um die Sonne, wird das Leben sich erneuern und verjüngen, wobei den gläubigen Seelen noch Platz bleiben wird, für den schönen Gedanken einer ewigen Aufwärtsbewegung. [Es widerspricht in keiner Weise dem „krassen Egoismus“ des Individualisten, wenn er sich für Bestrebungen begeistert, von denen er weiß, daß sie zu seinen Lebzeiten doch nicht durchgeführt werden. Zumeist ist der Mensch so geartet, daß ihm das Bild seiner Bestrebungen allein schon Freude macht. Dann hat er in dieser Freude den Lohn für die „Opfer“, die er seinen Idealen bringt. So sieht man oft genug Greise Eichbäume pflanzen. Völker, in denen dieser Typus des Egoisten nicht in der nötigen Anzahl vertreten ist, gehen zugrunde.] Auch soll diese Gesellschaft von Menschen, die an nichts anderes denken, als sich selbst zu beglücken und auch das Glück der anderen nur als ein Mittel der Selbstbeglückung suchen, nicht wie unser kapitalistischer Staat einen Akkumulator für Explosivstoffe bilden, von dem aus dann, wie im Weltkrieg, gelegentliche Entladungen die Menschheit mit Vernichtung bedrohen. Nein, nichts davon. Alle Reibungen, restlos alle, werden sich genau wie heute im Laden der Grünkramhändlerin zwischen den Einzelmenschen in Millionen und Abermillionen kleinen Funken entspannen und entgiften. Wer in unserer Gesellschaft sich unglücklich fühlt, der wird nicht die Gesellschaftsordnung anklagen, sondern seine Wünsche auf das Maß des eigenen Könnens und der Leistungsfähigkeit der Natur zurückschrauben. Bei sich, allein bei sich selber wird er den Fehler suchen, und so ganz automatisch, schnell und sicher den richtigen Weg finden und niemandem zur „Last fallen“.

Von solchem akkratischen Standpunkt aus ist es für uns sehr leicht, zu der in der letzten Nummer dieser Zeitung besprochenen *Haberlandtschen* Methode der zeitweisen biologischen Sterilisation der Frauen Stellung zu nehmen. *Wir lehnen den Eingriff des Staates auch in dieser Sache rundweg ab.* Damit ist aber die Angelegenheit für uns als Einzelmenschen nicht „erledigt“. Als Individualisten werden wir uns auch hüten, die Angelegenheit moralisch zu kritisieren und die Frauen, die zu den *Haberlandtschen* Sterilisationen ihre Zuflucht nehmen, loben oder tadeln. Es

sind das Privatangelegenheiten, wie es für den Akraten überhaupt nur Privatangelegenheiten geben kann. (Wenn viele dieselbe Sache als ihre Sache betrachten, so bleibt sie immer noch Privatsache.)

Aber je mehr die Frauen die Unfruchtbarmachung als Privatangelegenheit betrachten, um so mehr werden sie sich über die Wirkungen solcher Methoden Klarheit verschaffen wollen, wie denn überhaupt mit dem Abbau des Staates viele Dinge unser Interesse erwecken werden, an die wir heute, weil sie zu Staatsangelegenheiten degradiert wurden, überhaupt nicht mehr denken (z. B. an die Menschen, die wir zu Hunderttausenden wie wilde Tiere in Käfigen gefangen halten).

Und da nun einmal die „L. P.“ die *Haberlandtsche* Methode erwähnt hat und sie dabei als glückliche Erfindung qualifizierte, so dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, was die Frauen solchen Methoden gegenüber zu sagen haben, ob und wie weit der Gedanke der Unfruchtbarmachung sie beglückt oder empört, was sie rein instinktmäßig dabei empfinden, wenn von Unfruchtbarmachung, von Abtreibung und dergl. die Rede ist. Wenn es sich z. B. herausstellen würde, daß sich die Mehrzahl der Frauen für solche Unfruchtbarmachung begeistern, so müßten wir daraus schließen, daß innerhalb knapp 40 Jahren das Menschengeschlecht aufgehört haben wird zu existieren. Und daß es der souveräne Willen der Frauen war, das Menschengeschlecht auf den Aussterbeetat zu setzen. Als Akrat und Individualist würden wir selbstverständlich solchen Willen respektieren, doch würden wir in logischer Konsequenz alle Pläne, die zu ihrer Ausführung mehr als 40 Jahre Inkubationszeit fordern, als Unsinn beiseite legen, darunter selbstverständlich auch den Plan der natürlichen Wirtschaftsordnung.

Da es aber wahrscheinlich bei den Frauen über diese Frage ebenso viele Meinungen geben wird wie Frauen, da jede Frau je nach ihrem physischen Befinden die Frage beurteilen wird, so daß sie das, was sie heute in voller Kraft fröhlich bejaht, morgen in geschwächtem Zustand ebenso energisch verneinen wird, so glauben wir, daß das Menschengeschlecht doch fester fundiert ist, als wie es zuweilen aussieht, und daß es *Haberland* ebenso wenig gelingen wird, das deutsche Volk zu vernichten, wie unseren Deutsch-Nationalen.

Als Fysiokraten sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, die

Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, zu *umgehen*, sondern sie uns aus dem Weg zu räumen, damit wir tun können, was uns Freude macht, wozu wir von innen heraus getrieben werden. Und so werden auch die Frauen, die ihren Trieben keine Gewalt antun wollen und sich für die Mittelchen, mit denen sie der Kapitalismus beglücken will, nicht begeistern können, uns, trotz *Haberlandt*, treu zur Seite stehen in unserem Kampf für die Mutterrente und gegen alles, was wir als Unzucht empfinden. Und weil wir uns sperren gegen Abtreibung und Unfruchtbarmachung, werden in uns auch die Kräfte lebendig bleiben, die wir brauchen, um unsere Ketten zu sprengen. Wer den kapitalistischen Kessel zum Bersten bringen will, braucht nur die Sicherheitsventile zu vernageln, und genau wie die Sozialdemokratie, der Parlamentarismus, die Arbeitslosenunterstützung, die Völlerei, die soziale Gesetzgebung ist auch die Abtreibung, der Gebärestreik, die Unfruchtbarmachung als Sicherheitsventil des Kapitalismus zu bewerten. (Dies gehört zum Kapitel „Widersprüche der kapitalistischen Politik“.)

Im übrigen wollen wir ruhig abwarten, was die Praxis der *Haberlandtschen* Methode zutage fördern wird. Ich kann mir z. B. sehr wohl denken, daß die Schwangerschaftshormone, die die Unfruchtbarkeit herbeiführen, als logisch zu erwartende Begleiterscheinung auch noch für die ganze Zeit ihrer Wirksamkeit den Liebestrieb ersticken werden. Was aber geschieht dann? Werden dann die Männer, die, wohin sie blicken, nur gleichgültige, hormonisierte Frauen sehen werden, nicht Selbstmord begehen? Die schwangere Frau, die sich gedanklich mit dem Kindchen beschäftigt, das sich in ihrem Schoß entwickelt, bietet uns eins der lieblichsten Bilder der Natur. Aber eine hormonisierte Frau, die ins Leere stiert, deren Triebe ausgeschaltet sind: gräßlicher Gedanke.

Nichts von all dem Schwindel! Keine Unzucht. Greifen wir zum Brecheisen, stürmen wir die Bastille, schlagen wir unseren Frauen freie Bahn, damit sie sich sorglos, rückhaltlos ihren Liebestrieben überantworten können. Schaffen wir, *Männer*, durch Kraft, Fleiß, Mut und Intelligenz, und mit Hilfe der von unseren Vätern in der Technik gesammelten Erfahrung solche wirtschaftliche und soziale Zustände, daß den Frauen die Aufzucht einer Kinderschar nicht mehr zur Qual, daß das Liebes- und Familienleben zur ewig sprudelnden Quelle echter Freuden werde.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Das Finanzprogramm der Münchener Räteregierung und die achtjährige Finanzfuscherei

In der Erkenntnis, daß die Währungsfrage die weitaus wichtigste öffentliche Angelegenheit darstellt, daß von der *Lösung der Währungsfrage Gedeih und Verderb des Volkes* unmittelbar abhängig ist, forderte die Münchener Räteregierung als erste Tat durch ein Telegramm an die Reichsbank sofortige Stilllegung der Notenpresse mit der Drohung, daß im ablehnenden Fall die bayrische Räteregierung in der Ordnung des Geldwesens selbständig im Sinne einer aktiven Währungspolitik und Stabilisierung des Indexes vorgehen würde.

Um solche Stilllegung der Notenpresse möglich zu machen, gab es nur ein wirksames Mittel: die Balancierung des Etats durch rücksichtslose Eintreibung der Steuern, die der Krieg nötig gemacht hatte. Und in der Erkenntnis, daß es unmöglich war, die hier in Betracht kommenden ungeheuren Beträge auf dem Wege von Zigarettensteuern und ähnlichem Unsinn aufzubringen, daß alle indirekten Steuern *abwälzbare* Steuern sind, die, mit gewaltigen Unkosten belastet, letzten Endes doch im Kapitalertrag und in der Grundrente ihre letzte Ruhestätte finden, baute die Münchener Räteregierung ihr Finanzprogramm auf der Forderung auf, *alle Kriegslasten mit Einschluß der Reparationen als erste Hypothek von den Staatskassen unmittelbar auf die Sachwerte abzuwälzen*. Alle anderen Steuern sollten *abgeschafft*, der ganze Steuerapparat mit Einschluß der Zollgrenze *abgebaut* werden.

Mit Hilfe der *Indexstabilisierung* und der Beseitigung aller staatlichen Hemmungen sollte dann die *Volkswirtschaft in Vollbetrieb* gesetzt werden und dieser Vollbetrieb mittels des einzuführenden Freigeldes zur Dauererscheinung werden. Der ununterbrochene Vollbetrieb der Volkswirtschaft aber muß, es kann gar nicht anders sein, den *Kapitalismus in der eigenen Fettproduktion ersticken* und so die Voraussetzung für eine ausbeutungsfreie, im besten Sinne sozialistische Wirtschaftsordnung geben. Die Widersprüche des Kapitalismus, die *Marx* nur als Visionen erblickt hatte, die sollten durch den mit Hilfe des Freigeldes gegen die Interessen der Kapitalisten erzwungenen Vollbetrieb der Wirtschaft ins volle Taglicht treten; durch die Indexwährung und das Freigeld sollten die die Natur des Kapitals umgebenden Nebel gespalten, den *marxistischen Visionen*

sollte eine antikapitalistische Lösung gegeben werden, *eine freiheitliche Lösung*, die nichts mit Kommunismus, Staatsozialismus und Zuchthaus zu tun hatte.

Wie vieles wäre dem deutschen Volk mit der Durchführung dieses wirklich revolutionären Programms erspart worden? Was wäre alles inzwischen ganz automatisch erstanden, was man heute als unerreichbare Utopie betrachtet – Welthandel – Freihandel – Völkerfrieden – Bürgerfrieden – ein in der Brutwärme allgemeinen, ständig wachsenden Wohlstandes, der alle Völker der Welt umspannt, geborener Friedensgeist.

Hätte die Räteregierung Zeit gehabt, ihr Währungsprogramm durchzuführen, so müßte auch die Reichsregierung, ob widerhaarig oder nicht, dem Beispiel folgen und dann wäre die *Stabilisierung statt 1923 bereits 1919* erfolgt und zwar in einer unvergleichlich besseren, theoretisch vertretbaren und für alle Völker der Welt mustergültigen Weise. Nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich, England, Italien, Amerika wären die Leiden der In- und Deflation erspart worden, und auch die *russische Revolution hätte nicht bei den Kapitalisten* der ganzen Welt *zu betteln brauchen*. Überall wäre der Kapitalmangel in Kapitalüberfluß umgekippt, überall hätte solcher Kapitalüberfluß den Zinsfuß und den *Kapitalertrag zu Gunsten des Lohnes gesenkt*.

Statt auf die Vorschläge der Räteregierung einzugehen, *antwortete die Reichsbank hochnäsiger: „Wir warnen vor Experimenten.“* Die Reichsbank bezeichnete also noch im Jahre 1919 mit Experiment eine Formulierung der Quantitätstheorie, die heute allgemein anerkannt ist und sich auch praktisch überall bewährt hat, *und die auch heute als manipulated Goldstandard der Reichsdank von den amerikanischen Kapitalisten selber als richtunggebend vorgeschrieben ist*. (Die Amerikaner schauen, wie es scheint, lieber der gefährlichen Wahrheit ins Gesicht, statt sich, wie es die Reichsbank tat, durch feige Leugnung des Tatbestandes vor der Mit- und Fachwelt lächerlich zu machen.)

Die Reichsbank aber warnte vor einer Währungspolitik, die nur ein Blinder noch als Experiment bezeichnen konnte, um dann selber ein Experiment zu wiederholen, das bereits 1000 mal gemacht worden war und sich immer und überall als Idiotenstreich erwiesen hatte. Im April 1919 kostete der Dollar noch etwa zehn Mark. Auf dieser Höhe wäre nach den Absichten der Räteregierung der Index fixiert worden. Im Jahre 1923 aber, als die Reichsbank

erklärte, am Ende ihres Jägerlateins und ihrer Experimente zu sein, da hätte man 60 000 (60 Tausend) Eisenbahnwagen zu je 10.000 Kilo mit Reichsbanknoten von 100 M. herbeischaffen müssen, um einen einzigen Dollar zu bezahlen (1 Goldmark = 1 Billion.) Und nun sitzt das Volk der Denker, das so herzlich über das Telegramm der Reichsbank gelacht hatte, auf Bergen von entwerteten Papieren und weint über den Verlust eines Kapitals von *18 Milliarden Goldmark an Hypothken und sonstigen Forderungen*. Die Tränen aber, die in den von der Not geschaffenen Furchen den dürren Hals hinabrollen, schaffen keine Minderung des Schmerzes, weil sich diesem nun der Neid zugesellt und die Tränen in ätzendes Gift verwandelt, indem die Betrogenen der Gedanke plagt, daß das, was sie verloren, anderen Menschen zugute gekommen ist, nämlich den verschuldeten Besitzern des Sachkapitals. Und das Glück dieser Mitbürger wurmt sie oft mehr als der eigene Verlust und ist mit ein Grund, warum sie dann hingehen und sich erhängen. Hunderte, Tausende! Wie anders wären die Dinge verlaufen, wenn ...

Wer etwas von Politik verstand und den Parlamentarismus von erhöhtem, parteilosem Standpunkt aus studiert hatte, der wußte, daß die durch die Reparation geschaffenen Probleme niemals von einem Parlament würden gelöst werden können und wer eine Ahnung davon hatte, was es bedeuten muß, wenn ein Industrie- und Handelsvolk, wie das deutsche, ein Problem von solch riesiger Bedeutung *ungelöst* läßt, der mußte eine Gelegenheit, wie sie die Räteregierung für eine sachliche, unpolitische, unparteiische Regelung der Reparationsfrage bot, mit Begeisterung begrüßen. Leider war außerhalb der Räteregierung niemand da, der etwas von solchen Zusammenhängen verstand. Und so sind nun über acht Jahre verstrichen, ohne daß bisher die Frage erörtert und beantwortet wurde, wer in Deutschland die Reparationen wird zahlen müssen. Der Erfolg war die Unrast, der stetige Wechsel der Regierung, die Beunruhigung des Volkes, die Furcht vor Kapitalinvestitionen, die Kapitalflucht, die Auslandsanleihen, der gewaltig hohe Zinsfuß, der Mangel an Unternehmergeist, die Arbeitslosigkeit, der Hunger breiter Massen. Und weil die *Reparationsfrage parlamentarisch unlösbar ist*, so findet der Gedanke einer Sabotage des Friedensvertrages immer mehr Anhänger im Volk, ein Gedanke, der zu den allergefährlichsten Experimenten führen wird.

Der Ruhrkampf war ein solcher Sabotageversuch, und wir wissen, was uns dieser Blödsinn gekostet hat. Ohne diesen Ruhrkampf sähe es ganz erheblich besser aus in Deutschland sowohl wie in Frankreich. Wenn wir nur einen kleinen Teil von dem, was der Ruhrkampf gekostet hat, an Frankreich auf Konto Reparation abgeliefert hätten, dann hätten die Franzosen längst ihre Truppen aus dem Rheinland gezogen. Sie hätten einen Beweis dafür in Händen, daß der deutschen Republik internationale Verträge mehr bedeuten als chiffons de papiers. *Das französische Volk hätte das Sicherheitsgefühl wiedergewonnen*, erste Voraussetzung dafür, daß der Vertrag revidiert, die Reparationslasten erleichtert und freundschaftliche Beziehungen zu diesem Nachbar angeknüpft werden können. *Mit der Sabotage des Friedensvertrages können wir uns immer nur ins eigene Fleisch schneiden*. Und als Sabotage müssen es die Franzosen schon auffassen, daß in Deutschland niemand von der Reparation spricht. Ganz sicher gehört es nicht zum guten Ton, auf Hochzeiten von der Reparation zu reden. Sogar der Reichskanzler *Marx* hatte nicht den Mut, in seiner großen Regierungserklärung ein Wörtchen von der Reparation zu sagen, als ob alles in dieser Hinsicht bereits gesagt sei. Ein neuer Beweis dafür, daß diese Frage nicht parlamentarisch gelöst werden kann. Wenn gar der über den Parteien stehende Reichskanzler sich hüten muß, das Gespräch auf die Reparationen zu lenken, wie soll es dann der gemeine Parteimann wagen können? Und doch muß sich *Marx* sagen, daß, wenn er zu feige ist, die Reparationsfrage aufs Tapet zu bringen, dann die Bajonette Poincares uns einen Diktator aufzwingen werden, der es tut. Dabei ist es doch wahr daß in Deutschland jeder, der etwas rechnen kann, die Reparation stillschweigend in seine Rechnung einbezieht. Niemand kauft in Deutschland eine Aktie, ein Grundstück, eine Hypothek, niemand gründet hier eine Fabrik, ohne seine Rechnung mit einem mehr oder weniger schweren Posten für die künftigen Reparationslasten zu beschweren. Die Folge dieser ungeklärten Verhältnisse ist dann die Kapitalflucht, die in den zahlreichen Dollaranleihen in Erscheinung tritt und uns den untragbar hohen Zinsfuß gebracht hat.

Die Reparation! 132 Milliarden Goldmark! Hic Rhodus, hic salta. Hier kann das Parlament seine Leistungsfähigkeit vor aller Welt erweisen. So lange wir Geld haben für militärische Paraden und Pavaden, haben wir auch Geld übrig für die Reparation. So urteilt Poincare, und so wird jeder englische, französische und italieni-

sche Staatsmann urteilen. Wir werden zahlen müssen und zwar um so wahrscheinlicher die volle ursprüngliche Summe von 132 Milliarden, als die politische Entwicklung die Restauration der Monarchie wahrscheinlich macht.

Der französische Steuerzahler wird doch nicht etwa auf eine Finanzquelle verzichten, damit ihm Wilhelm wieder die gepanzerte Faust vors Gesicht halten kann!

Wir werden zahlen müssen. Nicht nur Poincare sagt es, auch der Friedensapostel Briand, der Träger des Nobelpreises, sagt es. Wir halten Deutschland am Kragen, sagt Briand, Deutschland wird zahlen müssen! Deutschland aber bedeutet hier nichts anderes als die Besitzer der Sachwerte. Diese müssen zahlen. Es ist sinn- und zwecklos, das Wort Deutschland hier anders deuten zu wollen. Jeder Versuch, die Reparationslasten von den Sachwerten ab auf das Arbeits-einkommen abzuwälzen, muß aus zwingenden Gründen fehlschlagen. Auf langen Umwegen, belastet mit entsprechenden Abwälzungskosten, kehren solche Lasten zu ihrer Quelle, den Sachwerten immer und immer wieder zurück. Eine Lohnsteuer, die dem Reich 1000 Mark einbringt, kostet den Sachwertbesitzern durch den Abwälzungsprozeß 1500 Mark. Und 1000 Mark indirekter Steuern muß der Sachwertbesitzer in Gestalt erhöhter Lohnforderungen mit 1500 Mark bezahlen. So daß auf diese Weise die 132 Milliarden an Reparationen die deutsche Wirtschaft mit 200 Milliarden belastet. „Die direkte Steuer“, so sagte bereits vor 500 Jahren der berühmte Staatsmann Sancho Panza, „trifft die Sachwerte senkrecht, die indirekte Steuer aber trifft sie von der Seite.“ Je senkrechter aber die Steuer, um so billiger ist sie für die Sachwertbesitzer.

Das alles war im Münchener Finanzprogramm berücksichtigt. Das alles aber sind Zusammenhänge, die der Politiker, der Parteimann, der Günstling des Pöbels niemals zugestehen wird. Aus Rücksicht auf seine Wiederwahl darf er keine Forderungen stellen, so vernünftig sie auch sind, die der Wählerpöbel einfach nicht kapieren kann.

Und so sehen wir den Tag kommen, wo Poincare und Briand, ähnlich wie es bei der Papstwahl geschieht, den Reichstag militärisch besetzen und zu einem Konklave gestalten und niemanden herauslassen werden, bis daß die Frage entschieden ist, ob die Immobilien in Deutschland die Reparationen zu tragen haben, oder der freie Arbeiter, der, „wenn er unzufrieden ist“ ja nach Wilhelms Wort „einfach auswandern kann.“ Und wir sehen auch, wie das Gift, das die hier eingeschlossenen Parteimänner erfüllt, vom Hunger

ans Tageslicht gefördert, unsere Parlamentarier zur Schlacht im Handgemenge treiben wird, bis daß von der würdigen Gesellschaft nur die Stärksten übrig bleiben, die dann dem deutschen Volk sagen werden, wer die Reparationen letzten Endes zu zahlen hat.

Das Ende eines Salonlöwen

Kürzlich sprach *Adolf Damaschke* im Hörsaal der *Urania* über Wohnungsnot und *Bodenreform*. Ich hatte *Damaschke* seit einem Vierteljahrhundert nicht gesehen, und es interessierte mich, zu hören, welche Fortschritte ein nicht unbegabter Mensch in solch langem Zeitraum macht. So ging ich hin, obschon ein anderer Vortrag in der *Urania*, der dort zu gleicher Zeit abgehalten wurde und billiger war, mich dorthin gelockt hatte. An die 300 oder 400 Personen füllten den Saal, zu dem man nach Zahlung von 1,50 M. Zutritt hatte. In der Hauptsache waren es junge, hübsche Damen, und ich glaube, daß sie alle auf ihre Rechnung gekommen sind, denn *Damaschke* trug einen wirklich schönen, sehr gut gepflegten Bart.

Zu dem, was *Damaschke* vor 25 Jahren sagte, ist nichts, absolut nichts hinzugekommen. Die Bodenspekulanten schaffen die Wohnungsnot. So sagte *Damaschke* früher, und so sagt er noch heute. Und mehr sagt er nicht. Es waren in der Versammlung einige Bauhandwerker, die mit den Ausführungen *Damaschkes* nicht ganz einverstanden zu sein schienen und ihn mit Ausdrücken unterbrachen, die wirklich nicht in einen Salon paßten. *Damaschke* wehrte diese Angriffe mit viel Geschick, Würde und vollem Erfolg damit ab, daß er sagte: „Wissenschaftliche Vorträge pflegt man nicht durch Zurufe zu stören, und daß mein Vortrag ein wissenschaftlicher Vortrag ist, müßt ihr schon daran erkennen, daß mich drei Fakultäten, eine medizinische, eine juristische und eine theologische mit dem Titel Doctor h. c. beehrt haben. (Allgemeines Händeklatschen.)

Eine Diskussion gab es nicht. Eilig entfernte sich *Damaschke* aus dem Saal. Er war tatsächlich der erste, der wieder draußen war, als ob er von Gewissensbissen geplagt wurde und durch die eilige Flucht der Versuchung widerstehen wollte, dem Publikum das gestohlene Geld wiederzuerstatten, denn er mußte sich sagen, daß unter den 300 Zuhörern mancher obdach- und arbeitsloser Familienvater sich befinden mußte, der die letzten Münzen zusammensuchte, um für 1,50 M. durch den dreifachen Doktor h. c. zu erfahren, wie er zu einem Obdach gelangen könne.

Es ist *Damaschke* unzählige Male vorgerechnet worden, daß die Wohnungskosten nur zu einem relativ unbedeutenden Teil aus Grundrenten bestehen. Vor dem Kriege war es so, und heute ist es erst recht so. Auf dem Lande, in den kleinen Städten kann die Grundrente des Hauses gleich Null gesetzt werden. In Berlin, außerhalb

des Geschäftszentrums (wo übrigens auch niemand wohnt), da war das Verhältnis bei 5% Kapitalzins etwa 1 zu 7, d. h., auf einen Teil Grundrente bezahlte man in der Miete sieben Teile Kapitalzins. Das war bei 5%. Jetzt, bei 10% und sehr gedrückten Bodenpreisen, spielt bei Neubauten der Bodenpreis überhaupt keine Rolle.

Damaschke hätte sich in den Kreisen ernsthafter Männer behaupten können, trotz seiner Dokortitel, wenn er seine wissenschaftlichen Vorträge populärer gehalten, d. h., wenn er mehr Gewicht auf die theoretische Darstellung seiner Lehre gelegt hätte, wenn er vor theoretischen Diskussionen nicht gekniffen hätte, wenn er vor allen Dingen Dr. Christens offenen Brief beantwortet hätte. Dann hätten ihn vielleicht die theologischen, die juristischen und die medizinischen Fakultäten nicht mit Titeln belastet, aber in den Augen seiner Leute wäre er ein Ehrenmann, ein Kämpfer, ein Mann geblieben, der mehr ist als ein Träger eines schönen, gut gepflegten Bartes.

Pixavon.

[Pseudonym für S. Gesell]

Laßt uns noch beten ein Vaterunser für die Verstorbenen der Familie Pang

Seit zwei Stunden auf schmalen Bänkchen kniend, die Spitzen der steif gefrorenen Füße in geschmolzenen Schnee getaucht, hörten wir dem lateinischen, fremden „Gottesdienst“ zu, mit Ungeduld den Fortschritt der Handlung verfolgend. Und das Vaterunser für die Verstorbenen der Familie *Pang* kündigte das Ende der Leib- und Seelenquälerei an. Wir wußten das. In der Pfarrkirche wurde schon seit drei Jahrhunderten das sonntägliche Hochamt mit einem Gebet für die Verstorbenen der Familie *Pang* beschlossen.

Wer war die Familie *Pang*? Wodurch hatten sich diese *Pangs* so sehr um die Gemeinde verdient gemacht, daß diese sich noch nach drei Jahrhunderten für das Seelenschicksal der *Pangs* interessierte? Die Tradition erzählte folgendes:

Vor 300 Jahren waren die *Pangs* zugereist. Er trieb Geldgeschäfte, er wucherte, er geizte und stürzte dabei eine Reihe von Existenzen rücksichtslos ins Elend. So gelangte er zu Reichtum. Ohne direkte Erben, war ihm der Gedanke unerträglich, daß andere nach seinem Tode die süßen Früchte seiner Arbeit verzehren und sich dabei „den Bauch

reiben würden“, wie die Spanier in solchen Fällen zu sagen pflegen. *Pang* wollte sein Gut restlos für sich verwerten. So kam er auf den wirklich christlichen Gedanken, der Kirche sein Vermögen zu hinterlassen, jedoch unter der Bedingung, daß die Zinsen des Kapitals für die oben erwähnten Kirchengebete verwendet werden sollten. Das Kapital wurde also zum Ankauf von Äckern verwendet und diese im Grundbuch der Kirche verschrieben.

Anfänglich reichte der Zins der Äcker nur für *ein* sonntägliches Vaterunser aus, sei es aber, daß der Preis der Vaterunser ermäßigt worden oder daß die Einkünfte der Äcker gestiegen waren – kurz, das Vermächtnis der *Pangs* reichte damals, als ich frierend für ihre Seelen betete, für *drei* Vaterunser aus. Heute aber, da die Eisenbahnstation inmitten der Äcker angelegt wurde, ist der Pacht-ertrag wahrscheinlich weiter gestiegen und reicht vielleicht für 100 Vaterunser aus. Und vielleicht kann es dem Allmächtigen gefallen, daß unter dem Acker der Familie *Pang* ein Kohlenlager entdeckt wird, daß die Rente der *Pang*äcker in die Tausende steigt. Dann reichen nicht drei, nicht hundert, nicht tausend Vaterunser aus, um die Einkünfte der vor 300 Jahren verstorbenen *Pangs* in Gebeten aufzulösen. Nur eine tibetanische Gebetsmühle mit Dampftrieb vermöchte das Gleichgewicht zwischen der Gebet- und der Rentenproduktion aufrecht zu erhalten. [Das Gelände in New York, auf dem die meisten Wolkenkratzer stehen, gehört der Sanct Mathewes Kirche. Sie bezieht die Grundrente dieser Kratzer. Nirgends in der Welt ist der Glaube *besser* fundamementiert als in dieser Kirche.]

Verfluchter *Pang*, verfluchter Wucherer, so beendete ich persönlich mein Gebet für die Verstorbenen der Familie *Pang*. Nicht zufrieden damit, deine Zeitgenossen erbarmungslos ausgeplündert zu haben, saugst du, verfluchter Bluthund, uns jetzt noch nach 300 Jahren zu deinem, wenn auch nur vermeintlichen, Vorteil aus und zwingst uns, für dich und deine rädige Sippe nicht nur zu beten, sondern auch noch zu fronen.

So fluchte ich damals. Jetzt bin ich sparsamer mit Flüchen geworden, denn ich habe eingesehen, daß, wenn ich alle die *Pangs* verfluchen wollte, für die ich mein Leben lang gebetet, gearbeitet, gefront habe, alle Teufel der Hölle nicht ausreichen möchten, um meine Befehle auszuführen.

Pang vermachte den Acker der Kirche, die Kirche verpachtet ihn, und der Bauer ist froh, daß er den Acker

verhältnismäßig billig bekommt (um so *billiger* bekommt er ihn, je *frommer* er sich stellt).

Ob aber die Pacht, die er zahlte, für Gebete verwendet werde (an deren Wirksamkeit er nicht glauben mag) oder von einem Rentner dort irgendwo in Paris für seidene Unterröcke oder andere schöne Sachen, was kann ihm das verschlagen? Ja, hat er noch einen kleinen Schimmer von Glauben, so mag ihm sogar der Gedanke, für das Seelenheil der *Pangs* zu fronen, unendlich viel lieblicher sein als der andere, daß Müllers mit ihrer Fron sich Genüsse leisten, die er ebenso gut und besser vielleicht zu würdigen wüßte.

Ich will überhaupt keine Pacht zahlen, weder der Kirche noch den *Pangs* und Müllers!

Die Erde gehört uns allen

Und wenn schon Pacht bezahlt wird in den Fällen, wo zwei sich um dasselbe Stück Land streiten und dann das Höchstgebot von Pachtgeld darüber entscheidet, wem das Land nun zuzuteilen ist, so will ich, daß das von mir an Pacht gezahlte Geld sowie das aller anderen Pächter zu Zwecken verwendet werde, die uns dienen, wie das ja mit der *Mutterrente* in sympathischster Weise vor sich geht. Alle Privateigentumstitel sind beim Boden auf Wucher, Raub und Betrug zurückzuführen. Wie der General Trotha die Hottentotten und Bondelswarts in die Wüste trieb, damit sie da verdursten sollten – zur großen Ehre des deutschen Reiches, wie der deutschen Orden die Wenden mit dem Schwerte taufte, wie die Engländer die Besitztümer der Iren konfiszierten, angeblich weil sie katholisch geblieben waren, so ähnlich ist es überall mit der Begründung des Bodenbesitzes ergangen. La propriété c'est le vol! Wir wollen Schluß mit solchem Unsinn machen.

Wenn dann noch jemand für die Familie *Pang* fronen will, so soll das seine persönliche Angelegenheit sein. Wir werden ihn nicht daran hindern, wie wir ihn auch nicht daran hindern würden, dasselbe Geld in Paris für seidene Unterröcke auszugeben. Res tua agitur. Was uns allein interessiert, ist, daß wir nicht für die Phantastereien der anderen zu fronen haben.

Bravo.

[Pseudonym für S. Gesell]

Wir Fysiokraten

Wir Fysiokraten haben es *nicht* nötig, um zu unserem Ziele zu gelangen, das ganze Volk vorher ins proletarische Elend und Verderben zu stoßen, wie es die Sozialdemokraten und Kommunisten, ihrer ökonomischen Entwicklungstheorie getreu, dem Volk prophezeien und versprechen müssen.

Die Marxisten haben *kein* Interesse daran, den so überaus schmerzhaften Proletarisierungsprozeß der Massen zu hemmen oder gar ins Gegenteil umschlagen zu lassen. Wo sie solches versuchen, handeln sie bewußt oder unbewußt *gegen* die Parteiinteressen, wie *sie* sie verstehen. Sie müßten sogar, um den Weg zu ihrem Ziele zu verkürzen, den Proletarisierungsprozeß mit allen Mitteln (Krieg, Krisen, Aufruhr, Streik, Pest und Hungersnot) zu *fördern* suchen, denn nur mit Hilfe wachsender Proletarierrmassen können sie hoffen, das trostlose proletarische Gesellschaftsideal zu verwirklichen. Jeder Maßregel müssen sie als Parteisklaven feindlich entgegentreten, die die noch nicht vom Kapital zertretenen Menschen schont.

Umgekehrt wollen wir Fysiokraten retten, was noch Leben hat und alle Proletarier, ohne auch nur einen einzigen zu vergessen, aus ihren Höhlen, ihrer Armseligkeit, aus der Sklaverei, wie es Moses mit den Juden vorhatte, zur Sonne, zur Freiheit und zum Wohlstand hinaufführen, damit auch sie der Lebensfreude teilhaftig werden und sie aufhören, die Menschheit und damit uns selbst zu bedrohen mit Empörung, Gewalt, Krieg Mord und Untergang.

Wir wehren uns gegen die Verzweiflungstaten der Proletarier *dadurch*, daß wir ihnen eine Brücke schlagen in das von allen heutigen Ausbeutungsmöglichkeiten gesäuberte Zukunftsland, wo es keine Kapitalisten und keine Proletarier, keine Klassen und keinen Klassenkampf mehr gibt. Durch *einen* Griff ins Wendegetriebe der Volkswirtschaft verwandeln wir das herkömmliche chronische Überangebot an Arbeitskräften in ein Überangebot an Kapital, was an sich ja genügt, um den Druck vom Arbeitslohn auf den Kapitalertrag abzuwälzen, d. h., um den Kapitalertrag in den Lohn überzuleiten, den Kapitalismus also zu überwinden.

Die heute brachliegenden Arbeitskräfte, deren Produktivkraft mit der sich endlich bahnbrechenden Rationalisierung der Arbeit noch ganz unübersehbar wachsen wird, werden restlos in den

Produktionsprozeß eingespannt, der, in den Schutz natürlicher Gesetzmäßigkeit gestellt, vor jeder künftigen Störung (Krise) gesichert sein wird.

Dadurch wird jedem, ausnahmslos jedem arbeitsfähigen Menschen die Möglichkeit geboten, in verhältnismäßig kurzer Zeit aus eigener Kraft, Macht und Herrlichkeit sich selbst in schimmernden Wohlstand zu erheben ... ein jeder nach seinen persönlichen Fähigkeiten und Kräften, wobei persönliches Glück und Unglück auf dem Wege von freien Versicherungen wenigstens in seinen wirtschaftlichen Folgen ausgeglichen werden kann.

Wir lösen die proletarischen Massen auf, und dort, wo heute „Seufzen nur und Stöhnen und dumpfer Sklaventritt wahrzunehmen ist und der Rachegeist alles zu zertreten droht“, da soll Gottes herrliche Schöpfung geschmückt und gekrönt werden durch ein glückliches Geschlecht friedsam, dem Lichte zugewandter Menschen.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Damaschke ironisiert sich selbst!

Damaschke ist von seinen besten, d. h. ehrlichsten Freunden immer wieder auf die Bedeutung, die das *Zins*problem für die mit der *Bodenreform* (angeblich wenigstens) erstrebten Ziele hat, aufmerksam gemacht worden. Wir erinnern hier an den von *Damaschke* *unbeantwortet* gelassenen offenen Brief *Christens*, des Vorsitzenden der Ortsgruppe München, an die Werke *Flürscheims*, des eigentlichen Begründers des Bundes der Bodenreformer, an die Bemühungen *Polenskes*, Vorstandsmitgliedes des Bundes usw. *Damaschke*, der sich diesen Fragen gegenüber offenbar nicht stark genug fühlte, wich der Auseinandersetzung mit seinen Freunden aus, mit dem Erfolg, daß er sie alle verlor und dann nichts übrig blieb als ein Häufchen Unglück. *Damaschke* wurde aber auch auf die Bedeutung der *Währungsfrage* aufmerksam gemacht. Im „*Physiokrat*“ wurde ihm lange vor dem Kriege gezeigt, wie die Wertzuwachssteuer, die *Damaschke* damals mit Hochdruck betrieb, *lächerlich* wird,

wenn sie die Währung unberücksichtigt läßt. Damals trieben die Goldfunde in Südafrika alle Preise mit Macht in die Höhe (Goldinflation) und was *Damaschke* als „*Wertzuwachs*“ bezeichnete und besteuern wollte, das war in den meisten Fällen nichts anderes als *Geldentwertung*, dieselbe Sache, die wir in noch bedeutend „verbesserter“ Auflage während und nach dem Krieg kennengelernt haben. Mit demselben Recht, womit *Damaschke* den Wertzuwachs vor dem Krieg für das Reich reklamierte, hätte er nach dem Krieg fordern müssen, daß von dem Preis von einer Million Mark, der für ein Brot bezahlt wurde, 12 000 Eisenbahnwagen, beladen mit Banknoten von 100 Mark, an das Reich als „*Wertzuwachssteuer*“ abzuliefern seien.

Damals schon, also vor dem Krieg, rechnete der „*Physiokrat*“ *Damaschke* vor, daß, wenn der „Wertzuwachs“, den die mit den Goldfunden wachsende Preistreiberi in Deutschland hervorgerufen hatte, allgemein besteuert würde, dem Reich daraus eine Einnahme von *200 Millionen Goldmark* erwachsen würde. Aber *Damaschke* kapierte diese Dinge nicht. Es bedurfte der Papiergeldinflation, um ihm, seinen wissenschaftlichen Beratern und dem Pöbel diese Zusammenhänge zu offenbaren. Und von all den billigen Universitäten, die *Damaschke* nacheinander zum Doktor h. c. ernannten, war keine einzige in der Lage, *Damaschke* auf den Unsinn seiner Wertzuwachssteuer aufmerksam zu machen.

Niemals ist ein autoritatsglaubiger Mensch von seinen Autoritäten so verladen und verraten worden wie *Damaschke*. Noch 1016, also zu einer Zeit, wo schon weniger begabte Menschen erkannt hatten, worin die gerühmte finanzielle Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches bestand, durfte *Damaschke*, ohne auf Widerspruch von seiten der Vertreter der „Wissenschaft“ zu stoßen, den heute von jedermann als Wahnsinn erkannten Vorschlag machen, für die Krieger Heimstätten zu bauen und sie *mit Papiergeld zu finanzieren*. Für das erste verlangte er 500 Millionen Mark in Papiergeld. Darlehnskassenscheine nannte man den Schwindel damals (s. „*Physiokrat*“ März-Nr. 1916).

Damaschke muß daher durchaus zu den Erzvatern der deutschen Inflation gerechnet werden.

Chronologisch ist er sogar *einer der ersten*. Ihm folgt *Hindenburg* mit dem seinen Namen tragenden Programm und dann *Stinnes*. Und von dieser Seite, als Papiergeldfabri-

kant, wollen wir uns *Damaschke* heut' einmal näher betrachten, ihn, sein Werk und seine wissenschaftlichen Berater. Wir benutzen dazu die Weihnachtsnummer 1926, Artikel *Die Bodenreform – im Spiegel eines Familienlebens*.

„Aus Hellerau wird unserem Bundesvorsitzenden geschrieben: Zu ihren Kämpfen um die Bodenreform will ich Ihnen heute eine Schilderung senden, wie Bodenreform sich bei uns bewährt:

Mein Mann und ich gingen als 42jährige Menschen mit einem zweijährigen Kinde nach Hellerau, welches zum Teil nach bodenreformistischen Grundsätzen gebaut wurde. Wir haben ein Häuschen mit 100 Quadratmetern Garten. Der Einzug war 1910. Unser Kind wuchs hier gesund auf, trotz Nahrungs- und Kriegsnot. Es hatte reine Lust und stets Ruhe und Frieden im Hause. Nachdem die Inflation vorbei war, waren wir 60jährigen beide verarmt. Ich brauche Ihnen ja nicht erst zu sagen, wie es uns Alten geht: Sparkassengelder gesperrt, Lebensversicherung ungültig, Invalidengelder erst mit 65 fällig, Kriegsanleihe und sonstiges – alles *entwertet*. Hoffnungslos und der größten leiblichen, noch mehr der seelischen Not preisgegeben wären wir, wenn wir eben nicht in diesem Häuschen um uns herum den Garten mit den selbstgepflanzten Obstbäumen hätten. Doch die Hauptsache: Nie kann uns jemand kündigen, wir können hier *sterben* (weil man auf 100 Quadratmetern nicht *leben* kann), und unser Kind ist unbestrittener Erbe des Grundstücks: Heimat für immer!“

Ob letzteres stimmt, wird die Hauszinssteuer den Leutchen zeigen. Zuerst kommt *Poincare* mit den Reparationsforderungen, denen alles Gut in Deutschland mit Einschluß der Hellerauer Siedlung verpfändet ist. Dann kommt *Hindenburg* mit den Ausgaben für das *Heer* und den *neuen Krieg* und den mit ihm entstehenden neuen Reparationen, dann kommen die Ausgaben für den Haushalt des „stinkenden Ungeheuers“, und wenn dann noch etwas von dem Häuschen in Hellerau übrig bleiben wird, so können die Leutchen das vorläufig als ihr Eigentum betrachten, freilich müssen sie dann auch darauf verzichten, das Häuschen als einen verpfändbaren Notschatz für den Fall der Krankheit und des Unfalles zu betrachten, und ferner müssen sie, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, das Häuschen der Not eines Freundes zu verpfänden, an der Haustür ein Schild anbringen: Allen in Not geratenen Freunden ist der Zutritt streng verboten. Sonst ist es

nichts mit der Meinung, das Kind sei *unbestrittener* Erbe und habe dort eine Heimat für immer. Solche Heimat findet der Mensch nur im Grabe.

Hier, Herr *Damaschke*, sehen Sie deutlich Ihr Werk. Als Förderer der Kriegerheimstätten mit Geldpapierfinanzierung haben Sie alle die *Spitzbuben* im Reich unterstützt, die damit rechneten, auf dem Wege der Inflation sich von den Schulden zu befreien und sich des Vermögens der kleinen, von Ihnen in völliger Unwissenheit gehaltenen Sparer (18 Milliarden Goldmark) zu bemächtigen, und die die Unerfahrenheit und Harmlosigkeit der Vormunde ausnutzten, um das in Kriegsanleihen, Darlehnskassenscheinen, Hypotheken angelegte Geld (weitere 150 bis 200 Millionen Goldmark) in *ihre* Taschen zu leiten.

Haben Sie nun, Herr *Damaschke*, den Leutchen in Hellerau geschrieben, daß niemand anders als *Sie selbst* durch Förderung des Heimstättengedankens mit Geldpapierfinanzierung den *Anstoß* dazu gegeben haben, daß die beiden Menschen als 60jährige völlig verarmten, und daß alles, was sie für ihr Alter durch Fleiß angesammelt hatten – Sparkassengelder, Lebensversicherung, Invalidengelder, Kriegsanleihe und Sonstiges – entwertet wurde? Ach, ich weiß, Herr *Damaschke*, Ihre Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Fragen ist so grenzenlos, daß Sie *heute*, nach Ablauf der Inflation diese Zusammenhänge, die jeder Bauer begriffen hat, *noch nicht* kapierten, so daß ich darauf verzichten muß, Ihnen den Trost der Sündenbekenntnis, der Reue und der Buße zu vermitteln. Bleiben Sie also bei Ihrer Meinung, daß Sie den Hellerauern ein guter Berater waren, indem Sie den Leuten zwar *ein Vermögen entwerteten*, dafür aber ihnen die Nutznießung eines „Gartens“ sicherten (?) von 33 m² pro Nase, eine Fläche, die genügt für einen mittelgroßen Apfelbaum und noch einen Raum übrig läßt, um einen toten Hund zu begraben.

I. O.

[Pseudonym für Silvio Gesell]

Nochmals der Gebärstreik

Erwiderung auf M. *Wagemuths* Ausführungen In Nr. 7 der Zeitung. Zugleich Ergänzung zu *Eberts* Ausführungen in Nr. 8 der Zeitung.

Mein Artikel, der über den Gebärstreik handelte, wurde angeregt durch die Sorge, daß unser Kamerad Hans Timm mit seinen Ausführungen über die *Haberlandtsche* Hormonensterilisation in den Verdacht kommen könnte, ein verkappter Commisvoyageur für Verhütungsmittel zu sein, ein Verdacht, zu dem der Anzeigenteil der Zeitung auch zuweilen Anlaß geben konnte. Das wäre im Grunde ja nichts schlimmes, doch liegt es im Interesse des Blattes und der Einigkeit im Bunde, daß solcher Verdacht nicht aufkommt. Das beste Mittel aber gegen solche Verdächtigungen liegt in der Veröffentlichung von Meinungsäußerungen aus dem Leserkreis, aus denen hervorgeht, daß wir, der Physiokratische Kampfbund, kein Klub sind für die Verbreitung von „Abtreibungs“- und Verhütungsmitteln, daß unser Programm absolut nichts damit zu tun hat, daß wir programmatisch nur die Einmischung des Staates in diese Dinge ablehnen, sonst aber jedem frei lassen, seine persönliche Meinung über die gruselige Sache für sich zu behalten oder sie zum besten zu geben. Letzteres habe ich getan, und M. *Wagemuth* hat ihre Meinung der meinigen gegenübergestellt. Das ist sehr gut so, und es wäre wünschenswert, wenn uns öfters Frauen oder auch Männer sagen würden, was sie persönlich in ihren Eingeweiden empfinden, wenn das Wort Abtreibung oder Verhütung fällt. Ich persönlich muß gestehen, daß das Wort Abtreibung bei mir jedesmal das Bild auslöst, das man jetzt öfters in den Kinovorstellungen zu sehen bekommt, nämlich Berge, Felsen, Schlösser, die in sich zusammensacken. Vielleicht würde eine Umfrage zeigen, daß dies mein Gefühlsleben durchaus nicht bei allen Menschen dasselbe ist, daß es sich bei mir um eine krankhafte Empfindsamkeit handelt und daß ich gut daran täte, einige Schachteln *Haberlandtsche* Pillen einzunehmen, denn dafür, zur Abtötung des Gefühlslebens, scheinen sie sehr gut zu sein. Diese „krankhafte“ Empfindlichkeit macht es mir auch unmöglich, in der von M. *Wagemuth* gewünschten „sachlichen“ Weise über die in Rede stehende Angelegenheit zu schreiben. Wenn einem Berge und Schlösser über dem Kopf zusammenstürzen, kann man schwer sachlich schreiben. Ich glaube, daß, um sachlich über Abtreibung schreiben zu können, ich erst einige Zeit bei Abdeckern, Schlächtern und Anatomen in die Lehre gehen müßte. Sonst liebe ich es, mein Auge in das Innere der Dinge dringen zu lassen, aber beim Menschen, da versagt mein Auge, es schweift an der Oberfläche, und von der Anatomie sieht es nichts als Blut, das auf mich wirkt wie beim Stier. Blut sehe ich, wenn man mir von Abtreibung erzählt. Es fehlen mir dann nur die Hörner, um einen Stier in der Arena zu ersetzen. So geht es mir, und

so, denke ich, geht es wohl den meisten Menschen. Aber vielleicht denke ich hier falsch.

Ich gebrauchte in meinem Artikel das Wort Unzucht in Verbindung mit dem Worte Abtreibung. Und M. Wagemuth hält sich darüber auf und will erfahren, was ich mir dabei dachte. Nun glaube ich, daß ich nur an unseren schönen Namen Physiokrat zu erinnern brauche, um den ganzen Sinn des Wortes Unzucht zu enthüllen. Physiokratie heißt Naturherrschaft im Gegensatz zu Autokratie, Demokratie und Kleptokratie. Physiokratie heißt Anerkennung der Gesetze der Natur im Gegensatz zu menschlichen Gesetzen. Die Gesetze der Natur aber wollen den Wettbewerb, den Kampf, den Sieg der Tüchtigsten, worunter diejenigen Exemplare zu verstehen sind, die der Natur der Dinge am besten angepaßt sind. Da nun die Natur sich ständig ändert, muß auch eine ständige Neuanpassung der Lebewesen erfolgen, *und diese läßt sich nur als Auslesevorgang vorstellen*. Auslese aber durch Kampf und der Sieg der Tüchtigsten setzen Auslesematerial voraus, d. h., es müssen mehr Exemplare geboren werden, es muß einen gewissen Geburtenüberschuß geben. Wo es keinen solchen Überschuß gibt, kann es nicht zur Auslese kommen, zur Neuanpassung an die veränderte Natur. Dort setzt dann auch der Rückgang ein, der mit dem Untergang endet. *Untergang aber, das ist Unzucht*. Zucht minus eins = Unzucht. Unmoral heißt Mißachtung gesellschaftlicher, kirchlicher, staatlicher Vorschriften. Unzucht heißt Mißachtung der Naturgesetze, derselben Gesetze, die uns geformt haben. Maria Wagemuth behauptet von sich, sie sei unmoralisch, damit sagt sie nicht, daß sie auch „unzüchtig“ sei. Der Bourgeois, der beim zweiten Kind halt macht, treibt Unzucht, der Proletarier, der das Manko seines Haushaltsbudgets nicht durch Einbruch zu ergänzen weiß und dessen Brut in der dritten Generation an Armseligkeit zugrunde geht, treibt Unzucht. Der Zigeunerhüptling aber in der Slowakei, der durch Kannibalismus seine Art vor dem Hungertod zu retten versuchte, der der Erhaltung der Art, seiner Art, das letzte und höchste Opfer zu bringen wußte, treibt der auch Unzucht? Hoch der Kannibale, der sich, der seine Art durch Menschenjagd vor dem Untergang zu retten versteht. Wenn der Zigeunerhüptling ein Filinix und Filunikaner gewesen wäre (von filius, nihil und unicus), dann wäre er nicht in solche schreckliche Not geraten, aber sein Stamm wäre mit ihm erloschen. Im Sinne obiger Ausführungen hätte er Sodomie, Unzucht betrieben. Alles, was der Erhaltung der Art dient, ist Zucht, ist züchtig, was der Art abträglich ist, ist Unzucht. So ist der Hindu, der, von religiösen Vorstellungen besessen, neben fetten Schafen verhungert, ein völlig zuchtloser, degenerierter Mensch. Unzählige male haben unsere Ahnen durch Zugriff auf die letzten Reserven, d. h. durch den Kannibalismus die Art, ihre Art, über Eis- und Schreckenszeiten gerettet, und die, die das tun und tun können (wie z. B. der eben genannte Zigeunerhüptling), sollten

wir als Retter der Menschheit verehren. Das Leben, das eigene Leben, das ist das Heiligtum, dem wir alles, alles zu opfern bereit sein sollten und dem wir übrigens, wenn es darauf ankommt, wie der Zigeunerhäuptling, auch alles zu opfern bereit sind. (Kurz vor dem Kriege rettete man in letzter Stunde drei Mann der Besatzung eines Nordpolfahrers, eine Expedition von Wissenschaftlern. Die übrigen hatten sich gegenseitig aufgefressen.)

Ich glaubte, in meinem Artikel gleich zu Anfang alles Nötige gesagt zu haben, um nicht mißverstanden werden zu können. Es war aber, wie die Erwiderung von M. Wagemuth zeigt, doch nicht ausführlich genug. Die Überschrift meines Artikels hätte aber schon genügen müssen, um eine Verwechslung zu vermeiden, wie sie bei M. Wagemuth vorkommt. Ich sprach vom Gebärstreik in *physiokratischer* Beleuchtung. M. Wagemuth spricht vom entgegengesetzten Standpunkt, vom Standpunkt des Proletariers. Was M. Wagemuth sagt, interessiert die Proletarier als Proletarier, nicht aber als Physiokraten. Wir wollen ja gerade mit Hilfe des Proletariers das Proletariat mit allen seinen Abtreibungs- und Verhütungsmitteln ausrotten, vertilgen. Keine Spur dieses elenden Geschlechts soll übrig bleiben. Das ist unser Programm. Was diese Geschöpfe inzwischen in Liebesangelegenheiten in ihren verpesteten Höhlen treiben, was geht uns das als Physiokraten an? Wir sind sicherlich die letzten, die den um alle Lebensfreude Betrogenen irgend welchen Vorwurf machen werden. Die armen Teufel wissen es ja selbst, es braucht niemand ihnen noch zu sagen, daß das, was sie da treiben, ekelhafte, bemitleidenswerte Unzucht ist.

Eine andere Frage aber ist es, ob wir solche Unzucht im Interesse unserer Ziele bekämpfen oder fördern sollen. Eine proletarische Revolution ohne Proletarier, wie soll man das verstehen? Batz meint in einer Randbemerkung zu *Eberts* Artikel, daß man darüber streiten kann, ob die Stoßkraft des Proletariats mit dem Elend wächst. Gewiß, ein völlig heruntergekommener Mensch, ein Mensch, der jahrelang von der Arbeitslosenunterstützung lebt, der hat die Willenskraft zur Revolution nicht mehr. Hier handelt es sich um Gradunterschiede. Ein Kapitalist, der sein Vermögen sich mehren sieht, der ist konservativ. Er wird aber revolutionärer, wenn das Vermögen immer kleiner wird und greift zu Gewaltmitteln (Schutzzöllen z. B.) lange bevor er am Hungertuch nagt. Und so ist es auch beim Proletarier. Solange sein Tisch einigermaßen gedeckt ist, d. h., so lange er keine Mitesser hat, als Filinx und auch noch als Filinikaner, ist er auch friedsamem Gemüts. Aber wenn die Zahl der Kinder anfängt, ihn ernstlich zu bedrohen, dann bohrt der Revolutionssturm in seinem Leib, und lange bevor er verelendet und entkräftet ist, hat er sich der revolutionären Bewegung angeschlossen. Der amerikanische Achtdollararbeiter, wenn er keine Kinder hat, wird schwerlich auf

die Barrikaden gehen. Hier ist dann noch zu beachten, daß manche Barrikadiers, vielleicht sogar die treuesten unter ihnen, kein Interesse an der Sache hätten, wenn sie für *ihre Kinder* keine besseren Zeiten zu erkämpfen wünschten. Für ein Volk von Filunikanern, das sich selbst auf den Aussterbeetat setzt, dürften sich am Ende nur wenige Revolutionäre in Gefahr begeben. (Hier wird B. vielleicht den Einwand wiederholen wollen, den er in seiner Randbemerkung NN. macht. B. faßt hier den Begriff Egoismus zu kurz. Gewiß, man handelt nur aus Egoismus, d. h., man tut nur das, was einem Freude macht. Dann aber ist es auch Egoismus, *wenn jemand von Natur so veranlagt ist*, daß ihm das Opferbringen Spaß macht.)

„Solange nicht Philosophie den Kram zusammenhält, erhält der Welt Getriebe der Hunger und die Liebe“. Und zwar ist es der *ungestillte Hunger, die ungestillte Liebe*. Und so werden es am Ende die Kameraden sein, die keine Unzucht treiben wollen und von starker Liebe erfüllt sind, die die Barrikaden stürmen, die Bomben ins Parlament werfen werden. I. O.

Wer setzt diese Auseinandersetzung fort?

Wer bringt neues Material, neue Gesichtspunkte?

Fysiokraten sind keine Philister

Wir werden wohl noch oft uns mit den in den letzten Nummern der L. P. berührten Dingen befassen. Sie sind von derart schwerwiegender Bedeutung, daß alles, was wir sonst erstreben, Freiland, Freiluft, Leck- und Klebegeld, Abbau des Staates usw. daneben als nichtssagende Bagatelle erscheinen. In der Tat, was hätte es für einen Sinn, für die Physiokratie zu kämpfen, wenn wir mit der Möglichkeit rechnen müßten, daß die neuen, verbesserten Methoden der Empfängnisverhütung uns auf den Aussterbeetat setzen? Wären das nicht Dachreparaturen an einem vom Fluß unterwühlten Haus? Was der unkontrollierte Liebestrieb schafft, das wissen wir. Millionen und aber Millionen Generationen sind in ununterbrochener Kette einander gefolgt. Wirkung des unkontrollierten Liebestriebes. Über Sintfluten, Erdbeben, Hungersnöte, Eiszeiten hinweg hat derselbe Trieb das Menschengeschlecht gerettet. Hunger und Liebe waren bis heute die Kräfte, die das Getriebe der Welt in Bewegung erhielten. Mag man auch heute über manche Erscheinung des organischen Lebens den Kopf schütteln, hier muß man gestehen, daß das System sich bewährt hat.

Nun soll das plötzlich anders werden. Die Aufgabe, das Menschengeschlecht zu erhalten, soll den Trieben genommen und der Vernunft überantwortet werden, von der Goethe den Mephistopheles sagen läßt: „Er nennt’s Vernunft und braucht’s allein, um tie-

rischer als jedes Tier zu sein.“ Die Vernunft brachte uns den Weltkrieg. Die Vernunft schuf die sozialen Zustände, die uns in den Bürgerkrieg treiben, die Vernunft der Bolschewik treibt sie, den Weltbürgerkrieg vorzubereiten, der sich sehr wohl zu einem Weltuntergang entwickeln kann. Und wenn heute noch manche eine Hoffnung hegen, daß uns der Weltbürgerkrieg erspart bleibt, so geht diese Hoffnung zumeist nicht von Vernunftgründen aus, sondern von einem Trieb, von einer menschlichen Anlage, von der Liebe zum Menschengeschlecht, die vielleicht nichts anderes ist als eine Auswirkung des Liebestriebes. Eunuchen mag solcher Arterhaltungstrieb abgehen. Oben sagte ich, daß jetzt „plötzlich“ die Arterhaltung von den starken Schultern der tief verankerten Triebe auf das wackelige Gebäude der Phantasie und der Vernunft abgebürdet werden soll. Ich weiß, die Praxis der Empfängnisverhütung ist nicht erst heute bekannt. Aber was sind 100, was sind 1000 und auch eine Million Jahre für die Entwicklung des Menschengeschlechtes? So viel wie ein Blitz, eine Sekunde, ein Zeitabschnitt, auf den der Ausdruck „plötzlich“ vollkommen angebracht ist. Wir greifen also plötzlich mit brutaler Hand in das feine Getriebe der Natur ein, ohne zu wissen, was die Eingriffe in 100 – 1000 – 100 000 Jahren für Wirkungen auslösen werden. Mein Arterhaltungstrieb läßt mich das als leichtsinniges Vorgehen empfinden.

Dabei haben wir schon einige Erfahrung gesammelt. Die die Liebestriebe beherrschende Vernunft hat in Frankreich dahin geführt, daß die Zahl der eigentlichen Franzosen ständig abnimmt. Wenn nicht Zuzug von außen die entstehenden Lücken immer ausfüllen würde, dann könnte man schon heute in den illustrierten Zeitungen neben dem letzten Mohikaner auch das Bild des letzten Franzosen sehen. Wobei zu beachten ist, daß die Franzosen die modernen, wie es heißt, absolut sicheren Verhütungsmittel noch nicht kannten. Der Hinweis darauf, daß die Lücken in Frankreich durch Einwanderung gefüllt wurden, genügt nicht. Ich glaube, kein Franzose fühlt sich wohl bei dem Gedanken, daß das Land, das er so tapfer verteidigte, in 100 Jahren von Marokkanern, Negern, von Osteuropäern bewohnt sein könnte. Um Frankreich für die Marokkaner warm zu halten, wird sich doch gewiß kein Franzose in die Hölle vor Verdun begeben haben. Und ich möchte hier hervorheben, daß solcher Gedanke durchaus kein nationalistischer Gedanke ist, Gedanken, die wir ja bekämpfen. Es ist der Rassegedanke, der hier in Erscheinung tritt und der um so kräftiger wirkt, je größer der Kontrast ist. Nein, für die Marokkaner, für die Neger, für die Japaner hat der Franzose sicher nicht bei Verdun gekämpft. Und dennoch, die Praxis der Empfängnisverhütung (namentlich mit den verbesserten Methoden) wird diese ungewollte Wirkung mit tödlicher Sicherheit herbeiführen, wenn, was noch weit schlimmer sein wird, die Kenntnis genannter Praxis zum Allgemeingut der Menschheit wird, denn dann werden nur die Lücken in Frankreich nicht mehr durch Marokkaner und Neger ausgefüllt werden, sondern bleiben überhaupt unbesetzt. Dann zerfällt ein Dorf nach dem anderen

(was schon heute in manchen Gegenden Frankreichs trotz Einwanderung zu beobachten ist), eine Stadt nach der anderen wird von Disteln, Wölfen und Tannen erobert, wegen Mangel an Verkehr wird der Betrieb der Eisenbahnen eingestellt. Das tote Meer überschwemmt Frankreich.

Ein Lebewesen kann sich nur auf Kosten anderen Lebens vermehren. Die Welt ist immer voll besetzt von organischem Leben. Auch für den Menschen trifft das zu. Wer seine Art vermehrt, tut es auf Kosten anderer Menschen. Den Platz, den der Gorilla einnimmt, kann gleichzeitig kein Mensch einnehmen und umgekehrt. Will der Gorilla leben, so hat er den eindringenden Menschen zu erwürgen. Macht der Mensch durch Empfängnisverhütung dem Gorilla Platz, so breitet sich dieser entsprechend aus. Übt ein Volk, eine Volksklasse Empfängnisverhütung, während das andere es *nicht* tut, so kann es nicht ausbleiben, daß jenes Volk, jene Volksklasse verdrängt wird. Und um so sicherer wird solches erfolgen, je gründlicher mit den Vorrechten aufgeräumt wird.

Nun gehört fatalerweise zur Empfängnisverhütung eine gewisse Triebbeherrschung, die um so geringer ist, und immer sein wird, je näher der Mensch dem Gorilla steht. Diese Tatsache eröffnet für das Schicksal des Menschengeschlechtes die düstersten Aussichten. Wie soll es zu einer Weiterentwicklung, zu einem Aufstieg kommen, wenn durch die Empfängnisverhütung ganz gesetzmäßig das rohe, unentwickelte Element sich auf Kosten derjenigen vermehrt, die die Träger der Kultur, der Erkenntnisse sind? *Umgekehrt* muß die Sache verlaufen. Bis heute lieferte der staatliche Verband einen gewissen Schutz gegen die Invasion unentwickelter, triebbeherrschter Menschen. Wie z. B. in Nordamerika, wo die Gesetze es künstlich verhindern, daß Chinesen das Land besetzen. Wir aber wollen solche gesetzlichen Hemmungen ja restlos beseitigen. Auf gleicher Ebene mit allen Menschen, mit Einschluß der Gorillas wollen wir den Kampf ums Dasein führen. Und der tüchtigste soll Recht behalten, d. h., er soll seine Art auf Kosten aller anderen erhalten und vermehren. Der tüchtigste! Wer ist in solcher Gedankenkette der tüchtigste? Ist es der, der die besten Maschinen baut, der in allen Wissenschaften am besten beschlagen ist? Gewiß, ein solcher Mensch wird einen persönlichen Sieg davontragen. Aber dieser Erfolg wird mit ihm begraben, wenn seine Tüchtigkeit eine einseitige bleibt, *wenn er seine Tüchtigkeit nicht auch vererbt*. Dann wird es wahr, was Sancho Panza sagt: Zuletzt jubiliert in Saus und Braus das Infusoriengesindel.

In der physiokratischen Welt ist die Erde aller Menschen gemeinsamer Besitz. Jeder zieht dorthin, wohin es ihn treibt. In den Berliner Straßen wird es wimmeln von allen Völkern der Welt, wie in den Städten Amerikas. Schwarze, Rote, Gelbe und Weiße. Zuerst werden die Weißen die Oberhand behalten. Aber das Bild wird sich bald ändern, dank der Geburteneinschränkung. Die Weißen verschwinden im Gewimmel des schwarzen Kaninchen-

stalles. Und dann wird es sich zeigen: Werden die Schwarzen den Sinn der physiokratischen Ordnung begreifen, und wenn nicht, werden sie den Lockungen der Schwindler widerstehen können, die durch Wiedereinführung der kapitalistischen Vorbedingungen Vorteile für sich erwarten? *Und für was hätten wir dann gekämpft?*

So schließe ich heute und solange ich keine neuen Gesichtspunkte und Tatsachen kennenlerne mit der Mahnung:

Physiokraten! Sorgt für die Vermehrung *Eurer* Art und zwar auf Kosten der anderen. Jagt den Philistern die Frauen ab, so weit ihr könnt. Macht es wie der König August der Starke. Ihr wißt, wie man das Herz der Frauen gewinnen kann. Dichtet wie Goethe, singt wie Caruso, pinselt wie Raphael, geigt wie Celman, boxt wie Friedrich der Große, denn mit solchen Höchstleistungen brecht ihr am sichersten ins Herz der Frauen ein. Und wenn ihr absolut von allen Musen verlassen sein solltet, so dienet Merkur und opfert Ceres und Flora. Bestellt das Feld eurer Angebeteten, pflegt ihren Blumengarten, arbeitet, spart, sorgt, daß ihr einen gut gefüllten Beutel habt und durch das Geschenk eines schönen Hutes, einer Perlenkette, eines Reitpferdes das harte Herz Dulcineas erweichen könnt. (Don Quichote de la Mancha suchte das Ziel durch künstlerisch ausgeführte Purzelbäume zu erreichen.) Und wenn ihr auf harten Widerstand stoßt, so geht, dort wo es sich wirklich lohnt, nicht dem Kampfe auf Leben und Tod aus dem Wege. Physiokraten sind keine Philister. Das Leben in der physiokratischen Gesellschaft ist Kampf, eine ununterbrochene Kette von Tragödien. Keinem von euch sollen diese erspart bleiben. Schwere Lasten bürdet die Aufzucht der Kinder den Frauen auf. Dieselben Lasten, hundertfach vergrößert, sollen euch eure Liebeskämpfe aufbürden. Von solchen Kämpfen, täglich gesiebt, wird dann das Geschlecht gezeugt werden, von dem wir erwarten können, daß es die physiokratische Ordnung lieben und verteidigen wird.

Und an die *Frauen* möchte ich die Mahnung richten: Wendet euch ab von den Philistern und ihren Praktiken. Haltet scharfe Auslese. Gebt euch keinem Manne hin, den ihr nicht als Ritter ohne Furcht und Tadel anerkennt. Prüfet alle und wählet den besten, auch wenn solche Prüfung Jahre in Anspruch nimmt. Und fangt in den Armen des Auserwählten dann nicht an zu zählen, zu sorgen, zu überlegen. Nach getroffener Wahl gebt euch hemmungslos hin, einerlei was auch dann geschehen mag. Den Mutigen, den Physiokraten soll die Welt gehören. Es wird euch dann nicht schlecht gehen. Die nach solcher Wahl empfangenen Kinder werden euch in Mutterfreuden tausendmal entschädigen für die Lasten der Muttersorgen. Selbstverständlich werden euch Tragödien auch nicht erspart werden. Physiokratie bedeutet Herrschaft der Natur, Herrschaft der Triebe, der Leidenschaften, bedeutet Kampf, auch Totschlag. Daß letzteres nicht zur Regel werde, wird von eurem Verhalten abhängen. Drängt durch eure gebärende Tätigkeit die Philister ins Tote Meer, wie Hindenburg die russischen Armeekorps in

die Sümpfe drängte, die Philister, die den Körper ihrer Frauen für den Hochzeitsakt präparieren wie der Anatom die Leiche, wie die Köchin den Braten für den Hochzeitsschmaus spickt. Raum und Platz den Tüchtigsten, den Tüchtigsten unter den Schwarzen, Gelben und Weißen. *Physiokratinnen*, sorgt für die Mehrung *unserer* Art.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Die Sicherung des Menschengeschlechts

Die durch Nr. 5 bis 16 d. Z. gegangene Artikelfolge über Unfruchtbarmachung, Unzucht, Amoralität, die zuweilen in Polemik entartete, hat uns allen offenbart, wie sehr das hier vorliegende Problem Geist und Gemüt der Fysiokraten beschäftigt. Weiter aber hat uns der Inhalt der Artikel gezeigt, daß für die Betrachtung des vorliegenden Problems zumeist der hilflose, armselige, proletarische und proletische Standpunkt eingenommen wurde, während ich durch meine Ausführungen den biologischen Inhalt die Frage der Sicherung des Menschengeschlechtes im allgemeinen und insbesondere die Sicherung des fysiokratischen Nachwuchses, die Auslese und die Zerschmetterung des Minderwertigen ins Auge zu fassen suchte und die Aufforderung an die Leser richtete, neues Material für die biologische Betrachtung des Problems zu bringen. Letzteres ist nicht geschehen, was aber nicht sagen will, daß nicht doch mancher jetzt im Stillen versucht, bei seinem amorösen Gebaren die biologischen Gesetze nicht zu vergessen. Es wird vielleicht gut sein, die Diskussion abubrechen, um allen Zeit zur Sammlung neuer Kräfte zu geben und dann einen neuen Vorstoß zu wagen. Der Armseligkeitsstandpunkt ist m. E. ausreichend behandelt worden. Er bildet für uns kein Problem.

Die meisten Fyiokraten wissen aus persönlicher Erfahrung, was die wirtschaftliche Armseligkeit für ihr persönliches Leben, zumal das Liebesleben bedeutet. Das kann uns nicht interessieren. Es ist Sache jedes einzelnen, wie er sich benehmen wird. Der eine wird seine Frau hormonisieren und sterilisieren, der andere wird es darauf ankommen lassen und im Falle der Not zum Brecheisen greifen, d. h. Geldschränke aufknacken. Uns steht es fern, irgend einem Menschen Vorschriften zu machen, wie jedem einzelnen von uns aber auch das Recht zusteht, die Praktiken der anderen nach seinem persönlichen Empfinden zu qualifizieren. Wir sind Fysiokraten, für die die „persönlichen Empfindungen“ die Rolle spielen, die bei der Beurteilung der Lebensführung durch andere deren religiöse und gesellschaftliche Besessenheiten einnehmen. Die Triebe und Empfindungen ersetzen bei uns die Gesetze, die andere uns

bisher diktierten. Sie bilden unsere Fühlhörner, mit denen wir durch die Finsternis, die uns noch immer umgibt, zum Licht hintappen. Ihrer Führung allein, nicht der irrenden Vernunft, der Vernunft des Tages, dürfen wir uns anvertrauen, wenn wir das Menschengeschlecht sichern wollen vor dem Untergang. Hier aber, an diesem Punkt entspringt das Problem, indem das von den Trieben geleitete, von keiner Vernunft kontrollierte Leben gesetzmäßig zu einer Diskrepanz zwischen der Zahl der Menschen und der Größe der Erdoberfläche führt, aus der dann Konflikte der mannigfaltigsten Art erwachsen, die unser persönliches Lebensglück trüben und mindern, die aber wieder für die Arterhaltung durch die Auslese nötig sind oder uns wenigstens nach dem heutigen Stand der biologischen Erkenntnisse nötig zu sein scheinen. Zunächst muß sich jeder Fysiokrat sagen, daß nur dadurch, daß er seine Art auf Kosten der Andersgearteten mehrt und sichert, seine Welt erstehen und gesichert werden kann.

Es wurde irgendwo in der Artikelfolge ein Stirnerscher Satz zitiert: Was soll nicht alles meine Sache sein, die gute Sache, die Sache Gottes, die Sache der Menschheit! Mit Unrecht wurde dieser schöne Satz gegen mich ins Feld geführt. Stirner legt hier das ganze Gewicht des Satzes auf das Wort: „Du *sollst*“. Wir Fysiokraten „*sollen*“ überhaupt nichts. Aber das hindert nicht, daß wir oder einzelne von uns die Sache Gottes oder der Menschheit zu der ihrigen machen, weil es sie von innen dazu treibt, weil sie so veranlagt sind. Ich glaube, daß Stirner, wenn er es gekonnt, gerne Gott von seinem Thron gestoßen hätte, um sich selbst an seine Stelle zu setzen, also die Sache Gottes doch zu seiner eigenen gemacht hätte. Ferner glaube ich auch, daß Stirner von innen heraus dazu getrieben wurde, die Sache der Menschheit zu der Seinigen zu machen, daß ihm z. B. der Gedanke Freude bereitet hat, die Menschheit durch sein Werk gefördert zu haben. Solange wir aus Freude handeln, sind wir Egoisten, echte Stirner...ianer. Und ich glaube, daß alle Fysiokraten, die wirklich unser revolutionäres Ziel erstreben und es auch unter Umständen mit harten Kämpfen und unmittelbarer Todesgefahr gewaltsam herbeizuführen gedenken, mehr oder weniger bewußt und deutlich die Sache der „*Menschheit*“ als die ihrige betrachten. Nicht weil sie das *sollen*, sondern einfach weil sie so geartet sind.

I. O.

[Pseudonym für S.Gesell]

Die herrschaftslose Gesellschaft

Gedanken zum Abbau des Staates.

Aus dem für den Fysiokratentag Ostern 1927 verfaßten Vortrage von Silvio Gesell.

Vorbemerkung: Das Programm der Fysiokraten verlangt unter *Punkt 4 Persönliche Freiheit:* Abbau des Staates und Errichtung der zur Sicherung dieser Freiheit notwendigen Boden-, Geld- und Verkehrsverwaltung. Loslösung der Erziehung (Schule), der Ausbildung (Fach- und Hochschule), des Erwerbslebens, des Liebeslebens (Ehe), der Rechtspflege, der Religion (Kirche), der Wissenschaft, der Kunst usw. vom Staate und dessen Einflüssen.

Diese Forderung, eine so große Selbstverständlichkeit sie denen, die die ganze revolutionäre Bedeutung der Freiland-Freigeld-Idee erkannt haben, auch ist, erscheint vielen immer noch geradezu ungeheuerlich. Wir hoffen darum, daß der nachfolgende Abriß aus Gesells Vortrag „Ein Blick in die fysiokratische Gesellschaft“ dazu beitragen wird, das Verständnis auch für diese Forderungen der Fysiokraten zu wecken.

Wer bei der Aufzeichnung all dessen, was mit der Fysiokratie aus der heutigen Gesellschaftsordnung verschwinden soll, erschrickt, der möge folgendes bedenken:

Das bürgerliche Leben, das wir führen, spielt sich heute noch in weitestem Umfange nach fysiokratischen Grundsätzen ab. Verglichen mit dem Vollkommunismus, sind wir heute schon im fysiokratischen Paradies. Die Warenproduktion in ihrem rein technischen Teil, also soweit die persönliche Arbeit in Frage steht, ist individualistisch, fysiokratisch. Niemand schreibt dem Bauern, dem Unternehmer, dem Kaufmann, dem Handwerker und dem in den freien Berufen Tätigen vor, was er tun und lassen soll. Jeder hat innerhalb seiner geistigen und wirtschaftlichen Mittel

vollkommen freie Berufswahl.

Bis vor dem Krieg erfreuten wir uns *vollkommener Freizügigkeit*. Jedem stand die ganze Welt offen, sofern er über die Mittel verfügte, von dieser Lizenz Gebrauch zu machen. Und heute nähern wir uns wieder mit jedem Tage mehr diesem Zustand. Die, die Geld hatten und damit auch den Staat als ihr Ding betrachten konnten, die lernten den Staat passiv kaum kennen. Und wie oft konnten sich auch kleine Leute, sofern sie nur eine Zigarre oder etwas Salböl opfern konnten, sich die Vertreter des Staates vom Halse schaffen!

Die *Hauptsache* aber in jeder nur denkbaren Gesellschaftsordnung, die *Bestimmung des Tauschverhältnisses*

der Arbeitsprodukte, das, um was sich alles andere dreht, erfolgt in unserem heutigen Staat auch *noch* nach physiokratischen Grundsätzen, indem hier wie da die Preise durch *Nachfrage* und *Angebot*, also

unter Ausschaltung jedes staatlichen Eingriffes

bestimmt werden. Ansätze zur physiokratischen Ordnung, die wir vielleicht auch als Rudimente ansprechen können, finden wir also heute noch genügend vor, um die Frage stellen zu können: Wenn es auf dem schwierigsten Gebiet, dort wo die Reibungsflächen am größten sind, in der Warenproduktion und bei der Preisbestimmung schon *ganz ohne staatliche Intervention* geht, *warum* könnten wir da nicht auch noch *den Rest* sich selbst überlassen?

Diese Frage stelle ich hier zur Beruhigung derjenigen, die *erschrecken*, als ich die Liste des Abzubauenden vorlas. Die physiokratische Ordnung hätte sich wahrscheinlich auch restlos und automatisch durchgesetzt, wenn sie nicht von vornherein durch menschliche Eingriffe,

durch das herkömmliche Geld und das Bodenrecht gestört, unmöglich gemacht

worden wäre. Der *Kapitalismus*, der zwangsläufig aus diesem Geld- und Bodenrecht hervorgeht, stellt einen Gewaltzustand dar, der der physiokratischen Ordnung *widerspricht* und diese nicht zur Entfaltung kommen läßt. Das ist der letzte Grund, *warum* es zur Ausbildung des Staatsgedankens gekommen ist, das ist darum auch der Grund, warum wir annehmen dürfen, daß

mit der Beseitigung des Kapitalismus durch Freiland – Freigeld – Freihandel schon die Grundlagen für einen automatischen Abbau des Staates gegeben sind,

einen *automatischen* Abbau, den wir nur darum noch unterstützen wollen, weil er nach unseren Wünschen zu langsam vor sich gehen würde und weil in dieser Langsamkeit eine Gefahr liegt.

Wenn es den Bauern damals gelungen wäre, den *Rittern* das Land zu nehmen, dann wären wohl mit der Zeit die Burgen von selber zerfallen, wenn die Burgen nicht eben auch das *Mittel* gewesen wären, um den Bauern das Land wieder zu entreißen. So war es schon gut, die Burgen niederzubrennen, so wird es auch gut sein, dem Staat, den wir mit Freiland – Freigeld unterminieren, noch einen Tritt zu geben, nach dem Grundsatz: Was schwankt, das stoße man, damit es stürze.

Ja, man stürze ihn und tue es mit Bewußtsein, und Sorge dann dafür, daß durch passende Denkmäler, Mäler, die wirklich zum Denken anregen, das Bewußtsein bei den kommenden Geschlechtern erhalten bleibe, *warum* wir den Staat gestürzt haben. Wie oft ist die Bastille der Kapitalisten schon gestürzt worden, aber nur um sie wieder aufzurichten, weil man in Unkenntnis der Zusammenhänge sich mit dem Sturm auf das Gemäuer begnügte und die unsichtbaren Fundamente *unberührt* ließ. Aus dem unversehrten Wurzelstock schoß das Schlinggewächs immer von neuem auf, wie man das in *Rußland* jetzt wieder erlebt.

Abbau des Staates! Ein *schnurriger* Gedanke noch für viele, für noch mehr Menschen ein *frostiger* Gedanke und für die gewaltige Mehrheit des gebildeten und ungebildeten Pöbels ein völlig *fremder* Gedanke. Nur sehr wenige sind es, die den akratischen Gedanken etwas gepflegt haben, noch weniger, die dabei mehr als ein allgemeines, verschwommenes Bild ihres Ideals wahrgenommen haben.

Was an praktischen Vorschlägen zur Verwirklichung des akratischen Gedankens ans Tageslicht gekommen ist, beschränkt sich zumeist auf die Zerstörung des *heutigen* Staatsapparats, wobei oft noch mit Dynamit nachgeholfen werden soll. Das *Positive*, das neben dieser Negation auftritt, führt in mehr oder weniger gerader Linie zum *Kommunismus* hin (Anarcho-Kommunisten), wobei der Staat zumeist unter anderem Namen, aber mächtig aufgebläht seine *Wiedergeburt* feiert, oder aber zu ganz primitiven Lebensformen, wie man sie heute vielleicht noch im innersten Afrika beobachten kann.

Den fysiokratischen Gedanken, die heutige arbeitsteilige Wirtschaft mit ihrer hochentwickelten Industrie, mit den Banken, Börsen, mit dem Welthandel nicht nur in die akratische Ordnung aufzunehmen, sondern sie auch noch, soweit wie irgend möglich, auszubauen und dann den Austausch der Produkte dieser Wirtschaft dem Spiel von Angebot und Nachfrage, dem fessellosen Wettbewerb mit dem ihm anhaftenden Prinzip des Wuchers und der wechselseitigen Plünderung (sie werden alle *versuchen*, sich gegenseitig auszuwuchern, es werden aber die obwaltenden Verhältnisse solches zumeist *nicht möglich* machen), *diesen vermessenen, amoralischen Gedanken*, den zu fassen und liebevoll zu pflegen, das hatte vor uns noch niemand gewagt.

Zumeist wird nicht nur das Lohnsystem, das grundsätzlich nichts anderes ist als Kauf und Verkauf von Waren, sowie die Preisbestimmung durch Angebot und Nachfrage abgelehnt, sondern auch noch der freie Wettbewerb und das Geldwesen. An die Stelle der Preisregulierung durch Angebot und Nachfrage tritt dann der altbekannte wüste Brei sozialistischer, christlicher, *moralischer* Forderungen, die ewig und ewig an der egoistischen Natur des Menschen zerschellen müssen. Und die Moral, die zu solcher Gesellschaftsordnung gehört, die da nicht von selbst sich einstellen will, die sucht man nun den anderen *zwangsweise*, also durch den *Staat* einzutrichtern. Womit dann wieder aufgebaut wird, was noch eben zerstört wurde. Unentwirrbare Widersprüche lösen dann die akkratischen Ideale in blauen Dunst auf.

Die akkratische Gesellschaftsordnung ist als *individualistische* Ordnung *frei* von öffentlicher Moral. Sie ist entweder amoralisch oder sie ist überhaupt nicht. Die Moral, als Schatz von praktischen Regeln zur Lebensführung gedacht, ist Sache des Individuums. Die Gesellschaft als solche hat keine eigenen Ziele und Bestrebungen. Sie hat keinen Anfang und kein Ende.

Das Individuum ist allein für sich und sein Glück verantwortlich.

Was natürlich nicht ausschließt, daß mancher so veranlagte Mensch sein persönliches Glück darin sucht, *andere* glücklich zu machen. Die Dinge liegen zumeist auch so, daß, wer sein eigenes Glück fest begründen will, dazu den Weg über die Wohlfahrt aller einzuschlagen hat. Das eigene Wohl findet man sorgsam verpackt im Wohle der Menschheit. Nur durch die Tara des allgemeinen Menschheitsglücks hindurch gelangen wir zum gesuchten köstlichen Kern, zum Nettogewicht, zum persönlichen Glück. Die das eingesehen haben oder es empfinden, die verrichten aus purem Egoismus mit Lustgefühl all die komischen Dinge, die der Pöbel als Opfer oder Altruismus zu verherrlichen und anzustauen pflegte. Giordano Bruno ließ sich verbrennen, Christus ließ sich ans Kreuz schlagen, Hölz und Mühsam bereiteten sich den Weg ins Zuchthaus, und viele andere ebenso sonderbare Streiche bezeichnen den Weg, auf dem jeder sein persönliches, egoistisches Glück sucht.

So dürfen wir uns darum nicht wundern, wenn wir im Lande der Egoisten schließlich das Christentum auf Erden verwirklicht sehen werden, das bis dahin im Lande der sogenannten Altruisten ein so kümmerliches, ja lächerliches Dasein fristen mußte. Die lebensbejahenden,

lebensfördernden Bestandteile des Christentums werden, wenn überhaupt, dann allein von der *fysiokratischen* Gesellschaft verwirklicht werden. So wird es also schließlich so kommen, daß diejenigen, die die Menschen noch in Gute und Böse einzuteilen pflegen, sagen werden: Der fysiokratische Egoismus ist wie jene Kraft, die stolz das Böse will und doch das Gute schafft.

Die Sache der Menschheit

Bemerkungen zu den Artikeln, die unter gleichem Titel in den beiden letzten Nummern erschienen.

Wenn ich am Schicksal der Menschheit unbeteiligt wäre, dann allerdings würde es schwer werden, mich davon zu überzeugen, daß ich die „Sache der Menschheit“ zu betreiben habe, ganz einerlei, wie groß oder wie klein diese Menschheit ist. Für Robinson bestand die Menschheit in der Person Freitags. Wie stand es nun mit Robinson? War er nicht außerordentlich an dieser Menschheit in Gestalt Freitags interessiert? Hätte er nicht die Sache Freitags zu der seinigen gemacht, wenn Freitag von irgend welcher Gefahr bedroht gewesen wäre? Und wäre das nicht noch viel mehr der Fall gewesen, wenn die „Menschheit“ sich Robinson in Gestalt eines netten jungen Menschen vorgestellt hätte? Was Freitag für Robinson bedeutet, das bedeutet dem Individuum in erweitertem Sinne die Gesamtheit der Menschen, die Menschheit. Das „Ich“ wird zu einem elenden Häufchen Unglück, wenn man es von der „Menschheit“ trennt. So wichtig aber diese „Menschheit“ mir ist, so wesenlos und unfafßbar wird sie, wenn ich sie von meinen Interessen abtrenne und sie auf ein Postament stelle als „Sache an sich“. Gegen diese Menschheit „an sich“, die man uns überordnen will und der wir opfern sollen, wandte sich Stirner mit den Worten zu Anfang seines Werkes: „Was soll nicht alles meine Sache sein? Die Sache Gottes, die Sache der Menschheit usw.“ Nur dadurch, daß ich mir die Menschheit nutzbar machen kann, ist sie mir überhaupt etwas. Natürlich darf man nun das Wort „nutzbar“ nicht in seinem allumfassenden Sinne einengen, denn dann käme man auf den Standpunkt des Landgrafen von Hessen, der seine Bauern (die Menschheit) als Kanonenfutter verkaufte, d. h. sich nutzbar machte. Der Landgraf war ein Dummkopf, der das in seinen Bauern steckende Kapital nicht anders als auf solch plumpe Weise zu verwerten wußte. Wer etwas Phantasie hat, weiß die Menschheit ganz anders auszubeuten, und wenn es auch nur in Luftschlössern und Zukunftsbildern ist.

Diesem ganz einfachen Gedanken gab ich Ausdruck, als ich zu R. B. Randbemerkung „Die Menschheit interessiert mich ebenso wenig wie die „Pferdeheit“ sagte, daß Bätz den Egoismus hier zu

kurz fasse, denn hier, als Randbemerkung zu Eberts Artikel, mußte jeder unter „Menschheit“ verstehen, was Ebert darunter in seinen Ausführungen deutlich verstanden haben wollte, die Gesamtheit der Menschen mit Einschluß seiner selbst. Ebert sagt, er wolle die Menschheit zu lichten Höhen führen, doch gewiß darum, weil er nur mit Hilfe der anderen selber diese lichtereren Höhen glaubt erklettern zu können. Im Anschluß an solchen Satz mußte die Randbemerkung mißverstanden werden, und darum schrieb ich, was ich schrieb. Ebert spricht von einer Realität, Batz dagegen von einem Hirngespinnst. Beide aber sprechen von der „Menschheit“.

Mit der Richtigstellung erübrigt sich, auf alles das einzugehen, was Batz im Anschluß an sein Mißverständnis gesagt hat, womit nicht gesagt ist, daß ich mit allen Einzelheiten dieser Ausführungen übereinstimme. Über manches könnten wir uns gewiß viel leichter verständigen, wenn unsere Sprache nicht so schwammig wäre. Da ist z. B. das von uns groß geschriebene Wort Ich. Bei dem einen besteht das Ich aus der Masse, deren Gewicht er eben auf der Wage mit 75 Kilo festgestellt hat und das nach dem Mittagssmahl bereits auf 76 gestiegen ist. Beim anderen ist es ein gedachter Punkt zwischen den zwei Augen hinter der Stirn, beim Dritten ist es das Zentrum des Weltalls, beim Vierten ist es das Weltall selbst mit allen Menschen und Göttern. Auf alle Fälle scheint das Ich nichts Absolutes, sondern eine Relation zu sein, eine Relation zu allem, was der Mensch braucht, also eine Relation zum Kosmos, in erster Linie aber eine Relation zu den übrigen Menschen. Ohne die Umwelt gedacht, sackt das stolze Ich in nichts zusammen, und Stirners „Ich mit seinem Eigentum“ wird zu einem neuen Gespenst. Sobald man aber den Menschen als Relation betrachtet, weiß man schon nicht recht, was man mit den Worten Ich, Egoismus, Altruismus, Individualismus und Kollektivismus, die in unseren Gesprächen eine so große Rolle spielen, anfangen soll. Man ist dann an dem Punkt angekommen, wo die Welt für uns mit Brettern vernagelt ist, hinter denen, wenn man ein Astloch entdeckt, man Literatur, nichts weiter als Literatur erblicken kann. Und alles, was wir dazu sagen werden, wird nichts anderes sein können als ein neuer Beitrag zu dieser Makulatur, bis daß neue Entdeckungen die Bretterwand vorwärts schieben. So eindeutig das Ich unter der Zange des Zahnarztes ist, so vieldeutig ist es im Liegestuhl auf dem Deck eines Ozeandampfers, wenn das Licht von Miriaden von Sternen aus dem Weltraum das Auge trifft. Im Marterraum des Zahnarztes mag das Ich 75 Kilo wiegen (resp. 74 Kilo, wenn die Angst sehr groß gewesen ist). Hier aber im Liegestuhl löst sich das Ich gänzlich vom Gewicht und wird eins mit dem All. Und nun sollen wir uns unter dem Sprachzeichen Ich verständigen? Der eine spricht vom Operationsstuhl, der andere vom Liegestuhl, beide sprechen von ganz verschiedenen Dingen und eifern sich, wenn sie sich nicht verständigen können.

Einem viel beschäftigten Chefredakteur einer Zeitung, die nicht mit der Schere gefüllt wird, sondern wirklich redigiert sein will,

wird niemand es übelnehmen, wenn er im Eifer die Dinge mißversteht, die er gelesen hat oder gelesen zu haben glaubt und nun gleich seinen Kommentar zur Füllung der Zeitung schreibt. Und so nehme ich es Batz auch nicht übel, wenn er mit konstanter Bosheit meinen Ausdrücken einen anderen Sinn gibt als sie, im Zusammenhang gelesen, haben können. So das Wort „Empfindungen“. Ich bezeichnete damit die Kräfte, die unser tierisches Leben führen und seit Jahr-millionen geführt haben. Angeborene Kräfte, über die wir uns keine Rechenschaft geben können und auch nicht zu geben brauchen, die Lieder ohne Worte, die 99 Prozent unseres Lebens ausmachen, über die wir meistens lachen, wenn wir die ratio in ihnen suchen. Wie komisch, ja lächerlich muß z. B. dem geborenen Eunuchen das Treiben eines Liebespaares sein, wie spaßhaft dem Taubstummen die Gebärden des Konzertdirigenten. Das Wort Empfindungen mußte also in meinen Ausführungen durchaus biologisch, tierisch verstanden werden. Batz aber versteht das Wort nur kulturell. Was er so nennt, sind keine angeborenen, sondern anerzogene Empfindungen, Literatur, Makulatur, Modeprodukte, Dinge, die der Wüstenwind hin und her weht. Man lese die Reihe von Beispielen nach, die Batz für seinen Begriff des Wortes Empfindungen gibt, und man wird sich überzeugen, daß er hier Dinge kritisiert, die gar nicht in meinen Ausführungen stehen. Wahrscheinlich wurde Batz beim Diktieren seines Artikels wiederholt von der Druckerei an den Schluß der Redaktionszeit gemahnt.

Wichtiger sind die Dinge, die Batz in bezug auf die Frage der Geburtenregelung sagt. Batz verläßt hier, wie es scheint bedenkenlos, den physiokratischen Standpunkt, um den logokratischen zu betreten. Da diese Fragen nicht auf dem Programm stehen, so steht es jedem frei, den geraden physiokratischen Weg in dieser wichtigsten aller Fragen zu verlassen, um auf Seitengassen zu spazieren. Es ist aber wahrscheinlich, daß jeder, der nicht den phsiokratischen Gedanken zuende denkt, sich schnell in Widerspruch verwickeln muß und daß solche Widersprüche bald genug Batz bestimmen dürften, durch einen neuen Seitensprung die allein seligmachende physiokratische Linie zu suchen. Die Ausführungen von Batz in bezug auf die Geburtenregelung stellen uns vor die Entscheidung: Physis oder Logos. Entweder nennen wir uns Physiokraten und sind es auch, oder wir sind ganz gewöhnliche Logokraten, Pöbel, der der Vernunft gehorcht und sich von der Vernunft hin und her werfen läßt. Menschen, wie sie zu Millionen herumlaufen und eine Torheit nach der anderen auf Grund ihrer Vernunft begehen. Mag der Streit um Physis oder Logos entbrennen, mag auch sein, daß Logos hier siegt. Aber solange wir uns Physiokraten nennen, müssen wir durch Dick und Dünn Anwälte der Physis bleiben. Und solange ich mich als Physiokrat nicht vom Logokrat geschlagen fühle, werde ich mich Physiokrat nennen und meine Handlungen biologischer Art von den Liedern ohne Worte leiten lassen. Den

Einwand, der hier von allen Seiten erhoben wird, daß Logos als Funktion der Physis zu dieser zu rechnen sei und darum keinen Gegensatz zu ihr bilden kann, müßte man natürlich in erster Linie der Debatte aus dem Weg räumen. Wir müssen irgend einen Punkt suchen und finden, wo sich beide Dinge voneinander unterscheiden lassen. Das physische Organ des Logos dürfte ein sehr einfaches Instrument sein, ähnlich dem statistischen Organ im Gehörgang. Ein Kieselsteinchen, das uns angibt, wo wir von der senkrechten Linie der Wahrheit oder des Richtigen abweichen, wo wir anfangen zu phantasieren, zu irren, zu lügen, zu schwindeln. Was zu diesem Kieselsteinchen zur Vervollständigung des Logosorganes gehört, sind die Erfahrungen, die wir machen und die wir mit Hilfe des gedachten Kieselsteinchens in senkrechter, kristallischer Ordnung zueinander zu bringen haben, wenn es uns gelingen soll, „logische“ Arbeit zu leisten. Je besser der Mensch die täglichen Erfahrungen verarbeitet, je besser es ihm gelingt, sie aus der amorphen Form, in der er sie empfängt, in die kristallische überzuführen und sie als Kristalle seinem Wissensschatz einfügt, je weniger Mörtel er hier braucht, um so besser funktioniert dann der Apparat, um so logischer wird die Arbeit sein, die er leistet, um so größer wird aber dann auch der Schmerz sein, den er empfindet, wenn er schwindeln und lügen muß. Denn solche Lügen werden dem kristallischen Gebäude Risse zufügen, die auf das Kieselsteinchen etwa so wirken müssen, wie ein Riß im Diamant auf das Auge. Der Apparat wird nicht mehr fehlerlos arbeiten.

Alles, was dieser Logosapparat sagt (selbstverständlich wird sich ihn jeder anders vorstellen), läßt sich in Worten ausdrücken, während die Sprache der Physis sich in Empfindungen erschöpft. (Man versuche z. B., dem Blindgeborenen den Unterschied zwischen Kirschrot und Ziegelrot mit Worten zu erklären.) Wenn man will, kann man also sagen: Dort, wo die Physis in das Gebiet der Sprache einbricht, beginnt das Reich Logos. Hier wäre dann die Grenzscheide beider Gebiete. Hier wäre dann auch der Boden gefunden, um die Geburtenregelung durch Logos als Usurpation zu bezeichnen, als Pfsucherei, denn bisher hat noch kein Volk eine Sprache und Worte erfunden für das, was Liebespaare empfinden, und kein Liebesleid ist bis heute gedichtet worden, das mehr wäre als Literatur, wovon man für eine Mark zwei Pfund überall erwerben kann. Dann würden sich alle Zweifel zerstreuen, ob wir Logos in Ruhe die Erhaltung des Menschengeschlechtes anvertrauen können, dann wüßten wir, daß allein die sprachlosen Triebe, die Lieder ohne Worte diese Aufgabe wie bisher weiter erfüllen sollen.

In dem von Richard Batz als Schluß bezeichneten Artikel in Nr. 22 geht das Mißverstehen meiner Ausführungen weiter, so daß ich fast an ein grundsätzliches Mißverstehenwollen glauben möchte, wenn ich dazu den nötigen guten Willen aufbringen könnte. Nachdem Maria Wagemut in ihrem Artikel sich selbst als amoralisch bezeichnet hatte, die Moral als ein vom Staat für Staats-

zwecke erfundenes Volksbändigsmittel bezeichnet hatte und ich dieser Auffassung durch meine reichlich klare Stellungnahme gegen den Staat zugestimmt hatte und ich außerdem wiederholt betonte, daß meine Ausführungen vom biologischen Standpunkt aus betrachtet werden müßten, durfte Batz wirklich nicht in meinen Worten Dinge suchen, die nicht drin stehen konnten. Auch war es völlig überflüssig, die Leser seiner Zeitung in Schutz zu nehmen, gegen die von mir mit Bedacht gewählten Ausdrücke (Unzucht, Ekel usw.) und darin beleidigende Worte suchen. Denn für den Amoralisten können diese Worte nur einen biologischen Sinn haben. (Die Frage, ob der Begriff „Beleidigung“ nicht auch noch zur Staatsmoral gehört, will ich hier nicht erörtern.) Der demoralisierte Ausdruck „Unzucht“ kann nur den Sinn haben, daß die Unzucht ins Tote Meer mündet, im Gegensatz zur Zucht, die das Gesetz des Lebens erfüllt. Das Maß der Unzucht gibt uns nicht das Sündenregister der Kirche, des Strafgesetzbuches an, sondern die Zahl der Chirurgen, der Zahnärzte, der Kliniken, der Kurorte, der Krankenhäuser, der Tollhäuser, der Zuchthäuser, der Strafrichter. Wo man nichts als Ächzen und Stöhnen hört, wo das Gespräch sich um Krankengeschichten dreht, wo nur unglückliche Menschen diese wundervolle Erde bewohnen, da, da herrscht Unzucht, da sind „Eingriffe in die Natur“ erfolgt, da haben Pfuscher, kurzsichtige Menschen, mit größtmitteln sich befähigt geglaubt, die Natur verbessern und korrigieren zu können, noch ehe es gelungen ist, den Schleier des Geheimnisses, der das Leben verhüllt, auch nur ein klein wenig zu lüften. Da sitzen sie nun in kummervollen Nächten weinend am Krankenbett ihres Kindes und verfluchen sich und ihre Vorfahren bis hinauf ins siebente Geschlecht und suchen das Gefühl der Verantwortung, das sie peinigt, dadurch zu beruhigen, daß sie die Rechnungen der Ärzte und Apotheker zusammenrechnen und sich sagen, daß die Krankheit des Kindes ihr Vermögen zur Gänze verschlungen hat. Ech seen bedde jangen, wu noemme get os. Ech han meng janz Vermögen an hot verplackt on verschmirrt, et hat nuet genotzt. (Zu allen Heiligen habe ich gebetet, wo nur einer verehrt wird, dahin bin ich gepilgert, nutzlos. Mein ganzes Vermögen habe ich in Quacksalbern ausgegeben.)

Was hat solcher Begriff des Wortes Unzucht mit Moral zu tun, mit den erregten Worten, die Batz gebraucht? Wer Unzucht betreibt, ist falsch orientiert, ist dumm, wenn er auch listig glaubt, sehr klug gehandelt zu haben. Unzucht betreibt, wer durch alles, was er tut und läßt, seine Gesundheit untergräbt und die so erworbene Schwäche auf die Nachkommenschaft überträgt. Unzucht betreibt der Proletarier, der seine Brut lieber hungern läßt als daß er in die Vorräte der Reichen einbricht. Unzucht treibt auch der Bergmann, der seine Kinder in den grünen und gelben Dämpfen des Fabrikschlotes aufzieht. Unzucht der im Coelibat lebende Mensch, Unzucht, was nicht Zuchtwahl ist. Unzucht schließlich ist alles, was nicht physiokratisch ist.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Eine gefährliche Bande

„Wer einen Vorschlag unterstützt, der zur *Stärkung eines Monopols* von Privaten dient, kann sicher sein, nicht nur den Ruf eines Wirtschaftssachverständigen, sondern auch große Popularität und Einfluß bei Personen zu erlangen, deren Zahl und Reichtum ihnen große Bedeutung gibt. Umgekehrt geht es dem, der ihre Pläne bekämpft und noch mehr, wenn er ausreichendes Ansehen genießt, diesen gefährlich zu werden. Ihn werden weder allgemein anerkannte Rechtschaffenheit, noch selbst der höchste Rang, noch die größten geleisteten Dienste gegen die niederträchtigsten Schmähungen und Verleumdungen, gegen persönliche Beleidigungen, ja mitunter gegen wirkliche Gefährdungen durch unverschämte Attentate seitens der wütigen, in ihren Interessen bedrohten Monopolisten schützen.“

Diesen Satz aus „*Adam Smith, Reichtum der Nationen*, 4. Buch, 2. Kapitel“, brauchte *Luio Brentano* als Leitmotiv für eine seiner Schriften. [L. Brentano: Ist das System Brentano zusammengebrochen? München 1918.] Beide Männer mußten wohl persönlich üble Erfahrungen gemacht haben, obschon beide doch als relativ sehr harmlose Menschen zu betrachten sind. Wenn es nun wahr wäre, was da oben gesagt wird, was müßte derjenige für sich erwarten, der neben die *Kritik* der Monopole gleich das *Positive* hinsetzt, womit die Monopole zur Strecke gebracht werden können? Rad oder Kreuz oder auch beides. *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht* wurden erschlagen, weil sie von sich *behaupteten*, daß sie den Monopolisten gefährlich seien. Die klugen Kapitalisten wußten, daß es sich um Fanfaronnaden handelte und hätten die beiden ruhig gewähren lassen, wie die klugen Kapitalisten auch mit vieler stiller Freude den Bolschewisten die Zeit lassen, sich selbst ad absurdum zu führen. Aber die Kapitalisten sind eben nicht *alle* klug, und die, die es nicht sind, sind brutal, denn geistige Beschränktheit und rohe Gesinnung findet man meistens gepaart. Mit dieser Brutalität haben wir Fysiokraten zu rechnen. Was aber geschieht, wenn wir zu „rechnen“ anfangen? Vom Gastgeber, der anfängt, sein Geld zu zählen und zu rechnen, weiß man, daß er auch bald Wasser in den Wein mischen wird. Müssen wir da nicht auch annehmen, daß der Revolutionär, der seinem Trieb eine Rechnung vorlegt, bald sehr zahm wird? Nicht immer, aber wie oft? Was aber fängt man mit zahmen Revolutionären an, die um so zahmer sein werden, je wütiger die angegriffenen Monopolgenießer sich gebärden werden? Ich will hier diesem trüben Gedanken nicht weiter nachgeben, aber gegenwärtig muß uns dieser Gedanke immer sein, uns, die wir uns Kampfbund nennen.

Wie richtig der oben zitierte Satz namentlich auch in seinem ersten Teil ist, erkennt man leicht, wenn man die Geschichte der

Männer betrachtet, die das „Volk“ in richtigen Wirtschaftsfragen als „Sachverständige“ ernennt. „Wer der Stärkung eines Monopols von Privaten dient, kann sicher sein, nicht nur den Ruf eines Wirtschaftssachverständigen zu erlangen...“, so sagte Adam Smith *vor 150 Jahren*. Diesen Satz mußte sich wohl *Helfferich* genau gemerkt haben, als er Smith studierte. Er stellte sich entschlossen auf die Seite der Goldwährung, als die bimetallistische Literatur sich zur Papiergeldliteratur zu erweitern begann und so zu einer wirklichen Gefahr für die Goldwährung wurde. Seine Karriere begann er im Bund zum Schutz der deutschen Goldwährung. Und ebnete sich damit den Weg zu den höchsten und verantwortungsvollsten Ämtern. Je dreister, toller, leichtsinniger er die Sache der Goldwährung betrieb (man lese das letzte Kapitel seines Buches „*Das Geld*“ nach), um so dankbarer waren die, denen er damit diente, um so höher hoben sie ihn.

Bei *Schacht* wiederholt sich dieselbe Geschichte. Niemand kannte Schacht. In die öffentliche Debatte um die Währungsfragen hatte er mit keinem Wörtchen eingegriffen. Aber er hatte sicher den Maßgebenden zu erkennen gegeben, daß er die Goldwährung durch Dick und Dünn verteidigen würde, und so präsentierte er sich eines Tages als Reichsbankpräsident.

Und wer war *Gustav Cassel*, der andere Sachverständige der deutschen Republik in der Frage der Goldwährung? Er war bekannt als der Verfasser eines Buches übelster Sorte: *Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag* (Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1900), Worin er den von den Kapitalisten bis dahin umsonst gesuchten „wissenschaftlichen Nachweis“ zu liefern sucht, daß das Recht auf den vollen Arbeitsertrag ökonomisch nicht zu verwirklichen ist, einerlei, wie man auch die Wirtschaft reformiere. Dieser Nachweis muß sehr glänzend geführt worden sein (nicht jeder gibt sich zu solcher Henkersarbeit her) denn Cassel wurde in die Liste der „Sachverständigen“ in Wirtschaftsfragen aufgenommen.

Lieber Leser: Wenn Du Reichsbankpräsident, Reichskanzler, Reichsfinanzminister werden willst, wenn Du auch in den Kreis der Leute einbezogen werden willst, die wissen, wann es an der Börse krachen wird und Dir damit eine ewig sprudelnde Quelle von Reichtümern erschließen willst, so beherzige die Worte von Adam Smith. Es ist die reine und wie es scheint, die ewige Wahrheit. Mache Dir die Sophismen zu eigen, die bereits gegen die Freigeldtheorie erfunden wurden und erfinde neue dazu. Je feiner Du sie drehst, je schwieriger der einfache Mensch ihre Natur zu erkennen vermag, um so dankbarer werden sich die zeigen, auf deren Dank Du spekulierst.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell]

Bemerkungen zu Ackermanns Schrift: Der Zahlungsmittelumlauf der Schweiz.

[Mitteilungen des statistischen Bureaus der Schweizerischen Nationalbank, 8. Heft. Der Zahlungsmittelumlauf der Schweiz im Jahre 1926 im Vergleich zur Vorkriegszeit. Verfaßt vom wissenschaftlichen Assistenten des stat. Bureau, Dr. Ernst Ackermann. Vergleiche „Freiw. Zeitung“ Nr. 36 und 37 „Von höchster Stelle“.]

Ein Mittel ist ein Ding, das an sich nicht das ist, worauf es ankommt. Gifte z. B. sind Heilmittel, doch gewiß nicht das Heil. Was ist nun bei einer Zahlung das Geld, das der Schuldner dem Gläubiger auf den Tisch vorzählt? Ist es nur ein Mittel, ein Zahlungsmittel, oder aber ist es unmittelbar das, was nach dem Zahlungsvertrag zu leisten ist? Zahlungsverträge sind nichts anderes als Lieferungsverträge. Der eine ist laut Vertrag verpflichtet Öl, Baumwolle, Getreide zu liefern, der andere Geld von bestimmter Beschaffenheit. Und wie es unsinnig wäre, von Ölmitteln, Getreidemitteln, Baumwollmitteln zu reden, so unsinnig ist auch, auf Geld angewandt, der Ausdruck „Zahlungsmittel“, der nur dann sinnig wird, wenn im Zahlungsvertrag der Gläubiger sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß die Leistung auch in Gestalt von Waren von bestimmter Qualität, von bestimmtem Preis erfolgen kann. Die Rolle solchen Zahlungsmittels können alle Waren spielen, nur das Geld kann diese Rolle nicht spielen, weil das Geld ja schon an sich Objekt des Lieferungsvertrages ist. Im bimetalistischen System konnte man mit Gold oder mit Silber seine Schulden begleichen. Das war im Gesetz oder Vertrag vorgesehen. Darum war das Gold kein Zahlungsmittel für Silber und das Silber kein solches für Gold. Und wenn Gold und Silber reziprok keine Zahlungsmittel waren, dann waren sie überhaupt keine solchen. Die Banknote dagegen ist Zahlungsmittel, solange sie *nicht* gesetzliches Zahlungsmittel ist. Wird sie dagegen zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht, dann ist sie paradoxerweise kein Zahlungsmittel mehr, sondern Geld, also unmittelbar Gegenstand des Zahlungsvertrages. Letzten Endes liegt dem Ausdruck „Zahlungsmittel“ der alte Gedanke zugrunde, daß nur die nach Feingewicht geltenden Münzen einen Zahlungsvertrag letztgültig tilgen können, wie der Wortlaut der Banknoten (auch wenn sie gesetzliche Zahlungsmittel sind) deutlich erkennen läßt. So sagte die Inschrift der früheren deutschen Reichsbanknote: „Die Reichsbank zahlt dem Inhaber 100 Mark d. R. W.“ Ganz klar wird hier mit diesem *Zahlungs-*

versprechen der Banknote (die gesetzliches „Zahlungsmittel“ war) der Charakter eines letztgültigen Schuldentilgungsobjektes abgestritten, denn die in Zahlung versprochenen 100 Mark sollten ein genau abgewogenes Quantum Feingold sein. Den Widerspruch, der in dieser Inschrift mit dem Charakter der Reichsbanknote als gesetzliches Zahlungsmittel liegt, brachte dann bald die Einstellung der Goldzahlungen ans Licht der Sonne. Im Wortlaut der heutigen Noten der Reichsbank ist dann auch der Ausdruck „zahlen“ vermieden worden.

Der Vorsteher des Statistischen Bureaus der Nationalbank macht sich über derlei Haarspaltereien offenbar keine Kopfschmerzen, denn im Vorwort, das er Ackermanns fleißiger Arbeit (die Betonung liegt auf dem Worte fleißig) voranschickt, hat er schon den Wortlaut des Titels der Schrift vergessen. Schon gleich auf der ersten Zeile spricht Schneeбели nicht mehr von Zahlungsmittelumlauf, sondern von *Geldumlauf*. Offenbar macht Schneeбели keinen Unterschied zwischen Geldumlauf und Zahlungsmittelumlauf! Bei einer Schrift, die die Hüterin der schweizerischen Währung herausgibt, muß solche Gedankenlosigkeit sehr bedenklich stimmen. War die Inflations- und Deflationspolitik der Schweizerischen Nationalbank letzten Endes nicht auch auf vollkommene Gedankenlosigkeit zurückzuführen? Welche Sicherheit bietet dann die schweizerische Währung, wenn sie kein Gedanke deckt? Wer so viel vom Gold redet, der sollte wahrhaftig auch manchmal seine Worte auf die Goldwaage legen. Dann würde Schneeбели auch nicht mehr schwatzhaft schreiben: Alle Münzen der lateinischen Münzunion haben nach und nach ihre Umlaufsfähigkeit in der Schweiz *verloren*, denn das ist nicht wahr. Die Umlaufsfähigkeit ist den Unionsmünzen *genommen* worden. Die Wahl dieses Ausdrucks „verloren“ ist von der Tendenz der Schrift bestimmt worden, die Professor Bernoulli in den letzten Nummern dieser Zeitung schon aufgedeckt hat. Die Inflation und die Deflation sollen dem Volk nicht als Tat der Nationalbank, sondern als ein natürliches Geschehen, als automatischer Ablauf eines unabwendbaren Geschickes erscheinen, für den niemand verantwortlich gemacht werden kann. Dasselbe ist zu sagen von dem Satz: Nur noch die schweizerischen Münzen „besitzen“ gesetzlichen Kurs in der Schweiz. Nein, sie *besitzen* diesen Kurs nicht, sondern das Gesetz *gibt* ihnen diesen Kurs. Dieser gesetzliche Kurs ist eine Tat, keine Eigenschaft, eine Tat, die so lange täglich wiederholt wird, wie das Gesetz in Kraft erhalten wird. Auch diese Unter-

scheidung ist wichtig für die Beantwortung der Frage: Wer ist verantwortlich für die Währungspfuschereien, die in der Schweiz so großes Unheil angerichtet haben?

Die von Bernoulli abgedeckte Tendenz zieht durch alle Sätze des Vorwortes und zwar so systematisch, daß man dem Verfasser vor einem Tribunal kaum noch die Gedankenlosigkeit als mildernde Umstände zubilligen könnte. Als Beweis hierfür möge der folgende Satz gelten: „Wohl ist seit 1920 eine Rückbildung des Notenumlaufes zu konstatieren.“ – Eine Rückbildung? Also ein natürlicher Vorgang! Nein, es ist nicht wahr. *Eine Tat* liegt der Verminderung des Goldbestandes zugrunde. Vielleicht eine gedankenlose Tat, aber immerhin eine Tat, eine Handlung. Ach, und wie leicht mußte es den Tätern gewesen sein, die Ausführung ihrer Tat zu „konstatieren“! Die Direktoren der Nationalbank geben den Auftrag, 100 Millionen Franken zu drucken. Sie zahlen das Geld, das ihre Unterschriften trägt. Und dann übergeben sie das Geld dem Verkehr. Und wenn dann das Geld im Verkehr um diese 100 Millionen zugenommen hat, dann „konstatieren“ sie, daß der Zahlungsmittelumlauf genau um 100 Millionen zugenommen hat! Eine fabelhafte Leistung der Münzenquete, die gewiß einige 100 000 Fr. gekostet hat.

Ein Zahlensammler, der nichts von Währungsfragen versteht, sollte sich hüten, durch Vorworte in die Währungsdebatten einzugreifen. Er kann nur sich und seine Auftraggeber blamieren. So schreibt Schneebeli: Der andauernd hohe Stand des Notenumlaufes gab im letzten Jahr der Nationalbank Veranlassung, zu untersuchen, „ob die Höhe und die Grenzen des Notenumlaufes der Lage der schweizerischen Volkswirtschaft entsprechen“. Nehmen wir an, daß die Höhe des Montblanc mit 4810 m auch zugleich die Grenze des Montblanc nach dem Himmel hin sei, so müßten wir auch sagen, daß die Höhe des schweizerischen Notenumlaufes auch zugleich die Grenze dieses Umlaufes sei. Da wir aber in einer wissenschaftlichen Schrift keine überflüssigen Worte vermuten dürfen, so müssen wir annehmen, daß Schneebeli zwischen der Höhe des Geldumlaufes und seinen Grenzen unterscheidet. Worin dieser Unterschied aber bestehen soll, das unterläßt er merkwürdigerweise zu sagen. So bleibt der Sinn des Satzes vollkommen dunkel, namentlich auch weil der Sinn des Ausdruckes „Notenumlauf“ nicht im Sinne der *Impulstheorie* (Sickinger) gemeint sein kann, wie das aus dem weitern Inhalt

der Schrift hervorgeht. Geldumlauf bedeutet in der von der Nationalbank herausgegebenen „wissenschaftlichen“ Schrift nicht etwa $G \cdot U$, also den Geldimpuls, sondern ganz naiv die Menge des im Lande befindlichen Geldes. Und an dieser Masse, ohne irgend welche Rücksicht zu nehmen auf U , glaubt die Nationalbank ermessen zu können, ob „*der Geldumlauf der Lage der schweizerischen Volkswirtschaft entspricht.*“ [Auf Seite 71 wird zwar die Umlaufgeschwindigkeit erwähnt, aber so nebenbei. Wenn Ackermann die Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit erkannt hätte, dann hätte er seine fleißige Arbeit, die sicher einen ganzen Batzen Geld gekostet hat, als vollkommen wertlos für die Währungspolitik in den Papierkorb geworfen. All die Zahlen, die auf den 82 Seiten zusammengetragen sind, finden sich für die Politik der Nationalbank zu einer Einheit verarbeitet im Index der Warenpreise, genau wie im Kurs eines Schiffes, in der die Stellung der Kompaßnadel alle auf das Schiff wirkenden Störungen durch den Wind, die Wellen, die Strömungen, die Mängel des Schiffsbaues usw. summiert sind und darum einzeln für den Steuermann keinerlei Interesse haben können. Die Rolle, die Ackermann spielt, ist aufs Haar derjenigen eines Statistikers gleich, der den Steuermann dadurch unterstützen will, daß er die genannten nautischen Faktoren statistisch zu ermitteln sucht.] Darum beauftragt sie auch ausgerechnet einen Statistiker mit der Münzenquete und ihrer Auswertung! Ist das der ganze Erfolg der zehnjährigen Arbeit des SFB.? Entweder versagte der Bund als Pädagog, oder der Schüler kapierte nichts von allem, was ihm vorgetragen wurde. Was würden Ackermann und Schneebeil sagen, wenn Fritz Schwarz mit einer Lokomotivenquete beauftragt worden wäre und er nur die Zahl der Lokomotiven, nicht den Impuls ermittelt hätte? Wie würden sie da so herzlich über den Schulmeister lachen, wie würden sie ihm da zurufen: Schuster bleib bei deinem Leisten! Für solche Enqueten sind Statistiker da! Spurlos ist die gesamte neuzeitliche Währungsliteratur an der Nationalbank vorübergezogen. Und wie sie dabei mit ihrem statistischen Bureau und ihrem wissenschaftlichen Assistenten prahlt! Man denke: Ein wissenschaftlicher Assistent! *Unser* wissenschaftlicher Assistent! Als ob sie sich diesen mit schweren Kosten hintenherum aus einem Kloster in Tibet beschafft hätte. Als ob solch kostbares Wesen nur in einem Exemplar aufzutreiben sei. *Unser wissenschaftlicher Assistent!* Noblesse oblige. Die Nationalbank läßt sich ihre hohe Aufgabe etwas kosten. Sie hat und bezahlt sogar einen wissenschaftlichen Assistenten, einen einzigen! Und wie sie ihn bezahlt! Das mag jeder an den Leistungen dieses wissenschaftlichen Assistenten ermessen, der gewiß nach dem Grundsatz arbeitet:

Wie die Zahlung, so die Leistung. Für solches Gehalt behalte ich das Beste meiner Wissenschaft für mich. Ja, ja. Für Dividenden, da fehlt es der Nationalbank nie. Aber für ihr wissenschaftliches Bureau, da reicht es nur für einen Assistenten, der, da er allein in seinem Bureau sitzt, jeder geistigen Anregung entbehren muß und darum geistig vorzeitig verdorrt. *Das statistische Bureau der Nationalbank hat es noch nicht einmal zu einem eigenen Index der Warenpreise gebracht!* Der Warenpreisindex ist aber der einzige Maßstab, der für die Bemessung des Geldbedarfes eines Landes in Betracht kommen kann, und diesen Maßstab lieferte der Schweiz und ihrer Nationalbank ein Privatmann, Dr. Lorenz. Sacré nom d'une pipe! Den Inhalt aller privaten und öffentlichen Zahlungsverbindlichkeiten der Schweiz (etwa 20 Milliarden Franken mögen es sein), den bestimmt Dr. Lorenz! Oder richtet sich die Nationalbank etwa nicht nach dem Index und wenn nicht, warum erwähnt sie dann den Index des Dr. Lorenz und der Stadt Basel? Ist der Index eine Sache, die für die Notenausgabe unmaßgeblich ist, dann könnte uns Herr Ackermann neben solch interessanten Tatsachen wie dem Index ja noch sagen, wieviel Staubfäden etwa die Distel hat oder wieviel Kälber in Bern geboren wurden. Es gibt dann ja noch neben dem Index viele andere Zahlen, die man in einem wissenschaftlichen Sammelwerk anführen könnte.

Es entspricht ganz der Behandlung, die Ackermann der Währungsfrage angeeignet läßt, wenn Schneebeili sagt: „Die Enquete gibt verschiedene Stimmungsbilder (!) in bezug auf die Wünsche und Gestaltung des schweizerischen Geldumlaufes.“ So nimmt also Ackermann keine Rücksicht auf die Ergebnisse ernsthafter Forschung, wohl aber nimmt er sie auf die Stimmungen im Volk, desselben Volkes, das revoltiert, wenn ihm durch Steuern für seine eigenen Zwecke einige Fränkli mehr abgenommen werden, das aber blöde zuschaut, wenn ihm durch Inflation und Deflation der Löwenanteil des in mündiger Arbeit erworbenen Vermögens entrissen wird. Stimmungen also, Stimmungen einer wetterwendischen Volksmasse nur haben auf die Politik der schweizerischen Notenbank bestimmenden Einfluß.

Aus dem Schlußsatz des Vorwortes erfahren wir etwas sehr überraschendes, nämlich, daß es in der schweizerischen Notenpolitik ein „système monétaire de la Suisse“ gegeben hat, daß also die schweizerische Währungspolitik den Anspruch erhebt, als eine geordnete Verknüpfung zusammengehöriger Erkenntnisse zu einem in sich abgeschlossenen

Ganzen betrachtet zu werden. Wer lacht da nicht? Es gibt nichts systemloseres als die schweizerische Währungspolitik. Gewiß, der lateinischen Münzunion lag ein von einem großen, schönen, befreienden Gedanken getragenes System zugrunde. Aber dieser Gedanke hat augenscheinlich niemals festen Fuß in der Nationalbank gefaßt, sonst wäre sie ihm treu geblieben, trotz den Schwierigkeiten, die der Krieg brachte. Man hätte die Union aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Hier in der Lateinischen Münzunion und ihrem Ausbau nach den Erkenntnissen der Papiergeldlehre, nicht aber in der manipulierten Dollarwährung lag die Keimzelle für den großen Weltwährungsbund, der heute allein noch die Valutafrage lösen kann, nachdem die Goldwährung sich sogar in Amerika als unhaltbar erweist. Die systematische Ablehnung des Systems in der Währungspolitik, das scheint das einzige zu sein, was in der schweizerischen Währungspolitik an ein System erinnert.

Die Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet unseres Münzwesens.

Siehe „Neue Zürcher Zeitung“ vom 29. Sept., Blatt 6.

Geschäftsbericht des Bundesrates.

Meyer (fr., Zürich) weist auf die Bedeutung einer *Reform unserer Münzgesetzgebung* hin, wie sie vom Bundesrat in Aussicht genommen ist. Nachdem die Lateinische Münzunion nicht mehr besteht, muß in der Schweiz wieder Rechtsunsicherheit auf dem Gebiete des Münzwesens geschaffen werden. Die Münzen, die bei uns nach dem Beitritt zur Lateinischen Union geprägt wurden, haben einen andern Silbergehalt, als unser 1850 erlassenes und 1860 revidiertes Münzgesetz vorschreibt. Sollen und können wir überhaupt auf die Vorschriften unseres alten Münzgesetzes zurückgehen? Eine weitere Frage besteht darin, ob wir bloß das Geld an die neuen Verhältnisse anpassen oder ob wir neue Grundsätze einführen sollen. Die Schweiz ist in der Lateinischen Münzunion stets für die reine Goldwährung eingetreten. Die Misere der Union ist auf die Doppelwährung zurückzuführen. Sollen wir nun dieses Hindernis beibehalten oder aber das Gold als alleiniges Münzmetall anerkennen und das Fünffrankstück zur Scheidemünze degradieren? Gründe der Volkpsychologie spielen in diese Fragen hinein. Wenn wir ge-

ordnete Verhältnisse schaffen wollen, so muß nicht nur die Münzgesetzgebung, sondern auch die Notengesetzgebung im Zusammenhang damit reformiert werden.

Aus diesen Worten müssen wir annehmen, daß die Rechtssicherheit auf dem Gebiete des „Münzwesens“ einmal bestanden hat, daß sie aber verloren gegangen ist und daß seitdem alle Geschäfte, die das Münzwesen zur Grundlage haben, rechtlich in der Luft schweben. Gehören z. B. die Finanzgeschäfte, die Hypothekenforderungen, die Wechsel in das Gebiet des Münzwesens, so wären dann solche Forderungen mangels eines sicher funktionierenden Rechtes nicht klagbar.

Aber wir nehmen an, daß die genannten Finanzgeschäfte nicht zum Münzwesen, noch zum Gebiet des Münzwesens gehören, von dem *Meyer* spricht, und daß jeder genau weiß, was er zu zahlen hat, wenn ihm ein fällig gewordener Wechsel vorgelegt wird.

Die Unsicherheit, von der Nationalrat *Meyer* spricht, betrifft augenscheinlich nicht den Schweizerfranken, sondern nur die Münze, das Münzwesen und das Gebiet des Münzwesens, drei Dinge, die wir allerdings nicht recht zu unterscheiden wissen. Bei solcher Beschränkung des Begriffes Münze verstehen wir aber nicht recht, worin die Rechtsunsicherheit noch bestehen könnte.

Daß diese Münzen das Silber enthalten, die sie nach dem Gesetze haben sollen, kann jeder im Schmelztiegel nachprüfen. Die Münzstätte arbeitet mit geeichten Gewichten und auch technisch tadellos, wie die neuen Münzen es jedem beweisen. Zudem ist es auch jedem so vollkommen gleichgültig, wieviel Silber die Münzen enthalten, daß von dieser Seite her sicherlich noch niemand das Gefühl der Rechtsunsicherheit beschlichen haben kann. Jeder weiß, daß im Schmelztiegel der Silberfranken nur etwa 50 Cts. Silber liefert. Seit 50 Jahren ist es so, und noch niemand ist darob am Gefühl der Rechtsunsicherheit gestorben. Es genügt jedem, zu wissen, daß die Münze Bestandteil der gesetzlichen Barschaft ist, daß sie zum gesetzlichen Zahlungsmittel, zur *Scheidemünze er-hoben* wurde. (*Meyer* sagt, sie soll vom anationalen lingot zur nationalen Scheidemünze *degradiert* werden. Ein Nachdruck, den sich wohl ein Anarchist, aber doch kein Staatsmann, kein Nationalrat gestatten dürfte.)

Oder besteht die Unsicherheit etwa darin, daß die Silbermünze noch nicht zur Scheidemünze „degradiert“ wurde, daß unter Umständen die Rechtsrechnung den Silbermünzen gegenüber auf die Theorie zurückgreifen könnte, die bei

Gründung des Lateinischen Münzbundes unbestritten war, *wonach* „Les monnaies sont des lingots dont le poids et le titre sont certifiés par l'emprunte“ (Rossi) oder wie Otto Arendt sagte: „Unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für $\frac{1}{1395}$ Pfund Gold“, denn in diesem Fall hätte der Besitzer der schweizerischen Silbermünzen tatsächlich nur auf das Anspruch, was der Schmelztiegel ihm liefert. Kann man aber heute wirklich mit solcher Möglichkeit, mit solcher „Rechtsprechung“ noch rechnen? Die Frage ist schon längst durch die Praxis beantwortet, indem der Bund den aus der Liquidation der Union entstandenen Schaden nicht auf die Inhaber der Silbermünzen abwälzte (was nach der genannten Barrentheorie doch richtig gewesen wäre), sondern diese Münzen als Scheidemünzen behandelte und folgerichtig den Schaden auf die Bundeskasse übernahm (es sind rund 120 Millionen gewesen).

Wenn also die Angelegenheit auch nicht ausdrücklich als *res judicata* bezeichnet werden kann, so liegen die Dinge doch so klar zutage, daß eine nachträgliche juristische Regelung dieser Angelegenheit nur lächerlich wirken könnte. Der Bund hat die neuen Münzen bewußt als gesetzliche Barschaft, als Scheidemünze, als gesetzliches Zahlungsmittel abgegeben. Entweder war er dazu nach den Gesetzen berechtigt, dann schaffen diese Gesetze die nötige Rechtssicherheit, oder er hat das Recht zu solcher Scheidemünzenausgabe usurpiert, dann verhafte man die beteiligten Personen als Falschmünzer und behandle diese Münzen, wie man jede andere Falschmünze zu behandeln pflegt. Gegenüber den Falschmünzern gibt es doch keine Rechtsunsicherheit.

Eine Rechtsunsicherheit von der Art, von der Nationalrat Meyer spricht, gibt es also in der Schweiz nicht. Was aber nicht besagt, daß die *Währungspolitik* der Schweiz keine Elemente gefährlichster Unsicherheit berge. Von diesen Elementen weiß aber Nationalrat Meyer nichts zu sagen. Währung ist offenbar ein Begriff, der Meyer noch völlig fremd ist. Er kennt nur den Begriff der Münze im Sinne der genannten Definitionen von Rossi und Arndt. In der Münze, in den metallischen Eigenschaften des Goldes ist für ihn der Begriff Währung eingeschlossen. Und weil an einem lingot, an einem 1395sten Pfund Feingold absolut nichts Fragliches zu entdecken ist, kann es auch für Meyer keine Währungsfrage mehr geben, sobald der Franken aus seiner jetzigen

Degradation zu einem Teil eines Goldklumpens „erhoben“ werden wird.

Wo also steckt nun die Rechtsunsicherheit, von der Nationalrat Meyer spricht?

Fritz Crapaud.

[Pseudonym für S. Gesell]

Briefe an das Deutsche Volk aus dem Jahre 1916

I.

250 Milliarden wahrscheinlicher Ertrag der deutschen Kriegsvermögens-Zuwachssteuer.

Jeder hat das Recht, sein Eigentum zu verdreifachen und aus einer Kuh drei zu machen, wenn er es kann. Leider kann von diesem Recht nur die Reichsbank Gebrauch machen, denn sie darf nicht nur, sie kann es; sie macht aus einer Mark drei. An sich eine wunderbare physikalische Leistung, die unsere offizielle Geldtheorie nicht zu erklären vermag.

Aber so wunderbar die Sache auch sein mag, wir sind in Deutschland auf dem Wege, mit einer Mark in Papiergeld 100 Mark in Äckern, Häusern, Aktien, Ochsen und Eseln zu machen! Mit einem Geldumlauf von etwa fünf Milliarden betrug unser Volksvermögen 500 Milliarden. Da wir nun auf dem Wege sind, den Geldbestand zu verdoppeln, so sind wir auch auf dem Wege, das Volksvermögen zu verdoppeln. Mit fünf Milliarden gewinnen wir 500 Milliarden, oder mit einer Mark zusätzliches Geld 100 Mark zusätzliches „Vermögen“.

Wenn dann unser Reichsschatzsekretär die angekündigte Vermögenszuwachssteuer von 50% durchsetzt, so sind alle Bedingungen erfüllt, um eine Steuer von *250 Milliarden* flüssig, d. h. steuerreif zu machen und zu erheben. Mit nur fünf Milliarden, die wir unserem Geldumlauf zusetzen, bereichern wir das Volk und den Fiskus um je 250 Milliarden!

Wie soll man das verstehen, daß die Reichsbank aus einer Mark drei machen kann? Das Wunder der Verwandlung von einer Kuh in hundert Kühe ist doch nicht größer als bei drei Kühen.

Zur Sache. Wenn wir jedem Staatsbürger heute die Erlaubnis erteilen, das in seinem Besitze befindliche Papiergeld in der Mitte durchzuschneiden, mit der Bestimmung, daß jede Hälfte

überall, auch bei den Staatskassen als Ganzes gelten soll, so verdoppeln wir damit ohne weiteres unseren Papiergeldschatz. *Mit dieser Verdoppelung verdoppeln wir auch die Nachfrage nach Waren* (in Geld gemessen). Wie das zugeht, brauchen wir hier nicht zu erklären. Es ist einfach so.

Nun werden die Preise der Waren durch Nachfrage und Angebot bestimmt, und verdoppeln wir die Nachfrage, so verdoppeln wir auch die *Preise* [Eine Vermehrung des Geldbestandes beschleunigt aller Regel nach auch noch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wirkt also doppelt preistreibend.]. *Aus Preisen aber, nur allein aus Preisen setzt sich das aus 500 Milliarden Mark geschätzte Volksvermögen zusammen.* Doppelte Preise, doppeltes Volksvermögen (in Geld ausgedrücktes Volksvermögen).

Wie einfach es doch ist, das Volksvermögen zu verdoppeln! Eine Schere her, und schon ist es getan. Freilich, volkswirtschaftlich betrachtet ändert die Verdoppelung des Volksvermögens nichts an diesem Vermögen. Die Zahl der Kühe und Hektare bleibt unverändert. Aber privatwirtschaftlich! Welche Umwälzungen, wie viele Privatvermögen werden da aufgebaut (trotz 50% Zuwachssteuer) und ... !

Vielleicht zweifelt noch irgend jemand daran, daß eine solche Verdoppelung möglich ist, vielleicht hält er es für einen Scherz, wenn die Zeitungen sagen, die Reichsbank könne aus einer Mark drei machen? Nun, ich erinnere daran, daß man vor hundert Jahren in Frankreich ein ganzes Fürstentum von allen Schulden mit dem Ertrag von einem Pfund Talglichter befreien konnte. Denn damals bekam man einen Schubkarren voll Geld für irgendeine Kleinigkeit in Waren. Wie reich (in Geld gemessen) war Frankreich damals. Wenn damals die Franzosen auf den Gedanken einer *Revolutions-Vermögenszuwachssteuer* gekommen wären? Mit dem Helfferich'schen Satz von 50% hätte Frankreich von jeder Kerze 755 Franken Vermögenszuwachsteuern erheben können! Also fast achtmal soviel wie wir jetzt von jeder Kuh, von jedem Schwein als Vermögens-zuwachs für das Reich erheben werden.

Vor dem Krieg trug ein fettes Schwein etwa 200 Mark dem Besitzer ein. Jetzt aber reichlich das Doppelte. Hier also ist ein Vermögenszuwachs von 200 Mark zu verzeichnen. Bei einem Bestand von 20 Millionen Schweinen 4000 Millionen Mark Ver-

mögenszuwachs. Das macht bei 50% eine Zuwachssteuer von zwei Milliarden. Allein die *Schweinezuwachssteuer* wird dem Reiche zwei Milliarden eintragen. Nun übertrage man dieses Verhältnis auf die Kühe, Pferde, Schafe, Hühner und Kanarienvögel! Und dann auf die Produktionsmittel der Schweine und Kühe, also auf die Äcker und Wiesen. Denn es ist doch selbstverständlich, daß, wenn die Kühe von 500 auf 1000 Mark im Preise steigen, auch die Wiesen und Äcker, auf denen die Kühe wachsen, im Preise steigen werden. So steigt also schließlich das ganze Deutsche Reich aus dem Sumpfe von 500 Milliarden auf die lichte Höhe von 1000 Milliarden deutscher Reichswährung. Und von diesem ganz unverdienten Wertzuwachs gehören nach Helfferich 50% und nach *Damaschke* 100% dem Reich.

Es stimmt also doch. Die 250 Milliarden Vermögenszuwachssteuer sind uns sicher, wenn wir das Papiergeld in der Mitte durchschneiden und jede Hälfte für ein Ganzes erklären. Dabei möchte ich den Steuerpraktikern gegenüber noch ganz besonders betonen, daß diese Kriegsvermögens-Zuwachssteuer trotz ihrer fabelhaften Ausmaße spielend leicht zu erheben ist, so leicht, daß unser Reichsschatzsekretär sich am Ende noch in diese Art der Steuererhebung verlieben wird. Der Steuereintreiber ist schließlich ja auch ein Mensch, er blickt bei seiner Arbeit auch gerne in lachende Gesichter. Vom Vermögenszuwachs bezahlt jeder gerne die Steuer, auf jeden Fall lieber als von einer Bilanz, die mit Defizit abschließt. Eine Biersteuer von 100 Millionen würde das Volk fluchend, mit moralischer Entrüstung, bezahlen; eine Vermögenszuwachssteuer von ebensoviel Milliarden bezahlt man mit der Aufforderung an den Steuereintreiber, möglichst bald wiederzukommen. Er kommt dann immer nur, sooft man einen Vermögenszuwachs feiert. Der Staat nimmt ja nur die Hälfte der himmlischen Manna, mit der anderen Hälfte tilgt der Schuldner seine Schulden oder treibt sonstwie Allotria. Denn das ist ja das Reizvolle an der Sache; den Vermögenszuwachs, der auf eine Preistreiberei zurückzuführen ist, bezeichnet man als „nur“ nominell. Aber die Schulden, die Hypotheken, die Staatsanleihen, die Wechsel, die Obligationen und so weiter sind auch nur „nomineller“ Art, und mit dem nominellen Vermögenszuwachs tilgt man restlos den höchst effektiven Druck nomineller Schulden. Allein mit dem Schweinevermögenszuwachs tilgen die deutschen Landwirte vier Milliarden Schulden. Der Vermögenszuwachs ist also nur

volkswirtschaftlich nominell zu nennen; privatwirtschaftlich aber besteht er aus all den realen Gütern der realen Welt. Er hat nicht mehr und nicht weniger die Bedeutung des altjüdischen Hall- oder Jubeljahres, nur mit dem Unterschied, daß die Entschuldung durch den „Vermögenszuwachs“ viel leichter durchzuführen und zu graduieren ist. Das Jubeljahr bedeutete eine Katastrophe für die Gläubiger, die sich alle 50 Jahre über ihren Häuptern zusammenschloß, während die Entschuldung durch Vermögenszuwachs alle Vorteile der Evolution besitzt.

Wir bleiben also dabei: Die 250 Milliarden Kriegsvermögens-Zuwachssteuer werden jubelnd mit patriotischem Eifer bezahlt werden.

Zur Technik der Steuererhebung möchte ich nur noch erwähnen, daß bei einer Verdoppelung der Preise der hypothekarische Ladestrich der Grundstücke auf die doppelte Höhe zu stehen kommt. Wirft mit der Verdoppelung aller Preise ein Haus die doppelte Miete ab, so verdoppelt sich auch sein hypothekarischer Laderaum. Wo also der Staat die 50% Wertzuwachs nicht in barem Geld erheben kann, da kann er den Betrag in Form einer zweiten Hypothek erheben, wobei zu bemerken ist, daß nun die erste und zweite Hypothek zusammen sicherer sein werden als vorher die erste allein. Ein vierstöckiges Haus z. B., das heute bis zum Schornstein im Hypothekensumpf versinkt, würde durch den nominellen (!) Wertzuwachs bis zum zweiten Stock aus dem Morast auftauchen. Und wenn der Staat nun mit einer zweiten Hypothek eines der beiden freigewordenen Stockwerke wegsteuert, so steht sich der Hausbesitzer – trotz der Steuer – noch immer ein volles Stockwerk besser als vorher. Vorher besaß der „Hausbesitzer“ den Schornstein und den Rauch; das übrige verschlang der Hypothekengläubiger. Jetzt hat er zwar zwei Hypothekengläubiger, den ursprünglichen und den Staat, aber beide zusammen nehmen jetzt nur $\frac{3}{4}$ der auf das Doppelte gestiegenen Miete in Anspruch.

Mancher wird sagen: Was sind das für tolle, für nutzlose Berechnungen. So viele Scherenschleifer, wie hier nötig wären, um das Papiergeld in der Mitte durchzuschneiden und dadurch das deutsche Volksvermögen auf die ideale Höhe von 1000 Milliarden zu bringen, sind ja nicht aufzutreiben! Aber sollte der Plan nur der Scherenschleifer wegen scheitern? Wir könnten ja das Manöver auf die Zehnmarkscheine beschränken, dann wäre der Vermögenszuwachs nicht 250 Milliarden, sondern nur 17 Milliarden. Und diese kleine Summe kann das Volk eher be-

greifen. Wir müssen uns doch alle erst an die Milliarden und an das Papiergeld gewöhnen. Dann würde man auch nicht mehr das Prinzip des Vermögenszuwachses für toll erklären, sondern nur die von uns zur Veranschaulichung gewählten Ausmaße. Ich bin übrigens überzeugt, daß nicht alle mit den 250 Milliarden erschreckt worden sind. Mancher wird sagen, es wäre wohl viel, aber nicht zuviel für all die Ansprüche, die an den Staat gestellt werden. Man denke nur an die Kriegerheimstätten, für die wir reichlich 100 Milliarden brauchen, an den Säuglings- (Mutter-) Schutz, der fünf Milliarden jährlich verschlingen wird, sollen unsere Schützengräben schnell genug ausgefüllt werden. Aber gerade diejenigen Elemente, die immer mit der sozialen Wasserwaage hantieren und die Vermögensverhältnisse in eine spiegelglatte Fläche verwandeln möchten, werden jetzt schmunzelnd die Scheren betrachten und an die ungeheure nivellierende Kraft denken, die in diesem einfachen Instrument liegt. Sie werden sich fragen, ob die Aufforderung, das Papiergeld in der Mitte durchzuschneiden, eigentlich nur von oben kommen kann, ob sie durchaus auf ein Kommando warten müssen, um das Manöver durchzuführen. Dann denke ich an so viele andere Utopisten, namentlich an den Bund der Bodenreformer, die die Grundrenten für das Volk zurückzugewinnen sich vor Gott und den Menschen verschworen haben und die auf dem von ihnen gewählten Weg bisher noch den Berg vom Fuße her anstauen. Hier eröffnet sich den Verzweifelnden ein Ausweg, hier ist das Mittel gefunden zu einer Abschlagszahlung von 250 Milliarden. Bis jetzt waren selbst die bescheidensten Forderungen der Bodenreformer schroff zurückgewiesen und mit Taten, groben Taten, mit Kornzöllen, beantwortet worden. Das war der ganze Erfolg der bodenreformerischen Agitation, wobei noch als besonders lehrreich zu betonen ist, daß die Bodenreformer (Prof. A. *Wagner*) die Erhöhung der Grundrenten durch Zölle gutgeheißen und gefördert haben. Welche Sackgasse, Holz- und Irrwege! Jetzt aber mit der Papierschere ist der Durchmarsch erzwungen und die Straße für die bodenreformerischen Stürmer frei. 250 Milliarden Vermögenszuwachsteuer! Wie schade, daß Henry *George* diesen glorreichen, finanziellen Gorlice-Durchbruch nicht noch erlebt hat!

Doch zurück zu *unserer* Sache. Die Wirklichkeit ist bekanntlich für den, der sehen kann, immer voller phantastischer Streiche. Wir brauchen darum gar nicht zu staunen, wenn wir entdecken, daß wir bereits eine weite Strecke auf dem Wege der

250 Milliarden Zuwachssteuer zurückgelegt haben. Wir haben zwar das Papiergeld nicht mit der Schere verdoppelt; vielleicht nur aus ästhetischen Gründen haben wir es nicht getan. Wir haben es vorgezogen, neben jeden Geldzettel durch Neudruck einen zweiten zu legen, so daß jetzt durchschnittlich in jeder Geldtasche doppelt soviel Geld für den Ankauf von Butter, Strümpfen und Kanonen liegt wie vor dem Krieg. Die Wirkung ist nicht ausgeblieben. Mit dem vermehrten Inhalt der Geldtasche hält man vermehrte Nachfrage (in Geld gemessen), und diese vermehrte Nachfrage hebt die Preise. Doppelt soviel Ware *konnte* man anfänglich kaufen, jetzt *muß* man doppelt soviel Geld für das gleiche ursprüngliche Warenquantum geben. Das war vorauszusehen, wiewohl es vielleicht nicht gewollt war. Nun es aber geschehen ist und der „Vermögenszuwachs“ überall zutage tritt, verlangt das Volk eine Beteiligung des Reiches an diesem „unverdienten Wertzuwachs“. 100% verlangen die Patrioten, mit der Hälfte will sich Helfferich begnügen. Vorläufig mögen es nur erst die Waren, die Produkte sein, deren Preise, in die Höhe geschossen sind, obschon bereits behauptet wird, daß die erhöhten Preise *eine Folge* der allgemein gestiegenen Produktionskosten seien. Die Produktionskosten aber setzen sich zusammen aus Löhnen, Grundrenten, Steuern, Kapitalzinsen usw., also aus dem Ertrag der Dinge, die in der Hauptsache das Volksvermögen von 500 Milliarden ausmachen. Das bedeutet dann, daß bereits das gesamte Realkapital mehr oder weniger in den Wirbel hineingezogen worden ist. Dauert der Zustand eine Weile an, dann wird die „Hochkonjunktur“ auf der ganzen Front des Volksvermögens dem Vermögenszuwachs von 100% und der Zuwachssteuer von 250 Milliarden zustreben. Wenn niemand dagegen etwas einzuwenden hat (im Reichstag wußte niemand etwas einzuwenden), uns, den Physiokraten, mag es recht sein. Das Kapital hat so viele Wächter, warum passen die nicht auf. Wir erfüllen unsere Pflicht, wenn wir die Aufmerksamkeit auf diese Sache lenken und die Zusammenhänge aufdecken. Sache des Kapitals ist es, die Verteidigungsmaßregeln zu ergreifen. Wir bekämpfen den Zins, das Kapital; wir unterwühlen seine Fundamente, und so sicher, wie wir sterblich sind, so sicher werden wir diese Eigenschaft auf das Kapital übertragen. Jedoch, wir sind Ehrlichkeitsfanatiker; wir kämpfen offen und ehrlich mit Handgranate und dem Bajonett. Wir hassen die Konfiskationen auch dann, wenn sie unter dem Titel der Vermögenszuwachssteuer erfolgen,

namentlich auch darum, weil diese Steuer nicht die trifft, die die Zahlung vermitteln, sondern die Besitzer der festverzinslichen Wertpapiere. Diese Steuer, diese 250 Milliarden, zusammen mit den 250 Milliarden des Wertzuwachses, die die Steuer nicht konfisziert, fallen blindlings, wahllos, kritiklos auf die Klasse der Gläubiger. Vielen nimmt sie das Ganze, manchen nur einen Teil. Sie ist die ungerechteste aller Steuern, und um so ungerechter, je *niedriger* sie angesetzt ist! Ob wir 50% oder 100% nehmen, die, aus deren Taschen der Vermögenszuwachs kommt, zahlen auf alle Fälle 100%. An den Staat den Betrag der Steuer, an Privatleute den Rest des Vermögenszuwachses. Wer die wahre Natur des jetzt zutage tretenden Vermögenszuwachses kennt, wird unbedingt für die vollen 100% Steuer eintreten und die Steuer für ungerecht erklären.

Besser wäre es gewesen, wenn man dem deutschen Volk den Vermögenszuwachs „erspart“ hätte. Unsere Behörden wollten durch den flüssigen Geldumlauf während des Krieges die Volkswirtschaft in Vollbetrieb, den Zahlungsverkehr aufrechterhalten. Sie kannten kein anderes Mittel als die Vermehrung des Geldumlaufes. Den unmittelbaren Zweck haben sie erreicht. Aber das angewandte Mittel erzielte den Erfolg mit vielen, vielen unerwünschten Nebenwirkungen, unter denen der Kriegsvermögens-Zuwachssteuerertrag von 250 Milliarden alles in allem genommen noch die kleinste sein wird.

Im „Physiokrat“ haben wir rechtzeitig gewarnt und haben den Weg klar und bestimmt angegeben, den wir zu betreten haben, wenn wir die Volkswirtschaft in Vollbetrieb erhalten wollen, ohne Gefährdung unserer Währung, ohne Preistreiberei, Butterkrawalle und sonstige ekelhafte Erscheinungen [Man vgl. den 4. dieser „Briefe an das Deutsche Volk“. D. Schriftl.]. Man hat unsere Warnungen in den Wind geschlagen und unsere Vorschläge keiner Prüfung gewürdigt. Jetzt sind alle Fäden der Volkswirtschaft derartig verwickelt, die Vermögensverhältnisse derart durcheinander geschüttelt, daß eine Entwirrung kaum noch möglich ist. Ein Rückwärts ist aus handelstechnischen Gründen nicht möglich; ein Versuch, die Preise nach Friedensschluß wieder auf die aus dem Münzfuß von 2790 sich ergebende Höhe zurückzuschrauben, würde die gesamte Volkswirtschaft zum Stillstand bringen und zum alten Schaden noch neuen, größeren hinzufügen. Die jetzigen Höchstpreise müssen nach Friedensschluß aus merkamotorischen Rücksichten zu Mindest-

preisen erklärt werden. Es gibt keine schlimmere Verteuerung der Werte als die, die durch künstliche Herabsetzung der Preise erzielt wird! Bei niedrigen Preisen verhungert das Volk; es ist niemand da, der bei sinkenden Preisen dem Volke Arbeit, Lohn und Brot gibt. Handel und Industrie sind bei sinkenden Preisen rechnerisch unmöglich. Dummköpfe, die es versuchen, gegen den Strom zu schwimmen und ihre Fabriken in Betrieb erhalten, machen Bankrott. So bleibt nichts anderes übrig, als die Höchstpreise zu Mindestpreisen zu erklären, und damit ist der Vermögenszuwachs von 500 Milliarden, den ein Teil des Volkes einstreicht und den der andere Teil zahlt, flüssig und fertig für die Konfiskation.

II.

Allgemeine Deutsche Dritteldeckungs A.-G. gez. Kapital 0:3.

Wie die Reichsbank aus je einer Mark in Gold drei Mark in Papier machen kann, so verdreifacht auch der Reichs vervielfältigungsapparat jeden beliebigen Gegenstand, den man seinem Mechanismus (DRP.) anvertraut. Goldene Ringe, Ketten, Uhren – alles wird verdreifacht. Brot, Äpfel, Zwiebeln kommen verdreifacht in Qualität und Substanz aus dem Apparat. Das Gute dreimal besser, das Schlechte dreimal schlechter. Tiere, wie Pferde, Ochsen und Esel, die der Größe wegen nicht in den Apparat gehen, werfe man in Effigie hinein. Bei Häusern und Grundstücken genügt eine von der Behörde beglaubigte Besitzurkunde.

Wer seine Schulden in Kapitalien zu verwandeln wünscht, werfe die entsprechenden Urkunden gleichfalls in den Apparat, drehe jedoch die Kurbel rückwärts. Ebenso verfare, wer aus einem Italiener einen treuen Bundesgenossen machen will.

Es wird heute so viel geschwindelt, darum wird wohl mancher den Reichsautomaten mit Mißtrauen betrachten. Wir geben auch zu, daß nur geistesstarke Menschen die hier auftauchenden Zweifel sofort zu unterdrücken vermögen. Und doch muß sich jeder sagen, daß, wenn die Reichsbank aus einer Mark d. R.-W. drei Mark d. R.-W. macht und dazu sogar durch Reichsgesetz bevollmächtigt wird, der Reichsautomat dann nichts Wunderbares, ja sogar nichts Neues leistet. Die drei Mark, die die Reichsbank aus einer Mark macht, sind in allen wesentlichen Eigenschaften dem Original vollkommen gleichwertig. Kauft der

Bürger mit 1000 Mark in Gold etwa zwei fette Schweine, so kauft die Reichsbank mit demselben Geld sechs fette Schweine, eben weil sie die 1000 Mark verdreifacht. Wenn das aber möglich ist, warum sollte da unser Reichsautomat nicht auch die Ochsen und Esel verdreifachen können?

Unser nach dem physikalischen Gesetz der Dritteldeckung gebaute Reichsautomat ist zwar ein technisches Wunder, doch kann es sich in bezug auf Wundertätigkeit noch nicht ganz mit der Reichsbank vergleichen. Quantitativ leistet der Reichsautomat entschieden größere Wunder, qualitativ gebührt der Reichsbank die Palme. Die Wunder der Reichsbank sind überhaupt noch niemals richtig gewürdigt worden. Wenn die Reichsbank aus drei Mark in Papier eine Mark in Gold machen könnte, so würde jeder staunen – und doch muß man sagen, daß die Verwandlung von Gold in Papier eigentlich genau dasselbe Wunder darstellt. Nur weil das Papier so billig ist, schätzen wir das Wunder der Transsubstantiation, das hier unzweifelhaft vorliegt, so gering ein. Wir schätzen überhaupt nur das hoch ein, was teuer ist.

Diese Transsubstantiation nun, die der Reichsbank so vortrefflich, wenigstens in diesem einen Fall gelungen ist, gelingt dem Reichsautomaten noch nicht ganz. Jedoch sind wir auch hier dem Geheimnis der Reichsbank auf der Spur, und wir hoffen, in allernächster Zeit die Kühe und Schweine, die wir heute leider nur in natura, in Fleisch und Speck verdreifachen, auch in der Papierform liefern zu können. Wie bequem wird es dann für das deutsche Volk sein, wenn wir jedem, der uns seine Milchkuh bringt, drei Milchkühe in Papier ausliefern können, Kühe, die jeder Molkereibesitzer ohne weiteres zwar nicht als gesetzliches Zahlungsmittel, aber doch als vollwertige Milchkühe annimmt. Namentlich auch im Hinblick auf die Tatsache, daß sich die Papierkühe keimfrei sterilisieren lassen, so daß ihre Milch nicht mehr sterilisiert zu werden braucht. Welches Glück für unsere Säuglinge! Keimfreie Milch von keimfreien Papierkühen.

Milch von Papierkühen?! Gewiß, warum zweifeln? Ist denn das etwas Neues? Es gibt ja nichts Neues unter der Sonne. Die Reichsbank macht mit ihrem Dritteldeckungsverfahren sechs Milliarden Mark aus zwei Milliarden Gold. Die bringen ihr bei 5% Zins 220 Millionen Mark Überschuß bei einem Aktienkapital von 180 Millionen. Zu 20 Pf. den Liter würden jene 220 Millionen über eine Milliarde Liter Vollmilch bringen. Die Papierkuhmilch ist also Tatsache. Sie wird auch nicht etwa im Laboratorium

eines Chemikers hergestellt, sondern im Großbetrieb für 220 Millionen Mark im Jahr. Diese Reichsbankpapierkuhmilch ist allerdings nicht steril, die des Reichsautomaten ist es. Das ist der ganze Unterschied.

Andere Fabrikanten müssen bei der Anpreisung ihrer Apparate dem Volke Wunder versprechen – wir dagegen geben uns Mühe, die Wundertätigkeit unseres Apparates zu verneinen. Wir wiederholen also, daß die Leistungen unseres Mechanismus ganz auf der Anwendung des physikalischen Dritteldeckungsgesetzes (entdeckt von John *Law*) beruhen, also auf den Grundlagen unseres Reichsbankgesetzes. Das physikalische Dritteldeckungsgesetz gestattet uns, mit der gleichen Sicherheit die Wirkung des Apparates zu berechnen, wie der Techniker die Wirkung des Pendels, des Hebels, des Flaschenzuges berechnet. Die Reichsbank geht mit der Anwendung dieser großartigen Entdeckung bis jetzt noch rein empirisch und tastend vor, *wir aber* sind hinter die Dinge gekommen und gedenken, die Transsubstantiation in unserem Reichsapparat geschäftlich auszunutzen. Wer sich aber persönlich überzeugen will, ehe er uns sein Hab und Gut zur Verdreifachung übersendet, der studiere „Die neue Lehre vom Geld und Zins“ [Jetzt: Natürliche Wirtschaftsordnung, zu beziehen vom Verlag der Zeitschr. d. Schriftl.], namentlich das Kapitel „Warum man aus Papier Geld machen kann“. Das Wunder des Papiergeldes, an dessen Erklärung sich bisher niemand ernsthaft herangewagt hatte, ist hier restlos enthüllt. Jeder, der dieses Buch studiert, ist in der Lage, die Reichsbankpolitik fruchtbarster Kritik zu unterwerfen und dadurch die deutsche Volkswirtschaft vor drohenden Gefahren zu schützen.

III.

Wenn wir das Gold als Ware betrachten.

Mit Banknoten, Kassenscheinen, Silber- und Kupfermünzen konnten wir bis zum Kriegsausbruch bei der Reichsbank in Berlin Gold zum Preise von 279 000 Mark den Doppelzentner kaufen. Dieser Preis galt für Bezahlung ohne Abzug und war seit mehr als 40 Jahren unveränderlich fest. Zu demselben Preise verkaufte die Reichsbank sowohl eine Prise Goldstaub, wie eine ganze Schiffsladung. Rabatt für Grossisten gab es nicht. Reklame für Vermehrung des Absatzes machte die Reichsbank nicht. Es lag

ihr überhaupt nichts daran, ihren Absatz zu vermehren. Sie war glücklich, wenn ihr Besitz an Gold zunahm, und je mehr dieses Gold in ihren Kellern den Charakter ausgesprochener Ladenhüter annahm, um so sicherer fühlte sich die Reichsbank. Jeder andere Warenbesitzer, ohne eine einzige Ausnahme, strebt nach vergrößertem Absatz und ist verzweifelt – sieht alles Grau in Grau – wenn der Absatz stockt. Ladenhüter kann er nicht sehen, lieber veranstaltet er einen Ausverkauf mit 20 – 30 – 50% Rabatt. Unsere Bauern, die sich dieses Jahr mit dem Absatz der Kartoffeln verrechnet zu haben scheinen, mußten von ihren Ladenhütern 100% abschreiben. Und das jetzt schon, kaum zehn Monate nach der Ernte. Die Reichsbank dagegen hat Ladenhüter, die über 40 Jahre alt sind, doch fällt es ihr nicht ein, auch nur 0,000001% abzuschreiben. Der Kartoffelbesitzer schreibt jährlich 100% ab, der Schiffs- oder Maschinenbesitzer 10%, der Hausbesitzer 1% und der Goldbesitzer 0%.

Der „Ladenhüter“ ist die Verzweigung des Kaufmannes und das Entzücken der Reichsbankverwaltung. „Wenn doch niemand käme und uns mitnähme“, so sagen die Warenbestände der Reichsbankverwaltung! Die Lage der Reichsbank bezeichnet die Verwaltung als „günstig“, wenn ihr Boden sich mit Lagerhütern füllt, „ungünstig“, wenn sich neue Absatzgebiete eröffnet haben.

Um den Waren neue Absatzgebiete zu eröffnen, stellt das Reich zuweilen die Marine in den Dienst der Kaufmänner, und um durch Handelsverträge den Absatz zu sichern, schlägt die Diplomatie die spaßigsten Purzelbäume. Wenn es sich aber um Gold handelt, dann wird umgekehrt derselbe Apparat gebraucht, um den Absatz zu sperren. Wie stolz ist die Brauerei, wenn sie das „Ausverkauft“ verkündigen kann! Die Reichsbank aber wird nervös, wenn der Ausverkauf in den Bereich der Möglichkeit tritt. Dabei handelt es sich beim Bier um ein Bedürfnis breiter Volksschichten, bei der Reichsbank jedoch nur um Gold, um den wichtigsten aller Stoffe! Das deutsche Volk würde sicherlich nervös werden, wenn es hieße, von morgen ab gäbe es kein Brot mehr. Aber kaum einer unter den Hunderttausend wird irgend etwas Vernünftiges zu sagen wissen, wenn es morgen hieße, die Reichsbank hat ausverkauft! Und trotz dieser umgekehrten Bedeutung diese Freude beim Ausverkauf hier – diese Tränen dort.

Beim Gastwirt und Bäcker gilt der Laden als ausverkauft, wenn der letzte Tropfen Bier, das letzte Brot verkauft ist. Die

Reichsbank hängt das „Ausverkauft“ aus, lange bevor der Boden der Goldkiste sichtbar wird. Das Gold in dieser Kiste darf überhaupt nie unter ein Drittel ihres Inhaltes sinken. Und sollte auch schon der Himmel mit seinem Einfall drohen, dieses Drittel Bodensatz der Goldkiste wird nicht angerührt, er ist gesetzlich unantastbar. Niemand rechnet infolgedessen überhaupt noch mit diesem Bodensatz, am allerwenigsten die Reichsbank. Keinem unserer Reichsbankpräsidenten ist es jemals in den Sinn gekommen, ein Gramm von diesem unantastbaren Bodensatz zu verkaufen. Seit mehr als 40 Jahren liegt der gesetzliche Ladenhüter dort in schier jungfräulicher Unberührtheit. Wenn die Reichsbank ihren Schatz in Arbeitsprodukten des Volkes angelegt und ihn 40 Jahre lang satzungsgemäß unangetastet gelassen hätte! Vor 40 Jahren waren Krinolinen, Spinnräder und Schnupftabak noch sehr begehrte Waren. Ein unantastbarer Schatz von Krinolinen und Schnupftabak im ehrwürdigen Alter von 40 Jahren müßte also heute eigentlich noch eine vorzügliche „Deckung“ der Banknoten darstellen, eigentlich, d. h., wenn an der Theorie der Goldwährung alles in Ordnung ist.

Aber bei keiner anderen Ware gibt es 40-jährige Ladenhüter, gibt es überhaupt unantastbare Lagerbestände, gibt es eine Begrenzung des Absatzes. Den Begriff der „Unantastbarkeit“ gibt es überhaupt nur dem Golde gegenüber. Wenn auch die Reichsbankverwaltung den Schatz an Schnupftabak und Krinolinen unangetastet in den diebes- und feuerfesten Gewölben der Bank verwahrt hätte – der Schatz wäre doch nicht unangetastet geblieben. Wahrscheinlich wäre der ganze Schatz in den 40 Jahren in unkenntliches Gemüll zerfallen. Für die Zerstörungselemente der Natur ist eben nichts unantastbar – mit Ausnahme des Goldes und einiger anderer, ebenso nichtiger Stoffe.

Welchen Zweck solch ein unantastbarer Bodensatz, auf deutsch „Bankreserve“, wohl hat? Vielleicht spielt er die rätselhafte Rolle des Heckpfennigs? Vielleicht die Rolle des Baumes der Erkenntnis? Alles dürft ihr restlos verkauten – Weizen, Wolle, Kupfer, ich habe für diese Dinge keinerlei Interesse, nur am Bodensatz der Goldkiste, am ewigen Ladenhüter der Reichsbank, dürft ihr nicht rühren. So sagt der Staat. Tut ihr es aber doch, so werdet ihr aus dem Paradies der Goldwährung vertrieben.

Warum der Staat soviel Interesse für das Gold zeigt? Es ist die einzige Ware, die der Staat in Friedenszeiten zu Höchstpreisen verkauft, und das einzige Metall, dem jetzt im Kriege die Ehre versagt wurde, in der Liste der unentbehrlichen und

darum zu beschlagnahmenden Waren aufgeführt zu werden! Jetzt hat der Staat den Reichsbankschatz ganz gesperrt, und kein Hahn kräht danach. Niemand interessiert sich heute noch für das Gold, ebensowenig, wie man sich für das Silber interessiert, das der Staat ehemals auch zu einem Höchstpreis, nämlich „30 Taler das Pfund Fein“, verkaufte. Und dennoch dieses Interesse des Staates am Gold? Niemand weiß, niemand mag und will es wissen, daß der Doppelzentner Gold 279 000 Mark kostet. Unter 10 000 Staatsbürgern ist kaum einer zu finden, der diesen gesetzlich festgesetzten Höchstpreis kennt, und trotzdem gräbt es der Staat in jede Münze, druckt es auf jeden grünen und blauen Lappen. Der Preis des Goldes ist heute 279 000 Mark der Doppelzentner! Man kann sich vorstellen, daß mancher Bürger für ein Gesetz zu haben wäre, durch das Höchstpreise für Bier bestimmt werden. Eine Bierwährung hätte vom Standpunkt der materialistischen, heute noch dominierenden Geldtheorie einen gemeinverständlicheren Sinn als die Goldwährung. Bier trinkt fast jeder. Der Konsum von Bier geht in die Milliarden. Für viele sind die Bierverhältnisse das Maß aller Dinge. Der Preis des Bieres gibt ihnen Aufschluß über den „Wert“ des Geldes. Gold dagegen konsumieren (in Form von Schmucksachen) nur sehr, sehr wenige. Ihnen sagt der Preis des Goldes absolut nichts. Nur durch Vergleich mit anderen Warenpreisen sagt ihnen die Nennung eines Preises überhaupt erst etwas. Während die Bierwährung ohne jeden weiteren Vergleich den meisten ein Maß für alles übrige wäre. Auch würde mancher Bürger heute ruhiger schlafen, wenn die Reichsbank statt Gold für 2500 Millionen Mark Bier auf Lager hätte! Woher also dieses Interesse des Staates für das wichtigste, für das einzige nicht beschlagnahmungswürdige Metall? Warum benutzt der Staat die Aufschrift jedes Geldzettels zur Reklame für das Gold? Namentlich wenn er den Absatz für das Gold nicht wünscht, ja sogar zu hemmen sucht? Warum verkauft der Staat den Platz für die Inschrift des Papiergeldes nicht für gutbezahlte Reklame? Ich bin überzeugt, daß sich mehr deutsche Staatsbürger für den Preis der Zigaretten, des Zahnwassers, der Schaumweine interessieren als für den Preis des Goldes!

Warum schreibt man nicht einfach:

„Der Reichsbankpräsident grüßt den Inhaber unbekannterweise (1) (10) (100) mal und wünscht ihm bei seinen Einkäufen den gleichen Erfolg wie beim Verkauf seiner eigenen Produkte.“

Diese Inschrift klingt viel artiger, sie bringt einen freund-

licheren, menschlicheren Ton in den Handel, ist wissenschaftlich durchaus unanfechtbar und sagt praktisch ebensoviel wie die jetzige Reklame für das Goldmetall.

Freilich, freilich! Nicht alle sind mit dieser Behauptung einverstanden. Unseren Währungssachverständigen wenigstens geht eine solche Banknoteninschrift ganz und gar wider den Strich. Sie sagen, daß Ware nur gegen Ware getauscht werden kann, daß das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld durch die Produktionskosten beider Dinge bestimmt werde, daß die Banknoten etwas gelten, weil sie durch Gold gedeckt sind. Das Gold sei eine Ware wie jede andere (wir haben das eben gesehen!). Die Goldwährung bewähre sich so vorzüglich (!), weil das Gold so vollkommen alle Eigenschaften der Waren in sich vereinigt (!). Das Gold könne man als Vertreter aller übrigen Waren ansehen (!). Es wäre eine Etikette, die nicht nur für alle Weinsorten gleich brauchbar sei, sondern für alle Waren überhaupt. Das Auszeichnen der Warenpreise für die Schaufenster kann jeder durch einfaches Anhängen einer entsprechenden Münze vornehmen; Gold und Waren seien vollkommen kommensurable Größen. Zu allen Eigenschaften des Zuckers, des Eisens, der Kohle bringe das Gold in die Volkswirtschaft noch den Begriff der Reserve, der unbeschränkten kostenlosen Aufbewahrung der Güter, also der Wertkonserve, des Wertvorrates, des Wertpetrefaktes, des Juliius-turmes. Das Gold überdauert nicht nur für sich selbst die Ewigkeit, sondern überträgt diese kostbare Eigenschaft auf alle übrigen Waren (s. unsere Kartoffeln) (!) Und so muß es als eine glückliche Fügung des Himmels angesehen werden, daß auf diesem ungeheuren Erdball gerade so viel Gold gefunden wird, wie zur Geldwirtschaft nötig ist. Wäre dieses Gold nicht vorhanden gewesen (sowie das Silber), so wüßten wir tatsächlich nicht, wie wir zu einer geordneten Wirtschaft kommen könnten. Wir müßten dann eine Warenwährung (Bierwährung) einführen. Aber mit einer solchen Warenwährung (Tee, Tabak, Pulver, Pelze und was sonst schon als Geld gedient hat und noch dient) würden ja wieder alle unsere Produkte dem Verderben ausgesetzt sein, wie zur Zeit des Tauschhandels, wir könnten sie dann unmöglich noch in der Geldform (!) konservieren, da das Warengeld ja selber sich nicht konservieren läßt. Und wie stände es da noch mit dem Zins, mit dem Kapital, diesem kostbarsten Nebenprodukt unserer seit 3000 Jahren sich so vorzüglich bewährenden Goldwährung?

IV.

Stärkung der deutschen Reichsbank.

Von dem der Reichsbank bei anderen Gelegenheiten des öfteren schon bemusterten *Gelde mit geschlossenem Kreislauf* liegen neue Muster diesem Schriftstück bei.

Der Umtausch des heutigen Papiergeldes gegen dieses neue Geld würde sofort alle Privatgeldreserven automatisch auflösen. Es treibt alles nicht vom Handel unmittelbar beanspruchte Geld den Banken zu, und zwar geschieht das „*bedingungslos*“, ein Umstand von höchster Bedeutung für die jetzigen Schwierigkeiten, auf den ich noch zurückkommen werde. Entgegen den jetzigen Anstrengungen, die dahin zielen, das bare Geld durch andere Mittel aus dem Verkehr zu verdrängen, würde das neue Geld Schecks und Überweisungen, den sog. bargeldlosen Verkehr (alle Schecks und Wechsel) überflüssig machen und gleichzeitig den jetzigen Papiergeldumlauf auf ein *Viertel des heutigen Umfanges* zurückschrauben. Also zugleich eine Erweiterung des Bargeldverkehrs und gewaltige Einschränkung des Bargeldbestandes!

Mit diesem neuen Geld braucht die Reichsbank nicht mehr an die Vaterlands-
liebe zu appellieren, um die zu einer drohenden Gefahr gewordenen privaten
Geldreserven aufzulösen. Der Eigennutz der Geldinhaber genügt, um sie zu
veranlassen, das zu tun, was die Reichsbank wünscht, das getan werde.

Die Reichsbank als Regulator der Währung ist heute virtuell ausgeschaltet.
Sonst hatte sie das von ihr ausgegebene Papiergeld an der Leine ihres Wechsel-
portefeuilles. Sie konnte das Geld nach Bedarf zurückrufen und dadurch regulie-
rend auf den Markt einwirken. Heute kann sie das nicht mehr, denn ihr Wechsel-
portefeuille ist leer, und ihr einziger Wechselschuldner – das Reich – wird, wenn
der Frieden kommt, nicht in der Lage sein, auch nur einen einzigen Schatz-
wechsel mit barem Gelde einzulösen. Bares Geld und Reichsanleihen werden
nach Friedensschluß inkommensurable Größen sein.

Schon in gewöhnlichen Hausseperioden ist bares Geld mittels zinstragender
Papiere nur unter Einbuße einlösbar. *Wie viel mehr gilt das nach Friedensschluß!*
Ware, Ware wird dann die Lösung sein, und nur mit Waren, nicht mit irgendwel-
chen Papieren wird man dann noch Geld einlösen können. Kann aber die
Reichsbank kein Geld einziehen, so ist sie machtlos, machtlos zu einer Zeit, *wo
man ihre Macht so überaus nötig haben wird.* Die Macht, die der Reichs-

bank durch die Erschöpfung ihres Wechselportefeuilles entfallen ist – die ist jetzt den Besitzern der Privatgeldreserven zugefallen. Diese besitzen jetzt in ihren Reserven ein wahres *Emissionsrecht* von vielen Milliarden, also ein Recht, das die heutigen Machtmittel der Reichsbank mehrfach überragt!

Von diesem ihrem Emissionsrecht werden die Besitzer der Geldreserven nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten Gebrauch machen, die aller Regel nach den volkswirtschaftlichen Interessen, die die Reichsbank vertritt, entgegenstehen. Diese Reserven werden gerade dann mobilisiert werden, wenn die Reichsbank den Geldumlauf einzuschränken bedacht ist. Wenn der Frieden kommt, dann brechen auch die Privatgeldreserven auf. Dann stürzen sich die Milliarden, die heute auf der Lauer liegen, auf die Märkte, die leer sind. Und die dann in die Höhe schießenden Preise reißen, wie das bei jeder Hochkonjunktur der Fall ist, die etwa noch zögernden Geldreserven in den Strudel. Und die Reichsbank wird dem tollen Treiben *ohnmächtig* zusehen müssen. Sie wird versuchen, mit ihren gewohnten, jetzt aber ganz unwirksamen Mitteln dem Markt den Geldüberschuß zu entziehen; sie wird 8 – 10 – 15% anbieten. Ohne Erfolg. Denn was bedeuten für den Kaufmann und Unternehmer noch 15% aufs Jahr, wenn die Preise unter dem Drucke einer Milliardenachfrage sprunghaft um das Mehrfache dieses Zinses in die Höhe schnellen? Wenn es daher der Reichsbank nicht gelingt, jetzt und noch bevor von Frieden die Rede ist, die *Privatgeldreserven in weitem Umfang aufzulösen, dann kommt nachher jeder Eingriff ordnender Hand zu spät.*

Die Reichsbank hat die Gefahr erkannt und sucht das Publikum zu veranlassen, die thesaurierten Banknoten den Banken und ihren eigenen Kassen zuzuführen, wohl in der Meinung, die Herrschaft damit wiederzugewinnen. Aber wenn es auch gelänge, die Privatgeldreserven den Banken zuzuführen, so wird dadurch doch die oben gekennzeichnete Gefahr in keiner Weise verkleinert. Denn die von den Unternehmern, Kaufleuten und Spekulanten den Banken zugetragenen Gelder werden dort nur auf *Abruf* hinterlegt und am Tage nach Friedensschluß restlos zurückgefordert werden. Und wo bleibt dann der Vorteil für die Reichsbank? Ob das Papiergeld in Privathänden oder in den Reichsbankkassen sprunghaft auf den Friedensschluß lauert, ist soweit doch absolut gleichgültig. Immer bleibt der Besitzer der Privatgeldreserven der eigentliche Disponent über

diese gefährlichen Geldüberschüsse. Er und nicht die Reichsbank wird das Emissionsrecht ausüben. Und die Reichsbank will doch offenbar mit ihrem Ruf nach ihren Banknoten die verlorene Herrschaft über den Geldmarkt wiedergewinnen.

Hier muß mit stärkeren Mitteln eingegriffen werden, wenn die Reichswährung nicht völlig verwildern und zum Spielball privatwirtschaftlicher Willkür werden soll. Die Reichsbank muß unter allen Umständen wieder in ihr Amt eingesetzt und mit den nötigen Machtmitteln ausgerüstet werden. Dies kann nur dadurch erreicht werden, daß die in Privathänden befindliche schwimmende Geldmasse auf langjährige Frist unkündbar festgelegt wird. Die Geldprivilegien müssen diesem Geldüberschuß entzogen werden. Da das mit den gewöhnlichen Mitteln undurchführbar ist, weil unter den obwaltenden anormalen Verhältnissen bares Geld und zinstragende Papiere in den Händen der warenhungrigen Kaufleute und Unternehmer inkommensurable Größen geworden sind, so sind außergewöhnliche Mittel zu ergreifen.

Das bemusterte Geld mit geschlossenem Kreislauf könnte jetzt noch – in letzter Stunde – die Gefahr abwenden. Setzen wir dieses Geld jetzt in Umlauf, also noch bevor sich Friedenshoffnungen regen, so werden die thesaurierten Banknoten restlos und *bedingungslos* der Reichsbank zuströmen. Dann muß es in der Reichsbank heißen: Gelder werden nur mit dreijähriger Kündigungsfrist evtl. auch für Kriegsanleihen angenommen. Auf Abruf werden keine Gelder angenommen. Das neue Geld wird aber dafür sorgen, daß die meisten Besitzer der Geldreserven mit einer solchen Festlegung sich einverstanden erklären. Der Eigennutz wird sie dahin treiben.

Sind dann auf solche Weise die Privatgeldreserven aufgelöst, so wird die Reichsbank wieder aktionsfähig. Sie kann dann nach Friedensschluß gerade so viel Papiergeld hinauslassen, wie sie für eine gesunde Entwicklung des Handels nach Lage der Verhältnisse für nötig halten wird, ohne noch befürchten zu müssen, daß aus verborgenen Privatreserven noch Geld den Märkten zuströmen kann. Die Reichsbank wird nicht nur nominell, sondern auch virtuell das Emissionsmonopol wiedererlangen und damit werden in der Versorgung des deutschen Handels mit den nötigen Tauschmitteln volkswirtschaftliche Gesichtspunkte allein wieder maßgebend werden, während wir sonst schutzlos der Anarchie privatwirtschaftlicher Interessen ausgeliefert sein würden.

Groß-Lichterfelde. Dahlemer Straße 28.

Die Besteuerung des baren Geldes

Prospektentwurf aus dem Jahr 1906

Man besteuert das Salz, das von vielen Völkern für heilig gehaltene Salz.

Man besteuert den Zucker, ein notwendiges, gesundes Nahrungsmittel für Kinder und stillende Mütter.

Man besteuert den Kaffee, das Getränk, das für den Herzschlag unserer alten Leute so nötig ist wie der Dampf für die Maschine.

Warum sollte man nicht auch das Geld besteuern?

Man besteuert grob und rücksichtslos den Tabak, das geistige Anregungsmittel des Volkes der Denker.

Man besteuert sogar den heiligen Geist der Nation, das Bier, ohne das unsere studierende Jugend einfach am Kollaps zugrunde gehen würde.

Man besteuert das Knochenmark des Volkes, das Getreide, doch den Blutegel des Volkes läßt man, wie den König, „steuerfrei“ laufen.

Man besteuert das wichtigste moderne Bildungsmittel, den eigentlichen Friedensengel der Völker, das Reisen (Fahrkartensteuer), doch den Zankapfel und Störenfried (auri sacra fames) läßt man unbehelligt.

Man besteuert den Tod (Erbchaftssteuer) und den das Leben zeugenden Boden (Grundsteuer).

Man besteuert die für die Überwindung der Krisen so nützlichen Geldsurrogate (Wechsel- und Banknotensteuer), doch das die Krisen zeugende Bargeld bleibt steuerfrei.

Und man sucht nach neuen Steuerobjekten. Junggesellen soll der Ehering durch eine Fingerbanderole ersetzt werden; die Krücken der nicht wehrfähigen Bürger sollen auf den Steuerämtern abgestempelt werden; das Surrogat der Sonne, das elektrische Licht, soll in die Staatskassen geleitet werden. Alles wird mit Stempelmarken bekleckst, beschmiert, und der zur Anfeuchtung dieser Marken nötige Speichel wird der Verdauung geraubt, bis daß der Zungenkrebs den Steuerzahler dahinrafft. Und trotz allem Räuspfern gelingt es dieser geradezu ekelerregenden Steuer doch nicht, die Staatskassen vollzusp...

Die Staatskassen bleiben leer.

Der Staat soll durch die Steuer sich den Gegenwert seiner Leistungen zurück-erstaten lassen. So sagt die Steuertheorie.

Aber durch welche spezielle Leistung erwirbt der Staat das Recht, den Raucher und Biertrinker besonders zu besteuern? Leistet der Staat dem Biertrinker etwa einen Schutz, den der Abstinente nicht hat? Raucher und Nichtraucher bezahlen auf

den Staatsbahnen den gleichen Tarif, warum aber werden beide von den Steuerbehörden differenziert?

Wer Brot ißt, zahlt Steuern, und zwar je mehr Brot, um so mehr Steuern, so daß die brave Wäscherin, die mit saurer Arbeit ihre sieben Buben für die Landeswehr großzieht, soviel mal mehr Brotsteuer (Getreidezölle) zahlt, wie das behäbige kinderlose Ehepaar. Und trotz dieser Kindersteuer bleiben die Staatskassen leer; überall fletschen uns die Steuerbehörden die gefräßigen Zähne entgegen, die Staatsschulden treiben uns dem Staatsbankrott entgegen.

Woher diese Scheu vor der ergiebigen Bargeldsteuer? *Gambrinus*, den deutschen Nationalgott, erwürgt man mit Steuern – vor Mammon, diesem fremden Götzengesindel, räuchert die Steuerbehörde!

Wie der Schmetterling den Honig der Blume entnimmt, ohne diese zu verletzen, so soll die Steuer ohne Schaden für Verkehr und Arbeit erhoben werden – sagt die Steuertheorie *Sancho Pansas*.

Und die Praxis? Herrje, wie sieht es da aus! Ein dichter Kranz bewaffneter, bärtiger, in Felle gehüllter Räubergestalten besetzt die Grenzen, Posten an Posten im Süden, Osten, Norden, Westen. Wie Raubtiere, hinter Büschen versteckt, spähen sie nach Beute. Wehe dem Ahnungslosen, der arglos die Steuergrenze überschreitet! Mit mächtigen Sätzen bricht die vermummte Gestalt aus dem Hinterhalt.

Wie mancher hat durch solchen Schreck schon Schaden genommen.

Die Steuerbehörde bricht zu jeder Stunde des Tages und der Nacht in die Brauereien ein, revidiert die Geschäftsbücher, guckt in die Maischessel. Jeder Irrtum in den Steuererklärungen wird mit harten, ehrkränkenden Strafen geahndet.

Der Steuerbeamte bricht in die Schlafwagen ein, rüttelt den müden Reisenden aus dem Schlafe, zwingt ihn, ihm durch die grimmige Winterkälte in das Steueramt zu folgen, reißt ihm (wie zur Zeit der Raubritter) das Gepäck auf, durchsucht die schmutzige Wäsche (pfui, wie ekelhaft), plündert ihn, falls Steuerobjekte vorhanden, und läßt ihn um eine Steuerquittung und eine Erkältung bereichert, wieder den unterbrochenen Schlaf suchen.

Und dieser ganze riesige Apparat, der einen beträchtlichen Teil der Steuererträge wieder verschlingt, muß noch mit Zuchthäusern geschützt werden, um Steuerdefraudationen zu verhindern.

Und das nennt man die Steuern erheben, wie der Schmetterling der Blume den Honig entzieht!

Warum besteuert man nicht das Geld? Der Staat leistet hier etwas, er hat ein Recht auf Gegenleistung. Er stempelt das Gold mit bedeutenden Münzspesen, er löst auf seine Kosten die sich im Verkehr abnutzenden Münzen mit vollgewichtigen Münzen ein, er überwacht den Geldmarkt, fahndet unausgesetzt nach Falschmünzern. Und die Gegenleistung?

Beim Bier leistet der Staat nichts und erhebt Steuern, beim Geld leistet er viel und erhebt nichts. Wo bleibt die Theorie?

Jedoch, ich weiß. Die Steuerbehörde ließ das Geld unangetastet, weil sie nicht wußte, wie das Geld zu fassen war. Das Geld versteckte sich.

Aber diese Schwierigkeit besteht heute nicht mehr. Das Reformgeld kann sich nicht mehr verstecken. Das Reformgeld überliefert der Steuerbehörde ein ideales Steuerobjekt. Das Reformgeld erhebt die Steuer ohne Unkosten, ohne Beamte, ohne Einbruch und Überfall, ohne Defraudationsmöglichkeit und ohne Zuchthaus – automatisch, ganz einerlei, in welchen Händen sich das Geld befindet, ob es umläuft oder versteckt wird.

Dabei belebt die Geldsteuer den Markt, sie hebt den Warenkonsum (was in dieser Zeit mangelnder Nachfrage besonders wichtig ist) und füllt die Sparkassen. Die Geldsteuer wirkt als Regulator des Geldumlaufes und entlastet die Reichsbank.

Die Geldsteuer beschleunigt den Geldumlauf, beschleunigt darum auch den Warenaustausch, sichert und verbilligt diesen.

Die Geldsteuer, indem sie den Geldumlauf reguliert und diesen nötigenfalls erzwingt, schützt den Markt vor Krisen, Krach und Panik, wie auch vor dem Wechsel der Konjunkturen.

Die Geldsteuer räumt mit allen Privatgeldreserven auf, schützt den Markt vor Geldebbe und Geldflut und unterwirft den Geldmarkt der absoluten Kontrolle der Reichsbank.

Die Geldsteuer erzwingt den Geldumlauf unter allen Umständen, ob dem Kapital der Zins genügt oder nicht; sie verhindert die Ausbeutung der Volkswirtschaft durch den Wucher und übt einen ständig wachsenden Druck auf den Kapitalzins aus. Die Geldsteuer zwingt die Geldbesitzer auch dann noch, Häuser, Fabriken, Schiffe zu bauen, wenn Haus und Schiff keinen Zins mehr abwerfen und aufgehört haben, Kapital zu sein.

Die Geldsteuer verwandelt die Überproduktion an Waren in eine Überproduktion an Kapital. Sie ersäuft das Kapital in einem Meer neugeschaffenen Kapitals.

Die Geldsteuer räumt mit der Arbeitslosigkeit und Arbeiterreserve für immer auf und verwandelt jede Mark in einen unfehlbaren, automatischen Arbeitsnachweis. Sie löst die Mehrzahl der sozialen Fragen.

Wer oder was ist schuld an der neuen Arbeitslosigkeit in Amerika.

Irving Fisher, das Internationale Arbeitsamt in Genf sowie alle, die das Problem der Arbeitslosigkeit als eine Währungsfrage behandeln und die Währungsfrage mit mathematischen Formeln zu stellen pflegen, mögen etwas in Verlegenheit sein, wenn sie für die in Amerika neuerdings ausgebrochene Krise eine stichhaltige Erklärung geben sollen. Denn die Erklärung, die bisher so ziemlich überall zu genügen schien, nämlich, daß der Rückgang der Warenpreise an sich die Ursache der Arbeitslosigkeit sei, stimmt nun mit einemal nicht mehr. Folglich ist die gegebene Erklärung nicht richtig oder wenigstens nicht für alle Fälle ausreichend. Der Index, den *Fisher* selber ausarbeitet, von dem wir also annehmen dürfen, daß er nicht gefälscht ist (hochpolitische Dinge, wie der *Index*, sind der Gefahr der Fälschung durch bestochene Beamte immer ausgesetzt), zeigt eine ganz erstaunliche Stabilität der Preise. Das Jahr 1927 beginnt mit einem Index von 103,5 und endet mit einem solchen 103,3. Der Höchststand des Jahres ist im April und Mai 106,7. Der Durchschnitt der zwölf Monatsindices ist 104,8. Am 20. Januar dieses Jahres ist der Index etwas gestiegen, auf 104,5. Also eine fast vollkommene Stabilität. Und dennoch eine Krise und ein neues Riesenheer von Arbeitslosen! Wo bleiben nun die mathematischen Formeln, die uns solche Widersprüche erklären könnten? Man sieht, wie wenig die Mathematik uns hier nützen kann. Eine Spielerei, mehr nicht.

Arbeitslosigkeit ist eine Störung des Tauschprozesses. Der Arbeiter findet niemanden, der ihm seine Produkte oder Leistungen abkaufen will. Darin besteht die Arbeitslosigkeit. Warum aber ist der Tauschprozeß, der sich noch gestern wie „geschmiert“ abspielte, nun mit einemal gestört? Der Tauschprozeß setzt voraus, daß der Händler auf seine Rechnung komme. Der Erlös der Waren muß für die dafür gezeichneten Wechsel Deckung schaffen und darüber hinaus noch für einen Profit, mit dem der Händler seine Kosten und seinen Lebensunterhalt bestreiten kann.

Wie ist es nun? Kann der Index dem Händler eine Wahrscheinlichkeit oder gar eine Sicherheit oder Gewähr bieten, daß er auf seine Rechnung kommen wird, wenn er heute Waren kauft und sie auf Lager nimmt, um sie zu detaillieren? Dieses Detaillieren mag einen, zwei, vier Monate und mehr in Anspruch nehmen. Was sagt ihm nun

der Index zu seiner Frage? Doch nur, daß der Index während des *verflossenen* Jahres sehr hübsch stabil gewesen ist. Wie er sich in den nächsten Monaten entwickeln wird, vielmehr, wie er in den nächster Monaten von den Dollarmanipulatoren entwickelt werden wird, darüber sagt ihm der Index kein Wörtchen. *Und darum ist ihm der Index nutzlos.* Busch sagt: „Es macht Plaisir, wenn man es ist, es macht Verdruß, wenn man's gewesen.“ – Der Index ist ein Rückblick, kein Ausblick, und gerade auf den Ausblick käme es dem Händler an. Den Ausblick muß sich der Händler selber schaffen, und den schafft er sich dadurch, daß er sich fragt: Haben die Manipulatoren des Dollars im Federal Reserve Board heute noch ein Interesse daran, den Index stabil zu erhalten, oder werden sie ihn erhöhen oder gar senken? Eine direkte Anfrage beim Federal Reserve Board würde sicher unbeantwortet bleiben, wie auch seinerzeit die Anfrage der Berner Baugenossenschaft beim Finanzdepartement, ob sie damit rechnen könnten, daß das Finanzdepartement für eine weitere Erhöhung des Indexes oder wenigstens für eine Stabilisierung sorgen würde, weil sie die Annahme eines dargebotenen Darlehens von der Beantwortung dieser Frage abhängig machen müssen, auch nicht beantwortet wurde. [Nachher sind die Berner Baugenossenschaften durch die Deflation schwer geschädigt, zum Teil ruiniert worden! – Red.] So bleibt den amerikanischen Händlern nichts anderes zu tun übrig, als sich in die Lage, die persönliche Lage der Manipulatoren hineinzudenken und sich die Frage zu wiederholen, ob diese völlig unverantwortlich handelnden Männer, die sämtlich der Hochfinanz angehören und die Zügel der ganzen Wirtschaft in der Hand halten, wirklich heute noch ein Interesse daran haben, den Index auf gleicher Höhe zu halten. Viel mehr als eine *Meinung* wird bei solcher Überlegung nicht zum Vorschein kommen. Aber eine solche Meinung kann, wenn sie nur stark genug verbreitet ist oder verbreitet wird, ganz gewaltige Wirkungen auslösen.

Eine sehr nahe liegende Meinung ist nun die folgende: Die Manipulatoren des Dollars sind an der Wirtschaft nur durch die Rendite, die Dividende interessiert, und gerade diese hat sich in der letzten Zeit für die Dividendenbezieher unbefriedigend entwickelt. Der Vollbetrieb der Wirtschaft während der letzten Jahre hat den Lohn gehoben und die Dividenden gesenkt, wie das nun einmal nicht anders vom Vollbetrieb erwartet werden kann. Nach *Fishers* Berechnungen ist der Dividendenindex Während des Jah-

res 1927 von 4,07% im Januar 1927 fast unaufhaltsam auf 3,09 im Dezember gefallen. Historisch betrachtet, ist das wenig genug für amerikanische Kapitalisten. Und die Aussichten? Nun, diese sind überaus trüb, wenn der Grund solchen Rückganges der Dividenden fortbesteht, d. h. also hier, *wenn der Vollbetrieb der Volkswirtschaft andauern sollte*. Vollbetrieb der Wirtschaft verträgt sich auf die Dauer mit hohen Dividenden, hohem Zinsfuß unmöglich. Es ist ein glatter Widerspruch, ähnlich wie hohe Zinsen und volle Sparkassen, wie gute Salaternte und hohe Salatpreise. Hier muß eines von beiden nachgeben. Entweder müssen die Dividenden nachgeben, oder der Vollbetrieb der Wirtschaft muß gebremst werden. Wer wird nun nachgeben? Werden die Herren oder die Knechte nachgeben? Wer ist der Stärkere? Von den Manipulatoren des Dollars hängt es ab, wie sich der Index in naher Zeit entwickeln wird. Ein Wörtchen nur von dieser Seite, ein schwaches Alarmgepiepse durch die den Manipulatoren ergebene Presse, und schon ist es aus mit dem Vollbetrieb, denn nun weiß es der Händler, daß er für die Waren, die er heute zu kaufen vorhatte, nicht mehr den mit dem allernötigsten Profit belasteten Einstandspreis wird erzielen können. Und darum wirft er die für den erwarteten Besuch des Geschäftsreisenden bereitgestellte Bestellung in den Papierkorb. Damit setzt dann die Krise ein, die Arbeitslosigkeit macht sich breit, diese drückt auf die Lohnforderungen, und wo diese durch Trade Unions vertreten werden, werden diese Organisationen gesprengt, oder sie ergeben sich kampflos oder nach Kampf gottergeben in ihr Schicksal. Dann kann bei gesenkten Löhnen der Vollbetrieb wieder aufgenommen werden, und der Kapitalist erfreut sich wieder für eine Weile einer besseren Rendite, bis das Spiel wieder erneuert werden muß ... zum tausendsten Male.

Die gesetzlich vorgeschriebene Indexwährung ist der Weg, den die Amerikaner zu gehen haben, wenn sie aus dieser schier lächerlichen Situation herauskommen wollen. Der Index muß unter die Kontrolle des Gesetzes gestellt werden. Der Händler soll nicht nur eine *Meinung* haben über die zukünftige Entwicklung des Indexes. Er muß *wissen*, daß dieser Index unter allen Umständen fest erhalten wird – weil das Gesetz es so vorschreibt, weil die heutigen Manipulatoren durch verantwortliche Angestellte des Volkes ersetzt sind, die aufs Schafott wandern, wenn sie sich durch Börsenleute bestechen lassen. Dann hält der Händler es für wahrscheinlich, daß ihm, Spezialfälle aus-

genommen, der Verkaufspreis der Waren Deckung für den Einstandspreis beschaffen wird und daß er seine Wechsel einlösen können. Dann schreibt er seine Bestellungen aus. Die Arbeitslosigkeit hat ein Ende, der Vollbetrieb der Wirtschaft setzt wieder ein, die Löhne steigen, die Dividenden gehen zurück, der Zinsfuß sinkt, sinkt unaufhaltsam, solange der Vollbetrieb anhält. Das kann ein hübsches Weilchen dauern.

Aber was geschieht nun, Irving Fisher, wenn mit den Jahren der Zinsfuß so weit sinkt, daß niemand mehr ein Interesse daran hat, sein Geld in Umlauf zu setzen, wenn es sich nicht einmal mehr lohnt, für gespartes Geld den Weg zur Sparkasse zu machen, *wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes proportional dem Rückgang des Zinsfußes zurückgeht? Und wenn entsprechend der unendlichen Langsamkeit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die Geldmenge behufs Festhaltung des Indexes unendlich vermehrt werden muß?*

Da muß jetzt schon gesagt werden, daß sich ein dauernder Vollbetrieb der Wirtschaft mit dem heutigen Geld eben *nicht verträgt*, daß der Umlauf des heutigen Geldes den Zins und damit die Armut und Bettelei der Volksmassen zum Leberelement hat.

Zielstrebigkeit in der Freiwirtschaftsbewegung

Zum Thema: Pazifismus und Freiwirtschaft.

Jede Zeit hat ihre besondere Forderung. Etwas ganz bestimmtes steht im Blickpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Aufgabe des Freiwirtschafters ist es, die Forderungen der Freiwirtschaft mit diesen wechselnden Dingen so zu verbinden, daß sich unwillkürlich die öffentliche Aufmerksamkeit auch auf *seine* Vorschläge richtet. „Die Ubiquität der Freiwirtschaftler in der Schweiz ist einfach skandalös“ (auf deutsch: Die Allgegenwart der Freiwirtschaftler in der Schweiz geht mir schrecklich auf die Nerven), sagte Prof. Dr. *Oppenheimer* in Basel und später auch in Bern, und er stellte damit den Freiwirtschaftlern als Werbenden für einen neuen Gedanken das denkbar beste Zeugnis aus.

Wir haben allerdings in dieser Hinsicht den Sozialisten und Kommunisten gegenüber einen in unserer Idee liegen-

den großen Vorteil: Es liegt jetzt eine Zeit der *festen Währung* hinter uns, unsere Forderung ist, ob absichtlich oder unabsichtlich ist gleichgültig, für einige Monate durchgeführt worden. Was ist die Folge? Wir haben sie in der letzten Nummer ds. Bl. durch amtliche Berichte darstellen können: eine durchgehende Verbesserung der privaten und der nationalen Lebensbedingungen, vermehrter Absatz im Inland und auch nach dem Ausland, bessere Arbeitsbedingungen, steigende Arbeitseinkommen usw. usw. Was haben die Sozialisten und Kommunisten diesem Erfolg entgegenzustellen? – Überall, wo sie einen Besuch machen konnten, wo sie wirklich sozialisieren und kommunalisieren konnten, da wurde bestenfalls nichts geändert, in der Regel aber gerieten ihre Unternehmen in Bedrängnis, und das Ende war ein glatter Mißerfolg. (s. *Shadwell*: „Der Zusammenbruch des Sozialismus“, Bruckmann, München 1928.)

Aber auch die sogenannten Bürgerlichen, Demokraten wie Freisinnige und Konservative, können nichts Erfreuliches verbuchen, wissen nicht aus und ein und sagen bloß, daß „der Sozi nicht regieren *dürfe*“. Daß sie selber nicht regieren konnten, ohne den *Weltkrieg* herbeizuführen, verschweigen sie natürlich. Aber ein gut Stück Herzensnot bleibt ihnen doch; bald fürchten sie einen neuen Weltkrieg und bald den Sieg der sozialistischen Parteien, weshalb sie fieberhaft nach neuen Wegen suchen. Und hier spielen die Freiwirtschaftler – und sie sollen und werden das künftig noch mehr als bisher tun – die Rolle des Hasen im Märchen vom Swinegel und dem Hasen. Überall, wo die Bürgerlichen hinkommen, heißt es: „*Ich bin schon da!*“ Die Bürgerlichen werden an allen Stellen, wo sie einsetzen wollen, den Freiwirtschaftler finden: „Ich bin schon da: Wenn Du, was Du vorschlägst, auch ernstlich willst, so mußt Du die freiwirtschaftlichen Forderungen annehmen.“

So war z. B. vor einigen Monaten „*Konjunkturforschung*“ die große Mode. Die Freiwirtschaftler saßen aber schon in der hohlen Gasse, durch die unsere Konjunkturforscher kommen mußten und strahlten sie. Ihre Gefolgsleute blieben an den freiwirtschaftlichen Programmpunkten hängen. „Wir hätten besser damit nicht angefangen“, hieß es nachher bei den „Forschern“. Dann kam die große Mode „*Bauernnot*“. Die Freiwirtschaftler konnten alte Flugblätter und Briefe an die Bauernführer hervornehmen, worin diese gewarnt worden waren, als sie noch Zeit gehabt hätten, das Unheil abzuwenden.

Was ist in der nächsten Zukunft zu tun? – Wir stehen in einer Periode der festen Währung und genießen deren Vorteile auf allen Gebieten. Aus den Vereinigten Staaten jedoch berichten die „Basler Nachrichten“, man erwarte dort den Ausbruch der *Krise*, „die unvermeidlich ist“, *nach den Präsidentenwahlen*; vorher dürfe sie nicht kommen, damit keine Verwirrung entstehe. Jetzt haben wir die Aufgabe, unsere Kräfte darauf zu verwenden, den Leuten immer wieder neu zu zeigen, daß wir heute eine feste Währung haben und daß sich alles von den Schrecken der vergangenen Deflationszeiten zu erholen beginnt, *auch die Bauern*. Dann ist weiter zu sagen, daß, wer eine Fortsetzung unserer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung will, *uns* unterstützen muß, und daß jeder eine unverzeihliche Unterlassungssünde begehe, der nicht *mit* uns in den Ruf einstimmt: „*Kampf der Krise, die die Börsianer in New York machen wollen*, weiterfahren mit der nun begonnenen, vernünftigen Kredit- und Währungspolitik!“

Wer sich uns gegenüber auf die „Neue Zürcher Zeitung“ stützen möchte, der soll daran erinnert werden, daß dieses Blatt seinerzeit gegen die Einführung der Postmarken anstelle der Barzahlung des Briefportos den „Witz“ veröffentlichte, die Briefmarken seien eine Erfindung der Bierbrauer, die mehr Bier verkaufen könnten, wenn die Leute vom Markenschlecken trockene Zungen bekämen! – Auf der gleichen Höhe stehen ihre heutigen Einwände gegen die vernünftig regulierte Geldausgabe seitens der Nationalbank.

Auf die Forderung nach der Verhinderung der neuen Krise müssen wir uns in den nächsten Monaten konzentrieren. Klar ist, daß sich jeder daneben noch seine Sonderaufgabe stellen kann. Die sozialistischen und die bürgerlichen Swinegel laufen bald hierhin, bald dorthin, und *überall* müssen sie die freiwirtschaftlichen Läufer antreffen: „Ich bin schon da!“ Unsere „Ubiquität“ darf, trotz der Konzentration auf das oben gesteckte Ziel nicht vermindert werden.

Daß als *nächster* wirtschaftlicher Programmpunkt die *Initiative* steht, die die Aufgabe der Notenbank in der Schweiz genau umschreibt, ist dabei selbstverständlich.

Stabilisierung des Bürger- und Völkerfriedens

vorgelegt von der Internationalen fysiokratisch-freiwirtschaftlichen Delegation dem Welt-Jugend-Friedens-Kongress in Eerde-Ommen (Holland) 17.–18. August 1928.

- 1) Der kämpfende pazifist, der sich der grÖÙe seiner aufgabe bewußt ist, wird keinen unterschied machen zwischen bürger- und völkerkrieg, zwischen äußeren und inneren feinden. Für ihn gibt es nur einen krieg, nur einen frieden. Mit gleicher macht erstrebt er den frieden nach innen wie nach außen.
- 2) Der pazifist, der tiefer in die beweggründe der kriege schaut, geht noch einen schritt weiter in der beurteilung des bürger- und völkerfriedens und sagt, der kriegsgeist, der geist der gewalt ist ein kind des chronischen bürgerlichen kriegszustandes, der die eingeweide aller kulturvölker zerreiÙt. Wer diesen geist bekämpfen will, muß ihn in erster linie als bürger im eigenen lande bekämpfen. Der weg zum völkerfrieden geht über den weg des bürgerfriedens und nicht umgekehrt.
- 3) Das, was die Völker und volksklassen in waffen gegeneinander treibt und immer getrieben hat, sind dinge wirtschaftlicher natur, die notzustände schaffen oder vorherrschen lassen, und für diese zustände gilt das gesetz: NOT KENNT KEIN GEBOT. Die not bricht nicht nur eisen, sondern auch Verfassungen, vertrage und bündnisse und setzt sich über alle moralischen, ethischen und religiösen hemmungen hinweg. Nichts ist schließlich der not heilig als der kämpf gegen ihre Ursachen.
- 4) Auf die beseitigung solcher notzustände hat also der ernsthafte friedenskämpfer sein augenmerk zu

richten, unbeschadet seiner etwaigen Überzeugung, daß der Frieden oder wenigstens der Friedenswunsch mit moralischen, religiösen und ethischen Mitteln auch noch gefordert werden könne.

- 5) Der Notzustand, der zu den Kriegen treibt, hat wenigstens bei den heutigen Industrie- und Handelsvölkern seinen Grund nicht in einem naturgegebenen Mangel an Industrie- und Nährstoffen, sondern in unseren gesellschaftlichen Einrichtungen, die die Produktion und den Austausch beherrschen und die Arbeit tributpflichtig machen, wobei der Umstand noch erschwerend wirkt, daß zur Sicherung dieses Tributes der Produktion und dem Tausch Hemmungen bereitet werden müssen, die zu Krisen und Arbeitslosigkeit führen. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, um die es sich da handelt, sind das Privateigentum an Grund und Boden und das herkömmliche, aus dem Altertum in unveränderter Gestalt von uns übernommene Geldwesen, dessen Mängel immer offensichtlicher geworden sind. Grund- und Geldbesitzer fordern Zins, sonst sperren sie der Produktion den Boden und dem Austausch der Produkte das Geld. Dieser Zins überträgt sich automatisch auf das gesamte Wirtschaftsleben und schafft das, was als Kapitalismus bezeichnet wird.
- 6) Der Kapitalismus hat den Zerfall des Volkes in zwei Klassen verursacht und vollendet: die Klasse der Nutznießer und die der Nutzgenossen. Jene hoch- und übermütig, nimmersatt, immer bereit, ihren Interessen Glück und Lebensfreude aller anderen Menschen zu opfern, diese dagegen mühselig und beladen, ungebildet, neidisch, ewig auf eine günstige Gelegenheit zur Empörung und Befreiung lauernd und weit entfernt von jener geistigen Einstellung, die die Rache ablehnt.
- 7) Der Kapitalismus muß einem Gesellschaftszustand Platz machen, in dem das Recht auf den Vollen Arbeitsertrag verwirklicht ist, wo jeder von der Arbeit leben muß, wo der Glaube an die eigene physische und geistige Kraft das zum gerechten Urteil nötige wirtschaftliche Sicherheitsgefühl verschafft und einer biologischen Betrachtung aller menschlichen Angelegenheiten Platz macht, die das Streben nach Monopolstellung einerseits, nach utopischer Gleichmacherei andererseits in gleicher Weise ablehnt.

- 8) Die Überwindung des kapitalismus, das recht auf den vollen arbeitsertrag fordert zwei reformen von einschneidender natur: FREILAND, d. h., die liquidierung des privateigentums am boden, das gleiche recht aller menschen auf den boden (die erdkugel) und FREIGELD, d. h., ersatz des heutigen geldes durch ein tauschmittel, das den zins nicht zur selbstverständlichen voraussetzung seines umlaufes macht, das der anhäufung von realkapital keine grenzen zieht und so den aus dem natürlichen streben nach eigentum und aus der gewaltigen produktionskraft des modernen arbeiter entstehenden druck auf den kapitalzins bis zu dessen völliger beseitigung wachsen läßt.
- 9) Die für den völkerfrieden so gefährliche nationalistische zollwirtschaft, der jetzt so gut wie alle nationen huldigen, ist eine fast zwangsläufig sich einstellende nebenerscheinung der mängel unseres geldwesens und des instituts des privateigentums an grund und boden. Der grundbesitzer will seine grundrente erhöhen oder sie wenigstens vor niedergang schützen und fordert deshalb die sperrung der grenzen für alle ausländischen agrarprodukte. Falls sein besitz hypotekarisch belastet ist, wird er bei jeder deflation (preisfall) zu solcher politik durch die wachsende schwere seiner schuldenzinsen gezwungen. Die industriellen wiederum wollen durch den zoll wenigstens den heimischen markt, den die gleiche Ursache, die deflation, gestört hat, für den absatz ihrer produkte sichern.
- 10) Mit der liquidierung des privatgrundbesitzes und mit der durch das freigeld ermöglichten INDEXWÄHRUNG werden die triebkräfte, die zur zoll wirtschaft geführt haben, rasch erlahmen und die forderung nach dem allgemeinen weltfreihandel als eine selbstverständlichkeit erscheinen lassen, aus dem grunde, weil der freihandel die in jedem menschen mehr oder weniger lebendigen imperialistischen triebe befriedigt und es sich erübrigen wird, sie als unmoralisch zu bekämpfen. Jeder wirtschaftler wird sagen können, daß er die welt nicht mehr zu erobern braucht, weil er sie ja mit dem freihandel schon fest in seinen händen hält.
- 11) Eine gesellschaftsordnung wie die heutige, die das volk in eine übermütige protzende minderheit und in eine schwitzende, blöde masse zerfallen läßt,

steht nicht von selbst. Sie muß vor dem ansturm der stets zu gewalt-samem umsturz bereiten massen von innen und außen gestützt werden. Hierzu können selbstverständlich fysische mittel allein nicht gebraucht werden, denn die empörer sind durch ihre masse in der fysischen über macht. Fysisch sind die Verteidiger unserer jetzigen gesellschaftsord-nung immer unterlegen gewesen. Dem aber, der sich einer übermacht von so gewaltigem umfang gegenüber sieht, sind alle mittel der verteidigung willkommen. Die verteidiger greifen zu den geistigen mitteln, die die geschichtsfälschung und die mit dem nachrichtenmonopol ermöglichte urteilsfälschung (die zum fremdenhaß führt) im überfluß zur verfügung stellen. Moral, ethik, religion und zum guten teil auch die wissenschaft werden in den dienst der verteidigung gestellt, d. h., man fälscht das alles um, bis daß aus solchen, die menschheit sonst einigenden kräften solche trennender, feindlicher natur werden. Man verhetzt mit diesen mit teln dann die volksmassen international, so daß sie koalitionsunfähig werden und die volksmassen sich schließlich zur verteidigung der sie ausbeutenden monopole in den krieg führen lassen.

- 12) Der entschlossene pazifist fordert darum neben allem ändern auch den abbau aller staatsfunktionen, die dem Staate als geistige machtmittel zum zwecke der Verteidigung von den nutznießern der heutigen gesell-schaftsordnung aufgebürdet worden sind.
- 13) Der wirtschaftlich orientierte pazifist fordert also:
 - a) liquidierung des privatgrundbesitzes in der ganzen welt,
 - b) ein von der zinsforderung befreites tauschmittel und stabilisierung des index (indexwährung),
 - c) allgemeiner übergang zum freihandel (weltfreihandel),
 - d) abbau des Staates auf dem gebiete der moral, der ethik, des kultus und der wissenschaft.
- 14) Wer die hier genannten vier friedensforderungen gründlich und liebevoll durchdenkt, kommt erfahrungsgemäß schnell zu der überzeugung, daß der durch sie ermöglichte wohlstand, bzw. die verdrängung von armut und reichum den durch den kapitalismus gezüchteten allgemeinen kriegsgeist schnell in sein gegenteil wird umschlagen lassen

und daß dann der von ethikern, moralisten und religiösen gesellschaften seit jahrtausenden nutzlos gestreute friedenssamen in solchem milieu von wohlgesinntheit nunmehr fröhlich keimen kann und nicht mehr der gefahr ausgesetzt sein wird, von den dornen erstickt zu werden.

Hauptwerk: Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung.

Auskunft und Liste kleinerer Einführungsschriften „Die Neue Zeit“, Lauf bei Nürnberg (Deutschland) und Bern (Schweiz).

Für wissenschaftliche Klärung: Freiwirtschaftliches Archiv, Otto Maass, Erfurt (Deutschland)

Diese Thesen (deutsch und englisch) liefert der Verlag kostenlos gegen Erstattung des Portos.

Am Grabe Georg Blumenthals.

Gedenkrede *Silvio Gesells* bei der Bestattung am 2. Juli 1929.

Liebe Freunde, liebe Zeitgenossen,

die Kiste, die vor uns liegt, birgt die irdischen Reste unseres lieben Freundes Georg *Blumenthal*. Es sind nur die irdischen Reste. Wir werden sie nun in dieses Loch bergen zur Wiedervereinigung mit der Mutter Erde. Aber wie der Geist Gottes einst über den Nebeln und Wassern schwebte, so schwebt auch neben dieser Kiste etwas, was mehr ist als bloßer irdischer Staub. Etwas, was an Wetterleuchten erinnert, plant hier, und viele sind es, die *Blumenthal* gekannt haben, die voller Vertrauen erwarten, daß aus dem Wetterleuchten sich dermal-einst ein Gewitter entwickeln wird, das die Atmosphäre reinigen und den Millionen, denen das Atmen in unserer Gesellschaft schwer wird, allseitige Befreiung schenken wird. Der Geist *Blumenthals*, wie er schon vielen Lebenden Befreiung von geistigen Fesseln brachte, wird in stärkster Weise dazu beitragen, daß dereinst die Nebel gespalten werden, und wenn dann in mächtigen Blitzen der Himmel in hellem Lichte erstrahlen wird und gewaltige Donnerschläge ängstliche Gemüter schrecken mögen, dann werden viele, viele sich *Blumenthals* er-innern, und dann wird *Blumenthals* Geist nicht mehr über trüben Wassern schweben, sondern in Millionen glücklicher Menschen wieder lebendig werden. Wer sich das ewige Leben in dieser Form vorstellen kann, der wird sagen, *Blumenthal* lebt in seinen Werken in verklärter Gestalt weiter, und dieses Leben wird ein kräftiges, wirkungsvolles, revolutionäres Leben sein. Auf alle Fälle wird es des Schwammes vieler Äonen bedürfen, um *Blumenthals* Namen von der Tafel menschlicher Ereignisse völlig zu verwischen, aber schließlich, wie die Wogen gewaltiger Stürme an den Küsten sich brechen und bis zur spiegelglatten Fläche abebben, so werden auch die Stürme, die *Blumenthals* Geist heraufbeschwört, eines Tages in die Gefilde der Seligen münden. Sobald aber dies Ziel erreicht ist, ist auch die Geschichte der Ereignisse, die dahin führten, vergessen. Erst dann, wenn letzteres erfolgt, wird man *Blumenthal* zurufen können: Ruhe in Frieden, Georg, heute aber sitzt Du wie der *Cid Campeador* fest im Sattel und kämpfst an der Spitze eines siegesbewußten Heeres!

Ich persönlich stand seit fast einem Vierteljahrhundert mit *Blumenthal* in ewiger Verbindung. Wir arbeiteten und kämpften zusammen. Wir ernteten kleine Erfolge und große Mißerfolge. Zuweilen, wenn die Mißerfolge in allzu krassem Widerspruch standen mit unseren Hoffnungen, blinkten verstohlene Tränen in seinen Augenwinkeln. Aber die Hoffnung gaben wir keinem Augenblick auf. *Seine Arbeiten* waren immer durch die größte Gewissenhaftigkeit ausgezeichnet. *Er* schrieb niemals einen Satz nieder, den er nicht nach allen Seiten durch-

dacht hatte, und unermüdlich war er in der Erfindung von Einwänden, um sie zu widerlegen. Oft dachte ich, wenn unsere sogenannten Wissenschaftler die Ehrlichkeit und die Gewissenhaftigkeit *Blumenthals* sich zum Vorbild nehmen würden, die Menschheit auf allen Gebieten mit Riesenschritten vorwärts marschieren müßte.

Diese peinliche Gewissenhaftigkeit war ein Produkt seiner allgemeinen geistigen Einstellung, die ihn dahin drängte, sein Tun in Harmonie mit seinen Überzeugungen zu bringen. In diesem Sinne war er von vorbildlichem Ernst beseelt. Die Unmöglichkeit, dem praktischen Leben christliches Gepräge zu geben, ohne sich selbst dabei aufzugeben, hatte ihn frühzeitig dem Kirchenleben entfremdet. Er konnte nicht heucheln. Er litt sehr unter der *Unmenschlichkeit* der göttlichen Weltordnung. Die Widersprüche dieser göttlichen Ordnung mit unserem menschlichen Empfinden sind zu kraß, oft direkt empörend. Wer als Mensch in Harmonie mit der Natur leben will, muß vor allem diese Natur anerkennen. Diese Natur aber anerkennen und das System des Fressens, um nicht gefressen zu werden als natürlich, d. h. als *göttlich* zu bezeichnen, heißt sein Menschentum aufgeben, sich selbst zur Brutalität bekennen. Wie wahr das ist, ersehen wir aus der Entwicklung, die die Dinge nehmen, wenn wir Christus, Gott den Sohn, auf des Vaters Thron setzen und ihm das Regiment überlassen. Er schont alles, was Gott, der Vater dem Untergang geweiht hat. Die Kranken und Schwachen, die Letzten der Herde, die Alten, die sind es, auf die das System des Vaters es abgesehen hat. Die will ER vor seinem Angesicht ausrotten, damit Platz wird für andere, für stärkere, gesündere, glücklichere Exemplare, während *Christus* diese Todgeweihten des Vaters mit all seiner Liebe umgibt, keinen vergißt und sich über einen Krüppel, den er kümmerlich am Leben erhält, mehr freut als über 1000 Schmelings, die seiner Hilfe nicht bedürfen. Es war dann die Überlegung, wohin solch christliches Vorgehen die Menschheit mit Notwendigkeit führen muß, die *Blumenthals* nach Harmonie strebende Seele zerriß und sehr oft seine Arbeitsfreudigkeit lähmte. Was hat es auch für einen Sinn, in einer Weltordnung zu schaffen, wenn man den Grundgedanken dieser Ordnung, so weit man ihn wenigstens glaubt, erkannt zu haben, mit Widerwillen ablehnt, ja verabscheut. Wer wird sich in den Dienst eines Gottes stellen, den man im Grunde der Seele haßt, ja, dem man sich moralisch überlegen wähnt. Man spielt dann die klägliche Rolle *Lucifers*, der sich auch anmaßt, die auf Fressen und Gefressenwerden eingestellte *göttliche* Weltordnung zu kritisieren und zum Dank dafür die Faust des Stärkeren zu spüren bekommt. Georg läge nicht schon heute in dieser Kiste, er wäre schön rund und wohlhabend, wenn er diese Idee der Harmonie des Menschen mit der Natur als Utopie betrachtet, sich in diese Ordnung eingefügt, sie sich, so wie sie ist, dienstbar gemacht hätte. Seht dort diese Lerche, die singend und jubilierend in den blauen Äther emporsteigt, immer höher und höher, um dem

Schöpfer ein Ständchen zu bringen. *Omnis spiritus laudat deum, qui manet in aeternum*. Ganz recht. Nun aber schaut, wie sie, erschöpft, sich wieder der Erde nähert, wie sie noch ganz gefangen in der Erhabenheit ihres kleinen Gottesdienstes alle Vorsicht vergessend in den offenen Rachen eines Raubtieres landet. Viele haben solches oder ähnliches oft und oft erlebt, sind dann an ihre Arbeit gegangen, haben Fuhren voller Kartoffel eingeheimst. Sie hielten sich über das Ereignis nicht weiter auf. Oh, Georg, auch Du würdest heute noch Deine Ernten einheimsen, lachend und singend, würdest mit allen anderen Geistern Gott loben und preisen, wenn Du Dich der Faust des Stärkeren bedingungslos unterworfen hättest. Oder glaubtest Du etwa, daß der Mensch eines Tages Gottes Thron erstürmen wird, um sich selbst darauf zu setzen? Und würde es dann nicht zugehen wie in Rußland, wo die Bolschewisten den Thron der Kapitalisten erstürmten, um dann mit den Rezepten der vertriebenen Kapitalisten weiter zu arbeiten? Auch eine *menschliche* Weltordnung wird ohne brutalste Anwendung des Ausleseprinzips nicht auskommen. Nein, als Christ wird der Mensch immer nur sterben, niemals aber leben können.

Blumenthal nannte sich mit Überzeugung *Individualist* und *Egoist*. Getreu seinem ernsthaften Charakter suchte er auch das zu sein und nicht nur zu scheinen. Selbst auf den delikatesten Gebieten persönlichen Lebens wollte er seiner Grundeinstellung unter allen Umständen treu bleiben. Der Individualist stellt sich selbst ins Zentrum allen Geschehens, ins Zentrum des Weltalls und läßt Sonnen und Sterne, den Himmel mit allen Göttern um sich kreisen zur eigenen Verherrlichung. Er anerkennt nichts, was des Opfers integrierender Bestandteile seiner Persönlichkeit wert wäre. Mit Erkenntnis und voll Stolz sagt er mit *Stirner*: *Mir geht nichts über Mich*. Mit diesem Satz hat *Blumenthal* gar machen vor den Kopf gestoßen und unendliche Debatten ausgelöst bei den von kommunistischen, christlichen, sozialistischen, humanistischen Gedanken Beherrschten und Besessenen. Wer nach Tageserfolgen hascht, der muß sich hüten, in dieser Welt voll Heuchelei solch offene Sprache zu sprechen. Aber *Blumenthal* kam es ja gar nicht auf ephemere Erfolge an. Die Echtheit seiner Grunderkenntnisse wollte er immer wieder zur Debatte stellen. Und wie es so in der Regel der Fall ist, der Gedanken- und Herrschaftskreis der Menschen, die von Dogmen, moralischen Rezepten, von fremden Idealen beherrscht sind, ist sehr klein umrissen, und meistens liegt an der Peripherie dieses Kreises ein wüstes Gemenge geistiger und wirtschaftlicher Erwägungen, die zudem noch auf Trugschlüssen aufgebaut sind. Diese Gedankenwelt dann anatomisch so zu zerlegen, daß als Gerippe des Ganzen der Egoismus des Menschen aus dem Brei idealistischer Heucheleien herausleuchtet, verstand *Blumenthal* wie kein anderer.

Der *Egoismus*. Wie wenige verstehen den Sinn dieses Wortes! *Blumenthals* Verdienst ist es, Aufklärung über den Sinn dieses Wortes

in die Massen getragen zu haben, den Egoismus in den Augen vieler rehabilitiert zu haben. Der Egoismus als eine Eigenschaft kurzsichtiger, von Dogmen bessener Menschen zeigt sich uns allerdings als das, was unter diesem Worte allgemein verstanden wurde, als eine Gefahr für unser persönliches Glück. Aber der Egoismus des *Individualisten* wirkt sich ganz anders aus entsprechend der *Individualität* des Einzelnen. Die Individualisten reagieren jeder für sich auf eigene Weise, und so wirkt sich der Egoismus auch auf tausend oft absonderliche Weisen aus. Sich selbst treu bleiben können, das ist das Glück des individualistischen Egoisten. Sich völlig ausleben können, sich *seiner Sache* völlig hingeben können, sich auch für *seine* Sache wie *Giordano Bruno* verbrennen, für seine Sache sich wie Christus kreuzigen zu lassen, das ist des Lebens höchster Genuß, das gehört zu den Gütern, zu den Lebensfreuden, die der Egoist allein sich vorzustellen vermag. In diesem Sinne wird auch nur allein der Egoist für die Neugestaltung unserer Gesellschaftsordnung zu haben sein, denn er allein vermag den Satz uneingeschränkt als richtig anzuerkennen, daß er sich nur glücklich fühlen kann in einer Welt, die allen die Möglichkeit bietet, glücklich zu sein. Der Egoist ist für die Herstellung des Bürger- und Völkerfriedens, für Gerechtigkeit, für die Schaffung einer völlig glatten Arena, wo es für den Kampf ums Dasein keinerlei Vorrechte mehr gibt. Wie er die Lüge als seinem Glücke abträglich haßt, so front er der Wahrheit, der unbedingten Wahrhaftigkeit, und wenn er diese Fron bis zur Selbstopferung treibt, so widerspricht er in keiner Weise seinem Grundsatz, daß sich alles um ihn zu drehen, sich vor ihm zu verbeugen hat, denn hier identifiziert er die Wahrheit mit *sich selbst*, hier opfert er ja seiner Sache. Der sich selbst treu bleibende *Egoist*, sofern er tief zu schürfen versteht, ist nichts anderes als das fleischgewordene Streben nach Wahrheit und Erkenntnis, und die einzige Kraft, die ihn beseelt, ist der Wahrheitstrieb, der allen Menschen eigen ist, dem sich aber in dieser Welt voll Heuchelei nur heroische Naturen hingeben können.

Liebe Freunde und Zeitgenossen: Durch all sein Tun hat sich bei mir die Überzeugung festgesetzt, daß, wenn die Umstände es von *Blumenthal* verlangt hätten, er stets bereit gewesen wäre, der Idee, die er vertrat, auch den letzten Dienst, das letzte Opfer zu bringen, und ich würde es feiern, wenn in Zukunft der Name *Blumenthals* erwähnt wird, sich Ihnen das Bild eines Menschen entschleiert, der auch Angesichts des brennenden Scheiterhaufens die Fahne des Egoismus und Individualismus hochhält und seine letzten Kräfte zusammenrafft, um seinen Henkern durch heroisches Benehmen Achtung mit der Hoffnung abzutrotzen, daß ihnen dadurch vielleicht ein kleiner Schimmer seiner tiefen Erkenntnisse aufleuchten wird zum Nutz und Frommen künftiger Geschlechter.

dixi.

[Pseudonym für S. Gesell]

Über Strafe oder Schutz

Die Strafgesetze wollen zumeist mehr, als den „Verbrecher“ unschädlich machen. Man will, wie das Wort schon andeutet, man will „strafen.“ Teils als Sühnung der göttlichen Weltordnung, teils als Abschreckung gegen weitere Verbrechen. Mit der Strafe verbindet man auch noch die Hoffnung einer Besserung des Verbrechers. Auch der Wunsch nach Vergeltung mag oft eine Rolle spielen, beim Richter, der das Gesetz anwendet und bei den Gesetzgebern, die das Gesetz ausarbeiten. Der Rachegeist gibt so der Strafe den barbarischen Charakter des Selbstzweckes.

Alle diese Gesichtspunkte sind faul und müssen fallen gelassen werden. Die Sicherung gegen die Untaten der Verbrecher mag einziger Zweck der Strafe sein, wenigstens in einer Gesellschaft von Nichtsadisten. Schutz vor Dieben und Mördern, Schutz vor falschen oder gefärbten oder unterschlagenen politischen Zeitungsnachrichten, Schutz vor Schutzzöllnern, Schutz vor Inflations- und Deflationspolitikern, vor Kriegs- und Goldwährungsaposteln, Unschädlichmachung der Verbrecher, das ist's, was mit der Strafe allein erreicht werden sollte. Alles übrige, Rache, Sühne, Vergeltung, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, es sind, wie *Goethe* sagte, nur Lumpereien. Wir quälen Menschen ohne irgend einen Vorteil für die Gesellschaft. Noch nie ist ein Mensch im Zuchthaus gebessert worden, und den Körper des Verbrechers benutzen, ihm Schmerzen zufügen, um andere abzuschrecken, das ist eine Praxis, die sich in keiner Weise von den Taten der Verbrecher unterscheidet. Sie ist meines Erachtens das größte aller Verbrechen. Der Mörder tötet, um sich einen praktischen Vorteil zu verschaffen. Der Richter straft der Abschreckung wegen, also um einen Zustand zu schaffen, den man sonst durch Vermehrung der Ausgaben für Nachtwächter erreichen würde, schließlich also auch nur des Geldes wegen. Der eine vergreift sich am Körper des Menschen, um Geld zu bekommen, der andere tut dasselbe, um Gald zu sparen. Ein Unterschied ist hier nur mit dem Mikroskop wahrzunehmen.

Man straft wegen begangener Taten. Auch das ist falsch. Denn solche Strafe ist für alle Beteiligten nutzlos. Dem Sträfling bringt die Strafe keinen Nutzen, und die Gesellschaft hat nur Geldausgaben davon. Strafe kann nur im Hinblick auf weitere vom Verbrecher zu erwartende Taten einen praktischen

Sinn haben, sofern Strafe soviel bedeutet wie Unschädlichmachung des Verbrechers.

So kann also bei der Beurteilung und Verurteilung des Verbrechers nur die eine Frage unser Interesse erwecken: Haben wir von diesem Verbrecher weitere Untaten zu erwarten, und wie schützen wir uns vor diesen? Muß die erste Frage verneint werden, so hat die Bestrafung keinen Sinn, und nichts steht dem entgegen, daß wir den Sünder in Freiheit setzen, mag auch das von ihm verübte Verbrechen uns noch so sehr empören. Unschädliche Verbrecher kann nur ein Sadist bestrafen, ein Mensch, dem die Schmerzen eines anderen Befriedigung verschaffen. Wenn *Haarmann* bei seinem letzten Verbrechen etwa das Augenlicht verloren hätte, welchen Sinn hätte es dann noch gehabt, den Mann zu töten? Ich habe noch nie gehört, daß von Blinden Verbrechen begangen werden. Trotzdem hätten die Strafgesetze den erblindeten *Haarmann* gewiß zum Tode verurteilt.

So sollte man also das Strafen völlig aufgeben und nur allein die Sicherung beim Urteilsspruch reden lassen. Das Wort „Strafe“ soll fallen gelassen werden und durch „Sicherung“ ersetzt werden. Nicht Strafrichter, sondern Sicherungsagenten sollen die Strafrichter heißen. Alle begangenen Verbrechen sind straffrei. Nur die durch die Tat geschaffenen Verdachtsgründe geben dem Versicherungsagenten das Recht, in die persönliche Freiheit des Verbrechers einzugreifen. Daß, wenn man den verbrecherischen Gedanken der Abschreckungsfrage fallen gelassen hat, die Sicherung vor dem Verbrecher nicht notwendigerweise mit Quälereien verbunden zu sein braucht, versteht sich von selbst. Die Quälerei, die mit der Freiheitsberaubung verbunden ist, mag vielleicht praktisch nicht gänzlich zu vermeiden sein, sie ist aber niemals Zweck, sondern lediglich eine unvermeidliche Nebenwirkung der Sicherung.

So betrachtet, wird man zunächst mal alle diejenigen Verbrecher, die physisch unfähig sind oder in der Haft unfähig geworden sind, weitere Verbrechen zu begehen, an die Luft setzen können. Das ist gewiß ein nicht unbedeutender Prozentsatz der Inhaftierten. Und unter den vielen wird sich vielleicht auch ein völlig unschuldig Verurteilter befinden.

Befreien wir den Richter von dem Ballast, womit die Frage der Gerechtigkeit, der Vergeltung und der Abschreckung das Urteil beschwert, so wird dieser um so größere Aufmerksamkeit

der für die Gesellschaft allein wichtigen Frage der Sicherung widmen können. Und zwar der Frage der quallosen Sicherung.

Es sind keine Sentimentalitäten, die mir diese Ausführungen diktierten. Wer den Schaden richtig bewertet, den die Verbrecher anrichten, den Schaden z. B., den in Deutschland die für die Inflation verantwortlichen Staatsmänner, Politiker und Parlamentarier verursacht haben, wer das unsägliche Elend beobachten konnte, den die Inflation, diese leichtfertigste Finanzpolitik, über Greise, Kranke, Witwen und Mündel gebracht hat, der verliert die Lust, solche Verbrecher mit Sentimentalität zu behandeln. Aufs Rad mit diesen Staatsmännern, das ist der Schrei, der bei diesem Anblick unserer Brust entfährt. Und gewaltige Selbstbeherrschung gehört dazu, um nicht nach den Mitteln der Strafrichter zu rufen. Betrachtet man aber auch dieses Verbrechen mit ernüchternder Distanz, so ruft man auch schon dem Scharfrichter zu: Hände weg vom Fallbeil. Laßt die Schlingel laufen. Es ist wohl dafür gesorgt, daß diese „Staatsmänner“ kein zweites Mal die Verfügung über die Notenpresse erhalten werden. Und da begangene Verbrechen straffrei sein sollen und weitere Verbrechen von diesen Männern nicht zu erwarten sind, so liegt kein Grund vor, besondere Sicherungsmaßnahmen gegen diese Männer zu ergreifen. Also lassen wir selbst diese virtuell größten aller Verbrecher gänzlich ungeschoren.

(Aus einem Brief Gesells an das Argentinische Tageblatt)

Die Reparationslasten im Lichte der Lohntheorie.

I.

Die Frage, wieviel Deutschland an Reparationen wird zahlen müssen, ist für die große Masse unserer Mitbürger vor allem darum und leider fast nur insoweit interessant, als sie auch die weitere Frage aufwirft, wer für die Zahlung der Reparationssteuern wird herangezogen werden können und herangezogen werden müssen. Falls die Regierung zu schwach sein sollte, um direkte Steuern auszuschreiben und falls sie dann zu indirekten Steuern ihre Zuflucht nehmen sollte, würde es sich dann darum handeln, wo und bei wem im Abwälzungsprozeß diese indirekten Steuern als tote Last liegen bleiben müßten. Wer dann glaubt, den Steuerbehörden gegenüber unantastbar zu sein, dem ist die Höhe der Milliardenzahl, die jetzt endgültig festgestellt werden soll, völlig gleichgiltig. Ein Solidaritätsgefühl zwischen diesen Unantastbaren und den Packträgern der Reparationslasten besteht nicht. Der Unantastbare wird vielleicht gar den Lastträger noch auslachen, wenn dieser ihm den Reparationssteuerzettel weinend vorzeigt.

Nun ist es allerdings wahr, daß nur sehr wenige sich zu diesen Unantastbaren zählen. Ganz allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß an den Reparationen das ganze Volk beteiligt sein wird, ein jeder nach seinem Einkommen und Vermögen. Und wenn auch mancher Habenichtss sich sagt: Bei mir ist ja nichts zu holen, und wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren, so drückt ihn doch wieder der Gedanke, daß der Reparationsträger am Ende gar nicht in der Lage sein wird, ohne Lohndruck die ihm zugedachten Reparationssteuern zu zahlen, oder daß die zu erwartenden indirekten Steuern für ihn unabwählbar sein

könnten. Er wird z. B. auf die Lohnsteuer hinweisen und sagen: Diese Steuer verdanken wir den Reparationslasten; er wird auf den Zigarettenpreis, der auf den Kanarischen Inseln gezahlt wird, hinweisen und sagen: Weil die Reparatur unsere Regierung zwingt, die Zigaretten zu besteuern, muß ich für meinen Tabak dreimal höhere Preise zahlen als der Kanarier.

Selbstverständlich ist die Frage, die uns hier beschäftigt, auch für die Reichs- und Staatsbeamten wichtig, ebenso wie für die Einschätzung aller deutschen Wertpapiere und Aktien, wie auch für die Entwicklung der Grundrenten in Stadt und Land und für die Höhe des Zinsfußes.

Können uns nun die Theorien, die in unserem freiwirtschaftlichen Schrifttum entwickelt sind, so viel Einsicht in das scheinbare Wirrwar obiger Fragen gewähren, daß wir die kommende gesetzliche Reparationslastenverteilung von diesen theoretischen Erkenntnissen führen lassen und uns dadurch vor Schaden bewahren? Es wäre schön, wenn es so wäre, aber, aber... Man vergesse nicht, daß die Theorie auf rationelles Handeln der Wirtschaftenden eingestellt ist, nicht aber Rücksicht nehmen kann auf alles, was irrationell, idiotisch, kriminell ist. Für rationelles Handeln gibt es immer nur eine Formel, und zwar die, die optimale Ergebnisse liefert. Diese allein wird durch die Theorie gedeckt. Für idiotisches Handeln gibt es Millionen, unendlich viele Formeln, die alle falsch sind. So hat wahrscheinlich mancher guter Bürger, der die Folgen einer Inflation und Deflation kannte, sich wirtschaftlich falsch eingestellt, weil er es für unmöglich hielt, daß das Volk der Denker wirtschaftliche Schwierigkeiten mit Geldpapier, mit dem Hilfsmittel der Verbrecher, Idioten und Falschspieler jemals würde bekämpfen wollen. Seine Theorie war schon gut, aber seine moralische Einschätzung der Staatsgewalten war falsch. Idiotische Staatsmänner und volkswirtschaftliche Theorien bilden einen unlösbaren Widerspruch.

Nach dieser Warnung, der um so mehr Gewicht beizulegen wäre, je mehr in Zukunft die Gesetzgebung den demokratischen, d. h. proletarischen Massen ausgeliefert werden wird, wollen wir versuchen, mit dem Lichte unserer Theorien die Frage zu beleuchten, wer zu guter Letzt sich in Deutschland als Lastträger der Reparationen zu betrachten haben wird, sowohl dann, wenn es rationell, als auch dann, wenn es irrationell zugeht, wobei ich die Erklärung vorausschicken will, daß ich als rationell die Steuer bezeichne, die von demjenigen wirklich bezahlt wird, dem sie vom

Gesetz zgedacht wurde. Die Lohnsteuer z. B. wäre rationell, wenn der Proletarier sie nicht durch erhöhte Lohnforderungen abwälzen könnte, anderenfalls wäre sie als irrational zu bezeichnen, insofern als der Abwälzungsprozeß die Steuerkraft des Volkes um den ganzen Betrag seiner Kosten schmälert. Es wird z. B. heute nicht selten vorkommen, daß 100 M., die dem Reich aus den Lohnsteuern zufließen, auf dem langen Abwälzungsprozeß beim Konsumenten der Fertigware auf 200 M. angewachsen sind, was für den Konsumenten genau dasselbe ist, wie wenn er mit 200 M. besteuert würde, trotzdem das Reich nur 100 M. eingenommen hat und niemand an der Lohnsteuerquittung mehr verdient hat als an irgendeiner anderen Ware. (Die Quittungen abwälzbarer Steuern werden von den Kaufleuten genau so behandelt wie die Rechnungen der Lieferanten, d. h., sie werden mit dem gewöhnlichen Handelsprofit belastet weitergegeben.)

Für die Beantwortung der Frage, wer die Reparationslasten letzten Endes wird zahlen müssen, werden wir uns selbstverständlich der Theorien der Güterverteilung bedienen müssen, also der Theorie des Lohnes, des Zinses, der Grundrente, wie sie in der freiwirtschaftlichen Literatur dargestellt sind. Diese Theorien haben sämtlich die Feuerprobe, der sie durch die Inflation, die Deflation und die zahllosen gesetzlichen Puschereien ausgesetzt wurden, aufs glänzendste bestanden, so daß ein Zweifel an ihrer objektiven Richtigkeit nicht mehr gestattet werden kann. Nun sagt die Theorie in bezug auf die den Lohn bestimmenden Faktoren, daß sich der Lohn ganz allgemein – in den durch Freizügigkeit verbundenen Ländern – danach richtet, was der Arbeiter auf Freiland verdienen kann, daß alles, was den Arbeitsertrag des Freiländers erhöht, unmittelbar auch die Sätze der ganzen Lohnskala erhöht, und daß solche Lohnerhöhung unabwählbar ist, also nicht wieder vom Kapital in irgendeiner Form wiedergewonnen werden kann, sich also in einer entsprechenden Senkung der Grundrenten auswirken muß. Der Arbeitsertrag des Freiländers ist in den letzten Jahren gestiegen, und die Wirkung ist nicht ausgeblieben. Durch den Gebrauch des Automobils sind in den U. S. A., in Sibirien, in Australien, in Kanada, in Argentinien, in Afrika, in Mesopotamien usw. ungeheure Strecken Land mit den Eisenbahnen, Flüssen, Seehäfen verbunden worden, so daß sich überall das Verhältnis zwischen Angebot von Land und Angebot von Menschenkräften zu Ungunsten der Landbesitzer verschoben hat. Dieser Umstand hebt

den Lohn und drückt auf die Grundrente. Und zwar ist dieses Überangebot von Land sehr groß geworden, und der Druck auf die Grundrente ist entsprechend auch sehr stark. *Die Not unserer sogenannten Landwirte, d. h., die Not unserer Agrarier hat keinen anderen Grund als diesen.* Die Grundbesitzer müssen ohne Rücksicht auf die alte Rentabilität jetzt Löhne bewilligen, die den Arbeiter davon abhalten, auszuwandern. Das aber will heute etwas heißen. Der Arbeiter liest die Berichte, die ihm seine Verwandten und Freunde aus Kanada, den U. S. A., aus Argentinien und Australien schicken, und er erfährt, daß das Leben des Kolonisten, auch des Hinterwälders, infolge von Radio und Auto gar nicht mehr mit früher zu vergleichen ist. Sobald nun Lohnfragen an ihn herantreten, erinnert er sich dieser Berichte, die er den Herren Grundbesitzern unter die Nase hält. Will der Grundbesitzer die besten Arbeiter nicht sofort verlieren, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als zu zahlen. Zwar das Automobil, die Ölkraft kommt ja auch unserem Grundbesitzer zugute. Das Arbeitsprodukt ist größer. Aber noch größer sind die Vorteile, die der Freiländer davon hat.

Der Traktor, der die Schollen 30 und 40 cm tief aufbricht, der das ärgste Wurzelwerk bebuschter Steppen zerreißt, leistet in einigen Monaten die Arbeit, die der Kolonist früher mit Hacke und Axt in einem ganzen Leben nicht beendete, und schon die erste Ernte liefert dem Kolonisten das Geld, womit er den auf Kredit gekauften Traktor mit Überschuß bezahlen kann. Was will da noch der deutsche Grundherr mit seiner Forderung nach Wiederherstellung der Rentabilität? Er fordert Schutzzölle und tritt damit in den alten *circulus vitiosus*. Er zwingt damit die Industrie, ihrerseits Schutzzölle zu fordern, zwingt die Eisenbahn, die Tarife zu erhöhen, zwingt die Industriearbeiter, die verteuerte Lebenshaltung durch neue Lohnforderungen auszugleichen, so daß schon nach kurzer Zeit der Grundbesitzer gestehen muß, daß die Schutzzölle seine Lage verschlechterten, statt sie zu bessern. Wenn er klug ist, so wird er sich sagen, daß alles, was er und andere auch vorschlagen mögen, nur Palliativmittel sind, daß die Not der Grundrentner nicht zu kurieren ist, daß die Krankheit, die sie befallen hat, diesmal sehr tief begründet ist, viel tiefer als damals, als Deutschland zur Goldwährung übergang und damit der Preis des Getreides von 240 auf 130 gedrückt wurde.

Heute hilft hier kein Bimetallismus, keine Papiergeldpfuscherei. Der Ölmotor, die Errungenschaften der Technik sind diesmal schuld an der Not der Grundrentner, und diese Technik kann nur

noch größere Fortschritte machen. Bis dahin hieß es immer: Der Grundrentner sackt alle Vorteile wissenschaftlicher, kaufmännischer, technischer Fortschritte ein. Diesmal ist es aber anders verlaufen, weil diese Fortschritte unmittelbar das Freiland erschließen. (Man hat heute Gelegenheit, im Film von Colin-Roß das Lastauto, den Traktor der Kolonisten bei der Arbeit zu beobachten.) Und je höher der Arbeitsertrag auf Freiland – um so höher der Arbeitslohn.

Nun fragen wir hier: Was will in solcher Lage Meister Staat tun, um die Reparationslasten auf sichere Schultern abzubürden? Will der Staat dem Arbeiter auch nur einen geringen Teil dieser Last aufbürden, so weist dieser Arbeiter auf das große Schiff, das dort in Bremen und Hamburg auf ihn wartet und ihn für weniger als den Betrag eines Monatslohnes als Kajütpassagier bei bester Verpflegung ins Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“ zu bringen verspricht. Versucht der Staat es dennoch, so reagiert der Arbeiter sofort mit neuen Lohnforderungen, oder er macht die Drohung wahr, er wandert aus, die besten voran. Und wie bekämpft dann der Staat noch die Not der Grundrentner? Alle Lasten, die der Staat zu Reparationszwecken dem Arbeiter aufzubürden suchen wird, wirken sich unmittelbar aus in ... verstärkter Not der Landwirtschaft, die, wie es scheint, dem Staat schon heute so große Kopfschmerzen macht. Der Staat mag es ja versuchen, er mag auch eine kurze Weile noch einiges aus der Lohnsteuer (direkte wie indirekte Lohnsteuer) herausholen, weil es sich hier um einen Entwicklungsprozeß handelt, der etwas Zeit braucht. Aber was bedeutet das gegenüber den langen Jahren und Jahrzehnten, die die Reparationen umfassen werden? Wobei noch das zu beachten bleibt, was ich zu Anfang von den irrationalen Steuern gesagt habe.

Also nein! Der Arbeitslohn muß bei der Verteilung der Reparationslasten ganz aus dem Spiel gelassen werden. Je strenger nach dieser Erkenntnis gehandelt wird, namentlich auch bei der Beratung indirekter Steuern, die von schwachen Regierungen immer bevorzugt werden, je entschiedener man von irrationalen Steuern absehen wird, um so besser wird es um den Beutel derer bestellt sein, die letzten Endes doch alles bezahlen müssen und bezahlen werden, die Grundrentner und Sachwertbesitzer. Deutschland hat schon einmal eine Auswanderung gehabt von nahezu 300 000 Menschen in einem Jahr. Das war zu einer Zeit, wo der Auswanderer qualvolle Tage als Zwischendeckler zu ertragen hatte und einer sehr unsicheren Zukunft entgegen

fuhr, wo auch das Reisegeld nur durch jahrelange äußerste Sparsamkeit zusammengebracht werden konnte. Heute ist die Reise des Auswanderers direkt zu einem Vergnügen geworden, und das Reisegeld spielt nur mehr eine sekundäre Rolle. Warum also sollte jetzt die Auswanderung nicht noch einmal solche Ziffer erreichen können? Man hüte sich also, durch Reparationslasten beim Arbeiter die Lust nach einer Spazierfahrt ins Ausland zu erwecken, von der er wahrscheinlich nur noch einmal zurückkommen wird, um seine Braut, seine Brüder, seine Freunde abzuholen. Die Welt ist groß, es ist schön überall, und der deutsche Arbeiter ist wohl angesehen in der ganzen Welt und jetzt nach der militärischen Niederlage erst recht. Man sagt, daß Spanien durch das Versengen einiger 1000 Ketzer die führenden Köpfe verloren habe und daß hier die Ursache zu suchen sei für den Sturz aus der Höhe einer vielversprechenden Kultur. Mag sein, daß die Autodafés wirklich stark nach dieser Richtung gewirkt haben, obschon es sich wahrscheinlich nur um einen unter vielen mitwirkenden Faktoren handeln wird. Aber uns mag das zu denken geben. Denn die 300 000 Auswanderer von damals waren sicher zu den Besten zu zählen, mutige, unternehmende Männer. Die Auswanderung wirkt viel stärker kontraselektorisches als der Krieg. Die Granate, die da inmitten eines Bataillons platzt, wählt nicht. Es sind nicht die Besten, wie man zu sagen pflegte, die da ins Massengrab verscharrt werden. Um die zehn Millionen Mann zusammenzubringen, die Deutschland ins Feld schickte, konnte von einer Selektion gar nicht mehr die Rede sein. Alles mußte mit. Ganz anders ist es mit der Auswanderung. Hier kann die kontraselektorisches Wirkung nicht geleugnet werden, wenn es sich auch nur für das Auswanderungsland um eine solche handelt, wenn es sich auch nur um eine Umlagerung handelt. Aber für die Zurückbleibenden, für die Summe der Reparationen handelt es sich nicht mehr um eine einfache Umlagerung der Besten, sondern um einen Verlust, um den Verlust der Besten. Man frage die Unternehmer, was sie von einer solchen Auswanderung halten. Sie werden alle sagen, daß, wenn die Besten wegziehen, sie dann einpacken können. Ein Volk kann, wie Europa das gezeigt hat, jahrtausendlang Krieg führen, ohne auffallenden Schaden zu leiden. Würde die Auswanderung Europa ebensoviel Menschen gekostet haben wie der Krieg, dann wäre Europa jetzt von Idioten und Kretinen bewohnt. Man vergleiche z. B. die Bevölkerung der englischen Kolonien mit dem in England zurückgebliebenen Rest,

dann weiß man, wie die Auswanderung wirkt. Und von Kretinen wird man doch nicht erwarten können, daß sie Summen aufbringen wie die, die uns demnächst die Reparations Sachverständigen nennen werden. So wiederholen wir also die Warnung:

Hütet euch davor, die Proletarier mit Reparationssteuern zur Auswanderung zu veranlassen! Die Sachwerte und die Grundbesitzer können nur so lange als zuverlässige Steuerobjekte betrachtet werden, wie die Masse des Volkes nicht zurückgeht. Beim jetzigen „katastrophalen“ Geburtenrückgang sieht es schon bedenklich genug aus. *Würde der Geburtenrückgang noch von einer starken Auswanderung begleitet sein, so würden dadurch allein schon alle rechnerischen Unterlagen der Expertenkommission jeden Wert verlieren.* Die Tragfläche für die Reparationslasten sollte durch Geburten, durch Einwanderung und Lebensverlängerung nach Möglichkeit erweitert werden, aber nicht umgekehrt [Bei dieser Gelegenheit möchte ich unseren zur Reparationskommission entsandten Experten den Rat geben, vor allem auch in Anbetracht des gewaltigen, immer noch zunehmenden Geburtenrückgangs, dafür zu sorgen, daß die von Deutschland zu zahlende Summe auch davon abhängig gemacht werde, wie sich die Zahl der Einwohner Deutschlands entwickelt, ähnlich wie auch im Dawesabkommen ein Wohlstandsindex und ein Warenpreisindex vorgesehen wurde. Ein Volk von 60 oder 50 Millionen kann selbstverständlich nicht dasselbe leisten wie ein Volk von 70 oder 100 Millionen. Wie es in dieser Beziehung mit dem Volk in Deutschland steht und wie nötig solche Klausel wäre, mögen unsere Experten aus den unheimlichen Aufsätzen im Dezemberheft der Zeitschrift für Volksaufartung ersehen. Nach der Statistik muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß die Zahl des in Deutschland lebenden Volkes lange vor Ablauf der Reparationstermine von 65 auf 50 Millionen und weniger zusammengeschmolzen sein wird.]. Durch Steuern werden wir die Lebensdauer des Arbeiters nicht verlängern, die Reparationssteuern werden den Arbeiter auch nicht zu einer stärkeren Kinderzeugung veranlassen, und die polnischen Arbeiter wird man durch Reparationssteuern nicht anlocken, sondern vertreiben.

Wie die Reparation auf die Sachwerte und auf die Grundrentner (nach Ausschaltung des Lohnes die einzig übrigbleibenden Lastträger für die Reparationen) wirken werden und was bei ihrer Verteilung zu berücksichtigen ist, das werden wir in einem folgenden Artikel zeigen.

hélas.

[Pseudonym für S. Gesell]

Der Tragkörper für die Reparationslasten.

II.

In der vorigen Nummer wurde gezeigt, daß der Proletarier und sein Lohn nicht als Steuerobjekte für die Reparationslasten betrachtet und behandelt werden können, nicht etwa aus soziologischen, moralischen, rechtlichen und gerechlichen Gründen, sondern ganz einfach aus denselben Gründen, warum man auch Gold und Diamanten nicht besteuern kann. Jeder weiß, daß das Gold die Flucht ergreift, wenn man versucht, es zu besteuern. Und zwar sind es dann die besten, vollwichtigen Münzen, die an der Tete marschieren. Und so ist es auch mit dem Proletarier. Zwar kann man, was beim Gold nicht möglich ist, die Auswanderung verbieten (s. *Mussolinis* Auswanderungspolitik). Aber wir in Deutschland, die härter als irgendein anderes Volk die Knute der Leibeigenschaft zu spüren bekommen haben, erachten die revolutionäre Errungenschaft der Freizügigkeit als unser kostbarstes Gut, und es ist kaum anzunehmen, daß ein Auswanderungsverbot noch durchzuführen wäre. Ein solches Verbot würden übrigens auch die Reparationsgläubiger nicht zulassen, denn das deutsche Handelsvolk braucht die Freiheit, um zu gedeihen und um bezahlen zu können. (Auf allen deutschen Schiffen finden sich Passagiere, die als Monteure ins Ausland verkaufte Maschinen begleiten. Andere, viele gehen in Begleitung von Musterkoffern, Zuchttieren und anderen wertvollen Ladungen. Wer also auswandern will, braucht nur sich als Monteur, als Geschäftsreisenden, als Tierzüchter auszugeben. Ohne die deutschen Geschäftsreisenden bricht aber der ganze fein ausgeklügelte Reparationsapparat mitsamt der Wirtschaft zusammen.) Mit der Auswanderungsgefahr wird man also bei der Verteilung der Reparationslasten unbedingt rechnen müssen.

Mit dieser Ausschaltung des Proletariats ($\frac{3}{4}$ des ganzen Volkes) aus dem Tragkörper der Reparationen ist die Frage, wer oder was die Reparationen schließlich zu bezahlen haben wird, sehr einfach und sicher zu beantworten. Das Kapital muß blechen, und zwar das immobile Kapital. Alles, was die Kapitalflucht nicht mitmachen kann. Alles, was niet- und nagelfest an die deutsche Scholle geschmiedet ist. Alles, was nicht in Kisten verpackt als Ausfuhrgut verschickt werden kann. Das muß zahlen. Die sichtbaren, greifbaren, immobilen Sachwerte. Und sie werden auch dann zahlen müssen, und zwar mit schweren Unkosten, wenn man etwa versuchen sollte, hintenherum mit in-

direkten Steuern die Lasten auf andere, irgendwelche andere Steuerzahler abzuwälzen.

Die Heranziehung des Mobilvermögens zu den Steuern bietet immer große Schwierigkeiten, weil man hier nie richtig feststellen kann, wer der Besitzer ist. Mobilvermögen heißt bewegliches Vermögen, Vermögen, das von Hand zu Hand geht und seiner Natur entsprechend auch gehen muß, wenn die Wirtschaft gedeihen soll. Man kann aber nicht die Kisten, Säcke, Frachtschiffe, Güterwagen und Koffer von Steuerbeamten begleiten lassen und alles mit Steuermarken beklecksen. Außerdem würden alle diese Steuern abgewälzt werden als indirekte Steuern. Auf wen aber? Alle diese indirekten Steuern fließen wie das Wasser bergab, und unten breiten sich wie ein Meer die Liegenschaften aus, die das mit Steuern gesalzene Wasser aufnehmen müssen. Aber man kann von der Einzelbesteuerung der Gegenstände des Mobilkapitals absehen und dafür unter Benutzung der Vermögenssteuererklärung die Eigentümer dieses Kapitals zu den Reparationen heranziehen und zwar klugerweise mit einer einmaligen Vermögensabgabe. Eine solche Steuer ist schon oft seit Kriegsende vorgeschlagen worden. Sie ist nicht abwälzbar, sie muß vom Vermögen abgeschrieben werden. In kluger Erwartung solcher für die Reparationen nötigen Vermögensabgabe werden manche Besitzer solchen Mobilkapitals durch fiktive Dollarleihen ihr Vermögen unter den Schutz der amerikanischen Blockademarine gestellt haben. Buchmäßig sind die Besitzer dieses Vermögens jetzt Ausländer. Vermögenskonfiskationen würden darum hier ganz sicher zu diplomatischen Beschwerden führen, die im Hinblick auf die amerikanischen Marinegeschütze nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind. Wie man es in solchen Fällen macht, das haben wir ja selbst s. Z. den Venezolanern gezeigt. Die amerikanischen Bankiers, die Deutschland zur Sicherung ihrer Finanzoperationen den Krieg erklärten, würden wohl kaum vor einer neuen Kriegserklärung zurückschrecken, wenn wir jetzt versuchen wollten, das in Deutschland effektiv und fiktiv angelegte amerikanische Kapital zu den Reparationslasten heranzuziehen. Auch würde der deutsche Kredit in der ganzen Welt geschädigt werden, wenn die Nachricht verbreitet würde, daß alles, was nach Deutschland geschickt wird, dort einer scharfen Vermögenskonfiskation unterworfen wird. Wer würde da noch den Mut haben, eine Schiffsladung Getreide nach Deutschland zu schicken? Dann müßte Deutschland für alles, was es aus dem Ausland bezieht, das Geld vor-

ausschicken, was im Hinblick auf die schon bestehende Kapitalknappheit gewiß neue und große Schwierigkeiten bereiten würde.

Dieses Mobilvermögen spielt den Immobilien gegenüber auch nur eine untergeordnete Rolle. Viel ist da nicht zu holen, unter Berücksichtigung der eben genannten Schwierigkeiten ist da sogar nur sehr wenig mehr zu holen. Den eigentlichen Tragkörper für die Reparationslasten werden die Immobilien hergeben müssen. Diese sind sichtbar, greifbar, fest verankert. Man braucht bei der Besteuerung dieser Objekte keine Geschäftsbücher zu durchforschen. Man braucht überhaupt nicht zu fragen, wer die Besitzer sind. Da steht ein Haus. An der Tür ist der Steuerbescheid angeheftet. Sache des Eigentümers ist es, die Steuerquittung rechtzeitig neben den Steuerzettel anzubringen. Da steht ein Wald, ein Acker, ein Bergwerk, eine Fabrik, ein Schiff. Ein weithin sichtbares Plakat gibt der Welt und dem Eigentümer kund, mit wieviel das Objekt für die Reparationen belastet wurde. Und solange die Steuerquittung nicht auf dieses Plakat angebracht wird, weiß jeder, daß das Objekt der Steuerbehörde verpfändet bleibt. Bei den Mobilvermögensteuern muß der Staat hinter den Eigentümern herlaufen. Bei den Liegenschaften ist es umgekehrt. Man faßt so das Steuerobjekt direkt an der Wurzel. Wer der Besitzer ist, ist gleichgültig, und ob das Objekt mit Hypotheken, Pfandbriefen, Obligationen usw. belastet, verpfändet ist, ist auch gleichgültig. Darum bleiben auch die Aktien, Pfandbriefe, das ganze papierne Vermögen, das übrigens auch immer schwer zu erfassen ist, steuerfrei. Wer das Steuerobjekt an der Wurzel faßt, darf die Besitztitel nicht noch einmal besteuern. Das Verhältnis der Sachwertbesitzer zu ihren Gläubigern – das sind die Besitzer des papiernen Vermögens – bleibt Angelegenheit einer besonderen Ordnung. Die als Sachwertsteuer einzutragende hypothekarische Belastung wird an erster Stelle eingetragen. Die Höhe der endgültig festgestellten Reparationssumme wird uns zeigen, wieviel Prozent des Kapitals der Reparationen hypothekarisch verpfändet werden muß. Die Summe dieser hypothekarischen Eintragungen muß der Summe der Reparationen gleich sein. Fehlt etwas, so wird das Fehlende durch einen prozentualen Zuschlag ergänzt. Ist es zuviel geworden, dann wird umgekehrt verfahren. Sobald beide Summen balancieren, ist die Reparation von den Reichskassen abgebürdet.

Sie beschwert fortan nicht mehr die Kasse des Reiches, sondern die der Sachwertbesitzer. Sie ist den politischen Kämpfen enthoben. Der Schuldner ist Privatperson, der Gläubiger des

„kommerzialisierten“ Reparationsguthabens ebenfalls. Wie die Pfandobjekte einer Hypothekenbank solidarisch für die Pfandbriefe haften, so werden auch die Sachwertbesitzer solidarisch für die richtige Verzinsung und Tilgung des Kapitals haften. Sie haben somit ein Interesse daran, daß die Reparationslasten möglichst gleichmäßig auf alle Sachwerte verteilt werden.

Im Gegensatz zu der im *Dawesplan* mit der Reichsbahn geübten Praxis würde man bei direkter Erfassung der Sachwerte die öffentlichen Betriebe (Reichsbahn, Post, Reichsbank, Forsten, Jagdrechte, Straßen, Brücken, Kanäle, Bergwerke, Domänen und die kommunalen Betriebe, wie Gaswerke, Kloaken, Elektrizitätswerke, Schulen, Kirchen, Museen, Friedhöfe, Zuchthäuser, Kasernen und Galgen) völlig steuerfrei lassen können, da deren Ertrag ja bereits entweder integrierenden Bestandteil des Reallohnes (den wir als unbesteuerbar erkannt haben) ausmacht oder im Ertrag des Privateigentums bereits kapitalisiert ist. Besteuert man die Schulgebäude, so muß das Schulgeld, so müssen die Löhne erhöht werden. Besteuert man die Post, die Eisenbahnfrachten, so geht der Ertrag der Sachwerte zurück, der bereits der Sachwert-Steuerberechnung zugrunde gelegt wurde. Besteuert man die Forsten der Gemeinden und der Länder, so müssen die Staats- und Gemeindesteuern um denselben Betrag erhöht werden, und diese Steuern drücken dann auf den Ertrag der Sachwerte. Natürlich könnte man ja auch umgekehrt verfahren und alle für die Reparation nötigen Mittel aus den öffentlichen Betrieben nehmen und dafür das Privateigentum freilassen. Für die Besitzer dieses Privatvermögens käme es auf dasselbe hinaus, wenn man gegen solche Steuerpolitik nicht denselben Einwand erheben könnte, den man gegen alle indirekten Steuern erheben kann. Als indirekte Steuern unterliegen sie einem Abwälzungsprozeß, und dieser ist oft sehr kostspielig. Aus der Mark, die der Reparationskasse als Bahngeld, Brückengeld, als Kanalgeld, als Forstgeld, als Schulgeld zufließen würde, werden zwei Mark und mehr, ehe solche Steuer bei der Grundrente, bei der Wohnungsmiete, bei der Dividende die letzte Ruhe findet. Wir können darum den Sachwertbesitzern nur empfehlen, von solchen Experimenten Abstand zu nehmen und die direkte Besteuerung ihres Krames unter Ausschaltung jeder anderen Steuer zu fordern.

Man wird nun hier den Einwand erheben, daß auch die Immobilien sehr stark dem Auslandkapital, wenn auch wieder nur fiktiv für die Steuerflucht, verpfändet worden sind. Hier aber müßte man einen grundsätzlichen Unterschied machen

zwischen Mobil- und Immobilkapital. Der Ausländer, der deutsche Pfandbriefe kauft, muß wissen, was er tut. Er muß unbedingt doch schon etwas von den Reparationen gehört haben. Und muß sich ein mehr oder weniger treues Bild gemacht haben, woher letzten Endes die zur Reparation nötigen Steuern erhoben werden sollen, und daß, solange die Reparationsfrage nicht gelöst ist, der Grundbesitz seine Wurzeln mehr in den Wolken hat als in den Felsen der Erde. Der Grundbesitz ist immer als politischer Besitz betrachtet worden, der auf Gedeih und Verderb mit dem politischen Geschick des Landes verquickt ist. Wer dem deutschen Grundbesitz in den letzten zehn Jahren Kredit gegeben hat, hat das Geschäft sicher als sehr riskant angesehen und seine Bedingungen (12% Zins) danach gestellt. Wenn nun z. B. die Reparationssteuer die Grundlage seines Darlehens unterhöhlt, so zwar, daß von den 12% nur mehr das Geld für 6% übrig bleibt, so geschieht ihm nur das, was er von vornherein erwartet hatte. Er hielt es für ein riskantes Geschäft, und es erwies sich als ein solches. Für wie riskant das deutsche Geschäft in den Inflationsjahren gehalten wurde, erkennt man an der Tatsache, daß man Berliner Wohnhäuser reihenweise für 100 Dollar das Stück kaufen konnte, gewiß nur darum, weil niemand mehr zu bieten wagte. In jedem Lande ist das Grundvermögen ein politisches Vermögen. Man denke z. B. an die Mieterschutzgesetze, die überall in Europa erlassen wurden, demagogische Gesetze, mit denen man die Stimmen der Mietermassen für Partei-ziele zu gewinnen suchte. Man denke an die sogenannten agrarischen Schutz-zölle, die keinen anderen Zweck hatten, als die Grundrenten und damit die Preise der Liegenschaften – wenn auch nur vorübergehend – zu heben. Dürften wir nun etwa diese Agrarzölle nicht wieder abschaffen, weil die freie Einfuhr amerikanischen Getreides das in deutschen Pfandbriefen angelegte amerikanische Kapital gefährden könnte? Hier tritt der politische Charakter des Grundbesitzes ganz offen zutage, und man würde es in der Welt nicht verstehen, wenn die Amerikaner gegen eine Steuer Einspruch erheben würden, weil das Steuer-objekt amerikanischem Kapital verpfändet wurde.

Heute hat das deutsche Volk noch ein Interesse daran, sich der Welt als Bettler zu präsentieren. Und es tut auch alles Nötige, um diesen Eindruck zu machen. Denn die Reparationssumme soll sich nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands richten, die man wieder nach dem allgemeinen Eindruck schätzt. Die Inflation, die Ruhraktion sollten den Armeleutegeruch ver-

stärken. In gleicher Richtung sollten die vielen ausländischen Anleihen und die passive Zahlungsbilanz wirken. Ob das alles etwas genützt hat? Ob die bettelnden Kriegskrüppel an den Bahnhofseingängen starken Eindruck auf Parker *Gilbert* gemacht haben? Ein leichtes wäre es gewesen, dem deutschen Volk das deprimierende Schauspiel zu ersparen. Die Behörden sind wohl von oben angewiesen worden, diesen Krüppeln den nassen, kalten oder schattenlosen Platz anzuweisen, den sie innehaben? Naive Politiker!

Mit der endgültigen Festlegung der Reparationssumme werden alle diese Bettlerstreiche keinen Sinn mehr haben. Von diesem Tage an hat Deutschland nur noch Interesse daran, möglichst reich zu erscheinen und darüber hinaus auch möglichst reich zu sein. Denn solcher Eindruck setzt sich sofort um in niedrigeren Zinsfuß für alle Anleihen, Vorbedingung für die Bewältigung der Wohnungsnot, für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt. Der Sachwertbesitzer strebt dann danach, die Reparationshypothek möglichst bald zu tilgen oder sie zu einem niedrigeren Zinsfuß zu konvertieren. Hierzu braucht er den Vollbetrieb der Wirtschaft, den ihm die Stabilisierung der Konjunktur durch Stabilisierung der Währung bringen wird. Gelingt es, den Zinsfuß der Reparationsanleihepapiere von 6% auf 3% zu senken (Frankreich konnte vor dem Kriege Staatspapiere zu $2\frac{3}{4}\%$ eine Zeitlang pari absetzen), so ist das für die Sachwertbesitzer genau dasselbe, wie wenn ihnen 50% der Schuld geschenkt worden wären. Und noch einmal könnte die Last dieser Schuld kräftig angegriffen werden, wenn es gelänge, die Bevölkerung Deutschlands von heute 65 Millionen auf 70 bis 80 bis 90 oder gar 100 Millionen zu erhöhen, denn von der Dichte der Bevölkerung hängt es in erster Linie ab, wie sich die Grundrenten entwickeln und wie lang das Laufband der rationalisierten Industrien gestaltet werden kann. Ist dieses Band bei 65 Millionen etwa 1 km lang, so kann es bei 130 Millionen auf 2 km verlängert werden. Von der Länge des Laufbandes aber hängt es wieder ab, wie groß die Leistungsfähigkeit der Industrie und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sein wird. Die Bevölkerung der U. S. A. hat sich in den letzten 100 Jahren viermal verdoppelt (sie ist von 8 auf 120 Millionen gestiegen). Gelänge es, die deutsche Bevölkerung in etwa 20 Jahren durch Einwanderung (Geburtenüberschuß gibt es ja in Deutschland nicht mehr) auf 100 Millionen zu heben, so würden den dadurch gewonnenen Kräften gegenüber die Reparationslasten wirklich nur noch als Bagatelle erscheinen.

Die Mittel für die Bezahlung der für die Anziehung der Einwanderung nötigen Löhne schaffen die Einwanderer selber dadurch, daß mit deren Hilfe das Laufband der rationalisierten Industrien endlos verlängert werden kann. Und Einwanderer allerbesten Qualität würde uns der Osten Europas in jeder gewünschten Zahl liefern. Wir brauchen hierfür das Leben für das Industrievolk nur in vorbildlicher Weise zu verschönern. Dann kommen sie in Scharen. Warum dann noch nach Amerika in die Fabrik wandern, wenn man auf dem Wege dahin ein Land passieren muß, wo die Verhältnisse noch besser sind, wo man nicht nur denselben Geldlohn verdienen kann, sondern wo das Leben soviel angenehmer ist? So werden sie fragen. Eine Million Einwanderer [Wirtschaftlich darf man die Bevölkerungszunahme durch Einwanderung nicht mit einer solchen durch Geburtenüberschuß vergleichen. Den Einwanderer bekommen die Amerikaner fix und fertig aus Europa gratis und franko. Der Geburtenüberschuß aber muß mit vielen Kosten aufgezogen werden. Die Kosten der Aufzucht eines 20-jährigen Auswanderers kann man in Deutschland getrost mit 15 000 M. berechnen, und wenn man mit Zinseszins diese 20 Jahre lang rechnet, dann sind es auch 20 000 M. Eine Million Einwanderer, oft Qualitätsarbeiter – Kaufleute, Techniker, Künstler, Lehrer usw. – zu 15 000 M. pro Nase, das sind 15 000 Millionen jährlich, die Europa Amerika schenkt. Diese 15 000 Millionen Goldmark jährlich, diesen Goldstrom können wir mit etwas großzügiger Politik leicht von Amerika ab auf die deutschen Rieselfelder lenken.] nimmt Amerika jährlich auf. Zwei Millionen könnte Deutschland jährlich aufnehmen, jedes Jahr eine neue Großstadt.

Man hat in Verbindung mit dem Worte Reparation oft die Summe von 50 Milliarden Goldmark genannt. Direkt betrachtet, eine unheimliche Summe. (Jemand hat berechnet, daß 50 Milliarden dreimal mehr Gold ausmachen, als seit der Entdeckung Amerikas in der ganzen Welt gefunden worden ist.) Aber diese gewaltige, unheimliche Summe verwandelt sich in einen Pfifferling, wenn man sie vom Standpunkt einer in Vollbetrieb befindlichen Wirtschaft eines Volkes von 65 bis 70 bis 80 oder 100 Millionen betrachtet. Wir, die wir wissen, wie man die Wirtschaft jahraus, jahrein in Vollbetrieb erhält, wie man das Proletariat für solchen *Vollbetrieb* interessieren, ja begeistern, wie man Streike und Aussperrungen verhüten und im Proletariat Hoffnungen und arbeitsfreudige Stimmung erwecken kann, nein, wahrhaftig – uns ist die Reparation kein Problem.

hélas.

[Pseudonym für S. Gesell]

Dokumente des Fortschritts.

Die Indexwährung marschiert. Die alten Goldwährungsapostel, die „commis voyageurs“ der Gold- und Doppelwährung, wie sie sich gegenseitig benannten und beschimpften, führen, soweit sie nicht ausgestorben sind, nur mehr Rückzugsgefechte. Wie Karl der Kühne nach der verlorenen Schlacht bei den Thermopylen (oder war es die Schlacht bei Morgarten?) den nachdrängenden Feind dadurch aufhielt, daß er den Inhalt der Kriegskasse hinter sich her auf die Landstraße streute (wie gut kannte der Kerl die Seele des Landsknechtes!), so streuen unsere Gegner jetzt allerlei Scheinprobleme uns vor die Füße. Wer sich bückt, um sie aufzuheben, verliert Zeit, und wer mit unzureichender Rüstung sich daran macht, sie zu entziffern, verliert Gehirnschubstanz und wird für den Vormarsch geschwächt. Auch diese Taktik wird nicht mehr lange ihre Wirksamkeit behalten. Immer fadenscheiniger wird die Beweisführung der Gegner. Sehr viel ist gewonnen dadurch, daß der Gegner, wie es scheint, nichts mehr von seiner gefährlichsten Waffe, vom Totschweigen, erwartet. Diese Zeit ist vorbei. Man kann nicht sagen, daß sie überwunden wurde, denn dazu gehört doch ein Kampf, aber sie ist vorbei. Man *spricht* von der Indexwährung; man nennt sie öffentlich bei ihrem Namen; man kritisiert sie; man lehnt sie ab; aber man kämpft hier nicht mehr mit dem Giftgas, dem Totschweigen, weil dieses Gift nicht mehr wirksam ist. Wie das gekommen ist – wer vermöchte das zu sagen? Sogar die Londoner Zeitung „The Times“ sieht sich gezwungen, den Verfechtern der Indexwährung ihre Spalten zu öffnen. In ihrer Nummer vom 3. Dezember v. J. veröffentlicht sie an hervorragender Stelle folgenden Brief:

„Sir, die interessanten Kommentare in Ihren Nummern vom 11. und 19. November über die Frage der Stabilisierung der Preise zeigen, wie nötig es wird, das Problem erschöpfend zu behandeln und daß es wünschenswert ist, die Aufgabe – im Hinblick auf ihren internationalen Charakter – dem Völkerbund zu überantworten, der wahrscheinlich besser dafür ausgerüstet ist als irgendeine andere Körperschaft.

Zu den besonderen Gesichtspunkten, die Sie in Ihren Kommentaren aufblitzen ließen, gestatten Sie mir, kurz folgendes zu bemerken: Sie verurteilen den Rückgang der Preise, wenn er auf „money manipulation“ zurückzuführen ist. *(Die Leser dieser Zeitschrift werden gut tun, sich diesen Satz zu merken und zu versuchen, ihn in Über-*

einstimmung zu bringen mit der Goldwährungslehre vom „inneren Wert“. Diejenigen unter ihnen, die in der Öffentlichkeit kämpfen, mögen sich diesen kostbaren Satz in ihr Notizbuch eintragen für den Fall – der sooft vorgekommen ist –, daß man noch einmal die Behauptung wagt, es sei unmöglich, von der Geldseite her die Warenpreise und die Börsenkurse durch Moneymanipulationen zu beeinflussen, und dabei nicht vergessen, zu betonen, daß es die Redaktion der Londoner „The Times“ ist, die von Moneymanipulationen spricht und von der Möglichkeit, mit diesem Mittel die Börse zu beeinflussen.) Aber Sie begrüßen ihn, wenn er auf eine verstärkte Warenproduktion zurückzuführen ist. Schon die ständige Vermehrung der Bevölkerung verlangt eine ständige Vermehrung der Warenproduktion, falls der Lebensstandard des Volkes erhalten bleiben soll. Sie verlangt also auch eine ständige Vermehrung der Umlaufmittel, wenn der allgemeine Preisstand der Waren stabil bleiben soll. Würden Sie eine Vermehrung der Umlaufmittel, die diesen Umständen zu verdanken wäre, auch als „money manipulation“ bezeichnen und verurteilen?

Im Hauptteil Ihrer Kommentare zeigen Sie uns sehr richtig, daß ein Rückgang im allgemeinen Preisstand von $33\frac{1}{3}\%$, falls er begleitet ist von einer Mehrproduktion von 50%, das Verteilungsverhältnis zwischen den Rentnern (Geldkapitalisten, also Leuten, die ihr Kapital in Geldforderungen angelegt haben) und den Produzenten (Arbeitern und Unternehmern) unverändert lassen würde. Bevor ich mich mit dieser Seite der Angelegenheit befasse, gestatten Sie mir, daß ich kurz feststelle, was ich als Ideal betrachte, dem wir mit der Währungspolitik zustreben sollten. Diese Politik sollte einen möglichst reibungslosen Austausch der Produkte und Dienstleistungen ermöglichen und damit die Voraussetzung für ein Maximum der Warenproduktion und für eine gerechte (?) Verteilung des Volkseinkommens zwischen den Rentiers und den produzierenden Klassen schaffen. (Anm. d. Übersetzers: Die Naivität des Briefschreibers in sozialpolitischer Hinsicht macht der Güte seiner sachlichen Ausführungen hier keinen Abbruch.)

In dem Falle, den Sie für ein Beispiel gewählt haben (50 und $33\frac{1}{3}\%$), würden beide Klassen gleicherweise an der

vermehrten Produktion beteiligt sein, d. h., das Realeinkommen beider Teile würde um 50% wachsen. Kann man wirklich sagen, daß die Verteilung eine „gerechte“ sei, wenn die Rentiers 50% mehr erhalten, als was sie seinerzeit, in Waren gemessen, für ihre Geldforderungen geleistet haben, und dieses Mehr auf Kosten der Produzenten erhoben wird, deren Energie und Unternehmungsgeist dieses Mehr hauptsächlich zu verdanken ist?

Aber ich wage es zu behaupten, daß Ihre Darstellung einen falschen Schein von Fairneß ausstrahlt, auf Grund Ihrer Voraussetzung, wonach das Geldeinkommen einer Nation unverändert bleibt, und die sie mit Preisen und Produktionsziffern zu stützen scheinen. Würden Sie andere Ziffern gebrauchen, würden Sie zu sichtbar ungerechten Ergebnissen gelangen. Als Beispiel wollen wir annehmen, daß die Produktion um 30% steigen und die Preise um ebensoviel fallen würden, dann würde das Realeinkommen der Rentiers um 43%, das der Produzenten nur um 25% steigen. (Für die Nachprüfung dieser Berechnungen bezieht sich der Verfasser auf ein von ihm veröffentlichtes Memorandum. D. Übers.)

Diese Beispiele zeigen genugsam, wie vollkommen der Anteil des Produzenten an der Mehrproduktion abhängig sein würde von dem Verhältnis, in dem die Mehrproduktion zu dem allgemeinen Preisfall steht, und da ist natürlich kein Grund, warum dieses Verhältnis sich nicht ändern sollte. Zu fordern, daß dieses Verhältnis konstant bleiben muß, würde der Quantitätstheorie eine neue, viel zu enge Auslegung geben.

Lassen Sie mich zum Schluß die Lage noch von der Annahme aus beleuchten, daß das Preisniveau konstant erhalten wird durch eine passende Währungspolitik. Wie würde das auf die beiden Gesellschaftsklassen wirken? Die Klasse der Produzenten, von deren Energie und Unternehmungslust die Produktion abhängig ist, würde alle Vorteile und Nachteile aller Änderungen in der Produktion allein tragen, während der Rentier stets dasselbe erhalten würde, ganz unabhängig davon, wie sich die Produktion entwickelt.

Nach meiner Ansicht können sehr wenig Zweifel darüber bestehen, welcher von beiden Vorschlägen dem Ideal der Währungspolitik am nächsten kommt, sowohl vom Standpunkt der Gerechtigkeit, wie von dem einer ungehemmten Produktion.

Kurz, ich bleibe unentwegt ein Anhänger der Meinung, daß es klug und weise ist, die Stabilität der Preise zu erstreben,

einerlei, wie auch die Produktion sich entwickeln mag. Yours faithfully Henry Strakosch, 45, Chester-Square, S. W. I.“

Hierzu schreibt die Redaktion der Zeitung „The Times“ folgenden Kommentar:

„In seinem Brief, den wir in einer anderen Rubrik veröffentlichen, scheint Sir Henry Strakosch einen Schritt weiter über das Memorandum hinauszugehen, das er über Goldwährung und Geldstabilität veröffentlichte und bei Gelegenheit der Junitagung des Finanzkomitees des Völkerbundes verbreitete. Er erklärt nun, daß er der Forderung zustimmt, auf dem Wege der Währungspolitik das allgemeine Preisniveau zu stabilisieren, und zwar ohne jede Rücksicht auf die Konjunktur. In seinem Memorandum zeigte Sir Henry mit Tabellen den schädlichen Einfluß von Inflation und Deflation. Es wurde darin klar gemacht, daß durch eine Inflation die Gläubiger von Geldforderungen eines Teils ihres Einkommens beraubt werden, auch wenn die Gesamtproduktion des Landes unverändert bleibt, während die Anwarter auf den Rest des Nationaleinkommens (!), die Lohn- und Profitgewinner (earners) dafür einen Einkommenszuwachs genießen. Andererseits zeigte er, daß bei einer Deflation, auch wenn die Produktion unverändert bleibt, die Bezieher eines festen Geldeinkommens einen Profit einheimsen auf Kosten derjenigen, die auf den Rest Anspruch erheben. Seine Analyse machte es offenbar, daß eine Manipulation des Geldes (hört!), durch die eine ungerechte Verteilung des Einkommens erzwungen wird, unmoralisch ist und wirtschaftliche Schäden im Gefolge hat. Bis zu diesem Punkt war Sir *Henry*s Ausführung kaum einer Kritik ausgesetzt; er machte uns klar, wie nötig es ist, etwas zu tun, um internationale Goldpaniken zu vermeiden, die Rückgänge im allgemeinen Preisniveau verursachen würden. Da einige Sachverständige uns einen künftigen Rückgang in der Goldproduktion prophezeien, so kann eine Untersuchung, die das Finanzkomitee des Völkerbundes unternommen hat, nützliche Resultate ergeben.

Aber Sir *Henry* scheint zu denken, daß Änderungen im allgemeinen Preisniveau, die nicht vom Geld herkommen, sondern auf Produktionsänderungen der Waren zurückzuführen sind, ebenso zu beurteilen seien. Zwischen Preisänderungen durch Geldmanipulationen und solchen, die von der Produktion herrühren, liegt jedoch ein wesentlicher Unterschied. Wie wir früher gezeigt haben, findet keine ungleiche Verteilung des Einkommens statt, wenn die Preise steigen oder fallen im Verhältnis zur Mehrung oder Minderung der Produktion. (Hier kommt der

Glaube an den „Inneren Wert“ des Goldes wieder zum Vorschein), Sir *Henrys* Hinweis auf die Vermehrung der Bevölkerung ist nicht recht zur Sache gehörig; ein Bevölkerungszuwachs würde nicht immer einen gleichen Zuwachs an Kaufkraft garantieren; dieses würde nur dann eintreffen, wenn der Bevölkerungszuwachs auch einen Zuwachs in der Warenproduktion hervorrufen würde. Sir *Henry* denkt offensichtlich, daß jeder Produktionszuwachs auch den Erzeugern dieses Zuwachses zukommen sollte; da aber die Geldgläubiger auch oft an der Produktion beteiligt sind, scheint es nicht gerecht, sie des Anteils an der Mehrproduktion zu berauben, besonders weil die Mehrproduktion eben sowohl auf den Segen der Vorsehung, wie auf den Schweiß der Produzenten zurückzuführen sein mag. (Es ist „The Times“, die sowas schreibt.)

Auf alle Fälle, bevor wir eine Währungspolitik, die auf die Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus gerichtet ist, für rechtlich vertretbar erklären können, müßte es außerhalb jedes vernünftigen Zweifels bewiesen werden, daß solche Politik sich für die Produktion vorteilhaft erweisen würde. Die Preisstabilität ist an sich kein Anreiz für eine Mehrproduktion. Zum Beispiel findet der Weizenproduzent, dem eine Vollernte den Preis um die Hälfte schmälert, keinen Trost darin, daß das allgemeine Preisniveau unverändert geblieben ist. Ihm würde die Preisstabilität einfach bedeuten, daß er für die Sachen, die er kauft, mehr bezahlen müßte, während er für das, was er verkauft, weniger Geld erhält. Gewiß würde unter solchen Umständen die Neigung sich entwickeln, die Weizenproduktion einzuschränken.“

Hiermit geht die Redaktion der „The Times“ zur Tagesordnung über. Wir sagen uns, daß, wenn dieses die letzten Säulen der Goldwährungstheorie sind, über Nacht der Einsturz des ganzen Gebäudes eintreten kann. Schwere Risse zeigen uns diese Säulen schon genug. So z. B. der Satz, daß der Bauer kein Interesse an der Bergung einer Rekordernte haben könnte, wenn der Preis des Weizens durch die Größe der Ernte gedrückt wird. Es wird hier vergessen, daß der Bauer zwar niedrigere Preise erzielt, daß aber die Menge der Ernte ihn entschädigt. Es wird gesagt, daß ein stabiles Preisniveau an sich keinen Anreiz zu besonderen Anstrengungen bietet. Das ist gewiß richtig, wenn unter besonderen Anstrengungen Überstunden und Nacharbeit gemeint ist. Mit der Stabilität der Preise kommt auch die Stabilität der Produktion. Die Sonne wird alle Tage aufgehen,

und alle Tage, getrieben durch Hunger und Liebe, wird der Mensch an die Arbeit gehen. Er wird nach seinen Bedürfnissen arbeiten, und da diese Bedürfnisse stabil sind, relativ stabil, so ergibt sich daraus auch eine stabile Produktion. Mit der Stabilität der Preise wird alles stabil, auch die Gewohnheit, am Tage zu arbeiten und nachts zu ruhen. Die Anpassung der Produktion an den Bedarf wird vollkommen sein. Es wird nicht mehr heißen: Man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist, denn das Eisen wird genau wie der Hunger, der Bedarf ewig heiß bleiben.

Wer Hunger hat, geht an das Eisen und schmiedet, und wer satt ist, läßt andere schmieden. Wer zehn Kinder hat, schmiedet zehn Stunden, und wer fünf Kinder hat, schmiedet fünf Stunden. Ungehemmt durch die ewige Bedrohung durch Konjunkturumschwung, wird der Unternehmer seine Sache auf ein durch die Bedürfnisse des Volkes gezogenes Maximum einstellen, weil beim Maximum die Produktion aus technischen Gründen die erwünschte optimale ist. Wenn der Unternehmer Ingenieure, Buchhalter, Arbeiter findet, die gerne länger arbeiten, und er selbst auch nichts Schöneres kennt als die Berufsarbeit, nun, dann wird eben gearbeitet, und wenn alle das tun und die Produktion sich verdoppelt, dann wird die Währungsverwaltung auch das Geldangebot verdoppeln, so daß der verdoppelten Produktion, dem verdoppelten Angebot, eine ebenso verdoppelte Nachfrage entgegentritt. Aber es könnte sich ereignen, und es ist sogar wahrscheinlich, daß es so kommen wird, daß die Arbeiter zwar gerne viel arbeiten und produzieren, daß sie aber nicht entsprechend viel kaufen, weil sie sparen wollen. Dann wachsen die Einlagen bei den Sparkassen, die das Geld dann nur durch Herabsetzung der Zinssätze in den Verkehr zurückführen können. Führt die Herabsetzung der Zinssätze dann zu einer Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, so muß die Währungsverwaltung zur Verhütung eines Rückganges des Indexes mehr Geld in Umlauf setzen. Sie muß die Geldmenge verdoppeln, verzehnfachen, wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von 10 auf 5 oder 1 fallen sollte. Wie groß unter Umständen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sein kann und mit wie wenig Geld ein Land dann auskommen kann, das hat uns die Inflation bei ihrem Todesgeröchel gezeigt. In Dollar umgerechnet, waren zuletzt, als man mit Billionennoten den Stiefelwischer bezahlte, im ganzen Reich, der Inhalt aller Banken einbegriffen, nur mehr 187 Millionen Mark in Umlauf, der 30. Teil des heutigen Geldbestandes. Das

Fehlende ersetzt mit Überschuß die in Raserei übergegangene Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Das Geld lief also damals 30 mal schneller als heute. Die zu einem Dollar nötigen Billionen ersetzen 30 wirkliche Dollar. Von der Höhe dieses Maximums an Umlaufgeschwindigkeit stürzte diese bei der Stabilisierung (die sogenannte) auf einen sehr großen Tiefstand, sie wäre wie beim Ausbruch des Krieges auf das absolute Minimum gefallen, wenn der Glaube an die Stabilisierung ein allgemeiner gewesen wäre. Einen Vorgeschmack von dem, was es bedeutet, wenn der Rückgang des Kapitalzinses anfängt auf die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu wirken, haben die Amerikaner gehabt. Mit widerspruchsvollen Puschereien haben die Amerikaner diese Schwierigkeiten bekämpft – um neue zu schaffen. Die Geister, die die Amerikaner mit der Indexwährung gerufen, werden sie nicht mehr los. Um sie zu bändigen, gehört ein tieferer Blick in das Wesen des Geldes, als ihn bisher die Stabilisierungsfreunde getan haben. Aber was unsere Theorie bisher nicht vermochte – die Praxis wird es tun; sie wird den Star stechen. Hoffen wir.

(Der Übersetzer)

[Pseudonym für S. Gesell]

Der Wertgedanke ... Das verhüllte Dogma der Nationalökonomie in neuer Gestalt.

Wie gefährlich es ist, Worte weiter zu gebrauchen, deren Leere man selber erkannt hat, das hat unser Freund *Kitson* in Amerika erfahren müssen. In einem in der *Vanguard* Preß vor kurzem erschienenen Buche des angesehenen Schriftstellers Benjamin R. *Tucker* heißt es (S. 127/9): Wenn ich auf dem Gebiete der Mechanik eine bedeutende Erfindung gemacht hätte und wenn meine Freunde für meine Erfindung damit Reklame machen würden, daß sie sie in Verbindung brächten mit einer bestimmten Lösung des Perpetuum-mobile-Problems, so könnte ich keine tiefere Beschämung empfinden, als ich sie empfinde, wenn ich ein Buch erhalte, geschrieben von einem ernsthaften Kameraden, in welchem die sozialen Ziele, denen ich nachstrebe, verteidigt werden mit so lächerlich unhaltbaren Gründen, daß sie ernsthaften Männern Grund geben, zu glauben, daß sie es hier mit Wahnsinnigen zu tun haben. Ein solches Buch ist das von *Kitson*, in welchem er für finanzielle Freiheit eintritt und diese

Forderung mit der Behauptung stützt, daß er „konkrete Werte“ mit einer „wertlosen Abstraktion“ messen kann (gemeint ist hier Papiergeld). Intolerable balderdash nennt *Tucker* solche Behauptung und fügt bei: „Es gibt selten eine schwierigere Aufgabe, als sich mit Irrtümern auseinanderzusetzen, die uns ins Gesicht fliegen mit einer platten Verneinung von axiomatischen Wahrheiten, deren Inhalt keine weitere Klärung zuläßt.“

Diese axiomatische Wahrheit liegt nach *Tucker* darin, daß man „Konkrete Werte“ nicht mit „Abstrakten Werten“ messen kann, ähnlich, wie man die Längen nicht mit Gewichten und Rauminhalt messen kann. Das wäre sicher auch richtig (diese *Tuckersche* Kritik des Papiergeldgedankens findet sich oft in der Weltliteratur), wenn es „konkrete Werte“ gäbe. Karl *Marx* sagt, daß, um zum Begriff des „Wertes“ zu kommen, man von allen körperlichen (konkreten) Eigenschaften der Ware abzusehen habe. Dann bliebe der „Wert“ übrig. Demnach gibt es nach *Marx* keine konkreten „Werte“. Ihm ist der „Wert“ eine Abstraktion von allen Körpereigenschaften, die er mit einer anderen gleichen Abstraktion, das ist die zur Herstellung der Ware gesellschaftlich nötige Arbeitszeit, glaubt, messen zu können. Wir wollen den *Marxisten* das Vergnügen solcher Messerei gern überlassen, aber Mr. *Tucker*, der so geringschätzig das Werk *Kitsons* kritisiert, sollte vorsichtiger sein, damit andere nicht ebenso über seine Kritik herfallen. Was ist das: „Ein konkreter Wert“? Was ist überhaupt „Ein Wert“? Heute gehören solche Ausdrücke, solche Begriffe ganz allgemein zum Intolerable balderdash. Der Wertgedanke kann als endgültig überwunden erklärt werden. Und vielleicht gibt sich Freund *Kitson* noch die Mühe, *Tucker* zu überzeugen, daß, wenn auch *Kitsons* Ausdrucksweise nicht kritisch war, die Kritik *Tuckers* dafür sich noch als weit unkritischer erweist. Beide können sich das Wort Balderdash gegenseitig an den Kopf werfen. Und das können schließlich alle, die in ihren Werken dem „Wert eine fundamentale Bedeutung“ zugemessen haben. Das waren bisher ausnahmslos alle, die im vorigen Jahrhundert sich über ökonomische Probleme geäußert haben. *Kitson* und *Tucker* sind somit in großer Gesellschaft und brauchen das Schimpfwort, das *Tucker* seinem Kameraden *Kitson* an den Kopf warf, nicht sehr tragisch zu nehmen. Wie lachen wir über die Medizinmänner des vorigen Jahrhunderts! Wie wird man in 30 oder 50 Jahren über alle unsere Philosophen und Naturforscher lachen!

Ist der Wertgedanke wirklich und für immer abgetan? Das Wort ist zwar aus der neueren Literatur verschwunden, leider nur, um einem Synonym Platz zu machen. Kaufkraft heißt dieser neue Balderdash. Irgendwo sagt Goethe: „Der Teufel muß doch etwas sein, wie käme man sonst dazu, vom ‚Teufel‘ zu reden?“ Und an anderer Stelle sagt er: „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dazu auch etwas denken lassen!“ Beide Sätze haben nicht denselben Inhalt. Im ersten Satz wird von Ausdrücken, von Phantasiegebilden gesprochen, im zweiten von sinnlos zusammengefügt Lauten. Beide Sätze gehören aber insofern zusammen, als die Phantasieprodukte zuweilen von Visionären als Realobjekte angesehen werden, und insofern, als andere, harmlose Menschen dann mit Hilfe von vielen *Worten* den Versuch zum tausendsten Male wiederholen, der Vision, dem Homunkulus und Phantasieteufel, eine Seele einzuhauchen. Ein Großteil der in den Bibliotheken der Welt zusammengetragenen Schätze mag aus solchen Versuchen bestehen. Worte, Literatur, Balderdash. Als Phantasieprodukt bewußt betrachtet, mögen sie uns Spaß machen. Als Realität behandelt, vergiften sie unsere Seele. Und wie zäh sind dann solche Worte! Hat sich einmal ein solches als Realität behandeltes Phantasieprodukt in unserem Kopfe festgesetzt, soll es dabei gar eine peinlich empfundene Lücke in der Weltanschauung ausfüllen, dann ist es meistens überhaupt nicht mehr auszurotten. Und hat sich gar um ein solches Wort ein Verein, eine Kirche, eine politische Partei mit Posten und Diäten gebildet, wäre auch vielleicht der Ruf wissenschaftlicher Autoritäten durch die Bloßlegung des Schwindels bedroht, dann kann solch leeres Wort getrost mit der Ewigkeit den Wettkampf aufnehmen.

Gottl's Werk „Der Wertgedanke“ hat nur das Wort gebannt, nicht den Gedanken. Es war etwas, aber nicht alles. Den Hohlraum, den seine Kritik schuf, füllten nicht nachdrängende Luftmassen aus, sondern der Gedanke, der der Wertlehre zugrunde liegt; Wenn man die Waren gegeneinander tauschen kann, *so müssen* sie irgendeine *Eigenschaft* haben, die diesen Vorgang bewirken. Und ist es nicht „der Wert“, so ist es die Kaufkraft. So wurde gefolgert. *Gottl* hätte uns zeigen müssen, daß der Tausch keine besondere Eigenschaft der Waren braucht. Dann hätte er es heute nicht nötig, ein neues Werk: „Der Kaufkraftgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie“ zu schreiben, und der Wertgedanke wäre dann endgültig erledigt gewesen.

Heute umgeht man einfach das Wort, ohne den Gedanken preiszugeben. Weil man fürchtet, für ungebildet gehalten zu werden, sagt man Kaufkraft statt Wert. Und erweckt damit dieselben Trugbilder wie mit dem Worte „Wert“. Jeder harmlose Mensch sagt sich, wenn er das Wort hört, daß dem Geld eine Kraft innewohnt, die seiner Substanz irgendwie anhaftet, eine Kraft, ähnlich dem Gewicht der Substanz, und schließt dann mit vollkommener Logik, daß man diese Kraft mit irgendeinem Teil der Kraftsubstanz muß messen können, ein Wertmaß ... und damit stehen wir wieder mit allen Vieren mitten im Brei der Wertlehre. Der Satz aus *Jevons* Lehre, den unser Freund *Kitson* in einem Artikel der *Z.* zitiert (*FA.*, 3. Jahrg., S. 90): „Der Nationalökonomie Studierende darf nicht hoffen, in seinen Begriffen dieser Wissenschaft jemals klar und korrekt zu sehen, wenn er sich beim Wert (ohne Anführungsstriche) irgendwie ein Ding oder einen Gegenstand vorstellt, oder auch bloß etwas, das in einem Ding verborgen läge. So kommt man dazu, von solch einem Nichtseienden als dem inneren Wert zu sprechen.“ (So und nicht anders sind auch *Tucker* und alle anderen zum Begriff „konkreter Wert“ gelangt.)

Genau diesen Satz kann man aber auch wieder auf das Wort „Kaufkraft“ anwenden, und ich möchte darum auf dieses Wort dieselbe Warnung anbringen, die *Jevons* dem Worte „Wert“ anheftet. Wer sich beim Worte „Kaufkraft“ irgend etwas den Waren oder dem Geld Anhaftendes vorstellt, denkt falsch. Was aber hat es für einen Sinn, Worte zu gebrauchen, die uns zwangsläufig auf Holzwege führen? Es verbreitet Dunkelheit um uns, kein Licht, dunkel bleibt es in allen Räumen der Geldtheorie, wo dem Worte Kaufkraft irgendwelche tragende Bedeutung verliehen wird, *Irving Fisher*, den wir als Kampfgenossen auf einem wichtigen Teilgebiet unseres Programmes begrüßen können, benutzt das Wort „Kaufkraft“ sogar im Titelblatt seines Hauptwerkes, obschon der Inhalt des Buches uns beweist, daß er dabei nicht an eine dem Geld eigene Kraft denkt. *Woran aber denkt er dann?* Er ahnt vielleicht nicht, welche Gefahr im Gebrauch, im falschen Gebrauch eines so überaus suggestiven Wortes liegt. Sogar für feste Köpfe ist solche Gefahr groß. Man lese nach, was von *Jevons* in dem gleichen oben genannten Artikel zitiert wurde. „Wert ist ein äußeres Akzidenz oder Relation.“ Widerspricht hier *Jevons* nicht seinen eigenen, oben zitierten Worten, wonach Wert als Nichtseiendes zu behandeln empfohlen wird? Wie kann ein Nichtseiendes in

Relation, natürlich auch in variabler Relation, zu einem anderen Nichtseienden treten? Ein Nichtseiendes ist keine Größe und kann darum auch mit nichts in Relation treten, 2 Nichts + 3 Nichts = Nichts.

Die Behauptung, es handle sich bei dem Worte „Wert“ um eine Relation, findet man oft in nationalökonomischen Schriften, Der Preis, so sagt man, drückt eine Relation zwischen dem Wert der Ware und dem des Geldes aus, wobei das Geld die Rolle des Maßes des zu messenden Wertes der Waren spielt. Die zu solcher Relation unbedingt nötige gemeinsame Eigenschaft (Geruch, Gewicht, Kalorien, Rauminhalt usw.) hat man aber noch nie entdecken können. Und man wird auch ewig umsonst suchen, denn das Nichtseiende hat keine Eigenschaften. Was *Marx* gefunden zu haben glaubte – *die Arbeitszeit* –, ist keine Eigenschaft der Waren.

Was an *Gottls* sonst so vorzüglicher Kritik des Wertgedankens fehlt, ist der positive Nachweis, daß die Waren zum Austausch nicht nur keine gemeinsame Eigenschaft (Wert – Kaufkraft) brauchen, sondern obendrein auch keine solche haben dürfen. Wie man zu diesem Nachweis gelangen kann, will ich hier kurz zeigen:

Die Waren werden nicht darum gegeneinander ausgetauscht, weil sie Gemeinsames haben, mit dem sie miteinander in Relation treten und sich gegenseitig vertreten können, sondern umgekehrt: Die Waren werden getauscht, *weil sie sich gegenseitig nicht vertreten können*. In den entscheidenden Eigenschaften *müssen sie inkommensurabel sein*. Andernfalls wären es keine Waren, und der Tausch wäre sinnlos. Zwei Heringe aus einer Tonne miteinander zu tauschen, das hat keinen Sinn. Sinnvoll dagegen ist der Tausch des Herings gegen einen Besen. Die treibende Kraft zum Tausch liefert die Inkommensurabilität, ihre Unvertretbarkeit, das Fehlen irgendwelcher Relation, kurz ihr Warencharakter. Je ausgeprägter die Inkommensurabilität, um so gesicherter der Warencharakter, die Möglichkeit eines Tausches. Die in den Eigenschaften, auf die es ankommt, vergleichbaren Waren sind einander gegenüber keine Waren. Der Unterschied in den entscheidenden Eigenschaften, also die Inkommensurabilität, muß auf alle Fälle so bedeutend sein, daß die Tauschenden durch diese Unterschiede für die Unkosten des Handels sich als entschädigt betrachten können. Weil das Geld mit allen Waren inkommensurabel ist, kann es allen anderen Waren als Tauschmittel dienen. Und

weil beim Papiergeld diese Inkommensurabilität womöglich noch größer, sogar absolut ist, kann das Papiergeld zu einem vollkommenen Tauschmittel gemacht werden. Nur weil das Gold wegen seiner beschränkten Verwendungsmöglichkeit und Vertretbarkeit dieser absoluten Ware (Papiergeld) am nächsten steht, konnte es sich als Geld einbürgern [S. Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Kapitel: Warum man aus Papier Geld machen kann.].

Man braucht den Wertgedanken für theoretische Untersuchungen volkswirtschaftlicher Probleme nicht; man braucht ihn also auch nicht zu umgehen und neue, sinnlose Worte an die Stelle der Wertwörter zu setzen. Mit meinem Buch „NWO“ habe ich gezeigt, daß man das gesamte Gebiet der Volkswirtschaft durchforschen kann, ohne auf irgend etwas zu stoßen, das dem Wertgedanken Nahrung geben könnte. Die Theorie der Preisgestaltung muß dem Theoretiker als Werkzeug vollkommen genügen. Irving Fisher z. B. hätte für sein Buch ganz gut den Titel „Währungspolitik und Preisgestaltung“ wählen können. Auch im wirklichen Leben kommt man ohne den Wertgedanken aus. Der Kaufmann kennt nur Preise, und zwar den konkreten Preis, den er eben für eine verkaufte Ware einkassiert, und den erhofften Preis, den er bei der Inventur seiner Warenbestände optimistisch oder pessimistisch schätzt (s. NWO). Diesen erhofften Preis nennt der Kaufmann auch Wert. Irgendeine Konzession an den Wertgedanken enthält dieser Gebrauch des Wortes nicht, denn auch für diesen „Wert“ genügt die Theorie des Preises vollkommen.

Was hier gesagt wurde, darf nicht als Haarspalterei betrachtet werden. Das Wort „Wert“ (heute „Kaufkraft“) hat schon die mannigfaltigsten und für unser Schicksal sehr weittragenden Wirkungen ausgelöst. Das „Kapital“ von Karl Marx, das Programm unserer stärksten politischen Partei, hat z. B. als Fundament den Gegenstand der Wertlehre. Die zwei Millionen, die in Rußland hingerichtet worden sein sollen, verdanken ihr Schicksal letzten Endes also dem Wertgedanken. Und wenn die Revolution in Rußland dahinsackt, so darum, weil der Tragkörper der Revolution, der Gegenstand der Wertlehre, als Nichtseiendes auch nichts trägt. Und in Deutschland wäre die irrsinnige Inflation auch unterblieben, wenn der Gegenstand der Wertlehre die *Havensteins*, *Helfferichs*, *Hilferdings* und das verantwortungsvolle Parlament nicht von vornherein mißleitet hätte. Es lohnt sich also, ein so dickes Haar zu spalten.

Die Illusion des Geldes.

Irving *Fishers* neues Buch [Verlag von Reimar Hobbing. Berlin SW 61, 160 S., geb., 8 M.], das diesen Titel trägt, behandelt in der Hauptsache die Illusionen, die die Jahrtausende alte Herrschaft des Metallgeldes hat aufkommen und fortleben lassen. Hier soll von den Illusionen gesprochen werden, die unsere Freunde und Mitkämpfer von der Metallwährung auf das Papiergeld übertragen.

Auf Seite 49 d. Z. wird unserem tapferen Freunde Arthur *Kitson* die Ehre aufgebürdet, der erste gewesen zu sein, der in seinem Buch „A scientific solution of the money question“ gezeigt hat, daß zum Austausch der Waren als Geld keine „Ware“ nötig sei, sondern bloß „Ausweise, bloße zahlenmäßige Bescheinigungen, kurz ein reines Tauschmittel“.

Principiis obsta! Man lasse irrigen Auffassungen keine Zeit, zu keimen und Wurzeln zu schlagen. Nachher muß man sonst da roden, wo jetzt noch ein harter Sonnenstrahl genügen würde, den Keim zum Verdorren zu bringen. „Wir kennen die Schriften von *Bendixen*, von *Liefmann*, *Knapp* und anderen, vielen anderen, wo das Papiergeld als Anweisungen, Zeichen, Geschäftsmarken usw. benannt und behandelt wird. Alles, was in diesen oft dicken Büchern steht, müssen wir nun ausroden, wenn wir als Theoretiker makellos da stehen bleiben wollen, wo wir bis dahin standen. Wir haben mit dieser Literatur absolut nichts zu tun. Zwar uns persönlich steht sie nicht im Wege, denn wir erkennen sie als Illusionen, aber den anderen, die zu uns kommen wollen, schaffen sie Schwierigkeiten, unnütze Schwierigkeiten.

Wer nicht erkannt hat, daß das ungedeckte Papiergeld, wie wir es erstreben, eine *Ware* ist (*Gesell* nennt das Papiergeld die einzige chemisch reine Ware, die absolute Ware), um deren Preis Zug um Zug gehandelt, gekämpft, geschachert wird, eine Ware, die nicht das Geringste mit „Ausweisen, zahlenmäßigen Bescheinigungen“ zu tun hat, der verkennt die Natur des Papiergeldes gründlich und ist unfähig, vor einem Forum kritischer Köpfe die gewiß einfache und an der Oberfläche liegende Frage: Warum man aus Papier Geld machen kann (s. *Gesell*: NWO) zufriedenstellend zu beantworten.

Den Inhalt der Worte „Anweisung“ oder „zahlenmäßige Bescheinigung“ bringt *Bendixen* ganz klar zum Ausdruck, wenn er schreibt: Das Papiergeld ist mit Gepäckscheinen, Garderobemarken zu vergleichen. Diesen Sinn hat der Ausdruck übrigens

überall, wo er praktische Bedeutung hat, z. B. im Worte Postanweisung. Mit einer „Anweisung“ macht man irgendein Eigentumsrecht auf einen in der Anweisung unzweideutig gekennzeichneten, bestimmten Gegenstand geltend. (In den Banknoten, in den Schecks und anderen Geldanweisungen wird durch die Worte „Dollar“ oder „Mark“ auf ein Milligramm genau die Menge Gold angegeben, die der Anweisung entspricht.) Wo aber ist in unserem, in *Kitsons* Papiergeld (ungedektem Papiergeld) ein Recht auf bestimmte Waren, auf bestimmte Personen untergebracht? Der Besitzer solchen Papiergeldes betritt den Markt genau unter denselben Bedingungen wie jeder andere Besitzer von Waren. Er muß einen Käufer suchen, er muß um den Preis handeln. Weit und breit ist niemand da, vor dem er auf „Rechte“ pochen könnte. Hat der Besitzer einer Ziege, die er am Strick zum Markt führt, kein Recht auf Geld und keine Anweisung auf Geld oder gar auf eine bestimmte Summe Geldes (Garderobemarke), nun, so bringt es schon die Reziprozität, die hier besteht, notwendigerweise mit sich, daß auch der Besitzer des Geldes kein Recht hat, die Geiß – und gar zu einem bestimmten Preis – zu fordern. Beide, Geiß und Geldbesitzer, müssen sich auf dem Wege des Handels, gegenseitiger Zugeständnisse, zu einigen suchen. Und so verhält es sich in restlos allen Fällen, wo sich das Geld als Tauschmittel zu erweisen hat.

Aber das Geld, das sich die Kommunisten, die Sozialbürokraten und Konsorten vorstellen, ist genau das, was *Bendixen* uns von der Natur des Papiergeldes zu sagen wußte; Anweisung auf schimmliges Brot, faule Fische, importierte Trödlerkleidung, Vorderladegewehre, Holzpflüge usw., kurz: Brotmarken, die ja heute wieder in Rußland Mode geworden zu sein scheinen. Der Bauer bekommt für die abgelieferte Ernte eine Liste all der Herrlichkeiten, die der Staat nach einem von Gefängniswärtern aufgestellten Produktionsplan hat anfertigen lassen. Die Preise dieser Liste stellen die in den einzelnen Waren „festgeronnene Arbeitszeit“ dar, in Stunden und Minuten eingeteilt. Die Stunde hat 60 Minuten, so hat auch der Rubel nicht 100, sondern 60 Kopeken. Wie hoch dem Bauer die „festgeronnene Arbeitszeit“, die in seiner Ernte „kristallisiert“ ist, angerechnet wurde, das erfährt er, wenn er zu Hause den kommunistischen Industrieplunder abladet. Die wütend gewordene Bäuerin wirft ihm die „festgeronnene Arbeitswertgallerte“ an den hohlen Kopf.

Und solche Anweisungen sollen bei den Kommunisten die Rolle unseres Geldes spielen? Die Rolle des Geldes! Eine Welt,

nein, zehn Höllen trennen das Geld von solchen Anweisungen. Nichts, aber auch gar nichts hat das Geld mit diesen „Anweisungen“ zu tun. Wenn Bankdirektor *Bendixen*, wenn Universitätsprofessor *Liefmann* und manche andere Leuchten der Wissenschaft den Ausdruck „Anweisung“ (Gepäckschein, Garderobemarke) gebrauchen, so mögen Konzessionen an das geistige Niveau der Leser und Hörer sie dazu veranlaßt haben. Bei *Kitson* aber zeigen seine Schriften zur Genüge, daß er das von ihm vorgeschlagene Papiergeld nicht als Garderobemarke, als Anweisung auf Güter betrachtet wissen will. Und wenn er auch vor 35 Jahren den hier kritisierten Ausdruck gebrauchte, so müssen wir ihn doch in Schutz nehmen gegen die Beschuldigung, daß er der „Erste“, der Erfinder, der Anstifter dieser neuen Moneyillusion war.

Noch von einer anderen Illusion, die auf derselben Seite des FA. durch die Zeilen blitzt und die manchen unvorsichtigen Leser abwegig führen könnte, wollen wir hier einige Worte sagen. Es wird hier die Forderung gestellt, daß Freiland synchronisch mit der Freigeldforderung verbunden werde, „weil sonst die Geldrentner in die Sachwerte ausweichen könnten“. Es wäre gewiß gut, wenn man beide Reformen gleichzeitig durchführen könnte, und es wird wohl auch so kommen, weil die politische Macht (die nie etwas anderes ist noch sein kann als die rohe Gewalt), die zu *einer* dieser Reformen genügt, auch für beide ausreicht. Aber nötig ist die Verbindung nicht, wenigstens nicht aus dem oben angeführten Grunde. Wie kann denn ein „Ausweichen auf die Sachwerte“, namentlich auf rententragenden Boden, nach Einführung des Freigeldes und nach Abbau des Kapitalzinses noch stattfinden, wenn der Preis des Bodens gleich ist der zum jeweiligen Zinsfuß kapitalisierten Grundrente? Bei null Prozent kostet ein Kartoffelacker, der etwa 100 M. Pacht einbringt, eine „unendliche“ Summe. *Gesell* sagt irgendwo in der NWO: „Nach Einführung des Freigeldes werden mit dem Abbau des Zinses Geldsummen und Rentenboden zu un-kommensurablen Größen.“ Ein Ausweichen der Geldbesitzer auf die Sachwerte wird auch schon aus dem einfachen Grunde nicht möglich, weil solcher Flucht in die Sachwerte eine Flucht aus den Sachwerten doch parallel laufen müßte. Wer wird aber dann noch aus den Sachwerten (Boden) in das vom Rost befallene Freigeld flüchten wollen?

Die Einführung von Freigeld ohne Freiland bietet dem, der in der Entschädigung der Grundbesitzer den schnellsten, den

geraden Weg sieht, die Schwierigkeit, daß dann mit dem Sinken der Kapitalisierungsrate die Entschädigungssummen immer größer werden. Dem Feind baue man goldene Brücken zur Flucht. Diese Brücke liefert die Entschädigung, wer aber von Entschädigungen nichts wissen will – Henry George z. B. fragt, wer denn eigentlich entschädigt werden soll, der Grundbesitzer oder das Volk, das so viele Jahrhunderte vom Grundbesitzer beraubt wurde –, wer in der glatten Konfiskation, wie in Lettland, Rußland, Rumänien usw., den kürzesten Weg zum Ziel sieht, dem kann es völlig gleich sein, ob Freigeld dem Freiland vorangeht oder umgekehrt. Nur vom Standpunkt der Entschädigung wirft die Reihenfolge der beiden Reformen Fragen auf. Dieser Standpunkt jedoch ist für deutsche Verhältnisse wohl der empfehlenswerteste. In Lettland, Rußland, Rumänien handelte es sich zumeist um Großgrundbesitzer, deren Besitztitel keiner kritischen Nachprüfung standhielten, es sei denn, daß man Raub und Totschlag als rechtmäßigen Erwerb ansehen will. In großen Teilen Deutschlands dagegen ist der Eigentumstitel wie bei vielen amerikanischen Farmern auf Siedlungsarbeit zurückzuführen. Die Konfiskatoren werden auf alle Fälle in Deutschland auf ganz andere Schwierigkeiten stoßen, deren Überwindung jedenfalls Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird, so daß jeder, der Freiland, namentlich auch seine politischen Auswirkungen, gerne noch erleben möchte, zur Abkürzung des Verfahrens gerne in die Tasche greifen wird, um die eben erwähnten goldenen Brücken zu bauen.

Lächerlichkeit tötet. Die Goldwährung ist dabei, an dieser tödlichen Krankheit zu verenden. Es ist niemand mehr da, der die Goldwährung theoretisch zu verteidigen wagt, wenigstens niemand, der etwas auf sich hält. Nur der horror vacui hält die Goldwährung heute noch am Leben. Die Aussichten für die Indexwährung und weiterhin für das Freigeld sind durchaus günstig. Darum denkt wohl mancher, daß wir Freigeld noch vor Freiland erleben werden – mit den oben erwähnten Schwierigkeiten. Aber sehen wir uns doch auch einmal den Privatgrundbesitz an. Stirbt er nicht auch bereits an der tödlichen Krankheit der Lächerlichkeit? Heißt denn „Not der Landwirtschaft“ nicht Bankrott der Grundbesitzer? Ist der Appell an den Staat, an Staatshilfe in Gestalt von Grenzzöllen, virtuell nicht einem Appell an die Gutmütigkeit, an das Mitleid der proletarischen Massen gleichzustellen? Sollen sich die proletarischen Massen damit einverstanden erklären, daß ihnen das Brot verteuert werde, nur

um den Privatgrundbesitz vor dem Bankrott zu retten? Der Herr, der zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft bei den Knechten betteln geht – ist solche Situation nicht lächerlich, mehr als lächerlich? Der Proletarier braucht sich also nur darüber klar zu werden, was die Kornzölle bedeuten, dann sagt er: „Wat, ik soll die Herren aus die Patsche helfen?“ Und was dann? Dann haben wir Freiland ohne Entschädigung, d. h., *wenn es seine Richtigkeit mit der Not der Landwirtschaft hat.*

Unsere Gegner haben schon lange nach einer Spalte im Lehrgebäude der Freiwirtschaft gesucht, um einen Keil anzulegen. Umsonst! Jetzt werden sie zur Verschleierung ihrer Rückzugsgefechte Fehler oder Mängel in unserer *Ausdrucksweise* für ihre Keile suchen. Und vor dem Pöbel werden sie damit Erfolge haben. Wir müssen also danach trachten, daß überall die Klarheit unserer Ausdrucksweise in Übereinstimmung bleibe mit der Klarheit unserer Ziele. Wir werden damit nicht wenig unseren Vormarsch beschleunigen.

Ein Desillusionierter.

[Pseudonym für S. Gesell]

Dokumente des Fortschrittes.

In voriger Nummer konnten wir „The Times“, die große englische Zeitung, als Zeugen aufrufen für die Tatsache, daß die *Indexwährung*, ein wichtiger Baustein der Freiwirtschaft, marschiert. Heute ist es die „Seeländer Volksstimme“ – offizielles Organ der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern sowie der „Arbeiterunion“ Biel und Umgegend, die den Mut findet, am 9. März 1929 folgendes zu veröffentlichen:

Die kommende Goldumlaufswährung und die Arbeiterschaft.

„Der Nationalbank ist es durch die „Aktive Währungspolitik“ gelungen, die große Krise und die daraus entstandene Arbeitslosigkeit fast ganz zum Verschwinden zu bringen. Besser gesagt, die Schweizer Nationalbank hat, was sie während der Kriegs- und Nachkriegszeit durch ihre ruchlose Währungspuscherei am Schweizer Volk gesündigt, jetzt durch eine vernünftige, dem Warenangebot entsprechende Notenausgabe wieder gutgemacht.

Was wir Gewerkschaftler in dieser Zeit der Währungspuscherei durchgemacht haben, wird wohl noch einem jeden in Erinnerung sein. Nun haben wir uns bereits wieder aus diesen Elends Jahren herausgearbeitet. Unsere Organisationen können gute Erfolge verzeichnen. Durch eifrige Werbearbeit und durch die gute wirtschaftliche Konjunktur ist es uns gelungen, neue Berufsgruppen zu organisieren und wesentliche Lohnerhöhungen herbeizuführen. Die schweizerische Arbeiterschaft im allgemeinen steht wieder im Zeichen des Aufstieges.

Nun ist aber auf seifen der Kapitalisten eine auffallende Nervosität zu verzeichnen. Wenn man mit ein wenig wachsamen Augen die Presse der „Hochfinanz“ verfolgt, fällt einem die starke Propaganda für die Wiedereinführung der schon so manchmal kläglich zusammengebrochenen Goldwährung auf.

Warum propagiert die Wucher- und Schiebergesellschaft die schwankende Goldwährung? Gewiß nicht aus Erbarmen mit der Arbeiterschaft. Nein, die Antwort ist einfach und kurz. Durch eine vernünftige „Währungspolitik“ (Ausgabe von Geld dem Warenangebot entsprechend) wird die Möglichkeit geschaffen, daß der Lohn gesteigert werden kann und damit der Wohlstand der Arbeiter. Durch die stabile Währung wird den Schiebern und Spekulanten ein Riegel geschoben. Die Dividenden fließen spärlicher. Deswegen stimmt die Hochfinanz wieder das „Hohe Lied“ der Goldwährung an. Die Wiedereinführung der Goldumlaufwährung bedeutet nichts anderes als die Preisgabe des Schweizervolkes an die Börsianer à la *Morgan & Cie*. Da die Schweiz keine Goldgruben besitzt, wird sie durch die Goldumlaufwährung von den in- und ausländischen Goldbaronen abhängig.

Die südafrikanischen Goldgrubenbesitzer verteilten 1922 erst 20% und dann noch 80% Nachschußdividende – im ganzen also 100%. Wenn man hört, daß in der Schweiz „Millionen und Millionen“ in Goldminenaktien angelegt sind – das sagte in öffentlicher Versammlung Kantonalkbankdirektor Dr. *Walder* in Schaffhausen – so begreift man, warum sich in der Schweiz gewisse Kreise so stark für die Goldumlaufwährung einsetzen!

Eine denkwürdige Tat der englischen Gewerkschaften ist es, daß sie zum erstenmal in Europa gegen die Goldtyrannei im Wirtschaftsleben Stellung genommen haben. Als Ersatz für die Goldwährung fordern die Anhänger der „Sozialen Kreditreformbewegung“ in England die Indexwährung. Unabhängig von Goldmangel oder Goldüberfluß soll die Währung auf gleich-

bleibenden Großhandelsindex gestellt werden. Gleichbleibender Großhandelsindex sichert ungestörte Produktion und damit auch dauernde Nachfrage nach Arbeitskräften. Ist der Arbeiter begehrt, so kann er auch auftreten und mit größerer Kraft seine Forderungen stellen als in Zeiten lahmer Produktion.

Der Kampf gegen die Goldwährung ist der Freiheitskampf der Gewerkschaften des 20. Jahrhunderts.

In der „Metallarbeiterzeitung“ nimmt Dr. Marbach gegen die Goldwährung aus den gleichen Gründen Stellung wie wir. Er nennt die Goldwährung die „Organisierung der Krise“. Leider mit Recht. Und er bedauert – und leider wieder mit Recht – daß sich niemand gegen die Wiedereinführung dieser Krisenwährung wehrt.

Darum ist es die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, gegen diese kapitalistische Einrichtung Front zu machen!

Die Geschichte der Menschheit ist nicht die Geschichte eines Parteiprogrammes. Es ist bei weitem nicht aller Rück- und Fortschritt erkämpft worden. Ohne den militärischen Zusammenbruch der zaristischen und der kaiserlichen Armeen wären *Lenin* und *Noske* gehängt und die Zahl der Kasernen verdoppelt worden, wie das der „Sieger“ Frankreich zeigt. Man könnte annehmen, daß der Zusammenbruch schon in der Architektur begründet war und früh oder spät kommen mußte. Was aber hätte es dann noch für einen Zweck, so viel zu kämpfen? Dann wäre es doch viel besser, das Geld für den Kampf in die Sparsbüchse und die Hände in den Schoß zu legen. Im August 1916 schrieb *Paulus Klüpfel*: „Die Physiokraten lehrten eine Wirtschaftsordnung von innerer Wahrheit und wesenhafter Schönheit, die auf alle ideal Gesinnten hinreißend wirken mußte. Aber die geschichtliche Entwicklung des Wirtschaftslebens ging ihren Weg jenseits davon weiter. Mit dem Wirtschaftskrieg stehen wir am unausweichlichen Ende dieses Ablaufes.“ (Vorwort zur NWO.)

Stehen wir wirklich am unausweichlichen Ende dieses Ablaufes? Es hat seit Einführung des Metallgeldes, seitdem Pythagoras den Ausspruch tat: Ehret *Lykurg*, er ächtete das Gold, die Ursache aller Verbrechen – schon viele Weltkriege gegeben, die alle Wirtschaftskriege waren, viele Zusammenbrüche, die in chronische Krisen mündeten (das Mittelalter). Warum soll es diesmal anders werden? Wenn diesmal sich etwas anderes entwickeln wird, so gewiß nur darum, weil Menschen in die Entwicklung zielbewußt eingreifen werden, weil diesmal die Ent-

wicklung sich nach einem menschlichen Programm vollziehen wird. Das ist die Hoffnung. In rein menschlichen Angelegenheiten „entwickelt sich“ nichts. Hier gilt allein die Tat. Und weil der Zusammenbruch der kaiserlichen und zaristischen Herrlichkeit keine solche Tat war, entwickelt sich hier auch wieder nichts, was uns freudig stimmen könnte. Statt mit Soldaten sind die Kasernen mit Bürokraten gefüllt und überfüllt. Die Bürokraten mögen sich über diese Entwicklung freuen. Warten wir aber noch einige Jahrzehnte, dann wird der Krieg gegen die Bürokratie geführt werden, und dieser Krieg wird schwerer und blutiger sein als alle bisher gegen Herrschaften geführten Kriege. Schon heute wüßte ich nicht, wie ich mir die Büroherrschaften anders vom Nacken abschütteln könnte als mit blutiger Gewalt. Diese Herren sitzen fest im Sattel, sie klammern sich an ihre Posten und Pöstchen mit viel mehr Zähigkeit als die Fürsten an ihren Thron. Hier kann vielleicht nur der Gaskrieg Rettung bringen – wenn wir der Bürokratie Zeit lassen, Wurzel zu schlagen. War nun die Bürokratie das, was Paulus *Klüpfel* als das „unausweichliche Ende des kapitalistischen Systems“ im Sinne hatte? Hier sehen wir, wie nötig unser Kampf ist, um dem kapitalistischen Ablauf „eine unausweichliche freiwirtschaftliche“ Richtung zu geben. Weil wir zur Führung der „Entwicklung“ noch zu schwach waren, darum ging diesmal die „Entwicklung“ wieder einmal, zum soundsovielten Male jenseits von unserem Ziele weiter.“

Darum freuen wir uns über jeden Erfolg, namentlich dann, wenn wir, wie in diesem Falle, annehmen dürfen, daß der Redaktor des sozialdemokratischen Blattes das *Marxistische Dogma* Dogma sein läßt, sobald es den Tatsachen widerspricht. Wenn die sozialdemokratische Presse auf der ganzen Linie den Kampf für die Indexwährung aufnimmt, dann dürfte es schon heute für die Wiedereinführung der Goldwährung „zu spät“ sein. Vielleicht aber erhält der Redaktor der „Volksstimme“ noch rechtzeitig einen Rüffel, und vielleicht wird er dann, wie es schon manche seiner Kollegen in gleicher Lage getan haben, den „Freiheitskampf des 20. Jahrhunderts“ der Parteidisziplin opfern. Oder hätten wir es diesmal etwa mit einem Giordano *Bruno* zu tun?

W. Müller

[Pseudonym für S. Gesell]

Wichtige Aussagen, die man sich für die Debatten merken sollte.

Wie es kommt, daß eine Reihe bedeutender Zeitungen, die noch vor gar kurzer Zeit sich als unentwegte Metallisten gebärdeten, nun mit einem Mal die amerikanische, auf die Festlegung des Indexes gerichtete Währungspolitik propagieren, das mögen andere erklären. Mag sein, daß die amerikanische, heutige Dollarpolitik mit ausgiebiger Hilfe des Dollars betrieben wird, doch neige ich mehr der Auffassung zu, daß die Zeitungsredakteure in solcher währungspolitischer Umstellung überhaupt nichts Erwähnenswertes erblicken. Für sie ist und bleibt die Währungsfrage eine Bagatellsache, für die man keine Grundsätze braucht. Heute Inflation, morgen Deflation, dann Stabilisation. Heute Metallist á la Eugen *Dürring* (Geld nach Goldgewicht), morgen das Gegenteil, aktive Währungspolitik mit dem Ziele der Stabilisierung des Indexes. Es ist ihnen, den Redakteuren, alles „Wurst“. Es ist ja doch niemand unter den Lesern, der sie kontrollieren kann, der ihre Politik zu kritisieren vermag. So denken sie, und so mag es auch gekommen sein, daß z. B. die große argentinische Zeitung „La Nacion“ plötzlich, ohne Sang und Klang, ohne jedwede Erklärung ihres Verhaltens, zu den Indexisten übergegangen ist. In der „La Nacion“ vom 7. Juni v. J. heißt es: „Im Hinblick auf ihren großen Kassenbestand und um die Kreditgeschäfte zu erleichtern, hat die *Banco de la Nacion* (Staatsbank) den Diskont um 1% herabgesetzt. Das Institut hatte Ende April einen Kassenbestand von über 500 Millionen Pesos (das ist über $\frac{1}{3}$ der gesamten Notenausgabe von 1454 Millionen), den sich die Bank durch ihre ‚formidable Absorptionskraft‘ geschaffen hatte, womit sie bei weitem das vom Gesetz für Depositenbanken vorgeschriebene Barminimum überschritten hatte (die Depositen betragen zu dieser Zeit 1575 Millionen Pesos).

Bis heute ging die Bank in dieser Hinsicht mit größter Vorsicht vor und befolgte das Beispiel des nordamerikanischen Federal Reserve Board, als dies Land, ähnlich wie heute Argentinien, von einem ungeheuren Goldstrom überschwemmt wurde. Gestützt durch eine wunderbare statistische Dokumentierung, die das Federal Reserve Board zu organisieren verstand, stellte das Institut fest, daß die ständige und außerordentliche Mehrung des Goldbestandes eine Inflation herbeiführte, die einen direkten

Einfluß auf den allgemeinen Preisstand, auf den Lebensstandard, auf die Industrie und auf die nationale Arbeit ausübte; das Institut stellte das Volksinteresse über die unmittelbaren und vorübergehenden Interessen der Reservebanken und beschloß, seine Macht in den Dienst einer wirklichen Stabilisierung der inländischen Kaufkraft des Dollars zu stellen. Der Federal Reserve Board hatte begriffen, daß eine gesunde Währung nicht darin besteht, daß die Einlösbarkeit gegen Gold gesichert bleibe, sondern in der Befestigung der Kaufkraft des Geldes.“

So schreibt heute dieselbe Zeitung – eine der bestgeleiteten und angesehensten des Landes —, die noch gestern die reine Metallwährungspolitik propagierte und die unter anderem auch bei der Forderung blieb, daß jetzt nach 30 Jahren der Stabilisierung des Peso auf 44 Cent durch eine systematische Deflationspolitik der Kurs auf Pari zu heben sei. Koste es, was es wolle, nach dem Grundsatz: fiat justitia et pereat mundus (wobei das Blatt übersah, daß jede Deflation neue und schwerere Ungerechtigkeiten hervorruft, als die sind, die man zu bekämpfen wünscht).

Mit einer Offenheit, die wirklich nichts zu wünschen übrig läßt, wird hier alles zugegeben, was wir für unseren Kampf gegen die bisherige passive Währungspolitik brauchen. Wie oft mußten wir es hören: Einen Geldstreik der Bankiers gibt es nicht. Die Banken haben keinen Einfluß auf den Geldumlauf. Der Warenumsatz ist es, der die Höhe des Geldumsatzes bestimmt. Die Banken geben das Geld her, soviel sie haben, soviel man von ihnen verlangt. Die Konjunkturgestaltung ist eine Sache der Produktion, der Wirtschaft, nicht aber des Geldwesens. Und dieses wichtigste Argument unserer Gegner wird nun hier vor aller Welt als grober Irrtum entlarvt. Von der „gewaltigen Drainagekraft“ – oder de absorcion – wird hier ganz harmlos gesprochen. Mit dieser Drainagekraft konnte die argentinische Bank ein volles Drittel des gesamten Geldumlaufes in ihren Kassen konzentrieren, und zwar, um einen Druck auf die Preise auszuüben! Dabei wird auch erwähnt, daß es sich nicht um ein neues Experiment handelt, sondern um Nachahmung einer mit Erfolg in U. S. A. geübten Politik. Die Goldreserve, die bislang das einzige Maß der Notenbanken für die Geldausgabe lieferte, verliert diesen Charakter. Statt Goldpolitik betreibt die Notenbank jetzt Währungspolitik nach Rezepten, die vor, ach, so vielen Jahren in freiwirtschaftlichen Schriften veröffentlicht wurden

(s. *Frankfurth-Gesell*: Aktive Währungspolitik) und die damals von den Herren Bankiers als Narretei hingestellt wurden: „Wir warnen vor Experimenten“, so telegraphierte die Reichsbank nach München noch vor jetzt zehn Jahren auf die Aufforderung *Gesells*, aktive Währungspolitik anstelle der damals betriebenen Papiergeldwirtschaft zu setzen. *Und heute? Heute richtet sich dieselbe Reichsbank sklavisch nach dem Dollar, der Produkt desselben Experimentes ist, das die Reichsbank für gefährlich erklärte!*

Man wird vielleicht den Einwand machen, daß die Drainagekraft eine den Notenbanken eigentümliche Kraft sei, während wir doch immer behaupteten, daß dort, wo die aktive Währungspolitik der Notenbanken fehlt, die Privatbankiers diese Kraft besitzen und ausnutzen, daß die Konjunkturschwankungen von jeher in der Hauptsache Wirkungen der von den Privatbankiers zur Unterstützung von Börsenmanövern geübten Geldmanöver gewesen sind. Doch das ist ein höchst fauler Einwand im Munde von Personen, die die Drainagekraft der Notenbanken anerkennen. Ob die Gelddrainage von der offiziellen Notenbank ausgeht oder von den Privatbanken, muß doch wirkungsmäßig gleichgültig sein. Man könnte fragen, ob die Privatbanken auch immer die Mittel hatten für eine wirksame Drainage des Geldmarktes? Wenn diese Privatbankiers unter sich uneinig waren und sich bekämpften, dann natürlich konnte nur die Differenz der Mittel, die die eine Partei gegenüber den Mitteln der anderen Partei aufbrachte, zweckdienlich wirken. Zog die eine Partei 100 Millionen ein und warf dafür die andere Partei 80 Millionen auf den Markt, dann waren nur 20 Millionen wirksam. Es mag wohl auch oft so gekommen sein, und dank solchem Konkurrenzkampf mag auch oft die Wirtschaft vor Konjunkturschwankungen geschützt gewesen sein. Aber man fragt sich hier, warum sich diese Privatbankiers das Geschäft gegenseitig verderben sollten, statt durch einmütiges Handeln den Erfolg zu sichern und zu vergrößern. 100 Millionen plus 80 Millionen, das macht eine Drainage von 180 Millionen, statt nur von 20 Millionen. Nun wird man wieder einwenden; die Privatbankiers verfügen vielleicht über sehr große Mittel, doch sind die immer irgendwo begrenzt, während die Mittel der Notenbank schier unbegrenzt sind. Das stimmt. Aber die Mittel der Privatbankiers beschränken sich ja nicht auf das Bargeld. Von den Banken aus gehen die Gerüchte, die die Stimmung machen, die sich in Veränderungen in der Um-

laufsgeschwindigkeit umsetzen. Das Mittel der Beschleunigung und der Verlangsamung des Geldumlaufes wußten die Banken von jeher in den Dienst ihrer Manipulationen zu stellen. Dazu schufen sie ihre Presse. Presse, Börse und Banken arbeiteten Hand in Hand. Und unterstützt wurden diese Mittel durch die Natur der Goldwährung, die es bewirkt, daß alles, was das Publikum triebmäßig zur Selbsterhaltung tut, die Geschäfte der Bankiers fördern *muß*. Und schließlich darf man hier nicht vergessen, daß, wenn die Bankiers international sich verbinden, sie im System der Dritteldeckung ein ausgezeichnetes Mittel haben, um neue Differenzen zu schaffen. Sie brauchen dazu nur dem einen Land durch Vorweisung von Banknoten Gold zu entziehen und dasselbe Gold dann in ein anderes Land zu schaffen. Dann wird die Notenbank in dem einen Land den dreifachen Betrag der Goldentnahme einziehen müssen, und in dem anderen Land wird der Notenumlauf um den dreifachen Betrag des Goldzustromes vermehrt. Das, verbunden mit den Kommentaren, die die Presse zu solchen Goldreisen gibt, genügt in der Regel, um die Stimmung im gewünschten Sinn zu beeinflussen.

All diese Geschichten nehmen mit der auf Stabilisierung des Indexes gerichteten aktiven Währungspolitik der Notenbank unwiderruflich ein Ende. Noch so viel Börsenkapital, noch so untertänige Zeitungsredakteure, noch so gute und zahlreiche internationale Verbindungen, nichts vermag gegen die *unbegrenzte* Inflations- und Deflationsmacht der Notenbank aufzukommen, vorausgesetzt, daß die Beamten der Notenbank nicht von den Bankiers an den Börsengewinnen beteiligt werden. Denn schließlich, auch die Indexwährung ist Menschenwerk, und versagt der Mensch, dann muß auch das beste System versagen. Den Beweis, daß die Währung stabil ist, kann nur der Index liefern, wenn die Beamten des statistischen Büros unbestechlich sind. Die Spekulation müßte also mit der Korrumpierung der statistischen Beamten beginnen. Wäre das eine unmögliche Sache? Darum wird es nötig sein, daß neben dem offiziellen Indexermittlungsbüro ein privates oder zwei, zehn, hundert solche Büros errichtet würden zur Kontrolle der staatlichen Arbeit. (Wäre das keine würdige Aufgabe für den FWB?)

Der Übersetzer.

[Pseudonym für S. Gesell]

Das dynamische Ei des Kolumbus.

Dem statisch orientierten Menschen ist die Erde eine Ebene, die „nach unten“ endlos im Weltenraum fest verankert ist. Einem solchen Menschen werden alle Naturerscheinungen zu unlösbaren Fragen. Oft sehr naheliegende Erklärungsversuche muß er von vornherein ablehnen, weil sie seiner Grundeinstellung widersprechen. Dem dynamisch Denkenden dagegen ist die Erde eine Kugel, die er fest zwischen seine Schenkel einspannt und mit der er wie mit einer Rakete durch den Weltenraum reitet wie der Jäger durch den grünen Wald. Da seine Grundeinstellung richtig ist, so findet er sich immer zurecht; sie ist ihm ein nie versagender Kompaß. Ein solcher dynamisch orientierter Mensch war offenbar Christobal *Colon*, denn nur ein Dynamiker kann auf den Gedanken kommen, nach östlich gelegenen Gegenden der Erde die Richtung westwärts einzuschlagen. Aber unter den vielen, die damals schon anerkannten, daß die Erde als Kugel vorzustellen sei, kam keiner auf die Idee, sich einem Orte dadurch zu nähern, daß man sich, scheinbar wenigstens, von ihm entfernte. Sie wußten nur, daß die Erde eine Kugel ist; sie hatten es gelernt; aber das Gelernte war ihnen nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Unfruchtbares Wissen, das Wissen des „Gelehrten“, das Wissen der Autoritäten, der Orthodoxen (der Ton liegt auf den Endsilben).

Wie kam es aber nun, daß unser *Kolumbus*, der sein Leben lang gegen diese Autoritäten anzukämpfen hatte, als er sie am Hofe in Madrid vor dem Könige verulken wollte, die brutale, nur eines Statikers würdige Geschichte mit dem Ei erfand? In einer Gesellschaft, in der man alles „festlegte“, wo man die Schifffahrt mit einer Ankerkette statt mit geschwellten Segeln symbolisierte, hätte es doch viel größeren Eindruck gemacht, wenn *Kolumbus* die gestellte Aufgabe dadurch gelöst hätte, daß er das Ei zwischen Daumen und Zeigefinger genommen und durch eine drehende Bewegung zum Stehen gebracht hätte, ähnlich wie bei dem Kreisel der Kinder! Er zerbrach das Ei. Er löste also die Aufgabe nicht, denn ein zerbrochenes Ei ist kein Ei mehr. Wollte er vielleicht damit andeuten, daß es des Bruches geistiger Fesseln bedarf, um von der statischen Anschauung zur dynamischen überzugehen? Dann war das Beispiel sehr schlecht gewählt, denn es gab den Anschauungen der Statiker nur neue Nahrung. Das Ei stand, weil es durch den Bruch der Schale gestützt wurde.

Wie dem nun auch sei – der Freiwirtschaftler, der sich die Wirtschaft der Menschheit von allen Fesseln statischer und staatlicher Art vorzustellen sucht und diese Vorstellung oft in Gesellschaft den anderen zu vermitteln wünscht, kann sich sehr oft mit gutem Erfolg dieses einfachen Anschauungsunterrichtsmittels des dynamischen Eies des *Kolumbus* bedienen, namentlich wenn es sich um das Problem der dynamisch durch die Arbeitsteilung fundierten Währung handelt. Wer kann, so stellt er die Frage an die mitkauende Gesellschaft, wer kann das Ei auf die Spitze stellen, ohne es, wie *Kolumbus* es tat, zu zerbrechen? Wenn dann sich alle nach genügend oft gemachten Versuchen dazu unfähig erklärt haben, dann verblüfft er sie alle auf die oben angegebene Weise. Hieran anschließend kann man dann die Frage stellen, wie man die Währung eines Landes ohne irgendwelche Deckungsstützen stabil erhalten kann und kann dann zeigen, daß, sofern man auf dem Währungsamt die Peitsche zu schwingen und das Währungsei durch ununterbrochene Peitschenhiebe in kreisender Bewegung zu erhalten weiß, die Währung wie ein Kreisel nicht stürzen, nicht schwanken kann, weil ein genügend schnell rotierender Gegenstand ja gar keine Zeit hat, nach links oder rechts zu schwanken oder gar sich nach links oder rechts zum Sturz niederzulegen. Die rotierende Bewegung reißt ihn immer wieder hoch. Dann mag manchem ungläubigen Thomas der Gedanke aufklaffen, daß eine im Reichswährungsamt geschwungene Peitsche die Währung decken und stabilisieren kann, besser als es goldene Reserven tun können.

Georg Blumenthal.

Wenn ein Mensch hoher Lebensfreuden durch seine innerliche, künstlerische, dichterische, ästhetische Veranlagung fähig ist und dann durch die Verhältnisse zu sorgenvoller, kümmerlicher Lebensführung verurteilt wird, so ist das für mich ein tief trauriger, tragischer Fall, tragischer als ein Massengrab, als der Selbstmord von einem Dutzend Liebespärchen. Denn hier hat die Natur ihr Ziel, den einzigen vernünftigen Zweck des Daseins im Auge gehabt und das ihrige zur Erreichung des Zieles beigesteuert. Aber wegen der gesellschaftlichen Zustände, die der Mensch schuf, konnte solche Blüte der Natur nicht zur Entfaltung kommen.

Kaum 56 Jahre war Blumenthal alt, als er vor einigen Tagen begraben wurde. Er führte seit langen Jahren ein kümmerliches Leben als Miniaturkaufmann in einem winzigen Laden im Norden Berlins. Verkaufte Stecknadeln, Zwirn und Hosenknöpfe an die Proletarierfrauen, für die die Kleinheit des Einkaufes einen Weg zum nahen Warenhaus nicht lohnend machte oder die sich für den Besuch des Warenpalastes nicht putzen konnten. Dieser selbstgewählte Beruf sollte ihm die persönliche Freiheit sichern, die im Beruf als Angestellter oder Beamter verkümmert. Aber diese Freiheit war in Wirklichkeit eine Kette, und fürwahr kein Kettenhund hat je an einer solch kurzen Kette gelegen wie der, die ihm sein Freiheitsdurst angelegt hatte.

Ich lernte ihn vor 25 Jahren kennen. *Damaschkes Zeitschrift* hatte die Bekanntschaft vermittelt. Und seitdem blieben wir in regem brieflichen Verkehr. Wir betrachteten beide die Welt vom Standpunkt *Stirnerscher* Philosophie. Und dies gestattete uns, oft in überraschend kurzer Zeit, in komplizierten politischen Dingen zu einer einheitlichen Betrachtung vorzudringen. Das kommt daher, daß die Höhe dieses philosophischen Standpunktes unmeßbar kleine Gesichtswinkel liefert, die praktisch kongruieren. Dann wird die Verständigung, ehrlicher Wille vorausgesetzt, immer leicht. Wir waren dann bald so weit einig, daß wir an die Herausgabe einer Zeitschrift – „Der Physiokrat“ – denken konnten. Die erste Nummer erschien im Mai 1912. Wir hatten ein wohlüberlegtes Programm. Wir kannten die Widerstände, die zu überwinden waren und waren durchaus nicht enttäuscht, als wir nach zweijähriger Arbeit über 200 Abonnenten zählen konnten. Und nicht nur Abonnenten, auch Mitarbeiter waren herangewachsen auf mehreren Gebieten unseres fast allumfassenden Programms. Wir hatten Grund zu froher Hoffnung. Dann kam der Krieg. Die Mitarbeiter wanderten zum Teil in die Massengräber. Die Abonnenten zerstreute die Zensur. Schließlich wurde auch *Blumenthal* noch militärisch eingezogen.

Nach Schluß des Krieges versuchte *Blumenthal* vergebens, den „Physiokraten“ wieder lebendig zu machen. Der Sieg der Sozialdemokraten in Deutschland und der Kommunisten in Rußland hatte das Interesse der Massen völlig mit Beschlag belegt, und die wirtschaftliche Lage gestattete den Abonnenten, die bis dahin den „Physiokraten“ durch freiwillige Beiträge unterstützt hatten, nicht, das wirtschaftliche Defizit des Unternehmens zu decken. Dann zwang die Not des Lebens *Blumenthal*, die Feder gegen die Elle zu tauschen, die dann bis zu seinem Tode seinem

Leben die Richtlinien gab. Die Tätigkeit des Kaufmanns läßt sich nicht mit intensiver geistiger Arbeit vereinigen. *Blumenthal* wurde stiller und stiller.

Außer seinen Artikeln im „Physiokraten“ veröffentlichte er mehrere Bücher, von denen „Die Befreiung von der Zinsherrschaft“ weite Verbreitung fand. Alles, was er schrieb, gibt Zeugnis von der peinlichen Gewissenhaftigkeit, die *Blumenthal* beseelte. In zahllosen Versammlungen, die er einberief und leitete, versuchte er die physiokratischen Erkenntnisse ins Volk zu tragen. Er ist unter den Propagandisten der Physiokratie der einzige gewesen und geblieben, dem es gelang, einen Kontakt mit dem Proletariat herzustellen. Freilich, freilich, die Proletarier, die sich zur Physiokratie bekennen, bezeugen damit, daß sie niemals Proletarier gewesen sind, so daß der obige Satz falsch ist. Auch *Blumenthal* hat niemals Proletarier um sich her versammelt. Er konnte nicht mehr tun, als dem Proletariat die einzigen freien Köpfe, die es hat und produziert, zu rauben.

Allen, die ihn gekannt haben, wird sein Tod Schmerz bereiten.

Reparationsbank und Iva-Note.

Ein Ausblick und Aufruf.

Die Zeit wird reif. Als Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft, wird die Reparationsbank eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft herbeiführen helfen. Gedacht als Bestandteil des *Young-Planes* zur Ausmünzung endgültig gesicherten Kriegsraubes, wird sie vom norwegischen Ministerpräsidenten *Mowinkel* als erstem in seiner Genfer Rede für den Völkerbundsgedanken in Anspruch genommen. Und *Briands* Versuch, mit dem französischen Paneuropa den Weltkrieg zu einem politischen Dauersegen für Frankreich zu machen, erhält durch *Stresemann* die Wendung vom Bösen zum Guten, der als erste gemeineuropäische Aufgabe die Schaffung einer europäischen Münze (und Briefmarke) bezeichnet. [Man beachte auch Snowdens, des jetzigen englischen Schatzkanzlers, Ausführungen, die von Dr. Nölle auf Seite 280 des Heftes angeführt werden.] Die Zeit wird reif. Sorgen wir an unserem Teile dafür, daß es an reifen Menschen und reifen Gedanken nicht fehle.

Die auf der Grundlage der freiwirtschaftlichen Theorie ruhende Idee einer Internationalen Valuta-Assoziation, von Silvio

Gesell schon 1918 entwickelt, ist von allen Vorschlägen, die aus der *Young-Raubbank* eine Europawirtschaftsbank, aus einer *Briandschen* Panpolitik eine *Stresemannsche* Panwirtschaft zu gestalten, d. h., in erster Linie zu einem Weltgelde zu führen geeignet sind, immer noch die beste, wie er ja auch der erste war. Und es ist auch kaum damit zu rechnen, daß der *Gesellschen* Iva-Note etwas Besseres entgegengestellt werden wird. Auf dem Boden der Goldwährungstheorie könnte es jedenfalls nicht erwachsen.

Mit der Iva-Note könnte die Bank der Internationalen Valuta-Assoziation – die Völkerbunds- und Reparationsbank – den einzelnen Staaten das zwischenstaatliche Geld zu 1 v. H. jährlich liefern und dabei einen jährlichen Reingewinn von 30 000 000 Dollar erzielen.

Diese Bank zu gründen und zu leiten, gebührte von Rechts wegen dem *Freiwirtschaftsbund*, der von Anfang an für die Iva-Note eingetreten ist. Und wenn es seinen Mitgliedern gelänge, die Leserzahl des FA. so zu steigern, daß die Stimmen der *Youngs* und *Mowinckels*, der *Briands* und *Stresemanns* zu einem Posaunenton vereinigt werden könnten, zu dem *einen* Donnerhell: Iva-Note, dann dürften die ersten 10 000 Bezieher des FA. die Sicherheit haben, jene 30 000 000 Dollar und außerdem 2000 gut bezahlte Posten in den zur Internationalen Valuta-Assoziation gehörigen Staaten unter sich verteilen zu können.

Wir gehen bei diesem Vorschlag von der Überlegung aus, daß die Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten durchaus ihres Lohnes wert ist und daß, wenn die Weltbank mit der Iva-Note zustande kommt, dies in erster Linie der Werbetätigkeit der Abonnenten des FA. zuzuschreiben sein wird. Außerdem wirkt auch bei diesem Vorschlag der Wunsch mit, durch das Lockmittel direkterbarer Vorteile die Leserzahl schnell so zu vergrößern, daß wir geldlich imstande wären, unsere Zeitschrift auf die Höhe der Zeiterfordernisse zu bringen und dann mit Hilfe solcher Zeitschrift den *Freiwirtschaftsbund* zu dem ausschlaggebenden Machtinstrument zu machen, wie wir das immer im Sinne hatten und erhofften.

Wer diese Zeilen liest und einen Schimmer hat von dem, was wir erstreben, der beeile sich, bei der Post oder direkt beim Verlag das FA. zu bestellen und die Postquittung dem Herausgeber einzuschicken, damit er zu den ersten 10 000 Abonnenten gerechnet und sein Name in die Liste der Anwärter auf die jährlichen

30 000 000 Dollar und auf die 2000 Posten und Pöstchen eingetragen werden kann.

Man beeile sich. Der Gedanke des Weltgeldes beschäftigt heute viele und einflußreiche Leute. Niemand wagt mehr, die Sache noch als Utopie zu bezeichnen. Die Zeit der Ernte für unsere Arbeit naht. Erst kürzlich setzte sich der Direktor der Midland-Bank, des größten englischen Bankinstitutes, für dieses wichtigste internationale Unternehmen ein. („Neue Zürcher Zeitung“ vom 4. August 1929.)

Und man vergesse nicht: Wer für die Iva kämpft, kämpft mit dem allein wirk-samen Mittel für den Weltfreihandel, also auch für die Völkerverständigung und damit für den Völkerfrieden. Er sichert also auch seine Kinder gegen das Ver-scharrtwerden in Massengräbern.

Silvio Gesell und Otto Maaß

Kapitalistische Kritik an der Reichsbankpolitik.

Es wäre gut, wenn im Archiv öfter als es geschieht die währungspolitischen Artikel der großen Presse unter die Lupe genommen würden. Merken die Herren Redakteure, daß man ihnen auf die Finger schaut, so werden sie vorsichtiger, und dann verlassen sie sich nicht mehr blindlings auf die oft großen Namen ihrer Mitarbeiter. Dabei wäre es auch nicht nötig, alle oder mehrere Organe des Kapitalismus zu überwachen. Nach dem Grundsatz „Alle für einen und einer für alle“ genügt es, wenn ein einziges Blatt aufs Korn genommen wird, wobei es wieder gleichgültig ist, welcher politischen Partei der auserkorene Sündenbock angehören mag. Wagt dann als Erfolg solcher ständigen Kontrolle der Sündenbock nicht mehr, sich zur Währungsfrage zu äußern, so merken es dann auch die übrigen Redakteure, daß sie vorsichtiger sein müssen, daß ihr Wissen auf einem sehr wichtigen Gebiet der Politik eine klaffende Lücke hat. Und dann werden sie erst die Notwendigkeit sehen, zu unseren Forderungen Stellung zu nehmen.

Vielleicht erweckt nun die folgende Kritik an einem Artikel von Rudolf *Beerenson*, veröffentlicht in der „Vossischen Zeitung“ vom 17. August, bei anderen Lesern des FA. die aggressiven Lustgefühle und den Willen, in denselben Kerb zu hauen. Der Artikel erschien unter dem Titel „Das Sündenregister der Notenbanken“.

Das Register beginnt mit der Bemerkung, daß die Notenbanken heute zu viel von sich reden machen und sich auch selbst zu stark an der Diskussion über Währungsprobleme beteiligen, namentlich die großen Banken und unter ihnen die Reichsbank. Vor dem Kriege seien die Notenbanken schweigsam, sozusagen „der Wirtschaft hintergeschaltet gewesen“.

Tatsächlich waren die Leiter der Notenbanken vor dem Krieg stumm. Sie beteiligten sich nicht an der ohnehin überaus spärlichen Diskussion über Währungsfragen. Gold – das war die einzige Antwort, die sie auf alle Währungsfragen zu geben verstanden. Denn ihr Gehalt wurde ihnen in Gold zugemessen. Und dieses Gehalt war nicht schlecht. Also war die Goldwährung gut. So sagte auch Argentarius in den „Briefen an seinen Sohn“: „Das Geld war eine Selbstverständlichkeit, es tat schlecht und recht seine Schuldigkeit, und man sprach nicht viel davon.“ Die Notenbankpräsidenten waren aber nicht nur stumm. Sie duldeten auch nicht, daß andere über die Währung sich kritisch ausließen. Sie gebrauchten ihre Macht, um alle stumm zu machen. Die einzige Zeitung Deutschlands, die sich erlaubte, die Politik der Reichsbank schonungslos zu kritisieren, *Blumenthals Physiokrat*, ließ die Reichsbank beschlagnahmen, sobald sie dazu im Krieg die Macht erlangte. Dort, wo sie ohne Polizei auskam, benahm sie sich noch brutaler. *Beerensson* sagt darüber:

„Gewiß haben die Notenbanken nie einen tatsächlichen Zwang ausgeübt, aber wer abzuschätzen vermag, was es für eine private Bank bedeutet, sich offen den ‚Wünschen‘ der Notenbanken zu widersetzen, der wird verstehen, warum alle privaten Institute ihren Notenbanken so gefügig Gefolgschaft leisten.“ *Beerensson* denkt wohl hier an die Wechsel, die die Privatbanken bei den Notenbanken diskontieren. Wer beim Diskontgeschäft sich das Wohlwollen der Reichsbank zu sichern wünscht, der unterläßt selbstverständlich jede Kritik an den Reichsbankaktionen, auch dann, wenn man solche Aktionen als gefährliche Donquijoterien erkennt. Das, was man heimlich als Blödsinn beurteilt, verteidigt man öffentlich, um auf diese Weise seine Geschäfte mit der Reichsbank zu erleichtern. Die Wünsche der Reichsbank sind aber nicht nur für die Privatbankiers Befehle. Selbstverständlich muß auch die von den Privatbankiers beherrschte Presse parieren und natürlich auch alles, was sich offiziell mit *Wissenschaft* bezeichnen läßt. Wer der Reichsbank den Tanz versagt, der ist kein Wissenschaftler, kein „Sachverständiger“. Seiner Kritik wird dadurch für den Pöbel der Stempel des laien-

haften, kränklichen Nörglers aufgedrückt. Für ihn sind dann auch die Sinekuren des Staates nicht bestimmt.

War das nun ein so glücklicher Zustand, daß man sein Ende betrauern soll, wie *Beerensson* es zu tun scheint? Herr *Beerensson* möge uns folgende Fragen beantworten: Wenn die Notenbankpräsidenten die Diskussion der Währungsfrage ebenso energisch gefördert hätten, wie sie sie gehemmt haben, wenn auf diese Weise das ganze Volk in die Geheimnisse der Währungsfrage eingeführt worden wäre, wenn in der Inschrift der Banknoten, gleich hinter dem Wort: Wer Banknoten fälscht, wird mit Zuchthaus ... *der Zusatz* gestanden hätte: Die gleiche Strafe ereilt die verantwortlichen Leiter der Notenbank, wenn sie Inflations- und Deflationspolitik betreiben – ob dann noch *Havenstein* den Wünschen *Helfferichs* so fahrlässig nachgegeben hätte? Ganz gewiß ist Inflation nur dort möglich, wo das Volk nicht weiß, was die Papiergeldwirtschaft für es bedeutet. In direktem Widerspruch mit der Meinung *Beerenssons* muß man daher sagen: Niemals kann genug über die Währungsfrage diskutiert werden, wenigstens nicht, solange es eine ungelöste Währungsfrage für das Volk gibt. Die Diskussion der Währungsfrage muß bereits in der Volksschule beginnen. Die Sicherung der Währung liegt nicht im Hort der Reichsbank, der, wie die Erfahrung zeigt, für Fürstenabfindung und sonstigen Jux verschleudert werden kann. Sie liegt auch nicht in der Charakterstärke der Notenbankpräsidenten, sondern viel weiter zurück in der währungspolitischen Schulung des ganzen Volkes, letzten Endes in der Fähigkeit der Frauen, Winkelriede in der nötigen Anzahl zu gebären, die, wenn es nicht anders geht, die Notenpresse vor Schwindlern, Räubern und Idioten mit Handgranaten zu sichern verstehen. Weil in Deutschland, in Frankreich und anderswo diese Winkelriede nicht mehr gezeugt und geboren werden, ging die Währung zu Bruch, mußten sich Tausende und aber Tausende von Greisen, Kranken, Vormunde erhängen, erschießen und vergiften.

Das Wort „Die Dummen werden nicht alle“ stammt von der Börse. Und damit im Interesse der Börse die Dummen nicht „alle“ werden, darf die Währungsfrage nicht auf breiter Grundlage diskutiert werden. Und darum werden die Notenbankpräsidenten, die gegen diese Börsenklugheit verstoßen, als Schwätzer kritisiert.

Diese Begründung gibt *Beerensson* nicht für seine Forderung,

daß die Notenbankpräsidenten nicht in die Debatten eingreifen dürfen, er gibt aber auch keine andere.

„In der Kriegs- und Nachkriegszeit hätte man es vielleicht sogar gerne gesehen, wenn die heute so mächtigen Notenbankpräsidenten den politischen Einflüssen gegenüber etwas mehr Rückgrat bewiesen hätten.“ So sagt *Beerensson* in der „Vossischen Zeitung“, um anzudeuten, daß sich *Havenstein* der Inflationspolitik *Helfferrichs* hätte entgegenstemmen sollen. Also man hätte (wer ist das?) vielleicht (also nicht ganz bestimmt) sogar (also als etwas Absonderliches), gerne gesehen (also niemals gefordert). Wenn hier mit „man“ die Herren Privatbankiers gemeint sind, so sieht man hier, wohin es führt, wenn so wichtige Personen wie die Privatbankiers „den Wünschen der Reichsbank gegenüber so gar kein Rückgrat beweisen dürfen“. Wenn die Privatbankiers und die von ihnen beherrschte Presse unisono Alarm geblasen hätten – der Anschlag auf die Währung wäre mißlungen. Den Privatbankiers waren Devisen und Valuta gewiß keine Mädchennamen. Durch ihre Geschäfte mit dem Ausland war allen ganz klar, was Inflation und Deflation bedeuten. Ihre Erfahrung auf diesem Gebiet und ihre Beziehungen zum Ausland haben ihnen ermöglicht, rechtzeitig zweckdienliche Operationen zum Schutze, wenn nicht der Bankaktionäre, so doch wenigstens zum Schutze persönlicher Interessen zu tätigen. Das muß man schon als selbstverständlich annehmen, so daß wir hier sagen können: Der lakainenhaften Unterwürfigkeit der Privatbankiers den Wünschen der Notenbank gegenüber und der Feigheit der von den Privatbankiers abhängigen Presse haben wir letzten Endes die Inflation zu verdanken. Und vielleicht, wenn *Havenstein* im Verhalten der Presse und der Privatbankiers einen Rückhalt gehabt hätte, dann hätte er wohl selbst auch den Wünschen der Politiker gegenüber *Rückgrat* bewiesen. Zum Rückgrat gehört eben das Gefühl der Stärke, das Gefühl, daß man nicht allein steht im Kampfe mit der Finsternis. *Havenstein* hätte den Mut gefunden, zu sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Nur über meine Leiche geht der Weg zur Notenpresse. Darum finde ich es nicht nett von *Beerensson*, daß er die Verantwortung für die Inflation vom breiten Rücken der Presse und der sie beherrschenden Privatbankiers auf die schmalen Schultern eines ängstlichen Bürokraten, des armen *Havenstein*, der zudem auch bereits tot und impotent ist, abzuwälzen sucht. Ehre und Schmach, wem sie gebühren! Die Presse betitelt sich selbst oft als Xte Großmacht. Warum stellte sie sich also nicht als Groß-

macht den Papiergeldschwindlern entgegen? Sie schwieg und bestärkte durch solche Schweigsamkeit die Verbrecher in ihrem Vorhaben, durch die Notenpresse die Kriegskosten von den Sachwertbesitzern auf die Sparkassen- und sonstigen Gläubiger abzuwälzen.

Nein, wirklich, wir vermögen in der Gesprächigkeit der Notenbankpräsidenten nichts Übles zu entdecken, selbst dann nicht, wenn die Gesprächigkeit in Geschwätzigkeit übergeht. Vom Standpunkt der Demokratie und des Parlamentarismus, den die „Vossische“ vertritt, dürfte *Beerensson* erst recht keinen solchen Vorwurf erheben. Auch der geschwätzigste Notenbankpräsident spielt noch eine wichtige Rolle, nämlich die des *Enfant terrible*.

Aber etwas ist doch richtig an der Behauptung *Beerenssons*. Gibt erst einmal der Index dem Präsidenten der Notenbank heute die Grenze der Notenausgabe an, so gewinnt er damit einen objektiven Standpunkt an Stelle des subjektiven, wenn es sich darum handelt, den Ansprüchen der *à la hausse* oder *à la baisse* liegenden Privatbankiers zu widerstehen. Die Bedürfnisse des Verkehrs, nach denen sich die Notenausgabe laut Bankgesetz zu richten hat, werden durch den Index ohne Wenn und Aber scharf und unzweideutig angezeigt. Ohne den Warenpreisindex aber waren diese Bedürfnisse ein höchst schwammiger, vieldeutiger Begriff, den die mächtigen Privatbanken dem Notenbankpräsidenten auf ihre Art auslegten, und dann waren es umgekehrt die Privatbankiers, die unter Hinweis auf die „Bedürfnisse des Verkehrs“ mit ihren Wünschen die Reichsbank „zu gefügiger Gefolgschaft zwingen konnten“. Womit hätte *Havenstein* die Zurückweisung der Bankwechsel vernünftigerweise begründen können, wenn die Privatbankiers Berge von Wechseln von Tausenden von deutschen Industriellen vorzeigen konnten? *Sieht man vom Index ab*, so gibt es kein eindeutiges Maß mehr für die Begrenzung der Notenausgabe. Und nicht nur auf die Wechsel ihres Portefeuilles, sondern auch auf die steigenden Zinssätze konnten die Privatbankiers hinweisen, um den Notenbankpräsidenten für ihre Ansprüche mürbe zu machen. Denn bis dahin galt ein hoher Zinsfuß immer als Beweis für einen bestehenden Geldmangel (s. *Frankfurt-Gesell*: Aktive Währungspolitik)! Den hohen Zinsfuß aber, den sollte die Reichsbank durch reichlicheren Notendruck bekämpfen. War es nicht so? Heute noch wird oft genug der hohe Zinsfuß als Beweis für einen behaupteten Geldmangel hingestellt. Was also sollte der Notenbankpräsident tun? Der Zinsfuß wird noch höher steigen, sagten

die Privatbankiers, wenn der Präsident sich weigert, den Bedarf an Geld, den die Wechsel der Industriellen doch unzweideutig darstellen, zu diskontieren. Und nur, weil der Notenbankpräsident heute in der Lage ist – dank dem freiwirtschaftlichen Schrifttum – solche Beweisführung als irreführend zu bezeichnen und demzufolge auch die Ansprüche der Privatbankiers abzuweisen, klagt *Beerensson*, daß die Macht der Notenbanken heute zu groß geworden ist. Überschauchen wir doch mal kurz die Situation, wie sie früher war. Eine Gruppe spekulierender Privatbankiers präsentiert der Banque de France einige Bündel Noten, sagen wir 100 Millionen Dollar, zur Einlösung in Gold. Dieses Gold schicken sie nach Berlin in die Reichsbank. Die Dritteldeckungspraxis hat zur Folge, daß die Bank von Frankreich zu den 100 Millionen nun noch 200 Millionen einziehen muß, während umgekehrt in Berlin die Reichsbank zu den 100 Millionen in Noten, die sie für das Gold hergab, noch weitere 200 Millionen in Banknoten durch freigebige Diskontierung in Umlauf setzen kann. Also hier 300 Millionen mehr und dort ebensoviel weniger. Eine Spannung von 600 Millionen, die mit 100 Millionen willkürlich erzeugt werden konnte. Die Kommentare dazu liefern die spekulierenden Bankiers der Presse zur Veröffentlichung. In Paris „eröffnet die Börse in schwacher, in Berlin umgekehrt in fester Stimmung“. Diese von den Bankiers mit Hilfe ihrer Presse geschaffene Stimmung setzt sich in Berlin in eine schnellere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes um und in Paris in eine langsamere. Die Preise aber und die Kurse werden auf seiten der Nachfrage gebildet *durch die Menge des Geldes, beschwert durch die Umlaufgeschwindigkeit*. Also allgemeine Flaue in Paris und Hochbetrieb in Berlin. Der Zweck der Übung ist erreicht. Und haben sich dann nach einiger Zeit die Geister etwas beruhigt, dann wandern die Goldkisten wieder zurück nach Paris. Eine Zwickmühle! Statt zurück nach Paris kann man die Goldkisten auch über Warschau, Moskau, Tokio, London und Paris eine Reise um die Welt machen lassen. Sie werden überall mit offenen Armen empfangen.

Mit der Indexwährung wird diesen wirklich idyllischen Zuständen ein Ende bereitet, ein nach *Beerenssons* Meinung beklagenswerter Wechsel der Zeiten. An sich wäre eine Machtstärkung der Notenbankpräsidenten nur dann zu fürchten, wenn man glaubt, diesen Persönlichkeiten mißtrauen zu müssen, und wenn die Bankgesetze so unklar abgefaßt sind, daß man die

Notenbankpräsidenten überhaupt nicht zur Verantwortung ziehen kann. Sonst muß man umgekehrt die Forderung stellen, daß die Macht der Notenbanken auf alle Fälle ausreichen muß, um die ihnen gestellte Aufgabe glatt zu erfüllen. Dann ist die Notenbank zugleich mächtig und ohnmächtig. Mächtig im Sinne eines Gebrauches und ohnmächtig im Sinne eines Mißbrauches ihrer Machtmittel.

Wie bislang die Privatbankiers die Notenbanken mißbrauchten, um ihre Börsengeschäfte zu sichern, das wurde eben gezeigt. Die Notenbanken wirkten dabei passiv mit. Die Leiter der Notenbanken brauchten dazu nicht bestochen zu werden. Weil „man“ dafür sorgte, daß nur Blinde als Präsidenten der Notenbanken angestellt wurden, brauchten diese zu den Geschäften der spekulierenden Privatbankiers nicht einmal ein Auge zuzudrücken. Heute scheint es anders zu sein. Ob *Morgan* den Federal Reserve Board für eine Wiederholung seiner Börsenoperation von 1907 noch einmal gewinnen könnte? Zu viele sind es, die gewitzigt worden sind. Aber die Notenbanken glauben heute, daß es zu ihren Aufgaben gehört, in die Entwicklung der Börsenkurse aktiv eingreifen zu müssen. Die Indexpolitik genügt ihnen nicht als Aktionsraum (*Mellon*, der frühere Oberkontrolleur des Notenwesens, versteuert ein Vermögen von 300 Millionen Dollar). „Die Pflicht der Notenbanken beschränkt sich darauf, für die Stabilerhaltung der Devisenkurse und des Preisniveaus zu sorgen.“ So sagt *Beerensson*. Die zweite der beiden Aufgaben genügt, so sagen wir, und stimmen damit *Beerensson* zu, wenn er die Eingriffe der Notenbanken in das Getriebe der Börse ablehnt. In demselben Maße, wie die Notenbanken sich andere Aufgaben aufbürden lassen, verlieren sie an Macht. Betrüger und Schwindler beherrschen dann die Notenpresse.

Die Notenpresse liefert Geld, mehr nicht. Die Notenbank hat somit auch nichts anderes als Geld. Die Aktien aber, die an der Börse verhandelt werden, sind Vertreter von Sachwerten. Bei einem festen Index richtet sich der Kurs der Aktien nach dem Zinsfuß, der Grundrente und damit auch nach den Lohnsätzen. Die Notenbank hat aber weder auf den Zinsfuß, noch auf die Grundrente und die Lohnsätze irgend welchen Einfluß. Die Notenbank kann daher auf die Börsenkurse nur unter Preisgabe ihrer obersten (einzigen) Aufgabe wirken. Sie pfuscht also, wenn sie Börsenpolitik treibt. Würde die Notenpresse unmittelbar nach Wunsch Getreide, Leder, Stahl und Bauplätze statt Geld liefern, so könnte sie natürlich auf die Börsenkurse Einfluß

gewinnen. Sie könnte die Reallöhne heben, den Kapitalzins auf Null senken, den Grundrentnern allerlei Schabernack antun. So aber, als Geldfabrik und gebunden durch den Index, ist sie auf der Börse ohnmächtig. Ist der Index durch aktive Währungspolitik befestigt, so kommen auch bald die Börsenkurse von selbst zur Ruhe, denn die übrigen Komponenten der Aktienkurse, die Grundrenten, der Zinfuß, die Löhne sind (bei Indexwährung) von eminent konservativer Natur. Hier spielen Monate und einzelne Jahre kaum eine fühlbare Rolle. *Beerensson* hat also hier recht, wenn er den Wirkungskreis der Notenbanken wie oben angegeben beschränkt wissen will. Aber wie ist das, Herr *Beerensson*, mit der *Doppelaufgabe*, die sie den Notenbanken zumessen? Wie kann die Notenbank einem oft diskrepierenden Doppelziel, Index und Valuta, nachrennen? Wenn einmal allen Notenbanken der Index als einziges Maß der Notenausgabe gestellt und der Index überall stabilisiert sein wird, dann wird als notwendiges Nebenprodukt solch einmütigen Handelns der feste Valutakurs sich von selber einstellen. So wenig wie man *innerhalb* der deutschen Staaten und der U. S. A. von Valutafragen redet, so wenig wie sich hier ein merkbares Agio zwischen Preußen und Bayern entwickeln kann, so auch innerhalb der ganzen Welt, wenn der Index überall stabilisiert ist. Die kleinen Differenzen, die heute zwischen Goldwährungsländern entstehen können und die in der Goldwährung ihre automatische Korrektur finden, würden noch viel kleiner werden, wenn die Goldwährungsnotenbanken sich nach dem Index richteten. Und sie werden vollkommen verschwinden, wenn die Iva-Note noch die Goldpunkte bis zur Kongruenz nähern wird. So lange aber diese Vorbedingung nicht erfüllt ist, kann es für die Notenbank nur entweder – oder, nicht aber Index und Valuta heißen. Der Federal Reserve Board kann selbstverständlich mit dem Dollar hinter jeder Valuta herrennen. Er hätte z. B. auch während der deutschen Inflation den Parikurs des Dollars mit der Mark d. W. beibehalten können, so daß auch in Amerika genau wie in Berlin 5000 Eisenbahnwagen, beladen mit Hundertmarkscheinen, dazu gehört hätten, um den Preis eines Brotes (eine Billion) zu bezahlen. Aber den Index hätte er seinem Schicksal überlassen müssen.

So wundert man sich, daß in einer Zeitung, wie es die „Vossische“ ist, heute noch solche unmöglichen Forderungen an die Notenbanken gestellt werden können. Über derart primitive Dinge müßte sich ein Blatt, das sich zur großen Presse rechnet, doch Klarheit verschaffen. Stabilerhaltung der Valuta mit einseitig

nationalen Mitteln heißt, praktisch den Unsinn mitmachen, den die Notenbanken der anderen Länder zu treiben Lust haben.

So sehen wir hier an einem Beispiel, wie viel trotz Inflation in der Währungsfrage noch geklärt werden muß. Fortschritte in der Erkenntnis des Wesens des Geldes sind gewiß zu verzeichnen. Die Forderung *Beerenssons* z. B., daß sich die Notenbanken die Stabilerhaltung des Preisniveaus zur Aufgabe stellen sollen, ist von *Helfferrich* noch öffentlich mit den Worten verulkt worden: „Preisniveau ... gibt es denn so was?“ Was aber bringt uns den Fortschritt? Ist es wirklich nur der Tod, der die hemmenden Kräfte der Wahrheit aus dem Wege räumen kann? *Helfferrich* kam auf der Eisenbahn um. Er war noch jung. Er hätte also noch lange hemmen können. Wie sehr doch die Eisenbahnen den Fortschritt fördern!

Die Wallstreet im August 1907 und im Oktober 1929.

Der jetzige Krach an der Neuyorker Börse soll nach Berechnungen, deren Ergebnis die „Vossische Zeitung“ vom 1. November veröffentlicht, den Aktienbesitzern einen Kursverlust von 160 Milliarden Mark (gleich 40 Milliarden Dollar) gebracht haben. Das ist fast das Dreifache von dem Betrag, den die deutschen Sachwertbesitzer an Reparationen zu zahlen haben werden. Was im Kriege in vierjähriger emsiger Arbeit vernichtet wurde und was wir jetzt (merkwürdigerweise?) auf unsere Kosten wieder aufbauen müssen, dasselbe Kapital, mit *drei* multipliziert, zerstörte in Wallstreet der kleine Hammer des Börsenauktionators innerhalb einiger Stunden. Es lockt also, den unheimlichen Kräften nachzuspüren, die von diesem winzigen Instrument ausgehen. Ehe ich aber mit meiner Untersuchung beginne und um das Mißtrauen zu zerstreuen, das verständlicherweise astronomischen Zahlen, wie den genannten, entgegengebracht wird, möchte ich hier den Leser mit einigen Tatsachen bekannt machen, die über die sogenannte *Morganatische Panik* im „Physiokrat“ [„Der Physiokrat“, September-Nummer 1912; man vergl. ferner „Die Freiwirtschaft“. Mai-Heft 1922 und Dezember-Heft 1923 mit genaueren Angaben. D. Schriftl.] veröffentlicht und der Zeitschrift der amerikanischen Bodenreformer „The Public“ entnommen wurden. Ich bemerke noch dazu, daß der hier genannte Senator *La Follette* (inzwischen gestorben) hohes Ansehen genoß in seinem Land und auch auswärts.

„Senator *La Follette* erklärte kürzlich, daß *Morgan* und die Standard Oil den Börsenkrach von 1907 ‚gemacht‘ haben, und zwar zu dem Zwecke, gewisse Papiere niederzuhämmern und gefährliche Konkurrenten zur Strecke zu bringen.

Eine Neuyorker Börsenzeitung, die sich mit obiger Behauptung beschäftigte, bezeichnete sie als gutes Material für die Wahlen, daß aber diese Anklage nicht durch die Tatsachen gestützt werde. Welcher Art diese Tatsachen seien, sagt aber die Zeitung nicht. Dabei aber gibt sie die Hauptsache, das, was man sagt und allgemein glaubt, zu, nämlich, daß *Morgan* und die Standard Oil die Neuyorker Zentralbanken beherrschen (control). Wenn es sich aber so verhält, dann ist es auch richtig, was Senator *La Follette* sagt. Die Berichte, die aus der Zeit vor, während und nach dem Krach stammen, lassen es ganz fraglos erscheinen, daß der Plan zu dem großartigen Börsenmanöver, das im Krach sich der Außenwelt kundgab, wirklich in jenen Banken geschmiedet und dann rücksichtslos durchgeführt wurde.

Tatsache ist, daß der Anstoß zur Panik von den (unter der Kontrolle *Morgans* stehenden) Neuyorker Zentralreservebanken ausging. Wenn die diese Bank betreffenden Tatsachen bekannt und voll verstanden werden, so wird es sonnenklar werden, daß sie die Anklage des Senators *La Follette* rechtfertigen und daß die Verantwortung für den Krach von 1907 auf *Morgan* und der Standard Oil ruht. Es kann nicht bestritten werden, daß es innerhalb der letzten 15 Jahre keinen Zeitpunkt gegeben hat, wo die Börsenmänner, die die Neuyorker Zentralbanken kontrollieren, nicht nach Wunsch innerhalb 48 Stunden genau dieselbe Panik heraufbeschwören konnten wie die von 1907.

In der erwähnten Börsenzeitung wird die große Inflation, d. i. die übermäßige Ausgabe von Banknoten, erwähnt und gesagt, daß *Morgan* und seine Freunde hierfür nicht verantwortlich wären. Wie immer wird diese ‚Inflation‘ einer Überspekulation des Publikums zugeschrieben. Aber woher kam das Material, das Brennmaterial für diese Überspekulation? *Von den Banken*. Die Diskontierungen der Nationalbanken nahmen während des Jahres 1907 bis zum 22. August täglich um durchschnittlich 1 300 000 Dollar zu, und die Neuyorker Zentralreservebanken (also *Morgans*) lieferten hierzu einen größeren Beitrag als irgendeine Bankgruppe [Anm. des Verf. d. Art.: Damals – also 1907 – war die Notenausgabe dezentralisiert. Um sich Papiergeld zu verschaffen, brauchten die Nationalbanken nur Staatspapiere zu hinterlegen. Wie die Notenausgabe heute geübt wird, das lese man nach in Nr. 9/12 d. Z. vom Dezember 1928 im Artikel: Das Federal-Reserve-System der Vereinigten Staaten.]

Unmittelbar nach dem 22. August 1907 nahm plötzlich der Geldumlauf um die enorme Summe von 260 Millionen Dollar ab. Genau vor diesem

Tage hatten die Zentralreservebanken (*Morgans*) 40 000 000 Dollar eingezogen, während die übrigen Emissionsbanken ihren Notenumlauf in genanntem Umfang weiter vermehrt hatten. An diesem Tage hatten die Zentralreservebanken (*Morgans*) 800 Millionen Dollar von den Geldmitteln der übrigen Banken unter Kontrolle, und von dieser Summe gehörten 200 Millionen Dollar zu den Reserven dieser Banken.

Kann man vergessen, welche wahnsinnigen Anstrengungen diese Notenbanken machten, um ihre Reserven aus den Neuyorker Zentralbanken (*Morgans*) zurückzubekommen, und mit welcher unerhörten Frechheit sich diese Institute mit der Ablehnung dieser Forderung über die Gesetze hinwegsetzten? Eine Bank in Indiana hatte eine große Summe in Schecks an eine Neuyorker Zentralbank (*Morgans*) zum Inkasso geschickt. Diese Bank erhob auch das Geld, weigerte sich aber, einen Dollar davon herauszugeben, solange die Panik anhielt (wohlverstanden dieselbe Panik, die diese Bank durch das Zurückhalten des Geldes inszeniert hatte). Und viele solche Geschichten werden erzählt.

Die plötzliche Verweigerung des Kredits und des Wechseldiskonts durch die City-Banken (*Morgans*) vor dem 22. August 1907, die weitere Beschränkung des Kredits nach jenem Tag, die Verweigerung der City-Banken, die ihnen anvertrauten Gelder zurückzuzahlen, das hieraus sich ergebende zwangsweise Aufhören der Kreditoperationen der übrigen Banken, das sind die Tatsachen, die den *Morganatischen* Krach erklären.“

Laut dieser Darstellung war also der Krach das gewollte Produkt einer künstlich mit verbrecherischen Mitteln geschaffenen Geldklemme. Nicht in der Wirtschaft lag der Krach begründet. Für die Landwirtschaft, den Handel und die Industrie war der Krach ein Blitz aus blauem Himmel. Nie ist es so sonnenklar geworden, daß die Krisen und Krache an der Börse „gemacht“ werden, wie in diesem Fall. Einige dreiste und skrupellose Burschen hatten es verstanden, während die anderen Bürger arglos und emsig ihren Geschäften nachgingen, die Fäden der Finanzgeschäfte heimlich in ihrer Hand zu konzentrieren und konnten nun eine Geldklemme in jedem beliebigen Umfang und zu jeder beliebigen Stunde des Jahres inszenieren. Die *Geldklemme*, die gewiß nur Börsendifferenzen dienen sollte,

hatte jedoch Nebenwirkungen, deren Schäden den Betrag der einkassierten Börsengewinne vielfach überstiegen. Die schlimmste dieser Nebenwirkungen war die Kreditkrise, die auf die ganze Welt übergriff und überall schwere Störungen des Wirtschaftsbetriebes hervorrief. Wenn man erfährt, daß damals die Auswanderung aus den U. S. A. die Einwanderung übertraf, dann kann man sich ein Bild machen von der Bedeutung, die eine solche künstliche Geldklemme für die ganze Menschheit hat. Eine Million Menschen, die auf der Flucht vor der Arbeitslosigkeit nach Auflösung von Haushalt und Wirtschaft mit den letzten Resten ihres Vermögens den amerikanischen Strand erreichen und nun von derselben Pest, genannt Arbeitslosigkeit, wieder in die See zurückgestoßen werden! Wer die Summe von Not und Elend, die in dieser Tatsache verkörpert ist, einzuschätzen weiß, der weiß ungefähr, was für die Menschheit eine Geldklemme bedeutet. Und wer dann solches Elend sieht, sollte der sich nicht fragen, wie solche Geldklemmen wirksam zu bekämpfen sind? Ich denke doch! Und trotzdem die größte Gleichgültigkeit gegenüber der Frage nach der Ursache der Geldklemme, die heute wieder ein Vermögen von 160 Milliarden (bitte: nicht Millionen) in nichts verwandelt, und zwar wieder wie durch einen Blitz aus blauem Äther, so plötzlich, daß sich Tausende von Amerikanern, die sich im Besitze eines gesicherten Vermögens fühlten und sich nach Jahren intensivster Arbeit in Europa ihres Lebens erfreuten, nun Hals über Kopf zu den Häfen eilen und die letzten Reste ihres Geldes zusammenscharren für die Lösung einer Zwischendeckpassage! Und keiner unter diesen Tausenden hat ein Interesse für die Frage: Wie entstehen diese Geldklemmen, wie kann man sie wirksam bekämpfen?

Der Kurs der Börsenpapiere hängt ab 1. von Umständen, die nur einzelne Unternehmen berühren (geschäftliche und technische Leitung, Branchenkonjunktur, spezifische Zölle usw.) und 2. von Umständen, die die ganze Volkswirtschaft gleichmäßig betreffen, nämlich die Schwankungen im Zinsfuß (Kapitalisationsrate), Schwankungen im Index (Währung), Schwankungen in den Lohnsätzen, steuerpolitische Puschereien (Zölle), Voll- und Mißernten, Generalzölle usw.

Hier haben wir es nur mit den unter 2 genannten Kursfaktoren zu tun, denn der Krach, um den es sich heute handelt, ist ein Generalkrach gewesen, ein echter Wallstreet-Krach. Krach in Verbindung mit Wallstreet bedeutet immer einen Generalkrach, wo alle Wertpapierbesitzer, ohne Ausnahme alle, aufge-

regt nach dem Kurszettel greifen, der ihnen anzeigt, ob ihnen von ihrem Vermögen noch genug verbleibt, um eine Zwischendeckpassage auf einem Kohlendampfer lösen zu können.

Untersuchen wir diese Kursfaktoren nun einzeln, um zu sehen, ob sie uns eine Erklärung für den Kurssturz geben können.

Da wäre zunächst ein Blick auf *die Währungsverhältnisse* zu werfen. Dieser Blick aber kann uns die gesuchte Erklärung nicht geben. Gesetzlich ist nichts an den Währungsverhältnissen geändert worden. Und was willkürlich durch den Federal Reserve Board in den letzten Monaten am Index gefuscht wurde, ist zwar an sich schlimm genug, es genügt jedoch bei weitem nicht, um einen Kurssturz von 160 Milliarden Goldmark zu erklären. Nach dem *Fisherschen* Großhandelsindex verlief die Indexkurve wie folgt:

| 1929 | |
|------------|------|
| Juli | 98,6 |
| August | 97,3 |
| September | 96,0 |
| Oktober 4 | 95,8 |
| Oktober 11 | 94,7 |

Also eine Senkung von rund 4% innerhalb 2 1/2 Monaten. Das kann einen allgemeinen Kurssturz der Wertpapiere von 87,1 Dollar-Milliarden am 1. Oktober auf knapp 50 Dollar-Milliarden Ende desselben Monats nicht erklären. (Diese Zahlen entnehme ich der „Vossischen Zeitung“ vom 1. November.) Wäre die Senkung des Indexes Ursache des Kurssturzes, dann müßte dieser sich in seiner Höhe auch an seine Ursache halten. Das ist nicht der Fall. Also kann hier nicht die Ursache des Kurssturzes liegen.

Freilich, freilich, man könnte hier sagen: Der Federal Reserve Board ist an kein Gesetz gebunden, wenigstens nicht in bezug auf seine Indexpolitik. Innerhalb der Goldwährung kann der Board machen, was er will. Wie er während und nach dem Kriege das Papiergeld druckte und herausgab, womit er den Index über 220 hob, wie er dann wieder so viel Papiergeld verbrannte, daß der Index auf 140 fiel, so könnte es dem Federal Reserve Board auch heute wieder mal einfallen, eine Deflationspolitik großen Stils zu betreiben.

Kann man nun vernünftigerweise annehmen, daß die amerikanischen Kapitalisten ihre Papiere unter Einbuße von 160 Milliarden Goldmark (40 Dollar-Milliarden) abgestoßen haben, bloß weil sie ihrem Federal Reserve Board die Absicht zumuten, eine neue Deflationspolitik zu betreiben? Wenn solche Vermutung

nicht Wahnsinn ist, dann natürlich ist der Wallstreet-Krach vernünftig begründet, und es hat keinen Zweck, nach anderen Gründen auszuschauen, und unnützlich ist es, nach der Spur einer Löwenklaue *Morganscher* Marke zu suchen. Aber solche Annahme ist sicher unvernünftig. Ebenso unvernünftig wie etwa die Annahme, daß das amerikanische Volk aus politischen Idioten besteht. Denn das amerikanische Volk (welch lächerlicher Ausdruck!) hat doch schon einmal erfahren, was eine Deflationspolitik bedeutet, und es kann doch jetzt nach knapp sieben Jahren nicht schon alles wieder vergessen haben. Unter den fünf Millionen Arbeitslosen, die damals vor kaum sieben Jahren als Bettler die Straßen der Städte füllten, wird doch wohl noch ein einziger sein, der sich jener Deflationspolitik des Federal Reserve Boards erinnert und der während des Krieges gelernt hat, seine Feinde mit Bomben zu vertilgen. Nein, es ist unvernünftig, anzunehmen, daß es im Federal Reserve Board Leute gibt, tollkühne Helden, die vor einem neuen Millionenheer tobender Arbeitslosen die Verantwortung für eine Deflationspolitik übernehmen würden.

(Anmerkung eines Lesers des Manuskripts zu diesem Aufsatz: Ich bin 40 Jahre in Amerika gewesen. Ich glaube nicht an die Existenz dieses einen Amerikaners unter den fünf Millionen Arbeitslosen. Ich glaube nicht, daß ein Amerikaner sich persönlich in Gefahr bringt, um fünf Millionen Landsleute vor dem Elend der Arbeitslosigkeit zu schützen! Ich glaube nicht, daß unter jenen fünf Millionen Arbeitslosen es einen einzigen gibt, der den Zusammenhang zwischen Federal Reserve Board und der Arbeitslosigkeit kapiert hat. Dagegen bin ich überzeugt, daß es nicht nur einen, sondern Tausende von intelligenten Menschen in Amerika gibt, die gerne bereit wären, um den Preis von Börsendifferenzen vor dem Pöbel die Verantwortung für eine neue Inflations- und Deflationspolitik zu übernehmen, die der Meinung sind, daß man einem demokratisch regierten Volk alles bieten kann, die nur verächtliches Lachen für die Begriffe: Demokratie, amerikanisches Volk, öffentliche Meinung usw. übrig haben.)

Aber nehmen wir an, unsere hier ausgedrückte Hochachtung für den common sense des amerikanischen Volkes sei falsch fundiert und der Kurssturz tatsächlich auf die Furcht vor einer „kommenden“ Deflationspolitik zurückzuführen, so fragt man sich, warum diese Furcht nicht schon immer bestanden habe, warum diese Furcht jetzt plötzlich innerhalb weniger Tage panikartig sich breitmacht, warum der Kurs der Papiere nicht allmählich zurückgegangen ist, gleichlaufend mit der Ausbreitung

der Meinung, daß die Herren des Federal Reserve Boards die heimliche Absicht haben, den Index wieder auf den Friedensstand zu drücken. (An Interessenten für eine solche Deflationspolitik fehlt es ja nicht.)

Oder haben am Ende die Mitglieder des Federal Reserve Boards jetzt plötzlich eine neue wissenschaftliche Überzeugung gewonnen, wonach die ihnen anvertrauten öffentlichen Interessen durchaus eine neue Deflation verlangen? Oder ist gar der Federal Reserve Board durch die Inhaber der Liberty-Bonds und der afrikanischen Goldminen-Aktien für eine Deflation gepelzt worden [Die Goldproduzenten sind die einzigen an der allgemeinen Warenproduktion beteiligten Personen, deren Interessen parallel denen der Gläubiger (Liberty-Bonds) laufen und die durch eine Deflation gefördert werden.]? Ich weiß es nicht, aber ich sträube mich gegen die Annahme, daß in diesem Fall die Mitglieder des Federal Reserve Boards um den Preis eines Pelzes einen Börsenkrach ermöglichten, der einen Kursverlust von 160 Milliarden Goldmark zur Folge hatte, und darum bleibe ich bei der Behauptung, daß andere Hände als die des Federal Reserve Boards diesmal beim Krach im Spiele waren.

Mehr Gewicht hat die Annahme, daß *die Erhöhungen des Bankdiskonts*, die sich seit etwa einem Jahr in Amerika folgen, den Kursrückgang verursacht haben. Der Zinsfuß ist für alle Börsenpapiere, was der Meterstock für die Leinwand ist. Bei einem Zinsfuß von 7% muß die Aktie auch 7% Dividende geben, wenn sie den Parikurs behalten soll. Nach *Fishers* Berechnungen ist aber der Durchschnittsertrag der amerikanischen Industripapiere seit der „Stabilisierung“ des Indexes nach und nach gesunken und steht jetzt unter 4%. Möglich, daß die Amerikaner mit einer weiteren Dauer der guten Konjunktur und damit auch mit einem weiteren Rückgang der Kapitalisationsrate (Zinsfuß) gerechnet haben und daß die Erhöhung des Bankdiskonts ihnen nun plötzlich solche Annahme als chimärisch erscheinen ließ. Dann genügte es, zur Erklärung des Kraches zu sagen: Um sich an den Gewinnen aus der Erhöhung des Bankdiskonts zu beteiligen, haben Kapitalisten die jetzt zu hoch bewerteten (relativ zum erhöhten Zinsfuß) Papiere abgestoßen. Das Unglück hat es gewollt, daß viele Kapitalisten gleichzeitig auf diesen vernünftigen Gedanken gekommen sind und daß dann der so erfolgte Druck auf die Kurse die Panik in die Massen der Aktienbesitzer getragen hat. Aber bei dieser Argumentation wird vergessen, daß der Bankdiskont nicht mit dem allgemeinen Zins-

fuß zu verwechseln ist, daß der Bankdiskont, das unruhigste Element der ganzen Wirtschaft, nicht als Kapitalisationsrate gebraucht wird. Kapitalisten aus dem Bankiergewerbe, die auch gleich wissen, wie sie den erhöhten Diskont ausnützen können, die mögen Industriepapiere verkaufen, um den Erlös im Diskontgeschäft anzulegen. Aber das sind immer relativ sehr geringe Beträge, die kaum imstande sind, sich als „Realisationen“ auf der Börse fühlbar zu machen. Und wenn der Zufall gewollt hätte, daß sich viele am Diskontgeschäft gleichzeitig beteiligen wollten und daß dann größere Realisationen zustande gekommen wären, so muß hier bedacht werden, daß solche dem Bankgewerbe angehörige Personen das Vorhaben nicht um jeden Preis ausgeführt hätten, sondern immer nur innerhalb der engen Grenzen, die zwischen der Rendite der zu verkaufenden Papiere und dem auszunutzenden erhöhten Bankdiskont liegen. Sinkt als Wirkung ihrer Verkaufsaufträge der Kurs der Papiere, so wird die Operation ihres Zweckes beraubt, denn das, was am Diskontgeschäft gewonnen werden könnte, geht am Kurs der zu verkaufenden Papiere verloren, so daß man wirklich nicht annehmen kann, daß die Panik und der Krach ihren Ursprung hier haben könnten. Wenn die Erhöhung des Diskonts zum „Schutze der Währung“ erfolgt und man aus ihr folgern muß, daß die Notenbank damit eine Deflationspolitik inszenieren will, dann wird natürlich der Einfluß auf die Kurse nicht ausbleiben. Aber hier stand die Währung ja gar nicht auf dem Spiel. Zwei Milliarden Dollar sollen noch in Amerika liegen, die für die vorgeschriebene Deckung nicht benötigt werden. Bei ihren Verkaufsaufträgen können somit die amerikanischen Kapitalisten nicht aus Sorge um den Bestand der Währung gehandelt haben.

Da nun auch an den anderen unter 2. genannten Faktoren der Kursgestaltung der Aktien sich in der in Betracht kommenden Zeit nichts Erwähnenswertes geändert hat, so bleibt uns für die Erklärung des Kraches jetzt nur noch die Annahme übrig, daß es sich wieder nur um die Wirkung einer künstlich mit privaten Mitteln geschaffenen allgemeinen Geldklemme handeln kann. Wer hier die handelnden *Personen* gewesen sind, interessiert uns nicht weiter. Vielleicht war es *Morgan jr.*, vielleicht auch einer seiner Schüler.

Der Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ schließt seinen Artikel mit dem Satz: „Für die Wirtschaft bedeutet der Börsenkrach nicht soviel, wie zunächst befürchtet wurde. Gewiß erscheint die Kaufkraft der Bevölkerung gewaltig geschwächt. Namentlich die

Luxusindustrie wird das Verschwinden von 40 Dollar-Milliarden Volksvermögen spüren.“ – „Der Coolidgeboom ist tot, die *Hooverprosperity* aber geht weiter (eine nette Prosperität, die mit 160 Milliarden Mark Kursverlust inszeniert wird). Dafür wird Washington mit seinem wirtschaftsverständigen Präsidenten an der Spitze, dafür wird das Federal-Reserve-System, das seinen guten Ruf zurückgewonnen hat, schon sorgen.“

Es muß ein komischer Herr sein, der Herr *Schulze*, Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“! Einen Krach, der Kursverluste von 160 000 Millionen Mark verursachte, benutzt er zu einem Lob für die Wirtschaftsverständigkeit des Präsidenten und als Beweis dafür, daß das Federal-Reserve-System, wie es gehandhabt wird, sich bewährt und dem Federal Reserve Board den verlorengegangenen guten Ruf wiedergebracht hat. Schon daß er den Kursverlust der Börsenpapiere einem „Verschwinden“ von 40 Dollar-Milliarden Volksvermögen gleichsetzt, wirkt amüsant. Eine Verschiebung des Vermögens hat stattgefunden, kein Verlust im volkswirtschaftlichen Sinne des Wortes. Die Rendite der Papiere wird durch die Vorgänge an der Börse ja gar nicht berührt. *Schulze* schreibt ja selbst, daß „die *Hooverprosperity* weiterlaufen wird“. Somit werden auch die Dividenden in ungeschwächtem Strom weiterfließen, nicht mehr in dieselben Taschen, aber doch in die Taschen der neuen Besitzer der Papiere. Wo ist da der Verlust an Volksvermögen? Für die „Luxusindustrie“ wird es gewiß gleichgültig sein, ob die Aufträge ihr durch die neuen oder die alten Besitzer der Börsenpapiere zufließen werden.

Wie steht es aber mit dem „wiedergewonnenen guten Ruf“ des Federal Reserve Boards? Der Berichterstatter sagt: „Gerade weil das offizielle Amerika seit Monaten versucht hat, das Kursgerüst durch verstärkte Prosperität zu untermauern ...“ Diese Worte können wir nur dahin deuten, daß der Federal Reserve Board in die Entwicklung der Börsenkurse eingriff. Das aber hieße, daß das Federal Reserve Board die natürlichen Attributionen eines Noteninstituts überschritten und gefuscht hat auf einem Gebiet, wo es, wie die Erfahrung zeigt, 40 Milliarden Dollar innerhalb weniger Tage zu verdienen gibt. Zuerst hat also die Federal Reserve Board (worunter das von *Schulze* genannte offizielle Amerika doch in diesem Fall zu verstehen ist) das Kursgerüst „untermauert“, d. h. gestützt und gehoben. Wenn man aber ein Gerüst stützt und die Stütze dann abreißt, dann gibt es einen Krach. Hätte der Federal Reserve Board sich nicht in diese Dinge gemischt und sich nur um den Index gekümmert, dann

wären die Kurse nicht so tief gefallen, weil sie nicht so hoch gestiegen wären. Auch die Panik wäre ausgeblieben, die den Kursrückgang in einen Kurssturz verwandelte. Des weiteren wären auch die Verhältnisse für die Schaffung einer künstlichen Geldklemme nicht so günstig gewesen, und den Spekulanten wäre der Erfolg nicht so todsicher erschienen.

Es mag sein, daß der gute Ruf, dessen sich die von *Hoover* ernannten Mitglieder des Federal Reserve Boards erfreuen, auf ihre bürgerliche Ehrbarkeit zurückzuführen ist. Genügt aber solche einfache bürgerliche Ehrbarkeit für die Leitung des ihnen anvertrauten Amtes? Mir scheint, diese Männer verstehen nichts von Währung, Krach und Börsendifferenzen, sonst hätten sie den Index nicht gesenkt zu einer Zeit, wo sie gleichzeitig das „Kursgerüst untermauerten“. Sie hätten auch den Diskont nicht erhöht zu einer Zeit, wo sie glaubten, die Kurse der Papiere stützen zu müssen. Wenn sie etwas verstanden hätten von Börse und Krach, dann wären sie vor das Publikum getreten und hätten gesagt: Wir sind die vom Präsidenten *Hoover* ernannten Beschützer der Währung. Wir haben keine Zeit, das Gold in den Kellern nachzuzählen. Vielleicht ist dieses Gold wie so vieles andere in der Mißwirtschaft der verflossenen Regierung gestohlen worden. Wir wissen es nicht, es interessiert uns auch wenig. Aber wie es auch damit bestellt sein mag, eins können wir dem amerikanischen Volk versichern: *Der Index bleibt stehen, wo er steht. Wir dulden keine Inflation und keine Deflation. Was auch die Zeitungen schreiben, was die Börsenspekulanten auch tun mögen: Der Index bleibt fest. Ihr könnt darauf bauen, daß, solange Hoover im Amte bleibt, der Index vor jeder Inflation wie vor jeder Deflation geschützt bleiben wird, und sollten auch zum Schütze gegen eine Deflation sämtliche Wälder Amerikas abgeholzt und in Geldpapier umgewandelt werden müssen. Die Zeiten des Schwindels haben mit dem Präsidenten Hoover ein Ende genommen.*

Aber der Federal Reserve Board, der aus zwei Beamten und aus von *Hoover* ernannten Mitgliedern besteht, hat nichts in diesem Sinne getan. Er intervenierte, um das Kursgerüst zu stützen, und tat nichts, als das Kursgerüst ins Wanken geriet. Das Verhalten erinnert an das der Feuerwehr, die vollständig auf dem Platze erscheint, sooft es sich um Übungen handelt, die aber zu Hause bleibt, sooft es wirklich brennt.

Was dem amerikanischen Volk fehlt, das ist eine gesetzliche Festlegung der Währungsverwaltung auf die Aufrechterhaltung des Indexes. Was das amerikanische Volk jetzt hat, das ist Willkürherrschaft auf dem weitaus wichtigsten Gebiet des Staatsbetriebes. Willkür mag in einer Despotie, Diktatur und Selbstherrschaft oft sehr gute Wirkung haben, in den Händen von demokratischen Beamten muß aber die Willkür immer in Korruption ausarten.

Nachwort der Schriftleitung. Prof. Gustav Cassel, Stockholm, äußert sich zu demselben Gegenstande in einem Aufsatz, der durch die Tagespresse geht und die Überschrift trägt:

„Amerika am Anfang einer Wirtschaftskrisis. Gründe und Lehren des Neuyorker Börsenzusammenbruchs [Man vergl. z. B. Th. A. Z. vom 17. November 1929].“ *Cassel* ist der Meinung, daß die Krise nicht von außen in Szene gesetzt sei. Sie sei auch nicht das Werk des Federal-Reserve-Systems. Zwar hätte dies sich die Aufgabe gestellt, die Spekulation zu bekämpfen, sei aber erfolglos geblieben. Die Ursache für den Kursfall sei vielmehr ganz einfach in dem Ende der industriellen Hochkonjunktur zu sehen. Dieses Ende habe kommen müssen, weil „kein genügendes Sparkapital mehr vorhanden gewesen sei, um das feste Realkapital aufzunehmen“, das aus den Erzeugnissen der Hauptindustriezweige hätte gebildet werden müssen. Deshalb sei die Leistungskennziffer für die Eisenindustrie vom Anfang des Jahres, die 90 v. H. des Höchstsatzes betragen habe, auf 79 v. H. am Anfang Oktober gefallen. Infolge des Produktionsrückganges (so steht's da) mußte auch die Rentabilität ungünstiger werden. So sei die Krise gekommen. Die Federal-Reserve-Banken hätten dabei das Warenpreisniveau konstant erhalten, und es ergäbe sich daraus, daß eine Zentralbank selbst während einer Hochkonjunktur eine vollständige Kontrolle des allgemeinen Preisniveaus ausüben könne. Es zeige sich auch, daß eine Preissenkung am Ende einer Hochkonjunktur unnötig wäre, so daß man sich die ganze äußerst verlustbringende Deflation, die früher regelmäßig jede Hochkonjunktur ablöste, sparen könne.

Der wesentliche Unterschied zwischen den Darstellungen *Gesells* und *Cassels* liegt darin, daß *Cassel* weder spekulative Privatmache, noch Deflationspolitik der Notenbanken erkennt, sondern „ganz einfach das Ende der industriellen Hochkonjunktur“ für die Erscheinungen an der Neuyorker Börse verantwortlich macht. Warum aber die Hochkonjunktur ihr Ende finden muß,

das sagt er nicht. Denn seine Behauptung, es sei kein genügendes Sparkapital mehr vorhanden, um die Verwandlung der Industrieerzeugnisse in Realkapital zu ermöglichen, hätte er selber erst begründen müssen. Statt dessen macht er das Rätsel noch größer dadurch, daß er betont, die Kapitalbildung sei während der ganzen Hochkonjunktur sehr stark gewesen und habe sogar zu großem Kapital-export geführt. Das sei dann Mitte 1928 anders geworden, bis dann Kapitalknappheit eingetreten sei.

Wollte man anfangen, *Cassels* Ausführungen mit Fragezeichen zu versehen, so gäbe es kein Ende. Wie klar und in allen Teilen wohl begründet erscheint dagegen *Gesells* Darstellung! Und doch könnte auch *Cassel* auf seinem Wege zu einer klaren Erkenntnis führen – nur müßte er sich über das Auseinanderlaufen der Linien der Erzeugung und des Sparkapitals einmal näher auslassen.

Wird nach Einführung von Freiland-Freigeld die Grundrente wirklich verschwinden?

(Eine Erwiderung auf Alfred Schärs Artikel in Nr. 3 dieses Jahrganges.)

Die Betrachtungen, die *Schär* über die Wirkungen von Freiland-Freigeld anstellt, führen ihn zum Schluß, daß mit diesen Reformen die Grundrenten, auch bei wachsender Bevölkerung und bei wachsendem Wohlstand, sinken und verschwinden werden, so daß für Mutterrenten und für die Rückzahlung der mit dem Bodenrückkauf gemachten Staatsschulden kein Geld verfügbar sein wird.

Den Freunden, die mich aufforderten, mich zu diesem Artikel zu äußern, antwortete ich, daß wohl andere das besorgen würden. Nun aber geht das Jahr zu Ende, ohne daß an *Schärs* Darstellung Kritik geübt worden wäre. Band 1929 der Zeitschrift darf aber nicht abschließen ohne eine solche Kritik, denn das würde bedeuten, daß alle Leser des FA. mit *Schärs* Darstellung sich einverstanden erklären. [Es liegt im Sinn des FA., daß seine Aufsätze nicht einfach darum für richtig gehalten werden dürfen, weil sie keine Gegenäußerung hervorrufen. Diese Betonung des wissenschaftlichen Charakters der Zeitschrift bedeutet jedoch keineswegs, daß sie nur der Erkenntnis und Erkenntnisfähigkeit dienen will. Vielmehr handelt es sich auch bei der FA.-Arbeit um Willensbildung, doch steht bei ihr die Erkenntnisbildung an *erster* Stelle.]

Schär kommt zu seinen Schlüssen auf Grund einer Reihe unhaltbarer Annahmen. Gleich zu Anfang des Gedankengeleises stellt *Schär* die Weiche falsch. Er behauptet es nicht, aber aus der ganzen Darstellung geht es hervor: Nach *Schär* wird der Pächter von Freiland sich nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren, sondern nach volkswirtschaftlichen Erwägungen. Er wird nicht nach den höchsten Arbeitserträgen zielen, sondern nach den höchsten Bodenerträgen. Er wird – wohl aus patriotischen Gründen – das Gesetz vom abnehmenden Arbeitsertrag bei gleichzeitig zunehmendem Bodenertrag unbeachtet lassen und ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen mit Hilfe von Maschinen und intensivster Arbeit dem Boden das Optimum an Produktivität aufzwingen. Oder soll ihm solches Verhalten etwa durch den Pachtvertrag aufgezungen werden? (Heute erreicht man solches für das Allgemeinwohl wichtige Verhalten einfach durch die Grundrente, deren Aufbringung den Bodenbearbeiter zu intelligenter und schwitziger Arbeit anhält, ohne Aufsicht und Polizei.) [Hier hätte eine Schriftleitung, die nicht mit nachdenklichen Lesern rechnen könnte, Gelegenheit, daran zu erinnern, daß ebenso zugunsten des Zinses argumentiert wird und daß also Veranlassung gegeben sei, Zins und Grundrente einmal in dieser Hinsicht zu betrachten. Solche Gelegenheiten gab es schon viele im FA. Aber Verfasser, Leser, Raum und Charakter des F .A. machen es unzulässig, immer darauf hinzuweisen. Diese Anmerkung sei mir einmal zur Ergänzung der Fußnote 1 gestattet. O. M.] Dann müßte man der Freilandwirtschaft jetzt schon dasselbe Fiasko prophezeien wie etwa der bolschewistischen Wirtschaft, die auch mit Menschen rechnet, die mehr an das Gemeinwohl denken als an sich.

Wenn wir nicht auf den Egoismus der Menschen bauen können, dann kann nur die Knuten- oder Behördenwirtschaft helfen. Freiland und Behörden sind aber Widersprüche. Es ist wahrscheinlich, daß *Schär* die Knute ablehnt. Aber dann hätte er es uns sagen müssen, wie er es zu erreichen gedenkt, daß die Freilandpächter freiwillig auf die extensive, aber arbeitsertragreichere Wirtschaft verzichten, um sich einer Kultur zu widmen, die ihnen zwar hohe Bodenerträge, aber schwache Arbeitserträge verspricht. Die ertragreichste Arbeit ist die Jagd, vorausgesetzt, daß der Boden keine Rolle spielt – und wo der Boden keine Rente abwirft, da spielt er keine Rolle. Auf einem Jagdgrund von genügender Größe, wo niemand jagen darf als der Pächter, da kann schließlich vor lauter Wild ein Schuß kaum noch fehlgehen. Die nächst der Jagd ergiebigste Arbeit ist die Viehzucht, nämlich dort, wo, wie *Schär* vom Freiland erwartet, der Boden keine Rente, also auch kein Pachtgeld kostet. Um als Vieh-

züchter meine volle Arbeitskraft auszunützen, brauche ich mindestens 300 Hektar bestes Weideland. Dann kann ich jährlich etwa 200 fette junge Ochsen zum Markte treiben. Ein schlechter Bodenertrag, aber ein ausgezeichnete Arbeitsertrag! Weniger ergiebig ist schon der Getreidebau. Aber immerhin, wenn das Freiland keine Rente mehr abwirft, dann kann ein Mann mit Hilfe guter Maschinen etwa 200 Hektar bewirtschaften. Und wenn er es versteht, den besten Boden für sich zu reklamieren (einen Unterschied zwischen gutem und schlechtem Boden kennt *Schär* nicht, denn dieser Unterschied würde sich ja in Grundrenten irgendwie erkennbar machen), so dürften die 200 Hektar zwar wieder verhältnismäßig wenig Bodenertrag geben, aber um so höheren Arbeitsertrag.

Schär wird nun hier sagen: So ist das Freiland nicht gedacht. Für Jagd, Viehzucht, Wald und Getreidebau ist in Freideutschland ja kein Raum. Ganz recht. Aber wie stellt *Schär* fest, daß in Deutschland für Jagd und Weideland kein Raum mehr ist? Heute sorgt nur allein die Grundrente dafür, daß der Boden nicht in Jagdgründe verwandelt wird. Der Jäger kann zwar fast unbegrenzt große Landflächen in seine „Jagdkultur“ nehmen, ohne einen einzigen Arbeiter dazu zu benötigen, aber er kann keine Grundrente aufbringen. Darum muß sich heute der Jäger mit der Jagd auf Hasen begnügen, die sich auf den Feldern der Bauern mästen. Sieht man von der automatischen Regelung dieser Angelegenheit durch die Grundrente ab, dann muß wieder an die ordnende Gewalt des Staates appelliert werden, der dem Freilandbauer die Größe der Parzelle zumißt und auf die Wünsche der Bauern keine Rücksicht nimmt, die immer nach dem höchsten Arbeitsertrag (Jagd, Viehzucht, Getreidebau) tendieren und für Mehrung des Bodenproduktes nur dann Interesse zeigen, wenn die Mehrung des Produktes keine Mehrung der Arbeit fordert. Wir hätten dann keine automatische, natürliche Regelung der Produktion, sondern eine bürokratische, mit all den Mängeln, die man derselben nachsagt.

Schärs Gedanken gehen ungefähr diesen Weg: Die Erzeugung von Getreide und Fleisch wird den Überseeländern überlassen (S. 87). Dann ist für die übrigen Bodenprodukte so viel Platz übrig, daß sich ein Überschuß an Boden zeigen muß. Und dann wirft dieser Boden keine Grundrente ab. Wenn wir davon absehen, daß guter Boden bei gleicher Arbeit mehr und bessere Ernte gibt als schlechter Boden und daß aus diesem Grund jeder den guten Boden für sich oder (wenn er etwa Beamter der

Bodenverwaltung ist) für seine Vettern beanspruchen wird (was zu einer bösen Sklarekerei führen wird), dann allerdings stimmt *Schär's* Folgerung. Dann wären wir von der Grundrente befreit, brauchten auch keine Mutterrenten zu zahlen. Aber wie stände es dann mit unserem Arbeitsertrag, auf den es uns doch allein ankommt? Wenn der Getreidebau und die Viehzucht verboten werden sollen (und solches Verbot wird *Schär* erlassen müssen, wenn er nicht will, daß von hier aus eine unbegrenzte Nachfrage nach rentenfreiem Boden entsteht, die all seine Berechnungen über den Haufen werfen würde), dann können, weil das Angebot auf dem Weltmarkt um den Ausfall an deutschem Getreide zurückgeht, die Getreidepreise hochgetrieben werden, und wenn dafür die Industrie durch verstärkten Export die Zahlungsmittel für ausländisches Getreide aufbringen muß, so entsteht doch eine Situation, die der deutschen Wirtschaft nicht günstig sein kann und die zu ihrer automatischen Korrektur gewiß eine ganze Reihe von Jahren braucht. Man kann sich ja vorstellen, daß Deutschland einmal die eigene Landwirtschaft vollkommen wird entbehren können, um sich gänzlich der Industrie zu widmen. Diese Entwicklung wird ein Produkt von Boden, Lage, Klima und des diese Vorzüge ausbeutenden, nach den höchsten Arbeitserträgen jagenden Menschen sein. Unsere Wirtschaft tendiert schon lange in dieser Richtung, und kein Mensch wird darin ohne weiteres ein Unglück erblicken, mit Ausnahme der Grundbesitzer, die für ihre Interessen bangen. Aber es ist doch ein Unterschied, ob die Entwicklung mit künstlichen Mitteln dahin gepreßt wird oder ob sie sich automatisch einstellt als Nebenprodukt des seinem Glück nachjagenden, selbstverantwortlichen Menschen. Solche Entwicklung verlangt eine fortlaufende Anpassung an die sich fortwährend verändernde wirtschaftliche Umwelt. Solche Umstellung seiner Wirtschaft kann der einzelne Wirtschaftler, getrieben von seinem Eigennutz, immer mit der gebotenen Schnelligkeit vollziehen. Niemals aber kann man solche Aufgabe Behörden anvertrauen.

Schär kämpft gegen die künstliche Beschränkung des Angebots an Boden (so heißt der Titel seines Artikels) und gebraucht als Waffe – eine künstliche Begrenzung der Nachfrage nach Boden! Und das alles braucht er für den Nachweis, daß in Deutschland nach Einführung von Freiland (wie er das Ding auffaßt) keine Mutterrenten bezahlt werden können, weil es dann keine Grundrenten geben wird. Hat sich aber *Schär*, dem es, wie es scheint, mehr um den Ertrag des Bodens geht als um den

Ertrag der Arbeit, schon mal gefragt, was man in Deutschland nach Ausschaltung der Viehzucht, der Waldkultur, des Getreidebaues überhaupt noch anbauen soll? Ich glaube, daß dann der landwirtschaftlich bebaute Boden nicht nur keine Rente abwerfen wird, sondern daß dann ungefähr 99% des Bodens überschüssig sein wird. Denn Getreidebau und Viehzucht, das ist ja so gut wie die ganze Landwirtschaft. Wir werden doch nicht 50 Millionen Hektar mit Salat und Blumenkohl bebauen! Alles, was wir neben dem Getreide und den Viehzuchtprodukten an Bodenerzeugnissen brauchen, kann im Übermaß in einer einzigen Provinz erzielt werden.

Schär wird nun wahrscheinlich erwidern, daß ich ihm Absichten unterschiebe, die er selbst weit von sich weist. Explicit sagt er auch nichts von alledem, aber implicit ist das alles und noch viel mehr enthalten in seinen eigenen Voraussetzungen.

Da steht doch auf S. 85 gesperrt geschrieben: „*Das Höchstmaß an Boden* (hier ist von der Nachfrage nach Boden die Rede) *wird dargestellt durch eine Fläche, die die volle Leistungsfähigkeit in der Bodenbearbeitung aufzunehmen imstande ist.*“ Dieser Satz kann nichts anderes bedeuten, als daß der natürlichen Neigung der Landwirte nach der extensiven Kultur als derjenigen, die die höchsten Arbeitserträge liefert, die aber auch gleichzeitig die größten Flächen beansprucht, entgegenlegisliert werden soll; denn der Boden soll nach *Schär die volle Leistungsfähigkeit in der Bodenbearbeitung aufnehmen*, also doch wohl die höchsten mit optimaler Technik zu erreichenden Bodenerträge liefern. Der Boden soll das nicht darum, weil der ihn bewirtschaftende Mensch es für das Richtige hält, sondern weil irgendeine Behörde (die nicht genannt ist) es aus Gründen, die auch nicht genannt werden, es so von oben herab bestimmt. Warum aber, so fragen wir, soll dem Boden dieser Höchstertag entgegen unseren Interessen abgerungen werden mit Hilfe einer kostspieligen Technik, die nur den Bodenerträgen, aber nicht dem Arbeitsertrag nützen kann? Kein Mensch hat ein Interesse an solchen Höchstleistungen, die auf Kosten der Arbeitserträge allein zu erreichen sind. In diesen Formulierungen *Schärs* stecken die Ansätze zu gesetzlichen Maßnahmen, die die Staatssozialisten, als man sich noch auf den Staatsuniversitäten für den Staatsgedanken erwärmte, beliebügelten. Man wollte einen möglichst von der Welt unabhängigen Staat, einen in sich abgeschlossenen Staat, einen sich namentlich in bezug auf die

Lebensmittel selbst genügenden Staat schaffen, und darum forderte man vor allen Dingen hohe Bodenerträge ohne Rücksicht auf die Arbeitserträge. Soll uns nun etwa *Freiland* die Verwirklichung dieses wesentlich agrarischen Ideals fördern helfen? (Dabei rechnen die Agrarier hier noch obendrein falsch.)

Heute gibt es nur noch wenige solcher „Idealisten“. Die Kohlrüben des Krieges haben gezeigt, wie miserabel es einem Volk ergeht, das von der Welt abgeschlossen wird. Niemals ist übrigens diese Forderung von denen gestellt worden, die es auf ihren Arbeitsertrag und nicht auf die Staatsideale rentenhungriger Grundbesitzer abgesehen haben, also von der werktätigen Bevölkerung. Wir wollen billige Lebensmittel. Die garantiert uns der Freihandel mit der ganzen Welt. Wir wollen zugleich auch die höchsten Arbeitserträge. Diese garantiert uns auch derselbe Weltfreihandel. Wie dann bei solchem Freihandel der Boden bewirtschaftet wird, das wird uns der nach den höchsten Arbeitserträgen strebende Bauer erzählen. Lohnt sich der Getreidebau, gut, dann wird Getreidebau betrieben. Stehen sich die Bauern besonders gut dabei, so werden es viele sein, die sich für den Getreidebau interessieren. Schließlich werden es – wie heute – so viele sein, daß das Land knapp wird. Dann werden sie sich durch Anbieten eines Pachtgeldes (Grundrente) die gewünschten Landstrecken zu sichern suchen. Und sie werden in der Hochtreibung des Pachtgeldes schließlich so weit gehen, daß sie sich die Frage stellen: Lohnt es sich noch? Dann ist die Höchstgrenze der Grundrente erreicht. Dann sucht der eine oder der andere das Pachtgeld dadurch zu sparen, daß er zur intensiven, wenig Land beanspruchenden Kultur übergeht, bis daß die Menge des Salats, die der Gartenbau auf den Markt wirft, den Preis drückt und die Frage neuerdings erörtert wird, ob es trotz der hohen Grundrenten nicht doch besser wäre, Getreide statt Kohl und Petersilie anzubauen. So wird dann nicht der Bürokrat darüber entscheiden, ob nach Arbeitserträgen oder nach Bodenerträgen gewirtschaftet wird, sondern die Grundrente und die Preise der Produkte werden diese Frage automatisch für alle beantworten. Und es wird auch nicht so zugehen, wie es *Schär* zu erwarten scheint, nämlich, daß das Land gänzlich in Einfamilienparzellen aufgeteilt wird. Unzählige Menschen gibt es heute – Zuchtprodukte des Kapitalismus – die geistig völlig unfähig sind, einen noch so kleinen landwirtschaftlichen Betrieb nach modernen Grundsätzen selbständig so zu leiten, daß er den Lohn abwirft, den derselbe Mensch als Arbeiter unter der Leitung

eines Unternehmers verdienen kann. Solche Menschen fühlen sich wohler als verantwortungslose Arbeiter und verzichten gerne zugunsten anderer auf ihr Recht, sich an den öffentlichen Verpachtungen zu beteiligen. Dort aber, wo sich solche Arbeiter zeigen, werden sich auch Unternehmer in der nötigen Anzahl einfinden, die sie zu einem Großbetrieb zusammenführen werden. Im Interesse solcher Arbeiter wird man den Unternehmern dann die nötigen großen Landflächen zur Verfügung stellen. Und auch hier wieder wird der Wettbewerb der Unternehmer darüber bestimmen, wieviel Pachtgeld sie zahlen, wie hoch sie den Lohn für die Arbeiter ansetzen müssen. Ist die Spanne zwischen Arbeitsprodukt und den Ausgaben für Lohn und Pachtgeld verlockend groß, so wird die Zahl der Unternehmer wachsen, und die Konkurrenz wird Grundrente und Arbeitslohn so hoch treiben, daß die Begeisterung für solche Geschäfte wieder abebbt. Dann hat alles seinen Ruhepunkt, sein natürliches Niveau erreicht: die Grundrente, der Lohn, der Unternehmergewinn oder Unternehmerlohn.

Schärs Schlüsse und Prophezeiungen, wonach mit Freiland die Grundrente verschwindet und daher die Hoffnung auf Mutterrenten fallen gelassen werden muß, steht und fällt mit der kursiv oben wiedergegebenen Forderung, wonach der Boden nicht nach den höchsten Arbeitserträgen, sondern nach den höchsten technisch möglichen Bodenerträgen bewirtschaftet werden soll. Wenn man diese staatssozialistische, willkürliche, bürokratische, mit Korruptionsgeist angefüllte Forderung ablehnt und bei der Forderung bleibt, daß jeder Bauer selber darüber bestimmen soll, wie er den gepachteten Boden bewirtschaften will, dann treibt das Interesse des Bauern an möglichst hohen Arbeitserträgen ihn zu extensiver, möglichst große Flächen beanspruchender Kultur, und diese ganz natürliche, in den Dingen begründete Tendenz will es dann, daß kein Raum für Jagdgründe (wie schade, sagt der Jäger), kein Raum für endlose Wälder (wie schade, sagt der Förster), kein Raum für Viehweide (wie schade, sagt der Züchter) übrig bleibt, denn alle diese Wirtschaftsweisen können die Grundrenten nicht aufbringen, die der Bauer im Wettbewerb mit der ganzen Welt mit Hilfe von Maschinen, ausgewähltem Saatgut, kunstgerecht gebrauchten Düngemitteln trotz hochgetriebener Ansprüche, die er an seinen eigenen Arbeitslohn stellen kann, immer noch aufzubringen vermag.

Es wäre ja wunderschön, wenn sich *Schärs* Prophezeiungen

erfüllen würden, wenn mit Freiland die Grundrente überall in Stadt und Land verschwinden würde, wenn jeder seinen Laden an der verkehrsreichsten Straße aufstellen könnte, ohne Grundrente bezahlen zu müssen, wenn man überall Hasen jagen, wenn man überall das Bauholz für sein Haus fällen, wenn jeder am Rhein, natürlich immer an der besten Sonnenlage, seinen Weinberg anlegen könnte, ohne durch Grundrentenrechnungen gestört zu werden. Noch schöner wäre es, wenn alle, denen wir zurufen: „*Schäre* dich fort von hier, mache mir Platz, denn dein Platz gefällt mir!“ solcher Forderung ohne Gewaltanwendung Folge leisten würde. Ich fürchte aber, daß um solche ausgesuchten Plätze an der Sonne immer gekämpft werden muß – und daß die einzige brauchbare Waffe für solchen Kampf die Anbieten einer Geldsumme sein wird, die der Empfänger Grundrente nennt.

Der Zinsfuß in Deutschland und in der Welt.

Zugleich ein Wort zur Frage der Überlastung der deutschen Wirtschaft.

I.

Das deutsche Völkchen wird hart bestraft für die Behandlung, die es den Mündern, den Sparern und all denen zuteil werden ließ, die der deutschen Währung die Notgroschen für die Zeit des Alters und der Erwerbsunfähigkeit anvertrauten. Eigentlich sollte es noch härter bestraft werden, denn bis jetzt hat es sich noch nicht aufgerafft, um die an diesem gewaltigen Betrug beteiligten Personen zur Verantwortung zu ziehen. Als ob niemand für die Inflation verantwortlich sei, als ob es sich um ein unabwendbares Schicksal handle, als ob ein Papagei das Kommando über die Notenpresse geübt hätte, als ob der ganze Apparat, der Reichstag, der Bundesrat, die Presse, das Justizministerium, alle Richter und Rechtsanwälte geschlafen hätten und auch dann noch nicht aufgewacht wären, als der Bäcker als Preis für ein Brot 500 Eisenbahnwagen beladen mit Tausendmarkscheinen (so viel bedeutet nämlich eine Billion) forderte und dabei hätte sagen können, daß er mit dem Erlös eines Brotes sämtliche Schulden, Staats- und Privatschulden im Deutschen Reich bezahlen und obendrein noch sämtliche Sparbücher kaufen könne! Fordert ein solcher Betrug wirklich keine Sühne? Entweder werden die

Verantwortlichen oder die Geprellten bestraft. Da man sich nicht an die Verantwortlichen heranwagt, so müssen wohl die Geprellten die Hiebe erhalten. Justitia ist blind. Ihr ist es also egal, wer die Hiebe bekommt, der Verbrecher oder der Verbrochene. Irgendwo muß der Blitz seine Ruhestätte finden. Irgendwohin muß *Jakubowskys* Kopf rollen, und der Arm der Gerechtigkeit kann nicht ewig nur drohen wie bei einer Statue. Rache!

Und diese Rache heißt heute 10%.

Weil es keine Richter gibt in Deutschland, so übt die Wirtschaft jetzt das Amt der Justiz aus, und 10% heißt die Strafe, die uns dieser Richter zudiktiert hat. Im Kriege ist das Dezimieren die härteste Strafe, die man einem Regiment, einer Stadt auferlegt. 10% aber bedeutet, daß das ganze Volk dezimiert wird, und zwar nicht einmal, sondern alle Jahre. Von zehn Äckern, Dörfern, Provinzen wird alle Jahre ein Acker, ein Dorf, eine Provinz gebrandschatzt und vernichtet.

Weil wir keine Justiz haben, weil sogar der Richter Lynch bei uns fehlt, ist der Kredit verlorengegangen, und weil wir uns gegenseitig nicht mehr trauen, fordert die Wirtschaft 10%. *Natürlich, es wirken hier noch andere Faktoren mit*, aber auch die Mehrzahl dieser Faktoren wurzelt letzten Endes in der Inflation, im großen Verbrechen, das noch keinen Richter gefunden hat. Mit dem Sündenbock, den wir nach Holland geschickt haben, ist es nicht getan. Der Arm der Justiz muß höher greifen. Die Prominenten in der heutigen Politik, im Reichstag, in der Presse, in den Hochschulen, sie waren schon Prominente zur Zeit der Inflation, aber sie sagten kein Wort. *Von den elf Unterschriften, die die Schachtschen Banknoten tragen, finden wir neun auch auf den Havensteinschen Billionennoten.* Kann man aber Beamten, die ihre Unterschrift zum Betrug hergaben, Vertrauen schenken? Wenn die Banknoten nur die Unterschrift *Schachts* trügen, es wäre besser. Die neun anderen Namen schädigen den Kredit der Noten. Wenn man die Richter fortschickte, die nach dem blödsinnigen Satz – Mark ist Mark – Recht gesprochen haben; wenn man die Hochschullehrer, die zum großen Betrug nichts anderes zu sagen wußten, als ihr Gehalt zu beziehen, ebenfalls fortschickte; wenn man alle Zeitungen, die während der Inflation schwiegen, zu Tode boykottierte – der Zinsfuß würde reagieren.

10% Zins kann die Wirtschaft auf die Dauer nicht vertragen, denn mit der Zeit müßte man das gesamte Sachkapital auch

10% abwerten. 10% Zins bedeutet, daß die Last des Kapitalismus gegen Friedenszeiten sich fast verdreifacht. Und schon in Friedenszeiten bei 3 – 4% glaubten die Sozialdemokraten, daß der Kapitalismus untragbar sei. Neben dieser Last haben wir aber noch die Arbeitslosenunterstützungen zu tragen und die Reparation. Das alles in einer Zeit wirtschaftlicher, weltwirtschaftlicher Depression.

Und dennoch, wird man vielleicht hier einwenden, bezahlen wir nun schon seit sechs Jahren, seit der „Stabilisation“ 10% Zins, und der prophezeite allgemeine Zusammenbruch ist nicht eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt sogar zeitweise ab. Gewiß, es krachen viele Banken und alte Kaufmannshäuser, und der Kurs der Börsenpapiere ist seit 1927 um 50% im Durchschnitt gesunken. Aber ist das der allgemeine Zusammenbruch? Wir können viele Jahre so weiterwursteln wie bisher. Wir begraben die Gefallenen und stürmen weiter. Wenn genug gefallen sind, dann tritt der Heilungsprozeß, die Gesundungskrise, von selber ein. Es ist also durchaus nicht ausgemacht, daß es bei einer Verewigung des 10%-Zinssatzes immer schlimmer kommen muß. Sehe nur ein jeder, daß die Gesundungskrise den Tod der *anderen*, nicht *seinen* Tod fordere. Die deutschen Unternehmer machen in Amerika Anleihen über Anleihen. Also müssen sie auch in der Lage sein, die 10% herauszuwirtschaften, also sind die 10% tragbar und nicht übertrieben. Mit Hilfe der neuen Produktionsverfahren ist die Arbeit so produktiv geworden, daß die Wirtschaft neben allen anderen Lasten auch noch 10% Zins tragen kann.

Es ist dies eine sehr seichte und wie alles Seichte eine sehr brutale Art der Betrachtung unserer Lage. Seicht und falsch! Als nach der Stabilisierung die Unternehmer sich bei ihren Anleihegeschäften einem Zinsfuß von 10% gegenüber sahen, da hat gewiß nicht einer daran gedacht, mit solch teurem Geld ein neues Unternehmen zu gründen. Man suchte Geld, um brüchig gewordene wesentliche Bestandteile des Unternehmens zu erneuern, damit nicht das ganze Unternehmen zu Bruche ging. Dem einen drohte der Schornstein einzustürzen, der andere mußte den Maschinenkessel erneuern usw. Kurz, aus Rücksicht auf die Erhaltung des Ganzen opferte man einen Teil. Das ganze Unternehmen mußte für die Aufbringung des Zinses des erneuerten Teiles herangezogen werden. Was man in der Seeversicherung Havarie grosse nennt und was von den Verladern dann eingezogen wird, wenn ein Teil der Ladung zur Rettung des Ganzen

über Bord geworfen wird, genau so etwas liegt hier beim Zinssatz von 10% vor. Nun rechne einer nach, wie lange der Unternehmer solche Havarie grosse zahlen kann und zahlen will. Ein Unternehmen, das 5% des Kapitals herauswirtschaftet, muß, sobald die Verschuldung die Hälfte des Kapitals erreicht, bei 10% Anleihezins den gesamten Überschuß an den Gläubiger abliefern (5% von 1000 gleich 10% von 500.) Die Aktien solchen Unternehmens stehen dann auf Null. Eine andere Rechnung macht die Lage noch deutlicher. In einem industriellen Betriebe wird man die erforderliche Abschreibung mit wenigstens 10% ansetzen müssen. Da außerdem 10% Zins herausgewirtschaftet werden muß, so kann mit Sicherheit gesagt werden, daß der Betrieb für die Abschreibungen keine Deckung zu liefern vermag.

Dann müssen also die Erneuerungen, die den Abschreibungen entsprechen, gänzlich durch Anleihen finanziert werden. Das bedeutet dann aber, daß das Kapital der gesamten Industrie in fünf Jahren den Gläubigern verfällt. So sieht also der Einwand aus, wonach die Tatsache, daß die deutsche Industrie Anleihen macht, den Beweis lieferte, daß die Industrie auch die Anleihen verzinsen könne. Sie kann diesen Zinsfuß so lange tragen, als die Verschuldung nur gering ist im Verhältnis zur Größe des Betriebes. Neugründungen auf der finanziellen Basis von 10% dürften nur in sehr vereinzelt Fällen möglich sein. Die große Arbeitslosigkeit ist schon eine Folge davon, daß es an Neugründungen fehlt. Natürlich verlaufen die Dinge in der Wirklichkeit etwas anders als nach ihrer Logik. Ehe der Industrielle Schluß macht und dem Gläubiger den Betrieb überläßt, macht ihm dieser einen Vergleichsvorschlag. Er setzt den Zins seiner Forderungen so weit herab, daß der Unternehmer sich bereit erklärt, weiterzuarbeiten. Und schließlich lassen auch die Gewerkschaftsführer mit sich handeln. Ehe der Ruin allgemein wird und die Zahl der Arbeitslosen ins Maßlose wächst, willigen sie in Lohnkürzungen ein, die dem Unternehmer gestatten, die Zinsen seiner Schulden (10%) weiterzuzahlen und sonst auch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt aufzutreten. Darin aber liegt der Sinn des heute sooft verwendeten Ausdruckes: Zusammenbruch der Wirtschaft. Der Bruch der Schuldverträge, der Bruch der Lohntarifverträge, der Bankerott von Bank- und Handelshäusern, das ist, wenn solche Brüche zur täglichen Erscheinung werden, der große allgemeine Zusammenbruch, der nur etwas in die Länge gezogene Kladderadatsch, den *Marx* prophezeite und mit dem *Bebel* rechnete. Die Opfer solchen Kladderadatsches

erschießen sich oder drücken sich still irgendwo in eine Ecke, und die Wirtschaft geht dann ohne sie weiter, zwar schlecht, aber es geht weiter bei stark herabgesetzten Lebensansprüchen aller Beteiligten. Und die Sorgen ums tägliche Brot bedingen, daß der große Kladderadatsch bald vergessen wird, wie ja auch schon manche heute die Greuel des Weltkrieges vergessen haben.

Eine Wirtschaft wie die deutsche, mit so vielen erfinderischen Köpfen und rührigen, unternehmenden Kaufleuten, die stemmt sich gegen den Kladderadatsch, die braucht wie ein großes Schiff mit kleinem Leck Zeit, um unterzugehen. Und das ist ein Glück. Denn so haben wir Zeit, zu überlegen, warum der Zinsfuß sich so lange Zeit auf der unerhörten Höhe von 10% erhält, vielleicht auch noch Zeit, durch die Überlegung zu erkennen, was wir tun müssen und können, um den Zinsfuß wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit zu drücken.

Versuchen wir, eine Übersicht über die vielen besonderen Umstände zu gewinnen, die es neben der durch die Inflation verursachten Vertrauenskrise bedingen, daß der Zinsfuß über den Stand, den er so viele Jahre und Jahrhunderte eingenommen hat, soweit hinausgestiegen ist und sich so hartnäckig in dieser Höhe erhält. Vor dem Krieg waren drei bis vier, höchstens fünf Prozent der gewöhnliche, der „normale“ Zinsfuß. Viele Jahre galt alles, was über 6% gefordert wurde, als Wucher und konnte gerichtlich nicht eingeklagt werden. Ich zeigte damals, daß dieser Zins – *Urzins* nannte ich ihn – auf besondere Eigenschaften unseres herkömmlichen Geldes zurückzuführen ist und weder unter die genannten Punkte fallen noch dauernd darüber steigen kann. Wenn trotzdem der *Zinsfuß* zuweilen über die bezeichnete Grenze stieg, so war in solchen Fällen ausnahmslos eine Inflation die Ursache, bei der der Zinsfuß neben der etwaigen Risikoprämie noch einen besonderen Bestandteil aufnahm, den *Ristorno* oder die *Hauseprämie*, wie ich das Ding taufte. Dieser Bestandteil verschwand sehr schnell, nachdem die Inflation zum Stillstand kam. (Es handelte sich um die Goldinflation, die die reichen afrikanischen Goldfunde hervorriefen.) Ich sagte auch damals, daß sich Verhältnisse denken lassen, unter denen bei genügend starker Inflation ein Zinsfuß von 10, 50, ja 100% und darüber vorstellbar sei. Ich betonte, daß solche Fälle nicht das Geringste gegen die Urzinstheorie sprächen. Wer hätte ahnen können, daß das Volk, in dessen Sprache ich die genannten Zusammenhänge aufgedeckt hatte, mir die Beweise für die Richtigkeit solcher Behauptung liefern würde!

Bald nach Kriegsende fing man an, in Deutschland Zinssätze von 10, 50 und 100% zu nennen, und als die Inflation mit Volldampf arbeitete und mit Billionennoten gespeist wurde, da sprach man auch von *100% für jeden einzelnen Tag*. Dieser Satz von 100% Tageszins, der nicht einmal als Wucher bezeichnet werden könnte, verlangt keine Erklärung.

Hier ist alles durch die Inflation zur Genüge geklärt. Aber was nicht klar ist, das ist der Umstand, daß sich ein Zinssatz von 10% jetzt schon fünf Jahre lang halten kann, ohne daß man von einer entsprechenden Inflation reden könnte. Um mit einer Hausseprämie den Zinsfuß von 10% erklären zu können, müßte man schon nachweisen, daß der Index jährlich um 5%, das sind sieben Punkte bei einem Index von 140, in sechs Jahren also um 42 Punkte gestiegen sei. Das ist nicht der Fall. Der Gesamtindex ist seit 1924 bis heute von ursprünglich etwa 140 auf 150 gestiegen, also in sechs Jahren nur etwa zehn Punkte gegenüber den oben genannten 42 Punkten. Auf Rechnung eines Ristornos wären demnach vom Zinsfuß von 10% nur $10/6$ Punkte oder $50/42 = 1,19\%$ abzusetzen. Der Rest, 8,81%, wäre als Zins und Risikoprämie anzusprechen. Wo der Strich zwischen Kapitalzins und Risikoprämie im Zinsfuß zu ziehen ist, das ist natürlich nicht zu sagen. Wenn es sich nur um den Zins der in Amerika untergebrachten Anleihen handeln würde, dann könnte man den Strich dicht neben dem Zins setzen, den man in Amerika für amerikanische Anleihen zahlt. Diese Geschäfte dürften sich dort auf der Basis von 5% im allgemeinen abwickeln. Demnach setzt sich der Zinsfuß von 10% für amerikanische Anleihen zusammen aus 5% Zins und 3,81% Risikoprämie neben 1,19% Ristorno. Für die bei deutschen Kapitalisten untergebrachten Anleihen ist dagegen, weil hier das Geld ebenso gefährdet erscheint wie das Pfand, das man als Sicherheit erhält, von einer besonderen Risikoprämie bei den Geschäften mit dem Staat, dem Reich und den Gemeinden nicht zu sprechen. Der Darlehnsgeber sagt sich hier: Im Fall es kracht, nimmt der Staat doch, was er kriegen kann, das Geld und das Pfand. Nicht einmal im Tresor ist das Vermögen sicher, denn im Fall der Not nimmt der Staat mir das Geld durch eine neue Inflation aus meinem verschlossenen, wohl verwahrten Tresor. Wer soll also hier eine Risikoprämie bezahlen, wo Kreditnehmer und Kreditgeber sich gleichmäßig gefährdet glauben? Stimmt aber diese Überlegung, dann hätten wir es nur einem Kapitalmangel zuzuschreiben, daß der Zins mit

8,81% (10% minus 1,19% Ristorno) um 3,81% über dem Urzins steht, und zwar bereits seit sechs Jahren. Woher aber dieser Kapitalmangel?

Ich will hier neben die bekannte Erklärung, die man mit Hinweis auf die Reparationen zu geben pflegt, noch einige andere Erklärungsversuche setzen, die wenigstens den Vorzug haben, daß, wenn sie stimmen, sie uns einen Ausweg aus dem Engpaß offen lassen, der uns in die Freiheit führen könnte, vorausgesetzt, daß der legislatorische Pöbel die Einsicht gewinnt und die dazugehörige Charakterstärke, sich die Opfer aufzuerlegen, die die Lage verlangt.

Um gleich das Unangenehmste dem demokratischen Volk zu sagen: Du lebst ganz allgemein über deine Verhältnisse. Die Löhne sind zu hoch, die Beamtengehälter sind zu hoch. Die Landwirte leben zu gut – nicht im moralischen, nein, im ganz einfachen, bürgerlichen Sinn. Mit der Befreiung von der Schuldenlast, die den Bauern die Inflation brachte, hatten es die Bauern nicht mehr so eilig, das Beste ihrer Produkte zum Markt zu bringen. Das Beste blieb in der eigenen Küche. Viele Jahre, wenigstens so lange, bis sie sich an die gute Küche gewöhnt hatten. Dann, als der Gewinn aus der Schuldentilgung auf diese Weise verbraucht worden war, wandten sich die Herren Landwirte an den Staat, der ihnen aus Rücksichten auf die Wahlen durch Zölle die Fortführung des „guten Lebens“ bis heute sicherte. Natürlich bleiben so die Sparkassen leer. Früher füllte der Bauer – trotz der Zinslasten seiner Hypotheken – durch sparsamstes Wirtschaften die Sparkassen, weil er sich befreien wollte von der ihn bedrückenden Schuld. Jetzt hat er das nicht nötig, da ihn die Inflation befreite. Wenn aber ein gutes Drittel des ganzen deutschen Volkes in dieser Weise seine Wirtschaft „rationalisiert“, soll man sich da wundern, daß der Kapitalmarkt schlecht versorgt bleibt und die Nachfrage nicht decken kann? Wobei noch zu bedenken ist, daß die Hypothekengläubiger, die doch immer viel weniger zahlreich sind als die Hypothekenschuldner, eben weil sie zwar dick, aber nicht zahlreich waren, die ihnen zufließenden Zinsen trotz üppigsten Lebens nur zum Teil verzehren konnten und darum einen nicht geringen Rest auf den Darlehensmarkt brachten. Heute können sie das nicht mehr tun, weil die Inflation diese Gläubiger mit ihren Sparkassen weggefegt hat.

Die Tarife der Lohnarbeit sind sehr hoch geschraubt. Ein Klempnermeister verlangt nach Tarif 2,90 M. die Stunde. Der

Dachdeckermeister 2,60 M. Kann der Unternehmer bei solchen Löhnen auf dem Weltmarkt keine Preise erzielen, die ihm die nötigen Rücklagen für Erneuerungen und Erweiterungen der Fabrik liefern, so zwingt ihn derselbe hohe Lohn, in Amerika Anleihen zu 10% zu machen, deren Zins letzten Endes aus der Differenz zwischen Lohn und Preis des Produktes herausgeschlagen werden muß und, wenn nicht alles zu Bruch gehen soll, auch herausgeschlagen werden wird. Wenn nun wenigstens der Klempnergeselle den erhöhten Lohn zu Ersparnissen benutzen würde! Aber welcher vernünftige Mensch traut heute noch den Sparkassen, nachdem sie durch die Inflation so gründlich ausgeplündert wurden? Es wird alles verbraucht, namentlich nachdem auch der besondere Grund zum Sparen, der früher wirksam war, mit der Arbeitslosenunterstützung zum Teil wenigstens hinfällig geworden ist. Der möglichen Arbeitslosigkeit wegen spart man nicht mehr. Dieses Risiko bürdet man auf den Staat ab. Früher, vor dem Kriege, waren 18 000 Millionen Mark in den Sparkassen deponiert – Rücklagen für schlechte Zeiten, für die Zeiten der Krisen, der Arbeitslosigkeit. Auf 21 Millionen Sparbücher verteilten sich die 18 000 Millionen Sparkassengelder. Hier konnte der Unternehmer mit einer ewig sprudelnden Kreditquelle rechnen.

Diese 21 Millionen Sparer hatten aber noch andere, heimlichere Gründe. Die meisten davon waren junge Leute, die davon träumten, einen eigenen Hausstand zu gründen. Sie dachten an ein Bett und an Bettchen und Windeln. Darum sparten sie. Das haben sie heute nicht mehr nötig. Sie wissen alle Bescheid. Der Apotheker versorgt sie mit allen Trostmitteln seiner Kunst. Sie wollen keinen eigenen Hausstand haben, weder er noch sie. Warum sparen, wenn man keine Kinder will und darum keinen Hausstand braucht? Natürlich spiegelt sich solches Verhalten in leeren Sparkassen und im hohen Zins wider. Für den Mann und die Frau, die keine Kinder erwarten, weil sie keine Kinder wollen, ist alles Sparen schon fast als Unsinn zu betrachten, und in richtiger Einschätzung der Lage wird es auch so bewertet. Es klingt ja paradox, wenn man sagt: Es wird nicht gespart, und der Zinsfuß ist hoch, weil die Geburten nachlassen. Aber es klingt nur paradox. Hier liegt übrigens ein ganz unerforschtes Gebiet. Welches Interesse könnten z. B. die Leute noch haben, ihr Leben zugunsten der Frau zu versichern, wenn keine Kinder da sind, wenn er sie nicht vergiften will und er wie sie Lohn oder Gehalt beziehen? Stirbt der Partner, so ändert das nichts an der finan-

ziellen Lage des anderen. Warum also noch das Leben versichern? Diese Lebensversicherungsgelder aber lieferten dem Angebot auf dem Anleihemarkt große Beträge, die jetzt fehlen. Die neuen Lebenspraktiken haben dem Sparsinn die vernünftige Seite genommen. Daher die leeren Sparkassen und der hohe Zins. Wo man nach dem Grundsatz handelt, „après nous le déluge“, da muß der Zinsfuß unausgesetzt steigen. Um dem Staat, um weitläufigen Verwandten Erbschaften zu hinterlassen, spart doch kein Mensch. Solch ein Mensch ohne direkte Erben, der auch einer Rotte lüsterner Neffen gegenüber nicht die Rolle eines Erbonkels spielen will, hat kein Interesse an Lebensversicherungen. Dafür aber um so größeres Interesse an einer Rentenversicherung, die ihm gestattet, sein Vermögen restlos zu verzehren, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, das Ende seines Vermögens zu überleben. Solche Rentenversicherungen nehmen natürlich an Zahl zu in demselben Verhältnis, wie die Kinderlosigkeit zunimmt. Die Rücksicht auf die Kinder führt zur Erhaltung und Mehrung des Gutes, also auch zur Mehrung des Angebots auf dem Anleihemarkt. Die vernünftige Rücksicht auf die eigene Erbenlosigkeit führt dagegen zum restlosen Verbrauch solchen Gutes. Das muß sich dann beim Angebot auf dem Anleihemarkt bemerkbar machen. (Daß ungeborene Kinder auch keine *Nachfrage* auf dem Anleihemarkt halten, das sei hier nur erwähnt, um der Kritik zuvorzukommen.) Der Einwand, daß in Frankreich, wo schon seit Generationen die Geburtenkontrolle allgemein geübt wird, die Spareinlagen größer sind als irgendwo in der Welt, spricht nicht ohne weiteres gegen die obige These. In Frankreich ist es Sitte, in jungen Jahren möglichst intensiv zu sparen, um möglichst früh von der immer drückenden Berufsarbeit befreit zu sein und dann mit Hilfe der Ersparnisse ein philosophisches Leben zu führen. So sind die Sparkassen dann immer gefüllt. Die Nachfrage auf dem Anleihemarkt findet dort ein gutunterhaltenes Angebot, und der Zinsfuß ist niedriger als anderswo. In Deutschland ist man anders eingestellt. Man will von Anfang an „etwas vom Leben haben“, ohne Rücksicht darauf, daß man dann noch als 40-, 50-, ja 60- und vielleicht 70-jähriger einen für solch würdiges Alter oft unwürdig erscheinenden Beruf ausüben muß. Leere Sparkassen, hoher Zins sind der Erfolg solchen Verhaltens.

Die Praktiken der Geburtenkontrolle sind noch neu in Deutschland. Erst seit dem Kriege haben sie sich über das ganze Land verbreitet. Die privatwirtschaftlichen Folgen kennt jeder.

Aber über die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser neuen Mode sind wir so gut wie gar nicht unterrichtet. Hier sind große Überraschungen möglich, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die privatwirtschaftlichen, klugen, vernünftigen Überlegungen durch ihre volkswirtschaftlichen Auswirkungen das Gegenteil des Erstrebten hervorrufen werden. Wo der mächtigste aller Triebe der Vernunft unterworfen wird, können Wirkungen nicht ausbleiben. Wäre der jetzige Zinsfuß von 10% wirklich schon eine dieser Wirkungen, eine Wirkung von Dauer? Gehen wir dieser Spur noch einen Schritt nach. Die Geburtenkontrolle ist eine Welterscheinung, der hohe Zinsfuß auch. Stehen beide Erscheinungen in innerem Zusammenhang?

Die Eltern, die von Zinsen leben, fühlen sich verpflichtet, den Kindern ein Vermögen zu hinterlassen, das diesen ermöglicht, das Leben weiterzuführen, das sie im Elternhaus kennengelernt haben. Das bedeutet, daß die Eltern sparen, ihr Vermögen vergrößern müssen in demselben Maße, wie die Zahl der Kinder das erste Paar überschreitet. Dort, wo das Vermögen aus Landflächen besteht, werden entweder die Hypotheken durch Sparsamkeit abgetragen, oder es wird Land dazu gekauft. Dieses sparige Verhalten füllte die Sparkassen, drückte auf den Zinsfuß. Lange Zeit war die Sparsamkeit, die in den preußischen Gutsbesitzerfamilien geübt wurde, sprichwörtlich. Das war die Zeit, wo diese Familien nicht nur Viehzucht betrieben und für eine größere Nachkommenschaft durch Sparsamkeit Renten besorgen mußten. Ein Klepper, der in der Woche den Pflug zog, führte solche Familie des Sonntags spazieren. Seitdem nun auch hier die Geburtenkontrolle eingeführt wurde, hat sich manches geändert. Warum durch Sparsamkeit das Gut vergrößern, warum durch Sparsamkeit die Hypotheken abtragen? So fragen die, die sich auf den Aussterbeetat setzen. Etwa damit der Staat eine hohe Erbschaftssteuer einkassieren kann? Kein Pfennig wird noch gespart. Im Gegenteil, auch in diesen Fällen wird durch Rentenversicherung oder Aufnahme neuer Hypotheken das ganze Vermögen aufgezehrt. Ich sage nicht, daß solche Sitte heute schon eine allgemein verbreitete sei. Was ich sage, ist, daß die Geburtenkontrolle logischerweise dahin führt. Alle unsere volkswirtschaftlichen Erkenntnisse stammen aus einer Zeit hoher Geburtenziffern. Auch der jahrhundertlang als normal betrachtete Zinsfuß von 4 bis 5% stammt aus dieser Zeit. Wie sich der Zinsfuß entwickeln wird, wenn die Geburtenkontrolle so weitergeht, das wissen wir nicht. Vielleicht ist der Zinsfuß von

10%, den die Proletarier ohne Prole heute bezahlen müssen, schon eine Antwort auf diese Frage.

Der Zinsfuß von 10% muß noch von sehr vielen Seiten betrachtet werden, ehe wir die Frage entscheiden können, ob wir es hier mit einer Dauererscheinung zu tun haben. In einem zweiten Artikel werde ich mit weiterem Material die Frage zu beleuchten suchen, um dann zu zeigen, was man tun muß.

Nachfrage und Angebot bestimmen unumschränkt über die Höhe des Zinsfußes. Und im vorigen Aufsatz hatte ich mich nur mit dem Angebot befaßt. Ich zeigte, daß in den Sparsitten des deutschen Volkes tiefgreifende Änderungen stattgefunden haben, die zu der Erklärung des jetzigen hohen Zinsfußes wenigstens beitragen können. Weil man weniger spart, hat das *Angebot* auf dem Anleihemarkt nicht mit der Nachfrage Schritt gehalten. Aber ist der Zinsfuß vielleicht auch darum gestiegen, weil gleichzeitig die *Nachfrage* größer geworden ist? Die Frage zeigt, wie wir keinen Augenblick vergessen dürfen, daß es sich hier beim Zins um die Auswirkung einer *Relation* handelt, einer *Relation* zwischen zwei *labilen* Größen. Da heißt es, mit Umsicht, Vorsicht und Nachsicht vorgehen.

In vielen Zeitungen und Zeitschriften wurde schon vor Beginn des großen Mordens über eine „gewaltige Wohnungsnot“ geklagt. Die aus dem Kriege Heimgekehrten (das Heim bestand sehr oft aus einer Küche mit Stube) brachten uns anstelle einer Kriegsbeute unbezahlte Rechnungen von 132 Milliarden mit und dazu neue, hochgeschraubte Ansprüche an eine behagliche bürgerliche Wohnung. Was ihnen der Frieden versagt hatte, das sollte ihnen der vierjährige Krieg bringen! In Berlin lebten vor dem Kriege 400 000 Familien in Höhlen, in Wohnungen von einer Stube mit Küche im 1. – 2. – 3. Hof, vier Treppen links. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten, daß solche schmachvolle Armseligkeit anders als durch den fleißigen Gebrauch der Maurerkelle beseitigt werden könne. Anders dachten die Millionen verkrüppelter, kranker Kriegsteilnehmer. Sie hatten vier Jahre lang gelernt, wie man Städte und Dörfer bombardiert und glaubten wohl, daß man ebenso leicht Städte und Dörfer wiederaufrichtet. Der Anblick der Ruinen hatte bei ihnen erst das Bedürfnis nach einer wirklichen Wohnung erweckt. Und hinweisend auf ihre Stelzfüße, suchten sie ihre Wünsche in Forderungen zu verwandeln, Forderungen an den Staat, an denselben Staat, der immer nur das Geld hat, das er vorher den Bürgern und Bauunternehmern abgenommen hat. Die Presse nahm sich

der Forderungen der „Heimgekehrten“ an. Es machte einen so guten menschlichen Eindruck, für eine solche Forderung sich einzusetzen. Es kostete den Zeitungen nichts und brachte neue Abonnenten. Niemand zerbrach sich den Kopf darüber, wie man solche Massenbauten finanzieren sollte und welchen Einfluß die Sache auf den Zinsfuß haben würde. Schon während des Krieges hatte *Damaschke* für seine *Kriegerheimstätten* (contra-dictio in adjecto) auf die Notenpresse als passende Finanzquelle hingewiesen. Er behauptete, die Heimstätten seien als Deckung der dafür ausgegebenen Banknoten anzusehen. (Ein, wie es scheint, angeborener menschlicher Wahngedanke!) Und alle, die den heftigen Wunsch hatten, mit leeren Händen den anderen eine Heimstätte zu schenken, machten sich hocheifrig diese tiefen Erkenntnisse ihrer Finanzautorität zu eigen, namentlich dann, wenn sie selbst dabei ihr Brot zu verdienen hofften. Aber es waren nicht einmal Steine, die man hier den Kriegern statt Brot schenkte. Man füllte ihnen die Tasche mit Geldpapier und Bauplänen. Das Geldpapier verkauften dann die so Beschenkten in der Straße zu 20 Pf. das Pfund, und der Bauplan diente ihnen als Wohnungersatz. Die Inflation, die von diesem Kriegerheimstättenschwindel einen starken Impuls bekommen hatte, blies dann alle diese Kartenhäuser um. Mit der sog. Stabilisierung tauchten aber die Baupläne wieder auf. Man hatte bei den 400 000 Berliner Höhlenbewohnern Hoffnungen erweckt, und es war niemand da, der den Mut hatte, den Leuten zu empfehlen, wieder still in ihre Höhlen zurückzukriechen und dort geduldig zu warten, bis daß durch Anspannung aller Kräfte bei andauerndem Frieden, nach Beseitigung der Hemmungen, die schon in Friedenszeiten die Wohnungsnot bedingten, die neuen Häuser erbaut werden könnten. Nur tiefend von Schweiß wird der Proletarier seine neue Wohnung betreten, sagte ich damals. Aber wer, der auf die Parlamentswahlen spekuliert, darf dem Publikum so unangenehme Sachen sagen? Der Demagoge, der durch leichtfertige Versprechungen Stimmenfang betrieben hatte, durfte doch demselben Publikum nachher nicht sagen, daß der Krieg, und noch dazu ein mit Reparationsrechnungen beendeter Krieg, nicht der geeignete Zeitpunkt sein könne für eine Besserung der Wohnungsverhältnisse. Es blieb also nichts anderes zu tun übrig, als das Publikum mit neuen Bauplänen zu beruhigen. Wohnungsämter und zahlreiche Baugenossenschaften dienten und dienen noch diesem Zweck. [Ich bin wohl der einzige im weiten deutschen Land, der das Recht hat, nach Herzenslust, wie es hier geschieht, zu schimpfen, denn ich bin der einzige, der von Anfang an während des Krieges immer wieder gegen die Höchstpreispolitik, worunter auch die sog. Mieterschutzgesetze verstanden sind, protestiert hat. („Der Physiokrat“ 1915/16.) Und gegen die damals schon einsetzende Inflation. Und gegen die damals dem Publikum offiziell in Aussicht gestellte Deflation! Und gegen den Heimstättenschwindel.]

Im Rahmen dieses Aufsatzes werde ich mich aber nur mit

den Baugenossenschaften und mit der Verwendung der Hauszinssteuergelder befassen, um zu zeigen, wie man hier durch eine künstliche Förderung von ganz unzeitgemäßen Wohnungsansprüchen den allgemeinen Kapitalzins hochgetrieben hat.

Wenn *Damaschke* nicht so laut von seinen Kriegerheimstätten geschwärmt, wenn die Angestellten der Baugenossenschaften dem Publikum nicht immer den Mund wässrig gemacht hätten mit ihren wundervollen Bauplänen, wenn man die Mieter, wie es früher doch immer gewesen war, weiterhin der Wucherlust der Hausbesitzer überlassen hätte, – die Wohnungsnot hätte nie die Ausmaße überschritten, die sie vor dem Kriege hatte. Die zwei Millionen Mann, die der Krieg verschlang, hatten ja ihre Wohnung in Flandern. Sie entlasteten den Wohnungsmarkt um eine große Nachfrage, und die Leute, die in herrschaftlichen Vielzimmerwohnungen hausten, denen aber die Kriegs- und Inflationsverluste es unmöglich machten, die große Wohnung bei entsprechender Miete zu behalten, – die hätten durch Zusammenrücken mehr Wohnraum frei gemacht als sämtliche Beamte der Wohnungsämter, als Zimmerleute und Ziegelbrenner in 100 Jahren hätten bauen können.

Die Frage erhebt sich nun: War die Förderung der Bauindustrie durch künstliche Mittel (Baugenossenschaften, Hauszinsgeld) mit schuld an der gewaltigen Anspannung des Anleihemarktes, die sich im Zinsfuß von 10 und 12% anzeigte? Und ist dieser hohe Zinsfuß – die Kapitalnot – in ihren Auswirkungen nicht schlimmer, viel schlimmer als die Wohnungsnot? Um diese Frage zu beantworten, genügt es, aus den tausendfältigen Auswirkungen des hohen Zinsfußes eine einzige herauszugreifen: Nur der hohe Zinsfuß macht neue Unternehmungen unrentabel. Er ist schuld, daß die Zahl und Größe der Unternehmungen nicht mit der Zahl der Arbeitenden gewachsen ist, er ist schuld daran, daß der deutsche Kaufmann sich unfähig erklären muß, die Waren abzusetzen, die die 2 000 000 Arbeitslosen würden schaffen können. Diese Arbeitslosen müssen miternährt werden, und wenn die Unterstützungen auch noch so kümmerlich sein mögen, sie sind es wieder, die mit dazu bei-

tragen, daß die Kapitalbildung unzureichend ist, daß also der Zins nicht sinken kann.

Diese wenigen Andeutungen mögen hier genügen, um zu zeigen, was man mit der künstlichen Steigerung der Wohnungsansprüche angerichtet hat, was man erreicht, sobald man dem Staat, den Gemeinden, den sog. gemeinnützigen Gesellschaften Aufgaben zuweist, die mehr sind als Straßenkehren und Kloakenreinigen. Man betrachte in diesem Zusammenhang die Bauten, die die Behörden mit dem Hauszinssteuergeld finanzieren. Ein Privatunternehmer, der das Baugeld bei einer Bank mit 10 und 12% verzinsen muß, der sagt sich, daß man unter solchen Umständen keine Rücksicht auf die Lebensdauer des Hauses nehmen kann, daß man ganz anders, so billig und provisorisch wie möglich bauen muß. Was hat es für einen Zweck, ein Haus für die Ewigkeit zu bauen, wenn bei 12% Zins des Baukapitals die Ewigkeit schon nach acht Jahren und drei Monaten finanziell ein Ende nimmt. (Bei 12% wächst eine Schuld von 1000 RM. schon in sieben Jahren auf 2185 RM.!)

Den Beamten kostet das Hauszinssteuergeld, womit heute gebaut wird, nichts. Ihnen ist es einerlei, ob der „Bauherr“, der das Hauszinssteuergeld zu 3% erhält, provisorisch und billig oder für die Ewigkeit baut. So entstehen statt der Notwohnungen (Wohnungsnot!) Villen, Paläste, festungsartige Bauten. Als ob das Reich keine Reparationen zu zahlen hätte! Als ob die Industrie (die Lebensader des Volkes) keine Anleihen in Amerika zu 10% zu machen brauchte, als ob man zur Sanierung der Reichsfinanzen nicht an allen Ecken zu sparen versuchte! Und als ob nicht noch Hunderttausende von Wohnungsnöttern seit Jahren darauf warteten, daß auch einmal die Reihe an sie komme! Für die heutige Wohnungsnot gibt es nur einen vernünftigen Bauplan. Das ist der Plan, den der Bauunternehmer dann entwirft, wenn er überlegt, daß bei 12% Zins die Miete ausreichen muß, um in acht Jahren und drei Monaten die Höhe des ganzen Baukapitals zu erreichen. (Wobei hier die anderen Bestandteile der Miete – Abschreibung, Steuer, Platzrente – nicht in Rechnung gestellt werden.) Vom Standpunkt der Kapitalbildung, einer Zinssenkungspolitik ist die ganze heutige Bauerei als Wahnsinn zu betrachten. Und dieser Wahnsinn stammt daher, daß der Staat sich in die Angelegenheit (Wohnungsnot) gemischt hat. Man mag fernerhin das Hauszinssteuergeld zur Förderung der Bautätigkeit verwenden, aber dann zu dem gleichen Zinsfuß, den die Industrie für ihre Darlehen aufzu-

bringen hat. Dann wird die jetzige Bauorgie bald genug abebben, und was dann hier weniger an Kapital verbraucht wird, steht der Industrie zur Verfügung, natürlich zu ermäßigtem Zinssatz. Die Industrie erhält dadurch einen neuen Impuls, neue Unternehmungen entstehen, und auf dem Weltmarkt kann dann der deutsche Unternehmer wieder den Wettbewerb aufnehmen. Dann verschwinden die zwei Millionen unterstützte Arbeitslose. Sie verdienen ihr Brot wieder, das Geld, das in der Arbeitslosenunterstützung verwendet wird, bleibt in den Taschen des Volkes, und aus eigener Kraft wird dann dieses Volk die Neubauten finanzieren, die es braucht und bezahlen kann. Wenn dann der Zinssatz wieder auf 3 oder 4% gesunken ist, dann mögen die Bauplänenmacher auftreten und dem Volk zeigen, wie ein anständiger Mensch wohnt. Bis dahin haben sie wahrhaftig in Deutschland nichts zu suchen. Wer mit leeren Händen kommt, soll keine Wünsche und Hoffnungen erwecken, die sonst nicht zum Bewußtsein kommen würden. Sie machen die Unglücklichen nur noch unglücklicher!

Weil es sich hier um einen dicken Posten in Soll und Haben des Anleihe-marktes handelt, bin ich etwas breit in meinen Ausführungen gewesen. Die allgemeinen Gesichtspunkte, die hier berührt wurden, kommen übrigens dem, was ich noch zu sagen habe, zugute, so daß ich mich um so kürzer fassen kann, obwohl es sich nun um noch schwerere Posten handelt.

Ungefähr zur selben Zeit, als das deutsche Volk sich einbildete, es sei eine *neue* Pest, genannt Wohnungsnot, über es hereingebrochen, erscholl mit einemmal in ganz Deutschland der Ruf nach Rationalisierung. Rationalisieren heißt, eine veraltete Fabrik niederreißen, neu aufbauen und mit modernen Maschinen versehen.

Seitdem der Mensch lernte, die Steinaxt zu durchbohren, hat er ununterbrochen rationalisiert. Und wenn ihn etwas daran gehindert hat, so war es nicht der Mangel an Erkenntnis, sondern der Mangel an „Geld“. Das Niederreißen der alten Fabrik bedeutete eine um den Betrag der Abbruchkosten vergrößerte Abschreibung von 100%. Wenn die Rationalisierung nicht durch neue Erfindungen verlangt wird, dann dürfte es schwer halten, einfach auf dem Wege einer besseren Anordnung aus der Rationalisierung eine auch finanziell richtige Operation zu machen. Aus hygienischen Rücksichten auf die Arbeiter z. B. zu rationalisieren, führt zum Bankrott, denn der Arbeiter würde es nicht verstehen, wenn ihm der Unternehmer unter Hinweis auf

die besseren hygienischen Umstände in der rationalisierten Fabrik zur Deckung der Rationalisierungskosten einen geringeren Lohn bezahlen würde als in der alten. Darum kann in größerem Umfang nur dann rationalisiert werden, wenn wichtige neue Entdeckungen und Erfindungen die Sache unterstützen. Die Grenze aber für alle Rationalisierungen wird immer durch Zinskosten gezogen, die die Rationalisierung verursacht.

Sind nun in der Zeit, als man das Schlagwort „Rationalisierung“ in die Welt hinaus schrie, Erfindungen und Entdeckungen gemacht worden, die das Arbeitsprodukt ganz allgemein um jährlich 12% des investierten Kapitals vermehrt haben? Man vergesse hier nicht, daß Rationalisieren zumeist eine 100%-Abschreibung bedeutet, und daß eine *allgemeine* Rationalisierung eine Vernichtung des gesamten Industriekapitals und Wiederaufbau bedeutet. Ich kann obige Frage nicht beantworten, aber mir scheint – und das Verhalten der Unternehmer der Inflation gegenüber gibt mir ein Recht, es zu sagen –, die Unternehmer sind miserable Finanzleute. Mir scheint, daß viele sich vom Schlagwort „Rationalisierung“ hinreißen ließen und ihre Fabriken anzündeten, ohne zu überlegen, was 12% Zins für den Neubau eigentlich bedeuten. Wären die Rationalisierungen auf die Fälle beschränkt geblieben, wo die 12% glatt aus einer Betriebsersparnis herausgewirtschaftet werden konnten, dann wäre der Einfluß der Rationalisierung auf den Kapitalmarkt nicht von solch katastrophaler Größe gewesen, denn die Betriebsersparnisse wären dann in den folgenden Jahren auf dem Anleihemarkt als *Angebot* erschienen und hätten dazu beigetragen, den Zinsfuß zu drücken.

(Näheres über diese Zusammenhänge findet der Leser in meinem Werk NWO, 6. Aufl., S. 349 u. ff.)

Die Rationalisierung ist heute eine Modesache geworden. Der Unternehmer schämt sich, eine altmodische Fabrik zu zeigen, wie die Dame sich heute schämt, mit einer Krinoline spazierenzugehen. Manche dieser irrationellen Rationalisierer, die etwas von der Entwicklung des Zinsfußes verstehen, mögen die Rationalisierungsanleihen zu teurem Zins in der Meinung gemacht haben, daß es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung handele. Sie waren da vielleicht nicht umsichtig genug. Sie spekulierten in diesem Fall, und das Spiel hat gegen sie entschieden. Auf alle Fälle: Wenn jemand in der Hoffnung rationalisiert, daß der Zinsfuß bald wieder zurückgehen wird, so darf er nicht gleichzeitig alle anderen Unternehmer dazu an-

feuern, seinem Beispiel zu folgen, denn dann trifft das, was er erwartet, ganz gewiß nicht ein.

Die Rationalisierung, wie sie heute betrieben wird, scheint mir also in weitem Umfang Produkt einer künstlich geschaffenen Stimmung zu sein. Wenn man aus Rücksicht auf den Zinsfuß öffentlich gebremst und gewarnt hätte, dann müßten wir jetzt nicht mit 12% rechnen und hätten kein stehendes Heer von über zwei Millionen Arbeitslosen durchzuhalten, die darum kein Kaufmann anstellen kann, weil er die 12% nicht herauszuwirtschaften vermag. [Nebenbei bemerkt: Die Arbeitsprodukte müssen zu Preisen verkauft werden, die durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden, während die Löhne durch Tarif geregelt werden. Der Arbeiter muß also sofort entlassen werden, sobald der Preis den Lohn nicht deckt. Das Pferd wird hier beim Schwanz aufgezümt. Ein Unternehmer, der, sagen wir, im Jahr 100 000 M. an Löhnen ausgibt, schließt seine Fabrik, wenn der Erlös der Produkte nach Abzug der Zinsen ihm nur 99 999 M. einbringt. Wären die Arbeiter nicht durch Lohntarife gebunden, so würden sie diesen Verlust des Unternehmers auf sich nehmen und den Fortbetrieb der Fabrik dadurch finanziell möglich machen. Als es noch keine Tarife gab, gab es auch keine Arbeitslosigkeit als allgemeine Erscheinung. Das statische Denken der Gewerkschaftler hat hier ungeheures Unheil angerichtet.]

Von stärkstem Einfluß auf die Nachfrage auf dem Anleihemarkt ist die Entwicklung der Automobilindustrie. „In der deutschen Automobilindustrie sind rund 3 1/2 Milliarden Mark investiert. Der Börsenwert des General-Motors-Kapitals beträgt allein ein Mehrfaches dieser Summe.“ („Berliner Morgenpost“ vom 19. Januar 1930.) Hier handelt es sich nicht um Rationalisierung, sondern um ein *neues* Gebiet der Wirtschaft. Die Pferde sind abgeschafft worden; das in den Pferden angelegte Kapital wurde abgeschrieben und durch etwas ganz anderes ersetzt. In Amerika fahren die Arbeiter in eigenen Wagen zur Fabrik. Wer etwas auf sich hält, kauft ein Auto, und wenn ihm das Geld dazu fehlt, so verschafft er es sich auf irgendeine Weise. Meistens werden die Autos auf Abzahlung verkauft. Ein ganz neues und kostspieliges Bedürfnis ist entstanden. *Die Kosten bestreitet man mit dem Geld, das man sonst zur Sparkasse gebracht hätte.* (Sicher ist in manchen Familien die Autonot größer als die Wohnungsnot.) Das Angebot auf dem Anleihemarkt ist kleiner, die Nachfrage größer als sie sonst wäre. Und zwar sehr viel kleiner (bzw. größer.) Viel Geld kostet der Umbau der Landstraßen, den der Automobilismus erfordert. Auch dieses Geld belastet den Anleihemarkt. Das Kapital, das in Eisenbahnen investiert war, ist

dagegen durch die Konkurrenz der Lastautos auf manchen Strecken als verloren zu betrachten. Hier findet auf breitester Grundlage eine förmliche Umwälzung statt, die ungeheure Summen verschlingt, die allerdings auch wieder ungeheure Summen für das Angebot auf dem Anleihemarkt schaffen wird. Freilich nicht unmittelbar! So schnell, wie die Rechnung der Autofabrik fällig wird, geht das nicht. In der Zwischenzeit, bis sich das Auto bezahlt gemacht hat – fehlt das Geld auf dem Anleihemarkt.

Auf alle Fälle: Jeder, der Anleihen auf lange Sicht abschließt, tut gut, die Entwicklung des Automobilismus scharf ins Auge zu fassen. [Man betrachte hier aufmerksam die Zeichnung auf S. 33 d. Zeitschrift im Februarheft 1930.] Das Auto erobert sich die ganze Welt. In den chinesischen Hafentplätzen sind die Autos ebenso zahlreich wie in Europa. Und zusammen mit diesem neuen und verhältnismäßig außerordentlich billigen Verkehrsmittel entwickelt sich überall, wohin es gelangt, Arbeitsteilung, Handel, Verkehr und Industrie. Was bedeutet es aber für den Zinsfuß, wenn China, ein Land von 350 Millionen Einwohnern, durch den Automobilismus industrialisiert wird? Wenn für jeden chinesischen Arbeiter eine Maschinerie im Preise von 30 – 40 – 50 000 M. benötigt wird, die sich bei den zur Zeit noch niedrigen Löhnen für den europäischen und amerikanischen Kapitalisten so hoch rentiert, daß er leicht den Zins von 10 bis 20% aufbringen kann? Wir sind am Anfang dieser Entwicklung. Ein ungeheures Absatzgebiet für Kapital eröffnet sich hier, ebenso in Rußland und in allen übrigen Kontinenten. Natürlich auch ein noch größeres Produktionsgebiet für Kapital! Für den Zinsfuß wird alles davon abhängen, in welchem Tempo diese Entwicklung sich vollziehen wird. Es kann sein, daß dieses Tempo den Zinsfuß auf lange Zeit auf jetziger Höhe erhalten wird. (Für den, der zahlen muß, wären z. B. schon fünf oder zehn Jahre eine sehr lange Zeit.) Überholt die Entwicklung des Kapitalabsatzes die Entwicklung der Kapitalproduktion, dann steigt der Zinsfuß noch weiter – eine Grenze hierfür gibt es nicht. Nur zeitlich ist solcher Zinsfuß begrenzt. Die Anschaffung der Maschine treibt den Zins hoch, und der Betrieb der Maschine liefert die Überschüsse, die Spareinlagen bei den Banken, die den Zinsfuß wieder herunterdrücken. Je stürmischer der Auftrieb, um so stürmischer der Sturz. Wie kurz ist der Weg zwischen der Lohnklasse und der Sparkasse, namentlich in China, wo das Sparkassenbuch den

greifbaren Gegenstand aller Sehnsucht bildet. Mit welcher Inbrunst werden die Chinesen diesem Spartrieb folgen, wenn erstens die steigenden Lohnsätze das Sparen ermöglichen und wenn zweitens der außerordentliche hohe Zinsfuß die Spareinlagen fast sichtbar wachsen läßt! Wie schnell werden sich da die Sparkassen füllen, wie schnell werden die gefüllten Sparkassen ihren Druck auf den Zinsfuß ausüben!

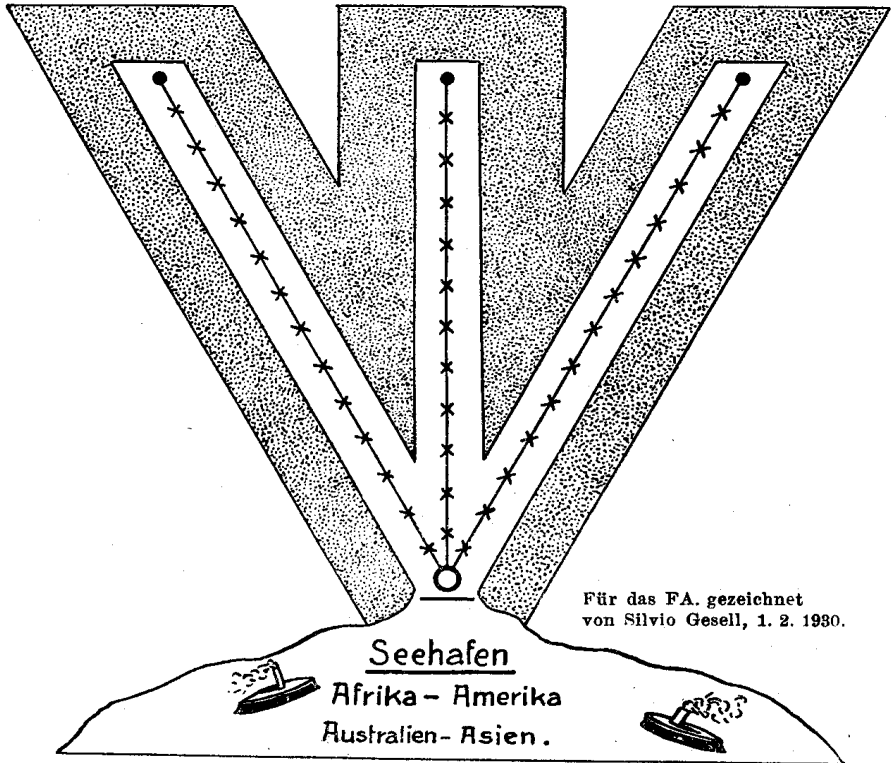
Der Rüstungsfimmel brachte uns die Panzerplatten, den Flottenverein und den Krieg. Der Rationalisierungsfimmel brachte uns den Zinsfuß von 12% – und die Arbeitslosigkeit. (Andere Dinge haben mitgewirkt.) Fimmel sind wie die Moden ansteckende Krankheiten, namentlich, wenn etwas dabei zu verdienen ist. Die Rüstungsindustrie sorgte für den Rüstungsfimmel. Und die Rationalisierungsindustrie, in der Hauptsache die großen Maschinenwerke, sorgen für den Rationalisierungsfimmel. Unterstützt wird derselbe durch das Finanzkapital, dem 10 – 15 – oder 20% in China, in Afrika, in Indien lieber sind als 5% in Europa und Amerika, namentlich, wenn politisch die Sicherheit des Kapitals zur Zeit in jenen Gegenden größer ist als dort, wo kommunistische und sozialdemokratische Pfuscher der natürlichen Entwicklung immer wieder Hemmungen bereiten, die zwar ausnahmslos das Gegenteil des Erstrebten wahr machen, die aber gleichzeitig die Kapitalisten abschrecken.

Was aber geschieht, wenn der Zinsfuß in Deutschland infolge der Rationalisierung der chinesischen Wirtschaft statt zu sinken noch weiter steigen sollte, und zwar während einer Reihe von langen Jahren?

Im weiten deutschen Land scheint niemand an solche Möglichkeiten zu glauben und noch weniger zu denken. Genau wie man sich bis dahin nicht mit der Währungsfrage befassen wollte – was uns schließlich die Inflation brachte –, so unterläßt man es, das Zinsproblem durchzudenken. Und weil man die Zusammenhänge nicht durchschaut, wird man, wenn der Fall eintritt, zur Bekämpfung der Erscheinung – wie damals, als man die Inflation durch eine Deflation wieder „gut machen“ wollte – Maßnahmen ergreifen, die das Gegenteil des Erstrebten herbeiführen müssen.

Und Tausende und Abertausende von strebsamen, klugen, fleißigen Unternehmern und Kaufleuten werden von solcher Entwicklung überrascht und zertreten werden.

Landinflation als Ursache der Not der Landwirtschaft



Für das FA. gezeichnet
von Silvio Gesell, 1. 2. 1930.

Zeichenerklärung:



Das durch Eisenbahnen in Verbindung mit
Ochsenespannen der Landwirtschaft erschlossene Land.

10 000 □ M., Grundrente 100.

x Bahnhöfe, Verladeplätze.

Das durch Eisenbahnen in Verbindung mit Lastautos der
Landwirtschaft erschlossene Land (Landinflation).

100 000 □ M., Grundrente 10.

Wie aus der Zeichenerklärung hervorgeht, handelt es sich bei vorstehendem Bilde darum, die in der „Not der Landwirtschaft“ versteckte Not der Grundrentner zu veranschaulichen. Die hier deutlich gemachte Ursache dafür ist die *Landinflation*. Es bedarf keiner näheren Ausführungen darüber, daß „Ochsenespannen“ und „Lastauto“ verkehrstechnische Entwicklungsstufen kennzeichnen sollen. So, wie nun das „Lastauto“ weite Gebiete jungfräulichen Bodens erschließt, so schließt die „Agrikulturchemie“ längst erschlossenen Boden

auf. Als Drittes tut die Pflanzenzüchtung das ihre, um eine „Landinflation“ herbeizuführen. In welchem Umfange das geschieht, zeigt eine Angabe, die ich dem „Kosmos-Handweiser“ vom Januar 1930 entnehme. Auf S. 33 schreibt Hans Härlin folgendes: „Mit dem allmählichen Herunterzüchten der unerläßlichen Vegetationszeit des Sommerweizens von 120 auf etwa 90 Tage hat sich die Grenze seines Anbaugesbietes (in Nordamerika) gegen 1000 km nach Norden verschoben. Im Jahre 1926 hat ein Weizenzüchter im hochnördlichen Peace-River-Gebiet auf der Getreideausstellung in Chicago den ersten Preis geholt, und es ist heute noch nicht gesagt, wo später einmal die Acker-(Anbau-)Grenze liegen wird.“ Daß die Hunderttausende von Quadratkilometern Landes, die da erschlossen, aufgeschlossen und tatsächlich bebaut worden sind, auf die Grundrente wirken mußten wie die unverhältnismäßige Vermehrung des Geldes – vorübergehend – auf den Zins wirkt, liegt auf der Hand. Landinflation – Geldinflation! Bei letzterer sorgt unser zinsschaffendes und *zinssicherndes* Geld selber dafür, daß der Zinsfuß bald durch Wagnis- und Entwertungsgebühr auf die „normale“ Höhe gebracht wird, so daß „nur“ die „Altgläubiger“ in Not geraten. Bei der Landinflation aber werden nicht selbsttätig durch ihre Ursachen auch die rentensichernden Kräfte ausgelöst. Zwar können auch die Bäume einer Landinflation nicht in den Himmel wachsen, denn die Natur selber und auch das erforderliche Kapital (an „Lastautos“, chemischen Versuchsanstalten und Fabriken und an Züchtungs- und Versuchsbetrieben) bilden Grenzen und schaffen Hemmungen, aber Ausgleichkräfte, wie sie eine Geldinflation selber für den Zinsbezieher schafft, gibt es nur eine: Menscheninflation! Doch die könnte nicht im Autotempo erfolgen, selbst wenn alle zeugungsfähigen Männer und Frauen sich entschlossen, dieses wurzelhafte Mittel zur Behebung der „Not der Landwirtschaft“ einzusetzen! Nun wollen es aber Geld und Zins und Zeit, daß der großen Steigerung des „Landangebotes“ nicht nur keine Steigerung der Nachfrage nach Boden durch entsprechende Vermehrung der Menschen entgegengestellt, sondern durch die Geburtenbeschränkung der Abstand zuungunsten des Grundrentners weiter vergrößert wird.

(Wenn sich die „notleidende Landwirtschaft“ über all diese Zusammenhänge klar wäre, so müßte sie wissen, was zu tun wäre!) Als letztes mag hier noch hervorgehoben werden, daß die Not der Grundrentner auch zusammenhängt mit der starken Veränderung

des Verbrauchs. Wenn statt des Roggens der Weizen, statt der Äpfel die Apfelsinen und statt der Baumwolle die Kunstseide verbraucht wird, so muß das zu einer Verschiebung im Lager der Grundrentner führen. Was unser Roggenbauer an Grundrente verliert, das gewinnt vielleicht der Farmer in Manitoba, und wenn unser Obstzüchter seine Not klagt, dann singt vielleicht der Eigentümer spanischer Apfelsinenbäume ein lustiges Lied.

Daß es neben der Not der *Grundrentner* auch eine Not des *Bauern* selbst, d. h. des Bodenarbeiters gibt, soll über all dem nicht vergessen werden. Die Zahl derer, die ihren *Arbeitslohn* verkürzt finden, weil der Zins- (und Renten-, d. h. Pacht-)Tribut wenig übrigläßt, ist auch im Steigen begriffen. Die Freizügigkeit vermag in einer Zeit des Kapitalmangels, der Zölle und nationalen Eifersucht dem *deutschen* Arbeiter die Landinflation nicht leicht nutzbar zu machen.

Wenn nun all das, was hier S. *Gesells* Zeichnung anregte, zusammengefaßt wird mit den Ausführungen in Nr. 8 bis 10 des FA. vom April 1928, dann dürfte sich ein Ein- und Ausblick ergeben, wie er nur einem Kenner der freiwirtschaftlichen Lehre möglich ist.

Otto Maaß

Ford als Volkswirtschaftler.

Unter dem Titel „Ford macht Schule“ wird in amerikanischen Zeitungen folgendes Zwiegespräch veröffentlicht:

Angestellte: Ich möchte eine Gehaltserhöhung, Boß.

Boß: Die Geschäfte gehen zu schlecht.

Angestellte: Gerade darum. Wenn Sie den Geschäftsgang beleben wollen, so brauchen Sie nur die Gehälter zu erhöhen.

Boß: Was?

Angestellte: Wenn mein Gehalt aufge bessert wird, dann ist auch meine Kaufkraft größer.

Boß: Ist das so?

Angestellte: Wenn meine Kaufkraft wächst, wächst die Nachfrage, und die Geschäfte beleben sich.

Boß: Haben Sie nichts Besseres vorzuschlagen?

Angestellte: Wenn ich vom Krämer, vom Bäcker, vom Fleischer mehr kaufe, werden diese in der Lage sein, von Ihnen mehr Ware zu kaufen.

Boß: Woher haben Sie diese Weisheit?

Angestellte: Vom Vortrag, den Sie gestern Abend durch den Radio gehen ließen.

Boß: Vergessen Sie das Gesagte! Das ging durch die Luft und war Luft.

—

Und es ist in diesen Aussprüchen *Fords* wirklich nicht viel mehr als Luft. Man wundert sich, daß *Ford* solche Ideen noch vertreten kann. Und daß solche Ideen von amerikanischen Zeitungen ohne jede kritische Anmerkung verbreitet werden. Es sieht fast so aus, als ob es leichter wäre, ein vortreffliches Automobil zu billigem Preise zu bauen als einen einfachen volkswirtschaftlichen Gedanken klar zu fassen. Ob es daher kommt, daß man in der Technik die Dinge, die man bearbeitet, vor sich liegen hat und ein Stück an das andere reihen kann? Daß die Sinne die Geistesarbeit unterstützen? Daß man das Erdachte durch Zeichnungen und Messungen nachprüfen kann? Daß die „Tücke des Objektes“ mit- hilft, Irrwege aufzudecken, während das Studium der Volkswirtschaft dem armen Studenten kein anderes Meß- und Prüfungsgerät zur Verfügung stellt als den Eigennutz des Menschen? Augen, Ohren, Nase, nichts hilft hier mitdenken. Das richtige Vorstellungsvermögen von den gesetzmäßigen Auswirkungen des Lebensgrundtriebes in seinen Zusammenhängen muß allein alles leisten.

Wir nehmen an, daß für *alle* Unternehmer richtig sein muß, was für *Ford* richtig ist. Ja, wir müssen sogar damit rechnen, daß *Ford* die Verallgemeinerung seiner Forderung zur Grundbedingung für den guten Erfolg seiner Idee macht. Denn wenn alle Unternehmer die Löhne erhöhen, dann muß doch *Fords* Folgerung erst recht hervortreten. Wir nehmen ferner an, daß es für den Unternehmer gleichgültig sein kann, ob er seinen Arbeitern die Lohnerhöhung in Geld oder in Produkten seiner Industrie ausbezahlt. Ja, man kann sich sogar leicht denken, daß *Ford* die Lohnerhöhung lieber in Form von Autos als in Geld ausbezahlen würde. Der Kurzschluß im Tausch ist immer der billigste Tausch.

—

Angestellte: Ich möchte eine Gehaltserhöhung, Boß.

Ford: Die Geschäfte gehen zu schlecht.

Angestellte: Sie gehen schlecht, weil die Kaufkraft, die Nachfrage, nicht der Produktionskraft der Arbeiter entspricht.

Ford: Wer sagt das?

Angestellte: Sie selbst sagen das. Sind die Löhne besser,

so können sich viele Arbeiter das Auto kaufen, für das sie jetzt kein Geld haben. Dann wächst Ihr Absatz, und Sie sind aller Sorgen los und ledig.

Ford: Ja, das habe ich gesagt. Und es stimmt, was ich gesagt habe.

Angestellte: Somit bewilligen Sie die Gehaltserhöhung. Um Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung für die Schärfe Ihres Geistes auszudrücken und um unnütze Weitschweifigkeiten zu vermeiden, wünsche ich die mir zugedachte Gehaltserhöhung in Gestalt eines Autos zu erhalten.

Ford: Ein bißchen viel auf einmal.

Angestellte: Es verteilt sich auf eine Reihe von Monaten. Wenn die Monate verstrichen sind, dann liefern Sie mir das Auto. In der Zwischenzeit können Sie das Auto bauen lassen für mich und für jeden Ihrer 200 000 Angestellten. Es ist dann Ihr Absatz um 25% gestiegen, ohne daß Sie einen Pfennig für Reklame auszugeben haben. Und wenn alle Unternehmer, die Landwirte, die Gerber, die Kaufleute in gleicher Weise handeln, dann wird doch sicher von Überproduktion keine Rede mehr sein können.

Ford: Die Sache scheint mir einen Haken zu haben. Wo bleibt die Gegenleistung?

Angestellte: Was ich fordere, ist nur die Folgerung aus Ihren Aussagen. Die Gegenleistung für das Auto ist doch meine verstärkte Kaufkraft, mein Einfluß auf die Nachfrage nach Ihren Autos.

Ford: Ich sehe die Gegenleistung nicht. Wenn alle Unternehmer ihre Produkte an die Angestellten ohne Gegenleistung abgeben, woher soll dann die Dividende kommen? Und ohne Dividende raucht doch kein Schornstein. Im Lohn hat der Arbeiter die Gegenleistung seiner Arbeit. Erhöhe ich den Lohn, ohne daß durch entsprechend vermehrte Arbeitsleistung oder verbesserte Technik das Produkt vergrößert wird, dann geht die Lohnerhöhung auf Kosten der Dividende, die in der Regel durch den Wettbewerb auf den Satz gedrückt wird, den der Unternehmer den Kapitalisten für das Geld zum Unternehmen zahlen oder versprechen muß. Ohne den Zins des Kapitals kein Geld und ohne Geld keine Unternehmer, die doch für die Löhne zu sorgen haben.

Angestellte: Wo bleibt da die Logik? Sie sagten doch, Sie wollten die Kaufkraft des Volkes stärken, um so den Absatz der Waren zu fördern, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Ich und alle meine Kolleginnen fanden, daß von allen Ihren genialen Ideen diese die genialste war. Und nun verleugnen Sie sich selbst.

Ford: Ich hatte von Ihnen erwartet, daß Sie meine Worte als Radio, als Luft erkennen würden. Nach dieser Probe muß ich sagen, daß Sie Ihren Lohn nicht verdienen. Ich werde Ihren Lohn herabsetzen. Keinen Pfennig ohne Gegenleistung!

—

Die Disziplin fordert, daß ein Boß sich einer Angestellten gegenüber keine Blöße geben darf. Darum der brutale Abbruch des Gespräches durch den Boß. Und die Klugheit forderte, daß die Angestellte, statt dem Boß eine Falle zu stellen, ihm helfen sollte, sich aus der Patsche zu retten. Dann hätte sie das Auto erhalten, denn es wäre eine Leistung gewesen, der *Ford* gerne als Gegenleistung ein Auto gegenübergestellt haben würde. Sie hätte also die Forderung *Fords* nach der Gegenleistung zu einer Verlängerung des Gespräches und Klärung der Situation auffangen müssen, denn *Ford* sieht offenbar hier nicht klar.

—

Angestellte: Also Boß, Sie behaupten, daß die Stärkung der Kaufkraft durch die Lohnerhöhung keine genügende Gegenleistung sei. Ich selbst gestehe, daß ich hier überhaupt keine Gegenleistung sehe und daß die Lohnerhöhung auch den Absatz der Waren nicht erhöhen kann, wenn, wie Sie sagten, die Lohnerhöhung auf Kosten der Dividenden erfolgt. Denn wenn die Dividenden zurückgehen, dann können die Dividendenbezieher entsprechend weniger kaufen. Stimmt das, Boß?

Ford: Eigentlich ist es so. Ob die Nachfrage nach Waren durch erhöhte Löhne oder durch erhöhte Dividenden wächst, ist für die Produktion selbst ja soweit gleichgültig. Aber – die Dividendenbezieher können oft ihr volles Einkommen nicht verbrauchen, und dann entsteht das, was man Überproduktion nennt. Die Produktionskraft ist über die Konsumkraft hinausgewachsen. Erhöht man nun den Lohn auf Kosten der Dividende, so ändert sich die Lage, da die Lohnempfänger sehr leicht mit der „Überproduktion“ fertig werden können, denn sie sind viel zahlreicher als die Dividendenbezieher und haben viel mehr unbefriedigte Bedürfnisse aufgespeichert. Insofern ist meine Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Kaufkraft durch Erhöhung der Löhne doch ganz vernünftig. Oder sind Sie anderer Meinung, Angestellte?

Angestellte: Ehe ich Ihnen hier recht geben kann, müssen Sie mir sagen, was die Dividendenbezieher mit dem Geld machen, das sie über ihre persönlichen Bedürfnisse hinaus nicht verausgaben können. Ihre Behauptung, daß die Lohnbezieher mehr unbefriedigte Bedürfnisse haben als die Dividendenbezieher, kann ich auch nicht so ohne weiteres als richtig anerkennen. Der Drang, etwas für die Zeit der Not zu sparen, ist doch bei den meisten Menschen sehr stark, oft stärker als die Neigung nach unmittelbarer Befriedigung der dringenden Bedürfnisse. Das zeigen uns die Kulis, die den größten Teil ihres Lohnes sparen.

Ford: Die Dividendenbezieher bringen den Überschuß aus Einnahmen und Ausgaben den Banken. Und die Banken oder Sparkassen bringen das Geld wieder auf den Markt durch Darlehen an Unternehmer, die es für die Erweiterung ihrer Betriebe brauchen können.

Angestellte: Die Banken erhalten somit um so mehr Geld, je höher die Dividenden sind. Werden die Löhne auf Kosten der Dividenden erhöht, so gehen die Einlagen der Dividendenbezieher bei den Banken zurück, ohne daß dieser Ausfall bei den Bankeinlagen durch größere Spareinlagen der Arbeiter ausgeglichen werden kann. Ist es so, Boß?

Ford: Hm, eigentlich sollte es so sein.

Angestellte: Wenn demnach eine Lohnerhöhung, die sich auf Kosten der Dividenden vollzieht, eine Minderung der Bankeinlagen zur Folge hat, dann steigt doch der Zinsfuß! Wie wollen dann die Unternehmer den höheren Bankzins anders herauswirtschaften als durch einen Druck auf den Lohn? Oder denken Sie hier an eine Erhöhung der Preise für Ihre Erzeugnisse? Das wäre aber doch genau dasselbe. Eine Erhöhung des Preisstandes um 10 v. H. oder eine gleiche Erniedrigung des Lohnes – das ist gehüpft wie gesprungen. Wer die Kaufkraft der Massen stärken will, der darf doch nichts tun, was den Zinsfuß oder die Warenpreise heraufdrückt. Und wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, der darf nichts tun, was die Unternehmer vor Neugründungen abschrecken könnte. Die Arbeitslosigkeit ist am Ende nur darauf zurückzuführen, daß infolge der zu hohen Löhne und zu niedrigen Dividenden die Bankeinlagen abgenommen haben, der Zinsfuß gestiegen und dadurch der Unternehmergeist gehemmt worden ist.

Ford: Mädchen, Sie haben mir einen Ring durch die Nase gezogen und führen mich nun triumphierend im „circulus

vitiosus“ herum, in den ich mit meinem Vorschlag getreten bin. Holen Sie sich Ihr Auto aus der Fabrik. Ihr Gehalt soll außerdem erhöht werden. Aber hören Sie, was Sie da sagten, scheint mir sachlich richtig, aber vom Standpunkt einer Lohnempfängerin wie Sie völlig falsch zu sein. Sie stemmen sich ja gegen Ihren eigenen, unmittelbaren Vorteil.

Angestellte: Ich kann mir Nutzen dauernder Art nur von Dingen versprechen, die an sich richtig sind. Sie haben meinen Lohn erhöht, weil Sie von mir bessere Leistungen erwarten. Es handelt sich also in meinem Fall nicht um eine Lohnerhöhung ohne Gegenleistung. Sie aber wollten den Lohn ohne Gegenleistung erhöhen, nur um das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen. Ich zeigte Ihnen, daß Sie diesen Zweck mit diesem Mittel nicht erreichen werden. Was wollen Sie tun?

Ford: Ich bin am Ende meines Lateins.

Angestellte: Und ich am Anfang meines Lateins. Hören Sie zu. Wenn wir heute in Amerika unter Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit leiden, so liegt das nicht an einer mangelhaften Verteilung der Erzeugung unter Lohn- und Dividendempfangen. Das habe ich Ihnen eben gezeigt. Es ist kein Verteilungsproblem. Was vorliegt, ist ein Problem des Tausches, des Handels, des Geldes, der Währung. Unsere Kaufleute und Unternehmer, Farmer und Handwerker haben kein Vertrauen zur künftigen Preisgestaltung, d. h. zur Währung. *Sie rechnen mit einer Fortdauer des gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergangs, d. h. mit einem weiteren, allgemeinen Preisfall.* Es fehlt in unseren Gesetzen eine Bestimmung, die den *Federal Reserve Board* verpflichtet, unter allen denkbaren Umständen, Pest, Krieg, Erdbeben, Mißernten eingeschlossen, den Index der Warenpreise festzuhalten, so daß jeder, der ein Unternehmen plant, genau weiß, daß er durch Zögern und Warten gar nichts gewinnen kann. Das Zögern, Warten, Hinausschieben ist nur dann am Platze, wenn man weiß, daß es mit den Preisen, mit der ganzen Wirtschaft abwärts geht. Die Mitglieder des *Federal Reserve Board* müssen mit ihrem Vermögen, mit Weib und Kind dafür haftbar gemacht werden, daß das Währungsschiff den Kurs, den ihm der Index vorschreibt, einhält. Geschieht das, dann läuft der Karren weiter, wie er seit den letzten sieben oder acht Jahren gelaufen ist. Denn in der Natur der Dinge, in der Produktion, in der Landwirtschaft, in der Industrie hat sich nicht das ge-

ringste ereignet, was unsere natürliche Erzeugungs- und Verbrauchslust irgendwie berühren könnte. Wir sind alle bereit, weiter zu leben und um zu leben auch zu arbeiten. Es liegt also kein Verteilungsproblem und auch kein Produktionsproblem vor. Unser Währungsgesetz muß vervollständigt werden. Mehr ist nicht nötig, *zunächst wenigstens nicht*.

Ford: Mir scheint, Sie haben recht. Und ich verstehe nicht, warum der Federal Reserve Board unsere Währung nicht schon immer nach diesem so natürlichen, auf der Hand liegenden Grundsatz geleitet hat. Warum aber sagen Sie, daß solche Währungspolitik nur „zunächst“ helfen kann?

Angestellte: Boß, Sie sind ein Praktiker. Nur die Erfahrung kann Ihnen etwas beweisen. Lassen wir die Erfahrung sprechen. Sorgen Sie für die Durchführung der Indexwährung. Und wenn sich dann später neue Schwierigkeiten zeigen, so rufen Sie mich. Ich bin hier in der Abteilung 505, wo ich Briefmarken auf Ihre Drucksachen klebe.

Andreas Müller.

[Pseudonym für S. Gesell]

Die Rerentabilitierung der Landwirtschaft Deutschlands

Jeder betrachtet die Welt von seinem Standpunkt aus. Der Bergmann von der Sohle des Werkes, der Bergsteiger vom Gipfel des Gebirges, der Gichtkranke von seinem Lehnstuhl aus. Satan führte Jesus auf einen Berg, um ihm seine Welt zu zeigen, die Jesus jedoch von seinem höheren Standpunkt aus wieder sehr klein und nüchtern erschien. Handelt es sich um einen Blick in die Zukunft, so werden die persönlichen Wünsche und Interessen zum Aussichtsturm. Der Hohenzoller schaut wahrscheinlich rückwärts, *Morgan*, sein Nachfolger, schaut vorwärts, der Kommunist schaut in den blauen Dunst der Ferne. Der Grundbesitzer aber betrachtet Gottes Schöpfung von der Seite der Rentabilität. Ohne diese Rentabilität versinkt das Weltall mit Sonne, Mond und Sternen ins Nichts. Was soll ich noch hier auf Erden, wenn mein Gut zwar gute Ernten, aber keine Rente abwirft? So fragt der vernünftige Gutsbesitzer.

In der „Vossischen Zeitung“ verlangt Gerhard Freiherr von *König* die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe, ob klein, ob groß. Kann man ihm das verargen? Die Rente des Bodens ist das, was der Grundbesitzer dem Arbeiter vom Arbeitsprodukt abziehen kann, auf Grund der Bedingungen des Arbeitsvertrags, die der Arbeitsmarkt diktiert. Heute kann der Gutsbesitzer dem Arbeiter weniger als früher abziehen. Daher ist die Rente gesunken, obschon die Ernte gestiegen ist. Der Lohn des Arbeiters hat einen Teil der Rente aufgezehrt. Darüber ärgert sich der Gutsbesitzer. Soll sich etwa der Gutsbesitzer freuen, wenn der Arbeitsmarkt dem Proletarier erlaubt, innerhalb der kapitalistischen Ordnung neue, erhöhte Lohnforderungen zu stellen? Der Gutsbesitzer denkt zurück an die herrliche Zeit der Leibeigenschaft, und auch dann tut er das, wenn, wie es oft genug vorkommt, er das Gut erst kürzlich erstanden hat mit dem Geld, das er durch den Handel mit Pillen, Zigarren und Würsten ehrlich verdiente. Die Bücher des Gutes geben ihm Aufschluß über die Geschichte der Rentabilität und über die Löhne, die man früher bezahlte. Die Zustände will er wieder herstellen. Von seinem neuen, erhöhten Standpunkt

aus betrachtet, ist es sein Recht, solche Forderungen zu stellen. Hat doch jeder das Recht, die Wiederherstellung der Rentabilität mit allen Mitteln zu erstreben und zu diesem Zweck die Leibeigenschaft und die Knute zurückzufordern, auch dann, wenn es etwa dieselbe Knute wäre, mit der auf demselben Gute die Großmutter des Emporkömmlings als Leibeigene gezähmt wurde. Rechte! Recht auf Rentabilität! Ach, es gibt nichts Billigeres als Rechte, und keine Trommel gibt einen sympatischeren Ton, als das Recht auf Rentabilität, so lange wenigstens, als man darauf pochen muß. Welch süßere Melodie könnte es denn für die Nachkommen der deutschen Leibeigenen (das ist also die große demokratische Masse) geben, als das Jammern, das Betteln und die Ohnmachtserklärungen (Not der Wirtschaft) ihrer früheren Herren? Auf alle Fälle – wir haben kein Verständnis für die Wiederherstellung der Leibeigenschaft und der Rentabilität. Im Gegenteil, wir wünschten, daß dem Minister der Proletarier, Hilferding, für seine Bemühungen um die Wiederherstellung der Rentabilität durch erhöhte Rentenschutzzölle auf seinem Rücken mit der Knute der Leibeigenschaft die Narben wieder aufgerissen würden, die durch Vererbung normalerweise dort noch anzutreffen sein dürften. Denn, wenn auch nach dem *Mendelschen* Vererbungsgesetz alles sich mit der Zeit verwischen mag, die Narben der Leibeigenenknute, diese einzigen, wirklich zuverlässigen Geschichtsdokumente des deutschen Volkes, die verblissen niemals und am allerwenigsten, so sollte man meinen, auf dem Rücken der proletarischen Minister. Küßt die Knute, ihr Hunde – das ist's, was *Hilferding* mit seinen Rentabilitätsschutzzöllen den Proleten zurief.

Zum Glück, es ist dafür gesorgt, daß die rote Garde vor Mammons Tempel die Leibeigenschaft und die Rentabilität nicht wiederherstellen kann. Jede Hoffnung auf Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Güter ist eitel. Ebenso eitel wie etwa die Hoffnung der Nagelschmiede auf die Wiederherstellung der Rentabilität ihrer Blasebälge. Eine Rente werden die Äcker immer abwerfen, aber nicht die Rente, die sie bis dahin abwarfen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist eine andere. Trotz der politischen Kämpfe, trotz des wüsten Gemenges von widersprechenden gesetzlichen Maßnahmen, durch welche die auseinanderstrebenden Interessen der Arbeiter und der Grundbe-

sitzer gleichzeitig (!) gefördert werden sollen, steht der Proletarier heute auf festerem Grund bei den Lohnforderungen. Er kann mucksen, und er tut's.

Ja, ja, rufen hier die Gewerkschaftsführer. Wir stehen mit der ganzen Macht unserer vortrefflich disziplinierten Organisation dem Arbeiter zur Seite bei seinen Lohnforderungen und Lohnkämpfen. Wir stellen im Ministerium den Arbeitsminister, den Wohlfahrtsminister, den Wirtschaftsminister, den Inflations- und Deflationsminister. Ihren Bemühungen ist es zu verdanken, daß usw. usw. Und wenn wir auch jetzt an die zwei Millionen Arbeitslose haben, so schützen wir sie doch recht auskömmlich gegen Not. Und sobald wir durch Zölle die Rentabilität der Landwirtschaft wiederhergestellt haben werden, werden auch diese zwei Millionen vom Arbeitsmarkt verschwinden. Wir hatten leider übers Ziel geschossen mit unserem Tarif für ländliche Arbeitslöhne. – Für uns Sozialdemokraten und Christlichsozialen steht die natürliche, unverletzliche Grenze der Lohnforderungen hinter der Rentabilität der Betriebe.

Zum Glück für den Proletarier kann er sich auf etwas solideres stützen als auf die hohlen Köpfe seiner Bonzen. Aus der Technik, nicht aus dem Vakuum seiner Ministerköpfe ist dem Proletarier ein Bundesgenosse erstanden, wie es bis heute immer die Technik gewesen ist, die dem Arbeiter im Kampfe um bessere Löhne Hilfe brachte. Gewiß, die Freizügigkeit wurde seinerzeit revolutionär erkämpft. Sie steht da stolz auf dem Papier der Verfassung. Aber was wäre damals aus diesem Papier geworden, wenn die Technik keine Eisenbahnen, keine Dampfer gebaut hätte, die die papierne Freizügigkeit in eine wirtschaftliche Wirklichkeit verwandeltet? Ohne die Dampfer säßen die Proletarier mit der Verfassung in der Tasche zu Haus auf den Gütern und bettelten um Arbeit zu irgendeinem Lohn. Ohne diese technischen Bundesgenossen des Arbeiters hätte es der Gutsbesitzer nicht nötig, sich wegen der Rentabilität seines Gutes Sorgen zu machen. Freie Arbeiter, wie sie die Verfassung in Deutschland und die Sklavenbefreiung in Amerika schuf, sind immer rentabler als Leibeigene und Sklaven.

Die Eisenbahnen und Dampfer, nicht die Ver-

fassung gaben dem Arbeiter die Freizügigkeit. Und mit dieser wirtschaftlichen Freizügigkeit begann die Tragödie des Rentabilitätsschwundes. Die ausgewanderten Leibeigenen eröffneten ihren früheren Herren eine mörderische Konkurrenz. Rechnete der Herr seinen Besitz nach preußischen Morgen, so konnten die entlaufenen Sklaven ihren Besitz nach amerikanischen „Morgen“, d. h. nach Quadratmeilen bemessen. War der Misthaufen die Sorge des Gutsbesitzers, so war die Arbeitsmaschine die Sorge des Auswanderers. Und die Sorge des Gutsbesitzers blieb bestehen, während die des Auswanderers von der Technik beseitigt wurde. Dampfpflüge und Erntemaschinen ver Hundertfachen den Arbeitsertrag des neuen Konkurrenten. Zählte der deutsche Gutsbesitzer die Ernte nach Säcken, so zählte der Auswanderer nach Eisenbahnwagen zu 40 000 kg. Was will da der Herr noch auf seinem Gut? Sein Produkt sinkt im Preise, und will er diesen Verlust auf den Lohn abwälzen, dann zeigt ihm der Arbeiter einen Brief seines Bruders oder Freundes mit einem Fahrschein für Amerika, Asien, Afrika, Australien. Die Welt ist ja groß, und kein arbeitsfähiger Mann braucht heute noch einen Herrn, wenn er sich nicht nach ihm sehnt.

Aber die Tragödie des deutschen Gutsherrn will sich noch in eine endliche Katastrophe verwandeln. Die Technik ist dabei, dem Gutsbesitzer den letzten Rest zu geben. Sie will diese häßliche Erscheinung vom Antlitz der Erde endgültig wegfegen, und zwar bald. Das Lastauto hat diese Aufgabe übernommen und wird sie durchführen. Was die Druckerpresse für das Geld bedeutete, dasselbe bedeutet das Lastauto für den landwirtschaftlichen Boden. Die Welt steht inmitten einer ungeheuren Landinflation. Massenhaft steht jetzt Land zur Verfügung der Farmer, landeinwärts längs den Bahnschienen. Und massenhafte Ernten, sichere Ernten lassen sich von diesen Landstrecken mit der neuesten Errungenschaft der Technik, dem Motorpflug, gewinnen. Ob es wenig regnet, ob es gar nicht regnet, ob es ununterbrochen regnet – es ist jetzt für den mit dem Motor tief aufgewühlten Boden gleichgültig, und brauchte der Farmer früher einen ganzen Tag, um eine Fuhre zur Bahn zu fahren, so schafft er heute die zehnfache Last innerhalb einer Stunde dahin. Was will gegenüber einer solchen tech-

nischen Revolution jetzt noch der deutsche Grundbesitzer? Die Dampfer brachten Hamburg in direkte Berührung mit allen Häfen der Welt. Die Eisenbahnen verbanden die Provinzen und Staaten mit diesen Häfen. Es fehlte die Verbindung des flachen Landes mit der Eisenbahn und so auch mit den Dampfern, mit den europäischen Häfen, mit den Mühlen Berlins. Jetzt ist diese Verbindung durch das Lastauto hergestellt. Was soll da noch der deutsche Grundbesitzer?

Als der mechanische Webstuhl erfunden wurde, ging die Weltgeschichte erbarmungslos über die Handweber des Eulengebirges hinweg. Kein Hahn krächte nach ihnen. Jetzt geht die Weltgeschichte wieder und ebenso erbarmungslos über eine Schicht der deutschen Grundbesitzer hinweg. Denn es besteht die Freizügigkeit. Sie sind unzufrieden, so sollen sie auswandern.

In den Oststaaten der U. S. A. stehen Tausende von Farmen verlassen da, weil die Konkurrenz des Westens die Besitzer zwang, fruchtbarere Gegenden aufzusuchen. Sie waren zu stolz, um nach *Hilferdingschem* Rezept den Staat, d. h. in diesem Fall die Proletarierfrauen, um höhere Getreidepreise (um den Schutz der Rente) anzubetteln. Sie zogen ab und überließen das Land denen, die es bearbeiten wollten. Nichts als der Mangel an persönlicher Würde hindert die deutschen Gutsbesitzer daran, es den amerikanischen Farmern nachzumachen.

Anhang.

Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)

Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: „Nie wieder Krieg!“, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.“ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Vorkonferenz vom 24.4.1920

Vortrag des Genossen Gesell über seine Arbeit als Finanzminister in der ehemaligen Räte-Republik Bayern und über die heutige wirtschaftliche Lage.

Geehrte Anwesende! Wenige nur sind es, die mit Befriedigung auf die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Dinge zurückblicken können. Kein Parteimann von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken wird auch nur das Geringste zu seinen Gunsten buchen können. Alles, was geschehen ist, ist gegen die Wünsche der bürgerlichen Parteien geschehen, und die sozialistischen Parteien, die die Macht besaßen, ihren Willen durchzusetzen, stehen bluttriefend vor Massengräbern von Arbeitern, die ihre Verzweiflungstaten mit dem Tode aus Arbeiterhand büßten. Alle, alle müssen zugeben, daß ihre Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete restlos zu Mißerfolgen geführt haben, daß das, was der fünfjährige Krieg übrig ließ an Volkskraft und Volksvermögen, im Mahlstrom der Streike, Putsche, der Papiergeldwirtschaft und der Ententemaßnahmen vollends zerrieben wird.

Von jeher hatten die Sozialdemokraten alle Hoffnungen auf die Eroberung der politischen Macht gelegt. Sie war Voraussetzung für den Bau des Zukunftsstaates. Dann sollten durch die Expropriation der Expropriateure die Maschinen, Fabriken, Äcker, Milchkühe und Hühner in den Besitz des Volkes übergehen. Mit Hilfe allgemeinen Arbeitszwanges sollte die Produktion planmäßig vonstatten gehen. Davon versprach man sich nicht nur die Beseitigung der Ausbeutung, sondern auch eine Förderung der Produktion, eine Mehrung des Arbeitsertrages, allgemeinen Wohlstand, Sicherung vor Not und Hunger.

Der Krieg brachte es mit sich, daß das Proletariat die politische Macht nicht zu erobern brauchte, sondern sie als res nullius, als faule Frucht aus der Gosse heben konnte. Es war niemand mehr da, der die Verantwortung übernehmen wollte – so griffen dann die Sozialisten nach dem Zepter. Diesen Umstand dürfen wir nicht vergessen. Er bildet einen bedeutenden Aktivposten im Kontobuch des Kommunismus sowie aller, die sagen: *„Das, was geschehen ist und noch weiter geschieht, spricht in keiner Weise gegen den Kommunismus, denn die Voraussetzung desselben setzt die Eroberung der politischen Macht, also eine fest organisierte, überwältigende Majorität von Kommunisten voraus. Die Macht muß der sich mit Verzweiflung verteidigenden, herrschenden Gesellschaft entrissen werden. Wir aber haben die Macht nicht erobert, wir haben sie nur aus dem Staube gehoben, weil sich niemand anders meldete. Um sie unter*

gewöhnlichen Verhältnissen zu erobern, hätten uns die Kraft, die Organisation und die nötigen Massen gefehlt. Wir waren also noch nicht zahlreich genug für die Eroberung der Macht und damit auch nicht reif für die zu übernehmende Aufgabe, und die Mißerfolge dürfen darum nicht dem Kommunismus an sich, sondern den genannten Umständen zugeschrieben werden.“

Ich habe keinen Grund, diese Darstellung zu entkräften. Nur möchte ich hier die Frage stellen, wann dann eigentlich die Verhältnisse für den Kommunismus reif sein werden? Die Ausbeutung des Volkes durch das Kapital ist genau so alt wie das herkömmliche Geldwesen und Bodenrecht. 6000 Jahre sind verflossen, seit *Hammurabi* seine Gesetze zum Schutze des Kapitals erließ, und noch immer sind wir nicht reif! Reif! Da ist wohl die Frage gestattet, ob der Kapitalismus, wie die *Marxisten* als selbstverständlich annehmen, diesen Reifeprozess überhaupt fördert – oder ob vielleicht nicht umgekehrt die kapitalistische Wirtschaft die kommunistischen menschlichen Triebe verkümmern läßt, so daß aus zwingenden Gründen die erwartete Reife überhaupt nicht eintreten kann.

Und, wenn das der Fall wäre, wenn die kommunistisch veranlagten Menschen von dem kapitalistischen Auslesevorgang etwa gesetzmäßig ausgerottet würden, die entgegengesetzte Abart des Menschen aber, die Anarchisten, Individualisten, das Ich betonenden gar gefördert würde? Wie könnte man da noch hoffen, jemals die für die Eroberung der politischen Macht nötige Masse zu schaffen? Der Kommunismus stellt außerordentlich hohe Ansprüche an die Selbstlosigkeit, die Herzensgüte. Kommunismus ist angewandtes Christentum, Urchristentum; und wie solche Christenmenschen in der für die Eroberung der politischen Macht nötigen Masse herangezogen werden sollen, in dieser vom Kapitalismus verpesteten Atmosphäre, ist völlig unerfindlich. Schon der Ausdruck „*Eroberung der politischen Macht*“ ist unchristlich und unkommunistisch. Eroberer sind keine Kommunisten. Ich bestreite es, daß man mit den zur Eroberung der politischen Macht disziplinierten, bluttriefenden Banden einen kommunistischen, auf Liebe, Rücksichten, Herzensgüte aufgebauten Staat bilden kann.

Und noch eine Frage möchte ich in diesem Zusammenhang stellen! Was berechtigt uns eigentlich zu der in allen sozialistischen Lagern als Selbstverständlichkeit herrschenden Meinung, daß das Proletariat sich zu der für die Eroberung der politischen Macht nötigen Masse durch Geburtenüberschuß auf natürlichem Wege vermehrt? Wo sind die statistischen Unterlagen für solche Behauptungen? Der Proletarier trägt seinen Namen mit Unrecht. Für das alte Rom, für primitive ländliche Verhältnisse mag er berechtigt gewesen sein; für unsere Großstädte aber, die die Hauptmassen des Proletariats beherbergen, ist der Name Proletarier in seinem etymologischen Sinne falsch. Die Sozialisten übernehmen diese Bezeichnung des Arbeiterstandes zu agitatorischen Zwecken. Er stammt auch aus Paris, der Stadt

der kinderlosen Ehepaare. Damit ist schon bewiesen, daß der Ausdruck falsch ist. Unermeßlich ist der Schaden, der der Arbeiterpolitik aus dieser Fälschung erwuchs. Sie ist es, die hauptsächlich zu dem fatalistischen, alle revolutionären Kräfte lähmenden Glauben an die natürliche Entwicklung zum sozialen Staate führte und leitete auch schließlich die gesamte sozialistische Forschung auf Abwege. Wenn das Proletariat sich vermehrt und sich gar stark vermehrt – so schließt man, daß der Lohn dazu auch immer ausreicht. So kam die Lohntheorie zustande, wonach der Unternehmer als Lohn immer das zahle, was zum Unterhalt und zur Fortpflanzung der Arbeitskraft nötig ist, der eherne Lohn. Und auf diese Lohntheorie baute dann *Marx* seine Kapitaltheorie auf, die von den Produktionskosten der Arbeitskraft ausgeht.

Die Grabsteine auf den proletarischen Friedhöfen sprechen aber eine deutliche Sprache – sie zeugen dafür, daß die genannte Lohntheorie falsch ist, sowie alles, was auf ihr gebaut wurde mit Einschluß der *Marxschen* Kapitaltheorie, auf der noch heute die Sozialisten aller Richtungen bauen, als ob sie ein Fels wäre.

Der Arbeiter stirbt in der dritten Generation an der Schwindsucht infolge ungenügenden Lohnes, das ist Tatsache. Alle sozialistischen Hoffnungen stehen aber mit dieser Tatsache in klaffendem Widerspruch. Diese Tatsache, verbunden mit dem eben erwähnten Umstand, daß die kapitalistische Wirtschaft die kommunistischen Triebe eher verkümmern läßt, als daß sie sie fördert, gibt uns die Erklärung, warum wir noch nicht – nach 6000jähriger Entwicklung – noch nicht „reif“ sind für die „Eroberung“ der politischen Macht und für die Schaffung der kommunistischen Ordnung. Die Herberge des Proletariats, die Großstadt, erwies sich als Grab, nicht als Wiege. Auch diese Tatsache läßt die Hoffnung auf die kommunistische Zukunft als schwach begründet erscheinen.

Doch nehmen wir einmal den Fall an, daß aus irgendeinem Grunde das Proletariat sich wirklich zu der für die politische Führung nötigen Masse vermehren würde, wie leicht wäre es da noch den herrschenden Klassen gemacht, den diesem Proletarisierungsprozeß notwendigerweise vorausgehenden Konzentrationsprozeß des Kapitals eigenhändig zur Rettung ihrer Macht zu sabotieren. Wird das Großkapital zu einer politischen Gefahr für die ganze Klasse der Kapitalisten, nun so zerschlagen diese es selbst wieder durch Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuern, wobei ihnen die von den Sozialisten geforderte gestaffelte Einkommensteuer vorzügliche Dienste leisten wird. Wenn es ums Ganze geht, werden die herrschenden Klassen, die Masse der Bauern, Kleinbürger, Beamten, Künstler, Handwerker usw. immer das Nötige zu tun wissen, um den ihnen gefährlichen Proletarisierungsprozeß zu hemmen und sich ewig die Majorität, die Macht zu erhalten.

Unter dem Ausdruck „Kapitalist“ brauchen wir uns durchaus nicht immer einen von einer Schar von Dienern umgebenen Rentner vorzustellen. Alle selbständigen

Personen, namentlich die Bauern, stehen dem Kommunismus schroff ablehnend gegenüber – namentlich dem Kommunismus, von dem uns die heutige Zwangswirtschaft Kostproben liefert. Für die Erhaltung der politischen Macht spielt jeder einzelne dieser Kleinbürger die gleiche Rolle, wie etwa *Stinnes*, *Bleichroeder*, *Morgan*. Auch können wir uns heute ganz gut Verhältnisse denken, wo nicht zehn Knechte auf einen Herren, sondern umgekehrt zehn Herren auf einen Knecht kommen, wo die gewaltige Produktivkraft des mit Maschinen ausgerüsteten Arbeiters genügen wird, um den Unterhalt mehrerer Herren aufzubringen; und wie könnte dann der Proletarier noch hoffen, jemals die politische Macht zu erobern? Dieses Zahlenverhältnis zwischen Schmarotzern und Proletariat ist schon in Frankreich, dem Lande der kleinen Rentiers, in der Bildung begriffen und gibt uns die Erklärung für die Schwäche der dortigen revolutionären Bewegung. Dieses Zahlenverhältnis hat man auch schon in der Schweiz, zumal auf dem Lande, und wir werden es auch bald in Rußland finden, wo dem Mujik der Boden als Eigentum ausgehändigt wurde und wo nun durch *Lenins* Kunst oder Ohnmacht die nachgeborenen Geschlechter vielfach enterbt sind. Wir werden dann in Rußland sehen, wie in etwa 20 – 30 Jahren auf je zwei, drei oder vier grundbesitzende Wähler ein einziger Knecht kommt, der mit Hilfe von Motorpflügen in der Hauptsache den Lebensunterhalt jener Bauernkapitalisten hervorbringen wird. In Argentinien kommt ein einziger Arbeiter auf etwa 350 Hektar Weideland, auf dem jährlich 300 – 400 Stück Großvieh zu 500 Goldmark das Stück, im Gesamtbetrag also von 15 – 20 000 Goldmark heranwachsen. Von dieser Summe können zwei, drei, vier Familien ganz gut leben. Wie will sich dann bei solchen Zahlenverhältnissen der Proletarier noch befreien? Erinnern Sie sich hier auch noch des Ausspruches des russischen Zaren: „*Meine Herren! Entweder Revolution von oben, d. h. freiwillige Abgabe von Land an das Proletariat, also Sabotage des kapitalistischen Konzentrationsprozesses, oder die siegreiche Revolution von unten, die uns Eigentum und Leben kosten wird.*“ Es wäre närrisch, zu glauben, daß die Kapitalisten dem ihnen so gefährlichen Proletarisierungsprozeß, auf dem *Marx* alle seine Hoffnungen baute, tatenlos zuschauen werden. Sie sind klug und haben, in ihren Clubsesseln ausgestreckt, Muße genug, um alles in kühler Ruhe zu überlegen, was sie zur Rettung ihrer Vorrechte tun und eventuell auch opfern müssen. Und denen, die nicht sehen wollten, hat das Schicksal ihrer Standesgenossen in Rußland die Augen geöffnet.

Schon vor dem Kriege konnte man allenthalben beobachten, wie die großen Kapitalisten sich einsam fühlten und selber auf Mittel sannen, sich durch Mehrung der kleinen Besitzer eine Schutzgarde zu schaffen. Die Proletarier kann man zählen, die aus Interesse für ihre Partei eine Politik bekämpfen, die aus ihnen Besitzer eines Bauernhofes, eines Ladens, einer Werkstätte machen und sie so dem proletarischen Gedankenkreis entfremden. Sie greifen alle, alle zu. Und mit dem Besitz,

und wenn es auch nur ein Sparkassenbuch ist, treibt Belzebug die proletarischen Geister spurlos aus. Darum in England die Small-holdings-Politik, darum in Preußen und Posen das Bestreben, Kolonisten anzusiedeln, darum in den Vereinigten Staaten die Heimstättengesetze, darum in Argentinien das Bestreben, dem Arbeiter ein Stückchen Land zu eigen zu machen, darum in der ganzen Welt die Begeisterung für die Sparkassen. Man rechnet eben mit den natürlichen, unausrottbaren, auf das Privateigentum gerichteten Instinkten – und rechnet gut und rechnet sicher. Unsere Proletarier teilen sich heute in zwei Parteien, die Mehrheitssozialisten und die Kommunisten. Was diese Teilung zuwege gebracht hat, wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Umstand sein, daß die einen etwas, die anderen nichts besitzen. Und will man eine Einheitsfront schaffen, so gibt es sicher kein wirksameres Mittel, als die Sparkassen mit in den allgemeinen Staatsbankrott zu reißen. Mit dem Tage, wo es heißt, die Sparkassen sind bankrott, wird die kapitalistisch angekränkelte Mehrheitsseele wieder proletarisch, kommunistisch, marxistisch. An dem Tage ist die Einheitsfront und zwar die kommunistische Einheitsfront geschaffen.

Und bedenken wir ferner, daß der kleine Kapitalist, der Bauer, nicht das allergeringste Klasseninteresse am Konzentrationsprozeß des Kapitals hat, daß er im Gegenteil mit Begeisterung der progressiven Einkommensteuer, die ihn persönlich ja entlastet, zustimmt, so erkennen wir, wie leichtsinnig es war, die Hoffnungen des Proletariats auf diesen Konzentrationsprozeß zu begründen. Die Vermögensabgabe, die notwendigerweise von den *Erzbergerschen* 70 Milliarden auf die volle Höhe der Reichsschulden, also auf 200 und 250 Milliarden erhöht werden wird und deren Staffelung gegen die großen Kapitalien gerichtet ist, gibt den Kleinkapitalisten eine wunderbare Gelegenheit, den Konzentrationsprozeß des Kapitals auf Jahrzehnte hinaus zu sabotieren und so ihre Klasse in überwältigender Mehrheit zu erhalten.

Und noch eins will ich hier erwähnen: die Rückverwandlung der Großindustrie in Kleinbetriebe, deren Anfänge jetzt schon deutlich wahrnehmbar sind. In demselben Maße, wie durch die Haltung der Arbeiter dem Unternehmer die Leistung erschwert oder gar unmöglich wird, wird der kleine Mann, der mit Familienmitgliedern, mit einigen Kameraden arbeitet, wieder leistungsfähig – und geht dann mit seinem ganzen Anhang der proletarischen Politik wieder verloren. Ich halte es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der Großbetriebe, in erster Linie die Metall- und Holzindustrie und die Warenhäuser, in naher Zukunft in Millionen von kleinen Betrieben zerfallen werden, die sich dann durch genossenschaftlichen Zusammenschluß für den Kraft- und Rohstoffbezug, wie für den Absatz auch leistungsfähig werden machen können. Dann wäre es aber wirklich aus mit dem Kommunismus.

Werte Anwesende! Ich kann leider diese Untersuchung, so zeitgemäß und wichtig sie für die proletarische Politik auch ist, hier nicht weitertreiben. Das Gesagte wird übrigens genügen, um die Behauptung zu begründen, daß das Proletariat – solange es auf die eigenen Reihen angewiesen ist, die Hoffnung begraben muß, die 6000-jährige kapitalistische Entwicklungsgeschichte zum marxistischen Abschluß kommen zu sehen. Die „Reife“, von der nun wieder so viel gesprochen wird, wird niemals kommen, das Proletariat wird ewig in der Minderheit bleiben; es wird wohl, wie heute, die Macht haben, alles zu zerstören und sich selbst mit ins Grab zu reißen, aber niemals wird es die zur Führung der Wirtschaft nötige Majorität besitzen. Die Notreife oder Frühreife aber, wie die jetzige, führt zu Mißerfolgen, die zu Verzweiflungstaten Anlaß gibt und zum Untergang führt.

Wenn wenigstens das Proletariat so erfahren wäre, daß es den sofortigen Abbau des zu Herrschaftszwecken errichteten Staates in die Wege leitete – dann wäre schon manches möglich, die proletarische Diktatur könnte sich wenigstens voll entfalten und das Experiment nach allen Regeln der Kunst zu Ende führen. Aber nein, daran denkt keiner der Genossen, die die Revolution auf den Ministerstuhl brachte. Vom Staate, von der Organisation, von der Planwirtschaft haben sie ja alle geträumt, von ihr das Heil erhofft. Wie könnten sie da den Staat abbauen? Sie brauchen nicht nur alle Minister des kaiserlichen, kapitalistischen Staates, sondern noch viel mehr. Das Ungeheuer soll zum allweisen, allgütigen und allmächtigen Wesen ausgebaut werden. Wie aber schafft man den zu einem solchen Staate nötigen Beamtenapparat, zumal damit zu rechnen ist, daß der durch die Revolution überrumpelte alte Beamtenstand nur daran denkt, den Emporkömmlingen Steine in den Weg zu werfen?

Ich will nicht sagen, daß mit dem Abbau des Staates, mit der Übertragung des Schul-, Kirchen- und Gerichtswesens auf die Gemeinden, mit dem völligen Übergang zum Freihandel und mit der Beseitigung des Handelsministeriums usw. der Weg für den Kommunismus nun frei wäre. Nein, das nicht. Aber so viel würde damit erreicht, daß die Revolution sich ausschließlich mit den Wirtschaftsproblemen beschäftigen könnte und so die alle Kraft lähmenden Innenreibungen stark vermindert würden. Das kommunistische Experiment könnte wirklich einmal in voller Ruhe zu Ende geführt werden. Dann hätte die liebe Seele endlich Ruhe.

Werte Anwesende! Was können, was sollen wir angesichts dieser Lage tun? Die Hände in den Schoß legen und verzweifeln? Ich sagte vorhin, daß der Ausgangspunkt der marxistischen Kapitaltheorie falsch wäre. Wenn sich diese Behauptung als richtig erwies, so könnten wir wenigstens hoffen, daß die Richtigstellung der Kapitaltheorie vielleicht einen Ausweg aus der Sackgasse zeigen wird, in der sich die sozialistische Bewegung in allen Ländern zur Zeit befindet.

Meine Behauptung aber ist richtig. Ich habe nicht nur den negativen Beweis erbracht, daß die *Marxsche* Lohn- und Kapitaltheorie falsch ist, sondern durch Aufstellung einer neuen, nach allen Richtungen hin stichhaltigen Kapitaltheorie den positiven Beweis erbracht, daß meine Behauptung richtig ist. – Eine Andeutung dafür, daß meine Theorie des Kapitals richtig sein muß, finden Sie übrigens auch in dem Umstand, daß bis heute noch niemand einen Angriff auf dieselbe gewagt hat. Niemand, weder im Inland, noch im Ausland. Und es wäre doch leicht, es zu tun, wenn sie falsch wäre, denn sie ist leicht verständlich, sowohl inhaltlich, wie auch in der Aussage. Und nicht nur leicht wäre es, solches zu tun, sondern auch nötig. Denn sie hat sich im stillen schon eine große Schar überzeugter Anhänger, ernsthafte Männer, verschafft. Gibt es eine wichtigere Sache heute als die Theorie des Kapitals, die Theorie, die uns in unserem Kampfe gegen die Ausbeutung zu leiten hat? Man kann also kaum annehmen, daß jemand, der meine Theorie als falsch erkannt hat, es nicht für der Mühe wert hält, mit seinem Beweis an die Öffentlichkeit zu treten. Nein, die Theorie ist richtig – glücklicherweise ist sie es, denn sie wird uns nun auf sicheren Pfaden aus dem Kapitalismus führen. Den Feind erkennen, bedeutet an sich schon einen halben Sieg. Diese richtige, von einigen die physiokratische, von anderen die Freigeld-Kapital-Theorie genannt, stellt nicht, wie die marxistische, die allgemeine Verstaatlichung zur Voraussetzung für die Überwindung des Kapitalismus. Sie fordert im Gegenteil die Entstaatlichung, die volle persönliche Freiheit, die Erhaltung und Sicherung der persönlichen Selbständigkeit, der Selbstverantwortung, des Privateigentums, auch an den Produktionsmitteln, mit alleiniger Ausnahme des Bodens. Sie fordert also gerade das, was die Bauern fordern, was die Handwerker, die Kaufleute, die Vertreter der freien Berufe, die Unternehmer fordern – die, soweit sie Arbeiter sind –, was auch die Masse der Beamten für ihre Kinder fordert, was die Anarchisten, die Individualisten, ja, was sogar die Kommunisten der sympathischen *Proudhon-Landauerschen* Richtung fordern. Und das ist das Hoffnungsvolle, was uns diese Theorie in politischer Beziehung bietet – sie schafft zum Kampfe gegen alle Ausbeutung, gegen Zins und Rente, gegen das arbeitslose Einkommen eine Einheitsfront, die nicht nur das eigentliche Proletariat umfaßt, sondern das gesamte werktätige, schaffende, studierende Volk. Sie teilt schroff und glatt das Volk ein in zwei unversöhnliche Klassen, die Klasse der Schaffenden und die Klasse der Ausbeuter, der Rentner.

Die von den Kommunisten geforderte allgemeine Verstaatlichung ist für die große, überwältigende Mehrheit nicht Zweck, nicht das Ziel, sondern nur ein Mittel gegen die Ausbeutung durch das Kapital. Ich glaube sogar, daß man sagen kann, daß nur die Ausbeutung, der Zins, der Mehrwert und die damit verbundene Teilung des Menschengeschlechtes in Arm und Reich die sozialistischen Gedan-

ken und Träume haben geboren. – Wenn es sich so verhalten würde, wenn die allgemeine Verstaatlichung und die damit untrennbare allgemeine Unfreiheit und Gebundenheit nicht das ersehnte Ziel der Kommunisten ist, sondern nur ein Mittel – so wären auf Grund der physiokratischen Kapitaltheorie alle Bedingungen erfüllt für die sofortige Ergreifung und Festhaltung der politischen Macht. Wenn das Proletariat in seinem Kampfe gegen die Ausbeutung auf die kommunistische Wirtschaftsordnung, auf die allgemeine Verstaatlichung verzichten kann, so werden ihm sofort die Bauern, Handwerker, kurz alle die Massen zuströmen, die zwar ebenfalls, wenn auch in geringerem Grade unter der Ausbeutung zu leiden haben, die aber vom Kommunismus abgestoßen werden.

Werte Anwesende! Die Wirtschaftsordnung, die auf der Freigeld-Kapitaltheorie aufgebaut ist und die ich die natürliche nenne, gestaltet das gesamte wirtschaftliche und politische Leben von Grund auf neu; sie läßt nichts unberührt. Sie schafft die Grundlage zu einem freien, glücklichen Volksleben und räumt dem Bürger- und Völkerfrieden alle Hindernisse aus dem Weg. Und zwar, was besonders hoffnungsfreudig stimmt: Sie arbeitet wie die Natur im Stillen, ständig, ohne Unterlaß, Tag und Nacht. Sie braucht keine Revolution – wirkt dafür aber um so revolutionärer. Sie bedeutet „die Revolution“. Und auch das gibt dem, der diese neue Ordnung studiert, Hoffnung, nämlich, daß sie von allen, die sie erstreben, gerade das fordert, was sie leisten können, nämlich ihre persönliche, berufliche Arbeit. Die Arbeitermassen werden durch diese neue Kapitaltheorie nicht zu Streik und Gewalt aufgefordert, sondern umgekehrt zur fleißigen, unverdrossenen, durch die Hoffnung, nun endlich ans Ziel zu gelangen, angefeuerten Arbeit. Und ist es auch nicht gerade das, was wir heute brauchen und immer schon gebraucht haben? Können wir uns den Zukunftsstaat etwa anders denn als schweißtriefendes, menschliches Arbeitsprodukt vorstellen? Das ist nun einmal sicher: Schweißtriefend werden wir den Zukunftsstaat betreten, wenn wir ihn jemals betreten werden. Und die noch weitverbreitete Meinung, daß wir den Zukunftsstaat wie ein expropriertes Haus, wie ein Erbgut betreten werden, sie muß als Phantasterei erklärt werden. Die heutige Wohnungsnot sagt übrigens genug über diese Dinge.

Werte Anwesende! Wenn es gelänge, jetzt in Bälde die Vertrauensmänner der Arbeiter für diese neue Wirtschaftsordnung zu gewinnen, so wären damit alle Voraussetzungen erfüllt für die Rettung vor dem immer drohender erscheinenden völligen Untergang.

Über die Theorie selber kann ich Ihnen leider hier nichts sagen; das würde zu weit führen. So einfach sie ist, so erfordert ihr ungeheurer Wirkungskreis doch ein umfassendes, ruhiges Studium. Ich muß mich darum hier damit begnügen, sie bei allem, was ich Ihnen noch zu sagen habe, als unumstößliche Wahrheit unterzulegen. Ich möchte Ihnen nämlich das Notwirtschaftsprogramm entwickeln, das ich

als Volksbeauftragter für Finanzen der ersten Münchener Räterepublik einer Versammlung von Betriebsräten in gedruckter Form vorgelegt habe. Der Kriegs- und Revolutionszustand hat nämlich einen Notstand geschaffen, der Notmaßnahmen erfordert, die zu anderen Zeiten überflüssig gewesen wären zur Herbeiführung der von mir durch Freiland und Freigeld erstrebten Ordnung. Diese Notstandsmaßnahmen bilden also durchaus keinen integrierenden Teil der erstrebten, natürlichen Wirtschaftsordnung, sondern sind, wie schon der Name sagt, eine Notstandsmaßnahme.

Das erste, das wichtigste, was heute zu erstreben ist, was unter allen Umständen in Ordnung gebracht werden muß, das sind geregelte Geldverhältnisse. Darum war auch meine erste Handlung im Münchener Finanzministerium ein Telegramm an die Reichsbank, worin ich meine Absicht kundgab, selbständig vorzugehen, falls die Reichsbank sich weigern sollte, auf meine Vorschläge einzugehen. Mein Vorschlag war die Einführung der absoluten Währung, worunter eine Währungsverwaltung zu verstehen ist, die nicht den festen Goldpreis, sondern einen festen, allgemeinen Preisstand an Waren zum Ziele hat. Um zu solcher Währungspolitik zu gelangen, mußten die Staatskassen vom Zins der öffentlichen Schulden entlastet werden, damit die Einnahmen für die laufenden Ausgaben ausreichten und damit der Zwang zur fortgesetzten Notenausgabe wegfiele. Um die notwendige Tilgung der öffentlichen Schulden herbeiführen zu können (eine Nichtigkeitserklärung dieser Schulden kam nicht in Frage) bedurfte es einer entsprechenden Vermögensabgabe, die heute reichlich 200 – 250 Milliarden betragen müßte (fürs ganze Reich) und mehr noch, wenn man die Unterstützungen für die Kriegsoffer aller Art finanziell sicherstellen will.

Die Vermögensabgabe, die ich in München vorschlug, war mit dem Ziele gestaffelt, den Proletarisierungsprozeß zu hemmen, den Konzentrationsprozeß des Kapitals dagegen möglichst zu sabotieren. Demgemäß werden die kleinen Vermögen frei gelassen. Die Abgabe begann bei Mk. 10 000,- mit 5% (damals vor einem Jahre bedeutete die Mark noch etwas) und stieg von 5 zu 5% ununterbrochen bis 100%, die bei einer Million erreicht wurden. Nach dieser Staffe lung wäre in Bayern das Höchstvermögen auf Mk. 300 000,- beschränkt gewesen. Die Vermögensabgabe hätte keinen einzigen neuen Proletarier geschaffen.

Die Vermögensabgabe war so gedacht, daß alle Liegenschaften mit einer ersten Hypothek zu Gunsten des bayerischen Staates belastet worden wären. Diese Hypotheken wären einem Pfandbriefamt zugeführt worden, dessen Pfandbriefe man nach Bedarf auch ins Ausland hätte verkaufen können. Die Pfandbriefe hätten sich ihrer großen Sicherheit wegen eines guten Absatzes und Kredites erfreut. Der absoluten Währung wegen, die den Inhaber vor jedem Substanzverlust am Kapital schützt, wären sie bald zu einem Lieblingspapier aller kleinen, die Sicherheit schät-

zenden Personen geworden. Um den Kredit dieser Pfandbriefe noch mehr zu erhöhen und dadurch den Kreis ihrer Abnehmer und damit ihren Kurs noch weiter zu verbessern, war vorgeschlagen, die Verzinsung dem Parikurs ständig in der Weise anzupassen, daß bei sinkendem Kurs der Zinsfuß automatisch erhöht, bei steigendem Kurs der Zinsfuß automatisch ermäßigt werden sollte. Auch das wäre dem Papier zustatten gekommen, und ich hätte damit erreicht, daß von allen Papieren der Welt die bayerischen Pfandbriefe bei Parikurs die niedrigste Verzinsung verlangt hätten. Um die oben erwähnte absolute Währung zu schaffen, bestand die Absicht, das Freigeld einzuführen, denn zur absoluten Währung gehört die völlige Kontrolle nicht nur der Geldmasse, sondern auch des Geldumlaufes. Das gesamte im Umlauf befindliche Geld muß in fortwährendem Kreislauf erhalten werden, nur so ist eine geordnete, den Bedürfnissen des Handels Rechnung tragende Währungsverwaltung möglich. Da jedoch die Herstellung des Freigeldes Monate in Anspruch genommen hätte (die Dachauer Papierfabrik, die bis dahin das Notenpapier geliefert hatte, konnte nicht sofort liefern), so bestand die Absicht, das jetzt umlaufende Papiergeld einer wöchentlich zu wiederholenden Abstempelung zu unterwerfen. Es sollten Stempelmarken gedruckt werden, die man wie die Briefmarken kaufen sollte und die die Inhaber der Noten auf die Rückseite zu kleben hatten. Der Vorschlag versprach den gewünschten Erfolg.

Mit dem Freigeld und der absoluten Währung hätte ich mit der Unterstützung der Arbeitermassen die Volkswirtschaft bald wieder in Vollbetrieb gebracht. Und die günstigen Wirkungen, die vorbildlichen Zustände, die sie schaffen mußten, hätten bald die ganze Welt zur Nachahmung veranlaßt oder gezwungen. Wir hätten ganz anders auf die Arbeiter der ganzen Welt gewirkt, als wie es z. B. die kommunistischen Putsche in Deutschland, die bolschewistische Politik in Rußland und Ungarn getan hat. Und dann, getragen von der Sympathie der Arbeiter aller Welt, hätte Deutschland die gewünschte Revision des Friedens schon heute erreicht.

Zu dieser Revision des Friedensvertrages gehört allerdings noch etwas mehr. Auf völlig neue Grundlagen muß das Völkerleben gestellt werden, Grundlagen, wie sie nur durch die Freiland- und Freigeldreform geschaffen werden können. Auch hierfür waren Vorarbeiten in vollem Gange. Radiogramme waren in Redaktion, durch welche die Völker des Erdballes zu einem Weltfreilandkongreß nach München eingeladen wurden, ein anderes Radiogramm betraf die Valutafrage, ein drittes die Währungsfrage, ein viertes den Freihandel, den absoluten Weltfreihandel. Für alle diese heute schier unlösbar scheinenden Probleme schafft Freiland und Freigeld einen Verhandlungsboden, der vollen Erfolg verspricht, sofern der sozialistische Geist die Richtung behält. Freigeld ist die eherne Forderung für die Lösung der Währungs- und Valutafrage; die Lösung dieser Fragen schafft uns aber

wieder die Voraussetzungen für die Beseitigungen der Zollgrenzen, die die Hauptursache der Kriege, der Interessengegensätze der Industrievölker bildet.

Kurz, in München hätten wir den Völkern der Entente gezeigt, nicht wie man Frieden diktiert und erzwingt, sondern wie man den Frieden, den wahren, echten, von selber stehenden Völker- und Bürgerfrieden macht. Von den genannten vier Münchener Weltkongressen wären die Delegierten in „friedentriefender“ Stimmung heimgekehrt, der Versailler Gewaltfrieden wäre seines Zweckes beraubt worden, von innen ausgehöhlt. Beschämt hätten die Franzosen ihr Friedensdokument zerrissen.

Über den sonstigen geplanten und vorgeschlagenen Notstandsaktionen will ich mich nicht weiter aufhalten. Sie betrafen Maßnahmen zum Schutze aller vom Kriege körperlich, seelisch oder wirtschaftlich Geschwächten und hätten auch von jedem anderen nicht zu engherzigen Finanzminister getroffen werden können.

Der Preisabbau!

Eine Erwiderung an Professor *Zadow* und andere von *Silvio Gesell* und *Hans Timm*.

Eine Forderung, die heute von Vertretern aller Parteien trotz allen sonstigen Streites in schöner Einmütigkeit erhoben oder befürwortet wird und die deshalb eigentlich ohne erheblichen Widerspruch irgendeiner Partei durchgeführt werden könnte, ist der Preisabbau. Auch in der Pommerschen Tagespost hat vor einiger Zeit Professor *Zadow* in einem Artikel „Die Wirtschaftskrise“, in dem er mit beachtenswerter Umsicht die heutige verworrene Geschäftslage kennzeichnet als Ausweg aus dem Elend, den *Abbau der Preise* empfohlen, zwar nicht „rigoros betrieben“, aber immer doch *Abbau*, sogar unbegrenzten, weder in Zeit noch Höhe begrenzten Abbau.

Zu diesem Ergebnis kommen alle diejenigen, welche die Währungspolitik völlig außerhalb ihrer Betrachtung lassen oder auch die ganz Seltenen, die zur Goldwährung zurück wollen.

Wer aber die große Bedeutung der Währungsfrage für die Volkswirtschaft richtig einzuschätzen weiß und wer außerdem von der modernen Wissenschaft mit der Erkenntnis beschenkt worden ist, daß die Währung in nichts anderem zu bestehen hat als in einem unveränderten Preis des Geldes, der am Warendurchschnittspreis erkennbar wird – der wird das Mittel des Preisabbaus immer nur als gefährliches Gift bezeichnen können. Er entscheidet sich nicht für den Preisabbau, sondern für die *Währung*. Eines nämlich schließt das andere aus.

Daß man sich aber so entscheiden muß – daß uns allein Währungsmaßnahmen retten, Preisabbau aber nur noch tiefer stürzen kann, sollte heute jeder Volkswirt nach eingehender Prüfung der Währungsfrage erkennen.

Vor dem Kriege, da wurde der allgemeine Aufschwung der gegen Ende des vorigen Jahrhunderts breit und mächtig überall in der Wirtschaft zutage trat, zum großen Teil auf die Goldwährung, auf die bewährte Reichsbankpolitik zurückgeführt. Seht, hieß es damals, diesen allgemeinen Aufschwung habt ihr der Reichsbank, der Goldwährung zu verdanken. Heute aber, da die Goldwährung

zerbrochen ist und die Reichsbankdirektoren willenlos und stramm wie Feldweibel die Befehle der Finanzminister *Helfferich, Schiffer, Erzberger, Wirth* ausführen – da scheint man den Zusammenhang zwischen Währungspolitik und Wirtschaftsgestaltung einfach verleugnen zu wollen. [Schacht war da wirklich eine Ausnahme. Aber mit seinem Nachfolger Luther ist man auf die alte Methode des Ableugnens dieser Zusammenhänge und Schweigens zurückgekommen. Wer redet seit Luther noch von der Reichsbank und ihrer Macht? H. Tm.] War denn damals alles Lug und Trug, was von der bewährten Reichsbankpolitik erzählt wurde, war es etwa damals auch ganz gleichgültig, wie die Währung geführt wurde?

Noch eine Frage: Vor der mit der Entdeckung der südafrikanischen Goldfelder einsetzenden Hochkonjunktur und seit Abschaffung der Silberwährung (etwa 1873 – 1893) hatten wir in Deutschland einen ausgesprochenen Preisabbau für alle Produkte der Industrie und Landwirtschaft. Der Roggenpreis fiel gar von 240 auf 140. War nun jene Zeit des Preisabbaus eine so verlockend schöne Zeit für die Arbeiter, für die Unternehmer, für die Finanzminister, daß wir sie jetzt künstlich und gar mit verzweifelten Mitteln (Professor *Zadow* hat Mut, er verlangt *Lohnabbau*) anstreben wollen? Niedrige Löhne, geringe, oft gar keine Dividenden, Arbeitslosigkeit, Massenauswanderung, Defizit. Wirtschaft, Ruf nach Schutzzöllen, das waren damals die Begleiterscheinungen des Preisabbaus.

Für jede Privatwirtschaft wird ein Preisrückgang (Abbau der Preise) immer als „Überproduktion“ gedeutet werden, die man durch Schutz- oder Sperrzölle am einfachsten bekämpfen zu können glaubt. Die Schutzzölle verfeinden aber das deutsche Reich mit der ganzen Welt. [Und jetzt setzen diese Verfeindungen grade wieder mit Macht ein, siehe Finnland, Polen usw. H. Tm.]

Der Abbau der Preise bedeutet immer eine entsprechende Unterbilanz für alle Unternehmer und Kaufleute, da der Abbau sich nur auf die Aktiva (Maschinen, Waren, Rohstoffe), nicht aber auf die Passiva erstreckt, was bei allen auf Kredit aufgebauten Wirtschaften zum Bankrott führt. Bei einer Hochkonjunktur werden sich viele mittelmäßig, sogar schlecht geleitete Betriebe finanziell halten können, bei einer Abbaupolitik werden auch gut geleitete Unternehmen re-

gelmäßig mit Unterbilanz abschließen. Tüchtige, energische, vorausschauende Unternehmer werden darum ihre Betriebe schließen, und wenn sie überzeugt sind, daß der Preisabbau „nicht rigoros“ und darum lang anhaltend betrieben werden wird, wie Professor *Zadow* es will, so werden sie ihre Betriebe auflösen, liquidieren und in ein Land ziehen, wo sie sich sicher glauben vor solchen Dilettantenstreichen.

Um dem Blick Eingang in diese Zusammenhänge zu verschaffen, braucht man den Preisabbau nur in Gedankenverbindung mit der Wohnungsnot zu bringen. Welchem Unternehmer wird es denn noch in den Sinn kommen, heute ein Haus für 100 000 M zu bauen, das er infolge des drohenden Preisabbaus nächstes Jahr mit 90 000 M, das folgende Jahr mit 80 000, 70 000 M usw. glaubt bauen zu können?

Wer stürzt sich denn freiwillig in Unternehmungen, denen der Preisabbau ja im voraus den Bankrott verspricht? Und wenn es auch für derartig tolle Unternehmungen genügend Hasardeure gäbe, wo wären die Hasardbanken, die solche tollen Unternehmungen finanzieren würden? Müßte man nicht den Sparkassenrendanten ins Narrenhaus oder Zuchthaus schicken, der einem Bauunternehmer Kredit gewährt, solange der Preisabbau noch in so vielen Köpfen spukt und darum Aussicht hat, zum Gesetz erhoben zu werden? Der Preisabbau ist nicht nur unsinnig, der Versuch in dieser Richtung führt schon zu wirtschaftlichen Zuständen, die ihn unmöglich machen, wie wir das gleich sehen werden.

Vorbedingung für den Preisabbau wird sein, daß der Papiergeldwirtschaft ein Ende bereitet wird und daß die im Übermaß ausgegebenen Noten eingezogen und verbrannt werden. Solche Politik stellt zur Bedingung, daß die laufenden Einnahmen des Reiches für die laufenden Ausgaben Deckung schaffen. Gerade weil solches nicht der Fall war, griff der Finanzminister zum letzten Hilfsmittel aller Bankrotteure – zur Notenpresse. Nun hängt es aber ganz und gar davon ab, ob die Wirtschaft in Vollbetrieb gesetzt werden kann – wenn die Steuerquellen für den Staatsbedarf Deckung schaffen sollen. Und diesem Vollbetrieb stellt sich – wir erleben es heute – der Preisabbau quer in den Weg. Wir werden es ja bald genug an der Valuta merken, was es heißt, die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen. Die Valuta wird sich umsomehr

verschlechtern, je länger die Aussicht „auf Besserung“ in Form des Preisabbaus alle Kräfte lahm legt.

Aber hat denn Professor *Zadow* überlegt, wie es dem Finanzminister ergeht, wenn die Preise abgebaut werden?

Minister *Geßler* [Heute heißt er Dietrich, aber das ist nur ein anderer Name. Und wenn Dietrich auch ein Bundesbruder des Freiwirts Dr. Nölle ist, so kann dieser mit ihm doch nicht alle Türen öffnen. H. Tm.] erklärte kürzlich in einer Versammlung, die finanzielle Lage sei so trübe, daß es besser sei, gar nicht davon zu sprechen. Solche Minister hat das deutsche Reich heute. Aber das Volk, das schließlich die Scherben bezahlen muß, will klar sehen, und darum ist es gut zu wissen, wie der Preisabbau auf die Finanzen wirken muß. Wir haben 288 Milliarden Reichsschulden, die allein an Zinsen 14 Milliarden, also mehr als eine Milliarde monatlich beanspruchen. Diese Milliarden müssen von den verbenden Klassen aufgebracht werden durch den Verkauf ihrer Produkte. Bei Vollbetrieb der Volkswirtschaft und bei den hohen Preisen, die heute bezahlt werden, wird es vielleicht möglich sein, jene Milliarden auf dem Steuerweg aufzubringen. Bei einem Preisabbau würde die Last unerträglich. Rechne man jene monatliche Milliarde zu den heutigen und zu den abgebauten Preisen in Waren um, so wird man gleich sehen, daß es nicht geht. Zu den heutigen Preisen frißt der Zins der Reichsschulden die Hälfte der Kartoffelernte, zu den abgebauten Preisen aber wird die gesamte Kartoffel- und Getreideernte kaum für diesen Zweck genügen! Preisabbau ist darum auch für den Reichsfinanzminister – ob zwar er selbst ihn herbeiwünscht – eine tolle, unannehmbare Sache. Der Preisabbau würde den Zahlungsverkehr, der bisher mit Hilfe der Notenpresse aufrechterhalten wurde, zwangsläufig zusammenbrechen lassen. Das aber fehlt uns heute gerade noch...

Welch ein Jammer, Welch ein Stöhnen,
Steigt hinauf zu unseren Höhen!

Ganz bestimmt könnte der Maschinist der Notenpresse solchem Stöhnen nicht lange zuhören. Er würde mit neuen Papiergeldmassen den zusammengebrochenen

Zahlungsverkehr wieder aufrichten und so den schönen Abbauplan zerfetzen.

Das ist nun einmal unbestreitbar: Die Zahlungsfähigkeit des Reiches hängt von der Steuerkraft der breiten Volksmassen ab, und diese steigt und fällt mit den Warenpreisen. Je höher die Preise, um so eher wird es möglich sein, die Steuererträge auf die Höhe der laufenden Ausgaben zu bringen und so die Notenpresse außer Betrieb zu setzen. Während der Abbau der Preise die Last der Steuern – ohne sie zahlenmäßig zu ändern – bald ins Unerträgliche steigert und die Lage sich noch dadurch besonders verschlimmert, als der Preisabbau (wie wir es jetzt schon erleben) zum Stillstand der Volkswirtschaft und dadurch zum Versiegen aller Einnahmequellen des Staates führt.

Der Preisabbau hat also wie der Skorpion den Stachel gegen sich selbst gerichtet, er stirbt als Selbstmörder schon beim ersten Anlauf. Er ist unmöglich, wirtschaftlich, rechnerisch, finanziell unmöglich.

Darum weder Preissteigerung noch Preisabbau, sondern eine auf festen Durchschnittspreisen beruhende Währung.

Nach dem Sturz der Räteregierung

Der Sturz der Räteregierung durch die sozialdemokratischen Machthaber verhinderte, daß irgend etwas zur Ausführung dieses Programms getan werden konnte. Dafür hatten die Berliner Sozialdemokraten freie Hand, zu tun und zu lassen, was ihnen zu tun einfiel. Und es fiel ihnen sehr vieles ein. Natürlich in erster Linie die famosen Sozialisierungsversuche. „*Die Sozialisierung marschiert*“, so hieß es in den von der Regierung veröffentlichten Plakaten. Als abschreckende Beispiele des Staatssozialismus konnten solche Sozialisierungsversuche gewiß sehr gute Dienste verrichten. Aber das war nicht der Zweck der Übung. Im Gegenteil sollte mit ihnen der praktische Beweis erbracht werden, daß auf diesem Wege die große drohende soziale Frage gelöst werden könnte. Bewiesen haben der Welt diese Versuche nur, wie erschreckend unwissend und naiv die sozialdemokratischen Bonzen das große Problem betrachtet und beurteilt haben. Selbstverständlich hatten alle, die sich mit dem Sozialisierungsunsinn beschäftigten, keine Zeit, sich mit solchen Kleinigkeiten wie der Währungsfrage zu beschäftigen. Die mit der Inflation sich einstellenden wirtschaftlichen Probleme wurden durchaus als Nebensächlichkeiten behandelt. In den sozialistischen Pamphleten kam das Wort „Währung“ niemals vor. In der sozialdemokratischen Parteileitung war niemand, der sich mit der Währungsfrage jemals auseinandergesetzt hätte. Also ignorierte man diese Angelegenheit und überließ den mit der Inflation geschaffenen Jagdgrund den *Barmats* und anderen Genossen, die die Partei finanzierten, d. h., die aus der sozialdemokratischen Währungspolitik Riesengewinne holten und von diesen einige Brocken abfallen ließen. Als es aber täglich schlimmer wurde, da griff man immer noch nicht in die Ursache des Unheils ein. Bewahre. Man begnügte sich als echter Pfuscher damit, mit Hilfe von 16 000 Gesetzen, Notstandsdekreten und Polizeiverordnungen die millionenfachen Nebenerscheinungen der Inflation einzeln zu bekämpfen. Man schreckte dabei zur Beruhigung des Pöbels nicht vor den lächerlichsten, barbarischsten Mitteln zurück. So erinnere ich zum Beispiel an die Räubergeschichte der Devisenrazzias, wo harmlose Bürger, die ihre Inflationsgewinne sicher zu stellen suchten, nachts von bewaffneten Männern angehalten und im Namen sozialistischer Gesetze ihrer Barschaft beraubt wurden.

Die Grenzen einer Erkenntnis.

Satiren eines Amerikaners. | Von Silvio Gesell †.

Vorbemerkung: Wir bringen hier eine noch unbekannte kleine Arbeit aus der Feder unserer großen Verstorbenen. Ich bekam die Arbeit, als ich noch als Hauptschriftleiter einer Tageszeitung vorstand. Wir geben sie hier vollständig wieder. Gesell bringt auch hier wieder viel Wahrheiten vom Rande des Tages. Wenn die Ärzte etwas unsanft wegkommen, so wissen wir doch, daß es auch hier bereits tagt. Die Zahl der weitsichtigen, biologisch-denkenden Ärzte nimmt ständig zu. Am Schluß der Arbeit finden wir eine doppelte Satire, eine offensichtliche und eine verhüllte, über die sich die Leser den Kopf zerbrechen mögen. B. S.

Wir wanderten zu Fuß durch uns beiden unbekannte Gegenden Deutschlands. Dirtydick ist Amerikaner, Abstinenter, scharfer Beobachter. Verblüffend war, wie er über die verschiedensten Dinge prophezeien konnte. So prophezeite er mir, daß bei einem Durchmarsch durch ein Dorf er gewiß zehnmal soviel Katzen erblicken würde wie ich. Wir wetteten, und er gewann die Wette. Die Erklärung, fragte ich.

Sehr einfach: „Ich überließ dir die Wahl des Weges, aber ich wußte, daß du von den beiden Wegen den schattigsten vorziehen würdest, weil du dir bereits des öfteren den Schweiß von der Stirne abgetrocknet hattest. Und ich wußte, so sicher wie du den Schatten vorziehen würdest, auch die Katzen bei diesem ersten schönen Frühlingstag die Sonne aufsuchen würden. Und so war es auch.“

Von der großen Landstraße zweigte eine Allee schattiger Bäume ab. Wir bogen da ein. Dirtydick schob mit seinem Stock einen Hut und eine Peitsche aus der Wagenspur und sagte: „In zehn Minuten werden wir einen Mann im Staub liegen sehen und in weiteren fünf Minuten einen Wagen mit gebrochenem Rade.“ Ich schüttelte den Kopf. Wie konnte Dirtydick bestimmte Ereignisse mit solcher Deutlichkeit voraussehen? Ich wußte, daß die Prophezeiungen meines Freundes auf Beobachtungen sich stützten, die er unterwegs machte. Trotzdem war ich gespannt. Nach einer Weile zeigte Dirtydick auf einen schwarzen Punkt in der Ferne am Wege. „Schau“, sagte er, „da liegt er schon“. Es war ein Bauer, der am Boden lag, sinnlos betrunken.

Wir beschatteten sein Gesicht mit einigen Zweigen und folgten dem Wege. Und da sahen wir auch schon den Wagen des Bauern abseits des Weges, in einem Graben. Die Deichsel und ein Rad waren kaputt. Vom Hofe des Bauern war noch nichts zu sehen. Aber mein Freund beschrieb ihn mir mit allen Einzelheiten, als ob er da geboren worden sei: „Die Fenster sind alle zerschlagen, und mit Papier sind die Scheiben ersetzt. Rings um den Hof ist kein einziger Baum mehr. Wenig und schlechtes Vieh weidet da, und keinen Laut werden wir hören. Idiotische Kinder werden uns beim Vorbeimarschieren stumm anglotzen, und eine blasse Frau mit verweinten Augen wird uns fragen, ob uns kein Wagen begegnet sei. Da liegt ein Stock, nimm ihn mit, wir werden ihn gebrauchen.“

Dicht bei einem Markstein hörte die schattige Baumreihe auf. Noch grüne Baumstümpfe zeigten, daß die Baumallee hier niedergeschlagen worden war, um Geld aus dem Holze zu gewinnen.

Dirtydick hatte wieder einmal recht. Es kam alles, wie er es prophezeit hatte. Es zeigte sich auch, daß es wirklich nötig gewesen war, uns mit den Stöcken zu bewaffnen, denn eine Meute verhungertes Hunde fiel uns an.

Wir bogen wieder in die Landstraße ein. Wir näherten uns offenbar einer größeren Stadt, denn allerlei Volk begegneten wir. Dirtydick beobachtete alle scharf. Wir konnten noch nichts von der Stadt sehen. Aber Dirtydick hatte bald genügend Unterlagen, um sich ein Bild der Stadt zu machen. „Das nächste größere Gebäude, das wir sehen werden, ist eine Idiotenanstalt“, sagte Dirtydick. „Denn sieh’ dort diese Weinberge, die hier überall angelegt sind, und der Lage nach, sowie nach der Beschaffenheit des Bodens zu urteilen, muß hier sogenannter ‚guter‘ Wein wachsen. Wo guter Wein wächst, trinkt man auch viel Wein. Wenn der Wein eures Finanzministers nicht so gut gewesen wäre, hatte er nicht sobald neuen bestellt. Ja, wo man viel Wein trinkt, das weiß ich, da sind die *Idiotenanstalten* nicht weit.“ Hier bog die Straße um eine scharfe Ecke, und da, da war auch schon die Idiotenanstalt. Ich war erstaunt. „Bald werden wir am Ge-

fängnis und dann an einer Universität vorbeikommen“, sagte Dirtydick. „Gefängnisse sind nur eine Abart der Idiotenanstalten. *Guter Wein, Idiotenanstalten und Gefängnisse gehören zusammen wie der Kuhstall und der Misthaufen.*“ „Aber die *Universitäten*, in welchem Zusammenhang stehen die nun mit den Weinbergen“, frug ich. Mein Freund schaute mich hier fast verächtlich, dreckig und feindlich an. „Glaubst du“, fragte hier Dirtydick, „daß das deutsche Volk nicht auch schon längst und viel früher als wir in Amerika das Alkoholverbot durchgesetzt hätte, wenn die *Universitäten nicht dieses Gift* in Schutz nähmen? Kein Stand ist in der Abstinenzbewegung so wenig vertreten wie ausgerechnet der Ärztestand. Der Wein schafft nicht nur Idioten, Verbrecher und Krankenhäuser, er liefert *auch den Ärzten ein reiches Betätigungsfeld* und entsprechende *Einnahmen*. Wo ein Schatz ist, da ist aber auch ein Wächter. Darum vermute ich, da der Schatz kein geringer sein kann, nach dem blöden Gesichtsausdruck der Einwohnerschaft zu urteilen, daß man auch gleich hier eine ordentliche Wache, eine UNIVERSITÄT errichtet hat.“ Und mein Freund fragte den Schutzmann, wo denn die Universität sei. Sie müsse doch in nächster Nähe sein. „Ganz recht“, lallte der Schutzmann. „Sie wurde jüngst auf Grund einer Stiftung des reichen Weinbergbesitzers X. dorthin, sehen Sie da, mitten zwischen die Weinberge verlegt.“ Wir sahen uns verständnisvoll an. „Immerhin“, sagte ich, „handelt es sich hier doch nur um die medizinische Fakultät, doch nicht um die ganze Universität.“ „Gewiß“, sagte Dirtydick, „aber der Alkohol schafft nicht allein die Idioten, die $\frac{1}{2}$ - und $\frac{3}{4}$ -Idioten, er zerstört die Seele, die Individualität im Menschen, er schafft die Masse, die Herde, den Korpsgeist. Und dann sorgt der *Korpsgeist* dafür, daß das, was die medizinische Fakultät duldet, ja sogar fordert, auch den anderen Fakultäten als etwas Gutes und zu Förderndes erscheint. Der verabscheuungswürdige Korpsgeist, direktes Erzeugnis des durch den Alkohol geschaffenen moralischen Schwächegefühles, ist schuld, daß die Mediziner nicht schon längst als *commis voyageurs* der Alkoholindustrie und Verderber des deutschen Volkes erkannt und erschlagen worden sind. Oh“, fügte Dirtydick hinzu, „vielleicht, wenn das große Revolutionstribunal errichtet wird, wird man auch noch diese Gesellschaft zur Verantwortung ziehen. Was hast du da, Minister oder Professor oder Arzt getan, um die Alkoholseuche zu bekämpfen? Nichts hast du getan. Dich machen wir verantwortlich für die moralische und physische Degeneration des deutschen Volkes. An die Mauer! Verzeihung“, sagte Dirtydick, „daß ich so heilig werde. Meine Vorfahren stammen aus diesem alkoholverseuchten Land, und ich muß selbst noch von diesem Gift in den Adern haben. Ich werde manchmal so heftig. Es ist schrecklich. Hier in diesem wunderbaren Land, wie es vielleicht in bezug auf Klima kein zweites auf Erden gibt, hier mußte ein Volk aufwachsen, ein göttliches Volk, namentlich wenn man auch noch die Stammeseigenschaften dieses Volkes in Berücksichtigung zieht. Aber was sehe ich? Schau dich doch etwas um! Ein abgewirtschaftetes, ausgemergeltes, erledigtes Volk. Und wie das Volk, so sein Werk. Es wäre wahrhaftig nicht schwer in allem, was wir sehen, die Spuren des Alkohols nachzuweisen.“

„Dirtydick, du übertreibst“, sagte ich. „Du vergisst, daß wir unter der *Knute des Kapitalismus* leben. Manches von dem, was dir als Produkt des Alkoholismus erscheint, wird man bei genauerer Prüfung sicherlich auf's Konto des Kapitalismus setzen können.“ „Gewiß“, sagte Dirtydick, „aber ich setze auch noch den Kapitalismus auf's Konto des Alkoholismus. Der Kapitalismus ist ganz gewiß das Produkt irgendeines Fehlers in unseren wirtschaftlichen Einrichtungen. Und da glaubst du doch wohl selbst nicht, daß wir, daß die Menschheit Jahrtausende nötig gehabt hätte, um diese Fehler unserer Wirtschaft aufzudecken und zu beseitigen. Es handelt sich doch hier um eine rein menschliche Sache, um Einrichtungen, die wir Menschen uns selbst gegeben haben und die wir in allen Funktionen mit unseren Augen verfolgen können. Die wir darum auch ganz nach unserem Willen gehalten und umgestalten. Das ganze Volk leidet unter diesem Kapitalismus, aber wie wenige sind es, die sich wissenschaftlich mit diesen Dingen befassen? Was ist die Ursache, daß dieses Volk sich selbst einteilt in Wissenschaftler und in Laien? Welcher Mann wird es dulden, daß man ihn als Richt-Wissenschaftler bezeichnet? Nur ein Alkoholiker verzichtet auf den Anspruch, als Wissenschaftler angesehen zu werden, ganz einerlei, wie weit er es in der Wissenschaft gebracht hat.“

Ohne den Alkoholismus, der das Ehrgefühl des ganzen Volkes untergraben und zerstört hat, wäre das deutsche Volk nicht nur das Volk der Denker, sondern wäre das wirklich, was die New Yorker Zeitschrift ‚The Single Tax Review‘ schon jetzt von ihm behauptet: Das deutsche Volk ist das ‚denkende Volk‘. Daß aber ein denkendes Volk eine wirtschaftliche Frage, als welche wir doch die soziale Frage ansprechen müssen, nicht lösen könnte, auch dann nicht, wenn es wie heute sich mit dem Untergang bedroht sieht, das, lieber Freund, wirst du wohl selbst für unmöglich halten. Nein, lieber Freund, machen wir uns keine Wippchen vor. Die soziale Frage ist ungelöst geblieben hier in Deutschland wie überall auf Erden, weil unser Denkapparat durch den Alkohol zerstört wurde.“

Ich blieb nachdenklich und stumm, Dirtydick schien es wohl, als ob ich Material zu einem Widerspruch sammelte. Und wohl um diesen im Keime zu ersticken und einen vollen Sieg zu sichern, zog er aus seiner Tasche eine frische Banknote heraus, hielt sie mir unter die Augen und sagte: „Lies, lies, was die Reichsbank dem deutschen Volk zu bieten wagt, ungestraft zu bieten wagen kann.“ Ich las:

Reichsbanknote.

Tausend Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin
gegen diese Banknote dem Einlieferer.

Berlin, den 15. September 1922.

„Siehst du“, sagte Dirtydick, „daß ich Recht habe. Am 15. September dieses Jahres wußte doch die Reichsbank, daß das, was sie dort niederschrieb, der reinste Schwindel war. Aber sie wußte auch, wie viel man einem verblödeten Volk bieten kann. Nein, nein, spare dir die Mühe eines Widerspruches. Der Alkohol hinterläßt überall seine Spuren. Die Wahlen werden in der Hauptsache am Stammtisch vorbereitet. Der Wahlzettel hat somit schon den Alkohol aufgenommen. Der betrunkenen Urne entsteigt ganz gesetzmäßig auch ein betrunkenener Abgeordneter, und dieser liefert die Gesetze und liefert auch die Inschrift, die du soeben gelesen hast. Er wenigstens findet den Blödsinn aus dieser Inschrift nicht heraus und ist noch weniger imstande, eine vernünftige Inschrift zu verfassen.“

Und welche vernünftige Inschrift würdest du denn für unsere Banknote jetzt vorschlagen, da sie ja nicht eingelöst werden kann? Lieber Freund“, antwortete Dirtydick, „ich habe darüber nachgegrübelt. Ich habe die Frage nicht lösen können. Daran kannst du erlauben, wie schwer ich durch meine deutschen Vorfahren alkoholisch belastet bin.“ Und Dirtydick brach in Tränen aus.

Osteuropäischer IVA-Bund

Bulgarien, Österreich, Polen, Rußland, Rumänien, Serbien, Tschecho-Slovakien – Sitz in Belgrad.

Wissenschaftliche Grundlagen: Wenn $A=B$ und $B=C$, so ist auch $A=C$.

| | | | |
|------------------------------|--------------------|----------------|-----------|
| Wenn 1 kg exportfähiger Ware | 10 serbische | Kronen kostet, | |
| Wenn 1 kg | 20 ungarische | “ | “ |
| Wenn 1 kg | 30 polnische | “ | “ |
| Wenn 1 kg | 40 österreichische | “ | “ u.s.w., |

dann sind 10 serbische Kronen = 20 ungarische = 30 polnische = 40 österreichische Kronen, und dieses Valutaverhältnis bleibt so lange bestehen, wie der Index in Serbien, Ungarn, Polen unverändert bleibt.

Mit anderen Worten: Das Valutaproblem ist ein Währungsproblem. Die Valutafrage ist an dem Tage gelöst, wo in jedem Land die Währung ausschließlich nach dem Index verwaltet wird. Das Valutaproblem kann nicht national gelöst werden. Die Staaten, die sich am krampfhaftesten an die Goldwährung klammerten, sehen jetzt etwas spät ein, daß damit für sie gar nichts gewonnen ist. Nirgendwo leidet das Volk ärger unter den Valutaverhältnissen als in Amerika, wo der Krieg doch die geringsten Verwüstungen angerichtet hat unter den Menschen und Gütern. Restlos wird das Valutaproblem erst dann gelöst sein, wenn in der ganzen Welt die Währungsverwaltung auf den Index eingestellt sein wird. Wenn dann zwischen einzelnen Ländern doch noch Störungen eintreten, so können diese doch nur geringen Umfang annehmen, so lange die Grundsätze, nach denen die Währung national verwaltet wird, internationale Gültigkeit behalten. Jedoch auch diese geringen Valutastörungen können wir verhüten, wenn wir eine *Exodromische Valutanote* einführen, die in allen Ländern als gesetzliches Zahlungsmittel gilt und diese nach den folgenden, aus den Erfahrungen mit der lateinischen Münzunion geschöpften Grundsätzen verwalten.

1. Die *Internationale Osteuropäische Valutaassoziation* (IVA) mit Sitz in Belgrad gibt eine Banknote aus, die sie den in der IVA assoziierten Staaten unentgeltlich im Betrage von 20% des nationalen Geldumlaufes liefert.

2. Diese *Exodromischen Noten* haben in allen IVA-Staaten freien Kurs, gelten dort vor Gericht als gesetzliches Zahlungsmittel zu einem festen, durch Gesetz festgelegten Kurs.

3. Die *Dromonetischen Amter* des osteuropäischen IVA-Bundes verpflichten sich, die IVA-Noten in jedem Betrag gegen nationales Geld einzulösen und zwar zu dem gesetzlich ein für alle mal festgelegten Kurs.

4. Umgekehrt verpflichten sich die *Dromonetischen Ämter*, soweit ihr Vorrat reicht, das nationale Geld gegen IVA-Noten einzulösen.

5. Aufgabe der *D. A.* wird es sein, durch dromonetische Maßnahmen einen ständigen Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot von IVA-Noten herbeizuführen. Hierzu ist zu bemerken, daß solche Maßnahmen kaum je nötig sein werden, da der exodromische Charakter der IVA-Noten die Ursache der gedachten Störungen automatisch beseitigen wird, wie das mit den Fünffrankenmünzen der lateinischen Union einwandfrei beobachtet werden konnte und wie sich das auch logisch aus der Quantitätstheorie ergibt.

6. Als Einheit der osteuropäischen IVA-Note gilt die serbische Krone.

7. Die Herstellung eines festen Verhältnisses zwischen der Osteuropäischen IVA-Note und dem Gelde der anderen Staaten wird Gegenstand eines allgemeinen Welt-Valutakongresses sein.

Weiteres in der Broschüre: Die Internationale Valuta-Assoziation.

Richtlinien für die Errichtung eines Dromonetischen Amtes in Serbien

a. Zweck, b. wissenschaftliche und gesetzliche Unterlagen, c. Hilfsmittel,
d. Wirkungen.

Zweck: Dem *Dromonetischen Amt* wird die Aufgabe gestellt, den allgemeinen Preisstand der Waren in einem Index statistisch zu erfassen und ihn dann mit Hilfe der unter d. verzeichneten Maßnahmen vor allen Erschütterungen zu schützen.

Gesetzliche Unterlagen: Das *Dromonetische Amt* ist souverän innerhalb seiner Domäne. Das *Dromonetische Amt* hat die Befugnis, soviel Geld auszugeben, wie es zur Erfüllung der unter a. verzeichneten Aufgabe ausgeben muß. Etwaige Ansprüche des Finanzministers lehnt das *Dromonetische Amt* glatt ab. Dem *Dromonetischen Amt* untersteht die öffentliche Gewalt unmittelbar. Die öffentliche Gewalt hat alle Anordnungen des *D. A.*, die zum Schutze seiner Aufgabe getroffen werden sollen, unbedingt Folge zu leisten. Das Direktorium des *D. A.* wird von den unpolitischen Organisationen, den Handelskammern, den Organisationen der Landwirte, den Gewerkschaften gewählt und ist nur diesen verantwortlich.

Wissenschaftliche Unterlagen: In der Verfolgung seiner Aufgabe richtet sich das *D. A.* wissenschaftlich nach den Erkenntnissen, die aus der bereinigten Quantitätstheorie gewonnen wurden. Geldmenge und Geldsurrogate, beschwert durch ihre Umlaufgeschwindigkeit, bestimmen von der Geldseite her ausschließlich den allgemeinen Preisstand der Waren:

$$\frac{(G + S) \times U}{\text{Waren}} = \text{Preis}$$

Das Geld ist kein statisches, sondern ein dynamisches System (Dr. *Christen*). Die Währung ist eine Tat, kein Stoff, keine automatische Nebenwirkung des Wäh-

rungsmetalles, wie man das bisher irrtümlicherweise von der Goldwährung erwartet hatte.

In Übereinstimmung mit dieser Erkenntnis wird das *D. A.* sich nicht damit begnügen, die Menge des Geldes der Erfüllung seiner Aufgabe dienstbar zu machen, sondern es wird auch, und zwar in erster Linie, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kontrollieren und regulieren. Es wird alle Maßnahmen treffen, um aus dem heute vollkommen unsicheren Faktor *U* eine Konstante zu machen, so daß dann in der eben dargestellten Formel das *U* als konstant und in *G* bereits subsumiert unbeachtet bleiben kann und so erst die Bedingungen geschaffen sind für die unbedingte Gültigkeit der ursprünglichen (naiven) Quantitätstheorie. Läuft *G* regelmäßig um, dann ist tatsächlich, wie es die „naive“ Quantitätstheorie behauptete,

$$\frac{G}{W} = P$$

Hilfsmittel: Um der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die für die Erfüllung der unter *a.* genannten Aufgabe unbedingt erforderliche Konstanz zu geben, wird das heutige Geld durch ein neues Geld ersetzt werden, das sich grundsätzlich von jenem dadurch unterscheidet, daß es der Willkür der Inhaber nicht mehr überlassen bleibt, ob sie das Geld dem Verkehr entziehen wollen oder nicht. Darüber, wieviel Geld umlaufen soll und wie schnell es umlaufen soll, wird allein das *D. A.* bestimmen.

Der Geldumlauf wird durch die eigentümliche Beschaffenheit des neuen Geldes unter materiellen Zwang gestellt.

Dieser Umlaufzwang wird dadurch erzielt, daß das Geld einer fortlaufenden Steuer von ein Promille für jede Woche unterworfen ist, die der jeweilige Inhaber des Geldes zu tragen hat und dadurch zahlt, daß er eine entsprechende Steuermarke in die auf der Rückseite der Geldnoten verzeichneten Felder klebt.

Der mit der Einführung dieser Steuer sofort einsetzende Abwälzungsprozeß wird die erstrebte Regelmäßigkeit im Geldumlauf herbeiführen bzw. sie erzwingen. Auf ewiger Steuerflucht begriffen, wird das Geld ewig von Hand zu Hand gehen und so die erste und wichtigste Voraussetzung schaffen für die zielstrebigen anderweitigen Maßnahmen des *Dromonetischen Amtes*.

Ist einmal auf diese Weise die Dromie des Geldes, *U*, konstant geworden, dann werden geringfügige Änderungen in *G* genügen, um auch *P* konstant zu erhalten, d. h., um den allgemeinen Preisstand der Waren auf den Index zurückzuführen, sobald die Statistik Abweichungen meldet, einerlei welche Ursache diese Abweichungen haben mögen.

Meldet das statistische Amt eine Erhöhung des Indexes etwa von 100 auf 100.1, so wird die umlaufende Geldmenge verringert. Hält die aufsteigende Preisbewegung an, so wird der Geldeinzug verstärkt, und zwar solange, bis der Index zurückgeht.

Dann wird der Geldeinzug eingestellt, und an seine Stelle tritt die Ausgabe neuen Geldes, sowie der Index unter 100, etwa auf 99,9, heruntergeht.

a. Um den Geldumlauf zu mehren, wird das *Dromonetische Amt* Staatspapiere, Wechsel, Pfandbriefe, Devisen kaufen und nötigenfalls neues Geld für diesen Zweck herstellen.

b. Um die Geldmenge zu verringern, werden die oben genannten Papiere wieder verkauft und dieser Erlös (Geld) dem Verkehr entzogen. (...) (...) wird der Ertrag der oben genannten Geldsteuer dem *D. A.* belassen. Sobald dieser Fonds 20% des umlaufenden Geldes beträgt, was bei 5% Geldsteuer in vier Jahren erreicht sein wird, werden die Erträge der Geldsteuer der Staatskasse zugeführt.

Ausgangsindex: Die durch die jetzige Inflation des Geldumlaufes hochgetriebenen Preise müssen beibehalten werden, und zwar aus merkamotorischen Gründen. Der Preisabbau würde den Warenaustausch und damit die Arbeit nicht nur stören, sondern direkt hemmen (siehe Arbeitslosigkeit in Amerika und England). Die durch die hohen Preise geschädigten Kreise müssen auf andere Weise, soweit es die Finanzen erlauben, entschädigt werden. Die Löhne, die Gehälter, Tarife usw. müssen sich den Marktverhältnissen anpassen. Alle gesetzlichen Verordnungen, die solche Anpassung verhindern, werden aufgehoben.

Die für die Schaffung des Ausgangsindex bestehende Schwierigkeit, daß durch den Krieg die Preise aus ihrer natürlichen, durch den Wettbewerb geschaffenen Rangordnung gerissen wurden, insofern, als manche Preise weit über, andere ebensoviel unter dem x-fachen Friedenspreis getrieben bzw. zurückgeblieben sind, dürfen nicht aus dem Auge gelassen werden. Es ist zu erwarten, daß nach vollzogenem Abbau der Zwangswirtschaft hüben und drüben der Grenzen die Preise sehr bald wieder in die genannte natürliche Rangordnung zurückpendeln werden. Inzwischen wird das *D. A.* zur Richtschnur für alle Unternehmer, Kaufleute und Konsumenten eine Liste der hauptsächlichsten Waren ausarbeiten und veröffentlichen, worin die Preise verzeichnet sind, wie sie vor dem Kriege bezahlt wurden, und das Publikum darauf aufmerksam machen, daß alle Preise, die das x-fache der in der Liste verzeichneten Preise übersteigen, als teuer, d. h. als außerhalb der natürlichen Rangordnung stehend zu betrachten sind. Die unter dem x-fachen gebliebenen Preise hingegen sind als billig anzusprechen. Die in der Preisliste zutage tretende Rangordnung muß als die natürliche sich in Bälde wieder einstellen, d. h., daß alle Preise mehr oder weniger sich im x-fachen der Vorkriegspreise auszubalancieren die natürliche Neigung haben. Damit wird den Unternehmern und Kaufleuten wieder die unbedingt nötige rechnerische Unterlage für ihre Dispositionen verschafft und jedem die Möglichkeit gegeben, seine Geschäfte wieder nach soliden kaufmännischen Grundsätzen zu führen.

Preisliste, wie sie in den Ländern ausgestellt wird:

| | Preise vor dem Kriege | jetziger Marktpreis | künftiger Preis |
|----------|--------------------------|------------------------|--------------------|
| Mais | 10 | 130 (teuer) | 100 |
| Speck | 12 | 90 (billig) | 120 |
| Pflaumen | 8 | 65 (billig) | 80 |
| Wolle | 25 | 360 (teuer) | 250 |

Paul Löbe zur „Krise des Parlamentarismus“

Das Programm des *Physiokratischen Kampfbundes* weist für seine Ziele den revolutionären Weg, weil wirklich revolutionierende Forderungen doch niemals durch Reden, und mögen sie noch so breit und lang sein, durchzusetzen sind. Wie der Hamster sich auf seinem Wintervorrat lieber totschiagen läßt, als daß er diesen dem Angreifer überläßt, so würden die Nutznießer der kapitalistischen Vorrechte mit allen Mitteln sich etwaiger antikapitalistischer Gesetze entgegenstemmen. Und genau wie die russische herrschende Klasse sich lieber totschiagen ließ, ehe sie dem Proletariat Konzessionen machte, so würden es auch unsere Junker machen, so würden es auch die englischen, italienischen und spanischen Junker machen. Lever dod as Sklav, sagen die Friesen. Und lieber gleich tot und begraben als in das Proletariat hinabsinken, sagen die Kapitalisten. Wir verteidigen unser Gut bis zum letzten Blutstropfen unserer Soldaten, und wenn der letzte tot ist, fahren wir nach Holland oder hängen uns auf. (Das ist ganz brav und vernünftig gedacht. Denn was soll ein solcher nur für den Konsum eingerichteter Mensch noch auf dieser Welt, wenn die Einnahmequellen versiegen? Was soll ein Floh auf dem toten Hund?)

Zu dieser Überlegung kommt noch folgendes: Die parlamentarische Majorität fällt stets dem größten Geldbeutel zu. Die Partei, die kein Geld hat, wird immer unterliegen. Wenn sie gar kein Geld hat, so wird sie es nicht einmal zu der für die Wahlen nötigen Organisation bringen. Parlamentarische Majoritäten schafft man mit Geld, wie man Ziegelsteine, Wurst, Zeitungen, sozialistische Theorien, Spaltungen und Verräter auch mit Geld schafft. Mit Geld kann man es erreichen, daß dieselben Leute, die noch gestern „*Nieder mit dem Krieg*“ riefen, heute bereits Kriegskredite bewilligen, daß dieselben, die 15 Millionen Stimmen für die Enteignung der Fürsten zusammenriefen, gleich darauf die 15 Millionen Stimmen verrieten.

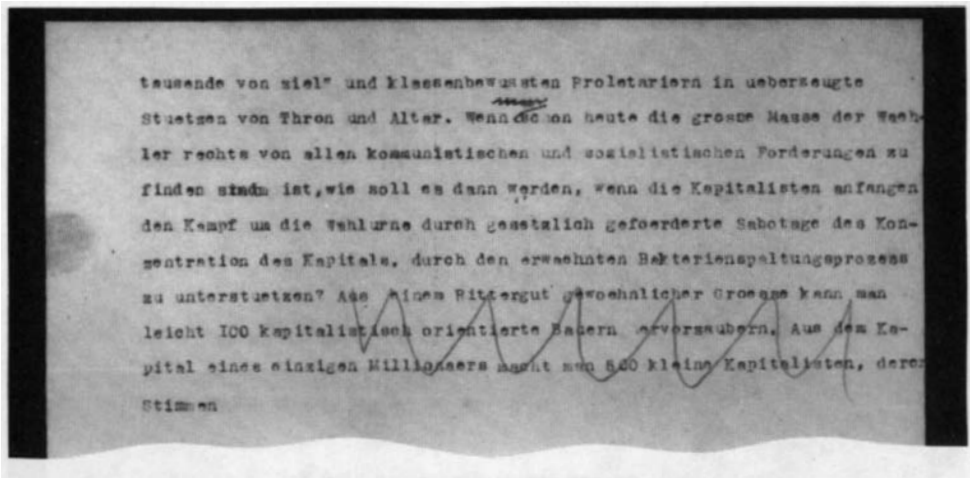
Der *Physiokratische Kampfbund* weiß, was er von der ‚Masse‘ zu halten hat. Wie sich die 15 Millionen Fürstenenteigner nun ohne irgendeinen Protest betrügen ließen, so sind sie selbst auch wieder bereit, ihre Führer morgen zu verraten, manchmal für weniger als einen Schnaps. Wer das erkannt hat, verzichtet auf die Mitwirkung von solchem Stimmvieh. Er zählt dann nicht mehr, sondern wägt, um dann eventuell zu wagen.

Wer trotz allem immer noch an die Macht des Parlaments und des Stimmviehs glaubt, dem will ich wiederholen, was ich bereits einmal an anderer Stelle sagte:

Der Proletarier kann sich für die Wahlurne nur geschlechtlich wie die Hottentotten

nicht mehr, sondern wagt, ^{es} dann zu wagen.

Wer trotz allem immer noch an die Macht ^{des Parlaments} glaubt, ^{sicher} dem
 ungeg will ich wiederholen, was ich bereits einmal an anderer Stelle
 sagte: Der Proletarier kann sich ~~xxx~~ fuer die Wahlurne nur geschlechtlich
^{vermehren (wie die Bakterien)} und das geht langsam von Statten. Der
 Kapitalist dagegen, der kann sich im Falle der Not auch durch ^{Spaltung}
 wie die Bakterien, vermehren, und das geht ^{steht} bekanntlich schnell. Heut
 man dem Proletarier den Kopf ab, so ~~bleibt~~ an der Wahlurne einer weniger
 Heut man einen Kapitalisten dagegen den Kopf ab, so treten ^{ver} inn an der
 Wahlurne seine Erben. Aus einem Kapitalisten sind es 5, manchmal gar 10
 geworden. Mit den 250 000 Morgen Land, die die Sozialdemokraten dem Kaiser
 geschenkt haben, ~~kann~~ ~~der~~ ~~Kaiser~~ ~~jeder~~ ~~Zeit~~
 25.000 ~~Proletarier~~ ~~zu~~ ~~Grundbesitzer~~ machen und sie
 dadurch in ^{im} Weenigstreue Soeldner verwandeln, Faschisten, die wie der
 Stier wuetend auf jeden roten Lappen rennen. Bis jetzt haben es die
 Kapitalisten in Deutschland noch nicht fuer noetig gehalten solche Poli-
 tik zu betreiben, sie haben die Vertreter des Proletariats im Parlament
 immer noch viel billiger fuer ihre Interessen gewinnen koennen. Aber,
 wenn sie einmal die Wahlurne ^{glaube} ~~wirklich~~ ^{stoenen} ~~besichtigen~~ ^{den} ~~wuerden~~, was hindert sie
 daran die Bakterien-spaltung vorzunehmen? Die dazu noetigen Gesetze schaf-
 fen sie selbst, ~~ebenso~~ ~~nach~~ ~~mit~~ ~~der~~ ~~begeisterten~~ ~~Unterstuetzung~~ ~~des~~
~~Proletariats. Oder haben etwa die Sozialdemokraten gegen die Auefuehrung des~~
~~Fideikommiss und Majorats gestimmt, durch die doch die Zahl der Prole-~~
~~tariats und der sozialdemokratischen Waehler abgenommen hat?~~ Ein der Erb-
 schaftsteilung ^{schlies} ~~aus~~ Majorat und Fideikommiss verwandelt gleich



vermehren, und das geht langsam vonstatten. Der Kapitalist dagegen, der kann sich im Falle der Not auch durch Spaltung wie die Bakterien vermehren, und das geht bekanntlich schnell. Haut man einem Proletarier den Kopf ab, so steht an der Wahlurne einer weniger. Haut man einem Kapitalisten dagegen den Kopf ab, so vertreten ihn an der Wahlurne seine Erben. Aus einem Kapitalisten sind fünf, manchmal gar zehn geworden. Mit den 250 000 Morgen Land, das die Sozialdemokraten dem Kaiser geschenkt haben, kann der Kaiser jederzeit 25 000 Proletarier zu Grundbesitzern machen und sie dadurch in königstreue Söldner verwandeln, in Faschisten, die wie der Stier wütend auf jeden roten Lappen rennen. Bis jetzt haben es die Kapitalisten in Deutschland noch nicht für nötig gehalten, solche Politik zu betreiben; sie haben die Vertreter des Proletariats im Parlament immer noch viel billiger für ihre Interessen gewinnen können. Aber wenn sie einmal glauben, die Wahlurne könne ihnen wirklich gefährlich werden, was hindert sie dann daran, die Bakterienspaltung vorzunehmen? Die dazu nötigen Gesetze schaffen sie selbst. Ein der Erbschaftsteilung ausgesetztes Majorat und Fideikomiß verwandelt gleich Tausende von ziel- und klassenbewußten Proletariern in überzeugte Stützen von Thron und Altar. Wenn nun schon heute die große Masse der Wähler rechts von allen kommunistischen und sozialistischen Forderungen zu finden ist, wie soll es dann werden, wenn die Kapitalisten anfangen, den Kampf um die Wahlurne durch gesetzlich geförderte Sabotage der Konzentration des Kapitals, durch den erwähnten Bakterienspaltungsprozess zu unterstützen? ...

Ein nützliches Denkmal

Man sollte viel mehr Denkmäler errichten. Auch sollte man viel mehr, als es heute geschieht, Denkmäler einschmelzen oder als billiges Baumaterial der Wohnungsnot opfern. Wer war *Wilhelm Müller*, der uns dort mit einem Granitblock seine Grabstätte zeigt? Wer war General *Wrangel*, wer waren *Wilhelm der Große* und *Wilhelm Gernegroß*? Denkmäler von Personen dieser Art sollte man aus vergänglichem Material bauen. Für vorübergehendes Interesse ebensolches Material. Für Tageszeitungen Zeitungspapier und für *Bismarck* einen Mann aus Aprilschnee. Es war Tagespolitik, was *Bismarck* trieb. Nichts ist von seinem Werk übrig geblieben als Haderstoff. Was kann uns heute ein Denkmal *Bismarcks* noch sagen? Vielleicht, wenn *Bismarck* seine Kraft, statt sie der Fürstengunst zu widmen, für den Völkerfrieden eingesetzt hätte, dann hätte sein Werk dauernden, die Bronze überlebenden Wert gehabt. Aber welchen Wert kann eine Arbeit haben, die man einer so überaus provisorischen Sache wie die der Hohenzollern widmet? Ich hätte also nichts dagegen einzuwenden, daß alle diese Denkmäler auf's Reparationskonto nach Paris geschickt würden.

Denkmäler, die man aus Bronze gießt, sollen der Verewigung einer für alle Menschen wichtigen Tatsache dienen. In der Wahl des Materials liegt schon dieser Gedanke. Da ist *Jakubowski*. Sollte nicht vor dem Haus, im Schlafzimmer jedes Richters ein Denkmal *Jakubowskis* errichtet werden? Da ist die Inflation, mit der der Reichstag die Greise, die Witwen und Waisen um 18 000 Millionen Mark bestohlen, beschwindelt hat, nur um die Sachwertbesitzer, die nach Holland geflüchteten Fürsten schonen zu können. Sollte man nicht vor dem Reichstag, vor jeder Sparkasse ein Denkmal dieser Schandtat errichten in Gestalt eines Galgenvogels? Da sind die hessischen Fürsten, die die Bauernsöhne wie das Vieh an die Engländer als Kanonenfutter verkauften. Sollte man diesem Ereignis nicht in jedem Dorf mit einem Denkmal künftigen Geschlechtern Warnung zukommen lassen? Da sind die Hexenprozesse usw.

In der Richtung dieses Gedankens liegt das Denkmal, das jüngst in der bayerischen Stadt Kempten zur Erinnerung an den Bauernkrieg errichtet wurde. Bei der Einweihung sagte der tapfere Bürgermeister ... (...) Wir danken dem Bürgermeister für seine mutigen Worte. Hoffentlich wird dieses Denkmal geschichtlicher Ereignisse nicht das letzte bleiben. Was gestern war, kann morgen wiederkehren. Mißtrauisch sein und auf der Hut bleiben. Keine Verfassung, keine Burgen gibt es, die Schutz bieten gegen die Dummheit der Massen. Gestern waren es Pfaffen, heute sind es Panzerkreuzersozialisten, morgen sind es Kommunisten, die uns

beherrschen. Augen auf, denkt und errichtet dem Produkte solchen Denkens Denkmäler, die die künftigen Geschlechter vor der ewigen Gefahr warnen, immer wieder warnen. Wo ein Unwissender ist, da stellt sich auch einer ein, der ihn ausbeutet. Und alle Mittel – Hexenprozesse, Scharfrichter, Zuchthäuser, Leibeigenschaft, Massengräber, Inflation sind diesem recht. Der Dummkopf, das ist der wahre Feind.

Programmwurf für den Freiwirtschaftsbund

1. Die Mitglieder des *Freiwirtschaftsbundes* sind einig in der Erkenntnis, daß alle Bürger- und Völkerkriege als zwangsläufig sich einstellende Nebenerscheinungen der in der ganzen Welt herrschenden kapitalistischen, d. h. auf Ausbeutung eingestellten Wirtschaftsordnung zu bewerten sind. Sie betrachten den Bürger- und den Völkerkrieg als Zwillingkinder derselben Mutter. Für sie sind Bürger- und Völkerkriege logische „Fortsetzung der Wirtschaft mit anderen Mitteln“. Wer den Frieden will, muß auch die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft wollen. Je intensiver der Friedenswille, um so entschlossener der Kampf gegen den Kapitalismus.

Durch die kapitalistische Wirtschaft, die identisch ist mit allgemeiner Zins- oder Tributwirtschaft und die mit der immer größeren Entwicklung der Technik und der damit wachsenden Nachfrage nach Kapital stets gewaltigere Summen verschlingt, ist das Volk überall in der Welt in zwei feindliche Lager gespalten worden. Hier die, die im Genuß des Tributes sind, reich, mit Schulbildung, hochmütig, den Staat und die Gesetzgebung beherrschend, mißtrauisch und immer darauf bedacht, mit allen Mitteln, mit Einschluß des Giftgases der Staatsschule und des Mordes (*Rosa Luxemburg*) sich in der Macht zu erhalten. Dort die mühselig Beladenen, Arbeitstiere, unwissend, ungebildet, unerzogen, brutal, immer auf der Lauer und überlegend, wie sie sich das Raubtier vom Nacken abschütteln können, natürlich ebenfalls mit allen Mitteln, mit Einschluß des Giftgases der Staatsschule und des Mordes.

In dieser Atmosphäre von Neid und Haß, Furcht und Heuchelei und nicht anderswo, etwa in der Religion, im Mangel an Gesetzen und Verträgen, in der Kultur, in den Sprach- und Rasseverschiedenheiten, wird der Kriegsgeist geboren, der verkümmerte Mensch, den der Militarist gebraucht und verbraucht.

Die Mitglieder des *Freiwirtschaftsbundes* sind darum einig in der Überzeugung, daß alle Friedensbestrebungen, die die kapitalistische Wirtschaft unberührt lassen, ins Leere greifen und als abwegig zu behandeln sind.

2. Die Mitglieder des *Freiwirtschaftsbundes* sind einig in der durch ein vertieftes Studium der wirtschaftlichen Zusammenhänge gefestigten Überzeugung, daß die Wirtschaft aller Völker von jeher den kapitalistischen Charakter nur darum angenommen hat, weil im Bau dieser Wirtschaft überall die gleichen Konstruktionsfehler gemacht wurden. Indem man das Gemeineigentum am Boden in Privateigentum verwandelte (ursprünglich durch Krieg und Raub), wurde der Großteil des Volkes enterbt, entwürdigt, zum Proletarier degradiert und bis aufs Äußerste ausgeplündert. Und indem man als Tauschmittel ein Geld einführte, das nur unter der Bedingung des Zinses umläuft, ja umlaufen kann, wurde die gesamte Produktion zinspflichtig. Was soviel bedeutet, daß die Arbeiter neben ihrem Lebensunterhalt noch für die Kapitalisten eine Last aufzubringen haben, die in 20 Jahren (bei 5%) der Summe gleichkommt, die man beim Zusammenrechnen des gesamten in Geld ausdrückbaren sogenannten Volksvermögens erhält. Erschwerend wirkt dabei, daß dieser Tribut nur durch Hemmungen aller Art, durch Krisen, Arbeitslosigkeit, Aussperrungen und letzten Endes durch Krieg erpreßt werden kann. Durch die Konstruktionsfehler unseres herkömmlichen Geldes wurde die Arbeitsteilung, die sonst nur Wohlstand, Glück und Fortschritt bringen könnte, zur Quelle unsägliches Leides für das durch das heutige Bodenrecht enterbte Volk.

Ohne diese beiden Konstruktionsfehler im Bau der Volkswirtschaft aller Völker und aller Zeiten hätte die Wirtschaft niemals den kapitalistischen Charakter annehmen können, hätte es also niemals zu Bürger- und Völkerkriegen kommen können.

3. Die Grundrente, die als soziales Ausgleichsmittel für die Verschiedenheit der einzelnen Bodenparzellen unentbehrlich und nicht abzuschaffen ist, wird durch den Privatbodenbesitz in ein arbeitsloses Einkommen verwandelt, während sie ihrer Herkunft nach als Nebenprodukt der Wirtschaft denen zukommen sollte, die die Wirtschaft mit ihrer Arbeit unterhalten. Näher betrachtet: Da die Grundrente in ihrer Höhe ausschlaggebend von der Volksdichte abhängig ist, sollte sie in erster Linie denen zugewendet werden, die diese Volksdichte schaffen, also den Müttern, und zwar zweckmäßig in Geld und Monatsraten nach der Zahl der Kinder ohne Ansehen der Person, einerlei, ob ehelich oder unehelich, ob Ausländerin, ob ausländisch, evangelisch oder mohammedanisch. Als Mutterrente verwendet, würden in Deutschland auf jedes Kind etwa 1000 Mark jährlich entfallen.

4. Der Kapitalzins beansprucht für sich bei 5% den zwanzigsten Teil des ganzen in Deutschland werbenden Kapitals, und zwar alle Jahre, so daß man in vollem Ernste sagen kann, das ganze Deutsche Reich geht alle 20 Jahre einmal über die Tische der Kapitalisten, der Bezieher der Kapitalzinsen und der Grundrenten. Oder

anders ausgedrückt: Die Arbeiter haben neben ihrem Lebensunterhalt noch alle 20 Jahre das ganze Deutsche Reich mit allem, was darauf steht, Äcker, Wiesen, Wälder, Bergwerke, Städte, Dörfer, Fabriken, Eisenbahnen, Kanäle, Kasernen, Zuchthäuser, Kirchen, Schulen, Warenhäuser, Läden usw. zu kaufen, zu bezahlen und ohne irgendwelche Gegenleistung an die Kapitalisten auszuliefern.

Nach Beseitigung des Zinses geht dieser ungeheure Betrag in den Arbeitslohn über, soweit er nicht durch die Grundrente, d. h. durch die Mutterrente ... (...)

4. Darum fordert der *Freiwirtschaftsbund* als eherne Forderungen für die Stabilisierung des Bürger- und Völkerfriedens:

a) *Freiland*, d. h. Ablösung aller Privatrechte auf den Boden überall in der Welt und völkerrechtliche Anerkennung des allgemeinen gleichen und unveräußerlichen Rechts aller Menschen auf den Erdboden, und zwar als allgemeines Menschenrecht (*droits des gens*) mit allen Forderungen, die sich aus solchem Recht in staatspolitischer, völkerrechtlicher und finanzieller Hinsicht ergeben werden.

b) *Freigeld*, d. h. Ersatz des heutigen, des herkömmlichen Geldes durch ein Tauschmittel, das an und für sich kein Kapital mehr ist, d. h., das den Zins nicht mehr als selbstverständliche Voraussetzung seines Umlaufes, seiner Dienstverrichtung stellen kann, das sich also auch dann noch als Tauschmittel für Waren und Arbeitsleistungen anbieten müßte, wenn als Folge einer krisenlos verlaufenden Konjunktur und entsprechenden Kapitalansammlung ein ständig wachsender Druck auf den Zinsfuß ausgelöst wird und dieser zu fallen beginnt von heute 8% auf 5 – 4 – 3 – 2 – 1 und 0%. Und Sicherung der Währung durch eine zweckentsprechende Währungspolitik gegen Deflation und Inflation und Schaffung der dazu nötigen währungstechnischen Einrichtungen (Indexwährung mit Freigeld).

c) *Freihandel*, d. h. allgemeine, völkerrechtlich gesicherte Freizügigkeit für Mensch und Ware.

5. Die Mitglieder des *Freiwirtschaftsbundes* propagieren die Lehre, deren Richtigkeit durch die tägliche Erfahrung immer wieder neu bestätigt wird, daß der absolute Mangel an einer zielstrebigen, wissenschaftlich geleiteten Währungspolitik die einzige wirklich stichhaltige Erklärung für den ständigen Wechsel der Konjunktur, für die Wirtschaftskrisen, für die Arbeitslosigkeit und im Zusammenhang damit auch für den allgemeinen Ruf der Industrie und Landwirtschaft nach Staatsschutz, nach Sperrung der Grenzen für Mensch und Ware. Der *Freiwirtschaftsbund* trifft sich hier in seinen Behauptungen, Beweisen und Bestrebungen mit der schon großen und einflußreichen Schar von Persönlichkeiten in allen Ländern, die solche engstirnige nationale Wirtschaftspolitik für den Ausbruch des Krieges mitverantwortlich machen, jedoch mit dem Unterschied, daß der *Freiwirtschaftsbund* sich nicht damit begnügt, die Zusammenhänge zwischen Krieg und Grenzsperrung aufzu-

decken, sondern darüberhinaus auch angibt, woher die Triebkräfte kommen, die zur Grenzsperrung führen. Die von so vielen Friedensfreunden gestellte Forderung nach Schleifung der Wirtschaftsgrenzen kann sich nur dann durchsetzen, wenn die wirtschaftenden Massen sich dahinter stellen, und dies wird erst dann stattfinden, wenn diese Massen den Schutz ihrer Interessen in einer wirklichen Währung und nicht mehr in Grenzsperrungen suchen werden.

6. Die Mitglieder des *Freiwirtschaftsbundes* sind sich bewußt, daß sie mit ihren Anschauungen und Lehren in diametralem Widerspruch stehen zu alledem, was bisher von Politikern und Wissenschaftlern über die Natur des Kapitals und über seine Überwindung ausgesagt worden ist. Sie wissen, daß sie bei ihrer Werbearbeit nicht nur auf den entschlossenen und brutalen Widerstand der interessierten Kapitalisten stoßen werden, sondern daß sie auch noch den nicht weniger zähen und brutalen Widerstand der um ihr „geistiges“ Kapital bangender Politiker und Wissenschaftler zu brechen haben, und zwar mit Einschluß derjenigen, die von sich behaupten, im Dienste der Ausgebeuteten zu arbeiten. Aber die Größe und Schönheit ihres Zieles sowie das stolze, durch die Erfahrungen der letzten Jahre gekräftigte Bewußtsein, daß ihr Weg der richtige ist, ihre Lehrsätze unantastbar sind, stählt ihren Willen zum Kampf und zum Sieg. Dieser Kampf soll zunächst ein rein geistiger und organisatorischer bleiben und so lange währen, bis die Massen unter dem Banner von Freiland – Freigeld – Freihandel die Einheitsfront gebildet haben und dadurch beim Gegner die Einsicht dämmert, daß jeder fernere Widerstand nutzlos und mit schweren persönlichen Gefahren verbunden sein könnte. Wann dieser Tag kommen wird, hängt allein davon ab, welches Maß von Mut, Opfersinn, Zähigkeit, Intelligenz und Begeisterung jeder Kämpfer dem Bunde zuführt.

Eine aufschlußreiche Reklame.

Von Silvio Gesell.

Vermerk der Schriftleitung. Die Frage, ob die allgemeine Wirtschafts-, d. h. Austauschkrise mittels der freiwirtschaftlichen Indexwährung endgültig beseitigt (und damit das kapitalistische System von der Wurzel her überwunden) wird, steht so dringend wie noch nie zur Entscheidung. Die Nachrichten, daß in Oesterreich die erfolgreiche Krisenbekämpfung nach dem Wörgler Muster und in der „freien“ Schweiz die Teilnahme ausländischer (deutscher und österreichischer) Freiwirte an einer freiwirtschaftlichen Tagung verboten worden sei, lassen erkennen, wie sich die kapitalistische Welt zu schützen sucht. In diesem Zusammenhang wird folgender, noch nicht veröffentlichter Aufsatz S. Gesells aus dem Jahre 1928 besondere Beachtung finden.

Die amerikanische Eisenbahngesellschaft PENNSYLVANIA RAILROAD veröffentlicht in der „Saturday Evening Post“ vom 5.5.1928 folgende Zahlen aus ihrem Dividendenkonto:

Seit ihrer Gründung, d. h. seit 82 Jahren, hat die Gesellschaft „so regelmäßig, wie die Erde um die Sonne kreist“, Dividenden gezahlt. Heute sind es 142 622 Personen, die diese Dividenden alle Vierteljahr beziehen. Um die dazu gehörigen Schecks auszufüllen, sind jedesmal 80 bis 100 Personen drei Wochen beschäftigt. Diese Schecks füllen 58 Postsäcke; das Papier dazu deckt eine Fläche von $2 \frac{2}{3}$ Morgen oder aneinandergereiht 80 Meilen. Denn diese Dividenden gehen nicht, wie sonst es oft zugeht, in die Hände einiger Großer, sondern verteilen sich auf unzählige Geschäftsleute, Arbeiter, Witwen, Waisen, jung und alt, Wohlhabende und relativ Arme, aber auch auf Wohltätige und Erziehungsinstitute. Die Pennsylvania Railroad ist im Besitz von 142 622 Aktionären, denen 180 000 Arbeiter und Angestellte der Gesellschaft gegenüber stehen. „Es sind 8 655 000 Dollar, die die Gesellschaft so alle Vierteljahr verteilt, und alle diese Millionen sind die Frucht der Sparsamkeit und des gesunden Urteils der Aktionäre.“

Zu dem letzten Satz haben wir natürlich viel zu sagen. Es mag ja stimmen, daß die meisten dieser 142 622 Aktionäre durch Sparsamkeit in den Besitz der Aktien gelangten, aber die Sparsamkeit erklärt ganz sicher nicht die Herkunft der Dividende. Sie kann infolgedessen auch nicht die Dividende als „ihre Frucht“ bezeichnen. Die Konkurrenz, die Lage des Frachtenmarktes, die natürliche Schwäche der Eisenbahnerorganisationen usw. gestatten der Gesellschaft, die Dividenden herauszuwirtschaften. Wäre die Sparsamkeit noch größer, wäre sie eine zum Laster übertriebene Tugend des ganzen Volkes, würde die Spartätigkeit nicht regelmäßig durch Krisen und Arbeitslosigkeit unterbrochen, dann würde die „Erde nicht mehr um die Sonne kreisen“, und die Sparsamkeit würde keine „Dividendenfrüchte tragen“.

Interessant vor allem ist die überaus große Zahl von Aktionären, und man fragt sich, wie es kommt, daß diese Aktionäre nicht

schon lange Beute eines Börsenschlages geworden sind. Die Gesellschaft verteilt 7% Dividende. Es handelt sich also um keine üble Kapitalanlage. Was hält die Börsianer davon ab, sich dieser Dividenden zu bemächtigen? Eine Kontrolle des Geschäftsbetriebes durch die Aktionäre – der Zahl nach handelt es sich hier bereits um ein ganzes Volk von Aktionären – ist sachlich unmöglich. Die Leitung der Gesellschaft kann also tun und lassen, was sie will. Sie kann durch ihre Mitteilungen an die Öffentlichkeit die Kurse heben und senken, wie sie will und so oft sie will. Sie könnte also auf dem Wege der Differenzgeschäfte sich der Aktien bemächtigen, wie das schon so oft mit amerikanischen Eisenbahngesellschaften geschehen ist. Ist die Direktion der Gesellschaft „Pennsylvania“ etwa zu ehrlich? Oder liegt vielleicht schon in der gewaltigen Zahl von Aktionären eine gewisse Schwierigkeit, durch Börsenmanöver die Stockholders (die Aktienfesthalter) zu Börsengeschäften zu animieren? Vielleicht hat die Direktion der Gesellschaft mehr Vorteil von dem jetzigen Zustand, als sie von Börsenmanövern erwarten kann. In einer Gesellschaft von 142 622 Aktionären ist die Direktion ihrem Wesen nach fast unabsetzbar. Es handelt sich hier schon um eine erbliche Monarchie, die nur auf dem Wege der Revolution, niemals aber durch eine Abstimmung in der Generalversammlung gestürzt werden könnte. Es genügt vielleicht den bescheidenen Direktoren der Gesellschaft, Monarchen von 180 000 Angestellten zu sein, zumal solche Stellung ja auch nicht ohne wirtschaftliche Vorteile zu sein braucht.

Aber warum soll es hier nicht auch einmal ehrlich zugehen? Es handelt sich hier nicht um einen Staatsbetrieb, sondern um eine Privatgesellschaft. Gewiß. Aber doch schon um eine Privatgesellschaft mit einer monarchischen Spitze. Vielleicht ist der Monarch ein energischer, ehrgeiziger Kerl, der alle Spitzbuben persönlich zu verprügeln gewohnt ist und so die Ordnung durch Terror aufrecht erhält! Wie dem aber auch sei: Eine Aktiengesellschaft von 142 622 Mitgliedern ist eine Erscheinung, die der Erklärung bedarf. Vielleicht erklärt uns die Direktion das Wunder.

Vielleicht aber ist die Schonung, die die Börsenmänner der „Pennsylvania“ zuteil werden lassen, auf politische Überlegungen zurückzuführen. Das „Kapital“, allgemein gesprochen, wird durch die „Pennsylvania“ in den Schutz von 140 000 Aktionären gestellt. Diese Aktionäre dulden nicht, daß dem Kapital schlechthin ein Haar gekrümmt werde. Je größer die Macht einzelner Kapitalisten wird, um so weitsichtigere Mittel werden zum Schutze des Kapitals gebraucht.

Die Zukunft Deutschlands liegt in Necropolis

SIE: Heute habe ich also Schluß gemacht nach zwölf Jahren Dienst. Der Chef war so anständig, mein Sparkonto auf 10 000 Mark aufzurunden, weil ich, wie er sagt, nie eine Stunde gefehlt hatte.

ER: Und hier liegen 10 000 Mark, die mir heute bei meiner Entlassung nach zehnjähriger Dienstzeit bei der Polizei vertragsmäßig ausbezahlt wurden.

SIE: Ein Vermögen an barem Geld. Mir kommt es wie eine Utopie vor. Wir entstammen doch beide solch kümmerlichen Verhältnissen.

ER: Und eine Wohnung bekommen wir auch. Allerdings werden wir heiraten müssen.

SIE: Aber sind wir denn nicht schon zehn Jahre glücklich verheiratet? Ach ja, ich verstehe, standesamtlich, wegen der Wohnung.

ER: La France vaut bien une messe. Eine Wohnung ist doch heute wohl einen Gang zum Standesamt wert. Aber vorher machen wir noch unsere so lang geplante Hochzeitsreise.

SIE: Du, ich wollte es dir schon vorigen Monat sagen, aber heute bin ich meiner Sache sicher... Du mußt die Reise allein machen. Wenn Du dann zurückkommst, dann feiern wir zu dreien den Einzug in unsere Wohnung.

ER: Nie hast Du so glücklich ausgeschaut wie heute. Wie unglücklich mich nun heute Dein Glück, unser Glück macht. Alle Voraussetzungen für den würdigen Empfang des Kleinen wären ja jetzt glänzend erfüllt. Aber allein mache ich die Reise nicht. Wenn Du nicht mitkommen kannst, dann bleibe ich hier. Aber überlege, kann es unserem Jungen denn nicht gleichgültig sein, ob er dieses oder nächstes Jahr geboren wird? Willst Du nicht die Hebamme um Rat fragen? Du weinst. Verzeih mir. Es war wohl eine schreckliche Zumutung? Aber mir schien, daß es mir wenigstens völlig gleichgültig gewesen wäre, im Jahre 1900 oder 1901 in die Welt gesetzt worden zu sein. Wer früher geboren wird, stirbt entsprechend früher. Wo ist da ein Unterschied?

SIE: Geh, belege die Kabine. Ich fahre mit.

Ein Jahr später

ER: Der Kauf des Hofes ist also abgeschlossen. Es war mir eigentümlich zumute, als Besitzer den Hof zu betreten, auf dem mein lieber Vater als Knecht sein Leben verbracht hatte, als ich die Hütte wiedersah, in der er seine acht Kinder großgezogen hat. Der Verkäufer hat mir diese ideellen Werte, wie er mir sagte, nicht in Rechnung gestellt, dafür aber hat er keinen Pfennig vom Preis sich abhan-

deln lassen. Aber da wir beide so gesund und stark sind, wird es uns wohl nicht schwer fallen, die Restkaufhypothek zu verzinsen und zu tilgen. Wir werden schaffen müssen. Das ist klar. Du arbeitest gern und ich auch.

SIE: Oh, sicher, wenn man nicht daran gehindert wird. Sieh mal, wie lieblich das Kinderwägelchen dort unter dem Baum vor der Hütte Deiner Eltern geborgen sein wird.

ER: Wenn das, was ich Dir damals sagte, richtig ist, dann ist es auch heute noch so. Die Wahrheit hat keinen Ablauf. Wir müssen doch erst sehen, wie der Hase läuft. Bist Du nicht auch dieser Meinung?

SIE: Die Mittelchen des Apothekers gehen auf die Neige. Ja, wir müssen erst sehen, wie der Hase läuft. Wir haben ja keine Erfahrung und die Hypothekbank keine Geduld. Sieh zu, daß uns der Apothekerkram nicht ausgeht.

Wieder ein Jahr später

ER: Wir werden dieses Jahr sehr knapp bilanzieren, obschon wir sehr sparsam waren. Die Zinsen sind hoch, die Löhne auch, die Steuern noch mehr, und die Preise fallen. Den Tilgungsbetrag will uns die Bank großzügig stunden.

SIE: Vielleicht stundet uns der Bub das Leben auch noch mal ein Jahr.

Und so weiter bis anno 1940

ER: Liebe, was ist Dir zugestoßen? Du bist so traurig, Du weinst.

SIE: Ich glaubte, Grund zu guter Hoffnung zu haben und ließ mich vom Arzt untersuchen. Er sagte, es sei nur eine von jenen Täuschungen, die Frauen in den Wechseljahren so oft erleben. Ich könnte aber beruhigt sein. Ich sei außer Gefahr. Darunter verstand er ...

ER: ...oh, ich Unglücklicher, ich Idiot, Dummkopf, Verbrecher. Mein Vater hatte acht Kinder, alle große, starke Männer, denen es gut geht. Und mein Vater war Knecht. Ich, ich bin hier der Herr und habe nicht den Mut zu einem Kinde gehabt. Feigling, der ich bin. Idiot. Zu spät. Il est trop tard. To late! Du, ich glaube, wir lebten in einer großen Täuschung. Wir haben uns nie geliebt. Eine Frau, die ihren Mann wirklich liebt, besteht darauf, ihm Kinder zu schenken. Sie läßt sich durch nichts davon abbringen, ohne viel dabei zu denken, zu überlegen. Triebmäßig handelt sie, tierisch. Und wie kann ein Mann, der seine Frau liebt, sich weigern, Geschenke, solche Geschenke von seiner Frau anzunehmen? Ich glaube, ich bin davon überzeugt. Du bist mir treu gewesen. Eine Treue ohne Liebe, eine formale Sache, inhaltslos. Diese schreckliche Leere um uns herum! Ich, ich kann nun mal keine andere Frau lieben als Dich. Und ist es wirklich aus mit Dir, was ich nicht glauben kann, dann ist es auch aus mit mir. Unser Sohn, *August der Starke* sollte er heißen. Betrachte Dich im Spiegel! Tadelloser Wuchs, das ist Gesundheit, das ist

Rasse. Und ich? Gib mir ein Hufeisen in die Hand, ich werde es wie ein Streichhölzchen zerdrücken. Sieh meine Zähne, meine Arme, meine Schenkel. Alles strotzt von Kraft, und in geistiger Beziehung können wir beide es mit jedem anderen Paar aufnehmen. Und wir, ausgerechnet wir bleiben kinderlos, während die Idioten nebenan Jahr für Jahr einen neuen Idioten in die Welt setzen. Und bei allen unseren Standesgenossen, den Bauern, die selbe Öde wie bei uns. Wohin wird das führen? *August der Starke* hatte 345 Kinder. Glückliche Kinder, die solchen Mann ihren Vater nennen können. Er war seiner Frau, allen seinen Frauen untreu, und diese Untreue wurde mit einem ganzen Volk auserlesener Menschen gesegnet! Du, ich verachte solche Treue. Warum bleibst Du mir treu, als Du sahst, wie feig ich im Grunde war? Hättest Du mich doch hintergangen. Dann wäre ich jetzt Vater, Vater eines putativen Sohnes, aber doch wenigstens Vater. Und wenn ich die Mutter liebe, warum soll ich dann nicht auch ihr Kind lieben? Treue, die zum Untergang führt, ist keine Tugend, keine biologische Tugend. Unser Sohn sollte es besser haben als wir. So beschönigten wir unser Benehmen. Dachte ich wirklich an den Sohn, als Du Dich für die Weltreise vorbereitest? Die Phrase war uns bequem. Wir haben uns gegenseitig betrogen, ähnlich den vielen, vielen anderen, die ihre Kinderlosigkeit vor anderen damit erklären, daß sie sich zu schwach fühlen, zu degeneriert. Heuchelei. Es hat noch niemals einen Menschen auf Erden gegeben, der davon überzeugt war, daß er, ausgerechnet er, nicht würdig sei, das Menschengeschlecht fort- und hochzupflanzen. Wer das von sich selbst glaubt, der ist schon vom Selbsterhaltungstrieb verlassen. Er ist schon tot, bevor er den Gedanken zu Ende gedacht hat. Im Grunde hält sich der kümmerlichste Vertreter des Menschengeschlechts, wenn er vor den Spiegel tritt, sich nicht allein für würdig, das Menschengeschlecht zu verewigen, nein, er hält sich allein dazu für auserlesen. Solche Selbsttäuschung bildet nun einen integrierenden Bestandteil des Selbsterhaltungstriebes. Die Täuschung im Dienste der Naturzwecke. Genau wie die Untreue. Unser Sohn soll es besser haben, sagten wir jedesmal, wenn wir an die Kosten dachten. Wir logen. Unsere Mutter, unser Vater haben das nicht gesagt, nicht vor dem ersten, nicht vor dem zweiten, nicht vor dem achten Kind. Und sie wurden alle groß und haben's alle unendlich viel besser. Es ist Sache der Kommenden, ihre Sache besser zu machen. Unsere Sache ist, das Leben, das uns die Mutter schenkte, als heilige Flamme vor dem Erlöschen zu bewahren. Daß das wirklich unsere Sache ist, das sagt mir jetzt, da die Flamme in Gefahr ist zu erlöschen, der gewaltige Aufruhr in meinem Innern. Gestehen wir es uns offen: Wir wollten das Öl für das ewige Feuer sparen, sparen für andere unsagbar nichtige Dinge. Das Unglück begann schon damals, während unserer zehnjährigen Brautzeit. Diese verfluchte Scheu vor der „unehelichen“ Mutterschaft! Was zum Teufel scheren mich die Gesetze der Menschen. Ein starker Mensch trägt das Gesetz in sich. Und dieses Gesetz fordert,

daß jeder seine Art fortpflanze, nicht die Menschheit, das Volk, die Rasse, nein, seine Art, sich. Sich selbst mit allen Eigentümlichkeiten und Abnormitäten soll er zu erhalten suchen durch die Fortpflanzung. So allein ist die Möglichkeit gegeben, den Menschen der sich ewig verändernden Natur auf dem Wege der Auslese anzupassen und dadurch zu sichern. Das ist das Gesetz, das in Wirksamkeit erhalten werden muß von jedem Menschen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich der Gewalt, des Brecheisens, der Mittel, die in der Völkerwanderung in Gebrauch waren einschließlich auch aller Mittel, die die Pazifisten verpöhen. Der Lebenstrieb soll uns die Gesetze diktieren. *August der Starke* hatte das Gesetz richtig erfaßt; auf Kosten der anderen, sie verdrängend, mehrte er *sein* Geschlecht. Und weil mir der Mann gefiel, darum sollte unser Sohn auch *August* heißen. Die einzige *Pflicht*, die der Mensch hat, sollte unserem *August* schon durch seinen Namen suggeriert werden. Ich bin leider kein *August*, ich kann nur Dich allein lieben. Darum wäre es für mich der Welt Untergang, wenn der Arzt Recht behalten sollte.

SIE: Alles, was Du das sagtest, dasselbe wollte ich Dir alle die Jahre sagen. Mich hielt nur immer die Scheu zurück, Dir gegenüber Zweifel auszudrücken, ob unsere Liebe wirklich vollkommen, echt, biologisch echt sein könnte. Auf alle Fälle war sie nicht, wie die Natur sie zur Sicherung der Art will, unüberlegt, hemmungslos, brutal, tierisch. In der Liebe ist jede Überlegung Gift für die Nachkommenschaft. Unsere Liebe war Vernunft, darum blieb sie steril, darum führte sie uns bis hierher, bis dicht an diese schauerlichen Klippen des Toten Meeres. Ich freute mich, daß mir die Treue immer so leicht fiel. Stolz war ich auf eine Eigenschaft, die biologisch als Schwäche qualifiziert werden muß. Unser Leben ist verpfuscht, wenn es wirklich so ist, wie der Arzt behauptete; allerdings will ich annehmen, um zu beruhigen, zu erfreuen. Sonst hätte er doch nicht von einer „Gefahr“ gesprochen. Ich bekam einen Knacks, einen seelischen Knacks damals, als wir uns zur Hochzeitsreise vorbereiteten und ich dazu den Weg zur komplaisanten sage femme einschlug. Es brach etwas in mir. Die innere Fröhlichkeit ging verloren, zusammen mit meinem Stolz, mit meinem Persönlichkeitsbewußtsein. Ich wurde Sklavin, Deine Sklavin, verlor den Mut zum Widerspruch. Zu allem, was Du seitdem sagtest, habe ich immer ja und amen gesagt. Du warst mir vor allem ein Komplize eines Verbrechens, des schrecklichsten Verbrechens, das eine Frau begehen kann. Von allem, was wir auf unserer Hochzeitsreise gesehen, nur ein Bild ist mir unverwischt klar im Gedächtnis geblieben, ein ganz einfaches Bild. Ich habe dies Bild ständig vor Augen. Am Tag und des Nachts. Im Theater, in der Kirche, im Gewimmel des Markttag. Es verfolgt mich.

ER: Wir haben niemals ein Wort darüber gesprochen, aber ich weiß, um was es sich handelt. Das Bild übertrug sich damals durch einen einzigen, einen scheuen

Blick von Dir auf mich. Und seitdem sehe ich es wie Du am Tag und des Nachts. Es war eine Gruppe von fünf oder sechs Afrikanerinnen, die auf einer kleinen Anhöhe rund um einen Gummibaum saßen, plauderten und mit ihren Säuglingen spielten. Ein ganz einfaches Bild. Und wenn ich das Bild sehe, dann muß ich wie ein Verbrecher, wie ein Lügner den Blick zur Erde neigen. Wir brachten unser Kindchen um, für was? Für Nichtigkeiten, aus Dummheit, weil es so viele andere, Idioten, Proleten, Schwächlinge, auch so machen. Hätte uns nur einer im Leben einmal gezeigt, was es für den inneren Menschen (...)

SIE: Dasselbe wollte ich auch tun. Ich tat es nicht, weil ich Dir den Schmerz nicht bereiten konnte. Jene harmlosen Naturkinder brachten mir klar zum Bewußtsein, welch armseliges, plebejisches Weib ich im Grunde sein muß. Jede dieser Afrikanerinnen sah aus, als ob sie nicht davor zurückschrecken würde, nicht nur sich selbst, sondern auch die ganze Welt zur Sicherung ihres Kindes zu opfern. Und ich, und wir? Feiglinge waren wir. Schon diese Mittelchen vom Apotheker *Lindsey!* Das war die geistige Vorbereitung für das große Verbrechen, unser Verbrechen. Nichts von all dem Gift. Mag die Welt untergehen, meine Art soll nicht untergehen. Gib mir Waffen, gib mir einen Dolch, gib mir Kanonen, wenn es nicht anders geht, mit diesen Mitteln werde ich meine Brut schon schützen. Wir wären dann harmlos und fröhlich, und uns wäre das Glück hold geblieben, das immer harmlosen, fröhlichen Menschen als Diener folgt. Soll ich mich etwa vor meiner eigenen Brut fürchten? Kein Tier tut das. Wenn *August der Starke* mit seinen 345 Söhnen, kräftigen Burschen, aufmarschierte, dann möchten wohl die anderen sich fürchten. Die anderen, aber nicht er.

In der Nacht nach diesem Gespräch

SIE: Sieh mal den alten *Petersen* dort oben, wo wir als Kind unsere Rodelbahn hatten. Was will er mit dem Schlitten?

ER: Er ist inzwischen 90 Jahre alt geworden und benimmt sich oft wie ein Kind. Jetzt denkt er wohl an die Zeit, wo wir mit 50 – 60 anderen Kindern uns dort erfreuten. Es ist schon lange her, daß wir dort Kinder sahen. Die wenigen Kinder im Dorf, es sollen nur noch sieben sein, die genügen nicht, um die Bahn frei zu machen. So müssen diese Kinder auf dieses Kinderspiel verzichten. So vieles wird nur möglich, wenn es viele sind. Es ist nun schon lange her, daß unser Rathaus niederbrannte. Es wird niemals wieder erstehen. Es fehlt an Menschen. Unsere große Brücke wurde kürzlich untersucht und als stark reparaturbedürftig befunden. Es fehlt an Menschen, um die großen Kosten zu bestreiten. So wurde beschlossen, sie niederzureißen, ehe ein Unglück passiert. Ein Fährmann soll die Brücke ersetzen. Der Wohringer Krebs hat sich losgemacht, weil wir keine Wächter mehr bezahlen können. Wir sind zu wenige. Nun geht es zurück auf allen Gebieten. Mit Meilenstiefeln rast der

Krebs rückwärts durchs Land. Zu wenig Menschen, um den alten Betrieb aufrecht zu erhalten. Auch kein Kredit mehr, keine Sicherheiten mehr. Der Grundbesitz ist ganz entwertet. Für die wenigen Menschen genügt die Hälfte des Bodens. Die andere Hälfte liegt brach. Für unsere schönen Äcker bot mir kürzlich ein Viehhändler eine alte Kuh an und meinte, es sei ein besonders günstiges Angebot. Er wolle das Land als Viehweide benutzen. Natürlich, wenn die Menschen fehlen, dann ist das Land umsonst zu haben. Wie in Sibirien. Die armen Pfandbriefbesitzer! Viele Wohnhäuser stehen leer. Mieten zahlt auch niemand mehr. An Reparaturen denkt kein Hausbesitzer. Alles sieht ruinenhaft aus. Ein unheimlicher Anblick, als ob ein neuer Krieg das Land heimgesucht habe. Wohnungen gibt es massenweise, aber alle sind unbewohnbar. Ein neuer Grund für die Geburtenbeschränkung, die so in mathematischer Progression sich breit und breiter macht. Man läßt alles zerfallen. Die Kloake in der Müllerstraße ist verstopft. Der Unrat strömt über die Straße, der Typhus fordert viele Opfer. Aber in den Krankenhäusern gibt es nurmehr Greise als Krankenpfleger, denen die Kraft fehlt. Die sanitären Einrichtungen funktionieren auch nicht mehr. Das Geld fehlt. Einer Gemeinde, wo es mehr Greise als Kinder gibt, wird doch kein vernünftiger Mensch noch Kredit geben. Der Kredit, die wahre Grundlage des Wirtschaftslebens, ist vollkommen zusammengebrochen. Die Eisenbahn, oh, die Eisenbahn, unsere beste Maschine ist 60 Jahre alt. Und unsere besten Wagen rollen auch schon so lange. Alles ist alt und schmutzig. Das zweite Gleis ist schon lange außer Betrieb, und statt der früheren Schnellzüge fährt jetzt alle Wochen ein Personenzug. Ungeheizt sind die Wagen, und es gibt kaum eine Fahrt ohne Entgleisung. Überall der Wöhringer Krebs. Nur ein Gebiet meidet er, die Hypothekenschulden. Aber ich lasse es darauf ankommen. Es lohnt sich für die Bank ja nicht mehr, das Pfand zu realisieren. Den letzten Rest unseres Waldes will ich ihr anbieten zum Abholzen. Das Holz ist aber auch nichts mehr wert, da nicht mehr gebaut wird, hier nicht und nirgends in der Welt. Es handelt sich ja diesmal nicht um ein einzelnes Land, nein, um eine Welterscheinung handelt es sich. Der Wöhringer Krebs ist Weltkrebs geworden. Unser schöner Hof. Wo ist er geblieben? Überall sprießen die jungen Tannen. In wenigen Jahren wird der Urwald sein Gebiet wieder erobert haben. Sieh, da läuft ein Wolf. Bald werden sie rudelweise unser Haus umlagern.

SIE: Wir sind alt geworden. Es fällt mir schwer, das große Haus instandzuhalten. Was meinst Du, wenn wir uns in die Hütte Deiner Eltern zurückzögen? Wir wären für unsere Verhältnisse dort besser geborgen. Deine Pietät hat die Hütte vor dem Zerfall bewahrt, dann können wir das Brennholz hier von diesem großen Haus nehmen, die Türen, Treppen, die Dachsparren, die Möbel. Es ist bequemer für Dich, als es aus dem Wald zu holen und auch sicherer wegen der Wölfe. Bären sind auch schon gesehen worden und Luchse. Siehst Du, es ist hier wirklich besser,

gemütlicher. Der Schneesturm heult mit den Wölfen um die Wette. Die letzten Scheite unseres Holzvorrates brennen im Ofen. Wenn Du das Haus verläßt, überfallen Dich die Raubtiere. Freilich wenn wir das Feuer nicht unterhalten können, dann erfrieren wir. Das Feuer droht zu erlöschen. Nimm die Bibliothek, die der Vater angelegt hatte. Jedes Jahr ein Buch und jeden Tag einen Pfennig für das nächste Buch. Den Wölfen nützen diese Bücher nichts, und wir, wir werden diesen Sturm nicht überleben. Hörst Du, wie die Wölfe an der Tür scharren? Wenn der Vater uns hier beobachten könnte. Er würde seine acht Söhne uns zu Hilfe schicken. Die wären bald fertig mit dem Gesindel. Jetzt helfen uns seine Bücher für einen Augenblick. Ins Feuer mit ihnen. Reiche sie mir her! Wie oft hat er sie durchstudiert, kritisch, mit scharfem Verstand. Sie stehen noch da in derselben Reihenfolge, wie er sie erwarb. Die Bibel, das neue Testament. Die ersten Christen hatten solche Vorliebe für die Wüste. Jetzt breitet sich die Wüste bis vor unsere Tür aus. Symbolisch heulen die Wölfe. War es das, was die Christen erstrebten? Viele von ihnen lebten im Zölibat. Das ist der gerade Weg dorthin, wo wir jetzt sind. Der Wolf lebt nicht zölibatär. Im Wettbewerb mit ihm muß der zölibatäre Mensch die Herrschaft an den Wolf abgeben. Christentum und Zölibat? Christentum ohne Menschen – wie leer ist solcher Begriff. Ins Feuer! Wie wohltuend diese letzten Strahlen christlichen Feuers doch wirken. Her mit dem nächsten Buch „*Utopia*“ von *Thomas Morus*. Dieses Buch hat dem Vater schon größere Freude bereitet. Er war als Optimist gerne auch Utopist, doch immer mit skeptischem Blick. Er glaubte nun einmal an den Menschen, an sein ewiges Fortbestehen, an ewige Fortentwicklung, an die göttliche Herkunft des Menschen. Gut, daß er die Wölfe nicht mehr hören kann. Was hinderte solchen Aufstieg? Ins Feuer mit der Utopie! Auch sie hat uns nicht richtig geführt. Reiche mir, Liebe, den nächsten Band. „*Der letzte Mohikaner*“. Mit einem Fragezeichen vom Vater. Was wird mit diesem Zeichen hier in Frage gestellt? Er schaute weit voraus, der Vater, und die schon damals, allerdings nur schüchtern sich bemerkbar machende Geburtenbeschränkung machte ihn nachdenklich. Dachte der Vater vielleicht an den letzten Europäer, an den letzten Menschen? Diese Seuche läßt sich nur individuell bekämpfen, schrieb er hier. Es ist nicht Sache des Staates. Habe Respekt vor dem Leben, vor deinem eigenen Leben. So schreibt der Vater. Der Respekt vor sich selber geht dem Respekt vor der Allgemeinheit voran. Das ist der königliche Weg im Kampfe gegen die Geburtenbeschränkung. Der Weg aber, den wir gingen, war dieser Anschauung direkt entgegengesetzt. Der Einzelne ist nichts, der Staat alles. So wurde gelehrt. Nicht Dir soll das Ganze dienen, nein umgekehrt: Solche Einschätzung der Persönlichkeit mußte uns dahin führen, wo wir landeten. Wer sich selbst aufgibt, unterhöhlt damit den Unterbau des Ganzen. Mußte nicht der Staat mit seinem Schulzwang schon fast zwangsläufig den Gebärstreik herbeiführen? Welches Interesse am Kind kann die

Mutter denn noch haben, wenn ihr der Staat die edelste Aufgabe, die Erziehung des Kindes, abnimmt, zwangsweise abnimmt? Der Staat beschlagnahmte durch seelenlose Beamte die Seele des Kindes und überließ den Eltern den entseelten Leib. Und die seelenlosen lebenden Leichname führte der Staat in den Krieg als Maschinen. Die Frau reagierte mit der einzigen Waffe, über die sie verfügte. Leicht konnte der Vater auf diesen Gedankengängen zur Idee des letzten Menschen kommen. Ins Feuer! Der letzte Mensch, der sich am letzten Mohikaner wärmt. Ein würdiges Bild zu einer einzigartigen Situation. Her mit dem nächsten Buch! „*Fortschritt und Armut*“. Glaube und Hoffnung dicht in einem Band. Zu spät! Tolate Ilestrop tard. Ins Feuer! Ihr Bestien da draußen, Geduld. Es ist bald soweit. Reiche mir das letzte Buch „*Die Freiwirtschaft*“! Das letzte Buch, weil es für den Vater wohl das letzte Wort auf dem Gebiet seiner Bestrebungen bedeutete. Auch hierfür war es zu spät. So viele treue, fleißige, von Begeisterung getragene Arbeit! Die Freiwirtschaft siegt, weil der Mensch verschwunden ist. Alles vertan. Il est trop tard. Sieh, wie er hier einzelne Sätze mit dem Bleistift unterstrich! Hier der Satz im Lapidarstil: „*Entweder wir befreien uns mit der Freiwirtschaft von der kapitalistischen Pest, oder der Geburtenrückgang, der mit dieser Seuche untrennbar verbunden ist, wirft uns restlos ins Tote Meer*“. Ins Feuer! Sieh, die Tür wird gleich dem Druck der Bestien nachgeben! Komm, Liebe, öffnen wir den neuen Beherrschern dieser Welt, gehen wir dem rechtmäßigen König entgegen!

Die Tür springt auf. Wie gebannt stehen die Herren vor dem Licht der brennenden Freiwirtschaft. Ein Windstoß wirbelt die Blätter durch den Raum, der im Nu in hellen Flammen steht. Aus dem Häufchen Asche entsteigt mit mächtigem Flügelschlag der Phönix, diesmal in Gestalt eines Storches. Wach auf, ruft sie, Deine Träume treiben ja tolles Spiel mit Dir.

ER: Ich hatte schreckhafte Visionen Weib, der Blödsinn nimmt heute ein Ende in unserem Haus. Heute soll der Grundstein zum Denkmal *August des Starken* gelegt werden. Schluß mit den Überlegungen, der Selbstbeherrschung, der Vernunft, die uns ins Tote Meer führen. ICH ist da, um MICH zu dienen, und von diesem MICH sagt *Zarathustra*: „*Mensch, in Deinem Leib ist unendlich mehr Geist als in all Deinen Dichtungen.*“ ICH soll MICHs Herrschaftskreis erweitern. Das ist alles, was von ihm erwartet wird. MICH gibt ICH mit Hilfe der Triebe die Richtlinien für die gewünschten Dienstleistungen, und je blinder ICH sich danach richtet, um so besser für beide. ICH mag seine Intelligenz, seine Vernunft, seine Erfahrungen benutzen, aber auf seinem Gebiet. Auf dem Gebiet der Triebe jedoch, besonders aber auf dem Gebiet der Fortpflanzung, da gebieten die Triebe allein, da können Vernunft und Intelligenz nur pfuschen. Die Erfahrungen von Jahrmillionen sind in den Trieben verwertet, der Urgeist spricht in ihnen zu uns. Jahrmillionen haben die Triebe diese Alleinherrschaft geübt, und sie führten uns sicher auf aufsteigender

Bahn vom larvenartigen Stadium bis zu *August dem Starken*. Kaum jedoch spricht man von Selbstbeherrschung – welch ungeheurer Unsinn liegt schon in dem Wort —, von vernünftiger Lebensführung, von Geburtenkontrolle, so spricht man auch schon von Krankheiten, von Nerven, von Idioten, von Irrenanstalten, Zuchthäusern, von Degeneration und vom Aussterben des Menschengeschlechts.

SIE: Die Alten pflegten zu sagen: Die Liebe macht blind. Nicht sehend, blindlings, unter Ausschluß jeglicher Überlegung sollen wir uns den Liebesfreuden hingeben. Und es mag auch schon so sein, daß alle geistigen Regungen, die beim Liebesakt mitspielen, aus der Vererbung ausgeschaltet werden. Das gäbe die Erklärung für die mit der sogenannten Selbstbeherrschung wachsende Zahl von Idioten. Der Begattungsakt ist ein tierischer Akt, und tierisch soll es da zugehen. Ich bin also dabei. Friß mich, sonst fressen uns die Wölfe. Was? Sollen wir uns vor der eigenen Brut fürchten? Gibt es in der Natur sonst noch Fälle, wo das Muttertier sich vor den eigenen Jungen fürchtet? Wenn hier jemand etwas zu fürchten hat, so wären das nach meiner Meinung wohl die anderen, die sich vor meiner Brut fürchten mögen. Wenn *August der Starke* mit seinen 345 Söhnen, alles stramme Burschen, aufmarschierte, hatte er etwa dann Grund zur Furcht? Nein, die anderen fürchteten, daß die Horde hungriger Wölfe sie von ihren Schlössern vertreiben möchten. Ha, ha! Hier soll es sich erweisen, wer daseinsberechtigt ist oder nicht. Schluß mit den gewollten und ungewollten Kindern! Uralten, bewährten Naturkräften soll das Kind sein Dasein verdanken, nicht den Wünschen schwacher Eltern. So allein kann sich auch das Kind mit Stolz den Eltern gegenüber behaupten und sich mit ihnen in dieser Naturkraft, die die Liebe ist, eins fühlen. Sag dem Kinde, daß es ein gewolltes Kind ist, und Du brichst ihm das Rückgrat. Es wird seine Eltern für alles verantwortlich machen und sie verachten. Sag ihm, daß es einer Naturkraft sein Dasein verdankt, so wird es sich mit seinen Eltern in dieser Naturkraft, die die Liebe ist, eins fühlen. So gut und so schlecht es ihm auch im Leben ergehen mag. Es wird seine Eltern lieben und achten.

Verzeichnis der Lücken

Band 1

Antwort an Herrn R. Müller, in: Argentinisches Tageblatt Nr. ?/1893. El sistema monetario argentino – Prospekt mit Freigeldmuster zum gleichnamigen Buch, Buenos Aires 1893.

Band 2

La cuestión monetaria argentina – Prospekt zum gleichnamigen Buch, Buenos Aires 1898.

El folleto „La cuestión monetaria“, in: La producción nacional vom 1.11.1898. Morituri te salutant, in: Argentinisches Tageblatt vom 6.5.1899. (Hess bezweifelt, daß Landmann diesen Aufsatz richtig datiert hat.)

Band 5

Zielbewußte Lohnpolitik, in: Argentinisches Tageblatt Nr. ?/1907.

Cuestión palpitante I – V – Nuestro circulación del papel, in: El Financiero argentino Nr. 11 – 13/1909.

Los cimientos economicos de la moneda argentina, in: El Financiero argentino vom 10.6.1909.

El papel de la moneda en la caída del imperio romano, in: El Financiero argentino Nr. 2/1911.

Band 6

Die neue Lehre vom Geld und Zins – Prospekt zum gleichnamigen Buch, Berlin 1911.

Tätlicher Antisemitismus, in: Deutsche Kultur Nr. 3 – 4/1912. Moral, Ethik, Gerechtigkeit und Recht, in: Deutsche Kultur Nr. 9/1912. Entspringt das Streben nach der reinen Papierwährung wirklich einer ökonomischen Irrenidee? in: Deutsche Kultur Nr. 11/1912. (Der von Landmann und Hess erwähnte vierte Aufsatz Gesells in der Zeitschrift „Deutsche Kultur“ ist identisch mit dem Aufsatz „Die Entvölkerung Frankreichs“ im Band 8 dieser Edition.)

Band 8

Freiland – Land der Freiheit. (Es handelt sich um ein von Willy Hess unter der Nummer II 18 erwähntes Flugblatt. Es dürfte eine frühe Fassung des im Band 8, S. 243 ff abgedruckten Flugblatts „Deutsches Freiland“ sein. Deutsches Reichsgeld gegen Arbeitslosigkeit und Zahlungsstockungen – Beilage 1 zu den Kriegsflugblättern. Zinsfreies Geld – Beilage 2 zu den Kriegsflugblättern)

Band 10

Prospekt des Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes

Der Geldstreik – Proletarische Aktionen. 1918 anonym in Bern erschienen.
(Autorschaft ungewiß)

Band 12

Der Börsenkrach – Prospekt des A. Burmeister Verlags in Berlin-Friedenau 1920. (Vgl. Landmanns Werkeverzeichnis Nr. 232. Die Zeitangabe ist fraglich, weil der A. Burmeister Verlag erst 1927 mit „Der abgebaute Staat“ in Erscheinung trat.) Der Befreier – Prospekt zur gleichnamigen Zeitung, Erfurt 1921.

Band 14

Ein deutscher Professor über die Reparation, in: Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) vom 14.4.1923.

Der Banknotenbluff im Zeichen des Stammtisches, in: Werningeröder Tageblatt-Beilage „Der Kulturwille“ Nr. 258/1924.

Band 15

Die Diktatur der Schaffenden als einzige Rettungsmöglichkeit für das deutsche Volk, in: Frei-Deutschland Nr. 7 – 8/1924.

Im Archiv der Freiwirtschaftlichen Bibliothek befinden sich noch drei Ordner mit ungedruckten Handschriften, zumeist Fragmenten, deren Aufbereitung den Herausgeber dieser Edition vor unlösbare Probleme stellt.